

Wilhelm Rüstow

(1821 bis 1878)

Ein Militärschriftsteller der deutschen Linken

Peter Wiede

Wilhelm Rüstow

(1821 bis 1878)

Ein Militärschriftsteller der deutschen Linken

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von

Peter W i e d e
in München



WILHELM KUNZE

(1881 bis 1957)

Ein wissenschaftliches Werk des Verfassers

Landwirtschaft - Biologie
mit Beiträgen zur Tierzucht
des Landwirtschaftlichen Fakultät

von Ludwig Maximilian-Universität zu München

verlegt von

Verlag Dr. C. H. B. G.
in München

Gutachter: Professor Dr.Heinz Gollwitzer

Referent: Professor Dr.Franz Schnabel

Tag der mündlichen Prüfung: 30.Juli 1957

	<u>Seite</u>
<u>Kapitel I: Das Leben und die Werke Wilhelm Rüstows</u>	1
Der demokratische Leutnant	4
Die ersten zehn Jahre in der Schweiz	17
Der Garibaldische Oberst-Brigadier	40
Die deutsche Wehrvereins-Bewegung	53
Die Freundschaft mit Ferdinand Lassalle und Sophie Gräfin von Hatzfeld	76
Der preußische Verfassungskonflikt	99
Verzweiflung am Lebensende	118
 <u>Kapitel II: Die Kritik am Stehenden Heer</u>	 141
Publizistische Betätigung des Offiziers	141
Die parlamentarischen Vorstöße	156
Militärische Schwäche der preußischen Armee?	161
Die allgemeine Wehrpflicht	163
Die Landwehr	164
Das Offizierkorps als "Adelsversorgungsanstalt" ..	168
Der Kastengeist im Offizierkorps	172
Der Repräsentationszwang	176
Militärgerichtsbarkeit und Standes-Ehre	179
Der unbedingte Gehorsam	183
Der militärische Verfassungs-Eid	188
Avancement nach Leistung oder Dienstalter?	194
Die geistige Bildung des Offiziers	217
 <u>Kapitel III: Das Miliz-System</u>	 225
Die vormilitärische Ausbildung	225
Der Organisations-Entwurf von 1850	232
Ablehnung der Bürgerwehr	241
Übereinstimmung mit sozialistischen Militärfor- derungen	246
 <u>Kapitel IV: Die Kriegstheorie</u>	 271
Der Krieg und sein Verhältnis zur Politik	271
Kriegswissenschaft und Feldherrnkunst	295
Strategie und Taktik	304
 <u>Kapitel V: Die politische Gesinnung</u>	 323
Gesellschaft und Staat	325
Der Nationalstaat	341
Die Deutsche Frage	353
 <u>Anmerkungen</u>	 363
<u>Literaturverzeichnis</u>	451

Kapitel I

Das Leben und die Werke Wilhelm Rüstows

=====

"Ein Funken meines Geistes bleibt auf dieser Erde zurück", schrieb der verzweifelte Wilhelm Rüstow wenige Stunden vor dem Selbstmord im Abschiedsbrief an seine Töchter. Und er tröstete sich mit der schwachen Hoffnung, daß wenigstens spätere Zeiten von ihm "mit Anerkennung" sprechen und sich daran erinnern würden, was er "für die Freiheit in Europa mit der Tat und dem Wort" getan habe. Sarkastisch billigte der einsame Mann noch, daß man ihm dann ein Denkmal setze, auch wenn er nicht in beste Gesellschaft komme¹⁾. Doch dieser 1850 in die Schweiz geflüchtete revolutionäre preussische Leutnant, ein Vorkämpfer demokratischer Heeres-Organisation, ist gründlich vergessen worden. Auch sein sehr umfängliches militärpolitisches und kriegswissenschaftliches Werk hat die Fachwelt kaum noch benützt. Selbst von der einschlägigen historischen Literatur wurde Wilhelm Rüstow bis heute übersehen oder vielleicht wegen der Masse seiner geistigen Hinterlassenschaft umgangen²⁾.

Marcel Herwegh, der Sohn des Revolutionsdichters, veröffentlichte 1935 die unkritische und chauvinistisch angehauchte Biographie "Guillaume Rustow, Un grand Soldat - Un grand Caractère". 1937 erschien in Bern Robert von Steigers Dissertation "Der Rüstow-Prozeß 1848-1850. Eine wehrpolitische Kontroverse".³⁾ Beide Arbeiten sind einseitig im Urteil und unvollständig. Die Autoren haben einen Großteil der Rüstow-Werke nicht gelesen; alle kleindeutsch-preußenfreundlichen Äußerungen bleiben unberücksichtigt. Steiger beurteilt Rüstows politische Haltung mehr oder weniger unter dem Gesichtspunkt der militärischen Insubordination. Seine Kriegstheorie wird mit einigen Bemerkungen abgetan. Herwegh läßt zu dieser Frage im Vorwort den französischen General Duval schreiben, dessen Lob auch nicht zu sachlicher Erörterung vordringt und eher den Charakter einer kameradschaftlich-wohlwollenden Grabrede trägt. "Le nom

de Guillaume Rustow a été familier à tous les officiers de ma génération, même à ceux qui ne lisaient guère et se préoccupaient peu de théories", versichert Duval; auch sagt er, Rustow sei "fréquemment" in den niederen und höheren Militärschulen sowie "dans tous les livres sur la guerre" zitiert worden, die gebildeten Offiziere hätten ihn "la plume à la main" gelesen, und ihn zu kennen, habe Autorität verliehen. Doch minderte der französische General sein Werturteil selbst wieder herab in den nichtssagenden Bemerkungen, daß "à certains égards" Rustows Einfluß noch andauere und "l'esprit de son enseignement" nichts von seinem Wert verloren habe⁴⁾.

Wie hoch man Wilhelm Rustows Bedeutung noch Ende des 19. Jahrhunderts einschätzte, zeigt dagegen deutlich ein drei Seiten langer Aufsatz über ihn im 1890 erschienenen 30. Band der Allgemeinen Deutschen Biographie. Durch "die unglücklichen staatlichen Verhältnisse Deutschlands in der vormärzlichen Zeit irregeleitet und in eine falsche Bahn gelenkt", habe Rustow "seine hohe geistige Begabung" nie "wirklich nutzbringend" verwerten können, schreibt da B. Poten, der Rustows politische Einstellung rügt, ihm aber "eine erstaunliche Fruchtbarkeit" nachrühmt und ein seltenes Maß an Geschick im Quellensichten, seine Schriften über Taktik allerdings schon "gänzlich veraltet" nennt, ebenso seine Ansichten über Befestigung⁵⁾. Unterlagen für die ADB waren ein Aufsatz über Rustow im 1860 erschienenen Brockhaus-Jahrbuch "Unsere Zeit" und die 1870 veröffentlichte Schrift Theodor Freiherrn von Troschkes "Die Militair-Litteratur seit den Befreiungskriegen". In dem Brockhaus-Ergänzungsband, der etwa Schopenhauer fünf Seiten widmete, erhielt Wilhelm Rustow drei Seiten (seine nicht so bedeutenden Brüder Alexander und Cäsar zusammen eine halbe Seite), auf denen seine militärhistorischen und -wissenschaftlichen Werke sehr gelobt werden, sein politisches Wollen und erstaunlicherweise auch die wesentlichen und sein ganzes Leben bestimmenden Gedanken zum

Problem des Stehenden Heeres nicht berührt werden. Einige seiner Werke, heißt es hier, könnten "wohl als das Beste bezeichnet werden ..., was die deutsche Militärliteratur" besitze, und der "Ruf des bedeutendsten kritisch-militärischen Genies" stehe Rüstow vor allem wegen seines von "Tatarennachrichten" unbeirrten, sehr objektiven Werkes über den Krimkrieg zu⁶⁾.

Auch Troschke bestätigt dem "so viel genannten Wilhelm Rüstow", daß er "einer der fruchtbarsten und vielseitigsten Militärschriftsteller" sei, und nennt seine "Unerschöpflichkeit des Hervorbringens ... ein Phänomen"⁷⁾.

An privaten Zeichen der Hochachtung für Rüstow fehlte es nicht. Ein politisch gleichgesinnter, in Baden lebender preußischer Liberaler, der sich in den Militärfragen als "dankbarer Schüler" Rüstows ausgab, schrieb ihm, daß seine "epochemachenden Reformideen bereits eine tiefgreifende Wirkung zu üben" begännen (1873), und er verwendete sich für Rüstow bei Cottas Allgemeiner Zeitung, die "ohne Zweifel mit Vergnügen die Gelegenheit ergreifen" werde, "die Mitarbeiterschaft des ersten Militärschriftstellers der Gegenwart zu gewinnen"⁸⁾. Sein russischer Übersetzer A. Ponsereffsky versicherte Rüstow "tiefster Hochachtung für seinen berühmten Zeitgenossen" und schrieb ihm, daß sein Name sich "hohen Ruhmes" in Rußland erfreue⁹⁾. Daß er sich "einen immensen Ruf" erworben und mehr für die militärische Wissenschaft getan habe "als die ganze lebende Generation zusammengenommen", bestätigte ihm sein alter Freund Orges¹⁰⁾. 1877, ein Jahr vor seinem Selbstmord, wurde Rüstow von dem königlich-sächsischen Premierleutnant Clemens Freiherrn von Hausen "gehorsamst und erwartungsvoll" um Rat zu einer Prüfungsaufgabe gebeten. Im nächsten Brief bedankte sich der Leutnant "für das so sehr freundliche, wohlwollende und kameradschaftliche Entgegenkommen" und bat Rüstow "als einen der kompetentesten Autoren und Ratgeber" um ein Thema für seine Winterarbeit¹¹⁾. Der Direktor im Preßbüro des Belgrader Außenministeriums bot

"mit größtem Vergnügen" "offizielle Dokumente in Auszügen" zur Vervollständigung seines angekündigten Werkes über den Krieg in der Türkei an und rühmte die "anerkannt tüchtige Feder" Rüstows.¹²⁾ Der sächsische Major i.G. von Tschirschky drückte Rüstow seine "unverhohlene Bewunderung über die Art und Weise" aus, in der "so schnell und doch so richtig das gewaltige Material" des Siebziger Krieges in dem Buch "Der Krieg um die Rheingrenze" bewältigt worden sei, rühmte Rüstows "Unparteilichkeit" und die "geniale Beurteilung der militärischen Ereignisse"¹³⁾. Doch diese seltenen Gunstbezeugungen konnten Rüstow nicht aufmuntern. Dieser Mann war Zeit seines Lebens unglücklich, ein Opfer der gescheiterten deutschen Revolution. Seine große Energie und Schaffenskraft erlahmte im jahrzehntelangen Kampf mit den täglichen Unbilden des Emigrantenlebens immer mehr, bis er schließlich verzweifelt Hand an sich selbst legte.

Der demokratische Leutnant

Auf altpreußisch-märkischem Boden wurde Friedrich Wilhelm Rüstow am 25. Mai 1821 in Brandenburg an der Havel geboren. Sein Vater stammte aus Rogzow. Hier in Pommern sollen die Vorfahren angeblich seit Jahrhunderten ansässig gewesen und zu Reichsfreiherren und Reichsgrafen aufgestiegen sein. Doch gewiß muß man diesen mündlichen Adelsnachweis als eine der typischen Familienlegenden betrachten. Die 1863 in Berlin von Robert Klempin herausgegebenen "Matrikeln und Verzeichnisse der Pommerschen Ritterschaft vom XIV. bis in das XIX. Jahrhundert" enthalten jedenfalls auch einen veränderten Namen Rüstow nicht; ebenso wenig ist er in Bernhard Koerners Pommerschem Geschlechterbuch zu finden, das 1923 in Görlitz in der Reihe Genealogischer Handbücher bürgerlicher Familien erschien. Wie Wilhelm Rüstows ältere Tochter Maria, die mit einem Schweizer verheiratete und 1871 in Paris verstorbene Mme. Schwyzer, in einem Brief an Geo. Herweghs Frau Emma mitteilte, sollen die Rüstows schon im

12. Jahrhundert aus der Grafschaft Diepholz im jetzigen Hannover auf einem Eroberungszug Heinrichs des Löwen nach Pommern gekommen sein¹⁴⁾. Sie hätten dort, vermutlich Wilhelm Rüstows Tochter, wohl "von Raub und vom Aussaugen Schwächerer" gelebt, seien aber vielleicht "auch nicht ganz schlecht" gewesen, "wenigstens nach ihren Nachkommen zu urteilen". Als das im 30jährigen Krieg von Schweden besetzte Pommern durch den mit Peter dem Großen paktierenden Friedrich Wilhelm I. annektiert wurde, brach im Lande ein Aufstand gegen den preußischen König los, an dem auch die Rüstows sich beteiligt haben sollen. Dafür seien dann - wie Mme. Schwyzer berichtet - nach dem preußischen Sieg ihre Güter eingezogen worden. Im 18. Jahrhundert sollen bei dem - wie es in der Rüstow-Biographie des Brockhaus-Jahrbuches von 1860 heißt¹⁵⁾ "etwas mysteriösen Kirchenbrände zu Bublitz" die Familienpapiere und Dokumente der Rüstows vernichtet worden sein, und nun hätten sie ihren Adel nicht mehr beweisen können.

"Wer der letzte war, der einen Titel trug", wußte Marie Schwyzer schon nicht mehr anzugeben, auch nicht, warum ihr Großvater auswanderte und sich bei Neuruppin nahe der mecklenburgischen Grenze ein Gut kaufte¹⁶⁾. Dieser Friedrich Wilhelm Rüstow, der Vater unseres Achtundvierzigers, wurde 20jährig im Feldzug von 1806 bei Lübeck verwundet, nahm seinen Abschied, machte aber die Befreiungskriege wieder mit, zuerst als Sekondelieutenant im zweiten Pommerschen Landwehr-Infanterie-Regiment, dann als Kapitän und Kompanieführer. 1820 schied er mit Inaktivengehalt aus und gehörte bis zu seinem Abschied im Jahre 1840 noch dem ersten Bataillon des 24. Landwehr-Regiments¹⁷⁾ an.

1820 heiratete Friedrich Wilhelm Rüstow eine Katholikin aus dem preußischen Rheinland, die ihren ein Jahr später geborenen ersten Sohn Friedrich Wilhelm katholisch taufen ließ und zum Priester bestimmte. Nach seines Vaters Wunsch sollte Wilhelm aber Advokat werden, der zweite Sohn Alexander Landwirt und Cäsar, der wie Alexander protestantisch getaufte Jüngste, Offizier. Alle drei traten dann in die preußische

Armee ein. Die Angaben über Wilhelm Rüstows Jugend und vor allem auch über seinen Bildungsweg sind leider sehr spärlich und noch dazu mit Vorsicht zu benützen. Nach Marcel Herwegh genoß Wilhelm Rüstow einige Jahre Hauslehrererziehung und soll dann 1835 für zwei Jahre nach Maria Laach gekommen sein, wo sich die verfolgten Jesuiten verborgen hätten. Doch diese Nachricht, deren Quelle Herwegh nicht angibt, muß falsch sein. Die alte Benediktiner-Abtei Maria Laach war schon 1802 aufgehoben worden. Um 1835 befanden sich die Klostergebäude in Privatbesitz. Jesuiten waren von 1862 bis 1872 in Maria Laach, das 1892 wieder von den Benediktinern bezogen wurde.¹⁸⁾ 15 Jahre alt, las Wilhelm Rüstow Carnots "Verteidigung der festen Plätze". Wie er im Februar 1850 vor dem Kriegsgericht dann selbst sagte, hatte ihn dieses Buch des vom Konvent zur Organisation der französischen Revolutionsarmee berufenen großen Mathematikers "wie keines vorher angesprochen". Die "großartige Erscheinung des bewaffneten Bürgertums", dieses "Bild voller Züge der Hingebung, der Vaterlandsliebe, der Begeisterung für Freiheit und Unabhängigkeit" packte den jungen, beweglichen Geist¹⁹⁾. Vom Gymnasium in Brandenburg, wo er sich gründliche Kenntnisse in Griechisch und Latein angeeignet hatte, ging Rüstow nach dem Willen seines Vaters an die Universität Heidelberg. Das Rechtsstudium brach er aber schon nach einem Jahr wieder ab, um nun Soldat zu werden, "cédant à sa vocation naturelle", wie Marcel Herwegh meint²⁰⁾. Doch Rüstows individualistischer Charakter stieß sich nur zu schnell am nüchternen Dienst- und Kriegsschulbetrieb. Aus mehr national-politischer als militärischer Begeisterung für die Wehrbaukunst trat er 1838 als Gardepionier in die preußische Armee²¹⁾. Ein Jahr später wurde er auf die Artillerie- und Ingenieurschule in Berlin geschickt. Hier leistete er 1840 seinen Fahneneid auf den verstorbenen König Friedrich Wilhelm III., der versehentlich statt seines Nachfolgers Friedrich Wilhelm IV. beim Verlesen der Eidesformel genannt wurde.²²⁾

Wilhelm Rüstow, der am 5. November 1840 sein Offizierspatent erhielt²³⁾, übertraf in Berlin die meisten Mitschüler an Bildung, Auffassungsgabe und Urteilkraft. Sein kritischer Geist drang bald auf eigene Wege vor. 1841 schrieb der Portepfefführer seine Gedanken zum Festungsbau nieder. Sein "Nationalgefühl" empörte sich, wie er später sagte, "gegen den Götzendienst, welchen die neuern deutschen Ingenieure mit dem Formenwesen der Franzosen trieben". Er wollte die Befestigungen auch nicht "als etwas Isolirtes" betrachten, sondern betonte ihren "innigen Zusammenhang ... mit dem Volks- und Staatsleben"²⁴⁾. 1843 veröffentlichte Rüstow, jetzt Sekondeleutnant bei der zweiten Pionierabteilung, sein Werk anonym unter ^{dem} Anspruchsvollen Titel: "Grundlinien zu einer Philosophie der Befestigungen. Eine ehrliche Verständigung über den heutigen Stand derselben, ihre Beziehungen zu Land- und Landesverteidigung, zu den Völkern, Regierungen und Armeen. Von einem deutschen Ingenieur"²⁵⁾. Einem höheren Offizier zugeschrieben, wurde das Buch erst bewundert, doch dann umso gründlicher verrissen, als man den jungen Verfasser entdeckt hatte. Rüstow berichtet selbst über diese erste große Enttäuschung: "Aus der früheren Tiefe wurde Unklarheit, aus der Bestimmtheit des Ausdrucks Anmaßung, aus der Genialität Verrücktheit"²⁶⁾.

Nun mochte es wirklich so sein, daß hoher militärischer Rang und Name des Verfassers einem solchen Werk Anerkennung eintrug, doch andererseits sind die Schwächen dieses unreifen ersten Rüstow-Buches unverkennbar, waren auch einige Grundthesen durchaus von Sinn und die Vorwegnahme späterer Rüstowscher Forderungen. Den klügelnden Stil, die störende intellektuelle Überpflanzung dieser "Befestigungs-Philosophie" mögen zwei Textproben zeigen. Da heißt es am Anfang: "Die vollkommene Befestigungslehre bedarf zu ihrer Begründung und konsequenten Durchführung einer Bearbeitung der Begriffe, welche sich auf die natürliche Notwendigkeit der Befestigungen, auf den jedesmaligen Grad ihrer Vollkommenheit und der Art beziehen, wie solche zu erreichen ist. Eine

Bearbeitung der bezeichneten Begriffe stellt die Philosophie der Befestigungen dar. Will diese die Notwendigkeit der Befestigungen erweisen, muß sie letztere jede vernünftige Kombination mit allgemeinen Verhältnissen eingehen lassen, sie in jeder Beziehung zu ihrer Welt, der Erde, betrachten, bei jeder Beleuchtung und auf jedem Hintergrund beschauen. Die vollkommene, ideale Befestigung, welche sich als Produkt solcher Betrachtung ergibt und ihr eigentliches Objekt ist, kann jeder Geist in sich herausbilden. Der Betrachtungsprozeß muß immer zu demselben Ende führen und liefert die Geschichte der natürlichen Idee der Befestigungen" Eine andere typische Stelle lautet: "Um den Verteidiger schmiegt sich sein Angreifer, diesen umschlingt das Band des Volkskrieges schnürend und beengend; mag sich ein neues Angriffsheer, eine andere Kampfsphäre daran legen, mögen Weltteile mit in den Kampf gerissen sein, wechselnd schichtet sich der Feind an den Feind, und die Berührung der Glieder dieser großen Kette gebiert Schlag auf Schlag, Blitz auf Blitz, bis der Grund des Haders hinweggenommen, das prädisponierende Mittel verschwunden ist"²⁷⁾.

Mit dem Mißverhältnis zwischen der Vielzahl von Festungen und den zu geringen Truppenbeständen für die Verteidigung beschäftigte sich Rüstow als "Huldreich Schwertlieb" in seiner nächsten Schrift von 1845: "Die deutschen Festungsverteidiger. Stellungs- und Gefechtskunst"²⁸⁾. Ende 1846 wurde er nach Königsberg versetzt. In diesem Jahr erschienen seine "Ansichten eines Unbefangenen über die Reduktion der Stehenden Heere und die Einführung zeitgemäßer Wehrverfassungen"²⁹⁾; 1847 folgten in der "Minerva", einem in Jena erscheinenden "Journal für Geschichte, Politik und Gegenwart" anonym seine "Vier Briefe eines deutschen Ingenieurs", die "Historisch-politische Entwicklung der Frage, ob feste Plätze für die heutige Kriegführung notwendig oder überflüssig seien?"³⁰⁾. Im gleichen Jahrgang erschien von Huldreich Schwertlieb noch "Ein Votum, betreffend die zweckmäßigere, namentlich billigere Gestaltung der preußischen Wehrverfas-

sung durch ihre Begründung auf die ursprünglichen Ideen des Landwehrinstitutes" ³¹⁾. Dieser Aufsatz fand nach Rüstows Aussage "überall" Anerkennung, und das bestärkte seine Hoffnung, daß er in dieser "Sache von nationaler Bedeutung... das Interesse des Volkes" gewinnen könne ³²⁾. Doch dieser junge Genieoffizier begann mit seinen freimütigen Reformvorschlägen der Armee inzwischen schon unliebsam zu werden. "Die deutschen Festungsverteidiger" von 1845 hatte die offiziöse Kritik noch wohlwollend behandelt, denn man erwartete sich von dem begabten Leutnant "höchst Ausgezeichnetes", sobald seine "geistige Gärung" einmal überwunden wäre. Solche Erwägungen hätten die Kritik wohl veranlaßt, "die großen Blößen jenes Werkes nur leicht anzudeuten und das darin enthaltene Gute mit aufmunternden Worten zu begleiten", heißt es in Troschkes Schrift über die Militärliteratur der Zeit. ³³⁾ Hier wird aber auch bedauert, daß Rüstow nun "einen großen Schritt weiter in einer beklagenswerten Richtung ging" ³⁴⁾

1847 veröffentlichte Karl Biedermanns "Unsere Gegenwart und Zukunft" noch seinen Aufsatz "Die politischen Parteien in Königsberg und der Vereinigte Landtag" ³⁵⁾. Gleich nach den Februar-Unruhen 1848 in Leipzig erschien Huldreich Schwertliebs "Der Krieg der Zukunft. Einige Worte an die junge Generation" ³⁶⁾. Diese revolutionäre Broschüre war nach dem Urteil der preußischen Militair-Litteratur-Zeitung "nichts als eine Ährenlese phantastischer Vorschläge ..., deren Verfasser augenscheinlich der kommunistischen Schule" angehöre ³⁷⁾. Kriegslust, Nationalismus, revolutionär-sozialistische Begeisterung und Gedanken demokratischer Massenbewaffnung klingen in dieser Flugschrift Rüstows zusammen. "Krieg! Du blutiges Völkergericht, das ... auf Stunden und Tage greisen Nationen ihre Jugend, mit ihrer Jugend ihr Feuer, ihre Kraft, ihren Mut zurückgibt, du Geliebte meiner Träume ... Wer sind die Vermessenen, die jubelnd rufen, die Mutter der europäischen Völker (der Krieg, Anm.d.Verf.) sei gestorben? ... Furcht macht euch zittern, Furcht vor der Rute der mächtigen Mutter, ihr verwöhnten Söhne der Zivilisation, ihr Geldherrscher, ihr Besitzenden!" ³⁸⁾ Solche Worte konnten dem Bürger-

tum wohl Schrecken einjagen und den Geschmack am politischen Gewinn einer revolutionären Umgestaltung verderben. "Blonde Germania, du geliebte Erstgeborene, Mutter der Landsknechte, warum hast du den Speer von dir geworfen ... vertauscht gegen die Spindel! ... Und die Schwerter, Reliquien unserer Väter, waren uns die ewige Mahnung, daß den gordischen Knoten einer ewigen Unklarheit, des stillen Kampfes des neunzehnten Jahrhunderts mit dem achtzehnten, nie lösen könne der Friede selbst, daß ihn durchhauen müsse das Schwert"³⁹⁾.

Mit Literatur wollte Rüstow die Waffen schmieden, revolutionär-nationalen Enthusiasmus aufglühen lassen, die "kosmopolitisch verbildete Bourgeoisie" von ihrem Heiligtum "des Einzelbesitzes" reißen und an dessen Stelle "das höhere Heiligtum des Volkes, das Allerheiligste des Gesamtbesitzes, des Staates in seiner Gesamtheit mit seiner vollen, unverletzlichen Würde" aufrichten⁴⁰⁾. Solche etatistische Neigungen hat Rüstow auch später noch gezeigt. Er vertrat mehr eine autoritäre als liberale Demokratie - so wie ja schon Rousseau und die Jakobiner die in Wirklichkeit nie vorhandene *volonté générale* zu einem totalitären Zwangsmittel gemacht hatten⁴¹⁾.

"Der Krieg der Zukunft", wie Rüstow ihn 1848 sah, sollte von den Völkern für die Völker geführt werden und den "wahren Frieden" schaffen, nicht als ein Fürstenkrieg "die Launen Einzelner" befriedigen. Das seine innere und äußere Freiheit erobernde und bewachende Volk in Waffen ließ der Offizier Rüstow natürlich nicht einfach sich zusammenrotten. Er zitierte Louis Blanc: "*Malheur à ceux qui se jettent au hasard dans les révolutions et qui courent au combat en poussant des cris inconnus*" und machte dementsprechend im Kapitel "Organisation der Massen" eigene Vorschläge, die allerdings für die Praxis wenig konkreten Anhalt boten⁴²⁾. Nicht sicher ist Rüstow als Autor der 1848 in Mannheim erschienenen "von einem deutschen Offiziere" verfaßten Broschüre "Stehendes Heer und Volkswehr, ein Beitrag zur Bewaffnungsfrage der Gegenwart" zu bestimmen⁴³⁾. Aber im Revolutionsjahr veröffentlichte er

noch den "Brief eines demokratischen Offiziers an die Männer des Volkes in der Singakademie zu Berlin"⁴⁴⁾. Da wird die Nationalversammlung zur Rückendeckung der demokratischen Offiziere aufgerufen; sie soll das Heer "bewahren vor einer Purifikation im Sinne der Reaktion" und den "einzelnen Offizier, welcher Bürger sein" wolle, "in seinem Rechte" schützen, soll das Gesetz aufrechterhalten, welches der Offizier "für sich" habe⁴⁵⁾.

Rüstow schlug sich, wie er 1850 bei seiner Verteidigung vor dem Kriegsgericht sagte, im "vollen und innigen Glauben an eine neue Zeit, nicht bloß von den Völkern gefordert, sondern auch von den Fürsten angelobt, ... ohne Bedenken" auf die demokratische Seite⁴⁶⁾. Aber diese Stellung wurde bald bedrohlich. Die Armee wollte nicht zugeben, daß ein Offizier die Presse- und Redefreiheit zu solch kritischen Äußerungen benutzte. Als Rüstow, der auch an der Neuen Königsberger Zeitung seit deren Erscheinen mitarbeitete, im Demokratischen Klub von Königsberg öffentlich einen königlichen Armeebefehl vom 27. Juli 1848 angriff, sollte eine ehrengerichtliche Untersuchung gegen ihn eingeleitet werden. Der Ehrenrat in Danzig hatte aber Bedenken gegen ein solches Vorgehen, und das beweist auch, wie unsicher die Armee im Strudel der Märzforderungen und der politischen Zugeständnisse geworden war. Rüstow konnte erstaunlich lange gegen mehrfach angestrengte Verfahren seinen freien Standpunkt behaupten. Zwar wurde er nach Posen zum Festungsbau versetzt und erhielt dort auf Anweisung der ersten Ingenieur-Inspektion vor versammeltem Offizierkorps einen dienstlichen Verweis wegen seiner Kritik am Armeebefehl, und nach dem durch Wrangels Einmarsch in Berlin geschaffenen Umschwung ließ ihn Generalleutnant von Steinäcker am 25. November 1848 suspendieren. Doch der Ehrenrat der Stettiner Ingenieuroffiziere führte die angedrohte Untersuchung und Verurteilung nicht durch, das Ehrengericht der Ingenieur-Inspektion brachte kein entscheidendes Stimmverhältnis zustande, und erst das Ehrengericht der Stabsoffiziere der 10. Division entschied:

"Daß der Sekondeleutnant, weil er die Ehre des Offizierstandes durch den Inhalt einer von ihm verfaßten Druckschrift herabgewürdigt, wegen Mangel an richtigem Ehrgefühl mit Entfernung aus dem Offizierstande zu bestrafen sei"⁴⁷⁾. Doch der König hob diesen Beschluß durch Kabinettsorder auf und ordnete ein militärgerichtliches Strafverfahren an. Am 27. Juli 1849 wurde Rüstow vor das Kommandanturgericht in Posen gerufen. Mit geschickter Verteidigung erreichte er, daß man ihn am 21. August von der Anklage des militärischen Vergehens völlig frei sprach. Im gleichen Sinne entschied das Generalauditoriat. Aber noch einmal widersprach der König und gab den Fall an das Kriegsgericht in Glogau. Hier wurde allerdings wieder kein strafbares Vergehen festgestellt, sondern nur militärische Treueverletzung, die ein Ehrengericht abzuurteilen habe.

Statt nach diesem günstigen Ausgang vorsichtig zu werden, stürzte Rüstow sich mit einer neuen heftigen Revolutionschrift in den Kampf. Anfang 1850 erschien in Königsberg "Der deutsche Militärstaat vor und während der Revolution". Der republikanische Leutnant fuhr jetzt noch schwerere Geschütze auf als in seinen ersten anonym oder unter dem Namen Huldreich Schwertlieb veröffentlichten Arbeiten. Rüstow selbst skizziert den Inhalt seiner Broschüre folgendermaßen: "Wir gedenken zunächst einen Blick auf die Heereszustände vor der Revolution zurückzuwerfen, all die Bitterkeit zu erneuern und zu begründen, welche sie selbst in denjenigen hervorriefen, die heute nicht wenig geneigt sind, gegen den Fortschritt auf dem Gebiete des Wehrwesens zu reagieren; wir werden nachweisen, daß diese Zustände und die allgemeinen Ziele unserer Revolution den Ruf der Volksbewaffnung zu einer natürlichen Notwendigkeit machten; wir werden dann erörtern, ob und inwieweit die Idee der Volksbewaffnung während der verlaufenen Revolutionsmonate einen Körper erhalten. Wir werden bei dieser Gelegenheit uns überzeugen, daß noch heute wie im März 1848 die vollständigste Notwendigkeit zur Anwendung aller revolutionären Mittel und Wege bezüglich der Um-

schaffung des deutschen Wehrwesens besteht; zuletzt wollen wir versuchen, einen Entwurf des Wehrsystems zu geben, welches, wie es uns scheint, die Konsequenz der demokratischen Bewegung sein muß und dessen Herstellung allein die Bewahrung ihrer Resultate verbürgt, auch einen Blick auf die Hilfsmittel zur Vorbereitung dieses Wehrsystems werfen"⁴⁸⁾.

Kaum erschienen, wurde die Schrift vom Polizeipräsidenten beschlagnahmt. Mit Genehmigung des Kommandes der 10. Division unternahm der Auditeur am 17. Januar 1850 bei Rüstow eine Haussuchung und ließ den Leutnant, obwohl keine verdächtigen Papiere gefunden wurden, festnehmen. Am 20. Januar eröffnete das Kommandanturgericht in Posen eine neue Untersuchung wegen öffentlicher Aufreizung zum Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Beleidigung des Staatsministeriums und öffentlicher Beamter. Wegen öffentlicher Aufreizung zu Aufruhr und Majestätsbeleidigung wurde Rüstow dann am 7. März 1850 zu eineinhalb Jahren Festungsarrest verurteilt. Doch das Generalauditoriat erklärte den Freispruch vom Hochverrat für ungesetzlich, und der König hob am 11. April die kriegsgerichtliche Sentenz vom 7. März auf, um bei der 3. Division ein neues Urteil fällen zu lassen. Ein vereidigtes Kriegsgericht in Stettin entschied dann am 6. August 1850 endgültig auf Entfernung Wilhelm Rüstows aus dem Offizierkorps, Verlust der Nationalkokarde, 31 Jahre und sechs Monate Festungsarrest und Polizeiaufsicht für zehn weitere Jahre, ordnete ferner Vernichtung der Schriften an. Dem Generalauditoriat schienen für die Aufreizung zum Hochverrat 18 Jahre Festungsarrest Strafe genug, und es stellte dem König anheim, die Haft auf insgesamt 20 Jahre zu verringern, vermerkte in seinem Gutachten auch noch alleruntertänigst, daß Wilhelm Rüstow aus der Untersuchungshaft in Posen entkommen sei.⁴⁹⁾

Fast sechs Monate lang wurde der aufsässige Leutnant festgehalten. Nach sieben Wochen Haft konnte er sich vor dem Kriegsgericht verteidigen. Am 17. April wurde ihm dann im Gefängnis von Posen mitgeteilt, daß der König mit der Verurteilung zu eineinhalb Jahren nicht zufrieden sei und ein neues

Kriegsgericht in Stettin angeordnet habe. "Dies soll, wie ich erst nach meiner Flucht vernommen, über mein ganzes Leben disponiert haben", schrieb Wilhelm Rüstow am 1. Januar 1851 im Vorwort zur in Zürich erschienenen zweiten Auflage seiner Revolutionsschrift.⁵⁰⁾

Zwei Tage vor seiner Überführung aus dem Posener Gefängnis in die Festung Glogau rettete Rüstow sich auf einer abenteuerlichen Flucht in die Freiheit. Über seine Haft schrieb er 1874 in dem ungedruckten Manuskript "Zur Berichtigung über mich verbreiteter Lügen"⁵¹⁾. Er stand ständig unter Aufsicht von drei Schildwachen. Eine davon ging auf der vor seinem vergitterten Zellenfenster liegenden ummauerten Terrasse. Hier durfte Rüstow täglich auch eine halbe Stunde frische Luft schöpfen, die Wache mit blankem Säbel neben sich, die ihn sogar auf die Toilette begleitete. Nach einiger Zeit konnte der prominente Häftling seine Mahlzeiten unter Bewachung in einem Restaurant der Stadt einnehmen. Einmal warf Rüstow dem Offizier vom Dienst, der in seinem Gemüse "nach etwa darin vorhandenen Billets" suchte, "zum großen Gaudium der Wachmannschaft die Spinatschüssel ins Gesicht"⁵²⁾. 14 Tage wurde ihm dafür der kleine Terrassen-Spaziergang gesperrt. Für seinen ungebrochen trotzigsten Stolz spricht auch ein anderer Vorfall, den er selbst folgendermaßen schildert:

"Eines schönen Tages kurz nach meinem Geburtstag höre ich vor der Türe meines Gefängnisses Kommandos, ein Gesumme von Stimmen, Verbesserungen der Kommandos usw. Ich ging gerade in einem defekten Schlafrock in meinem Käfig auf und ab und las eine neue Ausgabe der Gedichte Lenaus, welche mir ein Freund an meinem 29. Geburtstage ins Gefängnis gesendet hatte. Ich horchte auf. Die Schlüssel und Riegel rasselten, die Tür geht auf, es erscheinen zwei Mann, den Helm auf dem Haupt, mit gefällten Gewehren, dahinter der schöne Mensch von Engern, der bewußte Erhardt, dann der wachhabende Offizier mit gezogenem Säbel, neben diesem der schließende Unteroffizier. Bei diesem Anblick ergriff mich ein Lachkrampf. Das Lachen war ansteckend; die beiden Rekruten mit gefälltem Gewehr meinem

inoffensiven alten Schlafrock gegenüber platzten zuerst los; dann folgte der Offizier mit dem gezückten Schwert, und endlich fiel auch der schließende Unteroffizier ein. Nur der Kommandant lachte nicht; ich glaube Buffon führt es als einen der Unterschiede des Menschen vom Vieh an, daß dieses letztere nicht lachen kann. Wütend schrie der Kommandant mich von hinter dem Wall von Bajonetten an: Warum lachen Sie? Ich vermute, erwiderte ich ruhig, weil die Komödie sehr gut gespielt ist. Sie können sich gratulieren. Sie sehen ja, daß das ganze Publikum lacht. Darauf: Kehrt! Marsch! und die ganze Gesellschaft wieder zur Türe hinaus ..."⁵³⁾

Generalmajor Erhardt war zweiter Kommandant von Posen. Ihn, den ersten Kommandanten Generalleutnant von Steinäcker, "den Oberschergen", und Generalmajor Brese, Chef der ersten Ingenieurinspektion, haßte Wilhelm Rüstow. Aber mit Genugtuung stellte er noch 1874 fest, daß er sich über die zu seiner Bewachung aufgebotenen Soldaten und Unteroffiziere "nie zu beklagen" hatte, daß er ihnen eher imponierte und daß sie sich "keinen Vers daraus machen" konnten, wie "ein solcher Mann eingesperrt gehalten wurde, während die lumpigsten Kanaillen, Dummköpfe, Schuldenmacher, Hurenbuben etc." in allen Ehren herumliefen. Auch mit einigen der wachhabenden Offiziere will Rüstow während seiner Haft gut gestanden haben. Wenn seine Schilderung von 1874 zutrifft, dann war die politische Stimmung mindestens in einem Teil des preußischen Offizierkorps auch 1850 keineswegs entschlossen reaktionär. Viele der Offiziere hätten ihn nicht in seiner Zelle aufgesucht, meint Rüstow, weil sie wohl fürchteten, "daß schon ein Besuch" bei ihm "ihnen Anschuldigungen und Nachteile einbringen könne"; andere, die ihn "nur vom Hörensagen" kannten, seien nicht gekommen, weil sie wohl Angst hatten, daß er "sie fortreiße". Manche aber besuchten Rüstow, brachten ihm "Zeitungsnachrichten, hielten sich so weit zurück, als es ihnen die Stellung gebot, die sie nun einmal mir gegenüber einnehmen mußten, und hatten sich nie darüber zu beklagen, daß ich etwa versucht

hätte, sie aus dieser Position hinauszumanövrieren". "Wir unterhielten uns als Gentlemen über Dinge", behauptet Rüstow, "die meine Position nicht berührten, unterhielten uns bisweilen recht gut und schieden als die besten Freunde"⁵⁴).

Ihr Wohlwollen zeigten die Offiziere auch dadurch, daß sie bei ihren zwei- bis dreimaligen Visiten während der 24stündigen Wache Rüstow in seiner Zelle nicht zu überraschen versuchten, sondern erst anklopften und dann die Türe nach einem Schlüssellrasseln öffnen ließen. Rüstow versichert zwar, daß seine Flucht "ohne jedes Einverständnis im Gefängnis" und nur mit Unterstützung von draußen gelungen sei, doch scheint dies fast zweifelhaft⁵⁵). Wenigstens eine gewisse Nachlässigkeit in der Bewachung war wohl nötig, um Rüstows Werk gelingen zu lassen. In dem erhaltenen Manuskript, von Georg und Emma Herweghs Hand abgeschrieben, ist keine nähere Angabe über die Flucht. Marcel Herwegh, den Rüstow als Jungen noch persönlich gekannt hat, weiß in seiner Biographie Einzelheiten zu berichten, von denen Rüstow nirgends schrieb. Danach wurde dem Häftling von draußen eine in einem Buchdeckel versteckte Feile eingeschmuggelt, und eine Seidenschnur soll er in einer Suppenschüssel gefunden haben.

Mit der Feile, schreibt Marcel Herwegh, "il entaillait la nuit les barreaux de fer de la grille scellée dans le mur de sa cellule, ayant soin de masquer son travail par du pain mâché"⁵⁶). Weiter geht die abenteuerliche Schilderung, wie Rüstow sich am leider mond hellen Abend des 29. Juni 1850 zwischen acht und neun ins Bett legte, dann, als die Wache vor der Tür unaufmerksam war, wieder ankleidete, die Stiefel am Körper festband, schließlich, als der Posten vom Zellenfenster zur anderen Seite der Terrasse wechselte, die gelockerten Gitterstäbe löste, die Seidenschnur noch befestigte, die Terrassenbrüstung überstieg und sich auf ein unterhalb liegendes Dach niederließ. Unglücklicherweise blieben die Stiefel am Kamin hängen, und Rüstow geriet beim Herunter-

klettern vom Dach des Gebäudes mit einigem Lärm auf einen Bretterhaufen, der dort nach dem Abbau von Jahrmarkt-Buden aufgestapelt worden war und den Rüstow offenbar bekannten Fluchtweg verändert hatte. Zwei Arbeiter beobachteten den Vorfall und schlugen Alarm. Rüstow fand jedoch bei Freunden in Posen Unterschlupf und entkam am nächsten Tag in Frauenkleidern mit zwei Herren und einer Dame im Wagen. Erschöpft erreichte er Mitte Juli 1850 die Schweiz⁵⁷⁾.

Die ersten zehn Jahre in der Schweiz

In Zürich machte Wilhelm Rüstow sich bald an eine Arbeit über die akute Neuenburger Frage. Schon Ende Juli 1850 erschien in Kommission bei dem Züricher Verleger E. Kiesling "Was hat die Schweiz von einem Angriffe der heiligen Allianz zu fürchten. Von Wilhelm Rüstow, bisher preußischem Ingenieur-Offizier, Verfasser des 'Deutschen Militärstaates vor und nach der Revolution'". In der 31 Seiten starken Broschüre kündigte der Verlag Kiesling auch die zweite Auflage von Rüstows Militärstaat an und schrieb: "Die erste sehr starke Auflage ... vergriff sich in wenigen Wochen, ohne daß Exemplare nach Süddeutschland gelangen konnten. Wie tief der Verfasser in dieser Schrift dem faulen deutschen Militärwesen in das Herz schneidet, geht daraus hervor, daß ihn die preußische Gerechtigkeit mit 15 Jahren Zuchthaus dafür honorierte. Der Verfasser dankt durch die Bearbeitung der etwa 10 Bogen starken zweiten Auflage, nachdem er dem Kerker entsprungen ist".

Wilhelm Rüstow "dankte" vor allem König Friedrich Wilhelm IV., nannte ihn "die Personifikation des asiatischen Despotismus der grauesten Zeiten, noch einmal aus dem Grabe auferweckt", der "die moderne Form des asiatischen Despotismus, den konstitutionellen Absolutismus", erfunden habe, "nach dessen Gesetzen die Könige sich nicht bloß hinter Tausenden von Bajonetten, sondern auch noch hinter der Ver-

antwortlichkeit der Minister" versteckten, sobald sie angegriffen würden, aber sich dadurch keineswegs behindert sähen "zu agieren, anzugreifen, zu morden und zu schinden nach ihrem Belieben" (S.11). Rüstow meinte, die Dynastien der Heiligen Allianz planten für 1851 die "Vernichtung der europäischen Republiken, Herstellung des Königtums in Frankreich und Teilung der Schweiz" (S.6). Der Krieg werde selbst kommen, prophezeite er, wenn die Schweiz ihren souveränen Jurakanton Neuenburg wieder an Preußen abtrete und den "armen Flüchtlingen, die jetzt um ihres politischen Glaubens willen aus der ewig geliebten Heimat vertrieben" seien, das Asyl versage.

Nun hätte zwar auch der österreichische Regierungschef Felix Fürst zu Schwarzenberg gern das Asylrecht der Schweiz aufgehoben und mit militärischer Intervention die demokratische Verfassung dieses Bundesstaates beseitigt, und der Prinz von Preußen war schon 1849 bereit gewesen, mit der gegen die Revolutionstruppen in der Rheinpfalz und in Baden siegreichen Armee über die Grenze vorzurücken und das republikanische Neuenburg wieder auf den alten ständisch-dynastischen Zustand zurückzuführen. Doch es konnte gar nicht die Rede sein von einer zielbewußten Außenpolitik der Heiligen Allianz zugunsten preußischer Ansprüche in Neuenburg. Schwarzenberg forderte für seine Unterstützung als Gegenleistung Preußens Zustimmung in der viel wesentlicheren Frage der Zollunion. Die großmächtlichen Interessen an der Schweiz gingen nicht zusammen. Schließlich wurde das Londoner Protokoll 1852, das Friedrich Wilhelm IV. sein Recht auf Neuenburg wieder zusicherte, ein Gewinn nur für den durch Staatsstreich an die Macht gekommenen Napoleon III. Denn zum erstmal wurde er an einem internationalen Abkommen beteiligt und so gleichsam legitimiert. Preußen aber brauchte für alle Schritte gegen die Schweiz die Zustimmung der am Protokoll beteiligten Mächte. Es kam, wie sehr dem König auch persönlich an der Fürstenwürde in einem wieder patriarchalischen Neuenburg mit ständisch-korporativer Ge-

sellschaftsordnung gelegen war. nicht zum gewaltsamen Einschreiten Preußens oder gar der Heiligen Allianz, nur zu einem von Friedrich Wilhelm IV. stillschweigend gebilligten Handstreich der Royalisten des Juraländchens, der aber schnell zusammenbrach.⁵⁸⁾

Wilhelm Rüstow durchschaute die außenpolitische Interessenverschränkung im legitimistischen Lager nicht. Er beurteilte auch die Kraft und den über ideelle Verbundenheit hinaus wirkenden solidarischen Verschwörungswillen der demokratischen Nationalbewegungen Europas zu günstig. Doch er war nicht nur zu Anfang seiner Schweizer Zeit, sondern blieb bis in die sechziger Jahre hinein ein Revolutionär vom reinsten Schlag, ein "Desperado", wie ihn Gustav Mayer nennt⁵⁹⁾, der seine politischen Hoffnungen und immer mehr auch die persönlichen auf den Umsturz baute, der als ein gesellschaftlich und wirtschaftlich Unbehauster nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen hatte. Kaum in die Schweiz entkommen, wollte er den neutralen demokratischen Bundesstaat gleich auf das politische Schlachtfeld treiben. Am Schluß seiner Broschüre von 1850 steht beschwörend: "Nur des heldenmütigen Kampfes eines tapferen Volkes für die Freiheit bedarf es jetzt, um den reichen Brennstoff der europäischen Revolution zur hellen Flamme anzufachen und ganz namentlich in den Ländern des Ostens. Das Volk von Schleswig-Holstein kann diesen Kampf nicht kämpfen, weil es ringsum und selbst im eigenen Lande von Verrat bedroht, der materiellen Mittel zu ihm, der Organisation, der Möglichkeit selbst sich zu organisieren, entbehrt. Die Schweiz kann ihn kämpfen ... Von ihr hängt es ab, ob die Freiheit Europas bald gerettet oder vielleicht auf längere Zeit gänzlich vernichtet werden soll. Mit der Freiheit des übrigen Europa würde ihre eigene Unabhängigkeit zu Grunde gehen. Der Kampf wird ihr von den Dynasten geboten werden. Möge sie ihn annehmen; je eher, desto besser. Von einem bewaffneten Angriff der Heiligen Allianz hat sie nichts zu fürchten, denn durch wenige Wochen tapferen Widerstandes wird

sie sich in den aufstehenden Völkern Osteuropas eine unerschöpfliche Reserve geschaffen haben. Von einem diplomatischen Kampfe mit der Heiligen Allianz hat sie alles zu fürchten, denn in ihm würde sie allein stehen⁶⁰⁾.

Entwickelte sich nun die Neuenburger Frage zwar nicht im Sinne Wilhelm Rüstows, so erhielt sie wenige Jahre später doch eine seltsame Bedeutung für ihn persönlich. Nach der royalistischen Unruhe vom 4. September 1856 war der umstrittene Kanton zu einem europäischen Problem geworden. Friedrich Wilhelm IV. suchte beim österreichischen Kaiser Unterstützung für sein Neuenburger Erbrecht, wollte den Deutschen Bund dafür mobilisieren. Österreich sperrte sich aber, und Bismarck riet ab, die Bundes-Waffenhilfe gegen Österreich statt mit einem einstimmigen nur mit einem Mehrheitsbeschluß in Frankfurt zu erwirken, denn dann hätte Preußen einem österreichischen Antrag auf Bundesunterstützung für Lombardo-Venetien auch nicht begegnen können⁶¹⁾. Bismarck allerdings hielt ein gewaltsames preußisches Vorgehen wegen Neuenburg Ende 1856 durchaus für möglich. In einem Brief an Alexander Rüstow, der den preußischen Bundestagsgesandten um Hilfe für seinen Bruder gebeten hatte, nannte Bismarck am 20. Dezember den "gegenwärtigen Augenblick gerade in der Wahrscheinlichkeit militärischer Maßregeln Preußens gegen die Schweiz" als passenden Anknüpfungspunkt für das Begnadigungsgesuch, das Wilhelm Rüstow einreichen sollte und das Bismarck sich erbot, zu seiner "Bestimmung gelangen" zu lassen und mit seinen "Freunden in der Umgebung des Königs" zu befürworten⁶²⁾. Freilich sah er als selbstverständlich an, daß Wilhelm Rüstow "auf keiner von beiden Seiten eine Beteiligung mit Ehren zugemutet werden" könne, also auch nicht auf preußischer.

Ob das Bemühen um Amnestie und neue Verwendung in Preußen von Wilhelm Rüstow selbst ausging oder von seinem Bruder Alexander, ist nicht genau feststellbar. Den Anstoß könnte wohl der in preußischen Diensten stehende Offizier Alexander Rüstow gegeben haben, aber schwerlich hat er Bismarck um

Unterstützung gebeten, bevor er nicht mit seinem Bruder eins darüber geworden war. Wilhelm Rüstows Darstellung von 1874 kann gewiß nur mit Vorbehalt hingenommen werden. In dem Manuskript "Zur Berichtigung über mich verbreiteter Lügen" heißt es: "Im Jahre 1856 wurden mir Anerbietungen zur Rückkehr nach Preußen gemacht durch Vermittlung meines Bruders Alexander. Man weiß, daß zu dieser Zeit Bismarck sich Leute zu attachieren suchte, die ihm, dem vom Saulus zum Paulus (wenigstens oberflächlich) Gewordenen, helfen könnten, den preußischen Karren aus dem Dreck der tiefsten Elendigkeit zu ziehen. Aus dieser Suche sind der jetzige geheime Rat Bucher und ähnliche Leute hervorgegangen. Es war damals die Zeit der nichtsnutzigen Anbändelei Preußens gegen die Schweiz wegen Neuenburg. Ich lehnte jene Anerbietungen ganz höflich ab. Grade damals hätte ich mich damit aus einem mauvais pas ziehen können; ich lehnte trotzdem ab. Weshalb? Ich sah in Preußen die Servilität, die größte Niedertracht in floribus. Ich hätte wirklich mich damals eher mit den Reaktionären als mit den Liberalen verstehen können. Denn diese letzteren hätten durch ihre feige Unterwerfung, durch die Niedertracht, die sie gegen die 'Republikaner' bewiesen, wirklich verdient, daß sie von den siegreichen Reaktionären täglich 25 gut Gezählte auf den schönsten Teil ihres Körpers vorm Rathaus erhielten. Weiter aber - nach meinen Begriffen - mußte ich, sollte ich nach Preußen zurückkehren, von der Regierung amende honorable erhalten, sie mußte eingestehen, daß mir auf die unerhörteste Weise Unrecht geschehen sei. Ich wußte aber recht wohl, daß die reaktionäre Regierung umgekehrt von mir verlangen würde, ich solle um 'Gnade' (Amnestie nennt man das Ding süßer) bitten ... Man hat mich gefragt, warum ich die Sache nicht weiter getrieben habe, um die preußische Regierung zu blamieren, um nachher kompromittierende Briefe zu publizieren? Die Frage ist sehr schön. Ich habe mich niemals mit dieser Manier armer Schächer befreunden können, sich ein Relief zu geben ..." ⁶³⁾

Daß Bismarck von sich aus "Anerbietungen" gemacht und ver-

sucht habe, sich Wilhelm Rüstow "zu attachieren" - so ist es gewiß nicht gewesen. Doch erscheint es glaubhaft, daß Rüstow 1856 seine Rückkehr nach Preußen tatsächlich von einer amende honorable der Regierung abhängig machte und nicht öffentlich Abbitte leisten wollte. Denn auch Bismarck bezieht sich in seinem Schreiben an Alexander Rüstow auf einen ihm vorliegenden Brief "Wilhelm Rüstows, nach dessen Lektüre ihm "die Schwierigkeiten" des "Unternehmens" größer als ursprünglich vermutet erschienen seien. Bismarck erwähnt Rüstows "Bewußtsein der geistigen Kraft und Brauchbarkeit, mit welcher ihn Gott ohne Zweifel ausgestattet" habe, und er schreibt, daß es nicht sein "Beruf" sei, gegen dieses "ungebrochene Selbstgefühl ... mit Raisonsnements anzukämpfen". Offenbar hatte Wilhelm Rüstow in dem an seinen Bruder oder an Bismarck gerichteten, jedenfalls diesem bekannten Brief seinen Standpunkt des zu Unrecht Verfolgten und ungesetzlich verurteilten noch einmal klargemacht, und das mußte Bismarck eine königliche Begnadigung allerdings fraglich erscheinen lassen. Doch der preußische Bundestagsgesandte in Frankfurt erbot sich trotzdem zu helfen und schrieb an Alexander Rüstow zurück: "... indem ich Sie bitte, Ihre Bemühungen mit den meinigen dahin zu vereinigen, daß wir uns bemühen, Ihrem Bruder einfach die Amnestie des Königs zu verschaffen, ohne uns für jetzt mit der Frage seiner Zukunft zu beschäftigen ... Ich kann für den Erfolg wirklich nicht einstehen, denn ich habe bisher keine Zusicherung Sr. Majestät, sondern nur das Versprechen hochgestellter Militärs von Einfluß, sich der Sache mit mir annehmen zu wollen"⁶⁴). Allerdings bat Bismarck, Wilhelm Rüstow möge ihm erst sein dem König einzureichendes Begnadigungsgesuch im Konzept schicken, er wollte durch seine "vorgängige Zensur auf die Abglättung solcher Ecken" sehen, "von welchen sich ein nachteiliger Eindruck würde erwarten lassen". "Ich bin mit der Empfindungsweise des Königs bekannter, als Sie oder Ihr Bruder es sein können ...", gab Bismarck zu bedenken.

Doch Wilhelm Rüstow war zu einem Begnadigungsgesuch nicht zu bewegen. Er blieb in der Schweiz, hat sich später allerdings noch einmal um Rückkehr in preußische Dienste bemüht⁶⁵⁾.

Fraglos hat er sich zeitlebens auch in seine Heimat gesehnt und bei aller politischen Streitbarkeit Heimweh im Herzen getragen. Der politische Flüchtling dachte gewiß an Preußen-Deutschland, als er 1855 vom Vaterland schrieb, für welches es "ebenso schön" sei "zu sterben als zu leben"⁶⁶⁾. Ohnmächtiger Trotz war es wohl, daß Rüstow 1874 in seiner "Berichtigung über mich verbreiteter Lügen" behauptete, "niemals das geringste Heimweh nach Deutschland empfunden" zu haben, aber "Heimweh nach der Schweiz" zu fühlen, wenn er diese einmal auf längere Zeit verlasse.⁶⁷⁾

Aufschlußreich für Rüstows eigene Seelenverfassung ist dagegen sein Urteil über Heinrich Dietrich von Bülow. Auch dieser selbstbewußt-kritische Offizier und Militärschriftsteller hatte einige Jahrzehnte früher den preußischen Dienst verlassen und ein bitteres Außenseiter-Schicksal ertragen müssen. Seine Schriften gab 1853 Eduard Bülow, Schwiegersohn des preußischen Generals der Infanterie Grafen Bülow von Dennewitz (eines Bruders des H.D. Bülow), zusammen mit Rüstow heraus. Rüstow schrieb ein Kapitel über "Dietrich von Bülows Bedeutung für die Entwicklung der Kriegswissenschaft" und machte durchaus kritische Bemerkungen zu Bülows Kriegstheorie mit ihren "extravaganten Urteilen" und "Enormitäten". Aber er fand ein psychologisch tiefes Verständnis für ihn, eben aus der Ähnlichkeit ihrer beider Lage. Rüstow schrieb: "Vaterlandsliebe und die Liebe zum Großen, welches er nicht im Vaterland fand, machten seine Kritik oft äußerst bitter. Sie trat umso beleidigender auf, je mehr es ihn schmerzte, daß er sie gerade hier in Anwendung bringen mußte. Dieser Zug in Bülow verdient die größte Beachtung. Sein Patriotismus als Deutscher und als Preuße war von echtem Schrot. Wie gern hätte er hier anerkannt, wenn es etwas anzuerkennen gab! Aber er war zu klug und liebte die Wahrheit zu sehr, um seinen Patriotismus durch Beschönigung und Überdeckung desjenigen zu bekunden, was er für faul und schlecht hielt.

Sein Zorn darüber, daß er mit seinem Verstande nicht auf der Seite seines Landes stehen konnte, trieb ihn dann vielleicht bisweilen über die Grenzen der Billigkeit heraus, welche von kräftigen Gemütern so leicht überschritten werden und welche innezuhalten nur den Schwächlingen so wenig schwierig scheint ... Die nicht zu verkennenden Motive der Bitterkeit Bülow's heiligen dieselbe. Die Nachwelt, welche sich von seinem Tadel nicht mehr so direkt angegriffen sieht, erkennt dies ohne Mühe, während es der Zeit, welche er gewissermaßen durch persönliche Beleidigung reizte, schwer ward. Aber jene Erkenntnis sollte für jede gegenwärtige Zeit eine Lehre sein und ein Maß, ihre wahren Freunde von ihren falschen zu unterscheiden"⁶⁸⁾. Es ist unmißverständlich, wie Wilhelm Rüstow mit diesem Plädoyer für sein eigenes Handeln Verständnis und Anerkennung heischte, wie er hier zu erkennen gab, daß sein Herz ebenfalls nur für Preußen und Deutschland schlug, mochte er mit Vernunft die Zustände dort auch nicht billigen können.

Ähnlich flocht Wilhelm Rüstow drei Jahre später persönliche Empfindungen in seine Kritik an einem Amnestie-Erlaß Napoleons III. Der preußische Flüchtling und jetzige Schweizer Bürger war nicht einverstanden damit, daß der Kaiser der Franzosen nach Geburt seines Sohnes unbedingte Begnadigung, ganzen oder teilweisen Straferlaß nur für "gemeine Verbrechen und für Polizeivergehen gab und daß die "Erinnerung an die Verbannten und Deportierten wegen politischer Verbrechen" nur hintennach hinkte. Rüstow meinte: "Da die Fürsten alle, seien sie von altersher oder von gestern, diese Art von 'Verbrechen' als gegen ihre eigene Person begangen betrachten, so wäre es wohl hübscher, wenn sie an dieselben immer zuerst dächten". Rüstow warf Napoleon III. auch vor, daß dessen politische Amnestie nicht "unbedingt" sei, sondern von der Versicherung abhängig gemacht werde, sich der Regierung loyal zu unterwerfen. "So unschuldig" dies klinge, bemerkte der Emigrant, sei es doch "für Männer, welche mit Bewußtsein gehandelt hätten, gleichbedeutend mit dem Abschwören ihrer Überzeugungen". Der Demokrat Rüstow traf

einen empfindlichen Nerv des bonapartistischen Systems, indem er noch hinzufügte, man könne einer Nation, die sich einmal eine Regierung gegeben habe - "wenigstens so weit die Logik ohne Kanonen" reiche - nicht das Recht absprechen, sich später auch einmal eine andere Regierung geben zu wollen, und daß die "Amnestierten der politischen Kategorie" auf die Übung dieses Rechtes verzichten und auf die napoleonische Dynastie schwören sollten, das lehnte Rüstow ab⁶⁹⁾.

1862 schrieb er in einer allerdings erfreulicheren Lebensperiode, während der Bäderreisen mit Sophie Gräfin von Hatzfeld, er sei "ohne die geringste Veranlassung zum Heimweh und ohne eine Spur von Heimweh"⁷⁰⁾ - doch mit solchen stolzen Äußerungen wollte sich der unseßhafte Mann wohl nur öffentliche Genugtuung verschaffen. In Form von Briefen an einen ungenannt bleibenden preußischen Abgeordneten erschien 1863 die "Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage". Da heißt es einmal aus Heidelberg: "Wie Sie sehen, führe ich ein etwas vagabundierendes Leben. Ihrem Wunsche, auch nach Berlin zu kommen, ziehe ich vor, keine Folge zu leisten. Obgleich die preußische Regierung keine Ansprüche auf mich hat, da ich mich zehn Jahre ohne 'ihre Erlaubnis' im Ausland aufhalte und seit mehr als einem Lustrum schweizerischer Bürger, dann auch noch in Italien heimisch geworden bin, obwohl ich auch vollständig überzeugt bin, daß Herr von Bismarck mir keine Schwierigkeiten bereiten würde, möchte ich auch nicht einmal zu dem geringsten Gerede Veranlassung geben. Ich liebe es, mit offenem Visier aufzutreten. Wenn das preußische Volk mich einmal braucht, so kann es mich rufen, und ich werde nicht verfehlen, für eine Sache einzustehen, für die ich einstehen kann. Der Moment ist noch nicht gekommen, und ich nütze jetzt mehr aus der Ferne"⁷¹⁾. Immer noch also war Rüstow zu einer Rückkehr in Ehren bereit. Ein in der gleichen Broschüre veröffentlichter Brief vom 26. November

1862 aus Unterstraß bei Zürich beginnt: "Geehrter Freund! In acht Tagen werde ich wieder an den Gestaden des Mittelmeeres sitzen, ohne indessen Euch da oben im Norden zu ver-

gessen oder aus den Augen und aus dem Herzen zu verlieren. Noch ehe ich von hier scheide, muß ich diese kleine Reihe von Briefen vollenden, die wohl den Beweis liefern werden, daß ich wie fern im Raume so nahe Euch im Herzen bin "72).

Rüstow betonte freilich, daß er sich nur den preußischen Liberalen, die er aber früher und wenig später auch beschimpfte, verbunden fühle, und er versicherte, daß es ihm "einst zum höchsten Vergnügen gereichen" werde, "den königlichen Preußen" so wie er es unter Garibaldi 1860 mit den königlichen Neapolitanern getan, "gehörig das Maul zu revidieren". Mit recht bitteren Worten zeigte Rüstow in dieser Schrift von 1863 auch seine Enttäuschung, daß man seine Verdienste um Preußen noch immer nicht würdige: "Denn bisweilen sollte es wirklich scheinen, daß bei den Leuten in Berlin die Rechte, die sich ein Mann durch seine Taten auf dem Schlachtfeld, in tatsächlichen Organisationen unter den schwierigsten Umständen, durch seinen Kampf mit dem Leben mitten in aller Verfolgung, ohne daß ihm als Verfassungstreuen hilfreich und mit Eclat unter die Arme gegriffen ward, durch eine schriftstellerische konsequente Tätigkeit, die auf der ganzen Erde nicht ihresgleichen hat, erworben, daß alle diese Rechte verschwinden im Vergleich zu denen, die ein beliebiges blödsinniges Individuum, welches es einem andern blödsinnigen zufällig gekrönten Individuum gefällt mit dem Generaltitel zu versehen, ohne weiteres einkassiert"73).

Die einlenkende Politik der preußischen Liberalen gefiel Wilhelm Rüstow bald nicht mehr. In seinem schon 1864 erschienenen Buch "Der deutsch-dänische Krieg 1864" griff er sie ebenfalls an. Daß er aber immer noch als der Verkannte sich fühlte und sein schweres Emigranten-Los nur zu gern unter ehrenvollen und deshalb natürlich nicht zu erfüllenden Bedingungen geflohen hätte, zeigt folgende Äußerung: "Wir halten uns für unparteiisch, für durchaus unbefangen, nach genügender, durch sechzehn Jahre eines hoffnungslosen Exils und der verschiedenartigsten Tätigkeit erleichterter Selbstprüfung. Wir haben das Unglück gehabt, daß uns vor langer Zeit

von der Seite, von mehreren Seiten, die jetzt die erste Flöte pro und contra spielen, schreiendes Unrecht geschehen ist. Dieses Unrecht wird nun, wie es sich von selbst versteht, gebraucht, um unsere Unbefangenheit anzufechten. Die einfachste, berechtigtste Bemerkung über Geschehenes, welche von einem anderen gemacht als unbefangen aufgefaßt würde, ist in den Augen der Übeltäter an uns und der Wölfe, die mit ihnen heulen müssen, ein 'Ausfall' oder so etwas. Dies darf uns sicher nicht abhalten, die Wahrheit zu sagen, und - spätere Zeiten werden es anerkennen - wir haben niemals etwas anderes gesagt als die Wahrheit, den menschlichen Irrtum vorbehalten, dem wir uns ein- für allemal unterworfen erklären"⁷⁴).

Von seinem hoffnungslosen Exil sprach Rüstow da - und alle diese Beispiele haben wohl gezeigt, daß man diesen geflüchteten Achtundvierziger nicht schlechthin einen fanatischen Preußen- und Deutschenhasser nennen kann, wie es Marcel Herwegh bei bewußter Übergehung aller sein Rüstow-Bild störenden Äußerungen tat ⁷⁵). Sogar dem preußischen König Wilhelm I. machte Rüstow in seinem Werk über den Siebzigerkrieg nach vielen früheren Schmähungen noch einmal Komplimente, nannte seine Thronrede vom 19. Juli im norddeutschen Reichstag "ein Muster von Mäßigung" und fragte, wann je das Haupt einer Nation "wahrere und edlere Worte gesprochen" habe als Wilhelm I.⁷⁶). Dann führte er auch, ohne Kommentar, die königliche Proklamation vom 31. Juli 1870 an, in der eine Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen erteilt wurde. Es scheint, als hätte Rüstow hier einen mit seinem Stolz verträglichen unauffälligen Wink geben wollen, man möge ihn doch vielleicht aus Berlin zum Gebrauch dieser Amnestie ermuntern⁷⁷). Lenkte Rüstow auch mit seinen fachlichen Urteilen über Preußens Militärpolitik und Wehrsystem nach den Erfolgen von Königgrätz und Sedan merklich ein - sich anzubiedern versuchte er mitnichten. In den 15 schweren Jahren seit Bismarcks Vermittlungsangebot war er nicht wankend geworden in dem Entschluß, nur als ein Gerechtfertigter nach Preußen heimzukommen.

Die ersten Jahre in der Fremde ließen sich allerdings für den entflohenen Revolutionär gar nicht so schlecht an. Im Wintersemester 1852/53 habilitierte er sich an der Universität Zürich als Privatdozent, und hier hielt er einschließlich Sommersemester 1855 kriegsgeschichtliche Vorlesungen, schloß auch mit dem Altphilologen Hermann Köchly Freundschaft, der 1849 nach Beteiligung an der Mai-Erhebung aus Dresden hatte fliehen müssen und jetzt in Zürich, ab 1864 in Heidelberg dozierte. Die beiden verfaßten zusammen eine kritische zweisprachige Ausgabe "Griechische Kriegsschriftsteller". Der erste 1853 in Leipzig erschienene Band enthielt Schriften

von Aineias, Heron, Philon und Vitruvius, der zweite Band brachte 1855 Asklepiodotos, Aelianus, Xenophon, Polybios und einen Byzantiner Anonymus. Im Vorwort des letzten Buches schrieben die Herausgeber am 7. Juli 1855, daß der geplante dritte Band vorläufig leider nicht erscheinen könne, denn selbst die von ihnen "aktenkundig niedergelegte Restauration der alten Artillerie" sei "nicht im Stande gewesen ..., die gegenwärtig ziemlich einseitig in Wortforschung, Worterklärung, Wortkritik versenkte Philologie zu einer Teilnahme zu erwecken, welche zu den von dem Herrn Verleger gebrachten Opfern in gehörigem Verhältnis stünde", die Vervollständigung der Ausgabe müsse also aufgeschoben werden, bis "wieder einmal ein gesunder lebenskräftiger Realismus durch die Adern der Altertumswissenschaft" ströme.

Solch praktischen Bedürfnissen hatte auch das 1852 erschienene erste Gemeinschaftswerk der beiden dienen sollen, die "Geschichte des griechischen Kriegswesens von der ältesten Zeit bis auf Pyrrhos, nach den Quellen bearbeitet von W. Rüstow, ehemaligem preuß. Genieoffizier, und Dr. H. Köchly, ordentlichem Professor der griechischen und römischen Literatur und Sprache an der Universität Zürich". Wie im Vorwort steht, sollte das Buch "einerseits dem Soldaten eine gedrängte, aber gründliche und vollständige Übersicht über die Geschichte seiner Kunst für den angegebenen Zeitabschnitt vom Standpunkte der neueren Militärwissenschaft aus gewähren, andererseits

dem Philologen ein unentbehrliches Hilfsmittel zum richtigen und anschaulichen Verständnis derjenigen griechischen Schriftsteller darbieten, welche von den Kriegstaten ihres Volkes handeln, endlich dem Geschichtsforscher eine bisher noch ziemlich dunkle Seite des antiken Lebens klar machen". Die Autoren hatten "mit Wissen und Wollen alles beseitigt, was nur ein archäologisches, kein praktisches Interesse" besaß, um nicht "über der Aufzählung von Kuriositäten" des "Normalen, Gebräuchlichen, Reglementarischen" zu vergessen. Sie betonten, daß "für das Verständnis vom militärischen Standpunkt aus" in den neuen Ausgaben von Xenophon und Arrian "so gut wie nichts geschehen" sei, daß vielmehr "alte überlieferte Irrtümer, wie z.B. über die makedonische Phalanx, immer von neuem wiederholt" worden seien. Deshalb hätten "Soldat und Philologe" sich einmal zusammentun müssen, letzterer um "die Quellen aufzusuchen, zusammenzustellen, nach dem Wortsinn gründlich zu erforschen und, während jener den Sinn und Zusammenhang der Sachen verfolgte, darüber zu wachen, daß den Worten keine falsche Bedeutung untergeschoben werde, die Phantasie des Soldaten, die sich von Anschauungen der Gegenwart nährt, nicht in die Quellen übertrage, was in der Tat nicht in ihnen zu finden" sei. Rüstow vergaß in dem offenbar auch von ihm verfaßten Vorwort nicht zu erwähnen, daß so dem Soldaten "allerdings der bedeutendere Teil der Arbeit, namentlich auch im wesentlichen die Gestaltung der Form zugefallen" sei⁷⁸⁾. 1856 veröffentlichten Köchly und Rüstow dann noch zusammen "Gaius Julius Cäsars Memoiren über den Gallischen Krieg", die ein halbes Jahrhundert später bei Langenscheidt in Berlin in 13. Auflage erschienen, und 1857 ihre "Einleitung zu C. Julius Cäsar's Commentarien über den gallischen Krieg"⁷⁹⁾

Rüstow nahm neben seiner publizistischen und wissenschaftlichen Tätigkeit, die sich 1854 auch auf militärische Vorlesungen an der Zentralschule in Thun erstreckte⁸⁰⁾, bald den Dienst in der schweizerischen Bundesarmee auf. Schon am 5. April 1853 leitete er unter Oberst Ziegler als Major und

zweiter Instruktor ein Dorfgefecht in Aarburg⁸¹⁾. 1855 erschienen von ihm zwei Arbeiten, die in seine dienstliche Tätigkeit einschlugen: "Anleitung zu den Dienstverrichtungen im Felde für den Generalstab der schweizerischen Bundesarmee" (Basel) und "Taktik der verbundenen Waffen für die schweizerische Bundesarmee" (Düsseldorf). Im Vorwort seiner ebenfalls 1855 veröffentlichten "Untersuchungen über die Organisation der Heere" sah Rüstow sich schon zu der Rechtfertigung veranlaßt, daß er sich frei wisse "von jedem Gedanken wie von jedem Tone der Überhebung" und daß seine bisherigen Arbeiten "die günstige Aufnahme, welche sie beim militärischen Publikum, die wohlwollende Beurteilung, welche sie in der militärischen Tagespresse gefunden" hätten, wohl dem Umstande verdankten, daß er "die militärische Schriftstellerei wesentlich als einen Austausch der Gedanken unter Gleichen betrachte und behandle". Rüstow beschwerte sich hier auch öffentlich über die abfälligen Rezensionen, die allein die Berliner Militair-Litteratur-Zeitung ihm gewidmet habe, und begegnete dem Vorwurf der MLZ, daß "Die Lehre von der Anwendung der Verschanzungen"⁸²⁾ ein überflüssiges Plagiat sei, mit dem Hinweis, die "ganze militärische Weisheit" könne man schon in 2000 Jahre alten Büchern finden. Unzufrieden war Rüstow auch mit der MLZ-Besprechung seines 1854 herausgekommenen Buches "Der Krieg von 1805 in Deutschland und Italien. Als Anleitung zu kriegshistorischen Studien bearbeitet"⁸³⁾. Schulz, der Verfasser der "Geschichte der Kriege in Europa von 1792-1815", die Rüstow als seine Hauptquelle angab, schrieb in der MLZ, daß Rüstow nicht "ausschließlich historisch" arbeite, sondern den Stoff "vielmehr als Grundlage für das doktrinelles Element" nehme; doch der Rezensent bezweifelte, "ob der beabsichtigte Zweck gerade auf diesem Wege zu erreichen sei", und meinte, daß solche fertig überlieferten Urteile den "Talentvollen" eher zurückstießen als förderten.⁸⁴⁾

Im Jahre 1855 begann Wilhelm Rüstow auch seine aktuelle kriegshistoriographische Arbeit, die er bei allen unvermeid-

baren Mängeln gleich in den ersten Werken zu einer allgemein Staunen erregenden Meisterschaft ausbildete. Diese halb journalistische, immer im großen politischen Zusammenhang gefaßte Kriegsberichterstattung betrieb Rüstow fern der Schlachtfelder, und diese räumliche hat bei der fehlenden zeitlichen Distanz von den Ereignissen seine Urteile wohl so erstaunlich treffsicher werden lassen, daß selbst seine Gegner sich wunderten. Anfang Dezember 1854 erschien "Der Angriff auf die Krim und der Kampf um Sebastopol. Übersicht-lich dargestellt von Wilhelm Rüstow. (Vom Beginn des Feld-zuges bis zum Wiener Traktat, Anfangs September bis zum 2. Dezember 1854)". Ein Schweizer Korrespondent der Berliner MLZ schrieb darüber: "Der Herr Verfasser, welcher seine in Ihren vorzüglichen Militärschulen gesammelten Kenntnisse benutzt, um in der Schweiz Lorbeeren zu sammeln, dürfte Ihnen hinlänglich bekannt sein. Schon in verschiedenen Vorlesungen behandelte er den orientalischen Krieg vor dem Zürcher Publikum, und seine gegenwärtige Schrift ist in der Schweiz mit Enthusiasmus begrüßt worden". In Troschkes Schrift über die Militärliteratur seit den Befreiungskriegen heißt es, daß die MLZ die Rüstow-Broschüre noch einer zweiten Besprechung würdigte, da "hier eine Bearbeitung der unvöllständigen Kriegsnachrichten vorlag, die - sozusagen - mit den Ereignissen Schritt hielt." H.v.Gaudi schrieb in dieser MLZ-Rezension dann: "Wir gestehen offen, daß wir mit einiger Befangenheit an die Durchsicht des Schriftchens gingen, weil der Name des Verfassers eine sehr entschiedene Parteistellung erwarten ließ; wir bekennen aber unseren Irrtum: der Verfasser steht auf einer höheren Warte als auf den Zinnen der Partei. Mit außerordentlicher Sorgfalt hat er die offiziellen Berichte der verschiedenen Armeen studiert, die Übertreibungen ausgesondert, manches Dunkel aufgeklärt, und ist nun der erste, welcher den Nebelschleier des Fabelhaften und Ungeheuerlichen, hinter dem bislang die Krim-Expedition für uns sich barg, zurückschlägt und das Pergament ihrer Geschichte in übersichtlicher Klarheit vor uns aufrollt" ⁸⁵⁾. Ähnlich anerkennend schrieb die Berliner MLZ auch über

Rüstows Werke "Der Krieg gegen Rußland" (zwei Bände 1855 und 1856) und "Der italienische Krieg 1859"⁸⁶).

In der noch 1860 erschienenen dritten Auflage des Italienischen Krieges äußerte sich Rüstow aber auch zu der von anderer Seite gestellten und ihm "nicht an und für sich für unzulässig" erscheinenden Frage, ob er nicht "einige Mängel" hätte vermeiden können, wenn sein Buch etwas später herausgekommen wäre. Rüstow parierte: "Wir wollen darauf ein für allemal, auch für künftige ähnliche Fälle antworten. Wir meinen zuerst, daß die gleichzeitigen Arbeiten einen ungemeinen Einfluß auf die Geschichtschreibung haben. Sollten nun wir, die wir nach ziemlich allgemeinem Urteil einige Befähigung haben, politische und militärische Verhältnisse der hier vorliegenden Art zu übersehen und zu sichten, diesen Einfluß der ersten Geschichtschreibung oder Annalisterei den Romanschriftstellern oder den um kein Haar besseren Panegyrikern der verschiedenen Parteien überlassen? Wir glauben auf diese Frage wird ein einstimmiges Nein! der ganzen Leserschaft antworten. Wir glauben nun ferner gar nicht daran, daß eine Nachricht in demselben Verhältnis richtiger oder glaubhafter sei, als sie den Ereignissen später nachfolgt. Wer darüber Zweifel hat, der lese, wenn er sie noch nicht gelesen hat, einmal die Betrachtungen nach, welche Clausewitz über Bonapartes Feldzug von 1796, über welchen er sich beiläufig 30 Jahre nachher Klarheit zu verschaffen suchte, und über die Quellen für diesen Feldzug anstellt, oder er suche sich einmal Rechenschaft darüber zu geben, wie viele Kontroversen über ganz wesentliche Punkte der Freiheitskriege herrschen, die meistens erst durch eine spätere tendenziöse und mit der Wahrheit es nicht sehr genau nehmenden Geschichts- und Memoirenschreiberei hineingekommen sind. Für die entgegengesetztesten Ansichten könnte man hier sogenannte 'Augenzeugen' zitieren. Was für ein Augenzeuge ist aber ein beliebiger Korporal, möge er auch in Generalsuniform stecken, in Bezug auf einen ganzen Feldzug oder gar einen ganzen Krieg. Wir meinen gerade uns ein Verdienst um die spätere Geschichtschreibung zu erwerben, indem

wir das, was uns sei es in welcher Weise immer bekannt wird, kritisch sichten, scharf bei Zeiten auf das, was mit oder ohne Absicht dunkel gelassen ist, aufmerksam machen, ebenso wie auf die entscheidenden Punkte und damit die Fledermäuse, die so gerne in einem angenehmen Dunkel bleiben möchten, zum Berichtigen nolens volens aus ihren 'hohen' Schlupfwinkeln hervorholen. Wer berichtigen will, der gehe aber auch wirklich mit der Sprache heraus. Der berichtigt uns nicht, der beim zweiten Satz schon anfängt: 'besondere Rücksichten verbieten uns, die Verhältnisse zu berühren, welche hier ins Spiel kamen'. Dergleichen Redensarten kennen wir hinreichend, sie bringen uns nicht ein Haar breit von unsern Meinungen ab, und wir wünschten, daß sie erst aller Welt ebenso wenig imponierten als uns ... Wenn es vorkommt, daß Aufklärungen oder Berichtigungen, die uns von verschiedenen, aber gleich 'guten' Seiten zukommen, einander schnurstracks widersprechen - und es kommt oft vor - , da müssen wir notwendig unser eigenes Urteil über diesen Aufklärungen walten lassen, und wenn es vorkommt, daß Berichtigungen unserer Darstellung post festum einlaufen, in Punkten, wo wir uns streng an die offiziellen Berichte gehalten haben, so müssen wir sehr vorsichtig sein, ehe wir jenen Berichtigungen unbedingt folgen wollen⁸⁷⁾.

Wilhelm Rüstow war sich natürlich bewußt und gestand es ein, daß solbherart recherchierende Betriebsamkeit nicht Geschichtschreibung sein konnte, daß "nicht gleichzeitig mit den Begebenheiten deren Geschichte" zu schreiben sei, doch wollte er "sich der Geschichte, so weit tunlich, nähern" und "nicht eine zusammengewürfelte Masse einzelner Tatsachen, sondern ein verarbeitetes, wohlgeordnetes Ganzes bieten, nicht Parteiinteressen, sondern die Wahrheit vertreten"⁸⁸⁾. Rüstow war überzeugt, daß die spätere "wahre unparteiische Geschichte ... in vielen Punkten" auf ihn zurückgreifen werde, "wo die Aftergeschichte der nächsten Jahre, zu tausend persönlichen Zwecken, zur Rechtfertigung oder Verherrlichung einzelner geschrieben," ihn scheine widerlegt

zu haben. Er gab zu, daß er "unzweifelhaft ... Irrtümer im einzelnen ..., in Zahlen, in Tatsachen, aber nicht in dem Verhältnis der Dinge zueinander, nicht in der Auffassung des Ganges der Ereignisse im Großen und ihrer Bedeutung" begehe³²).

Sein Material besorgte sich der rastlos schreibende Militärfachmann auf Reisen und in ausgedehnter Korrespondenz; seine Mittelsmänner hatte er in einigen Ländern und Armeen Europas. Höchste Offiziere standen im Briefverkehr mit ihm oder gaben persönliche Audienzen, wie der französische Kriegsminister Adolphe Niel. Der bayerische Generalleutnant Freiherr von der Taan, den Rüstow um Unterlagen für sein Buch über den Krieg von 1866 gebeten hatte, schrieb am 3.11.1866 aus München an Rüstow: "Euer Hochwohlgeboren! Beiliegend übersende ich Ihnen die gewünschte Ordre de bataille unserer Armee sowie jene des VIII. Bundesarmeecorps mit dem Bemerken, daß das bayerische Armeecorps zwischen dem 1. - 12. Juli um weitere 6 Linienbataillone verstärkt wurde ... und muß bemerken, daß gerade dieser Zeitpunkt zum Sammeln von Notizen für mich insoferne ein ungünstiger ist, als unser gesamter Generalstab sich auf einer Dienstreise zur Besichtigung der Schlachtfelder befindet; ich aber habe nach dem Friedensschluß meine Division wieder übernommen und habe demnach nichts mehr in Händen. Mit vielem Interesse habe ich bereits Ihre beiden ersten Abteilungen der Geschichte des Feldzuges gelesen. Was Sie von Seite 153 - 166 sagen, war die Ursache des unglücklichen Beginns des Feldzugs. Die Diplomaten hatten die Folgen des Bundesantrags v.11.Juni und Bundesbeschlusses zum 14. gar nicht vorhergesehen, wenigstens sich mit den Generalen gar nicht verständigt; so geschah es, daß beim Ausbruch des Krieges die österreichische Armee noch nicht fertig, die bayerische nicht versammelt, das VIII. Armeecorps weder fertig noch versammelt war. Was Kurhessen und Hannover tun würden, wußte man nicht !! Ein gemeinsamer Operationsplan war hoch nicht festgestellt ... Sollten Sie weitere Aufschlüsse wünschen, so werde ich mit Vergnügen bereit sein, dieselben zu erteilen. Ich habe z.B. die Ordre de bataille der preußi-

schen Mainarmee zu Anfang und zu Ende der Campagne ... Begierig bin ich auf Ihr Urteil über die Einwirkung des Zündnadelgewehrs; ich stimme vollkommen mit Ihnen überein, daß es nicht die Hauptursache der preußischen Erfolge war, aber immer bleibt es in den Händen einer so tüchtigen Infanterie ein Hauptfaktor des günstigen Resultates, indem es grade einer mutigen, aber weniger durchbildeten Infanterie verbietet durch rücksichtsloses Drauflosgehen ihre Mängel auszugleichen ... Hochachtungsvoll Euer Hochwohlgeboren ergebenster v.d.Tann Gllt."⁹⁰⁾ Eine Woche später schickte Tann nach Rückkehr des Generalstabes die vollständige Ordre de bataille des VIII. Armeekorps an Rüstow, am 22.11.1866 teilte er ihm mit: "Beiliegend übersende ich Ihnen die Ordre de bataille der preußischen Mainarmee. Über die Zusammensetzung der Landwehren und 4 Bataillons konnte ich noch nichts Genaues erfahren ... Eine österreichische Ordre de bataille konnte ich leider nicht erlangen ... Was Sie über unsere zu große Artillerie-Reserve sagen, ist auch ganz meine Meinung"⁹¹⁾.

In einem seiner Bücher bat Rüstow öffentlich um "Nachrichten vom Kriegsschauplatz, über Rüstungen, Dislokationen und den diplomatischen Verkehr ... auf privatem Wege oder von Behörden", die er "mit Gewissenhaftigkeit und Diskretion" zu benutzen versprach⁹²⁾. In der dritten Auflage seines ersten Bandes vom Italienischen Krieg schrieb er, daß "merkwürdige Erfahrungen ... auf seiner schriftstellerischen Laufbahn" ihn zu der ausdrücklichen Versicherung zwängen, er habe "nicht in Villafranca am Schlüsselloch gehorcht"⁹³⁾. Aber auf einem nicht mehr fertiggestellten und veröffentlichten Manuskript über Europäische Geschichte seit 1866 vermerkte Rüstow: "vieles nach konfidentiellen geheimen Mitteilungen". Über die gleiche Arbeit schrieb er an Emma Herwegh, daß er sie "unmöglich für die gewöhnlichen deutschen Buchhändlerschleudpreise fortgeben" könne. Sie sei ihn "teuer zu stehen" gekommen und "sicher nichts Gewöhnliches", da er "nach mehreren Seiten hinter die Kulissen" geschaut und in diesen Jahren

"selbst manchen Faden in aller Bescheidenheit in der Hand" gehalten habe⁹⁴⁾.

Rüstow fühlte sich als "Kampfrichter" über den europäischen Händeln⁹⁵⁾, und er empörte sich in fast naiver Unverfrorenheit über "die erbärmliche Geheimniskrämerei" der verantwortlichen Militärs⁹⁶⁾, die ihm wichtige Nachrichten vorenthielten. So konnte er etwa für die Schlacht von Solferino die österreichische Ordre de bataille erst sehr spät auftreiben und meinte, daß es wahrlich nicht seine Schuld sei, wenn ihm bei solchen "kaum glaublichen Erschwerungen" Irrtümer unterliefen⁹⁷⁾. Recht subjektiv, nämlich nach seinem persönlichen Interesse an sprudelnden Nachrichtenquellen, beurteilte Rüstow auch die Pressefreiheit, die "unleugbar ihre Unbequemlichkeiten", aber ebensolche Vorteile habe. Man müsse die Zeitungen nur für seine Zwecke auszubeuten wissen, riet der Demokrat. Zu gewinnen seien sie, indem man ihnen "wahrhafte Nachrichten vom Kriegsschauplatz" über alles Geschehene zugehen lasse. Dafür könne man ihnen dann gern Pläne zur Publizierung mitteilen, an deren Ausführung nie gedacht werde, "Nachrichten über die Dislokation, über erwartete Truppen, über Terrainbeschaffenheit und Befestigungen, in denen Dichtung und Wahrheit sich angenehm" mische. "Ungemein schwächlich dagegen" sei es, "immer sogleich nur an die Unterdrückung der freien Presse zu denken", rügte Rüstow in nicht ganz lauterer Absicht⁹⁸⁾. Denn die Zeitungen waren die weidlich ausgeschlachtete und unerläßliche Hauptquelle seiner militärisch-politischen Schriftstellerei. 1863 schrieb er aus Italien an die Herweghs, ob sie im Besitz eines vollständigen Exemplares irgendeiner Zeitung von 1861 und 1862 seien, das er unbedingt für ein neues Buch benötige⁹⁹⁾.

Um "ein gültiges Urteil abzugeben", meinte Rüstow, brauche er nicht "dabei gewesen zu sein", wie man so gern sage; auch finde er "in einem Zeitungsblatt" mehr als der flüchtige Leser, und die Nachrichten hätten für "verschiedene Leute" eben einen ganz verschiedenen Aussagewert¹⁰⁰⁾. Andererseits scheute er sich nicht, die "ungeheure Leichtfertigkeit, Oberfläch-

lichkeit und Unwissenheit des europäischen Journalismus, welcher meist nur gedankenlos" abschreibe, anzuprangern¹⁰¹⁾. Ebenso beschwerte er sich über das "Unwesen der 'Amateurs'", der die Armeen begleitenden Interessenten, Zuschauer und Korrespondenten. Daß die Zeitungsleute "in der Garibaldi-schen Armee mehr Freiheit hatten als in irgendeiner andern der Welt", sah Rüstow keineswegs als Vorteil an, schon weil ihn ihr "dummes Zeug" in diesem Fall persönlich ärgerte¹⁰²⁾. Er kämpfte für Garibaldi 1860 in entscheidender Position als Oberst-Brigadier und hatte hier gelegentlich selbst öffentliche Kritik seiner militärischen Taten zu erdulden, so wie er sie sonst an anderen übte¹⁰³⁾. Aber auch in seinem Buch über den dänischen Krieg, an dem er selbst nicht beteiligt war, beschwerte Rüstow sich über die "Amateurs" und teilte sie in verschiedene Klassen ein. Die unschädlichsten nannte er die Volontäroffiziere anderer Heere; eine "böse Klasse" die "Prinzen und ähnliche hohe Herren, welche sich als Volontärs der Armee" anschlossen, große Ansprüche stellten, in der Regel nichts taten, "aber sich wohl gar auf eine oder die andere Weise in den Oberbefehl" einmischten. Auf die Zeitungskorrespondenten und "Berichterstatter aller Art" war er immer noch schlecht zu sprechen, und er nannte es eine durchaus nicht "verwerfliche Maßregel, wenn man alle vagabundierenden Korrespondenten von der Armee fernhielte". Falls man "nicht lediglich durch die eigenen Offiziere die Berichte über die Kriegstätigkeit schleunig" wolle "bearbeiten und in Umlauf setzen lassen", empfehle es sich wohl, nur die Korrespondenten zu dulden, die sich fest dem Generalhauptquartier oder den einzelnen Stäben anschlossen. "Eine ganz widerliche Klasse von Amateurs" schimpfte Wilhelm Rüstow "diejenigen, welche zu einzelnen Schlachten oder Gefechten zum Zusehen" kämen und geradezu Schaden anrichten könnten, wenn sie "in großen Scharen" und "in Kutschen" erschienen, die Wege versperrten, "sich zügellos von einem Punkte zum andern umhertreibend" und falsche Nachrichten verbreitend¹⁰⁴⁾.

Einerseits erweckt diese Schilderung dem vom totalen Krieg heimgesuchten Menschen des 20. Jahrhunderts wohl ein Schmunzeln über solche noch in die Zeit der turnierartig exerzierten Kabinettskriege gehörigen Begleiterscheinungen - doch er entdeckt in diesen sensationslüsternen "Zuschauern" sicher auch schon Züge von sich selbst. Daß die Zeitgenossen im guten alten 19. Jahrhundert durchaus nicht so ganz anders, sondern eigentlich schon Heutige waren, zeigt eine ähnliche Kritik Rüstows aus dem Jahre 1871. Da schrieb er: "Eine unzarte Neugier, vielleicht mehr als handbietende Teilnahme für die Unglücklichen trieb eine Menge von Leuten nach dem zerstörten Straßburg. Es schien beinahe, als weideten sich viele dort an den Bildern der Vernichtung, die sich überall darbten. Photographen nahmen die Zerstörungen auf; ihre Bilder schmückten dann die verschiedenen illustrierten Zeitungen oder wurden gar in Albums zusammengestellt, welche als passende 'Weihnachtsgeschenke' empfohlen wurden. Literarische Schlachtenbummler schrieben mit brutalem Hödsinn den Text zu jenen Bildern für die Blätter, welche die deutsche Kultur bedeuten wollen ... Ein interessanter Leipziger hatte die ingenieure Idee, in Straßburg Splitter der Granaten, welche die Stadt in Trümmer gelegt hatten, sammeln und daraus 'patriotische Denkmünzen', das Stück zu 10 Silbergroschen, schlagen zu lassen. Der Ankündigung dieses zarten Artikels fügte er eine vom Maire Küß beglaubigte Bescheinigung bei, daß er am 9. November 50 Zentner Granatsplitter käuflich erworben habe"¹⁰⁵⁾.

Wilhelm Rüstow schrieb mit fast Balzacscher Vehemenz, hatte die Feder schon eingetaucht, wenn seine Augen den europäischen Horizont noch nach neuen Rauchsäulen absuchten. Auf den Vorwurf der "Vielschreiberei und folglich der Flüchtigkeit" antwortete er, daß er "ein Schriftsteller von Profession und außerdem mit einer nicht gewöhnlichen Arbeitskraft begabt" sei, deshalb "mehr Bücher in die Welt hinausschicken" könne als andere, "welche sich nur in ihren Mußestunden mit der Schriftstellerei" befaßten. Leider befinde er sich nicht in

der beneidenswerten Lage dieser Herren, obgleich seine Bescheidenheit "unglaublich weit" hinter dem Wunsch zurückbleibe, "wie Herr von Lamartine mit 200 000 Franken jährlich dennoch für einen armen, geschlagenen Mann zu gelten". Rüstow meinte, die Beachtung des "nonum prematur in annum" sei für ihn doch "mit einigen Schwierigkeiten verknüpft"¹⁰⁶⁾. Daß er selbst wenige Jahre vorher die Frage der Kriegspublizistik noch ganz anders beurteilt hatte, schien er völlig vergessen zu haben. 1853 kritisierte er nämlich Heinrich Dietrich von Bülow's Bücher über die Feldzüge von 1800 und 1805, die "natürlich keine Geschichtswerke zu nennen" seien, denn ein Jahr nach Beendigung oder gar während eines Krieges könne "man nicht wohl die Geschichte desselben schreiben", sondern nur "entweder Memoiren oder Zeitungsberichte oder Zeitungskritiken, in die äußere Form eines Buches gebracht"¹⁰⁷⁾.

Am 22. November 1856 bestätigte der Erste Staatsschreiber von Zürich, daß Rüstow 2500 Franken als Vermögensausweis deponiert habe und daß er wegen seiner als Dozent der Hochschule dem Kanton geleisteten Dienste statt 600 nur 250 Franken Einkaufsgebühren in das Gemeinde- und Kantonsbürgerrecht zu zahlen brauche. Am 10. Dezember 1856 entrichtete Rüstow noch einmal 1000 Franken "Einzugsgebühren in die öffentlichen Güter" der Gemeinde Bauma¹⁰⁸⁾. Am 5. Januar 1857 heiratete er. Seine am 22.12.1833 geborene Frau Anna Katharina Riedmeier stammte aus der Ortschaft Kanderne im Großherzogtum Baden. Ihre Eltern waren Johann Jakob Riedmeier und Anna Katharina, geborene Stöcklin¹⁰⁹⁾. Bismarck schrieb am 20. Dezember 1856 noch, daß Rüstow in seinem Gnadengesuch an König Friedrich Wilhelm IV. "vielleicht besser" das Verhältnis "zu seiner Braut" nicht erwähne¹¹⁰⁾. Am 31. August 1857 wurde Rüstows erste Tochter Anna Maria geboren. Ob der Flüchtling in den ersten Jahren von politischen Freunden und Schicksalsgenossen unterstützt worden ist oder mit privater Hilfe etwa durch die Familie seiner späteren Frau sich durchgeschlagen hat, ist nicht mehr festzustellen. Die Honorare für seine zum Teil nach kurzer Zeit schon wieder neu aufgelegten Bücher

haben Wilhelm Rüstow wohl ab 1855 schon einigermaßen sorgenfrei leben lassen. In den Jahren bis 1860 erschienen von ihm noch: "Der Krieg und seine Mittel. Eine allgemein faßliche Darstellung der ganzen Kriegskunst", "Allgemeine Taktik, nach dem gegenwärtigen Standpunkt der Kriegskunst bearbeitet. Mit erläuternden Beispielen", "Geschichte der Infanterie", "Militärische Biographien. David, Xenophon, Montluc" (Zürich 1858) und ein "Militärisches Hand-Wörterbuch nach dem Standpunkte der neuesten Literatur und mit Unterstützung von Fachmännern bearbeitet und redigiert von Wilhelm Rüstow".

Der Garibaldische Oberst-Brigadier

Ein neuer Lebensabschnitt begann für Wilhelm Rüstow 1860 nach fast zehn Jahren häuslicher Zurückgezogenheit. 1848 hatte der preußische Leutnant die Revolution zu erschreiben versucht. Er war nicht in Berlin gewesen während der aufgeregten Tage und auf die Barrikaden geklettert wie sein Freund und Standesgenosse Hermann Orges¹¹¹⁾. Die Straßenkämpfe hätten ihn zwar gewiß mitgerissen, doch ein Haudegen für wilde Taten ist er bei aller intellektuellen Entschlossenheit und politischen Courage nicht gewesen. Er goß kochende Tinte über seine Gegner. Einmal in seinem Leben zog er den Säbel blank, und das war 1860 auf Giuseppe Garibaldis Freischärler-Zug durch Italien. Sich für die demokratisch-republikanischen Ideale dort unten selbst zu schlagen, dazu entschloß sich Wilhelm Rüstow aber nicht bedenkenlos. Filippo de Boni, der in der Schweiz Gesandter der kurzlebigen römischen Republik gewesen war und jetzt für Giuseppe Mazzini fähige Offiziere besorgen sollte, trat durch Vermittlung Emma Herweghs an Rüstow heran. Doch der lehnte ab. Erst als jeden Tag dringlichere Briefe aus Italien nach ihm riefen¹¹²⁾, sagte er zu. In seinen "Erinnerungen aus dem italienischen Feldzuge von 1860"¹¹³⁾ schrieb Rüstow, er habe es "für unangemessen" gehalten, "einer Sache", für welche er das "größte Interesse

empfand, um des Erwerbes willen zu dienen". In der Zeit seiner Abwesenheit verlangte er eine kleine Pension für seine Familie und die Zusicherung einer "andern kleinen Summe", falls er in Italien fiele.

Drei Wochen nach seiner Abreise schrieb der vorübergehend aus Schweizer Diensten geschiedene Offizier jedoch an Georg Herwegh¹¹⁴⁾, daß er leider versäumt habe, sich die finanziellen Forderungen schriftlich bestätigen zu lassen. Er bat auch, interessierten Schweizer Offizieren den Rat zu geben, "nicht eher aus der Schweiz abzureisen, als bis sie ein schriftliches Zugeständnis ihrer Forderungen vom Nationalkomitee, unterzeichnet von Bertani" in Händen hätten. Vorher hatte Rüstow Herwegh noch von seinem Plan geschrieben, für Garibaldi eine Schweizer Scharfschützen-Kompanie aufzustellen. Jetzt meldete er einiges "Mißtrauen in die Delikatessse, Ehrlichkeit etc. der Leute". Immerhin scheinen die wirtschaftlichen Fragen von Garibaldis revolutionären Freiwilligen in der politischen Begeisterung nicht vergessen worden zu sein.

Dieses militärisch-politische Reisläufertum Europas hat im 19. Jahrhundert eine bis dahin nicht gekannte Stetigkeit und Ausdehnung gewonnen. Man muß es unterscheiden vom alten Söldnerberuf, und auch die Truppenverkäufe und Subsidienverleihungen der deutschen Fürsten sind etwas anderes. Die moderne internationale Parteigängerschaft ist wesentlich auf einem politischen Boden entstanden. Zwar mag in vielen, ja wohl den meisten Einzelfällen weniger politischer Idealismus auf die fremden Kriegsschauplätze getrieben haben als persönlicher Überdruß, kavaliersmäßig-romantische Freude an Aventüren, unbefriedigter Ehrgeiz und, zumal nach den Offizierskassationen der 48er Revolution, einfach wirtschaftliche Bedrängnis. Doch es ist nicht zu übersehen, daß auch die nur vorgebliche oder eingebildete politische Teilnahme der wandernden Militärs erst möglich geworden war im aufbrechenden Gegensatz zwischen den liberalen und konservativen Kräften, daß es ferner auch echtes übernational-

politisches Engagement auf den Schlachtfeldern der neueren Geschichte gegeben hat.

Das erste und eines der berühmtesten Beispiele dafür ist der französische Marquis de Lafayette, der ab 1777 am nord-amerikanischen Unabhängigkeitskrieg teilgenommen hat, nicht als Abenteurer, sondern als moderner liberaler Kreuzfahrer. Am Hofe von Versailles lernte dieser junge Leutnant aus dem ältesten und höchsten Adel Frankreichs, der nach seiner Heirat mit der Tochter des Herzogs von Noailles auch einer der reichsten Männer des Landes geworden war, Benjamin Franklin kennen. Als dieser für seine in Frankreich geworbenen Freiwilligen kein Schiff gestellt bekam, finanzierte Lafayette die Überfahrt. Und er selbst trat als General nicht gegen Sold in die amerikanische Armee, sondern um für die Freiheit zu kämpfen. Gewiß trugen auch ganz persönliche Beweggründe zu diesem Entschluß bei; denn Lafayette litt an der Mißgunst seiner Standesgenossen, er war kein Mann von stattlicher Erscheinung und fühlte sich in der höfischen Gesellschaft nicht wohl. Doch er ging völlig auf in seiner politischen Sendung, und er hat die Ideale der nordamerikanischen Revolution nach Europa getragen, ist dann allerdings 1792 vor der sich radikalisierenden französischen Revolution geflüchtet.

In den Revolutionskriegen wurden auch schon Legionen aus politischen Flüchtlingen, Überläufern und Abenteurern gebildet, 1792 die nur kurz bestehende Légion germanique, die ebenso wie 1797 in Italien die Polnische Legion für Frankreich kämpfte. Der 1794 am Aufstand Kosciuszkos beteiligte General Henryk Dombrowski ging nach der dritten Teilung Polens zu Bonaparte und organisierte für ihn die Legion in Italien. Gegen Napoleon I. kämpfte in Spanien und bei Waterloo die 1816 aufgelöste Deutsche Legion, die aus hannoverschen Offizieren und Soldaten nach der französischen Besetzung Hannovers von England aus angeworben wurde. Ebenso bildete sich gegen Bonaparte eine Russisch-Deutsche Legion. Parteigänger vieler Nationen fanden sich dann zum spanischen

Karlistenkrieg von 1833-40, zu den Freiheitskämpfen in Südamerika unter Simon Bolivar, in Griechenland und Schleswig-Holstein ein. Viele polnische, ungarische und deutsche Militärs machten Garibaldi's italienische Feldzüge mit oder wagten den Sprung in den amerikanischen Bürgerkrieg, zu dem sie allerdings weniger politische Überzeugung beflügelte als das Mißbehagen in ihren privaten Verhältnissen. Denn die gescheiterte Revolution von 1848 hatte eine große Zahl militärischer Notexistenzen hinterlassen, von denen viele kein bürgerliches Fortkommen fanden. Im 20. Jahrhundert mußten dann zwar viele Kriegsgefangene, gepreßte oder nach alten Landsknechtmethoden gelegte Rekruten in Legionen kämpfen. Doch die politische Parteinehmer aus freier Willensentscheidung gab es immer noch. In beiden Weltkriegen wurden auch Fremdentruppen eingesetzt. Im spanischen Bürgerkrieg von 1936-39 sammelte sich eine Internationale Brigade; doch setzte sich die Franco unterstützende deutsche Legion Condor auf der Gegenseite keineswegs aus politisch und frei entscheidenden Parteigängern zusammen, sie war vielmehr Hitlers militärischer Versuchsballon.

Zu der uns im Zusammenhang mit den Garibaldi-Freischaren interessierenden Frage hat Heinz Gollwitzer in seinem Aufsatz "Der erste Karlistenkrieg und das Problem der internationalen Parteigängerschaft" Wesentliches gesagt. Bestimmender freilich noch als für die liberalen Parteigänger der spanischen Christinos und die konservativen der Karlisten war das äußerliche private Berufs-Interesse für die Gefolgschaft des italienischen Freiheitshelden. Für dieses nachrevolutionäre militärische Proletariat Europas ging es vielfach um die bloße Lebensfristung, die allerdings ebenso sehr wie ein materielles Problem auch ein seelisches war. Selbst Wilhelm Rüstow, der sich mit seinen Büchern bis 1860 schon guten Ruf und ein erträgliches bürgerliches Auskommen erarbeitet hatte, zog nicht nur für die europäische Demokratie in den national-italienischen Freiheitskampf, sondern hegte gewiß ungeduldige Hoffnungen auf Ruhm und Karriere, auf Tat und sichtbare Wirkung.

Verschiedenartige Beweggründe führten auch schon zur Parteigängerschaft im Karlistenkrieg. Diese national-spanische und dynastische Auseinandersetzung war zugleich ein europäischer Prinzipienkampf. Der politische Idealismus der Freiwilligen auf beiden Seiten darf allerdings nicht zu hoch eingeschätzt werden, "Ehrgeiz, Abenteuerlust und noch weit weniger schätzenswerte Motive" wirkten mit. Die französische und die aus dem Pöbel geworbene englische Legion im liberalen Lager "waren in der Regel von vulgärer Landsknechtsmentalität und nichts anderem beseelt".

Auch viele preußische Mitkämpfer der Karlisten hatte "verletzter Stolz oder unbefriedigende Dienststellung bei ihren heimischen Einheiten" nach Spanien getrieben, wie etwa Wilhelm Baron von Rahden¹¹⁵⁾. Und bei den geistig Beweglicheren der konservativen Parteigänger war dem "nicht unehrlichen Suchen nach der blauen Blume des Legitimus ... ein gutes Stück Landfahrertum und Abenteuersucht beige-mischt". Die glänzendste Erscheinung unter ihnen, der schlesische Magnat Fürst Felix Lichnowsky, sah zum Beispiel seinen spanischen Aufenthalt auch "als einen neuen Kurs seiner *éducation sentimentale* an"¹¹⁶⁾. Unter dem unverkennbaren Einfluß romantisch schöngestiger Literatur bildete sich im karlistischen Lager aber doch eine "übernationale Schwertbrüderschaft", die ihre spanische Unternehmung als einen Kreuzzug für "Recht und Wahrheit" nahm¹¹⁷⁾. Andererseits stritten auch auf der christinischen Seite, die erstaunlicherweise wählerischer war in der Annahme liberaler Parteigänger und außerhalb der französischen, englischen und portugiesischen Legion keine fremden Mitkämpfer duldete - auch hier stritten Zuläufer aus politischer Überzeugung. Die vom Außenminister Palmerston unterstützte Englische Legion befehligte als spanischer General der britische Oberstleutnant de Lacy-Evans. Dieser radikale Abgeordnete für Westminster stellte sein Offizierkorps ganz aus liberalen Gesinnungsgenossen zusammen. Auch der hannoversche Offizier R.von Stutterheim gehörte zu ihnen, der später die schleswig-holsteinische Einheit befehligte, die

nicht mehr zu dem vorgesehenen Einsatz im Krimkrieg kam und schließlich nach Südafrika geschickt wurde. In der Englischen Legion diente als Offizier und eine Zeitlang sogar als ihr Generalquartiermeister u.a. noch der Hamburger August Jochmus, der als Generalstabschef der europäisch-türkischen Truppen sich dann 1840/41 in Syrien hervortat und schließlich Reichsaußenminister der Paulskirchenregierung wurde. Auf christinischer Seite kämpfte, nachdem er schon am belgischen Unabhängigkeitskampf teilgenommen hatte, auch der Achtundvierziger Franz Raveaux, ferner der spätere Paulskirchen-Abgeordnete Gustav Höfken, der nach seiner Rückkehr aus Spanien als politischer Publizist hervortrat¹¹⁸⁾. Zweifellos aber hat, abgesehen von diesen und manchen anderen Parteigängern fester politischer Gesinnung, die Mehrzahl der Legionssoldaten nach nichts als nach Sold und Abenteuer auf fremden Kriegsschauplätzen gejagt. Wie vormalig die Landsknechte suchten z.B. auch viele Angehörige der zersprengten badischen Revolutionsarmee von 1849 nur einen neuen Brotgeber und traten in die Schweizerregimenter des Königs von Neapel ein, die 1860 dann Rüstow vertreiben half¹¹⁹⁾.

Wilhelm Rüstow brach am 30. Juni 1860 über den Gotthard nach Genua auf. Seine Frau, die seit vier Monaten ihr drittes Kind erwartete, zeigte bei der Trennung "einen Heldenmut, dessen wenige Frauen sich rühmen" könnten, wie Rüstow nach dem Feldzug schrieb, als er noch nicht wieder zuhause war und daran dachte, wie seine Frau die schwierige Zeit "voller Liebe, aber ohne Vorwurf und Klage" überstanden hatte¹²⁰⁾. Am 2. Juli nahm der Generalstabschef der Division Terranuova seine Arbeit in Genua auf. Nach Mazzinis Wunsch sollte er eine Expedition gegen den päpstlichen Staat vorbereiten. Da nur ein Exemplar der österreichischen Generalstabskarte vorhanden war, ließ Rüstow sie in Genua bei einem Photographen in umständlichem Verfahren zwölfmal anfertigen. Für die jeweils in Sechsteln aufgenommenen 16 verschiedenen Kartenblätter waren insgesamt 1152 Aufnahmen nötig, und das kostete 2000 Franken¹²¹⁾. So begann dieses Unternehmen für

den "Flibustier-Obersten", wie der Colonello Brigadiere sich scherzhaft nannte¹²²⁾, merkwürdig und manöverhaft genug. Als einziges Buch führte Wilhelm Rüstow auf dem Garibaldi-Zug das Neue Testament mit. Für seine Offiziere ließ er ein Dutzend Exemplare der französischen Ausgabe seiner "Anleitung zu den Dienstverrichtungen im Felde für den Generalstab der schweizerischen Bundesarmee" kommen, zu großem Nutzen, wie er sagt¹²³⁾.

Doch aus dem Überfall auf den Kirchenstaat, für den Rüstow "alles bis ins kleinste selbst vorbereitet" hatte¹²⁴⁾, wurde nichts. Garibaldi erschien aus Sizilien und beorderte die Truppen von Genua zur Verstärkung seiner Südmarmee, mit der er von Sizilien aufs Festland übersetzen wollte. Rüstow berichtet, daß Pianciani sein Kommando in Genua niederlegte, weil er den "politischen Freunden das Wort gegeben, nach keinem andern Punkte Italiens zu gehen als den päpstlichen Staaten". Doch Rüstow hatte "kein gegebenes Wort dieser Art auszulösen", und obwohl er sich "schwer und ungern" von dem Mazzini-Plan trennte, entschloß er sich schnell, die Entscheidung des Obergenerals Garibaldi anzuerkennen¹²⁵⁾. Die politischen Interessen des Cavour und Mazzini, des in den Krimkrieg und mit Napoleon III. gegangenen konstitutionell-liberalen Kabinettsdiplomaten und des Prinzipienverfechters und demokratischen Diktators, stießen sich auch bei dieser militärischen Unternehmung. Rüstow betonte 1861, daß er wie 1859 und 1860 "der Feind der Romanendespotie Napoleons III., der Feind der Verpiemonteselung Italiens, ... der Freund der Freiheit und Einheit des italienischen Volkes" sei, daß er "weder mit den Bonapartisten noch mit den Cavouristen konspiriert" habe, wohl aber mit den Mazzinisten, mit Garibaldi¹²⁶⁾. Die Rolle des Freiheitshelden Garibaldi in der geschickten und erfolgreichen Politik Cavours erkannte auch Rüstow nicht. Energisch versuchte er in seinen Schriften über den Feldzug von 1860 den durch Garibaldi erfochtenen Prestigegewinn der Cavour-Partei streitig zu machen¹²⁷⁾. Aus diesen piemontesischen Kreisen spürte Rüstow andererseits Feindschaft und Intrigen gegen sich wachsen. Schon in Genua wurde

der Generalstabschef als ein Feind Italiens hingestellt, weil er in seinem Buch über den Krieg von 1859 gegen die von Napoleon geführte, nicht "nationale" italienische Bewegung als eine Bedrohung Deutschlands geschrieben hatte¹²⁸⁾. Später versuchte man Rüstow das Kommando abzugeben, das Garibaldi ihm dennoch über die 15. Division Terranuova gegeben hatte¹²⁹⁾. Doch er behielt den Oberbefehl über die in den drei Brigaden Parma, Milano und Bologna vereinigten 3700 Mann der Division Terranuova, legte ihn nur vorübergehend nieder, als er am 16. September Generalstabschef der erst von Türr und dann von Medici geführten Truppen auf dem linken Flügel der Armee wurde, bis General Sirtori, der Chef des Großen Generalstabes Garibaldis, diese Aufgabe mit übernahm.

In dem noch 1860 in Italien geschriebenen Artikel über die von ursprünglich 1200 auf schließlich 557 Mann zusammengeschrumpfte Brigade Milano, die am längsten unter seinem direkten Befehl stehende, meinte Rüstow, daß man ihn "nach Italien wohl ursprünglich deshalb gerufen" habe, um von seinen "militärischen Einsichten Gebrauch zu machen", doch sei er nach und nach in Stellungen gekommen, die ihm "weit mehr Gelegenheit gaben, persönlichen Mut zu zeigen"¹³⁰⁾. In einem Brief vom 6. Oktober teilte Rüstow den Herweghs mit: "Ich bin in den bisherigen Gefechten wunderbar gut davongekommen, obgleich ich mich der Truppe wegen ... mindestens zehnmal mehr exponiert, als unumgänglich nötig gewesen wäre. Dafür habe ich wenigstens die Genugtuung, daß meine Brigade ... für eine der besten der ganzen Armee gilt und bei den Soldaten des Königs von Neapel Angst erweckt, wenn sie sich zeigt con diavolo rosso alla testa. Drei Pferde sind mir hier unter dem Leib totgeschossen und verwundet"¹³¹⁾. Der Oberst-Brigadier, in der Armee allgemein "der Preuße" genannt¹³²⁾, war stolz auf seinen "Ruf der Verwegenheit". Daß ihn englische Zeitungen als "nahezu feige" hinstellen konnten, führte er darauf zurück, daß die "englischen Korrespondenten und ihre Colporteurs" ihn wohl nie im Gefecht ge-

sehen hätten, weil er "zu weit vorwärts" gewesen sei¹³³⁾. Einer der mißgünstigen Feinde Rüstows war der ungarische Offizier Eber, ebenfalls Oberst und Brigadekommandant in Garibaldi's Südarmee. Er schrieb für die Times.

Es war freilich ein sonderbarer Zustand, daß die Offiziere dieser internationalen Freischärler-Truppe sich gegenseitig in Zeitungen und Journalen angriffen und Zeugnisse ausstellten. Rüstow schrieb in seinen "Erinnerungen" dann, daß er während des Feldzuges keine Zeit zu Berichten gehabt habe und daß nur von einem Freund zusammengestellte Auszüge aus Briefen an die Frau "in die Presse, namentlich in die 'Fliegenden Blätter der Gegenwart' und die 'Deutsche Allgemeine Zeitung'" gekommen seien¹³⁴⁾. In einem Brief vom 22. Juli aus Genua hatte Rüstow aber noch Georg Herwegh gebeten, sich bei der Deutschen Zeitung in Berlin und bei Brockhaus "in Bezug auf Nachrichten" für ihn umzutun. Man brauche ja "bei solchen Dingen ... die Farbe des betreffenden Blattes nicht auf die Goldwaage zu legen"¹³⁵⁾.

Die Kriegsberichterstattung hatte übrigens schon der Karlistenkrieg zur Blüte gebracht. Die neue und merkwürdige species der Reporter, wie er sie dort in Spanien kennenlernte, schildert etwa George Borrow, ein Agent der Britischen Bibelgesellschaft¹³⁶⁾. Journalisten saßen in Madrid und in den Hauptquartieren der beiden Bürgerkriegsparteien und schürten das europäische Interesse an den spanischen Vorgängen. Und wie nachher zu Rüstows Zeiten schlugen manche der Mitkämpfenden selbst literarisches Kapital aus ihren Erlebnissen. Der ebenso welt- wie federgewandte Fürst Felix Lichnowsky lieferte aus Spanien aktuelle Berichte an die Preußische Staatszeitung und die Breslauer Zeitung, die z.T. auch von der Augsburger Allgemeinen Zeitung übernommen wurden. Und auch der schon genannte auf liberaler Seite kämpfende Gustav Höfken war gleichzeitig als Korrespondent der Allgemeinen Zeitung tätig¹³⁷⁾.

Mit dem "Zug der Tausend" hatte Garibaldi, von Cavour unterstützt, die Bourbonenherrschaft in Sizilien beendet. Jetzt

setzte er seine Armee aufs Festland über und rückte gegen Neapel, während die Piemontesen von Norden her vordrangen. Rüstow versuchte vor dem Abmarsch aus Milazzo mit allen Kräften noch seine Truppen marsch- und kampffähig zu machen. Obwohl er meinte, gleich bei seiner Ankunft auf dem Kriegsschauplatze "eine glänzende Rolle" spielen zu können, wollte er es nicht "auf Kosten" seiner Brigaden tun. Er sah es gegen zur Eile mahnende Einwände als seine Pflicht an, erst noch "für die Vervollständigung der Bewaffnung, der Munition zu sorgen, die Ausbildung der Mannschaft, für welche sich bisher noch nie und nirgend Zeit gefunden, zu betreiben und einen geordneten Dienstgang einzuleiten"¹³⁸⁾. Am Abend des 26. August brach er von Milazzo auf, marschierte am 27. bis Messina und am 28. bis Torre di Faro. "Die Kolonne dehnte sich ins Unglaubliche aus; erst allmählich konnte ich ein wenig Ordnung hineinbringen ... Was würde daraus geworden sein, wenn ich, wie verschiedene Weise, die freilich von militärischen Märschen soviel verstanden, als ein Lustreisender zu Fuß davon verstehen kann, versucht hätte, in einem einzigen Marsch von Milazzo nach Torre di Faro zu kommen", berichtet Wilhelm Rüstow¹³⁹⁾. In Torre di Faro eingeschifft, gelangte die Division Terranuova aber nicht an den vorgesehenen Landeplatz. Unterwegs erschien ein neapolitanischer "Kriegsdampfer", den Rüstow zu entern beschloß, falls er das Feuer eröffnen sollte. An Deck ordnete der Colonello Brigadiere seine Truppen und ließ laden, als plötzlich sein Schiff abdrehte und die Flucht ergriff. Der Kapitän hatte eigenmächtig gewendet, um den Dampfer zu sichern. Rüstow mußte landen und im Nachtmarsch weiter. "Ich war so müde, daß ich fast im Gehen einschlief. Die moralischen Anstrengungen der letzten acht Tage mehr als die physischen hatten meine kräftige und zähe Organisation gewaltig erschüttert. Doch um den Soldaten ein gutes Beispiel zu geben, nahm ich mich zusammen", schrieb er in den "Demokratischen Studien".

Bevor der Krieg ernst wurde, gab es noch einige Zwischenfälle. Eines Morgens entstand Unruhe an der Marschspitze. Ein älterer Offizier kam im Laufschrift und mit gezogenem Säbel zu

Rüstow und meldete "einen ganzen Roman von neapolitanischer Kavallerie". Rüstow ließ sammeln und rückte vor, um schließlich "die drohende Umgehungskolonne in Gestalt einer wohlkonditionierten Ochsenherde" auszumachen¹⁴⁰). Nach einigen Tagen mußte der Divisionskommandeur bei dem schlechten Schuhwerk seiner Truppen schon befürchten, sie würden bald "buchstäblich und unvermittelt auf neapolitanischem Boden marschieren". Wo sie hinkamen, war der Gegner ausgerissen, in Paola wie im stark besetzten Salerno. Überall wurden die Freischärler mit Jubel begrüßt. In Salerno fing Rüstow eine königlich-neapolitanische Musikkapelle, die er beim Einzug in die Stadt vor seiner Truppe ziehen ließ, die auch nachher aufspielte, als die Garibaldianer vor der Intendanz trotz zerrissener Schuhe ihre Tänze aufführten, während "die Schönen von Salerno" die "bannergeschmückten Balkone" füllten und zuschauten.

Auch Neapel hatten die Könighchen kampflos geräumt. Hier dachte Rüstow nach den anstrengenden Märschen etwas Ruhe zu finden, für Bewaffung und Kleidung zu sorgen, die "etwas angerostete Disziplin und Dienstordnung" wieder zu schmieren. Seine Mailänder plünderten, während er in der Stadt war, einige Militärmagazine, zogen sich bessere neapolitanische Uniformstücke an und verkauften die Waffen. Ein Offizier hatte gleich "durch eine alte Hexe Verbindungen mit verschiedenen Signorine" angeknüpft, "welche die innigste Bekanntschaft mit den Flibustiern zu machen wünschten". Doch aus dem Rendezvous wurde nichts mehr. Garibaldi schickte Rüstow mit der Brigadé Milano gleich weiter in den Principato ultra, um die bourbonische Reaktion niederzuhalten. Hier wurden sie von der liberalen Bevölkerung mit Jubel empfangen, ihren Marschwegen entlang brannten riesige Freudenfeuer, die "ehrsame Straßenjugend lief oft halbe Stunden" neben ihnen her und entzündete krachende Schwärmer, die Rüstows Pferd so scheuen ließen, daß er nahe dran war, "die ganze Freiheit zum Teufel zu wünschen".

Das Kommando über die drei Brigaden der Division Terranuova legte Rüstow am 16. September nieder, als er Generalstabschef der in der Provinz Caserta am linken Ufer des Volturno versammelten Truppen Türs wurde. Doch drei Tage später unterstand im ersten Gefecht des Feldzuges mit dem ganzen linken Flügel der Aufstellung auch die 15. Division wieder seinem Oberbefehl. Capua am anderen Ufer des Volturno konnte den Neapolitanern aber noch nicht genommen werden. Nach dem Gefecht erhielt Medici für den erkrankten Türs das Kommando über die Truppen "der ersten Linie", deren Generalstabschef Rüstow blieb, bis Garibaldis Hauptquartier in die Provinz Caserta verlegt wurde und General Sirtori, Chef des Großen Generalstabes, die Leitung der Geschäfte übernahm und Rüstow mit anderen "völlig in den Hintergrund gedrängt" wurde.

Doch als Kommandeur der Brigade Milano erntete er am 1. Oktober in dem siegreichen zweiten Gefecht vor Capua noch militärische Lorbeeren. In einem überraschenden Flankenangriff eilte Rüstow mit einem Trompeter an der Seite seiner ausschwärmenden Truppe unter Flintenfeuer voraus. Der Feind erkannte die gefährliche Bewegung und schickte vier Schwadronen Reiterei gegen die Mailänder Bersaglieri vor. Der auf einem großen Normänner Falben reitende Oberst-Brigadier konnte noch etwa 20 Mann zu einem Haufen sammeln, neben dem sich links und rechts noch zwei ähnliche Gruppen bildeten. Die geschlossene Linieninfanterie folgte erst mehrere hundert Schritt zurück. Rüstow beschreibt die Szene weiter: "Ich war so sicher, daß die Kavallerie diesmal zum Einhauen kommen werde, daß ich den Säbel zog. Am 19. hatte ich es nicht ein einziges Mal getan. Die neapolitanischen Reiter waren bis auf 40 Schritt heran, und noch standen meiner Bersaglieri, kühn gemacht dadurch, daß ich still auf meinem Normannen hinter, nicht in dem schwachen Haufen hielt, regungslos, ohne einen Schuß getan zu haben. Da kommandierte ich Feuer! Einige Reiter wankten, einige Rosse fielen, die ganze Gesellschaft kehrte um, begleitet von dem freudigen Hurrah der Bersaglieri, die sich so plötzlich und ohne allen Schaden aus einer drohenden Gefahr errettet sahen"¹⁴¹).

Garibaldi's Truppen waren für Rüstow die "Soldaten der Freiheit", die er sorgfältig von den piemontesischen unterscheiden wollte. "Feile piemontesische Zeitungsschreiber und feile deutsche Zeitungsschreiber" hätten den Sieg vom 1. Oktober den Piemontesen zugeschrieben, empörte sich der Oberst-Brigadier in seinem am 9. November während der Auflösung von Garibaldi's Südmarmee geschriebenen Bericht für die Demokratischen Studien. Die Piemontesen seien aber gänzlich unbeteiligt gewesen an diesem Erfolg, nur 400 ihrer Bersaglieri hätten am 2. Oktober an dem "unbedeutenden Gefechte teilgenommen, welches den demoralisierten Trümmern der neapolitanischen Umgehungskolonnen bei Caserta geliefert ward".

Die politischen und auch persönlichen Hoffnungen, die Wilhelm Rüstow an die italienische Unternehmung geknüpft hatte, waren nicht in Erfüllung gegangen. Es kam nicht zu einer revolutionären Erhebung im Sinne Mazzinis. In seinen 1861 erschienenen Erinnerungen meinte Rüstow, Garibaldi und er hätten vielleicht allein begriffen, was aus der sich auflösenden und in die piemontesische aufgehenden Südmarmee "zum Heile Italiens, ja Europas gemacht werden konnte und hätte gemacht werden sollen". Von der Einheit Italiens könne "trotz aller Erklärungen und aller Anerkennungen des Königreichs Italien nicht die Rede sein", solange Rom nicht Italiens Hauptstadt werde und der König noch in dem kleinen "piemontesischen Paris" residiere¹⁴²⁾. Rüstow sah sich zwar zu der Feststellung gezwungen, daß er allerdings "für das Italien unter Victor Emanuels Szepter" kämpfe, aber er haßte die Piemontesen als "Schnapphähne cavourischen Zeichens", als die "italienischen Preußen", die auch im Neapolitanischen die Früchte der Garibaldi-Truppen zu ernten gekommen seien. Nach Rüstows Auffassung gab es für die Südmprovinzen "nichts anderes, als daß vorläufig Garibaldi zum Generalgouverneur" ernannt wurde, denn er meinte, kein Piemontese werde "jemals in Süditalien etwas schaffen". Von einem mit "unumschränkten Vollmachten" ausgestatteten Generalgouverneur Garibaldi erwartete sich Wilhelm Rüstow

"aus den zahlreichen Domänen" ein Schloß zu Lehen und Belohnung. Er hatte nämlich unterwegs auf dem Feldzug das von König Ferdinand I. am Monte Briano erbaute San Leucio kennengelernt und sich darin als Hausherr geträumt¹⁴³⁾, am 6. Oktober auch schon an die Herweghs geschrieben, daß er nach seiner für Dezember geplanten Rückkehr Ende Januar "mit Weib und Kind" wohl wieder gen Neapel reisen werde¹⁴⁴⁾.

Doch am 6. November machte die italienische Südmarmee die letzte Revue vor ihrem "General und Diktator". Am 8. verließ Garibaldi Neapel und sein auseinanderfallendes Heer. Als "Cavour das Heft in die Hand nahm", wollte Rüstow nicht mehr bleiben, denn er fürchtete, es könnte leicht das Schicksal der Armee sein, "als piemontesisches Polizeinstitut in dem Lande und gegen das Volk zu dienen, welches sie eben befreit hatte"¹⁴⁵⁾. Unter Garibaldi als mit "Zivil- und Militärgewalt" ausgestattetem Generalgouverneur der beiden Sizilien, meinte Rüstow, wäre es ihm "vergönnt gewesen, sowohl an der neuen Organisation und Fortentwicklung der Südmarmee als dieses intelligenten Volkes ... mitzuarbeiten"¹⁴⁶⁾. So aber beendete er sein italienisches Gastspiel. Am 8. Dezember 1860, vier Wochen nach Geburt seiner dritten Tochter, traf er in Zürich ein.

Die deutsche Wehrvereins-Bewegung

Jetzt ketteten wirtschaftliche Sorgen den "Flibustier-Oberst" für einige Monate wieder an den Schreibtisch. Es entstand der zweite Band seiner Geschichte des Italienischen Krieges von 1859/60 und der "Geschichte des ungarischen Insurrektionskrieges in den Jahren 1848 und 1849". Für Brockhaus in Leipzig schrieb er seine "Erinnerungen aus dem italienischen Feldzuge von 1860", die zu Teilen schon in den Beilagen zur Allgemeinen Zeitung erschienen, bevor das Buch-Manuskript im August 1861 fertiggestellt war. Der Autor hoffte, seine Memoiren würden dazu beitragen, "in Deutsch-

land richtige Begriffe von der Lage Italiens, von der Berechtigung der Ansichten der italienischen Aktionspartei und von der naheliegenden Möglichkeit für Deutschland, mit dieser Partei einen Weg gegen einen gemeinsamen Feind zu gehen, zu verbreiten"¹⁴⁷). Der brandenburgische Schweizer schlug hier auch sein altes Thema an: deutsche Einheit und Volksbewaffnung. Seinen ungebrochenen nationalen Patriotismus machte er den Lesern deutlich durch die Bemerkung, daß er im Ausland "Deutschland würdig vertreten sehen" wolle. Und deshalb hätte er auch einen "unsympathischen", kein Italienisch und Französisch sprechenden Preußen, der sich 1860 in Genua an ihn wandte, nicht an das italienische Anwerbebüro empfehlen können. Seinen "Kenntnissen und Fähigkeiten nach" sei er schwerlich berufen gewesen, "etwas zum Ruhme des deutschen Namens" beizutragen.

Wilhelm Rüstow dagegen meinte selber durchaus "dem deutschen Namen, wenn leider für jetzt auch nur im fremden Lande, Ehre zu machen"¹⁴⁸). Deutschland konnte nach seiner Auffassung zwar "niemals eine andere als eine föderative Einheit vertragen", etwa nach dem Muster der Schweiz, doch Auswärtiges, Militär und "ein entsprechender Teil der Finanzen" müßten in Händen der Zentralgewalt liegen. Wer den Ursprung der verschiedenen deutschländischen Heere kenne, werde allerdings überzeugt sein, daß auf diesem Boden "niemals ein einheitliches deutsches Heer" erstehen könne, vielmehr blieben "diese regulären Armeen notwendig Feinde oder ... wenigstens Hindernisse der Einigung". Ganz anders stünde es mit einem deutschen Freiwilligenheer, "welches für eine deutsche Sache oder geradezu für die deutsche Einheit in den Krieg ginge". Der Achtundvierziger, selbst beteiligt an den Erfolgen Garibaldis gegen die königlich-bourbonischen Truppen in Italien, spürte sofort wieder Revolutionshoffnungen in sich aufsteigen, als er in Deutschland eine schwache volkstümliche Bewegung für Wehrrertüchtigung in Turnvereinen entdeckte. Er schrieb, auch aus "den scheinbar noch kleinen Anfängen" dieser Wehrvereine könnten sich "heute noch unabsehbare Folgen entwickeln, wenn das Ding

richtig angegriffen" werde. Die Volkswehrkompanien fänden bis zum Frühjahr 1862 "noch Zeit genug, sich in den Waffen zu üben", um dann "augenblicklich zu einem tüchtigen kleinen Freiwilligenheer zusammenzustoßen". Die Erinnerungen des Garibaldischen Obersten schlossen mit dem Wunsch, "recht bald ein deutsches Freiwilligenheer zu sehen, welches, auf dauerhaftere Grundlagen gegründet als die italienische Südmarmee, ebensoviel für Deutschland täte, als diese für Italien getan" habe¹⁴⁹).

Rüstow selbst beschäftigte sich schon Anfang 1861 mit deutschen Volksbewaffnungsplänen und wurde bald das Aushangsschild dieser vor Preußen und Sachsen allerdings haltmachenden Aktion. Der Kabinettssekretär des mit dem Nationalverein sympathisierenden liberalen Koburger Herzogs Ernst II. bat ihn um einen praktischen Vorschlag zur Organisation volkstümlicher Wehrrertüchtigung¹⁵⁰). Am 17. März 1861 schickte Rüstow seinen "Entwurf zur Organisation von Turnerkompagnien" an Rudolf von Bennigsen, den Vorsitzenden des Nationalvereins. Darin heißt es: "1. Die Kompanie besteht aus: 1 Hauptmann, 1 Oberleutnant, 1 Unterleutnant ... 80 bis 100 Mann ... Die Mannschaft wird aus den jüngsten abkömmlichsten Mitgliedern des oder der Turnervereine genommen, aus welchem oder welchen die Kompanie hervorgeht, so daß man voraussetzen kann, sie werde in einer Sache, die das deutsche Volksinteresse wesentlich berührt, in ganzer Stärke ins Feld rücken können. 2. Bekleidung der Mannschaft. Blaues Flanellhemd, in die Hose zu stecken. Ein Modell für den besten Schnitt würde von mir geliefert werden. Ohne bunte Abzeichen, mit schwarzen Glasknöpfen oder wenn man es vorzieht mit weißen Hornknöpfen auf der Brust und an den Ärmeln ... Tuchkappe, niedrige Mütze nach französischem Schnitte von schwarzem Tuch mit rotem Rand; auf dem Rand vorn in der Mitte der Reichsadler in gelbem Tuch. Überzug von durchsichtigem Wachstuch ... 4. Bewaffnung der Mannschaft. Ein gezogenes Bajonettgewehr mit möglichst kleinem Kaliber ist das beste ... 5. Distinktionszeichen.

Die Offiziere tragen genau dieselbe Uniform wie die Mannschaft. Als Unterscheidungszeichen dient der Reichsadler in vergoldetem Metall, dann umlaufende Streifen und Sterne an der Mütze ... Das Exerzierreglement für alle Linienbewegungen ist das preußische, von allen das einfachste und, wenn man Präsentieren, Paradedunst und ähnliche Schnurren ausläßt, bei einer Kompanie in acht Exerziertagen mit vollständiger Gründlichkeit einzuüben ... Die Besetzung aller Offiziers- und Unteroffiziersstellen geschieht vorläufig durch Wahl aus den Kompanien und durch die Mannschaften. Alle Wahlen sind aber der Revision durch eine möglichst schnell zu errichtende Zentralbehörde zu unterwerfen ... In einem und demselben Bataillon werden immer so weit irgendetwas tunlich Kompanien aus der gleichen Provinz oder dem gleichen Lande zusammengebracht. Die Besetzung der Bataillons- und Brigadekommandanten und ihrer Adjutanten bleibt durchaus der von vornherein eingesetzten Zentralbehörde überlassen". Auf 1000 Mann Infanterie rechnete Rüstow 100 Scharfschützen, 25-50 Reiter, 20 Pioniere (Sappeurs) und 2 Geschütze¹⁵¹⁾.

Daß Rüstow nicht die Garibaldische rote Hemdfarbe empfahl, sondern eine blaue nach dem Vorbild der französischen und belgischen Revolutionäre, der "Blusenmänner", mag aus Rücksicht auf die antisozialistische Stimmung im Bürgertum geschehen sein. Andererseits war das Hemd durchaus symbolisch gemeint. Dieses neuartige Uniformstück hat ja dann auch in den paramilitärischen Organisationen der modernen Diktaturen eine große Rolle gespielt, als faschistisches Schwarzhemd wie als Braunhemd der SA. Die "Descamisados" in Argentinien, mit deren Stimmen Juan Perón zum Staatspräsidenten gewählt wurde, erhielten schließlich ihren bildkräftigen Namen als die Nichts-Besitzenden, die "Hemdlosen" und auch das war eine politische Uniformierung. In der demokratischen Bewegung des 19. Jahrhunderts war das Bedürfnis nach nationalen Symbolen und Erkennungszeichen schon kräftig hervorgetreten. Nach dem Vorbild der revolutionären französischen Trikolore entstanden die dreifarbigten Flaggen andere

Nationen. Daß aber auch schon damals manch' politischer Fetisch seinen rechten Platz nicht fand, zeigt ein Beispiel aus dem Jahre 1848. Da trugen die Italiener Welschtirols als revolutionäre Abzeichen Federhüte à la Cabrera. Der populäre spanische General Ramon Cabrera Graf von Morella hatte aber im spanischen Bürgerkrieg nicht auf liberaler christinischer, sondern auf legitimistischer Seite für die Karlisten gekämpft! ¹⁵²⁾

Für die deutsche Volksbewaffnung begeisterte sich in Koburg vor allem der Rechtsanwalt und Nationalvereins-Geschäftsführer Fedor Streit. Ihm teilte Bennigsen am 31.3.1861 mit: "Mit der Errichtung einer Turnerkompagnie bin ich einverstanden. Die Sache ist, wie ich hoffe, von praktischer Bedeutung" ¹⁵³⁾. Bennigsens eigener Vater, der Oberst und 1848 als hannoverscher Militärbeauftragter am Bundestag in Frankfurt gewesen war, hatte in seiner 1849 erschienenen Schrift "Die deutsche Wehrverfassung. Ein Vorschlag in Form eines Gesetzentwurfs. Von einem deutschen Offizier" schon ein ganz bürgerlich-liberales Militärprogramm vertreten, neben der Linie mit stark verkürzter Dienstzeit eine auf Gemeindeboden unter Bürgeroffizieren organisierte Bürgerwehr, ferner die Einführung von Turnunterricht mit Exerzierübungen in den Schulen gefordert. ¹⁵⁴⁾

Rudolf von Bennigsen wollte mit dem Nationalverein aber keine radikale Änderung des herrschenden Wehrsystems anstreben, sondern diese von den Turnvereinen getragene Volksbewaffnung sollte nichts als eine bei den Mängeln der Bundeskriegsverfassung nötig erscheinende Ergänzung sein, vor allem in den Ländern ohne allgemeine Wehrpflicht. Das Interesse, aber auch schon gewisse Befürchtungen zeigt ein Brief Bennigsens vom 11. April 1861, gerichtet an den herzoglich-koburgischen Kabinettssekretär Bollmann: "Daß der Nationalverein Geld hergibt, ist sehr zweckmäßig. Soll die Sache aber in größerem Umfange ermöglicht werden, so müssen außer den Geldern, welche der Verein zahlt, um die Sache in Gang zu bringen, Gemeindebehörden, reiche Private, womöglich auch

wohlmeinende Regierungen sich der Sache öffentlich annehmen. Letzteres hat den großen Vorteil, der Sache in den Augen der Piepmeier jeden bedenklichen revolutionären Beigeschmack zu nehmen. Ein großes Verdienst könnte sich auch hier wieder Ihr Herzog erwerben, wenn er in einer so patriotischen und praktischen Sache mit seinem Beispiel vorangeht. Einige Tage später schrieb Bennigsen an Bollmann, daß für diese Wehrrertüchtigung alles von einem Erfolg bei den süddeutschen Turnern abhinge, denn im Königreich Sachsen und Preußen werde "nach dem bekannten Verhalten von Turnvorständen dieser Gegenden schwerlich auf eine starke Mitwirkung zu rechnen sein"¹⁵⁶).

Der Vorsitzende des Nationalvereins traf sich dann mit dem württembergischen Turnerorganisator Georgii und Herzog Ernst II. in Koburg zu einer Besprechung. Am 18. und 19. März 1861 berichteten Georgii und Rochau in der Frankfurter Ausschußsitzung des Nationalvereins über diese Wehrfragen, auch über ein Exerzierreglement für die Wehrvereine, und man beschloß, die Generalversammlung über weitere Maßnahmen entscheiden zu lassen. Rochau hatte schon 1860 auf der Koburger Tagung die Wehrrertüchtigung als eine der Aufgaben des Nationalvereins herausgestellt und militärische Jugenderziehung empfohlen. Auf der zweiten Generalversammlung in Heidelberg begann Georgii am 24. August 1861 mit einem langen Referat über die Volksbewaffnung. Er beantragte, weil die Bundeskriegsverfassung für die Gefahren der Weltlage nicht genügend wappne, die Bildung von Wehrvereinen in jeder möglichen und gesetzlich zulässigen Weise zu fördern und für einheitliche Ausrüstung und Ausbildung zu sorgen. Doch in der Debatte wurden starke Bedenken laut. Der Saarbrücker Jordan führte die Spaltung in eine kleine radikale Gruppe und eine Mehrheit der vorsichtigen Politik herbei. Er lehnte die Wehrvereine für Preußen ab, wo ohnehin jeder Soldat sei, und er wollte den Verdacht ausschließen, daß der Nationalverein sich eine eigene Armee zu schaffen suche, "die einmal zu revolutionären Zwecken gebraucht werden könnte"¹⁵⁷.

Auch Viktor von Unruh und Schulze-Delitzsch erklärten, daß die Wehrvereine in Preußen nicht zu organisieren seien. Georgiis Antrag wurde schließlich mit der von Unruh geforderten Einschränkung angenommen, daß der Nationalverein nur in den Ländern ohne allgemeine Wehrpflicht für die Bildung von Wehrvereinen sich einsetzen wolle.

Lief damit die Bewegung schon auf eine praktisch bedeutungslose Krähwinkelei hinaus, so zeigten sich bald bei den Organisationsversuchen noch ärgere Hindernisse. In der von Streit gegründeten Koburger Deutschen Turn- und Volkswehrzeitung verfocht vor allem Wilhelm Rüstow seine alten, der Mehrheit des Nationalvereins unliebsamen radikalen Volksbewaffnungsthesen. Ein Dr. Ehmck aus Bremen beschwerte sich am 3. September 1861 in einem Brief an Bennigsen über diese "andere Anschauung, daß aus den Wehrvereinen ein neues deutsches Volksheer hervorgehen würde, dieselben daher nicht im Anschluß, sondern vielmehr im Gegensatz zu den stehenden Heeren ihre Ziele zu erreichen hätten"¹⁵⁸⁾. Bennigsen teilte daraufhin am 9. September Fedor Streit mit, man müsse in der Organisation der Wehrvereine wohl "eine gewisse Latitude" gestatten und Abweichungen vom einheitlichen Reglement billigen, sollten die Leute nicht bei den ersten Schwierigkeiten der militärischen Instruktion "kopfscheu werden". Bennigsen schrieb auch hier davon, daß man sich mit dem "Anzuge" schon vertan habe, da er "der deutschen Sitte" zu sehr widerspreche, und offenbar bezog sich das auf die den Rüstow-Vorschlägen angeglichenen etwas zu unmilitärische Bekleidung¹⁵⁹⁾.

Wilhelm Rüstows Hoffnung auf neue revolutionäre Keimzellen in Deutschland konnte der Nationalverein mit seiner "platonischen Teilnahme"¹⁶⁰⁾ an den Wehrvereinen nicht erfüllen. Schon am 15. Oktober 1861 schrieb Rüstow an Ferdinand Lassalle: "Mir ist es augenblicklich sehr zweifelhaft, ob ich bei der weitem Entwicklung der Volkswehrbewegung mit den Leuten werden weiter zusammengehen können, die ich bisher zusammengetrommelt habe, ob es nicht Pflicht für mich wird, sie laufen zu lassen und mich absolut frei zu erhalten. Alle

diese Leute wollen auf wohlfeile Weise sich mit ein wenig Schwätzen abkaufen, während unsereins sein Herzblut hergeben soll. Aus diesen Gründen muß ich vorläufig auch den Brief an Kichniawy noch zurückhalten. Wenn ich nicht allzusehr beschäftigt wäre, würde ich selbst nach Koburg gehen, um einmal wieder gehörig dreinzudonnern und dadurch v i e l l e i c h t die Dinge wieder völlig in mein Geleise zu bringen"¹⁶¹⁾.

Rüstows Enttauschung über den schleppenden Fortgang der Aktion zeigt auch sein an Lassalle gerichteter Brief vom 25. November 1861. Da sprach er von seinen " z i e m l i c h unnützen Reisen nach Deutschland", die sein Budget überanstrengt hätten und ihn zwingen, die "Finanzen zusammenzuhalten", um für eine "vernünftige Tätigkeit" im nächsten Jahr gerüstet zu sein¹⁶²⁾. Doch aus den italienischen Unruhen, von denen Rüstow wie Lassalle sich 1862 auch eine revolutionäre Ausstrahlung nach Deutschland hinüber sehnlich erhoffte¹⁶³⁾, wurde nichts. Der republikanische Offizier und Militärschriftsteller setzte doch wieder größere Erwartungen in die deutschen Volksbewaffnungspläne und schaltete sich kräftiger in die Bemühungen der Koburger Liberalen ein. Am 12. Januar 1862 schrieb er seinem Freund Lassalle, er freue sich sehr, daß Fedor Streit ihm gefallen habe, und gewiß würde auch Bennigsen ihm Eindruck machen. In diesem Brief äußerte Rüstow die verstiegene Hoffnung, daß Lassalle die Arbeiter revolutionsreif mache und daß es "mit zwanzigtausend Arbeiterfäusten in Berlin unter guter Leitung" dann "kein Kunststück" wäre, "der neuen Ära den Hals zu brechen"¹⁶⁴⁾.

Der Garibaldi-Oberst stellte es sich in solcher brieflich-unverbindlicher Begeisterung wohl zu einfach vor, das selbsterprobte Freiheitsrezept des italienischen Freischärlers auch den Deutschen verordnen zu können. Im Grunde wird er an greifbare Erfolge der Wehrvereinsbewegung kaum geglaubt haben. Diese Zubereitung einstiger möglicher Handstreich war für ihn unverfänglich und paßte in sein altes revolutionäres Volksbewaffnungsprogramm, vor allem aber war sie wohl

auch die psychologisch zu verstehende Kompensation für ungestillten Wirkungsdrang. Wilhelm Rüstow ließ sich herbei zu Ratschlägen und setzte seinen Namen auf die von Fedor Streit gegründete Volkswehrzeitung, übernahm sogar die Organisationsleitung - und man druckte Briefbögen mit dem Kopf: "Centralbureau für freiwillige Wehrvereine. Oberstbrigadier W. Rüstow"¹⁶⁵), doch er stand nicht mit seiner ganzen Willenskraft hinter der Bewegung und legte zur praktischen Ausführung kaum Hand an. Sein einfältiger Koburger Adlatus Ludwig Schweigert hatte so unrecht nicht, wenn er am 19. März 1863 an Emma Herwegh über Rüstow schrieb: "... denn so hoch auch meine Meinung über diesen talentvollen Freund ist, so sehr möchte ich dagegen protestieren, daß er der Mann der Initiative zu einer Volkserhebung ist. Hier kommt sein außerordentliches militärisches Talent mit einem wunderbaren Stolz in Konflikt. Ich kann mir Rüstow als einen tüchtigen siegreichen Führer einer Armee, nicht aber als **Guerillaführer** kleiner Banden denken. Ein Garibaldi, ein Langiewicz haben mit kleinen Häufleins begonnen und viel Führergeschick entwickelt. Rüstow wird gebeten werden müssen, eine Armee zu übernehmen. Das ist der Unterschied, und ich möchte nicht gerne hören, man will Rüstow in die Gallerie jener Giganten stellen, die den Lauf des Ruhmes mit einer Hand voll Kämpfer begonnen haben"¹⁶⁶).

Dieser Ludwig Schweigert, ein harmloser Wirrkopf, hatte sich nach elf Jahren in seiner Heimat Österreich zum Oberleutnant hochgedient und war 1848, wie er sagt, ehrenvoll verabschiedet worden. 1860 kämpfte er unter Rüstow als Hauptmann bei Garibaldi¹⁶⁷). Ihm übertrug man die eigentliche Werbungs- und Organisationsarbeit für die Wehrvereine. Er hoffte sich mit den Volksbewaffnungsideen zu militärischer Bedeutung aufzuschwingen. Das gänzlich Aussichtslose der vom Nationalverein gehegten Wehrrertüchtigungspläne und noch mehr der von einigen radikaler Denkenden dran geknüpften revolutionären Erwartungen personifiziert Ludwig Schweigert. Der biedere Soldat wiegte sich in haltlosen Illusionen, schnappte einige

Brocken des politischen Tagesgesprächs auf und pflegte durchaus das Gefühl von Wichtigkeit. Doch er konnte mit seinem verquerten Freiheitsdrang und dunklen Idealismus der Sache nur schaden. Daß ein solcher Mann in solche Stellung geraten und so in der Politik mit handlangen durfte, ist auch durch den Mangel an besseren Kräften kaum zu entschuldigen. Eine Erklärung dafür ist seine treuherzig-gutmütige Art, die Rüstow wie Lassalle rührte.

Deutlich tritt dieser Ludwig Schweigert, der einen seltsamen Zeit-Typus des heimatlos-unrastigen politischen Schwärmers und Haudegens verkörpert, in den noch unveröffentlichten Briefen vor uns hin, die er an Georg Herweghs Frau Emma schrieb. Da heißt es: "Die Rolle, die Sie R. (= Rüstow) werden dereinst spielen sehen, wird mit Ihrem Ideengang, mit Ihren patriotischen und politisch tüchtigen Wünschen gewiß im Einklang stehen; ich glaube dieser brave, geist- und mutvolle Mann wird für Deutschlands Glück und Wohlstand sich Verdienste erwerben, die in späteren Enkeln den gerechten Stolz haben dürfen. Wenn's losgeht, will ich an seiner Seite Zeuge seines Ruhmes sein, mit ihm kämpfen, siegen oder sterben. Ach wie eng wird mir oft die Welt, ich darf mir solche Gedanken ausdenken, denn mich schnellt die Seelenlust gleich dem Giganten empor, der an den Säulen rüttelt und mit wilder Lust die Trümmer besieht. Ich wollte, ich hätte auf dem politischen und diplomatischen Gebiete diese Kraftzuversicht, doch ich bin zufrieden; am Kampfplatz ob mit Geist oder der blanken Waffe zu siegen, ist am Ende gleich groß und verdienstvoll, und die Hoffnung zu siegen ist allein die gesunde Tendenz, um die wir uns kraft- und mutvoll fühlen sollen. Unter vielen herzlichen Grüßen sagen Sie R., ich werde ihm nächster Tage großen Rapport geben" (29.7.1861) - "Sie sind ein kreuzbraves Weibchen ... Ich stehe im Kampf um die Lösung der Wehrfrage, habe die Aussicht, alles ins beste Fahrwasser zu bringen, Rüstow wird mit mir zufrieden sein ... Heute habe ich Audienz beim Fürsten ohne Gottesgnaden, er ist durch meine Avantgarde bereits heftig attackiert worden, ich hoffe ihn zu besiegen"

(undatiert) - "Sie werden mich gewiß für einen unverbesserlichen Schwärmer halten, und Sie haben teilweise nicht ganz Unrecht. Der Verkehr mit lieben guten Menschen, die weit entfernt, um des geistigen Verkehrs willen, nur Ebenbürtigkeit des Verstandes oder sonst wissenschaftlicher Bildung lieb gewinnen können, sich mit voller Herzensneigung einem einfachen schlichten Gefühlsmenschen zuwenden, macht mich recht glücklich und zufrieden ... Werde ich denn nicht das Glück haben, Frau Gräfin Hatzfeld kennenzulernen. Unter uns, ist sie auf ihre aristokratische Geburt stolz? oder ist sie so ein 'Mordsweiberl' wie Sie? Nur im letzteren Falle würde ich mich freuen, sie kennenzulernen" (undatiert)

- "Rüstow ... scheint die Zeit der Ruhe noch zu genießen so gut als möglich. Er hat recht, er geht gewiß sehr ernsten Stunden entgegen ... ich wünsche bald an seiner Seite zu sein, um mit ihm alles zu teilen. Ich bin bereits vollkommen ausgerüstet, Säbel, Revolver, Dolch und sonstiges in bester Ordnung ... Am 6. Februar bin ich 30 Jahre alt ... Empfehlen Sie mich der gräflichen Gnade (Donnerwetter! Das ist doch demutsvoll), Ihnen sende ich in inniger Freundschaft einen derben 'Schmatz'. Einen Kuß in Ehren kann etc. Ihr unverbesserlicher Louis Schweigert" (15.1.1862).

Ob Schweigert 1862 wieder nach Italien ging und Garibaldis Niederlage am Aspromonte miterlebt hat, ist aus seinen Briefen nicht zu ersehen. Jedenfalls schrieb er Emma Herwegh am 5.8.1862: "Ich für meinen Teil habe mich entschlossen, wenn Garibaldi nach Rom geht, mitzugehen und werde, wenn nicht andere Wechsel eintreten, vielleicht schon Sonntag (10.ds.) von hier nach Genua reisen, um weiter direkt zu Garibaldi zu kommen. Rüstow wird sich darüber ärgern, aber ich kann es nur bedauern ... mir ist die ganze Koburgerbande aufs tiefste verhaßt". Am 9.8.1862 berichtete er: "Ich weiß noch nicht, ob ich nicht mit Rüstow wegen meines entschiedenen Willens zu dieser leichtsinnig scheinenden Reise in Konflikt komme ... Können Sie mir einige Empfehlungen mitgeben ... Das Motiv meiner Reise ist: die Brut der Pfaffen aus Rom verjagen zu helfen. Ich glaube somit den

traurigen Stillstand in Deutschland für meine Person am würdigsten auszufüllen, und wer weiß, ob nicht Deutschland durch eine Aktion in Italien etwas aufgerüttelt wird".

Nach der Verwundung und Gefangennahme Garibaldis setzten Rüstow und die Gräfin Hatzfeld sich eifrig für eine Sammlung zugunsten des Italieners ein. Schweigert teilte Emma Herwegh darüber folgendes mit: "Rüstow hat mir geschrieben, ich soll in den Turn- und Arbeitervereinen dahin wirken, daß sie eine Sammlung für Garibaldi und die Seinen veranstalten; ich beginne bereits mit der Agitation dafür" (30.9.1862).

- "Die Sammlung für Garibaldi geht leidlich. Sie hat viele und dumme Feinde ... Die Koburger Philister, die den Beschluß unseres Wehrvereins ins Lächerliche zogen, habe ich bestraft. Am 18. Oktober abends in einer großen Versammlung bei Konzert und deutschen Lieds, zur Feier der Leipzigerschlacht, habe ich die Bierphilister veranlaßt nach Beendigung meiner Trauerrede aufzustehen und entblößten Hauptes die Garibaldi-Hymne anzuhören ... Zum Teufel, diese Notzucht durfte ihnen nicht erspart bleiben ... Gräfin beklagt sich bei mir über Ihr Schweigen und meint, der Zürcher Lügentratsch hätte Sie kalt gegen sie werden lassen. Ich soll Ihnen dies sagen" (21.10.1862). Die Bemerkung über den "Lügentratsch" bezog sich auf Rüstows Verbindung mit Sophie von Hatzfeld. Auch Schweigert gefiel diese Freundschaft nicht, wie einige Briefe an Emma Herwegh zeigen. In den politischen Fragen bramarbasierte der Wehrvereinsorganisator 1863 munter und manchmal auch verzweifelt weiter. So schrieb er Frau Herwegh: "Ich habe viel zu tun. Da mit Turnern nichts zu organisieren ist, tun wir es mit den Arbeitern. Im Frühjahr hoffe ich Stürme, vielleicht kann ich diesmal in Deutschland fechten" (14.2.1863) - "Wissen Sie, was mir dieser Tage Streit sagte? 'Diesmal', meinte er, 'wenn wieder eine Volkserhebung kommt, müsse sich jeder deutsche Patriot schwören, nicht mit Waffen, sondern mit den Zähnen zu töten' ... Ich selbst habe zwar Menschenfleisch noch nicht gefressen (berührt wohl, und wer küßt nicht gerne!), aber

so einem Junker könnte ich meine Zähne in den Hals setzen, daß er hienieden nichts mehr zu wünschen übrig hätte. In der polnischen Sache steckt wieder einmal mein ganzes Herz; dagegen in der preußischen Wirtschaft in beiden Lagern mein - ... Die preußische Fortschrittspartei, die die ganze nationale Partei, mehr aber noch den Nationalverein seit Jahren an der Nase zieht, hat in diesem Nationalverein sein (sic!) möglichstes getan, keine Volkspolitik und deshalb auch keine Völkersolidarität zu treiben ... Der Nationalverein steht mit den Patrioten anderer Völker in gar keiner Verbindung ... Ach! würde ich nicht fürchten müssen, den Junkern Preußens einen Dienst zu erweisen, ich sammelte heute noch meine Leute und zöge als deutsche Hilfstuppe den Polen zu. Doch Geduld! Wir stehen nunmehr da, wo die Hohenzollern aus der Geschichte gestrichen werden müssen ... Lassen wir ein paar Monate vergehen, ich hoffe dann mit einer 'schwarzen Schar' auftreten zu können, die keinen Pardon gibt, noch nimmt. - Apropos, an dem Tage, als Sie mir schrieben, traf ein Brief von Ludmilla (Assing, A.d.V.) und Mazzini ein. Die eine dankt für die Broschüre von Aspromonte, der andere wünscht eine Adresse in Leipzig als Transitstation seiner Korrespondenz zwischen London und Belgrad. Mir schreibt Rüstow gar nicht, ich höre erst durch Sie, daß er mit Hatzfeld reist. Diese Beilage wird ihm in Italien keinen Gewinn bringen" (5.3.1863)- "Über das Gerücht, daß R. in Polen sei, unter dem Namen Langiewicz, wird wohl Frau R. am besten Auskunft geben können ... Übrigens ist Rüstows Charakter darnach angelegt, daß er von den Parteien eine Einladung erwartet, bevor er geht ... Ich für meine Person habe schwere Not, mich hier ruhig zu verhalten. Warten muß ich aber, vielleicht brauche ich es nicht lange; vielleicht werde ich dann aber mit dem Vorwurf dahingehen, daß ich in ein bereits fertiges Nest mich lege" (12.3.1863).

In der sozialen Frage war Schweigert auch recht ratlos, doch meinte er Emma Herwegh sein Urteil nicht vorenthalten

zu können und schrieb ihr: "Lassalle hat mit seinem 'Offenen Antwortschreiben an das Leipziger Arbeiter-Komitee' der Arbeiterbewegung einen Stoß gegeben, über welchen die Patrioten weinen, die Reaktion lachen kann ... Zum Glück, daß die Mehrzahl der Arbeiter sich auf die traurige Lehre von 1848/49 hinweisen und von ihr sich abwenden läßt" (4.4.1863) - "Lassalles Theorien spuken in Arbeiterkreisen, der Kampf wird von Leuten geführt, die keine Arbeiter sind, und für die Abstimmung der Arbeiter gebe ich keinen Pfifferling. Abstimmung über Unverstandenes! ... die Konsequenzen der Forderungen von 80 % der Bevölkerung - also der Arbeiter - würden den Komfort Lassalles gewaltig schmälern, wenn er es nicht vorziehen würde, in Folge desselben mit den bedrohten Kapitalisten auszuwandern. Ich glaube, der gute Mann will Bewegung der Geister, und um die s.g. Fortschrittspartei aus dem Felde zu schlagen, hat er sich die geeignetste Armee auserlesen ... aber wenn er die Konsequenzen seiner undenkbar durchzuführenden Theorie von Staatshälfte will, dann mag er Führer der Arbeiterarmee und zugleich Diktator werden, ich mag in dieser Revolutionsarmee nicht verhungern. Revolution ohne den Beutel der besitzenden Klassen! Mich hat sein Auftreten in diesem Sinne frappiert, vielleicht werde ich noch sein Feind ... wenn dadurch der Sieg unmöglich gemacht wird, räume ich mir H. Lassalle aus dem Weg. Was ist mit Rüstow. In der Gartenlaube finde ich eine Beschreibung seines Besuches auf Caprera. Keil hat mir vorher über den Lapidarstil seines Manuskriptes geklagt und mußte bedenkliche Worte umschreiben. Mazzini, dem ich versprochen habe, einen Wunsch mit Hilfe deutscher Patrioten möglich zu machen, antwortete gar nicht, und doch schrieb er mir vorher so dringend. Ich muß also meinen guten Willen wieder in den Koffer legen. Nach Köhlers Manier putze ich meine Waffen, der Teufel wird wohl bald das Konzert eröffnen" (24.4.1863) - "Vielleicht geht's in Berlin bald los. Gott geb's" (13.5.1863). Am 27.6.1863 schrieb Schweigert aus Frankfurt a.M. an Frau

Herwegh und bat sie: "sagen Sie Rüstow, ich mache hier Geschäfte in Revolution", und am 15.12.1863 teilte er Georg Herwegh in noch bedeutungsvollerem Tone mit: "Habe bereits gestern an Rüstow geschrieben, wie sich's hier verhält. Ich schreibe mir die Finger wund, um meine entschiedeneren Freunde nach Frankfurt in Trab zu setzen, damit aus der von den konstitutionellen Nationalvereinigern gewünschten Vereinigung mit den s.g. Großdeutschen oder Reformvereinigern nichts wird. Bis jetzt habe ich erwirkt, daß meine Vorschläge Aussicht auf Verwirklichung haben. Die erste Konsequenz derselben wird sein, sofort 10 000 Gewehre anzukaufen, welche am besten an verschiedenen Orten deponiert, nicht aber wie Rüstow meint den Leuten in die Hand gegeben werden. Bei eintretender Reaktion resp. allgemeiner Entwaffnung werden sich die Wehrvereine schwerlich dem widersetzen können, während unsere Depots nicht so leicht aufgehoben werden. Daß wir diesmal die Zeit benützen müssen, ist wohl klar, ebenso klar ist es, daß der Nationalverein zu Grabe gehen, dagegen eine Aktionspartei erstehen muß. In diesen Sorgen und Mühen lebe ich jetzt und arbeite sicherlich in Ihrem und Rüstows Sinn. Vielleicht sind es die letzten ekelhaften Kämpfe, die ich seit 2 1/2 Jahren mit vieler Selbstverleugnung und unter bedauerlicher Mißdeutung ja sogar Vorwürfen meiner radikalen Freunde durchmachen muß".

Doch 1864 sanken Schweigerts Hoffnungen immer mehr und er schrieb Emma Herwegh: "Der politische Wirrwarr, wie wird er mich schließlich der Welt erhalten? Wie weit meine Ambition für Schleswig-Holstein geht, können Sie darin ermessen, daß ich mir eine Büchse kaufte, um als Gemeiner einzutreten. Vielleicht wird es Meuterer und Rebellen geben, müssen und da bin ich am besten am Platz; dieser verdammte Legitimitätsschwindel! und doch muß man einen Teil seiner Überzeugung opfern, um wenigstens soweit patriotisch zu sein" (undatiert) - "Mir eine selbständige Existenz, Reichtum etc. zu schaffen, dazu ist keine Aussicht vorhanden, es gibt nur furchtbaren Zwang und die Hoffnung, bald die

Büchse auf die Schulter zu nehmen" (17.2.1864)¹⁶⁸⁾.

Der Garibaldi-Hauptmann, der dem arbeitsüberhäuften Fedor Streit in seinem Verlag als eine Art Sekretär und Mädchen für alles diente, sich selbst "ein Kind unter Kindern" nannte und für die Familie Streit acht Tage lang eine Weihnachts-Landschaft mit Eisenbahn aufbaute¹⁶⁹⁾, hatte schließlich keinen Wunsch mehr, als in die nordamerikanische Armee zu flüchten. Am 15. Oktober 1862 bat er einen Bekannten um Empfehlung an General Karl Schurz. Als Gemeiner wollte er eintreten, in einem gleich an den Feind rückenden Regiment, nur mußte er darin einen deutschen Kameraden finden, damit man, wenn er fiel, in Europa von seinem Schicksal erführe¹⁷⁰⁾.

Dieser Mann aus dem militärischen Proletariat der achtundvierziger Revolution hatte über drei Jahre lang mit ungeschickten Händen die Fäden der Wehrvereinsbewegung geknüpft. Am 29. Juli 1861 schrieb er Emma Herwegh, er habe Rüstow "etwas sehr Erfreuliches mitzuteilen betreff eines großartigen Planes für die Wehrhaftmachung, und Rüstow müsse Mitte September wohl nach Koburg kommen, wenn die Generalversammlung des Nationalvereins das Vorhaben billige¹⁷¹⁾". In Heidelberg brachte Georgii seinen Wehrvereins-Antrag aber am 24. August nicht durch, und Wilhelm Rüstow erkannte jetzt schon, daß sein Miliz-Ideal auf solchem Wege kaum verwirklicht werden konnte. Trotzdem löste er seine Verbindungen nach Koburg nicht, wie man es von dem überkritischen Mann erwarten durfte, wenn ihm Hauptmann Schweigert über die Wehrvereine etwa folgenden krausen Satz schrieb: "Und wenn auch wir damit nicht sobald die Aussicht haben, Schlachten zu schlagen, so könnten Wehrvereine einmal die Möglichkeit einer Reserve oder Depots geben, die einem Kampf von außen gegen Deutschland wesentlichen Vorschub leisten" - widerstehen helfen, meinte er natürlich¹⁷²⁾.

Rüstow war unter dem Einfluß Ferdinand Lassalles, dem er Garibaldis Bekanntschaft und die Beziehung zu Mazzini-Leuten angebahnt hatte, in ungeduldige Revolutionshoffnungen ver-

fallen, und beide dachten die Anfang 1862 erwarteten italienischen Unruhen mit einer aus den Wehrvereinen gebildeten deutschen Legion unterstützen zu können. In diesem Sinne hat Lassalle wohl auf seiner Rückreise aus Italien mit Schweigert gesprochen, der ihm am 15. Januar 1862 dann mitteilte: "In der mir anvertrauten Sache habe ich bereits vorbereitend Schritte getan und glaube nur, daß der Kostenpunkt, worüber ich an R. (= Rüstow) bereits berichtet habe, einiges Bedenken machen wird. Wenn dies kein Hindernis sein sollte, so kann ich mit vieler Sicherheit behaupten, ich kann die Aufgabe lösen"¹⁷³).

Aus dem italienisch-österreichischen Krieg um Venetien wurde noch nichts, doch hielten Rüstow und Lassalle weiter Verbindung nach Koburg. Am 18. April 1862 schrieb Schweigert an Lassalle: "Ich habe schon lange nichts von mir, Sie aber noch länger nichts von sich hören lassen. Mittlerweile ist aber auch nichts von Bedeutung vorgekommen. Rüstows Budgetbroschüre erhielt ich heute, wahrscheinlich waren Sie so freundlich, mir dieses Exemplar zu senden. In diesem Falle schönen Dank dafür. Wenn Sie diese Broschüre aufmerksam gelesen haben, so werden Sie begreifen, daß ich mich in Wollust gekugelt habe. Vom Standpunkt des Kartätschenprinzen und des Geographen Roon verdient Rüstow fusiliert zu werden, sonst aber gehört er auf den Platz, wohin das deutsche Volk pilgert, um vom Himmel einen populären General zu erleben. Rüstow ist dieser General, und wenn mit dieser Broschüre dem Volk nicht die Augen geöffnet werden, dann mag es von den Satelliten des gegenwärtigen preußischen Heeres ihr Heil gewärtigen ... Ich war in den letzten zwölf Tagen auf der Reise durch ganz Kurhessen und kam über Nürnberg nach Hause. Der Zweck war 'Rekognoszierung' nach allen Seiten hin, ebenso direkte Verbindungen mit 'anständigen' Leuten anzuknüpfen. Ich bin mit den Resultaten sehr befriedigt, Rüstow wird es wohl auch sein"¹⁷⁴).

Im nächsten Brief erfuhr Lassalle am 27. April 1862 von Schweigert: "Sie haben sich also bei den Arbeitern ein Nest gemacht?

Bravo! Jetzt fange ich an den Trost zu haben, daß auch Berlin eine Garde stellen wird, die an den Leibstühlen unserer in Gottesgnaden bornierten Herren mitrütteln helfen wird. Ich Sorge auch für ein ganz anständiges Kontingent, das sich vorzüglich aus Turnern rekrutieren wird. Meine letzte Reise hat mir Verbindungen gebracht, die mich zu großen Hoffnungen berechtigen. Keine Phrasen sind's, und wenn ich auch mit Aufklärungen darüber nicht so recht heraus will, so liegt dies bloß in der Sorge über die untreuen Hände der Post ... Können Sie für einen anständigen Beitrag zum Ankauf gewisser Instrumente sorgen? Es bedarf wenigstens 3000 Stück ... Ich werde zwar Mitte Juni nach London zu einer Nationalvereinsvereinsversammlung mit Streit, Metz, Unruh und Bennigsen reisen und über Paris zurück zum Schützenfest nach Frankfurt kommen, wohin ich bereits mehrere Führer zu einer Besprechung eingeladen habe. Rüstow muß auch kommen. Ob ich in London in Geld Geschäfte machen werde, weiß ich noch nicht. Daher wäre es gut, wenn Sie auch in Ihren Kreisen eine Sammlung veranstalten würden. Ich muß bis Juli die Instrumente haben, will sie in England bestellen und an guten Orten in Versendung bringen"¹⁷⁵).

Am 5. Juni teilte Schweigert, dessen Waffen Lassalle nicht finanzieren wollte, dem Arbeiter-Agitator mit, er wolle in London "nur solche Leute sprechen", die ihm Gewehre zu beschaffen hülften; dies sei seine "Politik", weiter verstehe er nichts. Schweigert klagte auch, daß auf seine "ergangenen Einladungen" nach Frankfurt "entweder gar nicht oder nur ausweichend geantwortet" werde, ferner berichtete er Lassalle, es sei "dem Nationalverein denunziert worden", Rüstow ziehe die italienischen Schützen für einen Putsch nach Frankfurt. Schweigert bat Lassalle auch, ihm für London einige "Empfehlungsbriefe" mitzugeben¹⁷⁶). Und wirklich schrieb Lassalle am 19. Juli 1862 in Berlin: "Lieber Marx! Der Überbringer ist der Hauptmann Schweigert, der mit Auszeichnung unter Garibaldi und speziell unter meinem Freund Rüstow gedient hat. Er ist der ehrlichste und zuverlässigste Kerl der Welt.

C'est un homme d'action. Er steht an der Spitze der Wehrvereine, die er von Koburg aus organisiert, und geht jetzt nach London, um dort Geldmittel für 3000 Gewehre aufzutreiben, die er für die Wehrvereine braucht. Ich brauche Dir nicht erst zu sagen, wie wünschenswert dies wäre. Habe also die Güte, ihn mit allen Leuten in Rapport zu setzen, von denen er Geld für diesen Zweck erhalten kann, oder sonstigen zu diesem Ziel führenden Vorschub zu tun".¹⁷⁷⁾

Schweigert war inzwischen aber ohne Lassalles Brief bei Karl Marx in London gewesen und hatte sich eine Abfuhr geholt. Marx schrieb am 5. Juli 1862 nach seinem Besuch an Engels, er habe aus dem "guten, dummen Kerl" leicht herausgeholt, daß Rüstow mit Hilfe des Nationalvereins und der Turnvereine eine Bürgerwehr unter seinem Oberbefehl aufstellen und im entscheidenden Moment dann gegen die stehenden Heere führen wolle. "Der Plan ist verteuftelt **dumm**. Und dazu soll das Geld aus London kommen! Ich glaube nicht, daß Lassalle diese delusions teilt", meinte Marx¹⁷⁸⁾. Doch darin täuschte er sich. Lassalle allerdings wollte dann auch bald mit dem Nationalverein nichts mehr zu tun haben. Am 14. Oktober 1862 erklärte er Rüstow, daß er "jede Verhandlung mit Streit und alles Briefeschreiben an ihn entschieden für ewige Zeiten verweigere", auch wenn Rüstow "mit diesen Leuten" weiter verkehre und "einen bessern Magen" habe als er. Der auf der dritten Generalversammlung des Nationalvereins in Koburg gefaßte "schwächliche Beschluß in der Wehrvereinssache und die Reservierung der Flottengelder für Flottenzwecke" empörten Lassalle¹⁷⁹⁾. Die zweite Generalversammlung des Nationalvereins hatte 1861 in Heidelberg beschlossen, den Bau einer deutschen Kriegsflotte durch Geldspenden zu betreiben. Johann Baptist von Schweitzer, der nach Lassalles Tod und Bernhard Beckers Rücktritt Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wurde, agitierte damals gleich gegen diese Flotten-Pläne des Nationalvereins als eine Machtstärkung der preußischen Regierung und nannte die Sammlung für Dampfkanonenboote Spenden "patriotischer Tollhäusler"¹⁸⁰⁾.

Die Flottenfrage entschied auch über Rüstows Verhältnis zum Nationalverein. Am 26. Oktober 1862 besuchte er in Heidelberg eine Versammlung der Turnvereins-Vorstände vom Ober-, Mittel- und Unterrhein¹⁸¹⁾, zu der auch einige Leute vom Nationalverein erschienen. Rüstow verlangte hier, der Nationalverein solle die zum Bau einer Flotte gesammelten Gelder für die Beschaffung von Waffen verwenden, denn diese Mittel der preußischen Regierung auszuliefern, sei ein "Verrat an der Vernunft". Die anwesenden Nationalvereiner forderten Rüstow umsonst auf, diese beleidigende Äußerung zurückzunehmen¹⁸²⁾. "Leider hatten sich auch einige unreinliche Elemente, wie z.B. der Nationalvereins-Rochau eingeschlichen. Indessen fanden sie hier keinen geeigneten Boden", berichtete Rüstow am 3. November Lassalle¹⁸³⁾. Der Verfechter demokratisch-revolutionärer Volksbewaffnung trennte sich nun allmählich von den Koburger Liberalen. Schon Anfang Januar 1863 schrieb er Lassalle aus Genua, daß ihm der italienische Parlamentarier Filippo de Boni "in ziemlich spaßhafter Weise" von den durch Schweigert für die Garibaldianer gesammelten 500 Francs erzählt habe, und knüpfte daran die Feststellung: "Die Peripetien dieser nach unseren Ideen ursprünglich sehr einfachen Geschichte sind wirklich zum Totlachen. Schweigert poniert sich effektiv als einen weltbewegenden Politiker, welcher die Geschicke Deutschlands und Italiens vermittelt; die drei Koburger S: Streit, Schweigert, Schlönbach scheinen sich gegenseitig das Gehirn auf die scheußlichste Weise zu erweichen. Schade, daß unsereiner mit solchem Volk zu tun hat, ich muß leider mit den Kerlen zu tun haben"¹⁸⁴⁾.

Doch Wilhelm Rüstow scheint sich, nach brieflichen Äußerungen Schweigerts an Emma Herwegh zu urteilen, 1863 nicht mehr viel um die Wehrvereine und die Koburger gekümmert zu haben¹⁸⁵⁾. Mit einigen Artikeln der Deutschen Turn- und Volkswehrzeitung nicht einverstanden, sagte er sich in einer am 15. Februar 1864 auf eigene Kosten in Zürich gedruckten öffentlichen Erklärung von der nie zur Entfaltung gekommenen Bewegung los. Auf dem Blatt, das er offenbar an Bekannte,

politische Freunde und Zeitungen schickte, heißt es: "Mit dem heutigen Tage trete ich von der Leitung des Zentralbüros für die freiwilligen Wehrvereine und der Mitwirkung an der deutschen Wehrzeitung zurück. Das Zentralbüro konnte nur unter bestimmten Bedingungen eine wohlthätige Wirksamkeit entfalten. Diese Bedingungen sind nicht erfüllt worden. Ohne zu untersuchen, in welchen besonderen Verhältnissen dies liegt, gestehe ich einfach: ich habe mich über Ort, Zeit oder sonst worüber getäuscht und trete zurück. Die Wehrvereine mögen ihre Entwicklung nicht aufgeben. Sobald ich über die notwendigen Geldmittel verfügen und an einem andern Orte anknüpfen kann, werde ich mich wieder an sie wenden. Meinen Grundgedanken und die Arbeit für ihn gebe ich nicht im mindesten auf. Es ist mir gesagt worden: ich solle mit meinem Rücktritt noch warten. Warten! Eine Bewegung, wie ich sie im Sinne hatte, darf sich nicht im Sande verlaufen. Sie ist dann in Gefahr, etwas ganz anderes zu werden, als sie werden sollte. Ein vorläufiger Rückzug ist besser als ein Versinken im Sumpf. Mit meinem Rücktritt von der Leitung des Zentralbüros ist derjenige von der Mitwirkung an der deutschen Wehrzeitung von selbst gegeben. Für mich war diese Zeitung immer nur das Organ des Zentralbüros. Die meisten Tagesblätter Deutschlands sind meiner Überzeugung nach ein reines Unglück für dieses, da sie sich in alles finden. Die Herstellung eines einheitlich wirkenden Organs hat große Schwierigkeiten. Nicht einen einzigen meiner Artikel haben die Herren Herausgeber der Wehrzeitung ganz unverändert abdrucken können. Andererseits bin ich mit der Mehrzahl derjenigen Artikel, die nicht von mir herühren, gar nicht einverstanden. Obwohl ich nur verantwortlich bin für das, was von mir unterzeichnet ist, konnte die Sache, da mein Name an der Spitze des Blattes stand, doch anders aufgefaßt werden. Das Einzige, was ich besitze, ist der Ruf der Treue, mit welcher ich stets an den Grundsätzen der Demokratie und an der Sache der nationalen Einheit Deutschlands gehangen habe. Dieses einzige Besitztum möchte ich nicht verlieren und war in Gefahr, es bei längerer Mit-

wirkung an der Wehrzeitung zu verlieren. Ich ziehe mich also zurück. Wo nicht versaumpfte Parteien mit alten Reichsverfassungen und Legitimitätsschwindel liebäugeln, wo eine deutsche Nation aus eigenem unverfälschten Rechte auftritt, werden wir uns wiedersehen. Zürich, den 15. Februar 1864. W. Rüstow, Oberst-Brigadier. Gedruckt bei J. Herzog in Zürich¹⁸⁶⁾.

Vorausgegangen waren diesem offenen Bruch schon Mißstimmigkeiten zwischen Rüstow und Streit über die Gestaltung der Deutschen Turn- und Volkswehrzeitung. In einem undatierten Brief, wohl Anfang 1863 verfaßt, richtete Schweigert an den aus der Ferne mitwirkenden Redakteur und Leitartikler der Zeitung vorwurfsvolle Mahnungen und erklärte ihm, daß sein Aufsatz "Konskription" in der gelieferten Form nicht gedruckt werden könne. Der Artikel fülle nur eine halbe Spalte mit sachlichem Inhalt, eineinhalb Spalten aber mit Einleitung und Schluß, die "für einen Brief, nicht aber als Arbeit als die technische Ausführung, von Oberstbrigadier Rüstow, geeignet" seien. Rüstow hatte offenbar seine Kolumne zu scharfer Kritik an vorher im gleichen Blatt erschienen Artikeln anderer benützen wollen. Schweigert schrieb weiter in seinem konfusen Stil: "Was wird das Publikum denken, wenn Du erklärst: 'Die Wehrzeitung ist eine Zeitung, in welcher allerlei Meinungen aufgenommen werden'? Statt daß wir Herausgeber - ('eine Anzahl von Offizieren unter Deiner Mitwirkung') - den Schein erhielten, als wollten wir, einig über den unnützen alten Plunder, eine Bresche darein schießen, soll die erste Kolumne dieser Zeitung das Gold der Wahrheit, der ganze übrige Teil aber der bereitwillige Boden für den ganzen Kot von Anschauungen sein, über den die erste Kolumne in jeder nächsten Zeitung statt im wohlwollenden Ton belehrend, mit nicht jedem zusagenden Redensarten totgeschlagen werden soll. Ich setze den Fall, daß schon demnächst ein für unser Unternehmen begeisterter Offizier im Sprechsaal dieses Blattes erscheint und, beseelt vom guten Willen mit uns zu gehen und dafür unter seinen Kameraden

zu wirken, einen Artikel schreibt, worin allerdings noch einige Unklarheiten vorkommen, im ganzen aber doch mit dem Prügel aufs alte Verwerfliche schlägt: - wie, wenn dann Deine Feder darüber herfällt und statt sachlich und in versöhnender Weise schreibt, grob und persönlich wird? Soll denn jeder Mensch, der das nicht alles eingesogen hat wie Du, aber der Belehrung zugänglich ist, öffentlich Deiner Laune verfallen? ... Sage mir also, abgesehen, daß Dein Artikel nichts als die persönliche Verstimmung gegen den Autor des Artikels: 'Der Soldat in Deutschland und der Soldat in Amerika' ist, welchen Eindruck würde Deine Arbeit auf das Publikum machen, das von Dir nicht Schimpfereien, sondern Gründe, im belehrenden Ton erwartet? ... Aber lese doch einmal die Kritiken über Deine Werke: überall liest man die hohe Befriedigung darüber, gleich hintendrein aber auch: 'wenn er nur diese und jene Redensart vermeiden wollte' ... Da Du nicht hier bist und die Redaktion des ganzen Blattes führen kannst, so soll es Dich nicht verdrießen, wenn hier und da Unklares, Unvollkommenes erscheint ... Wenn ich ehemals ein vollkommener Esel war und auch heute mit meinen Reflexionen noch nicht über alles, was ich vertreten soll, klar geworden bin, wirst Du mich deshalb schmähen oder in freundlicher Weise mir beispringen ... Lasse Dich überreden, so geht es nicht. Die Opfer, die Streit dem Blatt auf ungewisse pekuniäre Unterstützung hin bringt, sind groß, sehr gewagt. Er hat das Ziel im Auge und darf wohl auch das Recht in Anspruch nehmen, dabei mitzureden"¹⁸⁷⁾.

Doch solche Belehrungen mußten Rüstow wohl aufbringen und schließlich die völlige Entfremdung herbeiführen. Er sagte seine Gefolgschaft auf, und am 17. Februar 1864 schrieb Schweigert ihm schon, daß man seine Rücktritts-Erklärung in der nächsten Nummer der Wehrzeitung abdrucken werde¹⁸⁸⁾. Im März berichtete der damals Lassalle und seinen Freunden offenstehende "Volksfreund für das mittlere Deutschland" in zwei Artikeln über "Rüstow und die Gothaischen". Da wurde mit den bisherigen Mitarbeitern des Garibaldi-Obersten rück-

sichtslos und in schärfster Sprache abgerechnet¹⁸⁹⁾. So hatte Rüstow auch in der Wehrvereins-Aktion nur wieder Ärger geerntet und seine Gegner vermehrt. Doch schlimmere persönliche Enttäuschungen standen ihm noch bevor. Die so glücklich geschlossene Freundschaft mit Ferdinand Lassalle und Sophie Gräfin von Hatzfeld zerbrach schon nach einigen Jahren, und die Verbitterung Rüstows wuchs immer mehr.

Die Freundschaft mit Ferdinand Lassalle und Sophie Gräfin von Hatzfeld

Im Sommer 1861 reiste Ferdinand Lassalle mit Sophie Gräfin von Hatzfeld, die er zehn Jahre vorher in den Scheidungsprozessen gegen ihren Mann vertreten hatte und der er seitdem befreundet war, über die Schweiz nach Italien. In Zürich machten sie die Bekanntschaft der Herweghs und Rüstows. Der Revolutionsdichter Georg Herwegh, die "eiserne Lerche", war allerdings zu entschlossenen politischen Taten oder auch nur Poemen nicht mehr aufzurütteln. Energischer, begeisterungsfähiger und für Lassalle brauchbarer war der immer noch von Haß gegen die preußische Monarchie erfüllte Garibaldi-Oberst! Er sollte und konnte dem Arbeiter-Agitator in Italien Verbindungen zur Aktionspartei schaffen. Er schloß sich nur zu gern dem vornehm reisenden Paare an und scheint wie ein Ausgehungerter die Genüsse des sorglos vergnügten Lebens, versetzt mit prickelnden Reizen der politischen Konspiration, eingesogen zu haben. Zum erstenmal umgab den verhärteten Mann so etwas wie Romantik. Für einige Wochen flüchtete er aus der zu engen heimischen Umgebung, empfand freilich nur noch stärker, wie sein Leben sich schon festgelaufen hatte zu einem mühseligen, glanzlosen Broterwerb. In diesem Herbst 1861 löste Rüstow sich innerlich von seiner Frau und warf sich den neuen Freunden zu, von denen er wohl hoffte mit nach oben auf die Bühne des Daseins gehoben zu werden.

Der heiteren Reisegesellschaft gehörten auch noch eine Russin Lydia Idaroff mit ihrer Mutter und Ludmilla Assing, die Nichte Varnhagen von Ense's an. Ihr scheint sich Rüstow zunächst genähert zu haben, denn am 8. Oktober 1861 schrieb Georg Herwegh an Lassalle: "Ludmilla soll sich auch wieder einmal mit Mühe den Vordersitz im Wagen von Rüstow erkämpft haben"¹⁹⁰). Doch der Oberst-Brigadier war bald von der immerhin 56jährigen Gräfin Hatzfeld bezaubert und warb "in stürmischer Hingebung" um sie¹⁹¹). Ludmilla Assing berichtete wohl nicht ohne Verstimmung darüber nach Zürich, nachdem sie in Mailand die Gesellschaft verlassen hatte, sodaß Rüstow wütend schwor, sie für ihre "Denunziation ... das nächste Mal auf den Bock zu placieren"¹⁹²).

In ausgelassenen Briefen erzählten Lassalle und Rüstow den Herwegh's. Aus Cadenabbia schrieben sie am 27. September: "Alles von uns ausgetrunken. Rüstow hat genau berechnet, daß die täglich verbrauchten Flüssigkeiten das für eine Armee von 5738 Mann erforderliche Quantum bilden. Der Gräfin schlägt diese Art von Traubenkur vortrefflich an". Dazu gab Rüstow Reiseanekdoten, und schließlich diktierte Lassalle ihm italienisches Kauderwelsch¹⁹³). Am 10. Oktober schrieb Lassalle aus Majolica, was sie "an unendlichem Scherz und der feinsten Blüte heiteren Unsinns" erlebten und wie gern sie Georg Herwegh würden teilnehmen lassen an jedem ihrer "unsterblichen Göttergelächter". Weiter erfuhr Herwegh, der am 8. Oktober ihnen gerade von "platonischem Ärger und Verdruß" über ihren "fortgesetzten aristotelischen Lebenswandel" berichtet hatte¹⁹⁴): "wir sind Bummler geworden, und 'la bande joyeuse', wie Mme. Lydia unsere tolle Gesellschaft passend benannt hat, hat ihre entrée triomphale in Mailand gehalten und tolle Tage da erlebt"¹⁹⁵).

Rüstow blieb allerdings nur bis zur nächsten Reisestation Venedig bei den Freunden und fuhr wieder heim nach Zürich, wohl weil ihn seine literarischen Pläne und Verleger-Abmachungen an den Schreibtisch zwangen. Am 24. Oktober schrieb Lassalle an Herwegh: "Rüstow, durch den Ihr meinen letzten

Zettel aus Venedig erhalten haben werdet, meinen herzlichen Händedruck. Ich vermisse ihn ungeheuer und habe täglich bei allem Wunderprächtigen, das wir hier genießen, das stete Bedauern, daß er nicht da ist. Er ist ganz so ein Kerl und Kamerad, wie der, auf den Uhland das Gedicht gemacht hat ... Sind in Florenz Mazzinisten und Garibaldiner, die Rüstow kennt, so bitte ich um einige Zeilen für dieselben"¹⁹⁶⁾. Rüstow war vermutlich während der Italienreise selbst bei Garibaldi auf der Insel Caprera gewesen. Dort verfaßte der Freischarenführer für seinen ehemaligen Oberst-Brigadier am 2. Oktober 1861 ein Empfehlungsschreiben an den amerikanischen Präsidenten Lincoln, in dem er Rüstow einen seiner wertvollsten Offiziere bei dem Unternehmen von 1860 nannte¹⁹⁷⁾.

Wie viele der unbeschäftigten Militärs und Abenteurer aus Europa scheint auch Wilhelm Rüstow den Sprung nach Amerika ernstlich geplant zu haben. Marcel Herwegh meint, eine Krankheit hätte ihn davon zurückgehalten¹⁹⁸⁾, doch wie ein Brief an Lassalle ersehen läßt, war der Entschluß zu bleiben spätestens am 16. November gefaßt, und am 8. Dezember schrieb Rüstow erst, daß er 14 Tage "ernstlich krank" gewesen sei¹⁹⁹⁾. Was Rüstow bewog, die Amerika-Pläne wieder fallen zu lassen, ist nicht mehr festzustellen. Vielleicht die Hoffnung, er werde die Gräfin ganz für sich gewinnen können und damit aller wirtschaftlichen Sorgen enthoben sein? Möglicherweise erbat er sich ursprünglich aber das Empfehlungsschreiben für Lincoln gerade deshalb, um aus einem seelischen Konflikt fliehen zu können, den ihm die Freundschaft zu Lassalle und andererseits das starke Gefühl für die Gräfin bereiteten. Eine Stelle aus dem Brief vom 16. November deutet darauf hin. Da schrieb Rüstow auf eine von Lassalle offenbar vorgebrachte Mahnung hin, daß er "nie lanzknechten werde", und wenn es selbst einmal so aussähe, "würde man höchstens schließlich herausbekommen", daß er sich "in das erste beste Unternehmen gestürzt hätte, um ein inwendiges Übel loszuwerden".

Lassalle hat sicher mit Vernunftgründen den Garibaldi-Oberst von der Amerika-Reise zurückgehalten für die italienisch-europäische Entscheidung, die nach seiner Meinung schon im Frühjahr 1862 kommen mußte. Trotz solcher Revolutions- und Insurrektionshoffnungen aber dämpfte er wohl das militärische Ungestüm des Freundes, wenn er etwa hörte, daß Rüstow "von Ferrara her einen hagebuchnen Einfall ins Venetianische" machen wolle und mit viertausend Kerlen, die ebenso verzweifelt wären wie er selbst mitunter, zweihunderttausend Österreicher zu werfen drohte²⁰⁰). Rüstow war freilich nichts weniger als ein Haudegen und schießtüchtiger Herumtreiber und betonte ganz mit Recht, daß er nicht "zum Lanzknecht, zum Aventurier geschaffen" sei²⁰¹). Andererseits schrieb er Lassalle, daß ihm die "philosophischen Standpunkte" wenig bedeuteten, denn "philosophisch überwunden" sei manches schon, wofür er dennoch zur besseren Überwindung seine ganze Person einsetze. "Bei mir", meinte Rüstow am 16. November, "kommt eigentlich in allen solchen Dingen es nur darauf an, ob ich 'Schneide' darauf habe, ob mich der 'Instinkt' treibt, für sie einzutreten. Es war die Schneide, welche mir für die amerikanischen Dinge immer fehlte, und da mußte allerdings die mit der meinigen ganz übereinstimmende Meinung der Freunde einen gewaltigen Einfluß auf meine Entschließung üben".

Ferdinand Lassalle war mit der Gräfin durch Rüstows Vermittlung u Garibaldi gekommen. Vom 14. bis 18. November besuchten sie ihn auf der Insel Caprera, und hier versprach ihnen Garibaldi, daß er sich im nächsten Frühjahr seiner Vergangenheit würdig erweisen werde²⁰²). Zweimal traf Lassalle in Italien auch mit dem ungarischen Freiheitshelden Lajos Kossuth zusammen, der ihm sagte: "Revolution in Pest ist Revolution in Wien. Revolution in Wien ist Revolution Berlin"²⁰³). Lassalle versprach sich von einem italienischen Überfall auf Venetien eine revolutionäre Kettenreaktion, und er schürte eifrig die Unternehmungslust der Garibaldiner und Mazzinisten. So fest war er von einer bevorstehenden Erhebung über-

zeugt, daß er trotz eindringlicher Warnung seines Vaters Baissespekulationen unternahm, die ihm aber dann schwere Verluste brachten, als die Italiener im Frühjahr 1862 nicht losschlugen²⁰⁴).

Lassalle machte Rüstow noch aus Italien briefliche Andeutungen von seiner Tätigkeit und den revolutionären Erwartungen. Doch der Garibaldi-Oberst blieb in Zürich anfangs offenbar skeptisch. Am 16. November schrieb er Lassalle: "Was Ihr da in Italien ausgeheckt habt, weiß ich noch nicht, will also im voraus darüber nicht reden. Alles, was Du sagst, scheint mir im allgemeinen auf etwas Gutes und Richtiges hinzudeuten"²⁰⁵). Auch im nächsten Brief vom 25. November hatte Rüstow noch Vorbehalte: "Ich werde mich noch mehr freuen, wenn ich mit Garibaldi zusammen im nächsten Jahr etwas Vernünftiges tun kann. Deshalb wird es mir aber auch höchst wertvoll sein, wenn ich über die Pläne, die man hegt, recht bald Genaues erfahre. Nach dem, was mir aus Deinen Andeutungen hervorzuleuchten scheint, könnten es doch leicht alte, abgelegte Pläne von 48 sein, die man etwas genauer ansehen müßte. Noch mehr werde ich in dieser Voraussetzung bestärkt, wenn ich die geheime Broschüre über den Angriff auf das Venetianische durchsehe, welche 1860 zu Mailand gedruckt ward und welche mir Bignami bei unserem Aufenthalt zu Mailand mitgegeben hat. Ich rechne also wirklich auf recht baldige Nachricht"²⁰⁶). Im gleichen Brief machte Rüstow aber auch eine Andeutung, die erkennen läßt, daß er mit Lassalle doch schon sehr konkrete Pläne gefaßt hatte: "Wegen einer deutschen Legion für Italien berichtet mir Schweigert, daß es an Leuten gar nicht fehlen würde, sogar an gut exerzierte wenn man nur die notwendigen Gelder für Bestreitung der Reisekosten beitreiben könnte; und im selben Sinn schrieb Schweigert am 15. Januar 1862 an Lassalle²⁰⁷).

Am 9. Januar war Lassalle nach halbjähriger Abwesenheit wieder nach Berlin zurückgekehrt, hatte in Zürich mit Rüstow eingehend über die italienischen Fragen gesprochen und die Gräfin dort gelassen. Daß die Hatzfeld nun in nähere Be-

ziehungen zu Rüstow trat, ohne aber die Freundschaft zu Lasalle aufgeben zu wollen, hat auf das Verhältnis der beiden Männer zueinander anfangs keinen Einfluß gehabt. Lasalle, obwohl innerlich getroffen, ließ sich keine Verstimmung anmerken und blieb in regem Briefwechsel mit Rüstow. Ihrer beider politische Hoffnungen gründeten sich auf das fieberhaft erwartete Vorgehen gegen Venetien. Am 19. Januar 1862 schrieb Rüstow an Lasalle: "Die Gräfin will dieser Tage noch an Dolfi schreiben, um ihm von dem, was ich für die etwaige Bildung einer deutschen Division in Italien vorbereitet habe und noch vorzubereiten gedanke, Mitteilung zu machen. Meines Erachtens liegt die ganze Schwierigkeit im Geldpunkt. Fehlt es nicht am Geld zum Spedieren, Ausrüsten und zur Besoldung, so mache ich mich anheischig, Deutschland ganz gehörig auszupumpen - ganz abgesehen davon, daß in Lombardei und Venetien sich tausende von deutschen Handwerksburschen befinden, die man auch noch jeden Augenblick haben kann".

Allerdings meldet Rüstow jetzt auch schon Bedenken, weil er von seinen Mittelsmännern jenseits der Alpen nichts hörte: "Aus Italien immer noch keine Nachricht, was mir etwas wundersam zu werden beginnt. - Überhaupt kommt es mir so vor, als habe das politische Jahr etwas ledern angefangen. Freilich - und wir wollen das hoffen - ist damit nichts für das Frühjahr gesagt."²⁰⁸). Doch in Italien blieb es ruhig, und immer wieder mußten es sich die beiden Aufwiegler enttäuscht gestehen. Am 30. Januar schrieb Rüstow an Lasalle. "Von G (Garibaldi, A.d.V.) erhielt ich neulich zwei Zeilen, welche mir den Empfang meines Bewaffnungsprojektes für Neapel mit banalen Dankphrasen anzeigten. Sonst nichts. Über die Hauptsache n i c h t s. Vielleicht weißt Du eher Bescheid als ich, und dann schreibe Du mir hoffentlich sogleich. Ich für meine Person beende meine größere Arbeit über den Krieg 1848/49 binnen einer Woche und fange dann nichts Größeres an, bevor wir wissen, wie wir mit 62 stehen, um immer bereit zu sein"²⁰⁹). Ähnlich teilte Lassalle am 9. Februar dem Freunde mit: Ich möchte erst den April abwarten, um zu sehen, was wir von dem Jahr 62 zu hoffen haben"²¹⁰).

Anfang Februar 1862 schrieb Lassalle auch einen stürmischen Brief an Federico Bellazzi, den Leiter der Garibaldinischen Comitati di Provvedimento, in dem es hieß: "J'ai développé à Garibaldi lui-même les raisons pourquoi je le regarderais comme un danger immense pour la cause italienne, s'il laisserait passer ce printemps! Ayez la bonté de lui rappeler dans sa mémoire mon nom et la conversation que nous avons eu! La guerre - c'est à dire la guerre contre l'Autriche, en Vénétie et en Hongrie - c'est la grande, c'est l'unique question, qui doit être maintenant à l'ordre du jour en Italie!"²¹¹) Falls Garibaldi den Kampf begänne, versprach Lassalle in fehlerhaftem Französisch, würde er auch "par Rüstow moins brave garçon" schicken "pour faire honneur au nom allemand". Rüstow klagte am 12. Februar dem Freund: "Mein sehnlichster Wunsch wäre, etwas aus Italien, etwas einigermaßen Bestimmtes zu erfahren. Die Gräfin hat neulich noch an Dolfi geschrieben. Sobald von dort eine Antwort erfolgt, gebe ich Dir in nuce Auskunft und bitte Dich, mir gleichfalls augenblickliche Mitteilung zu machen, wenn Du irgendetwas von Bellazzi erfährst, was über haltloses Geschwätz hinausgeht". Aber in seiner ruhelosen Untätigkeit klammerte sich der Garibaldi-Oberst dann wieder an eine haltlose Illusion: "Wahrlich, wahrlich ich sage Dir, - nach allen den Briefen, die ich erhalte - es würde, falls nur das Geld nicht mangelt, leicht sein, binnen höchstens acht Wochen in Italien eine deutsche Division von zehntausend Mann zu organisieren, und bist Du nicht auch der Meinung, daß, wenn binnen kurzem ein frecher Bursche wie ich, ein frivoles Luder, welches an n i c h t s als seinen Gott glaubt, aus Italien über den Brenner mit zehntausend Mann ergebener Soldaten deutscher Zunge in Deutschland einbräche, er dem ganzen rat- und tatenlosen Wesen ein Ende machen könnte? Diese zehntausend Mann sind das: Gib mir, wo ich stehen kann. Lieber! Arbeiten wir für diese zehntausend Mann. Ich will mich ein Jahr lang selbst verleugnen, um sie zu haben, wenn es sein muß. Und Du würdest Dir aus dieser kurzen Selbstverleugnung sicher auch nichts machen. Wenn man sich nicht selbst verlieren k a n n, so kommt es ja auf ein wenig Ver-

kennen von seiten der Halunken wirklich nicht an". - Hier unterbrach Rüstow seinen Brief und ließ ihn zwei Tage liegen, wie er sagt, ohne selbst zu wissen warum²¹²⁾. Doch war er über seinen martialischen Sätzen, die mehr von überreizten Nerven als vom Verstand diktiert wurden, wohl selbst der Unsinnigkeit solcher Pläne innegeworden.

Was Rüstow in seinen nächsten Briefen zu melden hatte, war nicht ermutigender. Am 26. März hieß es: "Aus Italien erfahre ich absolut nichts, was auf dort nahe bevorstehende Taten hindeutete. Nichts und wieder nichts"²¹³⁾, am 28. März: "Aus Italien keine Nachrichten außer einem Brief von Bignami mit Grüßen von Garibaldi. Alles scheint mir dort jetzt Komödie, auf der Regierungsseite aufs Abwiegeln und auf den Widerstand gegen jede selbständige Volksregung berechnet. Ich bin wesentlich niedergeschlagen; indessen die Elastizität fehlt mir keineswegs, um im Notfall beim ersten ernststen Trompetenstoß immer wieder auf meinen beiden Beinen zu stehen"²¹⁴⁾, am 19. April: "Hast Du etwas aus Italien vernommen? Ich gar nichts.. Im wesentlichen alles faule Fische"²¹⁵⁾.

Doch diese Klagen waren mehr schon zu einfachen Formeln der brieflichen Mitteilung geworden und nicht der Ausdruck revolutionärer Vabanque-Stimmung. Obwohl Rüstow am 25. Mai und am 11. Juni schon von einer mit Garibaldi geplanten Besprechung an Lassalle berichtet hatte, konnte er sich dann nicht dazu entschließen und versagte sich auch, als Garibaldi endlich zu einem allerdings kläglich endenden neuen Freischärler-Zug rüstete. Lassalle scheint im Sommer 1862 noch fester auf Garibaldi gebaut zu haben, als Rüstow es tat. Jedenfalls berichtete Karl Marx spöttisch über eine Unterredung, die er in London mit Lassalle hatte: "Der Aufenthalt in Zürich (mit Rüstow Herwegh usw.) und die spätere Reise in Italien, dann sein 'Herr Julian Schmidt' usw. haben ihm (Lassalle, A.d.V.) den Kopf vollends verdreht. Er ist nun ausgemacht nicht nur der größte Gelehrte, tiefste Denker, genialste Forscher usw., sondern außerdem Don Juan und revolutionärer Kardinal Richelieu. Als tiefes Geheimnis teilte er mir und meiner Frau mit, daß

er Garibaldi den Rat gab, nicht Rom zum Ziel des Angriffs zu machen, sondern er solle nach Neapel, dort sich zum Diktator (ohne Verletzung Viktor Emanuels) aufwerfen, die Volksarmee aufrufen zum Feldzug - gegen Österreich. Lassalle ließ ihn 300 000 Mann aus dem Boden stampfen, und die piemontesische Armee schloß sich natürlich an. Und dann - nach einem von Herrn Rüstow, wie er sagt, gebilligten Plan - sollte ein detachiertes Korps nach der adriatischen Küste (Dalmatien) gehen oder vielmehr schiffen und Ungarn insurgieren, während die Hauptarmee unter Garibaldi ohne Berücksichtigung des Quadrilaterals (Festungs-Vierecks, A.d.V.) von Padua nach Wien zog, wo die Bevölkerung sofort revoltierte. Alles vollendet in sechs Wochen. Als Hebel der Aktion: Lassalles politischer Einfluß oder seine Feder in Berlin. Und Rüstow an der Spitze eines Korps von deutschen Freischärlern angeschlossen an Garibaldi, Bonaparte aber war paralysiert durch diesen Lassalleschen coup d'éclat. Er war jetzt bei Mazzini, und 'an dieser' billigte und 'bewunderte' seinen Plan" ²¹⁶). Engels antwortete Marx auf diesen Brief, die "Geschichten mit Lassalle" seien "höchst amüsan", und daß Rüstow sie gebilligt habe, halte er für "möglich genug", denn "der Kerl" sei "im höchsten Grade eitel und auf dem besten ^{Wege, ebenso} toll zu werden" ²¹⁷).

Doch Rüstow war für diese italienischen Pläne, die Marx wohl auch noch etwas verzerrt dargestellt hat, nicht zu gewinnen. Am 10. August 1862 schrieb der Oberst, dem wieder eine größere Bäderreise mit der Gräfin Hatzfeld bevorstand, an den offenbar zur Mitwirkung in Italien aufmunternden Lassalle: "Abgesehen von allem anderen - zu Garibaldi gehen j e t z könnte ich schon einfach aus dem Grunde nicht, weil ich auch nicht die geringste Ahnung davon habe, was Garibaldi eigentlich beabsichtigt - weil ich nach meiner Kenntnis der Dinge glaube, daß er jetzt fast alle Chancen gegen sich hat, und weil, wenn ich mich darin irren sollte, jedenfalls die Sache Dimensionen annehmen m ü ß t e , welche die Gegenwart von Leuten meiner Art auch in andern Teilen Europas

als gerade auf der Insel Sizilien wünschenswert machen würde"²¹⁸⁾.

Dafür schickte er dann dem verwundet gefangen genommenen Garibaldi mit der Gräfin aus dem Urlaubsort Oberhardt bei Neustadt "vierundzwanzig Flaschen des besten Pfälzerweins" und hoffte, der Italiener möchte nicht "die Eselhaftigkeit" begehen und nach Amerika ausziehen. Auch entschuldigte Rüstow sich am 19. Oktober bei Lassalle, wenn er ihm "nicht einen Brief von vier Bogen schreibe", so liege das nur daran, daß sie sich "nicht im Zentrum großer Ereignisse" befänden. "Gebe Gott, daß bald einmal große Ereignisse uns die Gelegenheit zu rechter Kraftübung geben. Amen!" - wünschte der auch seiner neuen Lebensumstände nicht froh werdende Kurgast²¹⁹⁾. Im Dezember 1862 begleitete Wilhelm Rüstow die Gräfin wieder auf ihrer Italien-Reise. Doch sie waren beide nicht glücklich. Aufschlußreich für die Seelenlage Rüstows ist ein Brief, den er am 27. Dezember 1862 aus Genua an Emma Herwegh richtete: "Geehrte Freundin! ... der Aufenthalt in Italien hat auch eben nicht dazu beigetragen, mich freudig zu stimmen und zu heilen. Ich dachte, ich hoffte hier in einem frischen politischen Leben eine Befriedigung zu finden, die andere Dinge, wie lieblich sie sich ausnehmen mögen, einem Mann auf die Dauer doch nicht gewähren können. In dieser Hoffnung habe ich mich sehr getäuscht. Alles ist hier niedergeschlagen, **räsoniert noch** unfrischer, lederner und verschrobener, als ich es in den schlechtesten Zeiten in Deutschland gehört habe ... Wünschen Sie mir möglichste Befreiung von Kopfschmerzen und von einer schrecklichen Langeweile, an der ich noch zu Grunde gehe, wenn nicht bald irgend ein fideles politisches Ereignis, das auch für mich etwas bringt, mich herausreißt"²²⁰⁾.

Dazu paßt, was die Gräfin am 24. Dezember aus Genua an Lassalle schrieb: "Rüstow ist wie in allem so auch in der italienischen Sache ganz decouragiert, will sich um nichts kümmern usw."²²¹⁾. Doch besuchte der Oberst-Brigadier im Februar 1863 seinen ehemaligen Chef noch auf der Insel

Caprera. Aus Neapel, wo er am 26. Februar mit der Gräfin angelangt war, berichtete er Lassalle, daß Garibaldi sich körperlich bis auf die noch offene Schußwunde am Fußgelenk wohl befinde. "Für die geistige Gesundheit möchte ich weniger eintreten", meinte Rüstow, der den abgetretenen Diktator nicht recht hatte überzeugen können, daß "auf die Aspromonteweise" nicht vorwärtszukommen sei. Rüstow hielt es für falsch, daß Garibaldi bei seinem militärisch schlecht organisierten Unternehmen mit "höchstens dreitausend Mann" statt sich zu schlagen habe moralischen Eindruck machen wollen. Voller Inkonsequenzen sei der Italiener, schrieb Rüstow an Lassalle; einerseits scheine sein "Vertrauen in die Massen sehr erschüttert zu sein", und doch begeistere er sich jetzt wieder für die polnische Bewegung, als ob dort Venedig gewonnen werden könne²²²⁾.

Jedenfalls war Wilhelm Rüstow nach diesem Besuch auf Caprera von allen italienischen Hoffnungen geheilt. Ihn bedrückten wieder die "infamen Miserabilitäten des Lebens", die wirtschaftlichen Sorgen um seine Familie, über denen er doch die "einfältige Aspiration" verfolgte, sich "auch um höhere Dinge bekümmern zu wollen". Und fast vorwurfsvoll verglich er seine bedrängte Lage mit der Unabhängigkeit Lassalles²²³⁾. Inwieweit ihn Sophie von Hatzfeld finanziell unterstützt hat, ob sie überhaupt die gemeinsamen Reisen allein bezahlte, ist nicht festzustellen. Möglicherweise war Wilhelm Rüstow für die Annahme solcher Spenden auch zu stolz und verausgabte sich bei unangemessenem Reise-Aufwand vollends. Sein Verhältnis zur Gräfin gab ihm auch seelisch nicht den Rückhalt, wie ihn der nirgends genug Anerkennung findende Mann gebraucht hätte. Die Hatzfeld hatte sich ihm auf der herbstlichen Italienreise 1861 selbst aus einem Bedürfnis nach eigener Bestätigung angeschlossen. Die alternde Frau fürchtete zu vereinsamen, und die leidenschaftliche Werbung des energischen Vierzigers schmeichelte ihr. Den Freund Lassalle meinte die Gräfin wohl nicht nur zu verlieren, wenn er heiratete, sondern auch sobald sein politischer Ehrgeiz sich in großen Taten würde erfüllen können. Lassalle

wollte anfangs nicht merken lassen, daß ihn die neue Bindung, der Freundin schmerzte. Noch in Italien aber kam es zum Zerwürfnis zwischen ihnen. Doch vereinbarten sie, nach außen den Schein zu wahren und ihren Briefwechsel nicht einzustellen; auch wollte Lassalle der Gräfin für sachliche Dienste weiter zur Verfügung stehen²²⁴⁾.

Im Dezember 1861 war Lassalle von Zürich aus allein heimge-
reist. Die Gräfin blieb in der Schweiz bei Rüstow, dessen ehe-
liche Verhältnisse nun begreiflicherweise sehr unerspriesslich
wurden. Sophie von Hatzfeld scheint sich in der klatschen-
den Zürcher Umgebung bald nicht mehr wohlgeföhlt zu haben.
Am 11. Januar schrieb sie schon an Lassalle: "Hier werde ich
doch nicht mehr lange bleiben können; wo ich dann für's
erste hingehe, um nicht nach Berlin zu gehen, weiß ich noch
nicht"²²⁵⁾. Am 19. Januar erfuhr Lassalle von Rüstow, daß er
der einige Tage krank im Bett gewesenen Gräfin "Gesellschaft
geleistet und sie aufzuheitern gesucht", soviel seine Zeit
und Fähigkeiten es erlaubt hätten²²⁶⁾. Am 14. Februar schrieb
Rüstow: "Die Gräfin ist schon längst wieder ganz munter.
Ich fürchte aber, sie wird nächstens absegeln; sie spricht
wenigstens ungeheuer viel von Berlin. Vergebens frage ich
sie, was sie dort eigentlich zu suchen hat. Sie behauptet,
sie müsse wenigstens für einige Zeit dorthin zurück"²²⁷⁾.

Am 4. März reiste Sophie von Hatzfeld aus Zürich ab. Sie woll-
te Rüstow, dessen Frau ein Kind erwartete, nicht in eine "so
große Verlegenheit" bringen, da er es wohl nicht würde lassen
können, sie "ebensoviel" zu besuchen wie jetzt²²⁸⁾. Doch weni-
ge Wochen später kehrte die Gräfin wieder in die Schweiz zu-
rück. Sie quartierte sich in der Nähe Zürichs auf dem Lande
ein²²⁹⁾. Rüstows altes freundschaftliches Verhältnis zum
Hause Herwegh scheint in diesem Sommer 1862 getrübt worden zu
sein durch seine Liaison mit der Gräfin. Am 25. Juli schrieb
er Lassalle, Emma Herwegh habe "im Laufe der Zeiten einen
ganz scheußlichen Klatschbrei angerichtet"²³⁰⁾, und auch
Schweigert wußte von "Störungen", die er im Sommer 1862 zwi-
schen Rüstow und den Herweghs in Zürich bemerkt hatte²³¹⁾.

Im August und September 1862 waren die Gräfin und Rüstow zur Kur in Wildbad. Dorthin kam auch Lassalle nach seiner Londoner Reise zur Versöhnung mit der alten Freundin; doch erhielten ihre Beziehungen nie wieder die frühere Herzlichkeit und Tiefe²³²⁾. Von Wildbad zogen Sophie von Hatzfeld die jetzt viel kränkelte, und Wilhelm Rüstow am 7. Oktober zur Traubenkur nach Oberhardt bei Neustadt. Wie die Gräfin an Lassalle schrieb, versäumte sie hier "keine Gelegenheit zur Wühlerei"²³³⁾, und Rüstow hielt seine Rede auf der Heidelberger Versammlung von Turnvereinsvorständen. Anfang November kehrten die beiden in die Schweiz zurück, aber wenige Wochen später ging die Reise nach Italien weiter, wo sie bis Anfang März blieben. Daß Wilhelm Rüstow für sein seelisches Wohlbefinden in dieser Freundschaft mit der vermögenden, 15 Jahre älteren Frau nichts gewinnen konnte, war ihnen beiden wohl schon Ende 1862 klargeworden. Sophie von Hatzfeld schrieb Lassalle am 24. Dezember aus Genua: "Ach, liebes Kind, wir mögen uns noch so viel gezankt und entzweit haben, so viel steht mindestens fest, daß wir uns gegenseitig für andere verdorben haben; und das große Unrecht, das wir begangen haben, zu glauben, daß eine solche Vergangenheit und Freundschaft und Vertrauen sich beliebig zerreißen und vernichten lasse, mußte sich wenigstens vorübergehend rächen". Noch aufschlußreicher ist der Brief vom 28. Dezember, in dem es hieß: "Rüstow hat noch weit mehr, als es bei mir der Fall war - und ich glaube gewiß nicht mit mehr Grund, denn er leidet jedenfalls weniger lange - , ein verdüstertes und durch die Ungerechtigkeit des Schicksals, Nichtanerkennung, Unmöglichkeit, sich zur Geltung zu bringen, seine unglückliche Ehe, die ihn äußerlich wie innerlich in eine ihm ganz unangemessene Lage bringt, ein ganz verbittertes Gemüt, unzufrieden mit der Welt, mit sich, mit allem. Es ist unendlich traurig mitanzusehen in einem so guten, so fähigen und tüchtigen Menschen und ihm nicht helfen zu können. Er ist mir so attachiert, wie es nur möglich ist, glaubt, nicht mehr leben zu können ohne mich, aber Erheiterung kann ich doch nicht geben. Ich sage Ihnen dies, liebes Kind, unter

Siegel der tiefsten Verschwiegenheit und bitte Sie, nie etwas davon merken zu lassen und diesen Brief gleich zu verbrennen" ²³⁴).

So zog es die Gräfin innerlich wieder mehr zu dem alten vertrauten Freund, doch Lassalle ließ sich nicht mehr ganz gewinnen. Ihm war Rüstow auch "ein zu guter und gediegener Mensch, um keine Rücksichten auf ihn zu nehmen", nachdem er sich einmal so an die Hatzfeld "geklammert" hatte ²³⁵). Doch Wilhelm Rüstow spürte nur zu genau, wie die Gräfin ihm entglitt. Voller Bitterkeit klagte er sie Anfang Juni 1863 an: "Ihren Brief vom 1. habe ich gestern abend erhalten, er enthält nichts als Bewunderung für Lassalle, zwei Drittel aller Ihrer Korrespondenz seit Anfang Mai hat keinen anderen Inhalt. Lassalle hat sechzehn Jahre oder so etwas auf Ihren Verstand eingehämmert, er hat Ihnen auch noch Hegelsche Dialektik nach seiner Auffassung beigebracht. Trotzdem kann ich mir aus dieser langen korrumpierenden Einwirkung an und für sich es nicht erklären, daß Sie sich für Lassalles Interessen begeistern beim mindesten Anstoß, daß Sie seine 'Erfolge' mit seinen Augen sehen, daß Sie alles, was er Ihnen sagt, nachsprechen ... Bei mir beklagen Sie sich bisweilen, daß ich von den Interessen, die ich verfolge, Ihnen nicht rede; tue ich es aber - ich kann es mit der bestimmtesten Bestimmtheit versichern, Sie haben mir höchstens mit der Bemerkung, daß ich ein Schafskopf sei - sonst mit Gleichgültigkeit oder auch gar nicht darauf geantwortet. Wenn Sie durch Lassalles Brille sehen, so nennen Sie das o b j e k t i v e Wahrheit und Gerechtigkeit. Dagegen ist natürlich nicht aufzukommen. Sie nennen das o b j e k t i v , weil Sie sich so in Lassalles Fesseln begeben haben, daß Ihnen weder objektiv noch für mich etwas übrig bleibt. Warum können Sie denn nicht außer durch Lassalles Brille fühlen und denken? ... Ich fordere Sie auf, m e i n e n Wert anzuerkennen, auch durch m e i n e Brille sehen zu können ... Wenn ich das Feuer, welches Sie für alle von Lassalle verfolgten Interessen entwickeln, mit der Gleichgültigkeit vergleiche, die Sie den meinigen gegenüber zeigen; so kann ich die Schuld

nicht mehr auf die Länge der Zeit schieben, welche Lassalle gehabt hat, auf Ihren Verstand korrumpierend einzuwirken, sondern, wie sehr sich mein Herz dagegen sträubt, die Vernunft zwingt mich zu dem Schluß, daß Sie Lassalle lieben und mich gar nicht ... Ihre Gerechtigkeit ist Lassallesche Gerechtigkeit, und weil ich das einsehe, verlange ich, daß Sie an die Stelle dieser Gerechtigkeit die m e i n i g e setzen (m i n d e s t e n s so objektiv als die Lassallesche ist sie sicher). Wenn Sie das nicht können, so lieben Sie Lassalle, und es ist nicht wahr, daß Sie mich lieben²³⁶

Einen Riß erhielt auch die Freundschaft der beiden Männer, als Lassalle im Frühjahr 1863 seine Agitation für den Arbeiterverein begann. Sein radikales sozialistisches Manifest, das Offene Antwortschreiben, schrieb Lassalle zwar am 6. März an die Gräfin, werde Rüstow sicher "mit lebhaftestem Beifall begrüßen"²³⁷). Doch der Brief, den Rüstow daraufhin am 16. März aus Neapel an Lassalle richtete, darf nicht übersehen lassen, daß der untätige Offizier dem Agitator vielleicht eine zu steile politische Karriere oder auch nur zu starkes Aufsehen jetzt schon mißgönnte. Gewiß mag Rüstow den warnenden Brief auch unter dem Einfluß der um Lassalles Sicherheit bangenden Gräfin so formuliert haben; aber es mutet bei seinem sonst so scharfen Zungenschlag die allzu entschiedene Mahnung zur Vorsicht immerhin merkwürdig an, zumal Rüstow die Broschüre ja noch gar nicht kannte, nur aus einer kurzen brieflichen Ankündigung Lassalles. Rüstow warnte den Freund in Berlin: "Da wir uns auf allen Wegen politischer und sozialer Fragen stets auf derselben Fährte gefunden, so nehme ich ohne weiteres an, daß ich Dein Ja und Amen in Bausch und Bogen unterschrieben haben würde; ja ich nehme nicht bloß an, sondern ich sage ohne Bedenken: der Inhalt gehört mir so gut wie Dir. Und dennoch - ich hätte, wenn ich in Berlin war, gesagt: Schreibe Dein Manifest als Privatbrief an den Vorstand des Vereins. Laß es von diesem drucken, wenn er will, laß es in seinem Schrank, wenn er will, habe äußerlich gesetzlich nichts damit zu tun. Sieh - auch daß Du ein

toter Mann politisch werdest, auch das fürchte ich nicht oder, wenn es selbst möglich wäre, das lasse ich lächelnd zu. Denn was die politischen Tode in großen, aber stummen Zeiten sind, daß sie nur die Vorbereitungen zu Auferstehungen hellster Art sind, das weiß ich. Der 'Tod' in einzelnen Journalen ist nur eine Glorie. Aber ich fürchte für Dich den Tod des Gefängnisses, der äußerlich und auf die scheußlichste Weise das kräftige Handeln unmöglich machen kann. Ich will nicht, daß Du Dich immerfort einsperren lässest. D a s ist es, was mich einzig bekümmert und um was allein ich besorgt bin. Hättest Du denn noch nicht gesehen, daß, was wir für die gesetzlichste Form des Ausspruches unserer Gedanken halten, es keineswegs für unsere Gegner ist? Hätte Dein letzter Prozeß Dir noch kein Licht darüber aufgesteckt? ... Siehst Du, Freund, dies hätte mir vorgeschwebt, wenn ich Dir meinen Rat erteilt hätte, ihn hätte erteilen können. Halte Dich ä u ß e r l i c h f r e i , hätte ich Dir gesagt. Deine innere Freiheit hilft uns nichts und Dir nichts ... da es zu spät sein wird, den Druck Deines Manifestes noch zu unterlassen, wird es doch nicht zu spät sein, Deine Verantwortlichkeit dafür beiseite zu schieben. Und das m u ß t Du jetzt tun. Das bist Du nicht Dir, das bist Du der Zeit schuldig, die wahrlich nicht so hoffnungslos ist, daß man ein unfruchtbares Märtyrertum aufsuchen müßte. Wirst Du etwa sagen, daß ein Philister zu Dir redet? Tue es nicht, oder wenn Du willst, so tue es auch, aber handle nach dem Rate des Philisters"²³⁸).

Doch Lassalle war durch solche Warnungen nicht zu beirren. Vielmehr suchte er nun Wilhelm Rüstow für seine Arbeiterbewegung einzusetzen, verlangte von ihm, daß er Süddeutschland, wo er so populär sei, bereise und in den Städten auf die Arbeitervereine einwirke, damit sie auch den Beschlüssen des Leipziger Zentralkomitees beiträten. Ferner sollte Rüstow auf Lassalles Wunsch die Leipziger für ihre Stellungnahme beglückwünschen²³⁹). Er lehnte beides ab und versuchte, als Lassalle im Mai 1863 für seinen Diskussionskampf in Frankfurt rüstete, die Gräfin gegen ihn aufzubringen. Rüstow

warnte sie, sich dorthin "schleppen zu lassen", und als Lassalle den großen Sieg erfochten hatte, machte der Oberstbrigadier Sophie von Hatzfeld seinen bürgerlich-revolutionären Standpunkt klar und beschwor sie zu verhindern, daß der "bepfaustete, blödsinnige, an Intelligenz und gutem Willen noch unter dem Nationalvereiner stehende Geselle die wahre herrschende Klasse mit dem Diktator Lassalle an der Spitze" werde, daß Lassalle "der hohenzollernschen Reaktion in ihre "plumpen Fallen" ginge²⁴⁰).

An Lassalle selbst schrieb Rüstow am 5. Mai 1863 einen ausführlichen Brief, in dem er der Meinung des Agitators beipflichtete, "daß die Schulze-Delitzschen Assoziationen der Arbeiterklasse als solcher nichts helfen" könnten, und daß "die einzige Hilfe für die Arbeiterklasse als solche" sei, ihr mit dem allgemeinen Wahlrecht - "nicht in Louisscher Modellierung" - "ihren Anteil an der Staatsleitung" zu geben. Rüstow betonte aber, daß er selbst entscheiden wolle über die Art, wie er der Arbeiterbewegung dienen könne. Das von Lassalle geforderte Glückwunschs Schreiben an das Leipziger Arbeiterkomitee lehnte er mit folgender Begründung ab. "Meine Spezialität in der großen allgemeinen Geistesbewegung ist die militärische; der Deutsche, welcher vorherrschend Zunftmensch ist, erkennt mich in dieser Spezialität als Autorität an, sobald ich aber in der Arbeiterfrage - und zwar gerade i c h - unaufgefordert das Wort ergreife, wird es fragen: wie ich gerade d a z u komme, und unsere Gegner werden darauf Antworten finden, die Dir nichts nützen, dem Allgemeinen schaden". Rüstow fürchtete um sein militärisches Lebenswerk, für das es ihm nicht nötig erschien, "Fortschrittspartei und Arbeiterpartei zu trennen". Er sagte Lassalle, daß die Ideen, für die er 20 Jahre lang unter aller Entsagung sich eingesetzt habe, nun "wahrhaftig und wirklich in dem preußischen Verfassungstreit auf die Bühne getreten seien. Und wenn er die "Bourgeoispartei jetzt als ein Hindernis der Entwicklung angreifen sollte", so mußte er "mindestens die Garantie haben", daß diejenigen, welche die "ne

Bewegung hervorgerufen" hätten, mit ihm aushielten. "Diese Garantie habe ich aber nicht, im Gegenteil!" schrieb Rüstow. Er fürchtete, wenn er jetzt unaufgefordert "mit einem Hymnus an die Leipziger" aufträte, könnten ihn diese "vielleicht in vierzehn Tagen dadurch gründlich blamieren, daß sie auf die Seite der Gegenpartei" gingen.

Wilhelm Rüstow wollte lieber "hinter den Kulissen" bleiben²⁴¹⁾ Ebenso hatte Georg Herwegh dem um öffentliche Parteinahme für sich bittenden Lassalle abgesagt. In einem langen, eindringlichen und stellenweise sehr höhnischen Brief antwortete der Arbeiterführer den beiden Emigranten. Gerade weil Rüstow "kein Spezialitätsmensch bei dieser Sache" sei, hätte er von ihm wie von Herwegh so gern "irgendein Aktenstück öffentlicher Zustimmung gehabt". Es handle sich nicht um eine spezielle Arbeiterbewegung, sondern um einen "allgemeinen demokratischen, politischen Durchbruch durch die schwere Fortschrittsstickluft". Lassalle wollte "eine ganz neue Parteibildung" erreichen, und dafür schienen ihm "rein demokratische, nicht soziale Namen besonders wichtig", nachdem er nun einmal "einen spezifischen Arbeiternamen" bekommen habe. Rüstow warf er die wütenden Sätze hin: "Nun gut. Tue, was Du willst. Diplomatisiere und reserviere Dich für die Bourgeoisiebewegung!! Bitter lachen muß ich bei diesem Teil Deines Briefes. Spare Dich, wenn ich geschlagen werde, auf für die Bewegung der Herren Streit und Metz, über die ich Dir schon 1861 in der Schweiz klaren Wein einschenkte, ohne daß Du mir glauben wolltest. Seitdem könntest Du durch Tatsachen belehrt worden sein. Inzwischen, spare Dich auf für die Nationalvereinsbewegung, wenn die jetzige von ihr besiegt wird! Bon! Aber um eins darf ich bitten. Ich verbitte mir dann auch jede unterirdische Hilfe! Solche diplomatisch unterirdische Hilfe habe ich mein Lebtag gehaßt aus aller Seele. Mit der verschone mich".²⁴²⁾

kundigen Untreue auf Jason eingedrungen war. Erst später, als das Unausweichliche, das abzuwenden auch noch Anna vergeblich unternommen hatte, in seiner Furchtbarkeit wahr geworden ist, kommt die eigentliche Klage und zuletzt der Fluch wie im zweiten und dritten Teil der catullischen Ariadneklage. Was sie am Ende spricht, sind "ultima verba" ¹⁾ die allerdings mehr enthalten, als einen Abschied an die Welt. In ihnen gewinnt Dido nach allem Leiden und Beben im Augenblick des Zusammenbruches nicht nur ihre alte Hoheit, sondern wächst sogar über sich selbst hinaus. An dieser Stelle wird sie aus der liebenden Frau zu einer Gestalt heroischer Größe. Dido durchwandert also im Ablauf des vierten Buches den ganzen Weg einer verlassenen Heroide von dem Augenblick der ersten schmerzlichen Erkenntnis des nahenden Unheils bis zur völligen Verzweiflung am Ende, ist aber mehr, als eine Frau, die unter der Treulosigkeit des geliebten Mannes zusammenbricht: Worin dieses Plus gegenüber allen anderen klagenden Heroiden besteht, wird hier darzustellen sein. Die einzelnen Teile ihrer "Klage" sind innerhalb des Geschehens an den entsprechenden Stellen eingefügt: Einerseits spiegeln sie den jeweiligen Stand der inneren Entwicklung wider, andererseits tragen sie zum Fortgang der Handlung bei. Sie erfüllen somit die doppelte Aufgabe einer Schilderung der Verfassung der Unglücklichen und einer Darstellung der Wirkung ihrer Worte auf den Handlungsablauf. Auch diese Zusammenhänge gilt es näher ins Auge zu fassen.

Dido wird aus der Ahnungslosigkeit ihrer seligen Liebe (291/2) zuerst durch das Feingefühl, das einer Liebenden eigen ist, aufgeschreckt und ahnt das heimliche Vorhaben, während Aeneas noch nach einer günstigen Gelegenheit sucht, ihr seine Absicht zu eröffnen (293/4). Als ihr dieselbe gemeine Fama, die den Nachbarvölkern von Didos Liebestaumel

1) Zum Typus der "ultima verba" vgl. R. Heinze, a.a.O. S. 110. Vergil hat daraus viel mehr gemacht.

hunde gebracht hatte (173/92), von den Flottenrüstungen und den Fahrtvorbereitungen berichtet (297/8), gebärdet sie sich wie von Sinnen, rast wie eine aufgeregte Mänade durch die Straßen der Stadt (300/3) und erinnert in ihrem Loben an die Wut und die Unrast der eben zu einer furchtbaren Wirklichkeit erwachten Ariadne, die schließlich zum steinernen Bild einer Bakchantin erstarrt ¹⁾. Endlich wendet sie sich an Aeneas und fragt ihn, ob er wohl sein frevles Beginnen verheimlichen und unbemerkt aus dem Lande verschwinden zu können hoffe, ob ihn nicht ihre Liebe, sein Landschlag und der Gedanke an den grausigen Tod, den sie bald erleiden werde, zu halten vermöchten:

305 dissimulare sperasti, perfide, tantum
posse nefas tacitusque mea decedere terra ?
nec te noster amor nec te data dextera quondam
nec moritura tenet crudeli funere Dido ?

Eine formale Nähe dieser ersten Worte zum Anfang der catullischen Ariadneklage offenbart sich in den Fragen, in denen auch sie ihre Vorwürfe vorbringt ²⁾. Da wie dort steht zudem gleich zu Beginn die Anrede "perfide" (305:Cat.64, 132/3), wird mit "decedere" (306 : Cat. 134 "discedens") vom Weggang des Treulosen gesprochen, der sich in beiden Fällen heimlich vollzog bzw. vollziehen soll, findet sich also ein Vorwurf der Treulosigkeit, fortgesetzt von einem Vorwurf der Grausamkeit, der mit dem Stichwort "crudelis" (308 : Cat. 136) aufgenommen wird. Aber in Didos Worten liegt noch mehr. Mit dem Hinweis auf ihre Liebe (307 noster amor) wird das Verdienstmotiv berührt, und in der Ankündigung ihres Todes (308 moritura crudeli funere) erstmals eine Wendung des Geschehens angedeutet, die von Aeneas in der unvermittelten Art, wie sie vorgebracht wird, ebensowenig verstanden werden kann wie vom Leser, der den folgenden Handlungsablauf noch nicht kennt. Mit dieser ersten Andeutung

1) Cat. 64, 124 ff und 61. Vgl. oben S.57/8.

2) hinter den Anfangsfragen bei Catull steht Apollonios 4,355/9. Über die formale Abhängigkeit vgl. Klingner, Catulls Peleus-Epos, S. 53, Vgl. auch oben S.20 und A.1.

Hatzfeldt, die sich von ihm wohl die Rettung Lassalles erwartet hatte. "Der tote Lassalle wurde für den armen Rüstow ein noch weit gefährlicherer Rivale als der lebende", sagt Gustav Mayer²⁵⁰). Bald nach der Katastrophe schrieb Rüstow der Gräfin: "Ich leugne es ja keinen Augenblick, p e r - s ö n l i c h konnte ich mich mit Lassalle nie völlig befreunden; denn er trennte mich von Ihnen und mußte es immer, solange er lebte und nachher, wie jetzt deutlich genug". Gänzlich verbittert, klagte er später noch Sophie von Hatzfeldt an: "Ich wußte seit dem Ende des Mai, daß ich Ihnen im Vergleich zu diesem Menschen nichts sei. Ich fühlte das ganze himmelschreiende Unrecht, das mir, der ich ganz anderes verdiente, geschah - ich habe so, wie ich handelte, gehandelt - um Ihretwillen. Ich hätte I h n e n den Menschen erhalten, wenn er es nicht selbst unmöglich machte. - Wie können S i e , wie konnte Lassalle m i c h jemals begreifen? Absolute Unmöglichkeit. Mit Siebenmeilenstiefeln steige ich über Euch hinweg ..." ²⁵¹⁾

Sophie von Hatzfeldt wollte eine Broschüre über Lassalles tragisches Lebensende veröffentlichen. Zu diesem Zweck überließ sie Bernhard Becker, den Lassalle testamentarisch zu seinem Nachfolger als Präsident des Allgemeinen Arbeitervereins bestimmt hatte, Briefe und Aufzeichnungen. Da sich zwischen ihr und Becker aber Unstimmigkeiten ergaben, forderte sie die Dokumente zurück. Becker hatte sie inzwischen kopieren lassen und veröffentlichte sie einige Jahre später in seiner Schrift "Enthüllungen über das tragische Lebensende Ferdinand Lassalles. Auf Grund authentischer Belege dargestellt". Bernhard Becker hielt am 22. März 1865 auch vor Hamburger Arbeitern eine gehässige Rede, in der Sophie von Hatzfeldt und Rüstow beschimpft wurden. So blieb der Name des demokratischen Militärpublizisten noch in den öffentlichen Klatsch verwickelt. Am 1. April 1865 druckte der "Nordstern", das durch J.B. von Schweitzers Konkurrenzorgan "Socialdemokrat" bedrohte Blatt, unter der Rubrik "Zur Aufklärung" folgenden "Brief des Herrn Oberst-Brigadier Rüstow" ab: "In Nummer 39 des 'Socialdemokrat' befindet sich eine

Rede des Herrn Bernhard Becker, Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Es versteht sich von selbst, daß das ungewaschene Zeug, welches dieser Herr dort über mich sagt, mich nichts angeht und daß ich darüber kein Wort verliere. Es befindet sich in dieser Rede aber eine Stelle, die unmöglich mit Stillschweigen übergangen werden kann: 'Lassalle' - heißt es - 'wollte auf jede gute Manier von der liebenswürdigen Gräfin (nämlich der Gräfin Sophie von Hatzfeld.) loskommen und sicherlich wollte er gerade deshalb heiraten; als ihm jedoch der Heiratsversuch fehlschlug, provozierte er lieber den Tod, als länger in solcher Qual, die viel peiniger als eine Mißhe war, zu leben. Es gibt ein von Lassalles Hand geschriebenes Zettelchen, welches in guten Händen ist und einen in Staunen setzenden Aufschluß gibt'. Ich, der ich zwar niemals Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, aber mit Lassalle persönlich befreundet war, kenne dieses Zettelchen. Herr Becker wird hierdurch aufgefordert, dasselbe zu veröffentlichen, und ich werde dann einen Aufschluß darüber geben, der allerdings Staunen erregen soll, freilich nicht in dem Sinne des Herrn B. Becker, sondern in einem ganz entgegengesetzten, Staunen darüber, daß Lassalle sich dergestalt konnte täuschen lassen, eine solche Sorte von Menschen zu seinem Nachfolger zu empfehlen. Wie gelangte Herr Becker zu diesem Zettelchen? Er sagt es uns selbst. Er wollte ursprünglich eine Broschüre über das Leben Lassalles abfassen und die Frau Gräfin von Hatzfeld hatte ihm zu diesem Behuf die sämtlichen Briefe anvertraut. Sie forderte dieselben zurück. Und nun sagt Herr B. Becker: 'Ich schickte ihr die Briefe, die ich glücklicherweise gleich aus Vorsicht kopiert hatte, und sie übergibt dieselben eine Stunde darauf dem sie besuchenden Liebknecht'. 'Glücklicherweise', 'aus Vorsicht' hatte Herr B. Becker die ihm anvertrauten Briefe kopiert. Wer verfährt so! Die deutsche Sprache hat darauf nur eine Antwort. 'Ein Spitzel!!!' Ich kann nicht begreifen, wie die Hamburger Versammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins überhaupt die sogenannte Rede des Herrn B. Becker geduldig anhören konnte,

sehnsuchtsvollen Rückwärtsblick - das ist das Wesen des Utinam-ne-Wunsches und der darin ausgedrückten Gedanken - ergriffen werden soll.

Vergil hat die kurz angeschlagenen und auch die ausgeführten Motive der Tendenz der Rede entsprechend geordnet. Alles ist auf die Bitte, Aeneas möge doch bleiben, ausgerichtet, die in feierlichem Ton und mit dem Nachdruck einer beschwörenden Formel vorgebracht wird. Das Vorhaben des Aeneas wird als Treulosigkeit verurteilt, die Herzlosigkeit seines Beginnens hervorgehoben und mit dem Hinweis auf ihre Verdienste das Unrecht seines Scheidens gebrandmarkt. Auch die Erwähnung des unwirtlichen Wetters (309/10) dient dazu, das Unglückliche seines Planes aufzuzeigen. Aeneas soll bleiben ! Er soll bleiben, weil er es versprochen hat, weil es nach allem, was sie für ihn getan hat, grausam wäre, sie ins Verderben zu stürzen, ein Verderben, das nicht einmal durch die beglückende Gegenwart eines kleinen Sohnes gemildert wird.

Didos Bitte wird durch die Entgegnung ¹⁾ des Aeneas aufgefangen. Einzeln entkräftet er die Vorwürfe: Er wollte die Flucht nicht verbergen (337/8 *neque ego abscondere furto speravi fugam*: 305/6 *dissimulare sperasti*) und hat niemals den Vorwand der Hochzeit gebraucht (338/9 *nec coniugis umquam praetendi taedas aut haec in foedere veni*: 307 *data dextera* ²⁾). Ihre Verdienste gibt er gerne zu; er wird an sie denken, solange er lebt (332/6). Und ihrer Bitte würde er willfahren, "si fata paterentur" (340): Doch Apoll weist ihn nach Italien (345), Anchises mahnt ihn im Traum zum Scheiden (351) und zuletzt hat auch noch der Götterbote selbst den Befehl zum Aufbruch gebracht (356). Es hat keinen Sinn, sich mit Klagen das Herz unnötig schwer zu machen (360) !

1) Der Anfang "ego te" zeigt deutlich, daß es sich um eine solche handelt. Vgl. R.G. Austins Hinweis (S.106/7) auf Nägelsbach, Lat.Stil. S. 745.

2) Näheres über diese Wendung unten S. 125/6.

Nachdem nun Aeneas selbst die Absicht bestätigt hat, von der Dido lediglich gerüchtweise Kunde bekommen hatte, fährt die Unglückliche voll Zorn auf ihn los. Erbozt über die sichere Art, in der er von der göttlichen Sendung gesprochen hatte, ohne sich durch ihre Bitte in seinem Entschluß wankend machen zu lassen, wirft sie ihm Härte vor. Für seine gottgewollte Bestimmung hat sie keinen Sinn. Jetzt wird das Motiv der Grausamkeit, das in den Versen 308 (*crudeli*) und 311 (*crudelis*) erstmals aufgegriffen und in der ganzen Bitte als moralisches Druckmittel mit ausgespielt worden war, von Dido mit zorniger Schärfe, ohne Verstellung (368 *nam quid dissimulo*) vorgebracht, und es findet sich der oben (S. 39/4) ausführlich besprochene Vorwurf, er stamme nicht von einer Gottheit und habe nicht Dardanus zum Vater, sondern sei vom wilden Kaukasus gezeugt und von hyrkanischen Tigern genährt worden (365 ff.). Die Grausamkeit wird noch in weiteren Feststellungen herausgestellt. Sie zeigt sich darin, daß er über ihr Flehen nicht einmal seufzte (369 *num fletu ingemuit nostro*), seine Augen nicht zu Boden schlug (*num lumina flexit*), keine Tränen zeigte und die Geliebte nicht beklagte (370 *num lacrimas victus dedit aut miseratus amantem est*?). Dann aber kommt sie auf sein unbilliges Verhalten zu sprechen, auf das weder die mächtige Juno noch der saturnische Vater ruhig herabblicken könnten - die Nennung der beiden Gottheiten ist ein Hinweis auf seine Eidbrüchigkeit ¹⁾ -, und klagt: "*nusquam tuta fides*" (373), womit sie direkt zum Vorwurf der Treulosigkeit übergeht ²⁾. Sie führt ihn aber nicht aus, sondern schließt unvermittelt in einer schroffen Fügung die Aufzählung der Verdienste an: Nach dem Schiffbruch hat sie ihn in seiner Armut aufgenommen, hat ihm sogar Anteil an der Herrschaft gewährt und hat seine Flotte und die Gefährten gerettet. Was in diesen knappen und scheinbar so belanglosen Worten mitschwimmt, haben wir uns schon oben (S. 79)

1) Vgl. unten S. 133

2) Auch darüber ist ausführlicher unten auf S. 125/6 die Rede.

truppen, wenn sie auch zunächst den Namen Landwehrstamm-bataillone erhielten. So hatte sich die Zahl der Infanterie-Kader verdoppelt; die seit zehn Jahren verschiedentlich angeregte und für nötig befundene Umgestaltung der Armee war ohne viel Aufsehen eingeleitet worden. Da der Prinzregent aber unter keiner Bedingung von der dreijährigen Ausbildungszeit ablassen wollte, stiegen die Heereskosten mit der durch die Vermehrung der Formationsrahmen nötig gewordenen Neubesetzung von Offiziers- und Unteroffiziersstellen erheblich. Nach der von der Regierung am 10.2.1860 im Abgeordnetenhaus eingebrachten Wehrvorlage, welche die Dienstpflicht im Stehenden Heer auf insgesamt acht Jahre erweiterte und in den beiden Aufgebotsen der Landwehr auf neun Jahre verkürzte, die das Stehende Heer um 117 Bataillone Infanterie, 72 Schwadronen Kavallerie und den vierten Teil der Artillerie verstärkte - nach dieser Wehrvorlage erhöhte sich auch die jährliche Aushebungsquote von bisher etwa 40.000 auf 63.000 Rekruten. Die Mehrkosten berechnete die Regierung auf neun-einhalb Millionen Taler.

Das Abgeordnetenhaus überwies die Regierungsvorlage am 15.2. 1860 einer Kommission unter dem Vorsitz des Altliberalen Georg von Vincke. Die Kommission war mit einer dem wirklich allgemeinen Wehrdienst näherführenden vermehrten Aushebung einverstanden. Sie kritisierte an der Wehrvorlage aber die Zurückdrängung der Landwehr - deren 116 Bataillone künftig vor allem für den Festungsdienst im Kriege und erst in zweiter Linie als Ersatzheer für das Feld vorgesehen waren-, wandte sich gegen die dreijährige Ausbildungszeit und gegen die außerordentlich hohen Kosten. Wäre die Regierung auf eine zweijährige Dienstzeit eingegangen, dann hätte sie vermutlich aber trotz der liberalen Bedenken gegen die Ausschaltung der Landwehr für ihre Reorganisation im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit gewinnen können²⁶¹⁾. Eine zweijährige Ausbildungspräsenz hatte die preußische Armee von 1834 bis 1852; in den vier folgenden Jahren war sie auf

zweieinhalb Jahre ausgedehnt worden. Da eine weitere Verlängerung die Wählerschaft unmittelbar belastete, mußten die Abgeordneten sie vor allem zu verhindern suchen. In ihrem Entwurf eines Nachtragsetats für 1860 verringerte die Kommission durch verschiedene Abstriche die Heeres-Mehrkosten auf rund fünf Millionen Taler. Abweichend vom Dienstpflicht-Gesetz der Regierung, schlug die Kommission zwei Jahre Ausbildungspräsenz vor und wies dem ersten Landwehraufgebot die gleichen Aufgaben wie dem Stehenden Heer zu.

Da die Verhandlungen im Plenum der zweiten Kammer sich aber lange hinzogen und eine Annahme des Kommissions-Entwurfes zu erwarten war, zog die Regierung am 15.5.1860 ihren Gesetzentwurf zurück und bat "zur Aufrechterhaltung und Vervollständigung derjenigen Maßnahmen, welche für die Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit des Heeres" bis zum 1. Juli 1861 "erforderlich und auf den bisherigen gesetzlichen Grundlagen tunlich" seien, "außer den im gewöhnlichen Budget bewilligten Mitteln" neun Millionen Taler zu genehmigen²⁶²). Die Frage der Landwehr und der Dienstzeit wurde zwar nicht angeschnitten, und das Abgeordnetenhaus glaubte den Regierungsversprechungen - wie sie mehrfach etwa der Finanzminister Patow abgab - , daß mit der Annahme dieses Provisoriums ja die Wiederherstellung des alten Heereszustandes nicht unmöglich gemacht werde. Doch mit der Billigung der neuen, von der Regierung durchaus als organisatorisches Definitivum aufgefaßten Vorlage gaben die Abgeordneten schon alle Mittel aus der Hand, auf die Armeegestaltung einzuwirken²⁶³).

Daß der Wille des Volkes so nicht vollzogen war, äußerte sich, als für altliberale Abgeordnete bei Nachwahlen zwei achtundvierziger Demokraten in die Kammer geschickt wurden: am 28.12.1860 Waldeck aus Bielefeld und am 7.3.1861 Schulze-Delitzsch aus Berlin²⁶⁴). Daß die Wähler unzufrieden waren, zeigte sich noch deutlicher Ende 1861. Das Abgeordnetenhaus hatte zum zweitenmal der Regierung nachgegeben

und wieder die Heeres-Mehrkosten provisorisch im Extraordinarium bewilligt. Im neuen Wahlkampf trennte sich die "Deutsche Fortschrittspartei" von den Altliberalen; sie trat in ihrem Wahlauf Ruf für entschlosseneren nationalen Politik, für freiheitlichen Ausbau der Verfassung, für eine Kräftigung der Landwehr und zweijährige Dienstzeit ein. Die Fortschrittspartei erhielt bei den Wahlen am 6. Dezember 1861 die meisten Kammersitze (109)²⁶⁵).

Das Abgeordnetenhaus von 1862 gab den Heeresforderungen der Regierung nicht mehr nach. Es verlangte nach größerer Wirksamkeit seines Budgetrechtes und deshalb eine Vermehrung und deutlichere Sonderung der Etat-Titel. Die Fortschrittspartei wollte diese Etat-Spezialisierung nicht erst für 1863, sondern auch noch für 1862, wie es der Abgeordnete Hagen vorgeschlagen hatte. Das nahm der König zum Anlaß, die Kammer aufzulösen. Doch bei den Neuwahlen war trotz krasser konservativer Wahlbeeinflussung - z.B. durch Beamtenmaßregelung - im ganzen Land die "Wiederwahl der Abgeordneten, die für den Antrag Hagen gestimmt hatten", die Losung²⁶⁶). Die Fortschrittspartei erhielt diesmal 135 Sitze.

Die parlamentarische Auseinandersetzung um die Reorganisation der Armee führte zum Verfassungskonflikt. Die Kammer verlangte mit dem Recht der Budgetbewilligung grundsätzlich Einfluß auf die Gestaltung der Armee. Der König als oberster Befehlshaber bestritt dieses Recht und betrachtete sich für die Organisationsfragen als allein zuständig. Er drohte mehrfach mit seinem Rücktritt, als ihm vom Ministerium das Zugeständnis der zweijährigen Dienstzeit als letzter Ausweg zur Verständigung mit der Kammer vorgeschlagen wurde. Schließlich nahm der das Ministerium Hohenlohe-Ingelfingen führende Finanzminister August von der Heydt seinen Abschied, und im September 1862 wurde Bismarck zum Ministerpräsidenten berufen. Er regierte mit allen Mitteln des innenpolitischen Druckes ohne Budget weiter und konnte nach den Kriegserfolgen von 1864 und 1866 endlich die öffent-

liche Meinung für den Monarchen und die Regierung gewinnen. Im Sommer 1867 verlor mit der Annahme der Verfassung des Norddeutschen Bundes der Streit um die Heeresorganisation auch seine Bedeutung als innerpreußische Machtprobe zwischen Krone und Parlament. Die zweijährige Dienstzeit wurde 1892 schließlich eingeführt.

Wilhelm Rüstow war ein scharfer Gegner des Roonschen Reorganisationsplanes, welcher der Regierungsvorlage von 1860 zugrundelag. Er unterstützte die zu Kompromissen nicht so geneigte Linke des Abgeordnetenhauses, machte aber bei weitem radikalere Vorschläge, als sie in den Kammerverhandlungen überhaupt zur Sprache kamen. Umso schwieriger war dann seine Stellung nach den preußischen Siegen von Düppel und Königgrätz. Er versuchte erst noch den Beitrag der Reorganisation zu diesen Siegen abzustreiten, doch schließlich würdigte er ihn doch. In seinem Buch über den Krieg gegen Dänemark schrieb er 1864 spöttisch: "Die Häupter der Militärpartei in Preußen räsionierten ganz richtig: mit der tatsächlich bestehenden, wenn auch gesetzlich nicht bewilligten Militärorganisation schlagen wir die Dänen, wie wir es bei jeder andern Organisation auch machen würden ... Und nun sagen wir: seht! das sind die Erfolge unserer neuen Organisation! Ist sie nicht schön?" Und Rüstow bedauerte, daß "Schulze und Müller, Unruh und Virchow, Duncker und Bernstein ... also mitgejubelt" und "sich selbst höchst unbesonnene Bemerkungen entschlüpfen lassen" hätten. Er warnte, daß die "Probe der Reorganisation" erst komme "mit dem großen Krieg, wenn es für Preußen um Haut und Haar" gehe, wenn auch auf die "bei Seite geworfene Landwehr zurückgegriffen werden" müsse²⁶⁷). 1866 konnte Rüstow diesen Standpunkt schon nicht mehr fest behaupten. Zwar erklärte er wieder, daß nicht die Reorganisation den Sieg herbeigeführt habe²⁶⁸), doch er schrieb den Erfolg von Königgrätz nun schon dem preußischen Wehrsystem zu, in dem "die Absicht der reinen Militärpartei seit 1820 und in besonders prägnanter Weise seit 1860" zum Glück nicht ganz

hätte verwirklicht werden können, sodaß diese preußische Armee unverkennbar den "Charakter des Milizsystems" trage²⁶ und Volksgeist atme. 1876 erklärte Rüstow schließlich ganz ohne Einschränkung, daß mit der Berufung Bismarcks und dessen kraftvoller Politik "die Armee reform ihre Rechtfertigung" gewonnen habe!²⁷⁰⁾

In vier Schriften befaßte Rüstow sich mit dem preußischen Heereskonflikt. 1860 erschien "Die Wahrheit über den preußischen Wehrgesetz-Entwurf", 1862 "Das preußische Militärbudget für 1862. Ein Hilfsbüchlein für die preußischen Wahlversammlungen und das neue Abgeordnetenhaus" sowie "Die preußische Armee und die Junker", 1863 dann "Zur Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage". Die beiden letzten Broschüren waren Briefe an einen namentlich nicht genannten preußischen Abgeordneten. Daß dies nicht nur ein Stilmittel sein sollte, zeigt schon folgende Bemerkung am Schluß der Junker-Schrift: "Sie wollen meine Briefe drucken lassen, alter Freund! Immer drauf! Hoffentlich öffnen sie wieder einigen Leuten die Augen und zeigen, daß mit dem Scheinfortschritt der 'Anständigkeit' nichts gewonnen wird"²⁷¹⁾. Vermutlich handelt es sich bei dem preußischen Abgeordneten, den Rüstow am 12.5.1862 im ersten Brief der Broschüre als "Lieber alter Freund!" ansprach, um Dr. Otto Lüning. Denn in seiner am 10. Oktober 1874 abgeschlossenen Aufzeichnung "Zur Berichtigung über mich verbreiteter Lügen" nennt Rüstow den preußischen Landtagsabgeordneten Lüning einen seiner besten Freunde, "der gleichfalls, von den blödsinnigen preußischen Schergen und Denunzianten verfolgt, nach der Schweiz übersiedelt war"²⁷²⁾. Der Liberale Lüning war im Oktober 1862 mit dem achtundvierziger Demokraten Waldeck aufgetreten gegen das von Bismarck erklärte Notrecht, ohne Etat weiterregieren zu können. Er lehnte mit Waldeck u.a. auch in der von der Kammer eingesetzten Kommission den Regierungsentwurf von 1863 ab, während andere Abgeordnete der Opposition für eine Abänderung der Wehrvorlage eintraten. Lüning gehörte schließlich

zu den Abgeordneten, die 1865 ein Opfer von Bismarcks ungesetzlichen Verfolgungen wurden. Wie Frese und von der Leeden stellte man ihn unter Anklage der Aufreizung zu Haß und Verachtung und der Ministerbeleidigung²⁷³). All das scheint dafür zu sprechen, daß Rüstows Verbindungsmann zur Kammer dieser Lünig war. Eine andere Mittelsperson war im preußischen Heereskonflikt für ihn Lassalle, der in die Stenographischen Berichte der Kammer besorgte, auch den Verleger für Rüstows "Militärbudget" fand und dieses Manuskript noch entschärfte, womit Rüstow freilich nicht ganz einverstanden war²⁷⁴).

"Die Wahrheit über den preußischen Wehrgesetz-Entwurf" sollte den "demokratischen Phrasen der Motive zum Gesetzentwurf" entgegentreten²⁷⁵). Rüstow richtete an die Kammer die dringende Mahnung, die Regierungsvorlage abzulehnen. Als Hauptargument gegen die geplante Vermehrung des Stehenden Heeres nannte er 1860 die hohen Kosten, die den Volkswohlstand schädigten. Er forderte Herabsetzung der Dienstzeit auf drei Monate und dafür vormilitärische Ausbildung, vor allem körperliche Ertüchtigung der Schuljugend; ferner weitgehende Ersetzung der Berufsoffiziere durch beurlaubte. "Der wahre Grund für die dreijährige Dienstzeit bei der Fahne", schrieb Rüstow, "ist die Absicht, das Heer dem Volke zu entfremden, eben ein Heer zu haben, welches zu allem Möglichen brauchbar ist - für die Regierung. Neben der Absicht, ein zu Demonstrationen und gegen das Volk brauchbares Heer zu erhalten, kann nur noch die mitspielen, dem Offizierkorps und insbesondere dessen begünstigten Teilen ohne Blutvergießen Avancement zu verschaffen"²⁷⁶).

Auch in seiner am 17.4.1862 erschienenen Schrift über das Militärbudget meinte Rüstow, daß "diese neue Militärorganisation" nur die Politik stützen solle, die "im Innern gegen das eigene Volk anmaßend, nach außen kleinlaut" aufträte und unfähig sei, "irgendeinen großen Gedanken für Preußens und für Deutschlands Ehre zu fassen und durchzuführen"²⁷⁷). Mit scharfen Worten rügte er die Abgeordneten, die das neue

Militär-gesetz anzunehmen bereit waren, falls das Herrenhaus sich zum Ausgleich der Grundsteuer und zur Anerkennung der Zivil-Eheschließung bereit gefunden hätte. "Nur eine unglaubliche Dummheit oder eine unglaubliche Böswilligkeit" könne "zu der Meinung führen, daß eine Volkskammer aus einem Gesetze, welches sie im Herzen für verderblich" erkenne und erkennen müsse, "einen Gegenstand des Schachers machen dürfe"²⁷⁸). Rüstow **spottete, daß** viele Mitglieder des Abgeordnetenhauses "von einem allerdings ungerechtfertigten und blinden, doch nichtsdestoweniger großem Vertrauen auf die Neue Ära erfüllt" gewesen seien, einem Vertrauen, das jedem Unbefangenen "unglaublich" erscheinen müsse, wenn er etwa den jetzt erschienenen dritten und vierten Band der Tagebücher Varnhagens von Ense gelesen habe²⁷⁹). Die provisorische Bewilligung der Heeres-Mehrkosten sah Rüstow als großen Fehler an: "Wir müssen wiederholt darauf aufmerksam machen, welche aller Vernunft widersprechende ... Behauptung es sei, wenn man der Krone oder der Regierung das/^{Recht} vindicieren will, durch einen Federstrich den Friedensstand des Heeres um 100 000 Mann zu vermehren, ohne die Volksvertretung zu fragen, und wenn man dann nachher der Volksvertretung das Budget vorlegen will. Entweder - oder! Entweder hat die Regierung die Exekutive, jenes Recht, - dann, da jene 100 000 Mann doch unterhalten werden müssen, kann vernünftigerweise die Volksvertretung gar nichts anderes tun, als die Mehrkosten bewilligen; das heißt aber nichts anderes, als das Steuerbewilligungsrecht der gesetzgebenden Kammer existiert nicht. Oder dieses Recht existiert allerdings, dann muß die Kammer auch notwendig prüfen, wofür neue Ausgaben gemacht werden, ob diese notwendig sind, ob sie nicht durch andere Maßregeln vermieden werden können, dann muß ihr ein detaillierter Organisationsplan vorgelegt werden, dann muß sie auch in dieser Sache dem ihr von der Exekutive vorgelegten Plan einen anderen gegenüberstellen können"²⁸⁰).

Lobend stellte Rüstow fest, daß "genug einsichtige Abgeordnete" in der im Dezember 1861 gewählten Kammer saßen,

die "eine Spezialisierung des Budgets" verlangten, "damit man auf den Kern der Dinge kommen und wirklich in die Diskussion eintreten könnte". Er wollte nun "die Arbeit verrichten, welche das aufgelöste Abgeordnetenhaus zu tun gehabt hätte", nämlich das Militärbudget für 1862 kritisch zu untersuchen. Das sollte zugleich "eine Rechtfertigung des aufgelösten Abgeordnetenhauses" werden und die künftige Kammer bestärken, daß sie wieder "genauere Rechenschaft verlangen" müsse²⁸¹⁾. Rüstows Untersuchung der einzelnen Titel des von der Regierung vorgelegten Heeres-Etats für 1862 wollen wir nicht folgen. Wesentlich ist, daß er die Kosten mehrfach mit einem billigeren Milizsystem vergleicht. Ungenau war Rüstows Rechnung insofern, als er die im Etat von 1862 vorgesehenen insgesamt 42 628 647 Taler Militärkosten den 92 1/2 Millionen preußischer Einnahme aus dem Jahre 1859 gegenüberstellte und so folgerte, "daß Preußen für seine Streitmacht 46 Prozent der reinen Einnahme" ausgeben, während Frankreich nur 36 1/2 Prozent dafür aufwende, was einen wohl besonders "schmerzlich" berühre, "wenn man die Machtstellung Frankreichs mit der traurigen Stellung Preußens" vergleiche. Bei diesen Zahlen müsse man doch inne werden, "daß ein ganzes großes Deutschland, ein einiges Reich bei einem viel geringern Militärbudget im Verhältnis zu seinen Einnahmen eine hundertmal andere Machtstellung haben könnte und würde, als Preußen sie heute" einnehme²⁸²⁾. Die preußische Regierung setzte im Heeresetat 1862 aber nicht, wie Rüstow errechnete, 46 Prozent der Gesamteinnahmen für die Militärkosten an, denn die Einnahmen waren jetzt schon auf 135 864 676 Taler beziffert!²⁸³⁾

In der Budget-Schrift von 1862 trug Rüstow auch seine radikalen Miliz-Pläne wieder vor. Die "gänzliche Reorganisation des preußischen Offizierkorps" nannte er "wichtiger als alles andere". Zu erreichen sei sie aber nur "mit der Einführung eines guten Milizsystems in Preußen statt der jetzigen veralteten Einrichtung". Der Miliz-Vorkämpfer berief sich auf die "Interessen der Menschheit" und erklärte, daß

er für die "Wahrheit" eintrete, ganz gleich ob sie "augenblicklich durchdringe", und wenn er nicht selbst siege, werde er Nachfolger haben, die sein Ziel dann erreichen könnten. Rüstow forderte: "Der Stand der Berufsoffiziere in Preußen muß auf ein Minimum hinabgedrückt werden! Dies ist eine Maßregel, welche nicht bloß vom finanziellen Standpunkte aus geboten ist, welche auch durchgeführt werden muß, damit Preußen ernstlich zur Freiheit gelangen könne". Über die Heranziehung der neuen Reserveoffiziere schrieb er: "Wenn auf allen unseren Gelehrtenschulen unter Beschränkung des sonstigen theoretischen Unterrichts (sic) auf das vernünftige Maß von drei bis höchsten vier Stunden täglich die jungen Leute vom zehnten bis 20. Lebensjahre etwa wöchentlich nur sechs Stunden theoretischen Unterricht in den mit dem Staatsleben so innig verbundenen militärischen Wissenschaften und zwölf Stunden Unterricht im Turnen und dem damit verknüpften Exerzieren erhielten, so würden sie mehr Zeug zu tüchtigen Offizieren haben, als jetzt neun Zehnteile unserer Berufsoffiziere haben; wenn die Mehrzahl unserer Offiziere aus beurlaubten, in bürgerlichen Stellungen befindlichen Männern bestände, die nicht alle Monate - ohne irgend etwas wahrhaft Nützliches zu tun - bloß ihren Gehalt zu erheben hätten, sondern die den Kampf des Lebens Tag für Tag durchmachen müßten, so würden wir der Masse nach viel bessere Offiziere haben als heute, viel mehr Offiziere, die wirkliche Achtung bei ihren Leuten genossen. Es gibt in der Tat nichts, was für den Krieg untüchtiger macht als ein fortgesetztes Beamtenleben in sogenannter fester Anstellung. Und ein solches Beamtenleben führen wesentlich die preußischen Offiziere"²⁸⁴).

Die "beträchtliche Vermehrung der Berufsoffiziere mit fester Anstellung" bezeichnete Rüstow als "freiheitsfeindliche Maßregel", er nannte sie "die Verstärkung eines von der Regierung durchaus abhängigen Beamtenheeres, die Verstärkung einer Art von Krongarde, die man, obgleich aus dem eignen Lande entnommen, doch mit nichts so nahe vergleichen" könn

wie "mit den Fremdenregimentern, die sich verschiedene Höfe lange zum Schutz gegen ihre eigenen Völker hielten"²⁸⁵⁾.

Konkrete Vorschläge für eine neue milizartige Wehrorganisation machte Rüstow in seiner "Novelle zum Gesetze vom 3. September 1814", dem preußischen Gesetz über die Wehrdienstpflicht. Diese Novelle sollte das Abgeordnetenhaus sich aneignen und der Regierungs-Novelle gegenüberstellen. Rüstows § 1 lautet: "Die Wehrpflicht ist allgemein. Die preußische Armee besteht aus der Landwehr ersten und zweiten Aufgebots. Zum Dienst in der Landwehr ersten Aufgebots sind alle wehrfähigen, felddtüchtigen Preußen vom 20. bis 30. Lebensjahre verpflichtet; zum Dienst in der Landwehr zweiten Aufgebots sind alle wehrfähigen, felddtüchtigen Preußen vom 30. bis zum 36. Lebensjahre und alle diejenigen der jüngeren Jahresklassen verpflichtet, welche nicht für den Felddienst in der Landwehr ersten Aufgebotes für tüchtig erkannt wurden". Im § 2 wird "die Regierung ermächtigt", zur "notwendigen Unterhaltung der Festungen, militärischen Etablissements und zur Bestellung der Kader ... 14 000 Mann aus freiwilligen auf beliebige Kapitulation geworbenen Leuten in beständigem Dienst zu halten". § 3 setzt für die Rekruten drei Monate Ausbildungspräsenz "in Schulbataillonen" fest und bestimmt für jedes Jahr die Versammlung des dritten Teiles "sämtlicher Brigaden des ersten Aufgebots mit Bataillonen von 600 Mann auf vier Wochen zu größeren Kriegsübungen", ferner monatliche Schießübungen in den Gemeinden und Kreisen. § 4 regelt die auf den Schulunterricht gestützte vormilitärische Ausbildung. § 6 verlangt vom Ministerium "binnen vier Wochen" die Vorlage der speziellen Reorganisationspläne.

Angefügt hat Rüstow dem noch "Übergangsbestimmungen". Hier heißt es in § 2, die "überflüssig werdenden Berufsoffiziere" seien "mit möglichster Rücksicht auf Billigkeit" zu entlassen. Die über 45 Jahre alten können "auf ihr Verlangen" ausscheiden und "erhalten die ihnen nach Alter und Grad zustehende Pension". Die noch nicht 45 Jahre alten Offi-

ziere werden beurlaubt mit Anspruch auf zwei Drittel ihres bisherigen Gehaltes, wenn sie 25 Dienstjahre haben, auf die Hälfte, wenn sie 15 bis 25 Jahre Dienstzeit haben. Nach zehn- bis 15jähriger Dienstzeit erhalten sie eine "Abfindungssumme" in Höhe eines fünfjährigen Gehaltes, nach zweijähriger Dienstzeit noch in Höhe eines zweijährigen Gehaltes. "Die geeigneten entlassenen Offiziere haben vorzugsweise Berechtigung zur Anstellung als Turnlehrer und Exerzierlehrer bei den verschiedenen Schulen und Lehranstalten"²⁸⁶).

Auffallend ist, wie bedenkenlos Rüstow in seinem Milizplan die Jugenderziehung und den Schulunterricht nach militärischer Zweckmäßigkeit regelt. Die Gefahr einer auf diese Weise angelegten verderblichen Militarisation des Volkes, des ganzen Denkens ist ihm nie bewußt geworden; es galt eben solche Pflege allgemeiner Streitbarkeit während der Epoche ins Kraut schießender Nationalitäten nicht als verworfen. Die "Verringerung des Personals der Zivillehrer an den höheren Schulen, welche mit der Verringerung der Zahl der täglichen theoretischen Schulstunden auf das Minimum zulässig" werde, schien dem gegen den preußischen "Militärstaat" und dessen Offizierkorps auftretenden Demokraten Rüstow mit dem zunehmenden Sinken der allgemeinen Pensionen last des Staates ein schätzenswerter Ausgleich für die in der Übergangszeit noch hohen Militärkosten. Die finanzielle Seite seiner militärischen Neuorganisation beurteilte Rüstow gewiß auch zu optimistisch. Er meinte, schon in den ersten Jahren werde das Milizsystem "trotz aller Nebenausgaben in der Übergangszeit" um etwa die Hälfte billiger kommen als die jetzt bestehende Armee, und in zehn bis 15 Jahren werde es nur noch ein Viertel oder Fünftel der gegenwärtigen Kosten verursachen.

Am Schluß seiner Budget-Schrift von 1862 mahnte Rüstow die Abgeordneten noch einmal eindringlich, die Roonsche Organisation, "dieses unglückselige Produkt", immer wieder zu verwerfen. So blieben sie, wenn die Regierung das Wehrge-

gegen den Willen des Volkes doch durchsetze, schuldlos "an dem Unglücke", welches über Preußen komme; und in dem Unglück werde "sich dann wohl eine Partei der Erhebung bilden, welche wie schon einmal verlorne Güter, Ehre und Selbständigkeit" zurückerobere, "aber dann diesmal für das Volk, nicht wieder für verblendete und verstockte Volksverderber". Mit solchen neuen Revolutionsparolen blieb Rüstow nun allerdings im seichten Gewässer der Journaille-Demagogie, und wenig Überzeugungskraft hatte es auch, wenn er am Schluß seiner Broschüre folgendermaßen zur Annahme seiner Novelle ermunterte: "Dafür, daß die Franzosen grade zwischen diese neue Reform hineinfahren würden, ist keine Sorge. Denn würde diese Reform auch im Juli beschlossen und durchgesetzt, mit den Vorarbeiten zur Einführung würden immer noch drei Monate vergehen, und die Einführung selbst fiel dann in den Winter. Kommen also die Franzosen schon in wenigen Monaten, nun so finden sie eben das alte Heerwesen oder vielmehr das moderne Roonsche und vielleicht zerschlagen sie es dann so gründlich in Stücke, daß der Neubau auf der Tabula rasa desto bequemer (sic!) vonstatten geht. Also frisch ans Werk ohne Rücksicht auf die guten Lehren, die ohne Zweifel der Kriegsminister vorbringen wird, um dem Abgeordnetenhanse seine Organisation im rosigen Lichte zu zeigen"²⁸⁷⁾.

Die Schrift über das Militärbudget oder die ebenfalls noch 1862 erschienene über die Junker hat Bismarck offenbar konfiszieren lassen. Darauf deutet eine Bemerkung Rüstows in der 1863 veröffentlichten "Warnung vor den Kompensationen" hin, wo es heißt: "Wenn dann Herr von Bismarck es nicht für nötig hält, das Büchlein wieder konfiszieren zu lassen ..." ²⁸⁸⁾ Beschlagnahme wurde jedenfalls auch die "Warnung" von 1863 ²⁸⁹⁾ Von dem ihm befreundeten preußischen Abgeordneten erfuhr Rüstow, daß der Kriegsminister Roon sich über seine Novelle von 1862 "amüsiert" habe ²⁹⁰⁾.

In der Broschüre "Die preußische Armee und die Junker", zu der ihn Lassalle noch am 14.10.1862 ermuntert und für die

er ihm die stenographischen Kammerberichte geschickt hatte²⁹¹⁾, ging Rüstow auf organisatorische Details des bestehenden oder seines eigenen Wehrsystems nicht ein, sondern betonte nur die Schädlichkeit der Stehenden Heere und der Roonschen Organisation, nannte wieder die "Reform des Offizierstandes" "notwendiger als die Herabsetzung der Präsenzzeit", griff das Offizierkorps als "Versorgungsanstalt" des Adels an²⁹²⁾. In der Junker-Schrift berichtet Rüstow auch, daß "man" ihm auf seine Novelle folgendes geschrieben habe: "Wenn Sie glauben, daß Ihre Milizideen in Preußen schon Grund und Boden haben, so befürchten Sie sich in einem gewaltigen Irrtum. Sie könnten es daher wohl unterlassen, diese Dinge vorzutragen, mit denen Sie ja doch nichts nützen. Den Abgeordneten wäre es jedenfalls viel lieber, wenn Sie ihnen eine Anweisung gäben, unter Beibehaltung des Systems im allgemeinen, nur etwa mit Einführung der zweijährigen Dienstzeit, die alles in Preußen befriedigen würde, einzelne Ersparnisse zu beantragen". Rüstow antwortete auf "diese unendlich logischen Zurechtweisungen": "Wenn in Preußen 'meine Milizideen' schon Grund und Boden hätten, so wäre es gar nicht notwendig, daß ich immer wieder und bei jeder Gelegenheit auf sie zurückkäme. Mein Amt ist es nicht, der Torheit zu schmeicheln und ihr Rechenknechte auszuarbeiten, sondern vielmehr ist es mein Amt, die Torheit aus dem Fundament zu enthüllen. Wiederholt habe ich es in meiner Budgetbrochure selbst ausgesprochen, daß ich mich auf Kleinigkeiten, Krämereien durchaus nicht einlassen will. Wenn euch dort drüben unter Manteuffelscher und neu äranischer ... Erziehung schon der einfachste Menschenverstand, die einfache Logik abhanden gekommen ist, so wird man freilich einen schweren Stand mit euch haben; indessen trotzdem bleibe ich unwandelbar bei meiner Überzeugung von einer göttlichen Weltordnung, derjenigen nämlich, daß dasjenige, was im gegenwärtigen Jahrhundert nur das Eigentum weniger Erleuchter ist, im nächsten geistige und materielle Errungenschaften aller Menschen sein wird"²⁹³⁾.

Auch in der Schrift "Zur Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage" wandte Rüstow sich noch gegen das Stehende Heer, trat für ein gründlich organisiertes Milizsystem ein und hielt bei entsprechender vormilitärischer Ausbildung der Jugend eine dreimonatige Dienstzeit für ausreichend.

Doch diese Forderungen meinte er wohl mehr seinem Ruf schuldig zu sein, und schwerlich hat er sich noch ihre praktische Verwirklichung erhofft. Rüstow versuchte jetzt doch den Abgeordneten "eine Anweisung" zu geben "unter Beibehaltung des Systems im allgemeinen" - wie man in dem Brief an ihn verlangt hatte. Entschieden warnte er sie aber, auf die von Roon am 17.9.1862 angedeuteten "Kompensationen" einzugehen, wobei er dieser Frage allerdings zu viel Bedeutung zumaß. Denn der Kriegsminister hatte nicht den ausdrücklichen Auftrag des Ministeriums, als er erklärte, die Regierung werde auf den von Stavenhagen, Twesten und Sybel eingebrachten vermittelnden Antrag eingehen. Dieser Antrag empfahl, die etwas verringerten Kosten der neuen Heeresorganisation für 1862 als "Extraordinarium zur provisorischen Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Armeeorganisation" zu genehmigen, den Voranschlag für 1863 aber zurückzustellen, bis im kommenden Winter die gesetzliche zweijährige Dienstzeit vereinbart sei²⁹⁴). Roon erklärte zwar, an eine gesetzliche Verkürzung der Dienstzeit könne nicht gedacht werden, aber eine faktische werde die Regierung gegen entsprechende "Kompensationen" vielleicht zugestehen. Und die meisten seiner Ministerkollegen, auch August von der Heydt, waren einer Kompromißlösung mit verkürzter Dienstzeit ebenfalls geneigt. Doch der König lehnte im Ministerrat noch am 17. September entschieden dieses Zugeständnis ab. Und so mußte Roon einen Tag später in der Kammer alles widerrufen und erklären, daß der Antrag von Stavenhagen, Twesten und Sybel für 1863 unannehmbar und auch eine nur faktische Abkürzung der Dienstzeit auf zwei Jahre nicht durchführbar sei²⁹⁵). Rüstow war entschieden gegen einen "sol-

chen Handel, der einem Pferdejuden an der Stelle des Herrn von Roon die höchste Ehre machen würde". Das nicht gesetzlich gesicherte Zugeständnis eventuell verkürzter Dienstzeit schien ihm in keiner Weise die von Roon geforderten Kompensationen wert. Denn der Kriegsminister wolle sich dafür, "daß er provisorisch die zweijährige Ausbildungspräsenz" zulasse, durch die erhöhte Löhnung für Kapitulant und Unteroffiziere "ein starkes Korps untergeordneter, teuer bezahlter, ganz von seinem Wink abhängiger Troupiers anschaffen"²⁹⁶).

Die Kompromißwilligkeit der Abgeordneten fürchtete Rüstow auch in der Frage der Indemnitätserklärung, die das verfassungswidrige Handeln der Regierung - die Ausgabe unbewilligter vermehrter Heereskosten - nachträglich sanktionieren sollte. Er hielt diese formelle Regelung zwar durchaus für nötig, warnte aber vor der "Gefahr für die nächste Session", die darin bestehe, daß "die Staatsregierung den formellen mit dem sachlichen Teil der Frage durcheinandermengen" werde, und daß "das Abgeordnetenhaus nicht ungeneigt sein dürfte, diese Vermengung zu akzeptieren". Deshalb verlangte Rüstow, daß die Regierung nicht nur eine Indemnitätserklärung fordere, sondern auch "ein Organisationsgesetz vorlege"²⁹⁷).

An dem bestehenden Roonschen Wehrsystem setzte Rüstow an, daß es "unzweifelhaft" den Sinn habe, "eine größere, absolut und faktisch durchaus zur Disposition der Regierung - auch gegen das eigene Volk - stehende Streitmacht" zu liefern. Das Volk mache "sich zu der verworfensten aller Kreaturen, wenn es auch nur einen Silbergroschen dafür" ausbebe, "sich lediglich eine Rute, mit der es geißelt und verunehrt werden soll, anzuschaffen". Daß die Kammer mit ihrem Recht der Budgetbewilligung sehr wohl die Möglichkeit und die Pflicht habe, auch über die militärische Formation mitzusprechen, unterstrich Rüstow nachdrücklich. Denn wenn die Zahl der Wehrpflichtigen gleich bleibe, die der mit ihnen formierten Bataillone

aber wesentlich steige, so erhöhten sich natürlich auch die Kosten für das Offizierkorps. "Ganz abgesehen von dem finanziellen Standpunkt", sei es aber "auch nicht gleichgültig, ob eine Regierung, der das Volk nicht" traue, "sich dem Volk gegenüber nur 5000, oder ob sie sich 20 000 ihr durchaus ergebene, von ihr ganz abhängige Satelliten" schaffe²⁹⁸). Trotz dieser scharfen Angriffe blieb Rüstow mit seinem praktischen Organisationsvorschlag von 1863 aber im Unterschied zu seinen alten radikalen Milizforderungen ganz auf dem Boden des vorhandenen preußischen Wehrsystems. Das Stehende Heer wurde nicht ausgeschaltet, die vorgesehene zweijährige Dienstzeit sollte allerdings nach Möglichkeit noch weiter verkürzt werden, die verstärkte Landwehr rückte wieder neben die Linie auf, und neben die Berufsoffiziere sollten mehr beurlaubte treten. Rüstows Plan sieht nach den zwei Jahren Ausbildungszeit noch drei Jahre Reserve-Zugehörigkeit, also insgesamt statt sieben nur fünf Jahre Linien-Dienst vor. "Die Landwehr ersten Aufgebotes bildet eine Reserve des Linienheeres", in ihr wird vom 25. bis zum 31. Lebensjahr gedient, im zweiten Aufgebot bis zum vollendeten 36. Lebensjahr. Das erste Aufgebot bildet die gleiche Zahl Infanterie-Bataillone wie die Linie. Da in ihren älteren Jahrgängen "ein immer größerer Abgang durch Tod, wegen Unabkömmlichkeit etc. eintritt", ist es nötig, die Dienstpflicht auf sechs Jahre festzusetzen und die Bataillone nur 800 Mann stark zu machen. Die Zahl der bestehenden Linien-Bataillone ist am einfachsten zu verringern, indem "unter Aufhebung des unnützen Regimentsverbandes" je zwei Regimenter der gegenwärtigen Formation in eine Brigade zusammengezogen und aus den sechs jetzigen vier neue "unmittelbar unter dem Brigadekommando stehende Bataillone" gebildet werden, jedes von 510 Mann Stärke. Bei zweijähriger Dienstzeit unter der Fahne und dreijähriger Reservezeit würde dann ein solches Bataillon einen "Gesamtvorrat" von 1275 Ausgebildeten haben und bei der Mobilmachung etwa 300 wegen Krankheit oder Unabkömmlichkeit "zu Hause lassen" können.'

"Es wird mit allen Kräften darauf hingearbeitet, die Zahl der Berufsoffiziere im Linienheer auf ein Minimum zu reduzieren und zwar hauptsächlich durch Heranbildung von tüchtigen beurlaubten Offizieren, indem an den höheren bürgerlichen **Lehranstalten** neben dem durch Wehrübungen gekrönten Turnen auch ein zweckmäßig bemessener militärwissenschaftlicher Unterricht eingeführt wird, für welche ein Teil der bedeutenden Ersparnisse am Etat für das Linienheer dem Etat für das Unterrichtswesen zugewiesen wird; indem ferner den beurlaubten Offizieren ebenso wie den im beständigen Dienst befindlichen Berufsoffizieren zu den höchsten Stellen der militärischen Hierarchie unter gewissen gesetzlich festzustellenden Modifikationen Avancement eröffnet wird". Um "auch tüchtige Berufsunteroffiziere zu gewinnen, wird festgestellt, daß der dritte Teil aller erledigten Subalternoffizierstellen mit Unteroffizieren, die mindestens sechs Jahre als Soldaten und Unteroffiziere gedient haben, auf Grund eines bloßen Dienstexamens (im Gegensatz zu einem wissenschaftlichen) besetzt werden muß".

Rüstow war überzeugt, daß es, "solange eine Radikalreform noch nicht angestrebt" werde, "ein einfacheres Mittel" nicht gebe, "um alle Interessen auszugleichen". Er meinte, "nicht einmal von einem beschränkt militärischen - höchstens von dem junkerlichen Standpunkt aus" werde "man es leugnen können, daß die preußische Armee auf dieser Basis eine quantitativ wie qualitativ größere Stärke" erhalte als vor 1859 und auch nach der Roonschen Organisation, und zwar "mit nicht mehr - möglicherweise (sic!) mit etwas weniger Kosten als vor 1860 oder 1859". Diese Regelung trage aber auch "die Keime eines gesunden und zeitgemäßen Fortschritts in der Heeresorganisation" in sich. "Sollte die Staatsregierung auf eine vernünftige Vermittlung ... auf dieser Grundlage hartnäckig nicht eingehen wollen", so bleibe "natürlich dem Volke und seinem Abgeordnetenhaus nichts anderes bis auf weiteres übrig, als einfach und beharrlich alle Gelder zu versagen, die zur Aufrechterhaltung

der ungesetzlichen Roonschen Organisation notwendig" seien²⁹⁹⁾.

Vermutlich haben einige Abgeordnete Rüstows noch im März 1863 beschlagnahmte Schrift gelesen. Viel eigneten sie sich nicht daraus an. Eine Übereinstimmung mit Rüstow zeigt zum Teil ein im März 1863 von der Abgeordnetenkommission verfaßter Entwurf zur Neuregelung der Dienstzeit. Am 10.2. 1863 hatte auch Roon einen Regierungsentwurf zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom 3.9.1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienst vorgelegt. Danach sollten von den sieben Dienstjahren im Stehenden Heer drei unter der Fahne, von den neun Jahren in der Landwehr vier im ersten Aufgebot verbracht werden. Der dieser Regierungsvorlage gegenübergestellte Entwurf der Abgeordneten-Kommission sah wie der Vorschlag Rüstows bei fünfjähriger Linien-Dienstpflicht für die Infanterie zwei Jahre unter der Fahne vor, ebenso sechs Jahre Dienst im ersten Landwehr-Aufgebot, allerdings nicht wie Rüstow fünf, sondern nur vier Jahre im zweiten Aufgebot. Die Kommission empfahl der Kammer u.a. auch, die Beförderung von Unteroffizieren zu Offizieren gesetzlich zu regeln. Doch ist nicht einmal bei diesen Vorschlägen zu sagen, ob sie auf Rüstows Anregungen zurückgingen oder unabhängig von ihnen gemacht wurden³⁰⁰⁾.

So hatte Rüstow sein Pulver auch im preußischen Heereskonflikt umsonst verschossen. Wesentlich ist, daß er im Verlauf der Auseinandersetzungen schon 1863 von der reinen Miliz abließ und ein Kadersystem vertrat. Nach den Siegen von 1866 und 1870 sah er sich schließlich sogar genötigt, dem lange Zeit so heftig angegriffenen preußischen System unverkennbare Miliz-Eigenschaften zuzusprechen.



Verzweiflung am Lebensende

In den letzten 15 Lebensjahren häuften sich für Wilhelm Rüstow die Enttäuschungen so sehr, daß der einsame, verzweifelte Mann schließlich 1878 Selbstmord verübte. 1863 starb seine Mutter, die er seit der Flucht nicht wieder-gesehen hatte. Im Krieg von 1866 fielen seine beiden Brüder. Alexander Rüstow erlag am 30. Juli im Lazarett von Horzitz einer am 3. Juli bei Königgrätz erlittenen Verwundung. Cäsar Rüstow fiel am 4. Juli in der Schlacht bei Dermbach. Der 1824 geborene Alexander war 1842 bei der preußischen Artillerie eingetreten, 1849 in schles-wig-holsteinische Dienste gewechselt und 1852 wieder zur preußischen Armee gegangen. Als Anerkennung für seine Verdienste an der Kriegsakademie erhielt er vom König einen Ehrensäbel zum Geschenk. 1860 war Alexander Rüstow Hauptmann im 8. Artillerieregiment; den Krieg von 1866 machte er als Major und Kommandeur der ersten Fußabtei-lung des Brandenburgischen Feldartillerieregiments Nr.3 mit. 1849 hatte er in Berlin ein Buch "Der Küstenkrieg" veröffentlicht. Sein 1826 geborener Bruder Cäsar war im preußischen Kadettenkorps aufgewachsen und 1843 Leutnant bei der Infanterie geworden. Er erhielt dann ein Kommando im Lehrbataillon und schließlich in der militärischen Kommission an der Gewehrfabrik Suhl. Dort heiratete er 1851 die Tochter des Waffenfabrikanten Spangenberg, die 1859 starb. Von seinen drei Kindern kam der Älteste wie-der zum Kadettenkorps in Potsdam. Der unverheiratete Alexander Rüstow hatte ebenfalls zwei Kinder. Cäsar ver-öffentlichte 1852 in Erfurt einen "Leitfaden durch die Waffenlehre" und 1855 in Berlin "Das Miniégewehr und sei-ne Bedeutung für den Kriegsgebrauch". 1857 erschien in Ber-lin der erste Teil seines nicht abgeschlossenen Werkes "Die Kriegshandfeuerwaffen". 1860 war Cäsar Rüstow Haupt-mann im 32. Infanterieregiment und Lehrer für Taktik an

der Kriegsschule in Erfurt. Vor dem Krieg von 1866 gehörte er noch dem Generalstab beim 1. Armeeekorps an. 1866 führte er ein Bataillon im 15. Infanterieregiment.³⁰¹

Wilhelm Rüstow stand bis zuletzt mit seinen Brüdern in Verbindung, ohne daß diese sich durch ihre Stellung als preußische Offiziere zu einem Bruch mit dem "Revolutionär" veranlaßt sahen. Zur Taufe von Rüstows dritter Tochter Johanna Josephina kamen Alexander und Cäsar am 25.5.1861 in die Schweiz. Auch Georg Herwegh nahm an der Familienfeier teil. Am 14.8.1866 schrieb Wilhelm Rüstow diesem: "Ich erinnere Sie ausdrücklich an diesen Abend. Denn Sie wenigstens konnten an demselben am deutlichsten erkennen, wie innig wir drei Brüder zusammenhingen trotz oder wegen der Differenzen in politischen und sozialen Dingen. Es hat niemals drei Brüder auf der Welt gegeben, die inniger miteinander verbunden waren, und - auch das wissen Sie - ich war der glücklichste Vermittler zwischen den beiden entgegengesetzten Charakteren Alexanders und Cäsars". Wilhelm Rüstow sagte hier auch, daß er seinem Temperament nach mehr "Alexander zugeneigt, aber durch manche Erkenntnis in vielem Unglück zum Abwägen herabgestimmt" gewesen sei.³⁰² Über den leichtlebigen Cäsar urteilte er deshalb auch weniger streng als Alexander. 1871 schrieb Alexander an Wilhelm Rüstow einen Brief, der "zu 3/4 mit Klagen über den liederlichen angenehmen Schwerenöter Cäsar angefüllt" war, und in einem zehn Seiten langen Brief beschwerte sich die "Suhler Schwiegermutter" Cäsars, daß dieser sein Geld nicht für die Kinder, sondern an "liederliche Frauenzimmer" schicke.³⁰³

1874 teilte Wilhelm Rüstow, der sich anscheinend schon mit Selbstmordabsichten trug, Emma Herwegh mit: "Eine alte Zigeunerin hat uns drei Brüdern, als wir ganz kleine Jungen waren und Alexander und Cäsar scheußlich darüber lachten, einmal gesagt, keiner von uns würde eines natürlichen Todes sterben. Alexander und Cäsar sind tot und auf dem Schlachtfeld gefallen. Ich bin allein noch vorhanden; wie wird sich nun die Weissagung an mir erfüllen? Von Schlacht-

feldern sehe ich eigentlich in nächster Zeit nichts vor uns",³⁰⁴⁾

Nachdem die Freundschaft mit Lassalle und der Gräfin Hatzfeld so unglücklich geendet hatte, seine Brüder gefallen und in den siebziger Jahren auch noch einige seiner letzten Freunde gestorben waren, versank Wilhelm Rüstow immer mehr in trostlose Einsamkeit und Verbitterung. 1865 hatte ihn eine schwere Rippenfellentzündung niedergeworfen, und nun blieb der nervöse, fieberhaft schreibende Mann auch körperlich anfällig bis zu seinem Lebensende. Über ein Jahrzehnt lang schüttete er sein gequältes Herz in Briefen an Georg Herweghs Frau Emma aus, ohne freilich so den Frieden zu finden. Tiefe Resignation spricht aus diesen Klagen, im Kampf mit der Unbill des Lebens, mit Erfolglosigkeit und wirtschaftlicher Not wird die Kraft dieses leidenschaftlich-revolutionären Geistes immer schwächer: "Mir geht es miserabel" (17.1.1865), "Ich schinde mich seit langen Jahren und leiste einiges, was ein anderer gar nicht kann; dennoch könnte eines schönen Tages meine Arbeitskraft aufhören ... Ich habe niemand, der mir etwas abnimmt ... Wenn ich einen Menschen hätte ... mit dem ich nur ein vernünftiges Wort einmal reden könnte ... " (15.12.1866), "Ich bin auf dem Fund, seit drei vollen Wochen unfähig, aus dem Haus auch nur einen Schritt zu tun. Wird es noch einmal besser werden? Ein wenig Freude! eine kleine Satisfaktion für meine schwere Arbeit! nicht immer bloß Sorge, Ärger u.s.w." (16.5.1867), "ich bin sehr krank an Leib und Seele, zu allem Guten träge, abgespannt, mutlos" (31.8.1867), "Ich krepriere langsam. Das alte Fell meiner Rippen wurde durch eine Pferdekur vor der Entzündung - wieder auf unbestimmte Zeit bewahrt. Dagegen stellte sich dann ein ablösendes Übel ein, eine Nervosität ..., die mich mitunter tagelang an aller Arbeit hindert, unter den Schrecken, die für mich existieren, ... das Schrecklichste" (24.2.1868), "ich fahre fort, so langsam abzusterben. Mattigkeit bis zum Exzeß und dann wieder Kopfschmerzen" (7.3.1868), "Es liegen mir eine Masse Sorgen und Lasten auf dem Hals, die

ich schleppen muß, über die ich mich nicht einmal aussprechen kann, weil ich keinen Menschen um mich habe. Es ist ein schweres, hoffnungsloses Dasein. Wäre ich zehn Jahre jünger!" (9.1.1869) "Diese Weihnachten waren vielleicht die traurigsten, welche ich seit langen Jahren verbracht habe. Natürlich bezwang ich mich, um den Kindern die Freude nicht zu verderben. Allein ich sah doch wieder einmal recht deutlich, wie bei mir das allgemeine Leid absolut über das persönliche dominiert" (2.1.1872) , "Liebe Freundin, ich bin leider fortwährend auf dem Hund und muß dabei doch viel schaffen, was leider nicht gut zusammenstimmt ... Was ich in diesem Jahre überhaupt werde anfangen können, weiß ich noch nicht" (11.2.1873), "Was mich betrifft, so kann ich mein Ende mit mathematischer Sicherheit in spätestens sechs Jahren erwarten" (16.10.1874), "mit mir steht es sehr schlimm ..., und oft trotz allen Pflichten, die ich noch auf der Erde zu erfüllen habe, wünsche ich, es wäre vorbei und das große Nichts öffnete mir seinen freundlichen Schlund. Ich fange selbst an zu zweifeln, ob ich meinen Kindern eigentlich noch etwas nützen kann ... ich bin ganz außer Stande gewesen, mich um irgend etwas Vernünftiges zu bekümmern, und ich bin es noch ... Mir fehlt mehr als jemals Bewegung und irgendein Glück ... Die Kinder denken jetzt an den Christbaum; ich denke natürlich mit ihnen daran, aber dabei beschleicht mich der Gedanke nur zu häufig, ob sie mich das nächste Mal noch dabeifinden werden" (17. 12.74), "und die einzige Ausbeute, die wir aus dem Kampf des Lebens wegtragen, ist die Einsicht in das Nichts und herzliche Verachtung alles dessen, was uns erhaben schien und wünschenswert ... Wie leicht wird jedem dieses blödsinnige Ende, der gelebt hat! Nur die Esel wollen leben, ohne daß sie müssen" (7.4.1875), "Der Mensch sollte kein altes Scheusal werden! Wenn man mit spätestens 40 Jahren totgeschlagen würde, ohne Wanken, würde alles viel lustiger sein" (10.7.1875), "viel gearbeitet, krank, elend, nichts Erfreuliches zu schreiben ... ich begreife immer weniger, was alte Menschen eigentlich auf der Welt zu schaffen haben" (29.6.1876), "So lebt man, als ob man 1000 Jahre alt

werden könnte, und doch, dabei ist man darauf gefaßt, jede Stunde zu sterben. Ja, ich - je eher desto besser" (1.1.1877), "Der alte Esel hat seit dem 5. Februar eigentlich keinen Fuß aus dem Hause setzen dürfen; einmal hat er es dennoch gewagt, am Palmsonntag, Hanneli wurde konfirmiert und ich sollte dabei nicht fehlen. Der alte Esel von Schmerzen, die sich zeitweise wie eiserne Ringe um seinen Kopf und seine Brust legten, u.s.w. geplagt, hat sich dann oft im Bett aufhalten müssen" (25.5.1877), "Liebe Freundin, meine herzlichsten Glückwünsche zu Ihrem morgenden 16. (scherzhaft, A.d.V.) Geburtstag. Ich bringe dieselben diesmal mit doppelter Innigkeit, weil ich glaube, es wird doch endlich einmal mit mir altem abgebrauchten, unnützen Kerl ein Ende nehmen. ... Ja, liebe alte Pflanze, da ich Ihnen nichts Ekliges mitteilen will, so ist es besser, daß ich nichts mehr sage. Die jrrinen Böme sind wieder da, was jehn sie uns an?" (9.5.1878).³⁰⁵⁾

Anfangs floh Rüstow die Einsamkeit und sein unerfreuliches Schreibtisch-Leben immer wieder auf wilden, oft monatelangen Reisen im Süddeutschland und Frankreich. Er trug dabei auch Material für neue Bücher zusammen. Am 28. 5.1868 schrieb er: "Von Heidelberg ging ich nach Kaiserslautern, woselbst ich über Landau folgende zuverlässige Nachrichten erhielt ... Am 23. Mai abends kam ich in Metz an und erfreute mich wiederum an der alten Inschrift: *Defensé d'uriner contre le mur de fortification*". Am 4.6. 1868 notierte er in dem zweiten seiner nicht veröffentlichten "Militärischen Eriefe": "Seit den vier Tagen meines hiesigen Aufenthaltes (in Metz, A.d.V.) bin ich so ziemlich von Mittag bis Mitternacht in Gesellschaft von Männern aller Parteien und aller Stände gewesen und habe viel gehört, da ich selbst nicht mehr sprach, als notwendig war, um recht zu hören. Der allgemeine Eindruck, den ich empfangen habe, ist der, daß man überall den Krieg für unvermeidlich hält, aber keineswegs ebenso allgemein ihn wünscht"³⁰⁶⁾. Anschließend besuchte Rüstow die Militärlager von Vincennes und St.Maur, von Chalons und Luneville, ferner die Festungen Belfort, Straßburg und Lyon. Am 4.6.1868 schrieb er aus

Paris an Emma Herwegh: "In Vincennes und im Lager von St. Maur habe ich die angenehmsten Stunden verlebt. Um möglichst immer noch mehr zu sehen, wendete ich mich mit ein paar Zeilen an den General Colson, Kabinettschef Niels (des französischen Kriegsministers, A.d.V.), um Autorisationen". Darauf erhielt er "die freundlichste Einladung, heute ins Kriegsministerium zu kommen". Dort sagte ihm Colson, "daß der alte Niel die größte Freude haben würde," ihn persönlich kennen zu lernen. "Obgleich alle Antichambres voll waren", mußte er sofort zu Niel, der sich eine Stunde lang mit ihm unterhielt und Colson gleich beauftragte, alle gewünschten Autorisationen auszustellen. Niels "einziges Bedauern war", daß Rüstow nicht alle seine Werke französisch schreibe. Rüstow versicherte Emma Herwegh, schon in den ersten vierzehn Tagen "mehr gesehen zu haben, als sämtliche armseligen Korrespondenten deutscher Blätter zusammen in vierzehn Jahren sehen". "Was für ein Elend ist es mit der deutschen Journalistik!" trumpfte Rüstow auf. "Einen Korrespondenten des 'Weltblattes', der Augsburger Allgemeinen, einen gewissen Häfner, sah ich hier im Cabinet de lecture. Du mein Gott! Was können solche Leute nun beobachten und schreiben? In zwei Minuten hat mir der Mensch einen Blödsinn vorgeschwätzt, der für zwei Jahrhunderte ausreichen sollte".³⁰⁷⁾

Kaum einige Wochen zuhause, ging Rüstow im September 1868 wieder auf Reise. In München sprach er den ihm seit Jahren bekannten Generalleutnant von der Tann. Am 16.9. schrieb er Emma Herwegh: "Gestern bin ich nach verschiedenem Umherbummeln in München angekommen und muß wenigstens noch morgen hier bleiben, um auf Briefe zu warten, die hierher dirigiert sind. Glücklichenfalls komme ich am 18. früh von hier fort und nach Stuttgart, wo ich mich doch wenigstens einen halben Tag aufhalten will, sodaß ich dann am 19. in Baden-Baden sein könnte ... Eigentlich sollte ich am 21. in Basel sein, indessen im Notfall mag auch der 22. daraus werden; freilich gibt es dann für mich eine gewaltige Anstrengung, wenn ich von Basel die Nacht auf den 23. noch nach Paris fahren soll. Und ich bin leider wieder

stark auf dem Hund ..."³⁰⁸⁾. Am 23.9. schrieb Rüstow schon aus Paris an Emma Herwegh, am 1.10. teilte er ihr mit, daß sein Geld ihm höchstens noch 14 Tage zu bleiben erlaube, da er es "auf die Verschönerung" seines "äußeren Menschen mehr verwendet habe, als eigentlich recht und billig" sei.³⁰⁹⁾

Von Anfang Mai bis Mitte Juli 1869 hielt Rüstow sich wieder in Frankreich auf, besuchte Chalons, Metz und Paris, wo er "wenigstens die Eröffnung der Legislative" noch abwarten wollte vor der Heimreise³¹⁰⁾. Im August 1869 starben sein Zürcher Verleger Schultheß und der französische Kriegsminister Niel. "So gehn die Leute, an denen man so oder so hing, einer nach dem anderen von dannen und man vereinsamt immer mehr", schrieb Rüstow am 1.9.1869 aus Untersträß bei Zürich an Emma Herwegh³¹¹⁾. Von Anfang Oktober bis Mitte November lebte er erneut in Paris. Am 25.3.1870 ernannte der Bundesrat Rüstow zum Oberst im Eidgenössischen Generalstab³¹²⁾. Im Dezember 1868 hatte ihn die Königlich schwedische Militärakademie in Stockholm schon als auswärtiges Mitglied aufgenommen³¹³⁾. Im März 1870 unternahm er wieder eine Reise nach Stuttgart und München, im Mai und Juni - am 19. Juli erklärte Frankreich schon den Krieg an Preußen! - besuchte er Chalons, Paris und einige andere Festungen, vom 17. August bis 1. September war er mit einer "Mission", über die er nicht Näheres sagt, erneut in Paris.³¹⁴⁾ Mit einer französischen Freundin blieb er auch während der Belagerung der Hauptstadt noch in brieflicher Verbindung. Aus einem "Ballonbriefe" erfuhr er einmal, daß seine "Taubenpost" nicht angekommen war.³¹⁵⁾ Kurz nach dem Kommuneaufstand fuhr er im Juni 1871 wieder nach Paris, im Herbst sogar einige Wochen nach Nordafrika. Vom 18. September bis 29. Oktober leitete er in Bern einen Kurs der Generalstabschule. Im März 1872 und im Juni 1873 machte er ebenfalls eidgenössische Generalstabsreisen mit.

Daß Rüstow sich zuhause in Unterstraß so unbehaglich fühlte und jahrelang fast die Hälfte seiner Zeit auswärts verbrachte, lag vor allem auch an seiner unglücklichen Ehe. Sie bot ihm keine Zuflucht, sondern häufte nur noch Leid und Ärger. Nur in der bis zuletzt nicht erlahmenden liebevollen Fürsorge für seine beiden Töchter konnte Rüstow sich noch etwas Lebensglück und -sinn erhalten. Seine Frau war lange Zeit schwer krank. Mit einem Rückenmarksleiden hatte sie in ihren letzten zwölf Lebensjahren "nur noch vegetiert". Gelähmt und bettlägrig, wurde sie bei den unzureichenden hygienischen Verhältnissen zuhause für die Familie eine immer schwerere Last. "Wie manchen andern hätt dieses unerhörte Fegefeuer ... nicht allein schon getötet" schrieb Rüstow 1874 in seiner ungedruckten "Berichtigung über mich verbreiteter Lügen"³¹⁶⁾. 1860 hatte er beim Garibaldi-Feldzug in einem Aufsatz für die Demokratischen Studien noch von seinem "geliebten Weibe" gesprochen,³¹⁷⁾ doch das eheliche Verhältnis scheint bald nach Rüstows Heimkehr aus Italien unerfreulich geworden zu sein, nicht ohne sein Mitverschulden freilich, denn er freundete sich 1861 der Gräfin Hatzfeld an.³¹⁸⁾ Schon 1862 berichtete Rüstow in einem Brief an Emma Herwegh, daß seine "eigene Frau mit einer Sippe guter Freunde allem Anschein nach das Haupt des Mannes mit Kot beworfen" habe³¹⁹⁾, und in den folgenden Jahren mehrten sich solche Klagen³²⁰⁾. Am 19.11. 1873 starb Rüstows Frau. Da er sich auf der Heimreise von Paris befand, setzte der Gemeinderatspräsident von Unterstraß die Todesanzeige auf. Rüstow schrieb nach dem lang und sehnlich erwarteten Tod seiner Frau an Emma Herwegh: " ... Endlich! - aber viel zu spät. Na, wenn Sie jetzt ein lebenswürdige schöne junge doppelte oder dreifache Millionaire für mich wissen, bitte ich mich zu rekommandieren .. Tausend Grüße von Ihrem wenigstens für einige Minuten freiaufatmenden Wittwer"³²¹⁾.

Für die Dauer schöpfte Rüstow aus dieser häuslichen Veränderung aber keinen neuen Lebensmut. Seine wirtschaftliche Lage war nicht glänzend, doch so beängstigend auch nicht.

Nach der Taxation der Steuerkommission hatte er 1873 4000 Franken verdient, wovon 500 steuerfrei waren, und besaß ein Vermögen von 10000 Franken³²²⁾. Doch in den folgenden Jahren nahmen seine Einkünfte trotz Neuauflagen und Übersetzungen alter Bücher sowie weiteren Publikationen ständig ab. Der abgearbeitete Mann sah einem ungesicherten Lebensabend entgegen. Schwer traf ihn der Tod einiger guter Freunde, unter denen er auch Mazzini nannte. 1874 starben zwei der besten von ihnen: der aus Bayern stammende eidgenössische Oberst und Infanterie-Oberinstruktor Hoffstetter und der mit Rüstow schon auf der Berliner Artillerieschule befreundete Dr. Hermann Orges.³²³⁾

1874 ernannte man Rüstow zum Mitglied der Eidgenössischen Landesverteidigungs-Kommission, was ihm aber keinen finanziellen Gewinn brachte. Er versuchte nun, sich durch die in den fünfziger Jahren wieder aufgegebene militärisch-akademische Lehrtätigkeit wirtschaftliche Sicherheit zu schaffen. Die Einführung kriegswissenschaftlichen Unterrichts am Eidgenössischen Polytechnikum hatte schon ein Bundesratsbeschuß von 1851 **vorgesehen, doch** über 20 Jahre lang war daraus nichts geworden. Als aber im Frühjahr 1874 durch die neue Bundesverfassung auch das eidgenössische Wehrwesen gestraft worden war, regte sich wieder das Bedürfnis nach militärischem Hochschulunterricht. Vor allem der Bundesrat Weltli setzte sich für ihn ein. Durch Bundesratsbeschuß vom 26.10.1877 wurde schließlich das Schulreglement des Polytechnikums ergänzt und eine eigene der Freifächerabteilung angegliederte militärwissenschaftliche Sektion eingerichtet. Sie hatte insofern eine Sonderstellung, als das Eidgenössische Militärdepartement zusammen mit dem Schulrat die Lehrkräfte bestimmte und die Kosten auch vom Militärdepartement getragen wurden. Im Wintersemester 1878/79 erhielt Oberst Emil Rothpletz aus Aarau (1824-1897) die erste militärwissenschaftliche Professur am Polytechnikum. Er blieb bis 1897 auf dem Lehrstuhl.³²⁴⁾

Wilhelm Rüstow hatte ebenfalls beste Aussichten auf diese Professur gehabt. Er begann im Wintersemester 1875/76 als

erster mit einer militärwissenschaftlichen Vorlesung am Polytechnikum, nachdem einige Schwierigkeiten hatten überwunden werden müssen. Am 20.9.1875 schrieb Oberst H. Bleuler an Rüstow: "Werter Herr Oberst! Es ist mir heute gelungen, Herrn Bundesrat Weltli zu treffen und habe ich mit ihm nach Verabredung gesprochen. Er teilte mir zu Ihren Honoraren mit, daß er gerne bereit sei, Sie zu einer Unterredung zu empfangen und hierzu jeden Tag ..., daß er Ihnen indes sen nicht viel mehr ... zu sagen wüßte, als was er mir selbst schon erklärt habe, nämlich: daß er stets die beste Absicht gehabt habe, Sie auf den Lehrstuhl für Militärwissenschaften am Eidgenössischen Polytechnikum zu bringen, daß er an der Absicht unabänderlich festhalte, daß er auch noch von keiner Seite in derselben beirrt worden sei ..., daß er aber in dieser Sache leider nicht selbständig und auf eigener Machtvollkommenheit vorgehen könne, sondern an das Departement des Inneren gebunden sei ... nebenbei bemerkt macht aber der dem Militär-Unterricht bekanntlich wenig holde Schulratspräsident (Karl Kappeler, ab 1857 über 30 Jahre lang Präsident des Schweizerischen Schulrates; A.d.V. mit dem derzeitigen Chef des Departements des Innern, was er will ..." ³²⁵).

Am 13.10.1875 teilte das Schweizerische Militärdepartement Rüstow aber schon mit: " Es sind nunmehr alle Anstalten getroffen, damit Sie Ihre Vorlesungen am Polytechnikum mit nächstem Semester beginnen können. Auf Wunsch des Departements des Inneren laden wir Sie ein, Ihre Vorlesungen nachträglich am schwarzen Brett anzukünden. Der Hörsaal wird Ihnen durch den Direktor der Schule bezeichnet werden..." ³²⁶). Rüstow begann seine neue Lehrtätigkeit mit einer "Einführung in die Kriegswissenschaft". Doch erregte er durch einige boshafte Bemerkungen offenbar Anstoß und wurde schon nach seinem ersten Semester wieder abberufen. Das stichwortartige Manuskript hat Rüstow hinterlassen. Er bemerkte dazu noch, daß "jede Kriegsakademie eines großen und unabhängigen Staates" mit seinem Vortrag zufrieden gewesen wäre, daß aber das "miserable Lumpengesindel", unter das

es ihn verschlagen habe, daraus nichts als Klatsch zu machen gewußt habe. Sogar sein sachlich gehaltenes Manuskript enthält allerdings einige Stellen, die Rüstow wohl zu Ausfällen reizen konnten. Da heißt es etwa: "Haute finance! Dagegen die blöde Redensart, daß Arbeiten und Sparen Kapital schafft - für den Arbeiter" ; oder: "Die Kunstkritik. Kritik der schönen Künste. Empfindlichkeit der Künstler dagegen, besonders Musiker (verrückt wie Apotheker), Schauspieler ..." ³²⁷).

Trotz verzweifelter Bemühungen konnte Rüstow seine Lehrtätigkeit nicht mehr fortsetzen. Am 13.3.1878 schrieb ihm der Chef des Eidgenössischen Stabsbüros aus Bern: "Werter Herr Oberst! Indem ich Ihnen über die mir vorgelegten Fragen meine Ansichten mitteile, muß ich Ihnen sogleich meine Befürchtungen ausdrücken, die Angelegenheit stehe nicht günstig. Der Klatsch, der über Ihre Vorträge verbreitet wurde, hat leider vielen Eingang gefunden ... Was nun die Stimmung der verschiedenen Persönlichkeiten betrifft, so ist aus dem früheren Verhalten des Herren Kappeler ersichtlich, daß er Sie nicht aus eigenem Antrieb vorschlagen wird. Er wird überhaupt alles anwenden, um den militärischen Unterricht nicht aufkommen zu lassen. Wie der Chef des Eidg. Militärdepartements für Sie gestimmt ist, weiß ich nicht; ich glaube jedoch nicht im günstigen Sinn; aus dem Umstande zu schließen, daß er Sie nicht um Fortsetzung Ihrer Vorlesungen ersucht hat... Wenn Sie sich anmelden, so wird die Wahlbehörde durch das eine oder andere Gutachten veranlaßt werden, in Erwägung zu ziehen die Versprechungen, die Ihnen im Bezug auf die Stelle schon vor Jahren gemacht worden sind, und die Dienste, die Sie der eidg. Armee geleistet haben - auch abgesehen von der Autorität, die Sie in allen militärischen Wissenschaften besitzen ... Es ist wahrscheinlich, daß die Vorschläge, die Kappeler einreicht, vom Militärdepartement den Waffen- und Abteilungs-Chefs zur Begutachtung vorgelegt werden; in diesem Falle werde ich mich für Sie verwenden können. Mit vor-

züglicher Hochachtung und freundschaftlichem Gruß. Siegfried" ³²⁸⁾

Dieser Mißerfolg in seiner Lehrtätigkeit nahm Rüstow die letzten Hoffnungen, und er wurde der entscheidende Anstoß zum Selbstmord. Rüstow fühlte sich völlig verraten und ohne Hilfe. Auf seine enttäuschten akademischen Erwartungen beziehen sich wohl die folgenden Äußerungen an Emma Herwegh. Am 29.6.1876 schrieb er ihr: "Man ist mir hier eine Zeit überall hineingekrochen und ich bin jetzt von einer ruchlos dummen und gemeinen Bande, die sich in Folge einiger Todesfälle der Leitung der hiesigen militärischen Angelegenheiten bemächtigt hat, völlig düpiert. Ich habe darüber viel versäumt und verloren und muß rasend - alles mögliche dumme Zeug - arbeiten, um meine Schwimmblase wieder nur so zu füllen, daß ich mich über Wasser halten kann". Am 1.1.1877 hieß es: "Mit dem hiesigen Lumpengesindel habe ich nichts, von ihm nur Gemeinheiten. Die Ochlokratie ist hier jetzt obenauf", am 9.5.1878: "... daß ich an der Gemeinheit sterbe, die mich hier umgibt und die alles übersteigt, was ich für möglich gehalten und auf was ich mich gefaßt gemacht habe. Komme doch bald irgendein glücklicher Zufall, der mich rasiert" ³²⁹⁾. Im September 1877 zog Rüstow noch nach Außersihl, wieder einmal an die "Grenze Zürcherischer Kultur", weil es in Untersträß "zu vornehm" geworden war ³³⁰⁾.

In welcher rasenden und kopflosen Verzweiflung über sein Schicksal er schließlich geriet, das zeigt sein "Hilferuf", den er 1878 verfaßte und in Zeitungs-Annoncen verbreiten wollte. Zur Veröffentlichung ist es allerdings nicht gekommen, weil das Geld fehlte. Dieser "Hilferuf" beginnt: "Durch niedrige Intrigen der schweizerischen Kakistokratie bin ich in meinen bescheidensten und legitimsten Ansprüchen um die Frucht langjähriger Arbeit und vieler Opfer schmählich betrogen worden und jetzt vollständig ruiniert. Solche Erfahrungen können einen Mann in meinem Alter - ich stehe im 58. Lebensjahre - wohl zur Verzweiflung

bringen und ihm den Glauben an die Menschheit rauben. Ich möchte denselben aber wegen einer Anzahl schnöder Buben noch nicht ohne weiteres aufgeben ..." Und deshalb wollte er sich für 30 000 Franken dem "Menschenfreunde, sei er Fürst, Militär, Kaufmann, Behörde, Verein, Herr oder Dame", verpflichten, wenn er es verlange, "das ganze Produkt" seiner Arbeit aus den Jahren 1879 und 1880 "zu überliefern". Diese Arbeit sollte vor allem sein die "Herstellung eines kurzgedrängten Handbuches der Geschichte des Kriegswesens im 16., 17. und 18. Jahrhundert, beruhend auf eigenem Quellenstudium". Rüstow versprach außerdem, allen denen, die ihm "ein tätiges Interesse" in seiner Not bewiesen, "in den ersten Monaten des Jahres 1879 eine im Manuskript gedruckte Erzählung" zu liefern, die außer in sein persönliches Schicksal auch einen Blick tun lassen würde "in die in der Schweiz durch ihre moderne Kakistokratie gegründeten Zustände", und vor allem "für Finanzleute", meinte er, könnte das wichtig sein³³¹).

Dieser "Hilferuf" verrät zweifellos einen schon nicht mehr ganz klaren Geist. Rüstow scheint sich immer mehr in unsinnige Aufregung gesteigert zu haben. Doch hat er die Katastrophe dann nicht überstürzt herbeigeführt, sondern erst nach sorgsamer Sichtung seines Nachlasses und Niederschrift genauer Verhaltensmaßregeln für seine Töchter. Er hinterließ ihnen einen langen Abschiedsbrief und eine Ultima ratio, beide datiert vom 14. August 1878, dem Todestag. Sie sind voll der wütendsten Anklagen und Beleidigungen, mit denen Rüstow sich eine letzte Genugtuung verschaffen wollte. "Meine lieben Kinder, meine liebe Marie, meine liebe Johanne", beginnt der Brief. "Ich muß Euch verlassen... Infamie auf Infamie wurde gegen mich begangen und im Mai 1874 (das Datum muß verschrieben sein, A.d.V.) das Werk damit gekrönt, daß man einen militärischen Lehrstuhl am Polytechnikum ... nicht für mich, sondern für einen eingebildeten, dilettantischen Dummkopf, Rothpletz, schuf. Diese Dinge wirkten nun allmählich zerrütend auf mein Nervensystem ... Besonders wurden schließ-

lich meine Augen und meine Hände angegriffen, und auf der Brust fühlte ich oft einen stechenden Schmerz. Mein Geist ist zwar noch völlig klar und frei, allein muß ich nicht auch endlich für ihn fürchten? Ich kann den Gedanken nicht los werden, daß ich für diese gemeinen Pavione von Bern große Opfer an Zeit, Kraft und Geld gebracht habe, wofür sie mir nun damit danken, daß sie sich mit meinen Federn schmücken und mich beiseiteschieben ... Ich wäre nun fortan, seit der letzten Gemeinheit der Kakistokraten, lediglich darauf angewiesen, uns von meiner einsamen schriftstellerischen Arbeit zu unterhalten; ich glaube aber, daß dies immer unmöglicher wird, wie bescheiden wir auch leben mögen... Wenn ich länger lebte, könnte ich höchstens noch das wenige aufzählen, was ich Euch jetzt noch hinterlassen kann. Wenn ich jetzt von Euch scheide, lasse ich Euch wenigstens nicht ganz unbewaffnet allein den Kampf mit dem Leben aufnehmen. - Du siehst, mein liebes Hanneli, nicht jeder findet Arbeit, der sie sucht. Ich darf ganz dreist sagen, daß es in Zürich keinen Menschen gebe, der mir an umfassender und gründlicher Bildung gleichkäme oder der mich an Arbeitskraft überträfe trotz meines heutigen Alters ... Ich danke Gott, daß ich nur Töchter habe; hätte ich Söhne, ich würde fürchten, sie müßten auch Schufte werden, um leben zu können. War denn nun gar keine Hoffnung? werdet Ihr fragen. Nein, nach dem gemeinen Streich der Bundeshalunken mit dem militärischen Lehrstuhl am Polytechnikum war keine mehr ... Ihr habt selbst gesehen, wie isoliert ich bin. Wo sind denn alle die Leute geblieben, die sich meine Freunde nannten, denen ich nie etwas anderes als Gutes getan habe! Sie sind verschwunden ... Meine Brüder, meine alten, wirklichen Freunde sind tot. Legen wir uns auch zur Ruhe. Meine lieben Kinder, Ihr wart mir wirklich liebe Kinder; Ihr habt mir nie vorgeworfen, daß ich in den letzten Jahren so wenig für Eure Freude, Euer Vergnügen tat, und Ihr habt es doch empfunden, das weiß ich. Mein Tod wird Euch befreien ... Alles Glück, welches Eurem Vater

versagt war, möge auf Euch gehäuft werden ... Lasset von meinen Papieren und Büchern, welcher Art sie sein mögen, nichts unnütz verschleudern, verbrennen, sonst vernichten, gebt von Dokumenten nichts als in Abschrift und gegen Quittung fort ... Es ist möglich, daß dieser oder jener Euch rät, meine Todesart zu vertuschen, etwa zu sagen, ich sei am Schlagfluß gestorben. Laßt Euch nicht darauf ein. Man kann in solcher Weise die Todesart Schulzes oder Müllers vertuschen, nicht die meine ... Faßt meinen Tod leicht, mit der Freudigkeit der Alten auf; nach bewegtem Leben denk ich einen gesunden Schlaf zu tun. Meine Elemente kehren ruhig und gesetzmäßig in den Schoß der großen Mutter Natur zurück, um sie auf ihre Art neu zu beleben ... Tausendfacher Segen über Euch. Ein letztes Lebewohl von Eurem Vater, der Euch über alles liebt. W.Rüstow. Liebe Kinder, Ihr seht, dieser Brief ist inhaltsreich. Ihr könnt eine Abschrift davon nehmen und diese zirkulieren lassen, wo Ihr wollt; aber das Original gebt nicht aus den Händen" ³³²).

In der Ultima ratio bat Rüstow noch einige namentlich genannte Leute um Hilfe für seine Töchter, da diese keine "Geschäftskenntnis" hätten. Die Hilfe sollte sich beziehen auf die Inventarisierung, Ordnung von Dokumenten und Briefen, Verwertung der Bibliothek und der Manuskripte, "Fürsorge für eine angemessene Placierung" seiner Töchter, die "eine bei Schweizer Mädchen seltene sorgfältige Erziehung genossen" hätten. Wenn seine Töchter "Ludmilla Assing gleichen", schrieb Rüstow hier auch, dann könnten sie mit all den Papieren "noch besser krepfen als genannte Dame mit Varnhagens Waschzetteln und Torcheuculs". Aus seiner Waffensammlung hob Rüstow den in seinen Besitz übergegangenen Ehrensäbel des Bruders Alexander und einen Säbel hervor, den der ihm befreundete österreichische Hauptmann Spiridion Gopcevic 1876 einem türkischen Oberst abgenommen und Rüstow verehrt hatte. Ferner nannte Rüstow von seiner Hinterlassenschaft eine Garibaldibüste von 1860 und ein Relief

von Königgrätz. Seinen Kassenstand vom 14. August 1878 morgens gab er an mit 800 Franken in Gold, 86 in Silber, 1700 in Banknoten. Zu fordern hatte er für die dritte Auflage der Feldherrnkunst von der Buchhandlung Schultheß noch 750 Franken. Den effektiven Wert einiger Eisenbahn-Obligationen bezifferte er auf 2000 Franken. Schulden hatte er nicht. An Kirchweih 1878 war nur die Jahresmiete von 530 Franken fällig. Auf den letzten Seiten der Ultima ratio bedauerte Rüstow, daß es in Zürich noch keine Feuerbestattung gäbe, und noch einmal zog er gegen die "Kakistokratie" vom Leder. Am Nachmittag des 14. August fügte er hinzu: "Es ist 3 Uhr, keine Hoffnung, nichts was mich ablenken könnte, in einer Stunde spätestens hoffe ich frei zu sein. Ich schließe mein Testament ab. Verkauft nur sogleich die eidgenössischen Militärschlafröcke, nebst Sattelzeug; mir haben sie nichts Gutes gebracht"³³³). Mit drei Pistolenschüssen nahm sich Rüstow dann das Leben. Am 15. August 1878 ein Uhr früh trat der Tod ein.

Die Thurgauer Zeitung berichtete am 17. August: "Wie wir bereits gestern in einem Zürcher Telegramm gemeldet, hat sich am Mittwoch abend Oberst Wilhelm Rüstow, der ausgezeichnete Militärschriftsteller, in seiner Wohnung in Zürich erschossen ... Er ließ sich in Zürich nieder, wo er sich bald durch militär-wissenschaftliche Schriften und Vorlesungen einen bedeutenden Ruf erwarb... Das Motiv der traurigen Tat, die diesem an verdienstvoller Arbeit reichen Leben ein Ende macht, soll - ökonomische Bedrängnis gewesen sein!"

Aber die Ursache der Katastrophe lag natürlich tiefer. Sie war in dem sehr schroffen und unversöhnbaren Charakter Wilhelm Rüstows schon angelegt, und sie nährte sich an den immer neuen Bedrängnissen des Lebens, aus denen Rüstow, statt zu lernen und sich einmal zu bescheiden, nur umso halsstarrer hervorging. So drängten ihn publizistischer Zank und grobe Beleidigungen, mit denen er sich innere und öffentliche Genugtuung zu schaffen vermeinte, unaufhalt-

sam immer weiter in die Einsamkeit. Schon 1861 auf der Italienreise mit Lassalle und der Gräfin Hatzfeld hatte er sich und den anderen einen Rüstow vorgespielt, der er gar nicht war. Da gab sich der Garibaldi-Oberst in rauh polterndem Humor, für Lassalle war er ein "lustiger Kerl", mit dem sich herzlich lachen lasse³³⁴⁾. Auch Rüstow selbst schrieb in seinen 1861 erschienenen italienischen Erinnerungen, er sei seiner "ganzen Natur nach ... nicht geneigt, bei jeder Geschichte ein äußerst ernstes Gesicht zu machen", als hätte er "die ganze Welt auf dem Rücken", und er wolle nicht "jeden Tag 24 Stunden lang Charakter" haben, weshalb ihn denn auch "die gesinnungstüchtigen Philister" als einen "frivolen Menschen" ansähen³³⁵⁾. Doch in Wirklichkeit trug er nur zu sehr an der Last der "ganzen Welt", und er blieb zeitlebens ein schwieriger Einzelgänger.

Schon auf der Artillerie- und Ingenieurschule in Berlin hatte sich der 18jährige von seiner Umwelt abgeschlossen³³⁶⁾. In den letzten Jahren nahm seine Streitsucht fast pathologische Züge an. Da wünschte sich der immer mehr öffentlichen Einfluß und Tatkraft verlierende einstige Revolutionär etwa so reich zu sein, daß er sich leisten könnte, "räudige Hunde durch eigenhändige Unterschrift als solche sich erklären zu lassen", und dann für solche mit ungeladener Pistole erzwungene "Genugtuung" einige tausend Franken Geldstrafe zu zahlen. Das "Viel Feind, viel Ehr" tröstete Rüstow schon 1874 nicht mehr. Intrigen und kleinliche Widerstände erwuchsen ihm in der fremd bleibenden Schweizer Umgebung. Das "Duell mit einer Wanze" zermürbte ihn. Feindschaft spürte und nährte er ringsum. Sein Freund bleiben konnte nur, wer zur steten Anpassung willig und großzügig genug war. Bezeichnend ist, was er über seinen "alten Freund Hoffstetter" sagt. Nach seinem Tod nannte Rüstow ihn "die treueste Seele der Welt", aber er bekannte, daß es "ohne Zank", der freilich immer "im Interesse des Dienstes" entstand und auf die "persönlichen Beziehungen nicht den mindesten Einfluß" hatte, zwischen ihnen nicht gegangen sei.

"Hoffstetter gab als der Klügere meistens nach", stellte Rüstow nachträglich ein wenig schuldbewußt fest³³⁷⁾. Auch in der Freundschaft mit Dr. Hermann Orges scheint weniger Rüstow der ausgleichende Teil gewesen zu sein. Orges - "eine kräftige Natur, von Aussehen immer jung, Optimist von Kopf bis zur Zehe, ein sonderbarer Schwärmer, mit mir fast nie in Übereinstimmung" - und sich selbst verglich Rüstow mit den gegensätzlichen Temperamenten des Strudelwitz und Prudelwitz im alten Kladderadatsch. In der "Auffassung der Weltschicksale und besonders der österreichischen Verhältnisse" konnte Rüstow nicht seinem Freund zustimmen, der "immer nur das weltverbindend-kommerziell-eisenbahnliche 'Donaureich'" sah und "cavalièrement" über "die Fäulnis dort" hinwegging. So sehr sie sich in den politischen Anschauungen aber schieden, über ihre Freundschaft, sagt Rüstow, sei "keine Wolke" gezogen³³⁸⁾.

Dieser Hermann Orges ist eine interessante Erscheinung in der Reihe oppositioneller Militärs, die nach der Revolution aus der Armee gestoßen wurden. Am 12.4.1821 in Braunschweig als Sohn eines Freundes von Radowitz geboren, besuchte er um 1840 zusammen mit Rüstow die Artillerie- und Ingenieurschule in Berlin. Hier schlossen die beiden Freundschaft. Ihre über den Durchschnitt sie erhebende Intelligenz und die gleiche politisch radikale Anschauung verband sie. Orges promovierte 1845 als Leutnant an der Berliner Universität. 1848 wurde der "Artillerieleutnant Orges, welcher in der Märznacht auf den Barrikaden verständnisvoll zu Volk und Soldaten gesprochen hatte, ... einfach ohne Gericht usw. 'auf Befehl seiner Majestät' 'aus den Listen der Armee gestrichen'", wie Rüstow in der zweiten Auflage seiner Militärstaats-Broschüre schreibt³³⁹⁾. Nach kurzer Dienstzeit in einem schleswig-holsteinischen Freiwilligenkorps ging Orges dann auf die Hamburger Navigationsschule und fuhr schließlich als Matrose und Steuermann auf fremden Schiffen. In dieser Zeit verfaßte er in

Briefform gehaltene Berichte für die Augsburger Allgemeine, z.B. "Aus Australien", "Aus einer Reise um die Welt" oder 1851 "Über die Londoner Ausstellung". Nach dem Staatsstreich Louis Napoleons am 2. Dezember 1851 engagierte ihn Cotta für seine Allgemeine Zeitung als Pariser Korrespondenten. 1853 schickte er ihn für längere Zeit nach Konstantinopel. 1854 wünschte Orges selbst, nach Augsburg zu kommen. Nach anfangs freier Mitarbeit stellte ihn Cotta im gleichen Jahr noch fest an. Orges bearbeitete die französischen, belgischen und spanischen Angelegenheiten. Wie E. Heyck in seinem Buch "Die Allgemeine Zeitung 1798-1898" schreibt, war er vor allem deshalb nach Augsburg gekommen, um den Redaktionsbetrieb besser in Schwung zu bringen und die Zeitung auf ein klares politisches "Programm" festzulegen. "Zuerst wurde dieser schöne norddeutsche Eifer auch ganz dankbar und befriedigt aufgenommen, aber bald genug merkte der Reformator den passiven Widerstand"³⁴⁰). Heyck nennt Orges "eine der ausgeprägtesten Individualitäten, die je an der A.Z. mitgestaltet haben". Ab 1858 wurde Orges auch als Redakteur des Blattes genannt. Mit dem seit 1826 in der Redaktion verantwortlich tätigen Gustav Kolb überwarf er sich aber bald so, daß der alte kranke Kolb sich schließlich selbst suspendierte und die Redaktion Altenhöfer übertrug. Dr. Hermann Orges bestimmte und verschärfte aber mit seiner wütenden Feindschaft gegen Napoleon III. die Haltung der A.Z. mehr, als es Cotta und Kolb eigentlich wollten. Kolb ließ viele der Polemiken gegen Frankreich und Preußen, ohne sich mit Orges darüber auszusprechen, einfach nicht setzen.

In Oskar Medings "Memoiren zur Zeitgeschichte" heißt es aus dieser Zeit: "Ich fuhr nach Augsburg und suchte zunächst den Dr. Orges, einen geborenen Braunschweiger und Inhaber der vierten Klasse des hannoverischen Welfenordens, auf, der mich seines eifrigen Wunsches versicherte, der hannoverischen Regierung in jeder Weise gefällig zu sein, aber

zugleich erklärte, daß er gegen den Dr.Kolb, der ihm in der Redaktion koordiniert sei, schwer etwas ausrichten könnte. Dr. Orges war ein geistig sehr bewegter und vielseitig, aber autodidaktisch gebildeter Mann; wie das bei solchem Entwicklungsgange meist der Fall ist, war er unendlich überzeugt von sich selbst, seiner Vielseitigkeit fehlte die feste und breite Basis und er erfaßte gewisse Gesichtspunkte und Gedanken mit der Gewalt einer fixen Idee. So beherrschte ihn damals der Haß gegen Napoleon III., den er, sehr stolz auf diesen Einfall, mit dem epitheton ornans et perpetuum: 'Der 2.Dezember' bezeichnete, und seine hauptsächlichste Tätigkeit bestand in fulminanten Artikeln gegen das französische Kaisertum, welche meist den Stempel der fortwährenden nervösen Irritation trugen, in der er sich befand und welche sich auch in seinem zitternd unruhigen Gebärdenspiel und in seinen fast fieberhaft glänzenden Augen bemerkbar machte. Diese Irritation war sehr natürlich, da die anstrengende Redaktionsarbeit wegen des Postenlaufes in der Nacht gemacht werden mußte, aber sie machte eine ruhige Unterhaltung sehr schwer, da Dr.Orges fast unaufhörlich sprach und jede mögliche Antwort vorweg antizipierte". Über eine spätere Unterredung mit Cotta schrieb Meding dann: "Der Baron sprach darauf sehr ungehalten über seine Redakteure, die ihn so oft schon in Verlegenheiten gebracht hätten; Kolb sei ein altes Inventar der Zeitung, dem man ja manches nachsehen müsse, Orges eifrig und strebsam, aber 'jung, sehr jung ...'"³⁴¹).

E. Heyck schildert Orges nach Erzählungen des 1858 in die A.Z.-Redaktion eingetretenen Dr.Otto Rommel als "einnehmende, ritterliche Erscheinung", "rasch und flott" im persönlichen Auftreten wie mit der Feder. Nicht "ohne Koketterie" sei er "im gesteppten Seidenwams" an seinem Arbeitspult gestanden und habe seine noch tintenfeuchten Manuskriptblätter "zur Erde flattern" lassen, worauf sie der Druckerjunge "in ehrfurchtsvoller Scheu, wie sie sonst keiner der Augsburger Herren zu erwecken verstand", ein-

sammelte und weiterbeförderte. Als H.v.Sybel 1859 die Redaktion in Augsburg besuchte, "war es Orges, der das Hauptgefecht gegen den Anwalt Preußens führte". Er dachte großdeutsch, und wie sein Schlagwort "Der 2.Dezember" als Charakterisierung des bonapartistischen Systems in den Sprachgebrauch der übrigen Blätter und der Zeitgenossen übergang, so auch seine Bezeichnung "Donaureich" für Österreich. Nachdem Cotta gestorben war und in der Redaktion sich manches geändert hatte, trat Hermann Orges bei der Allgemeinen Zeitung aus und ging 1865 nach Österreich, wo man, wie Heyck schreibt, "seine anerkannten Verdienste durch den landesüblichen 'Ritter von' und das Amt eines Regierungsrates" lohnte.

In Wien scheint Orges ein zufriedenes Leben geführt zu haben. Mehrfach lud er Rüstow, den er in seinen Briefen "Mein lieber alter Bill!", "Mein geliebter alter Billy!" nannte, zu sich ein. Er schrieb einmal sogar, daß er sich bemühe, Rüstow als Lehrer an die Wiener Kriegsschule zu bringen³⁴²⁾. Doch die Freunde sahen sich nicht mehr. Orges kam, wie Rüstow sagt, im Juni 1874 "auf eine wahrhaft infame Weise ums Leben". Um einen aus der Pferdeeisenbahn gefallenen Spazierstock wieder aufzuheben, sprang er zu Boden und geriet dabei mit den Beinen unter die Räder. Ebenso wie Rüstows Bruder Alexander starb er dann nach der Beinamputation³⁴³⁾.

Trotz der von Rüstow betonten temperamentsmäßigen und politischen Unterschiede haben diese beiden ehemaligen revolutionären Leutnants aber offenbar doch auch in Auftreten und Wesen Ähnlichkeit gehabt. Der Zug zu Selbstherrlichkeit und Überhebung, die politische Leidenschaft, die nervöse publizistische Produktivität - diese Eigenschaften traten an beiden hervor.

Wilhelm Rüstow war herrisch und eines unbeugsamen Charakters; seinen Stolz löschten die schlimmsten Lebenserfahrungen nicht. "Meine Überzeugungen waren einfach, unzerreiß-

bar", heißt es in der Aufzeichnung von 1874³⁴⁴⁾. Rüstow liebte es, "mit offenem Visier aufzutreten"³⁴⁵⁾ und "gute, weil bezeichnende, obwohl nicht gerade salonfähige Ausdrücke" zu gebrauchen, da er glücklicherweise schon "kein Diplomat, sondern ein Mann mit einfachem Verstande" sei, der nicht auf eine "Hofrats- oder Geheimratsstelle" spekuliere, sondern sich "in einer jener seltenen Lagen" befinde, in denen man "weder zu fürchten noch zu hoffen" habe³⁴⁶⁾. Er verzichtete in seinen Büchern auf "die beliebten wie Apfelmus gerührten Dedikationsphrasen"³⁴⁷⁾ und wollte gar nicht dem Vorwurf, daß seine Urteile "über Personen und Ereignisse" zu schroff seien, "jede Berechtigung absprechen", bemerkte dazu allerdings, daß sein Stil "überhaupt nicht recht für zarte Jungfrauen oder feine Herren" passe und daß ferner "die Gefälligkeit, mit welcher ein Autor allen Schwächen der Menschen und dem ganzen Triebwerk der Ereignisse" gerecht zu werden suche, daß "diese Mikrologie des Lumpensammelns, diese scheue und bescheidene Zurückhaltung im Urteil" meist davon herrühre, daß der Verfasser selbst "keine klare Anschauung von den Dingen" habe³⁴⁸⁾.

Bescheidenheit war keine Tugend Wilhelm Rüstows. Dieser trotzige Individualist erhielt schon auf der Artillerie- und Ingenieurschule vom Pionier-Inspekteur in seine geheime Conduitenliste geschrieben, daß er ein "wissenschaftlich gebildeter, reich begabter Offizier" sei, der "im Dienst Umsicht, regen Eifer und guten Willen und auch als Lehrer sich sehr brauchbar" zeige, "dabei ein hohes Ehrgefühl" besitze, doch "vor einem zu hoch gesteigerten Selbstgefühl" sich werde hüten müssen³⁴⁹⁾. Rüstow aber rächte sich für das ihm aufgetane mühselige und glanzlose Leben durch vermehrte Überheblichkeit, holte sich die militärischen und politischen Größen der Zeit vor seinen "Richterstuhl der Kritik", wo sie sich ihr "Diplom" erst noch einmal verdienen sollten. Er wollte "die falschen Götzen fallen sehen"³⁵⁰⁾, den Einfluß der "bonapartisti-

schen Literatur" zurückdrängen und die durch Napoleon III. "neuestens entwickelte Theorie von den großen Männern", diese "gottlose Theorie" angreifen und darstellen, daß Bonaparte "keineswegs der deus ex machina" gewesen sei, sondern "daß der göttliche Geist der großen Massen in freier Bewegung allein der Schöpfer großer und größerer Männer sein" könne³⁵¹). Machte er anderen ihren Ruhm streitig, so zollte er sich doch das von außen schmerzlich entbehrte Lob gelegentlich selber, etwa 1863, als er behauptete, daß seine "schriftstellerische konsequente Tätigkeit ... auf der ganzen Erde nicht ihresgleichen" habe³⁵²). In der "Berichtigung" von 1874 schrieb Wilhelm Rüstow: "Ich habe unter anderem seit 23 Jahren der ganzen Militärliteratur eine neue Richtung gegeben, und mancher, der hündisch über mich schimpft, nährt sich und wird groß an den Brocken, die ich bei Gelegenheit unter den Tisch geworfen habe"³⁵³). In den Demokratischen Studien berichtete er, daß er bei Garibaldi "glänzende Taten" habe verrichten und sich "einen brillanten Ruf" erwerben können, und verspottete die gegnerische Kavallerie des Königs von Neapel, daß sie "nicht viel gefährlicher" als eine Herde Ochsen gewesen sei³⁵⁴). Damals bekannte Rüstow auch ärgerlich, daß ihm, dem bald Vierzigjährigen, sein jugendliches Aussehen "leider mehreremale Schaden gebracht" habe, da man einem "würdevoll aufgedunsenen Fleischklumpen" unbedenklich mehr zutraue³⁵⁵). Diese Bemerkung zeigt den brennenden Ehrgeiz des unternehmungslustigen Mannes, der im Alter von 56 Jahren dann freilich einsah, wie wenig es ihm nütze, daß er "die ganze Diplomatie Europas, den großen Bismarck als ganz kleines Zifferli inbegriffen, aus dem Ärmel schütteln" könne. Jetzt blieb ihm nichts als zu wünschen, daß er ein "Hexenmeister" wäre, um handeln zu können statt nur "zu wissen"³⁵⁶).

Kapitel II

Die Kritik am Stehenden Heer

=====

Publizistische Betätigung des Offiziers

Den Kampf gegen das Stehende Heer hat nicht erst Wilhelm Rüstow und seine Zeit begonnen. Er war ganz dogmatisch im 18. Jahrhundert schon von der aufgeklärten westeuropäischen Staatsphilosophie geführt worden, auf dem Boden eines utopischen Pazifismus, vernunftrechtlicher Abneigung und physiokratischer Bedenken gegen die Unproduktivität der absolutistischen Söldnerscharen. In Frankreich waren Fénelon, Montesquieu, Voltaire, Turgot, Rousseau, Quesnay, Helvetius und Holbach als Kritiker aufgetreten. In Deutschland schlossen sich Justus Möser, Herder, Kant, Fichte und Humboldt an. Im Jahre 1814 verschärfen und politisierten sich die Angriffe auf das Stehende Heer. Der Heidelberger Philosophieprofessor Jakob Friedrich Fries forderte 1814 in seiner anonymen Flugschrift "Bekehrt Euch!" "Nationalbewaffnung anstatt der elenden alten Bettelei!" und schrieb: "Sorget dafür, daß es Volksfreude werde, sich in den Waffen zu üben, sicher und schnell das ferne Ziel zu treffen (wie es lang Tyroler und Schweizer üben), ebenso das Roß zu bändigen, und Ihr werdet ohne Stehende Heere ein Heer haben, so stark als die Zahl Eurer Männer. Tut dann von Euch die Last der Stehenden Heere! Sie haben unnötig mit ihren Kosten die Staatsschätze erschöpft, den Staat in Schulden gestürzt; sie haben unnötig einen großen Teil der edelsten und kräftigsten Mannschaft im Volke zum Müßiggang gewöhnt - der aller Laster Anfang." 1814 hielt Karl Theodor Welcker als Dozent in Gießen "Eine Rede an die Fürsten und das Volk vor Eröffnung der Wiener

Versammlung" (gedruckt unter dem Titel "Deutschlands Freiheit"), die kriegerische Einheit Deutschlands forderte, von den Fürsten verlangte, "das teure Soldatenspiel zu lassen", und "die moralische und physische Länderepest der Stehenden Heere" "allgemein und bis auf wenig" durch die frische "Freiheits- und Lebenskraft der Landwehren" ersetzen wollte. Der Rheinische Merkur trat am 12. August 1814 in dem Artikel "Zum Kongresse" ebenfalls dafür ein, die "das Mark aufzehrenden großen Stehenden Heere durch allgemeine Bewaffnung der Bürger" zu ersetzen, und forderte am 28. August allgemeine Volksbewaffnung als ersten Artikel der künftigen Verfassung Deutschlands¹⁾. Das größte Aufsehen aber erregte der liberale badische Geschichtsprofessor und Doktor beider Rechte Karl von Rotteck, als er im April 1816 seine Schrift "Über Stehende Heere und Nationalmiliz" in der Herderschen Universitätsbuchhandlung zu Freiburg veröffentlichte. Rottecks Anklagen gegen das Stehende Heer als "das Werkzeug, die Stütze, die Bedingung des Despotismus" gegen die arbeitsscheuen, sittenlosen Soldaten lieferten jahrzehntelang die Stichwörter im militärpolitischen Streitgespräch²⁾. Auch Wilhelm Rüstow blieb in dieser politisch überfrachteten liberalen Terminologie des Vormärz stecken, obwohl er ungleich mehr Sachkenntnis besaß als Rotteck oder dessen literarische Jünger.

Die Liberalen traten nicht als Fachleute für das neue bürgerliche Wehrsystem ein; es ging um das politische Prinzip, nicht um praktische Organisationsfragen der Volksbewaffnung. "Ich kann mich nicht auf das Technische einlassen, weil ich es nicht verstehe," sagte der badische Abgeordnete Itzstein 1833, und Karl Theodor Welcker antwortete in der badischen Kammer auf eine militärische Kritik an seinen Landwehrplänen: "Ich bin kein Techniker. Auch Rüstow bedauerte, daß "die Opposition in den Reichs- und Landesversammlungen" weichen mußte "vor dem militärischen Schwall" ..., mit welchem ein Radowitz und Consort

das Unhaltbare einer Volkswehr auseinandersetzen", daß sie dagegen nur aufbieten konnte "einige Schlagwörter der Zeit und die tröstliche Hoffnung, daß es schon gehen würde, wenn man nur wolle"⁴⁾.

Weil die Liberalen sich derart unbedenklich über das organisatorisch Wesentliche der militärischen Reform hinwegsetzten, wurden ihre Angriffe von der Armee lange nicht ernst genommen. Die liberalen Vorschläge boten den Sachverständigen "Stoff zum Lachen, bisweilen auch zum Ärger, seltener zum Nachdenken"⁵⁾. Doch der sächsische Militärschriftsteller Hauptmann Karl Eduard Pönitz war schließlich so aufgebracht, daß er im Allgemeinen Anzeiger der Deutschen 1831 ein "Bittschreiben an alle Gegner der Stehenden Heere" veröffentlichte und die liberalen Kritiker ersuchte, sie möchten in Zukunft doch nicht mehr "so ins Blaue hineinfaseln"⁶⁾.

Auch für Wilhelm Rüstow, der allerdings bald schon Pläne zur Organisation einer demokratischen Miliz vorlegte, war die bürgerliche Heeres-Reform in erster Linie ein politisches Anliegen, ein Verfassungsproblem. Mit jugendlicher Begeisterung und voll der liberalen Ideen stürzte er sich in den literarischen Kampf, begehrte schon in seinen ersten anonym oder unter dem Namen Huldreich Schwertlieb verfaßten Schriften gegen seinen obersten Kriegsherrn und das absolutistische Werkzeug Stehendes Heer auf. Solche politische Aktivität eines Offiziers war mit der Revolution heraufgekommen und nicht mehr so ungewöhnlich, doch war sie immer noch sehr gefährlich, wie Rüstow auch bald erfahren mußte.

Die Schriftstellerei des Offiziers hatte seit je in Preußen etwas Anrüchiges. Unter Friedrich dem Großen waren zwar literaturbeflissene und schönggeistige Offiziere der Potsdamer Garnison, die sich fast in einer Art Zirkel zusammenfanden, als ständige Mitarbeiter der Allgemeinen deutschen Bibliothek hervorgetreten⁷⁾; doch mehr noch als die von Scharnhorst in der Reformzeit zum neuen Aus-

leseprinzip erhobene "Bildung" des Offiziers wurde seine publizistische Betätigung den konservativen Kreisen bald verdächtig⁸⁾. Scharnhorst auch hatte Mühe, das von ihm geförderte militärwissenschaftliche Studium und den fachlichen Gedankenaustausch zu erhalten, "die Publizität mit dem Interesse des Staates in eine schickliche Harmonie zu bringen"⁹⁾. Er schuf mit der Militärischen Gesellschaft ein internes Diskussions-Forum für die Offiziere. Obwohl die in fünf Bänden "Denkwürdigkeiten der Militärischen Gesellschaft" gesammelten Aufsätze und Vorträge ausdrücklich der Öffentlichkeit entzogen und nur für den Hausgebrauch gedacht waren, hatte Generallautnant von Rüchel, der Generalinspekteur der militärischen Erziehungsanstalten, die Drucklegung als dem Ansehen der preußischen Armee nicht dienlich abgelehnt und war auch als Präsident der Militärischen Gesellschaft zurückgetreten¹⁰⁾.

Mit äußerster Empfindlichkeit reagierte das Offizierkorps auf die literarischen Versuche seiner Angehörigen; der Standesgeist verbot auch ohne entsprechende Bestimmungen im Reglement solcherart Hervortreten des Einzelnen und den geistigen Kontakt zur Öffentlichkeit. Doch das änderte sich schon in der beginnenden Restaurationszeit. Die Armee fühlte sich schließlich von den ständigen Anklagen der Liberalen, von der demokratischen Wehrpropaganda so herausgefordert, daß sie selbst sich in den geistig-literarischen Kampf warf und mit den erst verdammten publizistischen Waffen zurückschlug. Diesen seltenen Vorgang erlebte Wilhelm Rüstow in den Revolutionstagen später noch einmal. Da, wie er sagt, "in den deutschen Armeen ein philisterhafter Horror gegen alle Öffentlichkeit herrschte"¹¹⁾, galt es für den Offizier als ungehörig, demokratische Klubs zu besuchen und öffentlich zu sprechen. "Jeder, der aus dem Offizierkorps diesem Dogma trotzte, mußte zwar verketzert werden, er erreichte aber doch seinen Zweck; die Absolutisten der Armee traten bald darauf in den Preußenvereinen 'öffentlich' auf,

und die politische Tätigkeit verlor nach und nach den Charakter des 'Unpassenden', um bloß noch gefährlich zu bleiben, wenn sie nämlich den Regierungsansichten nicht entsprach¹²⁾.

Genauso war es zwei Jahrzehnte vorher mit der für unstandesgemäß gehaltenen militärischen Publizistik gegangen. Auch sie verlor für die Dauer der politischen Auseinandersetzung, bis die Revolution gescheitert war und die Reaktion wieder fest im Sattel saß, "den Charakter des Unpassenden". Wenn auch weiterhin prinzipielle Bedenken gegen die öffentliche Meinungsäußerung in den eigenen Reihen der Armee bestanden, das Militär wurde doch aus seiner die liberale Kritik geringschätzenden Neutralität aufgescheucht, als die Idee der Volksbewaffnung einmal vor die Kammern gekommen war. 1827 parierte Pönitz im Allgemeinen Anzeiger der Deutschen einen im gleichen Blatt 1826 veröffentlichten Angriff gegen die Stehenden Heere mit scharfen Worten. Die in Leipzig und Darmstadt von der "Gesellschaft deutscher Offiziere und Militairbeamten" herausgegebene Allgemeine Militair-Zeitung druckte den Aufsatz von Pönitz im März 1827 ab und forderte zur allgemeinen Besprechung und Erörterung der Kritik am Stehenden Heer auf. Damit war das Signal zum Gegenangriff gegeben. Die preußische Militair-Litteratur-Zeitung, seit 1821 von C. v. Decker und L. Blesson redigiert, trat mit auf das Schlachtfeld, und auch die "Zeitschrift für Kunst, Wissenschaft und Geschichte des Krieges" schloß sich an¹³⁾

In der Revolutionszeit wurde die neugegründete Deutsche Wehrzeitung zum Wortführer der preußischen Armee¹⁴⁾

Sie fühlte sich zwar nicht beauftragt von ihr, glaubte aber doch "in ihrem Geiste" zu sprechen¹⁵⁾, und sie stellte stolz fest, daß die Armee "auch eine geistige Macht" sei¹⁶⁾, daß der Soldat die Feder gebrauchen müsse, weil sie oft weiter reiche als die Kanone¹⁷⁾. Ausländische Offiziere werteten allein das Bestehen einer solchen politisch mitstreitenden militärischen Zeitschrift als "assez

liberal".¹⁸⁾ Das Schutz-Organ der Armee mußte allerdings, nachdem die Front einmal bezogen war, notwendig auch in Widerspruch mit der unentschlossenen Haltung der Regierung und des obersten königlichen Kriegsherrn kommen. Die DWZ griff den preußischen Generalmajor und neuen Reichskriegsminister von Peucker wegen seines Huldigungserlasses für den Reichsverweser Erzherzog Johann an und scheute auch nicht folgende Mahnung des Monarchen: Wenn "der König, der Kriegs- und Landesherr, der Hohenzoller, der Sohn Friedrich Wilhelms des Gerechten, der Nachkomme des Großen Kurfürsten und des Großen Friedrich" die Huldigung befiehlt, dann "wird die Armee gehorchen, wie sie am 19. März gehorcht hat! Mit welchen Gefühlen, das hat sie mit sich auszumachen! Dann hat sie aber auch keine Verantwortung! Dann ruft sie: Vivat der Reichsverweser! und - Finis Borussiae!"¹⁹⁾.

Daß die Armee, wenn auch widerwillig, gehorchen werde, versicherte die DWZ in anderen Situationen ebenso, aber die Kritik blieb unverhohlen²⁰⁾. Mit allen Mitteln publizistischer Beeinflussung widersetzte die DWZ sich der Einführung des Verfassungseides bei der Armee, und als am 10. Oktober 1849 von der neugewählten Kammer in Berlin schließlich der Heeres-Verfassungseid abgelehnt wurde, da stellte die DWZ voller Stolz fest: "das gefährlichste Mittel für die Desorganisation und die Unterwühlung der Armee auf gesetzlichem Wege ist beseitigt. Wir sind uns bewußt, redlich für diesen Erfolg gekämpft zu haben"²¹⁾. Als der DWZ im Revolutionsjahr von einem Offizier vorgeworfen wurde, daß man doch nicht gegen die Intentionen des Königs den Verfassungseid ablehnen könne, da versicherte die Redaktion sofort den Gehorsam der Armee, aber sie betonte auch ihr Recht, "als militärische Presse darzutun, welche traurigen „Folgen diese Eidesleistung für die Armee und das Land" haben müsse. Und ganz deutlich zeigt den revolutionären Wandel in der Beurteilung militärischer Publizistik der näch-

Satz: Es sei doch die "Wohltat einer freigewordenen
esse, daß man ungehindert eine andere Ansicht ausspre-
en dürfe, oder solle diese Vorteile immer nur die an-
eifende, zersetzende, destruktive Partei haben?"²²⁾

eilich, bald erstickte der strenge Standesgeist des
aktionär-konservativen Offizierkorps diese freien Re-
agen wieder. Und die DWZ, die gerade noch Maßnahmen
r Regierung, des Ministerpräsidenten von Pfuel attä-
iert hatte, setzte sich den Schutz der Autorität wieder
m obersten Ziel. Nicht nur der König solle vor jeder
itik gefeit sein, auch eine "politische oder unpoli-
sche unloyale Äußerung gegen die Autorität der Regie-
ng" sei zu vermeiden, denn sie müsse in den Augen ei-
s Untergebenen "einer tadelnden Äußerung über die ge-
illigte Person des Königs gleichkommen"²³⁾. Die Revolu-
on war erstickt worden und damit auch der Antrieb zum
blizistischen Widerstand der Reaktion. Die Deutsche
hrzeitung änderte, nachdem der König seinen preußi-
hen Truppen das Ablegen der deutschen Kokarde befoh-
n hatte, am 20.3.1851 ihren Titel in Preußische Wehr-
itung, widmete sich nun rein militärisch-fachlichen
ragen und ging 1854 schließlich ein.

ie Armee wollte in politische Neutralität zurück. Schon
1852 schrieb die Wehrzeitung, daß der Offizier seine
oyale Haltung bewaise, indem er ganz seinen beruflichen
lichten obliegt, die ihm ja auch gar keine Zeit ließen,
len Sinn auf andere weitliegende Staats- und politisch
ngelegenheiten zu richten"²⁴⁾. Von nun an galt auch die
ublizistische Tätigkeit des Offiziers wieder als un-
standesgemäß, obwohl darüber im reglementarischen Ehren-
odex nichts geschrieben stand. Erst 1876 ließ der Kaiser
le zur Disposition stehenden Offiziere darauf aufmerksam
achen, daß sie "in Betreff aller öffentlichen Kundgebun-
en sich in den für die aktiven Offiziere maßgebenden Gren-
en zu halten" hätten²⁵⁾. Diese "durch die Standespflichten
ezogenen Grenzen" wiesen dem Offizier "eine vornehme Zu-

rückhaltung in Schrift und Wort", führte das Militärkabinett 1908 noch zu der Verordnung von 1876 aus, obwohl dann 1911 dem beurlaubten Offizier schon die politische Tätigkeit für die Sozialdemokratie erlaubt wurde.²⁶⁾

Nie mehr erreichte die militärisch-politische Publizistik das Ausmaß und die Heftigkeit wie in der achtundvierziger Revolution. Die literarische, parlamentarische und rednerische Betätigung im Versammlungslokal war im Soge der liberalen Forderungen dem Soldaten möglich geworden. Das macht auch den unerschrocken radikalen Ton verständlich, den der preußische Leutnant Wilhelm Rüstow in seiner Kritik anschlug. Rüstow war überzeugt, daß er für eine gerechte Sache kämpfte, die sich durchsetzen mußte. "Der Enthusiasmus, welcher im März die Massen ergriff", hatte ihn fortgerissen zu der Hoffnung, es sei nun alles schon erreicht und die Freiheit "auf dem friedlichen, gesetzmäßigen Wege der Reformen" ganz zu erlangen, und "so war denn auch alles, was damals aus meiner Feder floß, mit dem Honig des Friedens geschrieben", wie Rüstow zu seiner Verteidigung beim Hochverratsprozeß erklärte.²⁷⁾

Rüstows Zuversicht schwand auch im Sommer 1848 noch nicht, obwohl die reaktionären Fronten in der Armee hart hervortraten, obwohl fast alle Monarchen auf ihren Thronen sich gehalten hatten. Er wartete auf neue revolutionäre Ereignisse und steigerte sich in immer zornigere Anklagen. Selbst nachdem ein Ehrengericht ihn schon zur Verantwortung wegen Kritik an einem königlichen Armeebefehl hatte ziehen wollen²⁸⁾, erlahmte sein Widerspruchsgeist nicht. 1850 wagte er neuerdings einen heftigen Angriff, veröffentlichte unter vollem Namen das Pamphlet "Der deutsche Militärstaat vor und nach der Revolution". Die Schrift wurde sofort beschlagnahmt, und nun geriet Rüstow rettungslos in die Hände der Militärgerichtsbarkeit. Das hatte er voraussehen müssen, denn er schrieb im Vorwort auch schon, daß man ihn einen Verräter nennen werde. "Doch nur das erste Stadium der Revolution richtete sich gegen die Gesetze", betonte Rüstow; "wenn die Völker sehen, daß die neuen Ge-

setze Worte bleiben, solange die alten Personen sie handhaben, dann wendet Zorn und Vernichtungslust sich gegen diese. In diese Zeit ist die Revolution bereits getreten und wird weiter in sie hineinschreiten. Der Verfasser hat mit ihr gehen müssen ...", er ist erbittert über die "Unvernunft der Dinge und die schmachvolle Knechtschaft der Nationen"²⁹⁾.

Rüstow begeisterte sich für die neuen politischen Ideen, für eine Milizorganisation des deutschen Militärs, aber in ihm loderte auch jugendlicher Ehrgeiz nach persönlichem Einfluß auf die Neugestaltung der Armee. Und dieser ungestillte Betätigungsdrang bestimmte den selbstherrlichen Individualisten wohl mit zu seinem gewagten Hervortreten. Die Todesstrafe war von der Berliner Nationalversammlung abgeschafft worden. Wilhelm Rüstow konnte und mußte allerdings mit seiner Verhaftung und kriegsgerichtlichen Aburteilung rechnen, doch hoffte er gewiß schon auf spätere Befreiung, sah sich nach dem Sieg der Revolutionsbewegung wohl eine bedeutende Rolle beim Aufbau des neuen Milizsystems spielen.

Wilhelm Rüstow stand nicht allein im Kampf gegen die reaktionären Kräfte der Armee. Als Angehöriger des ohnehin freisinniger denkenden und stärker mit bürgerlichen Elementen durchsetzten Ingenieurkorps³⁰⁾ hatte er in seiner militärischen Umgebung eher Resonanz als in den adligen Offizierkorps der anderen Waffen. Die Ingenieurtruppen und die Artillerie, natürlich auch die Landwehr waren den neuen politischen Ideen zugänglich. Und hier fand der Liberalismus und die demokratische Heeres-Theorie am ehesten bei den niederen Offizieren Anklang. Zumal die Leutnants, vielfach in bedrückender wirtschaftlicher Lage und den hohen gesellschaftlichen Standesansprüchen schon äußerlich nicht gewachsen³¹⁾, drängten sich in die revolutionäre Bewegung mit hinein. Das Schlagwort der "entlassenen Leutnants-Literatur"³²⁾ ging damals um. Doch diese von der Armee abgestoßenen Offiziere schrieben als Zivilisten.

Rüstow aber hielt aus in der Armee und kämpfte hier unbeeinträchtigt weiter. Er gibt uns aufschlußreiche Zeugnisse für das politische Denken des preußischen Militärs. "Ein großes Zentrum von Schwankenden stand zwischen zwei entschieden entgegengesetzten Parteien, von denen die eine, die absolutistische, bedeutend an Zahl und namentlich in den höheren Graden der Militärhierarchie vertreten war, während die demokratische ihre kleine Schar in den jüngeren Offizieren fand"³³⁾. Schon 1848 hatte Rüstow in einem anonymen Flugblatt den Abgeordneten beschwörend zugerufen: "Es sind die hohen Offiziere, die durch die Ehrengerichte die Subalternen in der Hand haben. Das Heer ist nicht reaktionär, die wenigsten seiner Offiziere sind es aus Grunde ihrer Seele"³⁴⁾. Die demokratische Gruppe in der Armee war aber jedenfalls sehr klein.³⁵⁾ Daß nicht alle Offiziere, die den Absolutismus ablehnten, unverbrüchlich zur liberalen Sache standen, erkannte Rüstow nach der gescheiterten Revolution. Die neuen politischen Ideen hatten auf manchen nicht mehr als nur eine Art modischen Reiz des Ungewöhnlichen ausgeübt. "Ein Schweif von Raisonneurs" hatte sich um die liberal denkenden Offiziere gebildet, "die es bequem hielten, mit der Freiheit zu kokettieren, solange dies ungefährlich war"³⁶⁾, die aber im entscheidenden Moment sofort umschwenkten. Rüstow fand sogar Verständnis für seine abgesprungenen Parteigänger: "Wo stets Stellung und Brot auf dem Spiele steht, wo deren Verlust die unmittelbare Strafe freier Bewegung ist, wo ihr wohl gar noch der Stempel der Ehrlosigkeit aufgedrückt werden darf und aufgedrückt wird, ist es da zu verwundern, wenn viele sich am Scheidewege wenn auch ungern und schüchtern zurückziehen?"³⁷⁾

Rüstow spürte die politische Passivität seiner Landsleute, und er macht deutlich, warum es in Deutschland nur zu einer literarisch-akademischen Revolution von oben kommen konnte. "Vor der Revolution haben sich die Deutschen, aufrichtig gestanden, wenig gefragt, wie die Freiheit errungen und wie sie gestaltet werden sollte. Unser Politisieren war

eine beständige dunkle Variation auf das Thema: daß es anders werden müsse. Unsere politische Trägheit und Mutlosigkeit machte uns in einem viel höheren Grade zu Fatalisten, als wir es eingestehen wollen; wir hofften beständig auf den Weltgeist, ohne zu bedenken, daß die Tätigkeit unseres Geistes und des von ihm gelenkten Körpers auch ein Teil dieses Weltgeistes sei"³⁸⁾. Die gleiche politische Indifferenz sah Rüstow in der Armee. Er erklärt die Gefügigkeit der preußischen Soldaten damit, daß diese "ja nur ein paar Jahre im Dienste seien, und daß es am Ende bequemer blieb, diese paar Jahre sich in alles zu fügen, als sich gelegentlich die Sträflingsjacke auf ein Menschenalter zuzuziehen"; daß der preußische gemeine Soldat "im Durchschnitte wegen seiner Jugend und unvollständigen Bildung nicht das unüberwindliche Bedürfnis" habe, sich "eine Meinung zu bilden und sie laut und entschieden zu bekennen"³⁹⁾.

Rüstow sah durchaus ein, daß der demokratische Soldat sein politisches Recht nur außerhalb des Dienstes üben dürfte, daß er eine Stimme im konstitutionellen Staat als Bürger und nicht als Soldat habe, daß er wohl wählen, in Vereinen und Versammlungen sprechen und in der freien Presse schreiben könne, aber nicht im Dienste rasonieren⁴⁰⁾.

Die Armee müsse sich allerdings auch hüten, ihre Disziplin in den außerdienstlichen Bereich zu tragen, schrieb Rüstow 1849. Er machte der Armee den Vorwurf, daß sie es gerade umgekehrt halte, nämlich sich selbst eine offizielle Meinung zugestehe, "aber die freie Meinung des Bürgersoldaten" unter das Disziplargesetz stelle⁴¹⁾.

Die nach dem Scheitern der Revolution bedrohliche Lage für die Demokraten in der Armee wurde auch von den gutgemeinten Hilfsmaßnahmen der Berliner Nationalversammlung nicht gebessert. Als es in Schweidnitz zu einem Zusammenprall zwischen Bürgerlichen und Gardetruppen gekommen war, brachte der Abgeordnete Stein zwar einen Antrag ein, der die Demokraten aufrief, in der Armee zu bleiben, der aber, wie Rüstow sagt, kein "praktisches Mittel des Schutzes gegen die Quälerei der Reaktion" bot und die Absolutisten keineswegs

zum Austritt trieb. "Statt einen demokratischen Offizier von einem Orte zum anderen zu vertreiben (versetzen genannt), 'weil er demokratische Tendenzen verfolge', versetzte man ihn nun, 'weil er an dem neuen Orte seiner Bestimmung unentbehrlich sei'." ⁴²⁾ Mehr bewirkte es nach Rüstow nicht, daß General Schreckenstein auf den durch Steins Antrag angeregten Nationalversammlungs-Beschluß vom 9. August 1849 hin den Generalkommandos mitteilte, es sei alles zu vermeiden, was die Armee reaktionärer Tendenzen verdächtigen könne. Auch als die Nationalversammlung am 7. September ihren Beschluß erneuerte und das Ministerium zu sofortiger Ausführung aufforderte, besserte sich für die Demokraten in der Armee nichts. Rüstow, der sich dennoch nicht zum Stillschweigen zwingen ließ, vermerkte: "Es hatte sich gar nichts geändert, als daß die Reaktion nur noch übermütiger geworden war" ⁴³⁾.

Das absolutistische Wehrsystem hielt Rüstow für überholt und verderblich. Er bekämpfte es vor allem in der preußischen Armee. Doch die Siege von 1864 und 1866 zwangen ihn wenn auch nicht zu eingestandener Berichtigung, so doch zu positiverer Beurteilung. Nach Königgrätz bescheinigte er dieser während des Verfassungskonfliktes noch wütend herabgesetzten preußischen Militärorganisation "eine Annäherung an das Milizsystem, wie sie keines der Stehenden Heere der Hauptstaaten" aufweisen nun sprach er von "großen Errungenschaften" der preußischen Befreiungskriege, die "der Wille der Regierenden" nicht mehr habe beseitigen können, betonte, daß Preußen im Kampf gegen Österreich der Vorsprung "in der allgemeinen Bildung des Volkes, welche das Ehrgefühl bis in die untersten Schichten hinatschärfe, zugeutgekommen sei" ⁴⁴⁾. Was er immer bestritten hatte, daß die preußische Armee vom Volk getragen und von dessen Geist erfüllt sei - er gab es jetzt zu: "...und wenn nach dem Siege noch so viel davon geschwätzt wird, derselbe werde den vortrefflichen Operationen der preußischen Generale oder der Armeeorganisation von 1860 oder dem Zündnadelgewehr verdankt - es ist nicht wahr. Der echte deutsche Geist, der norddeut-

sche Geist mit allem, was er weckt, Mut und Ehrgefühl, Sinn für die Würde der germanischen Nation, dieser Geist, den unsere großen Dichter und Denker genährt haben, mochten sie in Deutschland geboren sein wo sie wollten, dieser Geist, der in Norddeutschland eingedrungen ist und seine Pflanzstätten gefunden hat, er siegte über ein undefinierbares Völkergeheul, welches künstlich zusammengeschweißt werden sollte. Unter den **gemeinen Soldaten** Preußens, welche den Heldentod starben, waren junge Gelehrte, welche dem ganzen Gelehrten-Troß, der in den verschiedenen deutschen Parlamenten sich breit macht, in Bezug auf Gelehrsamkeit dreist an die Seite treten konnten, tüchtige Techniker, Männer, die sich in den verschiedensten Zweigen der Technik bewährt und einen Namen gemacht hatten. Daß eine solche Beimischung ein ganzes Heer heben muß, versteht sich wohl von selbst"⁴⁵⁾.

Auch in seinen 1872 und 73 erschienenen ersten Bänden "Strategie und Taktik der neuesten Zeit" gestand Rüstow zu, daß der preußische Truppenersatz im Kriege von 1866 viel ergiebiger als der österreichische gewesen sei und das preußische Wehrsystem "eine Menge einigermaßen ausgebildeter Leute der höheren, gebildeteren Klassen zur Verfügung" gestellt habe. Die bis in die Kompagniekreise hinabreichende "Dezentralisation der militärischen Verwaltung" nannte er einen "Vorteil der preußischen Organisation", der "in allen Schichten das Volk zu dem Heere in eine natürliche Beziehung" treten ... "bei jeder militärischen Tätigkeit das ganze Volk" mithelfen lasse"⁴⁶⁾.

Die Belebung der Armee durch das Volk, wie Rüstow sie dann für die preußischen Erfolge von 1806 und 1870 wirken sah - noch 1863 vermißte er sie; die "Harmonie zwischen Volk und Heer, zwischen Bürger und Soldat" fand er in Preußen gestört, und sie schien ihm nur herzustellen "durch die Beseitigung der Stehenden Heere", die den "Fortschritt

zur Freiheit hinderten⁴⁷⁾. 1862 war Rüstow noch überzeugt, "daß man schon am Ende dieses Jahrhunderts über das jetzt noch für unerschütterlich gehaltene System der Stehenden Heere lachen und spotten werde"⁴⁸⁾. In seinen ersten Schriften vor der Märzrevolution hatte er aufgefordert, "das ganze Heer zum Volksheere zu machen" und nicht mehr die Landwehr als "das Heer des Volkes im Gegensatz zu der Linie als dem Heere der Regierung" zu betrachten⁴⁹⁾. Damals, in einem 1847 anonym erschienenen Aufsatz, beschränkte er "das sogenannte Stehende Heer" schon auf seine Ausbildungsaufgabe als permanente "Waffenschule des Volkes", die der Wehrpflichtige "eine der Dauer nach möglichst zu beschränkende Zeit" zu besuchen habe⁵⁰⁾. In Rüstows 1850 erschienener Kampfschrift "Der deutsche Militärstaat vor und während der Revolution" hat "die Waffenschule die äußere Gestalt eines kleinen, über das Land verstreuten Heeres". Wenn sie während der für die Ausbildung nicht geeigneten Wintermonate schließt, kann der Schutz der öffentlichen Ruhe und Ordnung "den Wehrverbänden der waffenfähigen Männer der einzelnen Gemeinden übertragen werden", eines Stehenden Heeres bedarf es dazu nicht.⁵¹⁾

Seine scharfe Kritik an den Stehenden Heeren der deutschen Staaten faßte Wilhelm Rüstow 1850 in folgenden acht Punkten zusammen: "1) Die deutschen Heere sind während der Revolution den Streben nach Freiheit fast ohne Ausnahme entgegen verwendet worden und haben sich zu diesem Zwecke brauchbar erwiesen. 2) Ihre erwiesene Fähigkeit zu solchem Gebrauch macht sie überhaupt unfähig, eine Stelle in dem neuen Staatsgebäude einzunehmen, dessen Aufrichtung die Revolution anstrebt. 3) Die Fähigkeit der bestehenden Heere, wider die Freiheit, von einer Minorität zur Tyranisierung der Majorität des Volkes gebraucht zu werden, entspringt nicht aus der Eigentümlichkeit der Individuen der Heere, sondern aus der Art des Heersystems, in welches sie gedrängt sind. 4) Dieses Heersystem ist nicht bloß freiheitsfeindlich, es entspricht und genügt auch den Forderungen unserer Zeit

nicht mehr in staatsökonomischer und rein militärischer Beziehung. 5) Es muß nicht bloß, es kann auch ohne Gefahr vernichtet werden, weil es möglich ist, etwas besseres an seine Stelle zu setzen. 6) Seine Vernichtung ist nur möglich auf dem Wege der bewaffneten Revolution, weil es eben die bewaffnete Konterrevolution ist. 7) Seine Vernichtung muß eine sehr plötzliche sein, wenn es nicht unmerklich sich neu kräftigen soll. 8) Eben darum muß eine Organisation vorbereitet werden, welche an seine Stelle treten kann und es möglich macht, den Sieg, den das Glück der Volkseite an die Hand gibt, kräftig bis zum Äußersten zu verfolgen"⁵²⁾

Das war offene Aufreizung zur Revolution, obwohl Rüstow vor dem Kriegsgericht sich dann zu verteidigen suchte, er habe doch "nur vom wissenschaftlichen Standpunkt aus" geschrieben und das Interesse des Publikums für die Beschäftigung mit den Wehreinrichtungen gewinnen wollen⁵³⁾. Interessant ist, daß nicht "die Eigentümlichkeit der Individuen", sondern das System verantwortlich gemacht wird. "Man stehe davon ab, auf die preußischen Soldaten zu scheitern, man wende seinen ganzen Zorn auf das System, aber auch seine ganze Kraft auf dessen Vernichtung", forderte Rüstow.⁵⁴⁾

Der preußische Genieoffizier setzte mit seiner Kritik nicht das Reformwerk der Scharnhorst, Gneisenau und Boyen fort; er schlug sich auf die Seite der Liberalen, verfocht dann in der Revolutionszeit, als die liberalen Abgeordneten der Paulskirche gemäßigte Forderungen vertraten, die radikaleren Volksbewaffnungsthesen der demokratischen Linken. Scharnhorst hatte das Stehende Heer keineswegs auslöschen sondern neben der "National-Miliz" als dem Mittel allgemeiner Volksbewaffnung erhalten wollen⁵⁵⁾. Diesem Zweck der Stärkung militärischer Widerstandskraft sollte nach dem Willen der Reformer auch die preußische Landwehr dienen. Die Volksbewaffnung war für die fortschrittlichen Geister der preußischen Armee nach den Befreiungskriegen nicht

mehr als eine Frage der militärischen Organisation, war. kein Verfassungsproblem wie für die Liberalen. Sehr im Unterschied zu Wilhelm Rüstow betrachtete auch Clausewitz die Volksbewaffnung nicht vom innenpolitischen Standpunkt aus, sondern als Mittel zur weiter ausgreifenden Mobilisierung aller vorhandenen Kräfte⁵⁷⁾. Das Stehende Heer zugunsten einer Miliz abzuschaffen, hielt er für unmöglich. "Will man kein Phantom verfolgen, so muß man sich den Volkskrieg in Verbindung mit dem Krieg eines Stehenden Heeres denken, beide in einem das Ganze umfassenden Plane geeignet", sagte Clausewitz⁵⁸⁾.

Radikal abgelehnt wurde das Stehende Heer dagegen von Rotteck, dem Schrittmacher des süddeutschen Liberalismus. Er führte prinzipiell-politische und sittliche Bedenken gegen diese militärische Institution an⁵⁹⁾ und glaubte, daß auch der "bürgerfreundliche Krieger" einstimmen werde "in die Klagen über den Soldaten-Unfug und in den patriotischen Wunsch zur Abschaffung der Stehenden Heere". Rotteck rief mit "inniger Überzeugung" aus: "Die Abschaffung der Stehenden Heere ist das dringendste Bedürfnis und wäre die größte der Wohltaten für jeden einzelnen Staat. Würde sie allgemein und auf immer proklamiert, so wäre dieses die Fülle des himmlischen Segens; es wäre die Ankündigung einer bleibenden Herrschaft des Rechtes und der äußern Freiheit und des Friedens". Die permanenten Ausbildungskader, die auch zur Organisation der Volksbewaffnung weiter nötig blieben, sollten - "um auch den Namen so wie den Geist der bisherigen Stehenden Heere zu vermeiden - die ständige Nationalwehr heißen"⁶⁰⁾.

Die parlamentarischen Vorstöße

In den süddeutschen Verfassungsstaaten wurde das Stehende Heer bald auch schon parlamentarisch angegriffen. 1819 er-

öffnete die zweite Kammer der bayerischen Ständeversammlung den Kampf, aber über ein "theoretisches Bekenntnis"⁶¹⁾ hinaus zeitigte er keine Ergebnisse. Auch die bayerische Ständeversammlung von 1831 versuchte nicht mehr viel für eine Verbürgerlichung des Heeres, kämpfte nur um die Verteidigung auf die Verfassung und gegen die Militärgerichte. Bis 1847 erlahmte in Bayern der Kampf um die Volksbewaffnung gänzlich⁶²⁾. Ebenso hatten die noch entschlossener begonnenen liberalen Reformversuche in Baden keinen praktischen Erfolg. Der Abgeordnete Karl Theodor Welcker forderte 1831 in der zweiten Kammer der badischen Stände "eine konstitutionellere, weniger kostspielige und mehr sichernde Wehrverfassung", ein "kriegerisches Bürgerheer"⁶³⁾. Doch die Liberalen sahen bald selbst ihre Vorschläge als undurchführbar an, und auch Welcker begnügte sich 1833 mit dem Wunsch nach Einrichtung einer Bürgergarde neben dem Stehenden Heer⁶⁴⁾. Für diese Art Volksbewaffnung war ab 1830 auch schon in Sachsen und Kurhessen gekämpft worden, aber weder die sächsische Kommunalgarde noch die zur Verfassungseinrichtung erhobene kurhessische Bürgergarde halfen den liberalen Gedanken der allgemeinen Volksbewaffnung verwirklichen, sie blieben "Krähwinkelpolizei"⁶⁵⁾.

Daß in der Revolutionszeit von 1848 wieder die radikalen Forderungen nach Abschaffung der Stehenden Heere laut wurden, ist verständlich. Doch auch dieser letzte und heftigste Kampf um die Durchsetzung eines bürgerlichen Wehrsystems in Deutschland erlahmte, und zwar nicht nur an der Exekutions-Ohnmacht der Frankfurter Nationalversammlung, sondern ebenso an der praktisch-organisatorischen Unbeholfenheit und Ahnungslosigkeit der mit den Wehrfragen betrauten Abgeordneten. Zwar verkündete die Frankfurter Ober-Postamts-Zeitung im April 1848 optimistisch, die Zeit der Stehenden Heere sei um, und es gebe "nur ein Mittel, die errungene Freiheit für alle Zeiten zu bewahren: gänzliche Auflösung der bestehenden Heere in der allgemeinen Volksbewaffnung",⁶⁶⁾ und schon im Vorparlament wurde von

Struve ein entsprechender radikaler Antrag eingebracht; der Fünfzigerausschuß erklärte auch Mitte April in einem Wahlauftrag noch die allgemeine Volksbewaffnung als beschlossen - doch dieser Schwung brach sich sehr schnell an den ersten sachlichen Schwierigkeiten.

Der Abgeordnete Kuranda, Vorsitzender der "Kommission für Volksbewaffnung", erklärte resigniert, die radikale Umgestaltung der Stehenden Heere scheitere an den inneren, wie äußeren Verhältnissen Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick wie mangels der nötigen Materialien und sachkundigen Mitarbeiter⁶⁷⁾. Kein Militär saß in der zur Erörterung organisatorischer Fragen eingesetzten Kommission. Ein Mann wie Will Rüstow, überzeugt von der Notwendigkeit der demokratischen Heeresreform und außerdem vertraut mit den praktischen Erfordernissen militärischer Organisation und Verwaltung, der bald im Wehrausschuß der Nationalversammlung einsetzenden fachlichen Diskussion und den Befürchtungen der konservativen Offiziere gewachsen - ein solcher Mann fehlte in der parlamentarischen Auseinandersetzung. Mit seinem beharrlichen Widerstand innerhalb der preußischen Armee erreichte Rüstow nicht mehr als persönliches Unglück.

In Frankfurt gab der Fünfzigerausschuß trotz der Einsicht in die Unzulänglichkeit seiner ersten militärischen Arbeit nicht nach und forderte von der Nationalversammlung die Durchführung der Volksbewaffnung. Die Linke führte den Kampf gegen das Stehende Heer auch sofort weiter, doch erfolglos. Der von Offizieren bestimmte Wehrausschuß ließ die Nationalversammlung nicht im Zweifel darüber, daß man sich auf die bestehenden Wehrsysteme und zumal das preußische stützen müsse. Der General Auerswald nannte die geforderte Volksbewaffnung "ein unverantwortliches Vergeuden der Kräfte einer Nation, die man auf die Schlachtbank" bringe⁶⁸⁾. Zwar bequemt der Wehrausschuß sich zu taktischen Zugeständnissen in der Terminologie⁶⁹⁾, aber das preußische Wehrsystem blieb unangetastet. Die geplante Reichsarmee sollte sich

zusammensetzen aus dem Stehenden Heer, der Landwehr I. und II. Aufgebotes und der nicht in die zentrale Organisation einbezogenen einzelstaatlichen Bürgerwehr. Nur noch eine verlachte politische Farce war es dann, daß die Linke zwei Tage vor Auflösung auch des Stuttgarter Rumpfparlamentes ein Gesetz über die Bildung der Volkswehr annahm und deren Eid auf die Reichsverfassung beschloß.

Die preußische Nationalversammlung hatte unterdessen auch einen energischen Kampf gegen die "reaktionären Bestrebungen" in der Armee⁷⁰⁾ geführt, formell-parlamentarisch sogar einen Sieg errungen mit der Erwirkung des entsprechenden ministeriellen Erlasses an die Armee. Aber die Bürgerwehr war wie in Sachsen, Kurhessen und Baden nicht zu der Form und Wirkung gekommen, wie die radikale Linke in Berlin es gewünscht hatte⁷¹⁾. Und auch der gegen starke Widerstände der Regierung durchgesetzte Steinsche Antrag blieb erfolglos, denn mit einem ministeriellen Erlaß "konnte man nicht den Geist der preußischen Armee ändern"⁷²⁾. General von Wrangel rückte in Berlin ein, und am 5. Dezember 1848 löste der König die nach Brandenburg vertagte preußische Nationalversammlung auf. Ein halbes Jahr länger zogen sich die demokratischen Bemühungen um ein neues bürgerliches Wehrsystem in der Frankfurter Nationalversammlung noch hin, doch die Volksbewaffnung hatte schon jetzt endgültig verloren.

Vergeblich suchte die radikale Linke in Sachsen, als sie im April 1849 nach Auflösung der Kammer einen Aufstand angzettelt hatte, die Sympathie des Militärs zu gewinnen. Alle Verbrüderungsversuche scheiterten, mit Hilfe der preußischen Truppen wurde der Putsch schnell niedergeworfen. Nur in Baden lief die Armee zur Revolution über und ließ sich gegen preußische Truppen ins Gefecht führen. Doch gerade an diesem praktischen Beispiel erwies die Volksbewaffnung ihren militärischen Bankrott. Die revolutionäre Regierung rief das Volk vergeblich; nur Freischärler und undiszi-

plinierte Mannschaften meldeten sich für die Volkswehr, und bald sah die Regierung sich zu harten Strafmaßnahmen gezwungen, um einigermaßen die Ordnung aufrechtzuerhalten. In einem Aufruf des Generalkommandanten der Volkswehr hieß es im Mai 1849: "Was ich aber vor allem fordere, das ist Gehorsam; ohne völlige Unterordnung kein Kriegsheer, keine Kraft, kein Sieg!"⁷³⁾. Doch die ihren Garnisonen entlaufenen Soldaten streunten im Lande herum, und die Disziplin schwand vollends, als preussische Truppen in Baden einrückten. Die provisorische Regierung mußte schließlich sogar die Todesstrafe auf den Verkauf von Uniformen oder Ausrüstungsgegenständen setzen und konnte trotz solcher radikaler Maßnahmen keine feste militärische Organisation aufbauen. "Die Verhältnisse in Baden galten fortan als Schulbeispiel für die Demoralisierung einer verbürgerlichten Armee", wie Reinhard Höhn sagt⁷⁴⁾.

Trotz dieser Enttäuschungen kämpfte Wilhelm Rüstow nur um so entschlossener weiter. Noch 1850 warf er revolutionären Zunder aus, geriet nach **Beschlagnahme** seiner Broschüre allerdings in Festungshaft und konnte sich nur durch eine verwegene Flucht in die Schweiz retten. Dort wurde sein Ton etwas mäßiger, denn nun mußte er Geld verdienen und leben von seinen schriftstellerischen Arbeiten, und die Verleger scheinen ihm bald den allzuscharfen Revolutions-Zungenschlag abgewöhnt zu haben. Trotzdem aber blieb Rüstow weiter ein Verfechter demokratischer Miliz-Organisation, wie er sie ja auch in der Schweiz vorfand, verwarf das Stehende Heer. In seinen sachlich gehaltenen "Untersuchungen über die Organisation der Heere" (1855) sagte er, "daß das Milizsystem die natürliche Heerform für die zivilisierten Staaten der Neuzeit sei", und im Stehenden Heer sah er für die Staatsgewalt immer "ein Mittel, sich über den Volkswillen zu erheben, sich gegen ihn aufzulehnen"⁷⁵⁾. Als Rüstow dann 1860 in den Kampf gegen die preussische Heeres-Reorgani-

sation eingriff, war er immer noch ein grundsätzlicher Gegner des Stehenden Heeres.

Militärische Schwäche der preußischen Armee?

Als das Werkzeug des Königs wurde die preußische Armee 1801 in Cavaus klassischem Werk über das Militärrecht bezeichnet⁷⁶⁾, und das blieb sie auch in der konstitutionellen Monarchie. Die vormärzlichen Liberalen aber wollten ein demokratisches Heer, das sich nicht wider das Volk und die freiheitliche politische Entwicklung gebrauchen ließ. Diese innenpolitische Gefahr des Stehenden Heeres beschwor auch Wilhelm Rüstow vor allem. Doch er hält eine Miliz-Organisation außerdem aus wirtschaftlichen und rein militärischen Gründen für zweckmäßiger⁷⁷⁾. 1850 warf er der preußischen Regierung vor, daß die 700 Millionen für den Militär-Etat der vergangenen 33 Jahre "mit einer eigentümlichen Ökonomie verwendet" worden seien, so nämlich, daß längst nicht alle Wehrhaften Waffenübung besäßen. Rüstow fürchtete für Preußens außenpolitische Stellung, hielt es mit dem herrschenden Wehrsystem für "wahrhaftig nicht fähig, auf eigenen Füßen zu stehen". Mit seinen 400 000 Mann mobiler Armee werde Preußen kaum "ganz Europa die Spitze bieten" können, denn "von einer Seite angegriffen und auf den anderen unsicher", brauche es schon 150 000 für die Festungen und 70 000 für Observationskorps. Die "wahre Feuerprobe" sei noch nicht gekommen, sagte Rüstow; die Kämpfe in Dänemark und Posen nannte er "Lappalien", die gewiß nicht zum Hochmut berechtigten. Es werde der preußischen Armee wie 1806 ergehen, prophezeite ihr der Leutnant 1849. Da hätte man nach den Siegen der neunziger Jahre auch "nicht sattwerden können, Wunder von dem Geiste der preußischen Armee auszuposaunen", aber die "wirkliche ernste Probe" sei erst 1806 gekommen⁷⁸⁾.

Auch 1850 in seiner ersten Schweizer Veröffentlichung

schrieb Rüstow: "Gegen außen halten die Stehenden Heere nicht stand; im Innern bringen sie das Volk materiell und moralisch herunter, genügen am Ende zu nichts mehr, als verderbte Nationen im Interesse der Dynastien zu ketten und zu züchtigen"⁷⁹⁾.

Dem widerspricht allerdings, was Rüstow sechs Jahre später sagte. 1856 meinte er, wenn "der Staatszweck eine fortwährende Kriegführung" erfordere "und der Krieg wenigstens in jedem Augenblick vor der Tür" stehe, dann sei ein Stehendes Heer unumgänglich⁸⁰⁾. Da ein Staat mit Miliz-System durch jede Mobilisierung schwer belastet werde, könne er "nicht mit der Mobilisierung spielen" und nicht demonstrieren. "Großmächte und große Handelsstaaten, welche einen Welteinfluß suchen, werden wenigstens für einen Teil ihrer Truppen immer das System des Stehenden Heeres oder eines ihm angenäherten annehmen müssen, weil sie oft genug gezwungen sind zu demonstrieren und notwendig Staatszwecke zu verfolgen haben, welche, wenn auch keineswegs unvernünftig, doch der Masse des Volkes ferner liegen"⁸¹⁾. Hier also räumte Rüstow dem Stehenden Heer ganz allgemein schon eine gewisse militärische Überlegenheit und Notwendigkeit ein, sprach nicht mehr von seiner außenpolitischen Schwäche. Und für den besonderen Fall Preußen gestand er dem herrschenden Wehrsystem nach Königgrätz ebenfalls Vorteile zu, und ganz im Unterschied zu seinen Befürchtungen von 1849 riet er es jetzt in anbetracht der von außen drohenden Gefahren unverändert beizubehalten und die Kontingente der neu erworbenen Länder in die alte Organisation aufzunehmen. Zwar sprach Rüstow auch 1866 davon, daß Preußens Armee sich später noch mehr der Milizform werde nähern müssen, aber im Augenblick hielt er das preußische System "für das zweckmäßigste" und zieh es nicht mehr der militärischen Schwäche⁸²⁾.

Die allgemeine Wehrpflicht

Schon 1847 beklagte Rüstow, daß Preußen eine Riesenzahl von Ungedienten habe, obwohl nach dem von den Reformern geschaffenen Gesetz der allgemeinen Wehrpflicht nur die mediatisierten ehemals Reichsunmittelbaren und die Alleinernährer von Familien ausgenommen sein sollten. In einer langen Friedensperiode könne die Wehrhaftigkeit aber nur erhalten werden durch Institutionen, "welche jeden wehrfähigen Mann sich als Glied eines Wehrverbandes fühlen und für denselben tätig interessieren" ließen. Rüstow wandte sich gegen die herrschenden Musterungsgrundsätze, die zu viele Leute untauglich schrieben, statt auch die Schwächeren für die Aufgaben des Verteidigungskrieges in den Festungen heranzuziehen. Das Freiloson schien ihm noch verderblicher. Damals, im Jahre 1847, empfahl er als einzigen Ausweg zur wirklich allgemein geübten Wehrpflicht ohne weitere Erhöhung der schon drückenden Steuern die Verringerung der Dienstzeit auf ein halbes Jahr⁸³⁾.

1850 schrieb Rüstow dann, daß "die allgemeine Wehrpflicht in Preußen eben auch nur eine Redensart" sei, daß von den bei 16 Millionen Einwohnern jährlich 118 000 Wehrpflichtigen statt der 100 000 tauglichen nur 30 - 40 000 eingezogen würden, also nur "ein Drittel aller Waffenfähigen in Preußen die ganze Last der Wehrpflicht" trage⁸⁴⁾. In seiner 1860 erschienenen Broschüre "Die Wahrheit über den preußischen Wehrgesetz-Entwurf" kritisierte Rüstow wieder das willkürliche preußische Rekrutierungssystem. Während ein Großteil der nicht herangezogenen Wehrpflichtigen für das ganze Leben vom Dienst verschont bleibe, müsse "das eine beglückte Viertel" einberufener Rekruten "bis zum 39. Jahre marschieren, exerzieren" und dürfe "das stolze Gefühl in sich tragen ..., daß jeder Preuße ein Soldat" sei⁸⁵⁾.

Rüstow war nicht zufrieden mit den liberalen Abgeordneten in Preußen. Verächtlich tat er ihre "demokratische tugend-

liche Entrüstung" ab, mit der sie sich für eine Erhöhung der jährlichen Aushebungsquote von 40 000 auf 63 000 Mann eingesetzt hatten. Rüstow rechnete ihnen vor, daß Preußen wenigstens jährlich 120 000 bis 130 000 Rekruten einziehen müsse, um die Lasten gerecht und gleichmäßig zu verteilen⁸⁶⁾.

Die Landwehr

In seine Kritik an der preußischen Armee schloß Wilhelm Rüstow auch die Landwehr mit ein. Zwar betonte er 1847, daß die von ihm "aufgestellten Grundzüge einer preußischen Wehrverfassung, wie sie sein sollte", der allgemeinen demokratischen Volksbewaffnung in Wehr-Gemeinden nämlich, "auf die Ideen basiert" seien, "welche der Landwehrinstitution ihren Ursprung" gegeben hätten⁸⁷⁾. In diesen Anfängen der Landwehr-Idee fand Rüstow das Einschrumpfen des Stehenden Heeres verheißen⁸⁸⁾, sah er das Stehende Heer nur noch als untergeordnete vorschulende Einrichtung für die Landwehr.

Nun konnte aber schon Scharnhorst seine ersten Landwehr-Pläne nicht verwirklichen. Im Bericht der Militär-Reorganisationskommission hatte er 1808 noch vorgeschlagen, die allgemeine Wehrpflicht in einer "Nationalmiliz" leisten zu lassen, ohne die Bürger vorher durch das wenig geachtete Stehende Heer zu treiben⁸⁹⁾. Die Offiziere von den "stehenden Truppen" sollten nach Scharnhorsts ursprünglichem Plan nur zwei Monate lang als Instruktoren zur Nationalmiliz, dann sollten die "einmal geübten Offiziere, Unteroffiziere und Leute der Provinzialtruppen keine weitere Anweisung" erhalten⁹⁰⁾. Doch als eine so abgetrennte Sonderformation für das besitzende und gebildete Bürgertum konnte Scharnhorst die Landwehr nicht mehr einrichten, nachdem Napoleon Preußen die Organisation einer Miliz verboten hatte. In den "Freiwilligen Jäger-Detachements"

schuf Scharnhorst wohl 1813 eine eigene bürgerliche Formation für "diejenige Klasse der Staatsbewohner, welche nach den bisherigen Kantongesetzen vom Dienst befreit und wohlhabend genug sind, um sich selbst bekleiden und beritten machen zu können"⁹¹⁾ - aber die eigentliche Landwehr wurde 1813 keine Sonder-Organisation für das Bürgertum mehr; in ihr sammelten sich jetzt alle noch nicht erfaßten Kräfte des Landes, auch ausgeschiedene Soldaten und verabschiedete Offiziere. Den Bürger stellte die allgemeine Wehrpflicht nun ins Stehende Heer, und Scharnhorst sprach nicht mehr davon, daß der bürgerliche Geist hier Schaden nehmen könne.

Kriegsminister Boyen schloß das militärische Reformwerk dann 1814 ab, indem er die Landwehr neuerdings umwandelte, nur in der Schule des Stehenden Heeres ausgebildete Mannschaften nach fünfjähriger Dienst- und Reservezeit in das erste Aufgebot der Landwehr einrücken ließ. Aus der "Rekrutenmiliz" von 1813 wurde so durch Boyens Neuorganisation ein "Veteranenkorps"⁹²⁾. Allerdings trennte Boyen die Landwehr dann deutlich von der Linie ab; bis zum Divisionsverband war sie ganz eigenständig nach landschaftlichen Bezirken formiert. Erst das Generalkommando einer Provinz faßte Linien- und Landwehrtruppen zusammen. Boyen und sein Reformerkollege Grolman nahmen aber bald den Abschied, weil sie sich nicht in die reaktionäre Entwicklung des preußischen Heerwesens schicken wollten. Und Jahrzehnte hindurch wurde nun die Stellung der Landwehr geschwächt, wozu freilich auch schon die Boyensche Abspaltung beigetragen hatte.

Für die vormärzlichen Liberalen wurde die Landwehr ein demagogisch brauchbares Kampfmittel gegen das Stehende Heer⁹³⁾. Wilhelm Rüstow aber setzte schon vor der Revolution nicht viel Hoffnungen in die Landwehr. Die begriffliche Trennung der beiden preußischen Heer-Institutionen schien ihm gefährlich. Er fürchtete, die eigentliche und tiefgreifende Umgestaltung könnte erlahmen, weil man in der Landwehr schon

"Das Heer des Volkes im Gegensatz zu der Linie als dem Heere der Regierung" zu haben meine - statt "das ganze Heer zum Volkstheater zu machen"⁹⁴⁾. 1850 bezeichnete Rüstow die Landwehr als nicht volkstümlich, weil ihr nur Bürger angehörten, die noch die "verderbliche Schule" des Linienheeres durchgemacht, weil auch längst nicht jeder Bürger Landwehrmann werde, sondern nur ein Drittel der Wehrfähigen. Die bürgerlichen Kompanie-Kommandeure seien "im Lauf von 33 Friedensjahren bis auf die letzte Spur" beseitigt worden, sagte Rüstow, und die bürgerlichen Subalternoffiziere hätten bei der Linie "Kastenerziehung" genossen. "Weiterhin war die ganze Verwaltung der Landwehr, ganz wie die der Linie, schon während des Krieges von 1813-1815 den Händen der Gemeinden entzogen und Sache des Staates, d.h. der absoluten Staatsregierung geworden ... die Landwehr ist in Preußen nichts mehr als beurlaubte Linie" - zu diesem Schluß kommt der preußische Leutnant Wilhelm Rüstow wie etwa auch der Radikale Robert Blum⁹⁵⁾.

Die Achtundvierziger erwarteten sich von der Landwehr nichts für ihre Volksbewaffnungspläne. Diese verkümmerte Form einstiger nationaler Wehrkraft war auf der anderen Seite für die reaktionäre Militärpartei und die konservativ-royalistischen Kreise des Offizierkorps nur ein wenn auch nicht politischer so doch einfach militärischer Hemmschuh. Schon in den zwanziger Jahren hatte König Friedrich Wilhelm III. die Landwehr wegen ihrer militärischen Mängel abschaffen wollen, sie dann aber doch beibehalten, nachdem sie zusammen mit der Linie in kombinierten Verbänden die Manöverprüfung bestand⁹⁶⁾. Nach den schlechten Erfahrungen, die Preußen mit seiner Landwehr in der Revolutionszeit, besonders während des badischen Aufstandes, gemacht hatte⁹⁷⁾, setzte sich Kronprinz Wilhelm, der später König und Kaiser Wilhelm I., für "eine innigere Verbindung der Landwehr mit der Linie" ein, "so, daß die Landwehr als die Beurlaubten der Linie erscheinen, in deren Reihen sie zu Friedensübungen und also auch im Kriege eintreten"⁹⁸⁾. Dem Namen nach

zwar durfte die alte Institution Landwehr auf diese Weise fortbestehen, aber ihre Idee und Aufgabe war verloren. Freilich dauerte es mit der Reorganisation des preußischen Militärs noch bis 1859, und eher wurde die preußische Landwehr trotz vieler entsprechender Pläne auch nicht zu einer Reserve der Linie gemacht⁹⁹⁾.

Rüstow hatte 1848 schon erkannt, daß die Landwehr als politisches Mittel nicht mehr zu brauchen war. Aber er trat für sie während des preußischen Heereskonfliktes ab 1860 noch einmal ein, unterstützte die radikale Linke des preußischen Abgeordnetenhauses und schrieb im Stil der Revolutionszeit weiter. Wie sehr die antidemokratischen altliberalen Abgeordneten von diesem scharfen Kurs abwichen, machen Äußerungen der beiden Vincke deutlich. G.v.Vincke mißbilligte in der Militärkommission von 1860 die Bezeichnung der Landwehr als "Hort der Freiheit des Landes"¹⁰⁰⁾, und Vincke-Olendorf bezeichnete das Stehende Heer der allgemeinen Wehrpflicht nicht als eine Bedrohung, sondern als eine "große Garantie für die Freiheit"¹⁰¹⁾.

Rüstow nannte die preußische Landwehr auch 1863 in seiner "Warnung vor den Kompensationen" "eine wenig kostspielige Organisation"¹⁰²⁾... eine wahre Volkswehr, über welche eine möglicherweise verbrecherische Regierung nicht jene Dispositionsfähigkeit hat wie über das Linienheer ... eine Truppe, welche gut zum Ausschlagen gegen den äußeren Feind, sich nicht zur Unterdrückung des Volkes gebrauchen läßt ... das Band, welches Heer und Volk innig verknüpft, welches das Leid des Krieges in alle Schichten des Volkes zurückträgt... den Anknüpfungspunkt endlich neuer zeitgemäßer Entwicklungen des Heerwesens in Europa, in der Welt"¹⁰³⁾.

Daß dies freilich Illusionen waren, wußte Rüstow selbst, und er steckte die praktischen Ziele im Streit um die Reorganisation der preußischen Armee niedriger, indem er sagte, daß sein eigenes Leben zwar der Kampf fürs Milizsystem sei, daß es ihm aber vom preußischen Volk genug getan schiene, wenn es "auf dem Wege zum Ideale, welches die gegenwärtige

Geschichtsperiode in militärischen Dingen" verfolge, nur Rückschritte vermeide und das Erreichte sichere. Diese "Erhaltung einer notwendigen, sich selbst als notwendig fühlenden, darum auch starken und tüchtigen Landwehr" schien Rüstow mit Roons Plan einer siebenjährigen Dienstpflicht bei der Fahne und in der Reserve unmöglich, denn so bekomme die Linie eine "numerische Stärke, welche eine Zurückstellung der Landwehr hinter die Kulissen" ermögliche, zumal "wenn man die kleine preußische Politik von jetzt" berücksichtige. Rüstow sah die Landwehr 1863 noch für lebensfähig an mit einer Linien-Dienstpflicht von insgesamt fünf Jahren. Um "dem Institut der Landwehr den alten Glanz, die alte Ehre, den alten Wert zurückzugeben", brauche es allerdings ein eigenes kräftiges Offizierkorps, dem der Aufstieg in der militärischen Hierarchie ermöglicht werden müsse. "Um eine wirkliche Landwehr zu haben", so griff Rüstow den allerdings unter Manteuffels Eingebungen immer weiter von seinen Koblenzer liberalen Ideen abrückenden König Wilhelm I. an, "müsse man Landwehroffiziere haben, die nicht Bediente der Bedienten eines beliebigen junkerlich gesinnten, in allem Junkerblödsinn bis über die Ohren steckenden Königs von Preußen" seien¹⁰⁴).

Das Offizierkorps als "Adelsversorgungsanstalt"

Nicht auf den preußischen Soldaten, sondern gegen das ihn umklammernde Wehrsystem sei aller Zorn zu richten, hatte Rüstow 1850 gefordert, und im Offizierkorps sah er die eigentlichen Feinde der demokratischen Volksbewegung und Heeresumwandlung nur auf den höheren Stellen. Zwölf Jahre später, als er selbst nicht mehr eine wirkliche Reform an Haupt und Gliedern des preußischen Militärs für möglich gehalten haben mag, stieß Wilhelm Rüstow mit seinen Angriffen vor allem gegen das Offizierkorps¹⁰⁵) vor. Die während des ganzen Reorganisationskampfes Zankapfel bleibende Wehrdienst-

zeit galt ihm für nicht so wichtig wie eine "Reform des Offizierstandes". Selbst wenn die Präsenzzeit des Soldaten noch viel stärker als von drei auf zwei Jahre verkürzt werden sollte und man zu wählen hätte zwischen dieser Reduktion und der Reform des Offizierkorps, "würde man zuerst an diese letztere gehen müssen"¹⁰⁶⁾. Wilhelm Rüstow erkannte ganz richtig, daß viel mehr als ein drittes Jahr Dienstzeit der Geist des Offizierkorps die Armee bestimmte.

Dieses preußische Offizierkorps, dem er selbst einst angehört, fand Rüstow nach dem Sieg der Reaktion völlig vom Adel beherrscht, er nannte es "eine Versorgungsanstalt des preußischen Adels",¹⁰⁷⁾ "eine Versorgungsanstalt für solche, die zum großen Teil durchaus nicht auf der Höhe der Bildung" ständen, "welche der ihnen künstlich gemachten sozialen Stellung entsprechen würde"¹⁰⁸⁾. Und Roons Reorganisationsplan bezeichnete er als "ein Mittel, die Hilfsquellen dieser Versorgungsanstalt zu vermehren", durch neu geschaffene Stellen für Berufsoffiziere nämlich¹⁰⁹⁾. Wie vor der Niederlage von 1806 sei der preußische Offizierstand erneut eine "Domäne des Junkertums"¹¹⁰⁾ geworden, sagte Rüstow, und er warnte, daß mit der Adels Herrschaft wieder ein Unglück wie 1806 über Preußen kommen werde.

In dem 1862 erschienenen Buch über den italienischen Krieg von 1848/49 findet sich eine noch schärfere Formulierung dieser Adelsfeindschaft. Rüstow spricht da von der "Ernährung der Dienstaristokratie aus dem Säckel des Mittelstandes", von "der elenden, auf Kosten des Mittelstandes lebenden Bedientenaristokratie, welche wesentlich die Offizierstellen in den Heeren" einnehme und "nach den ihr von oben her zugehenden Instruktionen den Zwiespalt zwischen dem dritten und vierten Stand" nähere, "so daß bei jedem entschieden hervortretenden Fortschrittsstreben fast ohne alle Mühe von der Bedientenaristokratie der vierte, als Heer organisierte Stand gegen den dritten (vermöge des Konskriptionssystems aber nicht organisierten Stand) ins Feld geführt werden" könne, "gegen das Interesse beider Stände"¹¹¹⁾.

Die zutiefst bürgerliche Kritik, die allein in dem Ausdruck "Versorgungsanstalt" aufbricht, war schon zu Anfang des Jahrhunderts unter das preußische Militär getragen worden durch die Reformer. Scharnhorst selbst hatte statt der alten adeligen Standesprivilegien und Geburts-Autorität Leistung und Prüfungswesen zum Auswahlprinzip gemacht. Scharnhorst sagte auch, daß es nicht Aufgabe der Armee sei, "alte Männer zu versorgen", daß "die Armee nicht der Individuen, sondern diese der Armee wegen" da seien¹¹²⁾. Und wie die Reformer so machte auch Wilhelm Rüstow Leistung, Führungsfähigkeit und Bildung zum Maß der Offiziers-Eignung. Allerdings durchbrach er dieses Prinzip selbst wieder, indem er das preußische Offizierkorps gleichsam statistisch-paritätisch zusammensetzen wollte. 1862 errechnete er als "das richtige Verhältnis" "auf 12 000 preußische Offiziere etwa 333 Adlige". Nach der Rangliste von 1856 fand er den Adel im preußischen Offizierkorps (einschließlich der Landwehr beider Aufgebote) "ungefähr sechzehn bis siebzehn Mal so stark vertreten, als es bei natürlichen Verhältnissen sein sollte"¹¹³⁾, in der Linien-Infanterie gar achtundzwanzigmal so stark.

Rüstow meinte, es müsse unbedingt einen schädlichen Einfluß auf die preußische Armee haben, daß sie ihren "Geist... fast ausschließlich nur aus einer Kaste von 68 000 Menschen" ziehe¹¹⁴⁾, und er hielt die aus eigener Kraft mit den "schwierigsten und kompliziertesten Lebensverhältnissen" fertig gewordenen bürgerlichen Landwehroffiziere für "viel bessere höhere Führer ..., als sie sich aus dem verdumpfenden und versumpfenden Elemente unseres Berufsoffizierstandes" entwickelten¹¹⁵⁾. Das ist nun zweifellos eine von Rüstows Übertreibungen, die er bei einigem Überlegen als militärischer Fachmann selbst wohl kaum behauptet hätte. Aufschlußreich dagegen ist es, wenn er uns berichtet, daß die sogenannten "Springavancements", die Beförderungen "außer der Tour" "vorherrschend dem Adel" zugutekämen, und daß "die Artillerie, diejenige Waffe, in

welcher die Bürgerlichen wirklich vorherrschen, eine in Preußen leider häufig mit Mißachtung behandelte" sei¹¹⁶⁾.

In seinen Revolutionsschriften hatte Wilhelm Rüstow den Adel noch nicht angegriffen. 1850 machte er nur einmal den Kommandeuren den Vorwurf, daß sie "nicht auf Kenntnisse und dergleichen Dinge" sähen, sondern auf die Familienherkunft des Offizieranwärters, der vor seiner Eintrittsprüfung schon die Einwilligung des Kommandeurs der von ihm gewünschten Einheit brauche¹¹⁷⁾. Daß Rüstow nicht schon damals die militärischen Junker aufs Korn nahm, ist erstaunlich. Denn in Sachsen zum Beispiel, wo auch für die Verbürgerlichung des Heeres gekämpft wurde, fiel man in der zweiten Kammer des von Radikalen beherrschten Landtages 1849 heftig über den Adel her, und in Preußen war ja wirklich bald nach der Reformzeit - mit ihrem bürgerlichen Ideal der gleichen Chance für alle - im Offizierkorps der Adel wieder stärker und absolut beherrschend geworden. Ende 1815 bestand fast ein Drittel des ganzen Offizierkorps aus Bürgerlichen, die Scharnhorst in den Sonderverbänden der Freiwilligen Jäger herangezogen hatte und von denen viele nach dem Krieg nicht mehr ins Zivilleben zurückgingen. 1819 standen bei der Linie in Preußen sogar noch 3053 bürgerliche neben 3605 adligen Offizieren¹¹⁸⁾. Doch die konservativen Gegenkräfte wurden bald wirksam, und zu ihrer Festigung in der Restaurationszeit trug die romantische Verklärung der alten patriarchalisch-korporativen Institutionen deutscher Vergangenheit ebenfalls bei¹¹⁹⁾. Die Revolution von 1848 gab dem Adel im preußischen Offizierkorps dann noch mehr Halt, sie bewirkte also grade das Gegenteil von dem, was Rüstow und die Demokraten sich erhofft hatten. Die Reaktion zwischen 1850 und 1860 schließlich machte, wiewohl auch von der Armee selbst die politische Neutralität gefordert wurde¹²⁰⁾, aus dem preußischen Offizierkorps wirklich eine Junker-Partei!

Anhand der preußischen Rang- und Quartierliste von 1861 führt Wilhelm Rüstow vor, daß im preußischen Garde-Regiment

zu Fuß von 94 Offizieren nur neun bürgerlich waren, und da diese neun die Arzt- und Zahlmeisterstellen innehatten, fragte Rüstow spöttisch, ob der preußische Staat denn nicht sechs adlige Ärzte und drei adlige Zahlmeister aufreiben könne für sein 1. Garde-Regiment zu Fuß¹²¹⁾. Im Jahre 1860 bestand das gesamte preußische Offizierkorps zu 65 Prozent aus Adligen, und 86 Prozent der Generale und Obersten waren adlig. Allerdings verringerte sich die Adelsquote in den sechziger Jahren und zunehmend dann bis zum ersten Weltkrieg ständig weiter. 1913 bestand das Offizierkorps zu 70 Prozent aus Bürgerlichen und sogar auf den Generals- und Obersten-Stellen saßen schon 48 Prozent von ihnen¹²²⁾. Im Krieg von 1870/71 hatte sich die Brauchbarkeit auch dieses sozial nicht mehr so homogenen Offizierkorps erwiesen, und seit der Reorganisation war einfach der Bedarf an Offizieren zu stark gestiegen, als daß er mit dem "guten, alt-preußischen Offiziersersatz"¹²³⁾ allein wäre zu decken gewesen. Wie sehr schließlich diese Verbürgerlichung des preußisch-deutschen Offizierkorps ein Teil nur des allgemeinen sozialen Umschichtungsprozesses war, macht die Tatsache deutlich, daß auch die ostelbischen Rittergutsbesitzer der sechs östlichen Provinzen Preußens gegen Ende des 19. Jahrhunderts nur noch zu einem Drittel adliger Herkunft waren¹²⁴⁾.

Der Kastengeist im Offizierkorps

Von Rotteck bis Rüstow handelten alle liberalen und demokratischen Militärpläne davon, die Armee in einem politisch selbstbewußt und souverän gedachten Volk zu verankern. Die Armee sollte keinen Staat im Staate bilden, der Soldat Bürger bleiben und nicht politisch und sozial eine Sonderstellung beanspruchen. Eine Versöhnung wenigstens zwischen Soldat und Bürger war in der preußischen Armee schon sehr früh versucht worden. Im Jahre 1798 wandte König Friedrich Wilhelm III. sich in einer Kabinettsorder energisch dagegen,

daß"besonders junge Offiziere Vorzüge ihres Standes vor dem Zivilstande behaupten wollen". "Arrest, Kassation und Todesstrafe" drohte er dem Soldaten, "wes Standes und Ranges er auch sei", an, der einen seiner Bürger zu "brüsqiren" versuche¹²⁵⁾. Und der Reformler Gneisenau empfahl, "den höhern Militärbefehlshabern es aufs neue zur Pflicht zu machen, darüber zu wachen, daß ihre Untergebenen und besonders die jüngern Offiziere sich keine Verletzung der Bescheidenheit und Achtung gegen Personen vom Zivilstande zuschulden kommen" ließen. "Die Vorgesetzten" sollten "ihre Untergebenen durch Beispiel und Lehre überzeugen, daß nur ein höfliches Betragen gegen Personen anderer Stände den Mann von Erziehung bezeichne und ihm am gewissensten die öffentliche Achtung sichere"¹²⁶⁾.

Doch nach den Freiheitskriegen versuchte die Armee sich wieder vom Volke abzuschließen, das Offizierkorps drängte die bürgerlichen Elemente zurück, nahm andererseits die von Boyen abgetrennte Landwehr fester in sich auf, und so bildete sich in der Restaurationsperiode der militärische Standesgeist wieder kräftig aus. Daß die Armee außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft stehe, gegen diese liberale Kritik versuchte der konservative preußische Offizier und Militärpublizist L.Blesson immerhin beschwichtigend festzustellen, daß Soldat und Bürger "auf gleicher Stufe" stünden; doch betonte Blesson andererseits wie der maßgebende Militärrechtler Karl Gustav von Rudloff, daß das Militär "ein besonderer Stand"¹²⁷⁾ sei. Und die Militärlitteratur-Zeitung schrieb 1827, daß man als Gleichheit vor dem Gesetz doch nur betrachten könne, wenn "jeder in seinem Stande vor der diesem eigentümlich angehörenden Gesetzgebung gleich sei", nicht wenn "einzelne Individuen eines Standes sich auf eine diesem fremde Gesetzgebung" bezögen¹²⁸⁾.

Als besonderer Stand innerhalb des staatsbürgerlichen Verbandes wollte die Armee gelten¹²⁹⁾. Aber sie lehnte sich dagegen auf, eine Kaste geschimpft zu werden. Dieses Ausdrucks bedienten sich die Liberalen bei ihren Angriffen,

sodaß er 1843 in einer preußischen Militärzeitschrift schon "Modewort der Zeit" genannt werden konnte¹³⁰⁾. Wilhelm Rüstow verwendete ihn 1847 zum erstenmal, schrieb anonym in der Minerva, das "Stehende Soldheer" werde immer "eine vom Volke streng geschiedene Kaste bilden"¹³¹⁾; "der Gegensatz von Soldat und Nichtsoldat" müsse sich notwendig immer entwickeln, wenn der Friede eine ganze Generation überdauere, die nur zum Teil "sich in ihrem Waffenrechte fühlen" lerne¹³²⁾. Schon in seiner allerersten, auch anonymen, Veröffentlichung hatte Rüstow 1843 gefordert, die Friedensbesatzungen der Festungen nicht in die Reduits der vorge-lagerten Werke abzuschieben. "Wozu eine solche Scheidung der Bürgerschaft und der Soldaten, da sie doch eigentlich eins sind!"¹³³⁾. In seiner Revolutionsschrift von 1850 wetterte Rüstow, daß dem Volk auf die Besetzung von Offizierstellen noch kein Einfluß gegeben sei, daß sich die "Kaste" immer noch "unabhängig vom Volk und anscheinend selbständig, in der Tat aber durchaus in Abhängigkeit von der Regierung, d.h. in deren Sinn" ergänze¹³⁴⁾, daß die bürgerlichen Subaltern-Offiziere der Landwehr bei der Linie "in Kastenerziehung" kämen¹³⁵⁾.

Für Rüstow war der Kastengeist Ergebnis eines systematischen "Bevormundungssystems" im Offizierkorps¹³⁶⁾. Er warf der preußischen Regierung vor, daß sie die "einzelnen Offiziere einen jeden möglichst abhängig von seiner Stelle und die Behauptung dieser Stelle durchaus abhängig von der Regierung" mache¹³⁷⁾, und zwar durch Förderung der "gemeinen Alltags- und Gamaschenbrauchbarkeit" für den militärischen Dienst, aus der eine Hilflosigkeit "in anderen Lebenslagen" entstehe¹³⁸⁾. Die "detailliertesten Vorschriften für jede Kleinigkeit" hinderten den Subalternen "förmlich am Überlegen", und in dauernder Beobachtung der Instruktionen "rein zur Maschine herabgebracht", müsse der Offizier mit zunehmendem Dienstalder immer mehr "ein tiefes Gefühl seiner Überflüssigkeit gewinnen"¹³⁹⁾. Das war die bittere Anklage eines revolutionären Geistes, der sich von der preußischen

Militärhierarchie eingezwängt fühlte. Daß die Offiziere zur Kaste sich zusammenschlossen, sah Rüstow als Folge ihrer individuellen, aus Bildungsmangel entstehenden Unsicherheit an, und gefördert fand er diese Kastenbildung durch den "indirekten Zwang zur den gemeinschaftlichen Tischgesellschaften" und die Kadettenanstalten¹⁴⁰⁾. Die in solchem Geiste erzogenen Offiziere mußten nun "zuverlässig auch eine Heereskaste" der Armee insgesamt ausbilden durch ihren Einfluß auf die Soldaten¹⁴¹⁾. Erleichtert würde ihnen dieses Geschäft, meinte Rüstow 1850, durch die "Losreißung" der Soldaten "von dem Boden ihrer Heimatgemeinde", durch "die Unterbringung der Truppen in Kasernen, durch einen besonderen Gerichtsstand, durch eine besondere Bekleidung, die die jetzige Regierung sich angelegen sein ließ so geschmackvoll und romantisch wie möglich zu machen". Durch alle diese Einrichtungen werde in den jungen Leuten, "ihnen selbst unbewußt", das Gefühl hervorgerufen, "daß sie etwas Besonderes seien"¹⁴²⁾.

Dieses Eigendasein eines vom Volk abgesonderten Militärstandes wollte man in den konstitutionellen Verfassungsstaaten nun aber auch nach der gescheiterten Revolution noch beenden. In der preußischen Nationalversammlung wurde gefordert, "die bewaffnete Macht außer dem Kriege und dem Dienste unter die bürgerlichen Gesetze" zu stellen, um so die "seitherige Trennung des Militärs von den übrigen Klassen der Bevölkerung immer mehr zu beseitigen"¹⁴³⁾. Die von dem sächsischen demokratischen Oberleutnant Hermann Müller geleitete Deutsche Kriegerzeitung wollte, daß der "Kriegerstand als ein gesonderter Stand zu sein aufhöre"¹⁴⁴⁾. Die praktische Gleichstellung von Soldat und Bürger zeigte sich in Sachsen, als nach dem Wahlgesetz vom 10.4.1848 bei der Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung auch die Soldaten ihr Stimmrecht üben durften¹⁴⁵⁾. Württembergische Soldaten teilten der provisorischen badischen Regierung 1849 in einer Adresse mit: "Es gibt keine Soldatenkassen mehr. Wir sind Bürger, weil wir Söhne der Bürger und des

Volkes sind..."¹⁴⁶⁾.

Doch die Reaktion erstickte alle diese Versuche zur Verbürgerlichung der stehenden Monarchen-Armeen. Der Kastengeist trat nach der Revolution nur noch kräftiger hervor¹⁴⁷⁾. Wilhelm Rüstow versuchte zwar nach 1860 erneut mit heftigen Angriffen den "traditionellen blödsinnigen Aberglauben von dem spezifisch preußischen Offizierstand zu vertreiben¹⁴⁸⁾, aber in der Siegesbegeisterung nach Königgrätz und Sedan fand solche Kritik kein Gehör mehr. Daß dem Militär und zumal seinem Offizierkorps das Volk noch zehn Jahre früher nicht sehr hold gewesen war, berichtet auch Theodor von Bernhardi. Von dem Gesandten Savigny in Brüssel ließ er sich sagen, "Preußen sei auswärtig und namentlich im südlichen Deutschland grenzenlos verhasst und nicht etwa bloß bei den Regierungen, sondern bei der Bevölkerung ohne Ausnahme. Viel trage dazu der unerträgliche Dünkel bei, den unsere jüngeren Offiziere mit Behagen zur Schau trügen ... Im ganzen übrigen Deutschland sei der Gegensatz, alle Antipathie zwischen Militär und Bürger durchaus verschwunden, ganz allein bei uns habe sich der Haß zwischen Zivil und Militär konzentriert"¹⁴⁹⁾.

Der Repräsentationszwang

Den Unwillen Rüstows erregte der vom Adel beherrschte preußische Offizierstand auch durch den übertriebenen Repräsentationszwang. "Die aristokratischen Standesansprüche erforderten "einen gewissen Aufwand ..., der von dem Beamten selbst keineswegs bedingt" sei, und das vom Staat bezahlte Gehalt genüge nicht, "um diese Standesansprüche auch in den unteren Graden zu erfüllen", sagte der längst ausgeschiedene ehemalige Leutnant für viele unbemittelte junge Offiziere der preußischen Armee¹⁵⁰⁾. Tatsächlich mußte König Friedrich Wilhelm IV. 1841 in Erkenntnis dieser Schwierigkeiten schon darauf hinweisen, daß "bei den gemeinschaftlichen Offizierspeise-Anstalten jeder dem Zweck ihrer Ein-

richtung nicht entsprechende Aufwand abzuwenden" sei¹⁵¹⁾, und sein Nachfolger Wilhelm I. hatte 1860 als Prinzregent in einer von Roon gegengezeichneten Kabinetts-Order den "bei einigen Truppenteilen eingerissenen, ganz unmilitärischen Luxus" zu mißbilligen, "der mit der wünschenswerten Einfachheit der militärischen Existenz im schneidensten Gegensatze" stehe¹⁵²⁾.

Rüstow sah als Hauptübel die korporative Geschlossenheit des Offizierkorps an, ihm schien ein Unterschied "in der sozialen Stellung vollständig gerechtfertigt". Daß an alle Offiziere "vom jüngsten Leutnant bis hinauf zum Feldmarschall" die gleichen gesellschaftlichen Ansprüche "in Bezug auf Lebensweise, Umgang etc." gemacht wurden, hielt er für verderblich¹⁵³⁾. Daß "der Leutnant dem Feldmarschall näher stehe als der Unteroffizier dem Leutnant", nannte Rüstow die "blödsinnige Ansicht vom preußischen Offizierstande"¹⁵⁴⁾. 1863 riet er Preußen dazu, Unteroffiziere mit sechs Jahren Dienstzeit auf die freien Offizierstellen zu befördern¹⁵⁵⁾, um so den abgeschlossenen Stand sozial aufzulockern. Schon 1855 hatte Rüstow in seinen "Untersuchungen über die Organisation der Heere" festgestellt, daß die "nur in Folge historischer Verhältnisse" gesetzte "Grenze zwischen Offizieren und Unteroffizieren" vernünftig nicht zu vertreten sei, daß es "zuviel Klassen von Offizieren und zu wenig Klassen von Unteroffizieren" gebe¹⁵⁶⁾.

Rüstow empfahl eine von der militärischen Bildung und den Aufgaben bestimmte neue Gliederung in drei Gruppen. Bis einschließlich zum Kompaniekommandanten rechnete er die "handwerksmäßige" beschäftigten "niedersten Führer", die "fortwährend im Verbande der taktischen Einheit" blieben. Zur zweiten Gattung, die höheren taktischen Blick und kriegswissenschaftliche Bildung brauche, gehörten die Kommandanten der Bataillone, Batterien, Schwadronen, Regimenter und Brigaden. Von den Oberfeldherren und Divisionskommandanten der dritten Gattung verlangte Rüstow

"die leichte, klare Übersicht über komplizierte und größere Verhältnisse"; hier bedürfe es "politischer Einsicht und ganz besonders auch der Einsicht in die bürgerliche Verwaltung"¹⁵⁷⁾. Den "jüngeren Generalstabsoffizier" sah Rüstow als "ebenbürtigen Gehilfen" des "genialen Feldherrn" und rückte ihn auch auf die oberste Stufe¹⁵⁸⁾. Für ihn wünschte er sich, man möge "das Vorbild der alten römischen Republik" nachahmen und die öffentlichen Ämter verwaltenden Bürger so ausstatten, daß sie auch ohne Privatvermögen wie der Reichste auftreten könnten. Rüstow fürchtete die Verkümmern der Generalstäbe während der Friedenszeit, sah in ihnen zu viele reiche junge Leute, die zwar gut reiten und tanzen konnten, die nötige Verwandtschaft und wohl auch eine "sogenannte gesellschaftliche Bildung" hatten, aber kein gründliches militärisches Wissen¹⁵⁹⁾. Wilhelm Rüstow beklagte sich, daß "sehr viel Mißbrauch mit vagabundierenden sogenannten Generalstabsoffizieren getrieben" werde, und er wünschte, daß man "den Gallopin und den Vergnügungsreiter" von dem wirklichen Generalstabsoffizier auch durch äußere Abzeichen unterscheidet¹⁶⁰⁾.

Militärgerichtsbarkeit und Standes-Ehre

War der kollektive Lebenszuschnitt nach bestimmten gesellschaftlichen Regeln und Ansprüchen die äußere Bindung des preußischen Offizierkorps, von innen her wurde es zusammengehalten durch die streng gepflegte Standes-Ehre, die auch von den Reformern nicht angetastet worden war und Anfang der zwanziger Jahre gegen die liberalen Angriffe in den militärischen Ehrengerichten ihre besonderen Wächter erhielt. ¹⁶¹⁾

Vor 1806 übte jedes Regiment seine eigene Militärgerichtsbarkeit, der nicht nur Offiziere und Mannschaften, sondern auch die dazugehörigen Frauen, Kinder und Dienstboten unterstanden, und zwar in bürgerlich-rechtlichen, strafrechtlichen und Disziplinar-Angelegenheiten. Jedem Zivilisten wurde die Beleidigung eines Offiziers "doppelt so hoch...als die Beleidigung anderer Menschen" angerechnet, ja sogar "eine den Weibern widerfahrene Beleidigung" wurde so streng geahndet wie bei ihren zum Offizierkorps gehörenden Männern. ¹⁶²⁾ Die zivile Ehre galt wenig neben der militärischen, und der Bürger fühlte sich beim Rechtsstreit mit einem Offizier stets im Nachteil.

Das besserten die Reformer. Zwar hob die Reorganisationskommission mit Scharnhorst die Militärgerichtsbarkeit nicht auf, wie der interimistische Justizminister Kanzler von Schroetter und auch Hardenberg gefordert hatte, aber sie wurde doch beschränkt auf kriminelle und Disziplinar-Verfehlungen ¹⁶³⁾; alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten der Militärpersonen sowie die "Kriminal-und Injurienprozesse" der Offiziersangehörigen wurden ab 1809 den bürgerlichen Gerichten zugewiesen ¹⁶⁴⁾. Das ganze Strafsystem haben die Reformer auch humanisiert, Arreste statt Prügeln und dem grausamen Gassenlaufen eingeführt, als mit der allgemeinen Wehrpflicht das gesittete Bürgertum ins Heer kam und "mildere Behandlung" erwarten durfte ¹⁶⁵⁾. Man wollte "der Würde des Standes und dem Ehrgefühl des Soldaten angemessenere Strafen" ¹⁶⁶⁾; auch für den Gemeinen war die Ehre jetzt entdeckt worden, und selbst der Soldatenfresser Rotteck sagte, daß seine in die "Ständige

Nationalwehr" geworbenen Freiwilligen "Anspruch auf hinreichenden Sold und vorzügliche bürgerliche Ehre" hätten, die "nicht Stolz auf eingebildete oder usurpierte Vorzüge, sondern das gerechte Hochgefühl des freien Mannes" sein solle und mit der er zugleich teilhabe an der "Nationallehre", dem patriotischen "Nationalstolz, welcher hundertmal edler und begeisternder" sei "als der engstirnige Soldatenstolz"¹⁶⁷⁾.

In der preußischen Armee freilich schrumpfte das Reformideal der sittlichen Persönlichkeit, allgemein menschlichen Ehrgefühls in Soldaten¹⁶⁸⁾ während der Restaurationszeit wieder zu der engeren Vorstellung von der eigentümlich militärischen Ehre zusammen. So wie der preußische Militärrechtler F.W.G. Cavel¹⁶⁹⁾ das soldatische Ehrgefühl noch ganz auf die "Anhängigkeit vom Könige" gegründet sah und auf die Überzeugung, "daß unerschütterliche Treue, vollkommener Gehorsam und unbezwingliche Tapferkeit der Grund einer jeden Handlung sein müssen"¹⁶⁹⁾ - ganz in dieser "absolutistischen Form"¹⁷⁰⁾ führte Rudloff, unbeeinflusst vom Werk der Reformer, 1826 das preußische Militärrecht fort, stützte es auf die unbegrenzte "Treue gegen den König" und auf den unbedingten Gehorsam; die Ehre sank bei Rudloff zu einem "moralischen Element des Militärinstituts", zur Anstaltsehre ab¹⁷¹⁾.

Die liberale Kritik am Stehenden Heer bestritt nun aber die Berechtigung einer besonderen militärischen Standes-Ehre. 1849 wurde in der sächsischen Kammer festgestellt, daß es "nur eine allgemeine Menschen- oder Bürgerehre" gebe, daß jede Sonder- oder Standesehre ein "Verstoß gegen die Sittlichkeit" sei, daß der "vage Begriff" der "sogenannten Offizierstandesehre" dem neuzeitlichen Staatsleben und dessen demokratischen Institutionen geradezu Hohn spreche¹⁷²⁾. Wilhelm Rüstow schrieb auch schon vor der Revolution, daß selbst der Berufsoffizier nur eine, nämlich die bürgerliche Ehre haben könne; wenn er sie "rein und unbefleckt" halte "in treuer Erfüllung seiner Pflichten", dann werde er keiner Standesehre bedürfen¹⁷³⁾. 1855 betonte Rüstow, wie wichtig es sei, das Militärrecht und vor allem die militärische Ehrenstrafe mit der "allgemeinen

einung", eben der bürgerlichen, in Einklang zu halten.

Auf eine jede Gemeinschaft" wirke "es depravierend und demoralisierend, wenn sie Handlungen, die nach der allgemeinen Meinung für schimpflich" gälten, "nicht so behandeln" sähe, aber noch schädlicher, wenn sie Handlungen, die in der allgemeinen Meinung durchaus nicht für schimpflich" gälten, "als gemeine und schmäbliche Verbrechen behandelt" finde. Schwere militärische Ehrenstrafen sollten nach Rüstows Meinung nur geschworenengerichte aussprechen und nur dort, "wo man sich durch die Justizeinrichtungen vollkommen gegen ein von der Volksmeinung abweichendes Urteil gesichert" habe ¹⁷⁴⁾.

oller Erbitterung, die durch sein persönliches Schicksal bei der gegenrevolutionären Verfolgung noch mehr aufgestachelt wurde, griff Rüstow die militärischen Ehrengerichte als eine denunziatorische Organisation" zur Überwachung des Standesleistes ¹⁷⁵⁾, als einmittelalterliches Institut zur Aufrechterhaltung des "Kastengeistes" an ¹⁷⁶⁾. "Die Kompetenz der Ehrengerichte" sei "eine vollkommen unbeschränkte, außer Dienst und im Dienst, das Wort und die Tat, die Bewegung und den Umgang, **alles**" könnten **"sie aufgreifen"**, sagte Rüstow 1850, und doch urteilten sie "nicht nach einem Gesetze..., sondern im besten Fall nach dem dunklen Gefühl von Ehre, die das Jahrhundert nicht mehr" anerkenne ¹⁷⁷⁾. Die reaktionären höheren Offiziere hätten "durch die Ehrengerichte die Subalternen in der Hand", beschwerte sich Rüstow ¹⁷⁸⁾. Doch er selbst stellte sich mutig dem Gesinnungszwang des Offizierkorps entgegen. Als die Reaktion gesiegt hatte, kurz vor Auflösung der preussischen Nationalversammlung, suspendierte man Rüstow, und am 1. Dezember 1848 eröffnete die königliche I. Ingenieur-Inspektion eine ehrengerichtliche Untersuchung gegen ihn ¹⁷⁹⁾. Rüstow aber erklärte die Ehrengerichtsbarkeit für ungesetzlich, und er konnte seinen Standpunkt tatsächlich behaupten. Am 1. Januar 1849 wurde er zwar noch einmal aufgefordert, sich vor dem Ehrengericht zu verteidigen, andernfalls man in seiner Abwesenheit urteilen wollte - doch bis zum 27. Juli erfuhr Rüstow dann nichts mehr. Das unterdessen zusammengetretene Ehrengericht aus Offizieren der Ingenieur-Inspektion kam zu einem Ergebnis. Erst ein anderes Ehrenvericht der Stabsoffiziere der 10. Division beschloß Rüstows "Entfernung aus dem Offi-

zierstande". Der König jedoch bestätigte dieses Urteil nicht, sondern verlangte kriegsgerichtliche Verfolgung ¹⁸⁰⁾.

Der Kampf gegen die Ehrengerichte hatte Rüstow aussichtsreich erscheinen müssen. Nach den Revolutionsereignissen und der konstitutionellen Wendung wollte man liberalen Reformplänen für das Heer am ehesten in der Militärgerichtsbarkeit entgegenkommen. Im Wehrgesetzentwurf des Frankfurter Wehrausschusses am 25. September 1848 der Nationalversammlung vorgelegt, wurde die Zuständigkeit der Militärgerichte im Frieden auf reine Dienstvergehen beschränkt, die Verhandlungen sollten öffentlich und vor Geschworenen erfolgen, die militärischen Militärgerichte wollte man ganz abschaffen ¹⁸¹⁾. In der Berliner Nationalversammlung wurde die Beschränkung der Militärgerichtsbarkeit auf die Dienst- und Kriegszeit durchgesetzt ¹⁸²⁾, in Sachsen beschloß die zweite Kammer, das "Ehrengericht des Offizierstandes... außer Kraft zu setzen" und so "wie es bisher mißbräuchlich bestanden" für ungesetzlich zu erklären ¹⁸³⁾. Doch die Ehrengerichte blieben trotz dieser parlamentarischen Vorstöße bestehen, und König Wilhelm I. gab ihnen noch 1874 das Aufsichtsrecht über die ungesetzlichen Duelle, stellte damit außerhalb der Staatsordnung ¹⁸⁴⁾.

Der unbedingte Gehorsam

War die Armee bei einem Angriff auf ihren Ehren-Kodex im Innersten zu treffen und zu erschüttern, nicht minder gefährlich mußten die liberalen Vorstöße gegen die militärische Disziplin sein. In keiner Frage des militär-politischen Streitgesprächs während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren die Miliz-Planer aber so zögernd und geradezu unsicher, andererseits ihre konservativen Gegner so entschlossen unnachgiebig wie in der des Gehorsams. Daß anders als im politischen Leben schlechthin die neuen Ideale des souveränen Volkes, des mündigen und aktiven Staatsbürgers in der Armee schwer sich würden verwirklichen lassen, das stand den Verfechtern der Volksbewaffnung ebenfalls vor Augen. Auch das demokratische Heer, sollte es aus der festen Bindung an den Monarchen gelöst werden können, hatte soweit die Subordination zu wahren, als es der Organisation bedurfte, und als eine Masse von Menschen zu im einzelnen nicht sichtbar sinnvollen Zwecken gehandhabt werden mußte.

Was die militärische Disziplin betrifft, kamen die Demokraten nicht viel über die alten Forderungen der Reformer hinaus. Diese hatten den strikten Gehorsam seiner Funktion nach nicht abschaffen, sondern ihm nur neue politische Farbe geben wollen. Der Geist des Gehorsams sei derselbe geblieben, sagte Boyen "nur die Formen, in denen man Gehorsam leistete", seien andere geworden und hätten "etwas von der bisherigen äußeren Unterwürfigkeit verloren" ¹⁸⁵⁾. Allein diese Formulierung macht deutlich, wie schwer auch die Reformer der preußischen Erhebungszeit den Wandel der Dinge begrifflich fassen konnten. Gerade der Geist nämlich, in dem Gehorsam zu leisten war, war nicht derselbe geblieben, wie Boyen es ausdrückte. Auch Scharnhorst änderte im Grunde nicht die Form und das Ausmaß der militärischen Disziplin, sondern wollte das gleiche Wort nur anders verstanden, die gleiche Forderung nur aus anderem Geiste erfüllt sehen. Der "sklavische niederdrückende Gehorsam", der dem Geist "tötende Fesseln" anlege, in "Pedanterie" und "Zeremonie" erstarrte, war für Scharnhorst das Zerrbild der Disziplin, und er verlangte dafür "Ach-

tung und Ehrfurcht für die Gesetze der Disziplin (im echten Sinne!)" 186).

Scharnhorsts Forderung eines "vernünftigen Gehorsams" der jungen Leute "von guter Erziehung und feinem Ehrgefühl" 187), wie sie 1808 in einem Immediatbericht der Reorganisationskommission aufgestellt wurde, schloß in gewissem Sinn einen Widerspruch ein. Denn soweit der Gehorsam vernünftiger Erwägung folgen sollte, mußte er unter Umständen auch verweigert werden. Den radikalen Schritt, der eigentlich das Gesetz der militärischen Subordination aufhob, hatten schon die 1807 eingerichteten Offiziers-Untersuchungskommissionen getan, die den Ursachen der Niederlage von 1806 nachspüren und sie ahnden sollten. Diese Regimentstribunale stützten sich bei der großen Selbstreinigung des Offizierkorps auf gegenseitige Depunziation, und zur Rechtfertigung eines Urteils, für das der "gesunde Menschenverstand" bemüht wurde, hieß es: "Der militärische Rang und das Dienstalter gebieten dem untergebenen Offizier nur solange blinden Gehorsam und ehrerbietiges Stillschweigen, wie er nicht überzeugt ist, daß Verrätere, Feigheit oder Ungeschicklichkeit den Platz in Gefahr bringen..." 188)

Den blinden Gehorsam setzte der preußische Militärrechtler Rudloff aber bald wieder offiziell ein. Der nach der Reformzeit in die preußische Armee eingetretene mecklenburgische Beamte schrieb 1826 in seinem Handbuch des Militärrechts, das mit königlicher Genehmigung herausgegeben und durch Zirkularschreiben des Kriegsministeriums empfohlen wurde: "Die Pflicht des unbedingten Gehorsams gegen die Befehle des Staatsoberhauptes schließt die Befugnis, über die Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit der von dem Staatsoberhaupte zur Erhaltung und Förderung der öffentlichen Wohlfahrt gewählten Mittel zu urteilen, gänzlich aus" 189). Nach Rudloff sind "die Standespflichten der Militärpersonen auf die beiden Pflichten der unbegrenzten Treue gegen den König und des unbedingten Gehorsams gegen dessen unmittelbare oder mittelbare Befehle zurückzuführen" 190). Auch der bayerische Hauptmann Josef Ritter von Xylander, ein dem Neuen aufgeschlossener Militärschriftsteller, verteidigte bei allen Zugeständnissen den unbedingten Gehorsam 191), und ein ebenfalls auf An-

näherung von Heer und Bürgertum dringender preußischer Offizier, O. von Platen, sagte 1843: "ein bedingter Gehorsam ist gar kein Gehorsam mehr!"¹⁹²⁾

Über moralische Grenzen des Gehorsams, über seine "Bedingtheit" hatte Rotteck 1816 in seiner Schrift gegen die Stehenden Heere nichts gesagt, nur die vergleichsweise unwesentliche Unterscheidung getroffen zwischen dem Gehorsam als einer "Tugend der Knechte" und dem freien "Gehorsam, aus der Idee der allgemeinen gesellschaftlichen Pflicht mit Beziehung auf Kriegsverhältnisse hervorgehend und in dem Anführer den Stellvertreter des allgemeinen Willens erkennend"¹⁹³⁾. Wie Rotteck betonte, daß der "Gehorsam des Nationalstreiters... mehr dem Gesetz als der Person geleistet" werde¹⁹⁴⁾, so wandte sich später auch die Linke in der preußischen Nationalversammlung dagegen, daß die auf die Verfassung vereidigten Soldaten dem König, einer bestimmten Person, unbedingten Gehorsam schuldig seien, weil dieser sonst zum Meineid führen könne¹⁹⁵⁾. Die liberalen Abgeordneten in Berlin merkten als Kennzeichen des ausführbaren Befehls, so wie Rotteck den allgemeinen Willen dafür heranzog, die "Übereinstimmung mit dem Gesamtwillen der ganzen Nation" an¹⁹⁶⁾, verdamnten den "unbedingten Gehorsam"¹⁹⁷⁾. In Sachsen wurde die Frage der militärischen Disziplin konkreter behandelt. Die zweite Kammer kämpfte ebenso wie der zum Abgeordneten gewählte aktive Oberleutnant Hermann Müller in seiner Deutschen Kriegerzeitung gegen den Gehorsam "außer Dienst" und wollte den entsprechenden Kriegsartikel auf die rein dienstliche Gehorsamspflicht abändern¹⁹⁸⁾.

Wie es in der Praxis mit der Lockerung der Disziplin aussah, das zeigte sich in Baden, wo die neue revolutionäre Regierung mit den Freischaren ihre Not hatte und bald öffentlich in Zeitungen und im Regierungsblatt zur Ordnung mahnen mußte, "welche keinem Stand mehr nottue als dem Stand der Krieger". Zwar wurde noch betont, "das alte Joch des blinden Gehorsams stolzen Führern gegenüber" sei auf immer gebrochen, dagegen könne der "selbstbewußte Gehorsam gegenüber frei gewählten Männern des Vertrauens" nicht entbehrt werden¹⁹⁹⁾. Doch der Generalkommandant der

Volkswehr warf in seinem Aufruf den liberalen Ballast ganz und erklärte, Gehorsam sei "völlige Unterordnung" ²⁰⁰).

Wilhelm Rüstow, aus eigener Anschauung und Sachkenntnis mit dem militärischen Notwendigkeiten vertraut, mußte in der zuerst wichtigen und konkreten Frage des Gehorsams am ehesten den Forderungen seiner zivilen liberalen Weggenossen abtrübseln. Das politische Engagement ließ sich hier nur bis zu einer bestimmten Grenze mit Vernunft behaupten. Rüstow war denn auch vom Schwung seiner revolutionären Pamphlete am wenigsten durch Angriffe auf den unbedingten militärischen Gehorsam fortzureißen. Daß er vor der Revolution in einer anonymen Schrift (als deren Autor er nicht sicher zu bestimmen ist!) die Disziplin "das Streben zu gänzlicher Entmenschlichung des Weibes was man Soldat nennt" bezeichnete ²⁰¹), mag mehr für eine dogmatische Leichtfertigkeit genommen werden. 1849 sagte er, noch liberalen Tribut zollend, daß in der preußischen Armee "tote Disziplin" herrsche, die "das Heer zur Maschine" mache, die als geistiger Stock benutzt werde, da der Haselstock nicht gut wieder einzuführen sei ²⁰²).

Ein Jahr später aber, in seiner großen Kampfschrift, verurteilte Rüstow den unbedingten Gehorsam nicht mehr moralisch und politischen Erwägung, sondern versuchte ihn logisch-spitzfindig als Begriff aufzuheben, um so gewissermaßen über die Lücke zwischen den politischen und militärischen Erfordernissen hinwegzuspringen. Der unbedingte Gehorsam könne dem jungen Soldaten gar nicht anerzogen werden, sagte Rüstow, denn kein Mensch gehorche einem Befehle unbedingt, sondern er gehorche "entweder aus Zwang oder aus der Überlegung von der Vernünftigkeit des Befehles" ²⁰³). Indem Rüstow den Gehorsam als einen in jedem Fall, und sei es auch durch Zwang, bedingten Begrifflichkeitsbegriff sagte er nichts gegen die wirkliche Erscheinungsform dieses militärischen Sprachgebrauch als unbedingten Gehorsam vor dem Subordinationsverhältnisses. Das Problem des unbedingten Gehorsams berührte es auch nicht, wenn Rüstow so wie der demokratische Oberleutnant Müller in Sachsen forderte, "die D"

inarverhältnisse auf die Orte zu reduzieren, an welche sie
gehören, ihnen den patriarchalischen Charakter zu nehmen,
z dem Gehorsam außer Dienst ein Ende zu bereiten" 204).

ine soldatische Natur und allein die militärische Notwendig-
it der Sache selbst ließen Rüstow auch in den frühen Schrif-
n neben politisch-idealisierenden Forderungen immer wieder
n Wort für die strenge Disziplin einwerfen. 1849 wollte er
"Räsonieren" im Dienst "aufs schärfste" verfolgt sehen 205),
d "ekelhaft" nannte er auch 1852 "das Räsonieren über Befehle
d Anordnungen" 206). 1850 rügte er die "gar laxe Kriegsdis-
plin" der badischen Freischaren von Hecker und Struve 207).
355 in den "Untersuchungen über die Organisation der Heere "
chrieb der immer noch die Miliz verteidigende emigrierte
evolutionär: "Ein Heer muß gehorchen, sonst ist es nichts",
d ganz ohne Leidenschaft wurde hier festgestellt, es sei
nicht zu verlangen, daß die Masse im Heere ein vollkommenes
ewußtsein der in ihr vereinigten bürgerlichen und militärischen
pflichten habe", "republikanischer Sinn im Heere, Bürgersinn,
ationalgefühl" verschwänden "vor dem ersten Gesetz des Gehor-
ams" 208). So deutlich wie an keiner anderen Stelle äußerte sich
üstow hier auch zum Problem des unbedingten Gehorsams. Er per-
önlich hielt es nicht für einen "Vorteil", so wie die alten
ömer das Prinzip des unbedingten Gehorsams "mit blutiger Konse-
uenz" zu behaupten; Rüstow selbst hätte den Kleistschen Prinzen
on Homburg also nicht verurteilt. Aber er sah die praktische
chwierigkeit und hielt trotz allem dafür, daß man im Kriege
ber "die Feststellung der Pflicht unbedingten Gehorsam des
nterbenen gegen den Vorgesetzten" nicht hinauskommen werde,
aß man "nichts ebenso einfaches Besseres" für dieses militä-
ische Gesetz finden könne; doch er riet für die Aburteilung der
ubordinationsvergehen "ein sicheres Rechtsverfahren nach dem
rinzip der Geschworenengerichte" an 209).

rei Jahre vor seinem Selbstmord hielt Rüstow im Konzept für die
Vorlesung am Polytechnikum in Zürich folgende Stichwörter fest,
die zugleich zeigen, daß er frei vortrug: "Krieg das Gebiet der
Wahrscheinlichkeit, -Notwendigkeit der Präzision in Benutzung
von Zeit und Raum. Daraus folgt aber Notwendigkeit des präzisen

Zusammenhandelns, der Disziplin, des Aufgebens der Persönlichkeit" 210).

Der militärische Verfassungs-Eid

Ein halbes Jahrhundert lang kämpfte die liberal-demokratische Bewegung in Deutschland um die Verwirklichung der neuen bürgerlichen Heeres-Anschauung. Die stehenden Armeen sollten in der allgemeinen Volksbewaffnung aufgehen. Dieser mit viel politischem Pathos in und außerhalb der konstitutionellen Kammern vorgetragene Angriff blieb erfolglos, erlahmte in den letzten zwei Jahrzehnten der Vormärz-Zeit merkbar und trieb im Gefolge der revolutionären Unruhen von 1848 nur vorübergehend noch einigen Scheinsiegen zu. Als die Liberalen in den süddeutschen Verfassungsstaaten beim ersten Anlauf ihr großes Ziel, die **Absetzung der Stehenden Heere**, nicht erreichen konnten, warfen sie sich auf Einzelfragen, versuchten Eingriffe am Königsheere, um es wie die anderen staatlichen Institute auch unter die Verfassung stellen zu können. Das Heer war wie die Beamtenschaft der absoluten Monarchie fest an die Person des Fürsten gebunden worden; diese beiden straff organisierten Apparate versinnbildlichten den modernen Staat, seinen Konzentrationsdrang. Während aber schon früh im 19. Jahrhundert die Beamten der deutschen Staaten zum großen Teil aus der direkten Bindung an die Person des Monarchen gelöst wurden und ihren Dienst auf die Verfassung des Staates leisteten, behielt der Fürst als oberster Kriegsherr die unmittelbare Befehlsgewalt über die Armee.

In Preußen hatte der Freiherr vom Stein zwar durchgesetzt, daß der alte Fahneneid nicht mehr auf den allerhöchsten Kriegsherrn wie er dem Söldner vorgesetzt gewesen, sondern auf König und Vaterland geleistet wurde, den König als Oberhaupt des Staates 211). Doch der Ansatz zur inneren Wandlung der Armee, wie dies neue Eidesformel ihn aussprach, wurde von den reaktionären Kräften wie das ganze Reformwerk erstickt. Außerhalb Preußens wurden dagegen bald alle liberalen Hoffnungen auf den militärischen

Verfassungseid gesetzt. Nicht nur dem Fürsten, sondern auch der neuen Konstitution sollten die Soldaten Treue und Gehorsam schwören. Schon 1819 erwog die zweite Kammer der Bayerischen Ständeversammlung die Einführung des militärischen Verfassungseides, doch sie brachte darüber keinen Beschluß zustande. Und trotzdem hatte die Armee sich zu ungewöhnlichen Protest-Adressen in der Presse herausfordern lassen ²¹²⁾!

1831 empfahl der Finanzausschuß der zweiten Kammer der **bayerischen** Ständeversammlung, das Militärbudget nur zu genehmigen, falls man das Heer auf die Verfassung wolle vereidigen lassen, doch wieder versagte sich die Kammer ²¹³⁾. In Baden nahm die Kammer einen Antrag auf den Verfassungseid des Militärs an, aber die Regierung gab ihm nicht statt, wie auch 1846 einem neuen Vorstoß nicht ²¹⁴⁾.

Vor der Revolution konnte allein Kurhessen den Militär-Eid auf die Verfassung durchsetzen, und sogar ohne **parlamentarischen** Kampf. Der liberale Marburger Jurist Sylvester Jordan hatte sich schon 1828 für ihn eingesetzt, und in der kurhessischen Verfassung von 1831 wurde der Verfassungseid auch der zu den Staatsdienern gerechneten Offiziere Gesetz ²¹⁵⁾. Noch im revolutionären März 1848 führten dann Sachsen, Bayern, Württemberg, die Großherzogtümer Baden, Nassau und Hessen den zusätzlichen Eid auf die Verfassungen für ihre Armeen oder wenigstens deren Offiziere ein ²¹⁶⁾.

Allzuviel gewonnen war damit für die demokratische Sache nicht. Trotz der Verfassungseide ließen sich die regulären Truppen während der revolutionären Aufstände im großen und ganzen nicht anstecken ²¹⁷⁾, und sehr bald wurden dann auch die Eidesformeln des Militärs wieder "gereinigt" und allein auf die Person des Fürsten abgestellt. Ganz sinnlos hatte auch der schwache Rest der deutschen Nationalversammlung in Stuttgart 1849 zwei Tage vor seiner Auflösung die geplante neue Volkswehr auf die noch gar nicht anerkannte Reichsverfassung verpflichten wollen - es brach die demokratische Militär-Reform auch in diesem anfangs verheißungsvollen Punkt der neuen Vereidigung überall zusammen. In

Kurfürsten, wo der militärische Verfassungseid immer in schon eine zwanzigjährige Tradition besaß, gerieten die Offiziere 185 noch in einen schweren Konflikt. Unter 257 von ihnen re- ten 21 den Abschied ein, als die reaktionäre Politik des Ku- fürsten mit ihrem Gelöbniß auf die Verfassung und dem Treue- auf den Fürsten andererseits nicht mehr zu vereinen war 218). Der Kurfürst strich dann die Verfassungsklausel wieder aus der Eidesformel. In Preußen war der militärische Verfassungseid erst gar nicht verwirklicht worden. Zwar hatte der König im März 1848 seine Einführung versprochen, der Kriegsminister F im September in einem Erlaß an die kommandierenden Generäle ebenso wie der König am 5. Dezember selbst noch einmal dieses Versprechen bekräftigt - denn die neugewählte Kammer entschi- am 10. Oktober 1849 mit absoluter Mehrheit gegen einen Militä- Eid auf die Verfassung 219).

Wilhelm Rüstow hatte in dieser liberalen Forderung von Anfang an keinen Sinn finden können, und wie überhaupt mit seinem ganze Reformprogramm und seiner scharfen Kritik neigte er in der Fr der Verteidigung besonders zur radikalen linken Seite. Früher als viele andere demokratische Stimmen - auch der "entlassene Leutnants" 220) erkannte Rüstow das Aussichtslose an dem Versu mit einem Verfassungseid die Armee ins Volk hereinzuziehen. Er wollte sich nicht wie die liberalen Abgeordneten der süddeuts Kammern mit dem Verfassungseid zufriedengeben, sondern eine Umgestaltung des Wehrwesens von Grund auf. Während 1847 in B auch außerparlamentarisch, auf der ersten großen Volksversamm in Offenburg, noch "die Beeidigung des Militärs auf die Verfa- sung" verlangt wurde, zur gleichen Zeit schrieb Rüstow als Hu reich Schwertlieb in der "Minerva": "Der Fahnen-oder Soldatene darf in einem Volksheere auf keine Weise statthaben, weil die Kriegspflicht nur eine von den manchen allgereinen Bürgerpflicht ist, denen ein jeder Staatsangehörige eo ipso unterworfen ist und deren Vernachlässigung an und für sich selbst ohne irgend eine Bedingung strafbar ist" 221). Rüstow verlangte, daß die a gemeine Wehrpflicht wirklich ausgeübt werde, damit so auch de Vorwand für die Notwendigkeit eines Soldateneides fehle 222),

und in seinem "Votum, betreffend die zweckmäßigere, namentlich billigere Gestaltung der preußischen Wehrverfassung durch ihre Begründung auf die ursprünglichen Ideen des Landwehrinstitutes" wiegelte er 1847 auch schon öffentlich das Militär zum Eidbruch auf. Der "auf die Person des Landesherrn" geleistete "Zwangseid" könne "doch nur Gültigkeit haben, solange der Landesherr eben unbezweifelt Landesherr" sei. Träten dagegen **"politische Parteien"** einander offen gegenüber, von denen die eine das Recht der Landesherrschaft bezüglich einer bestimmten Person" anfechte, so müßten doch "auch Leute, die den in Rede stehenden persönlichen Eid geleistet haben, vernunftgemäß dieser Ansicht beitreten" können, "sodaß dadurch der Eid für sie nach allem Gewissen seine Bindekraft verlöre" ²²³).

Rüstow hielt "überhaupt nichts von politischen Eiden, weil sie mehr oder weniger stets Zwangseide" ²²⁴), er wollte jeglichen Fahneneid abschaffen, um damit auch den Eid auf den König unmöglich zu machen. Den Verfassungseid andererseits lehnte er ab, weil er nur gekoppelt an eine Verpflichtung auf die Person des Fürsten zu verwirklichen schien. 1849 setzte sich Rüstow mit dem preußischen Grafen Arnim-Boytenburg auseinander. Der war 1848 Vorsitzender des Märzministeriums gewesen, und auf seinen Rat hin hatte der König für die Armee den Verfassungseid versprochen ²²⁵). Ende August 1848 erklärte sich Boytenburg aber in der Schrift "Über die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung" gegen seinen einstigen Rat und gegen den Verfassungseid ²²⁶), hoffte, daß jene königliche "Verheißung zum Heile des Landes nicht zur Ausführung gebracht werde" ²²⁷). Rüstow wies Boytenburgs Argument zurück, daß auch eine noch so vollkommene Verfassung veränderlich sei und deshalb nicht gut auf sie vereidigt werden könne. Rüstow betonte, daß nicht der sterbliche König "im wohlgeordneten Staate das Feststehende, Unwandelbare" sei, "sondern gerade die Verfassung", die nur gesetzlich geändert werden könne ²²⁸). Wie schon 1847 in der Minerva nannte Rüstow aber auch 1849 in der Schrift gegen Boytenburg den Soldateneid, selbst wenn er allein auf eine freie Verfassung, eine nicht oktroyierte also, geschworen wäre, unsinnig ²²⁹). England mit seiner alten, im Volk gewachsenen Verfassung und einem auf Anwerbung beruhenden Wehrsystem könne den Eid allerdings als "etwas

ganz Natürliches und Vernünftiges" betrachten, gestand Rüstow zu ²³⁰). Doch in der allgemeinen Wehrpflicht, das finden wir 1847 1849 und 1850 in seinen Schriften, sei jeder Soldat zur treuen Erfüllung der Gesetze gehalten, ohne dazu besonders vereidigt werden zu müssen ²³¹). Auch 1855 in den "Untersuchungen über die Organisation der Heere" nannte Rüstow "den Soldateneid für das Leben auf keine Weise" gerechtfertigt in einer Monarchie mit allgemeiner "Zwangskonskription, der Wehrpflicht mit Ausnahmen" ²³²). Er hielt es für nicht mit der Vernunft vereinbar, sich durch den Eid ein Leben lang "einer Person" zu verschreiben und so "einem fehlbaren Menschen eine Waffe in die Hand" zu geben, "die er völlig nach Willkür gebrauchen" könne ²³³).

In der Schweiz vor der Notwendigkeit, sich eine neue berufliche Existenz aufzubauen, machte Rüstow bei der Ablehnung des Militäreides allerdings eine weitere Einschränkung, die den bestehenden Schweizer Verhältnissen genügte. Er nannte den nur "auf Zeit" geleisteten Soldateneid, der "den Charakter einer wechselseitigen Verpflichtung, der Erneuerung des alten Vertrages" habe, sogar "äußerst wohltätig", denn er trage "durchaus nichts an sich von einer sklavenmäßigen Hingebung an eine äußere Gewalt" ²³⁴). Immer noch zweifelte Rüstow aber daran, daß durch den zusätzlichen Militäreid auf die Verfassung "für die Erhaltung der letzteren etwas gewonnen werde". Da die Verfassung eines monarchischen Staates den Monarchen mit einschließe, werde dieser in beiden Eiden erwähnt und in einem "besonders hervorgehoben, wodurch er gegen sonstige verfassungsmäßige Gewalten einen bedeutenden Vorteil" erhalte ²³⁵). Auch in seinem bewußt sachlich und unpolitisch geschriebenen Buch von 1855 machte Rüstow aus seinem ganz dynastenfeindlichen Standpunkt kein Geheimnis.

Bemerkenswert an seiner Einstellung zur Frage des militärischen Eides ist vor allem, daß sie sich nicht wie in den meisten anderen Forderungen mit der liberalen deckt. Rüstow sah im Verfassungseid des Soldaten für die politische Sache nichts gewonnen und lehnte ihn ebenso ab wie seine Erzfeinde von der Deutschen Wehrzeitung ²³⁶). Daß der zusätzliche Verfassungseid das Militär

im Konflikt doch nicht von Fürsten losreißen mußte, zeigte sich ja 1848 in Baden. Die Truppen schlossen sich dort dem Hecker-Putsch nicht an, im Gegenteil erkannte die Regierung den neuen Verfassungseid in dieser gefährlichen Situation sogar als ein Schutzmittel gegen die Radikalisierung ²³⁷⁾. Rüstows Ansicht vertrat in der Eid-Frage auch die radikale Linke der Berliner Nationalversammlung. Der Soldateneid galt ihr an sich schon als ein reaktionäre Einrichtung, sie wollte sich nicht bedienen "dieses abgenutzten Staatsmittels, das nur dazu da sei, Bewegungen festzustellen, festzuhalten und zu sichern gegen das Künftige" ²³⁸⁾. Der Abgeordnete d'Ester forderte auch die gänzliche Abschaffung des Militäreides, doch dem schloß sich die Nationalversammlung nicht an ²³⁹⁾.

Avancement nach Leistung oder Dienstalter?

Rüstow setzte mit seiner Kritik am preußischen Wehrsystem nicht das Reformwerk der Scharnhorst und Boyen fort. Er griff die entschieden schärferen liberalen Forderungen der Vormärzzeit auf. Doch wie es hier keine feste Parteilinie im militärpolitischen Denken gab, so deckten auch Rüstows Ansichten sich keineswegs immer mit den Vorschlägen der liberalen Abgeordneten. Die Frage des militärischen Verfassungseides beurteilte er anders, und er machte auch Vorschläge, auf die in den konstitutionellen Kammern kaum jemand gedacht hatte. So wollte Rüstow die Adelsherrschaft im Offizierkorps brechen und das Avancement nach der Anciennität durch eine nach dem Talent bemessene Beförderung ersetzen.

Dies waren alte preußische Reformer-Ideale aus der Zeit vor den Befreiungskriegen. Scharnhorst hatte sie gegen harten Widerstand konservativ-altpreußischer Offiziere tatsächlich auch durchsetzen können, obschon sie dann in der reaktionären Entwicklung bald wieder versanken, so daß Boyen und Grolman, die Vollender der Reform, 1819 enttäuscht ihren Abschied nahmen. Scharnhorst und sein Kreis hatten, indem sie Besitz und Bildung, ja die ganze Nation im Leistungswettbewerb der Armee zuführen wollten, sie hatten diese stehende preußische Königsarmee nicht aufzuheben, sondern zu kräftigen versucht.

So wie das Prinzip der Leistungsauswahl im preußischen Offiziers-Examen von den Reformern durchgesetzt wurde, konnte es Rüstow allerdings auch nicht zufriedenstellen. Scharnhorst hatte zwar vor 1800 schon, als er noch in hannoverschen Diensten stand, gefordert, daß "in jeder Kampagne eine gewisse Anzahl höherer Offiziere kassiert und verabschiedet, belohnt und außerordentlich avanciert werden" müsse, damit "der innere Trieb zu großen Taten"

nicht aufhöre²⁴⁰⁾, und er wollte das *Avancement* nach den Fähigkeiten regeln, nicht nach dem Dienstalter, um so die "Ambition" bei den Offizieren anzustacheln²⁴¹⁾; "Konnexion" und "Verwandschaftshilfe" sollten bei der Besetzung von Offizierstellen keinen Einfluß mehr haben.²⁴²⁾ Doch in den preußischen Reform-Jahren konnte Scharnhorst diese Grundsätze dann nicht voll verwirklichen. Er führte wohl das Offiziers-Examen ein und den Berechtigungsschein^afür die wegen ihrer Bildung bevorzugten Einjährig-Freiwilligen, und dieses militärische Prüfungs- und Bestätigungswesen übte großen Einfluß auch auf den ganzen bürgerlichen Schulbetrieb aus²⁴³⁾ - doch eigentlich war Scharnhorst nicht mehr gelungen, als das Offizierkorps überhaupt einmal den bisher fernstehenden Staatsbürgern zu öffnen und es insgesamt durch die Leistungsauswahl und kriegswissenschaftliche Bildung geistig zu heben. Der Subalternoffizier war nach dem bestandenen Examen nun wieder in einer gewaltigen Querschicht festgehalten und konnte kaum durch besonderes Talent Beförderungsvorsprung gewinnen. Scharnhorst bemühte sich in einzelnen Fällen zwar und auch mit Erfolg um die außerplanmäßige *Avancierung* besonders fähiger Kriegsschüler²⁴⁴⁾ - doch das bedeutungsvolle königliche Reform-Reglement von 1808 handelte vom "Anspruch auf Offizierstellen" und schaltete offiziell die Adelsprivilegien beim Militär aus, nicht aber stellte es das *Avancement* unter den neuen, wesensmäßig bürgerlichen Gesichtspunkt der Leistung.²⁴⁵⁾ König Wilhelm III. ging nicht ab vom Anciennitäts-Prinzip²⁴⁶⁾. Zwar versuchte Boyen den jungen militärischen Talenten den Weg zu bahnen, die älteren Offiziere "zur Disposition" stellen und mit niederen Pensionen in Zivilämter übernehmen zu lassen. Doch der König ließ die Heerführer der Befreiungskriege nicht so ausrangieren. Das von Napoleon geschaffene System mit jungen Generälen und alten Hauptleuten konnte Preußen nicht verwirklichen.²⁴⁷⁾

Wilhelm Rüstow setzte sich dafür ein und führte die preussische Reform auf dem abgebrochenen Weg weiter. Die adeligen Militär-Privilegien wollte er ausrotten, das Offiziers-
Avancement ganz auf Talent und Leistung abstellen. Schon in seiner allerersten Publikation forderte der Leutnant 1843 die Absonderung der wirklich begabten Ingenieure von den "sogenannten Ingenieurkorps", "ohne Sicht auf Dienstalter und graue Haare"²⁴⁸). Er beklagte, daß den talentierten Ingenieurschülern ihre besseren Prüfungsnoten gar nichts nützten, höchstens ein paar Monate Avancementsvorsprung eintrügen. Der begabte junge Leutnant schilderte das "starre Prinzip des Altersavancements", "eine lange Reihe, einige, deren Würde über sich" er anerkenne, mehrere, von denen er wisse "wie tief sie unter ihm" stünden, "wenige wahre Ingenieure ..., manchen recht brauchbar zu einem jener Zwecke, zu denen das Ingenieurkorps auch gebraucht" werde, "den Rest eines Blockhauses herzustellen und die Festungspolizei zu üben, aber kein Härchen in ihm von dem großen eigentlichen Zweck des Ingenieurs, für den der begeisterte Jüngling sterben würde"²⁴⁹). Rüstow malte, 21 Jahre alt und voll tatkräftig-ungeduldigem Selbstbewußtsein und patriotischem Schwung, aber auch enttäuscht von der nüchternen, engen Wirklichkeit des Dienstbetriebes, ein düsteres Bild des militärischen Berufsganges. Er sah sich wie seinen Vordermann schon einen Handwerksingenieur, einen "Maurer und Zimmerpolierer" werden²⁵⁰), beschwor "das unbeschreiblich drückende Gefühl des Verschwindens im großen Haufen"²⁵¹) und grämte sich bei dem Gedanken, daß kein großer Festungsplatz seinen Namen auf die Nachwelt bringen werde, "vielleicht den anderer Leute, welche ein längeres Dienstalter, gleichviel ob fähig oder unfähig, wohl gar abgestumpft an Geist und Körper, zu den höheren Stellen befördert" habe²⁵²).

Siebzehn Jahre später, als freiberuflich arbeitender Militärschriftsteller, hatte Rüstow ähnliche Argumente im

Kampf gegen die preußische Wehrvorlage bereit, nur jetzt gereinigt von persönlicher Verstimmung. An "Blödsinn" grenze es, sagte Rüstow 1860, "daraus, daß soundsoviele junge Männer von 17 Jahren ein und dasselbe Examen bestanden haben, schließen zu wollen, daß sie alle gleich befähigt seien, auch die höchsten Stellungen zu bekleiden und zu diesen aufzusteigen"²⁵³). Bei diesem nivellierenden Anciennitätsprinzip werde "der wirklich für höhere Stellen Fähige... so lange in den unteren festgehalten, bis seine beste Kraft ausgenutzt ..., bis er auch auf das Niveau der Mittelmäßigkeit im Schlendrian des Dienstes herabgedrückt" sei²⁵⁴). Dafür steige dann "eine Masse von Unfähigkeit" in der Tour nach oben. Es sei "fast kein Fall bekannt geworden", sagte Rüstow, "in dem wirkliche militärische Fähigkeit schnell in die Höhe gebracht" habe, vielmehr gäben "immer hohe Familie, Empfehlung von hohen Personen wegen ganz anderer Eigenschaften als Fähigkeiten" den Ausschlag²⁵⁵). Militärische Liebedienerei und "Bücklingstheorien"²⁵⁶) zögen das "wunderliche Prinzip der Beförderung nach der Anciennität" auf, und ihm müsse man es auch zuschreiben, daß sämtliche preußische Generäle "zufällig" die "beschränktesten und unbrauchbarsten" Köpfe der Armee seien.²⁵⁷) Zu dieser grob beleidigenden Formulierung ließ Rüstow sich 1863 während des preußischen Verfassungskonfliktes noch einmal in politischer Erregung hinreißen.

Sachlicher hatte er das Problem der Beförderung 1855 betrachtet. Da fand er im Avancement nach dem Dienstalter zwar auch "große Nachteile", aber er gab zu, daß es "schwierig durch etwas Besseres zu ersetzen" sei und "daß man es als Regel behalten müsse... schon wegen der Schwierigkeiten ..., in einer sehr großen Masse von Menschen eine sehr große Masse von etwas lähigeren herauszufinden", "innerhalb der Mittelmäßigkeit" zu sondern²⁵⁸). Um nun aber doch "die begabteren Geister durch die

Masse der Anwartschaften" nicht in den unteren Stellen zurückzuhalten, wollte Rüstow das Anciennitätsprinzip jeweils innerhalb der von ihm zur Neugliederung vorgeschlagenen drei Klassen der Führerschaft anwenden²⁵⁹). Von "der Mittelmäßigkeit", die auf die "gepflasterte Straße eines regelmäßigen Handwerkslebens" angewiesen sei, nun die "geistige Überlegenheit" zu sondern, hielt Rüstow für möglich; man müsse nur beachten, "daß aus der großen Masse der Menschen überhaupt nur wenige aus dem Handwerksmäßigen" herausragten²⁶⁰). Von "der Masse der Führer bis zum Hauptmann einschliesslich aufwärts" erwartete Rüstow, daß sie aus ihrem "Kreise" nicht hinausstreben würden. Ganz im Unterschied zu Scharnhorst, der die "Emulation" im ganzen Offizierstande erwecken wollte²⁶¹), suchte Rüstow den allgemeinen Ehrgeiz eher zu blockieren, und ein wenig spielte da sicher auch seine liberal-individualistische Überheblichkeit mit. Die einstigen "höheren oder Stabs-offiziere" wollte Rüstow "als gemeine Soldaten in die Truppe treten", dann aber nach Bestehen eines Offiziers-Examens "rasch die ganze Stufenreihe der Unteroffiziere bis zum Hauptmann" durchschreiten lassen, während die Unteroffiziere nach dem Dienstalter vorzurücken hätten. Die im Alter von 25 bis 30 Jahren Bataillonskommandeure gewordenen Offiziere müßten dann "gleichfalls nach dem Dienstalter innerhalb ihrer Gattung" vorankommen, falls sie nicht "überlegenes Talent, Genie zeigten", so daß sie weiter außer der Tour aufsteigen könnten, um "spätestens mit dem vierzigsten Lebensjahre" Divisionskommandeure zu sein²⁶²).

Diese Lösung war freilich auch nur auf dem Papier einfach, denn in der Praxis ließ sich das Merkmal der hohen Befähigung eben doch nicht so leicht bestimmen und messen. Ganz richtig erkannte Rüstow selbst auch, daß für den Berufs-offizier das außerplanmäßige "Spring-avancement" doch immer, sofern es ihn nicht selbst begünstigte, als ungerecht gelten mußte und eher möglich erschien bei einer Miliz-Organisation.

deren Offiziere ihren Ehrgeiz auch im Zivilberuf befriedigen konnten und nicht neidisch wurden auf ihre Kollegen mit rein militärischen Ambitionen²⁶³⁾.

Ganz abgesehen von seinem System, war das Avancement in der preußischen Armee aber überhaupt ein kritischer Punkt. Der allgemein und vor allem für die unteren Offiziersgrade schleppende Beförderungsgang erzeugte viel Unzufriedenheit und nährte den Geist der auflehnung bei vielen der persönlich unbemittelten Leutnants. Aufschlußreich für die Stimmung in der Armee ist eine Denkschrift des Prinzen Wilhelm von Preußen, des späteren Königs und Kaisers, die er am 16. September 1849 dem Kriegsministerium einreichte. Da nannte er es eine Sache "von höchster Wichtigkeit", "alle Vakanzen", die aus Ersparnisgründen offengehaltenen Kommandostellen, wieder zu besetzen, und schrieb: "Vor der Märzkatastrophe war bereits ein solches Stocken im Avancement eingetreten, daß von allen Seiten Vorschläge gemacht wurden, wie diesem Stocken abzuhelpen sei. Jene Katastrophe schien alle Vorschläge überflüssig zu machen, denn es gingen im Laufe von eineinhalb Jahren 70 Generäle aus der Armee ab inklusive mehrerer Fürstlichkeiten, die keine Kommandostellen einnahmen. Indessen es scheint, als wolle man die durch die außergewöhnlichen Verhältnisse gebotenen Beförderungsmittel, auf die man so sehnlichst hoffte, unbenutzt vorübergehen lassen". Der Prinz mahnte eindringlich, "neue und junge Kräfte in die höheren Stellen der Armee zu bringen und jede sich anbietende Gelegenheit in dieser Richtung" zu ergreifen. Gegenwärtig werde das Avancement "künstlich aufgehalten", und dies mache "kein gutes Blut in der Truppe"²⁶⁴⁾. Doch ein merkbarer Beförderungsschub setzte dann erst mit der Heeresumgestaltung ab 1859 ein.

In der langen Friedenszeit nach den Befreiungskriegen reizte der eintönige Dienstbetrieb und das jahrzehntelange hoffnungslose Warten auf Befreiung aus der kargen Leutnantsbesoldung manchen Berufssoldaten zur Kritik und Unbotmäßigkeit.

Auch der sogenannte altpreußische Offizier-Ersatz blieb nicht frei von solchen Anfechtungen. Viele Leutnants aus dem Kleinadel lehnten sich auf, nahmen Abschied und gingen in fremde Dienste. Typisch ist etwa der Lebensweg Wilhelm Barons von Rahden. Dieser preußische und niederländische Hauptmann, russische Kapitän i.G. und spanische Brigade-General veröffentlichte von 1846 bis 1851 seine "Wanderungen eines alten Soldaten". Darin schilderte er die preußischen Armee-Verhältnisse aus der Zeit der Befreiungskriege bis 1830. Doch trifft seine Kritik für die folgenden Jahrzehnte ganz gewiß ebenso zu. Man versteht, wie in diesem militärischen Dienstbetrieb der Vormärzzeit der revolutionäre Leutnantsgeist etwa eines Wilhelm Rüstow und vieler anderer sich bilden konnte. Die mißlichen sozialen Verhältnisse einer großen Zahl von Subalternoffizieren waren der fruchtbare Boden für radikale politische Anschauungen, die der soldatische Korpsgeist nicht immer niederzwang. Rahdens Darstellung ist für uns besonders interessant, da sie nicht ein liberaler und demokratischer Offizier gibt. Der Baron focht im spanischen Bürgerkrieg für die legitimistische Partei der Karlisten und versicherte zu seiner "eigenen Beruhigung... im Stolzgefühl eines alten preußischen Soldaten", daß er "es nur vermochte, für das legitime Prinzip den Degen wieder zu entblößen, welcher seit la Belle-Alliance bereits in der Scheide zu rosten begann". Die Liberalen waren ihm "unausstehlich", die "liberalen Ideen" galten ihm als der "Teufel unserer Zeit", er fühlte sich als einer der "treuen Anhänger und Verteidiger des Rechts und der gesetzlichen Ordnung"²⁶⁵). "Ziethens Lebensgeschichte" war diesem Soldaten "einmal als Prämie für gutes Lernen im Kadettenhause zugefallen und zum Gebetbuche geworden"²⁶⁶).

Dieser Wilhelm Baron von Rahden hatte allerdings schon eine harte Jugendzeit erlebt, die seinen späteren unruhigen Lebensweg gewiß mitbestimmte. Er wurde in Schlesien geboren.

Sein Vater, ein armer kurländischer Adliger, war in preußische Militärdienste getreten und hatte die reiche Tochter eines Kammerpräsidenten geheiratet, dann den Abschied genommen und ein Gut gekauft. Er verwirtschaftete den Besitz aber und trennte sich von seiner Frau. Die vier Kinder blieben bei der Mutter, Wilhelm wurde von einer schlesischen Adelsfamilie als Pilegesohn angenommen und mit zehn Jahren auf die Kadettenschule in Kalisch geschickt. Im März 1809 trat Rahden als Bombardier bei der Artillerie in Glatz ein. Nach Besuch der Kriegsschule in Breslau erhielt er im Februar 1813 "endlich" sein Leutnantspatent. Obwohl er "während des dreijährigen Befreiungskampfes von 1813, 14 und 15 wahrhaftig nicht untätiger Zuschauer" gewesen war, sondern "tüchtig mitgefochten hatte", blieb er "beinahe ein Vierteljahrhundert" Leutnant²⁶⁷⁾. Als es 1813 in den Krieg ging, hoffte er wie viele seiner Kameraden auf die "brillanten Aussichten zum raschen Avancement" und wünschte sich, wie er 1846 dann beschämt niederschrieb, zur eigenen Wegbahnung den Tod möglichst vieler Vorgesetzter²⁶⁸⁾. 35 seiner dienstälteren "Vordermänner" fielen auch im Regiment aus, und so war Rahden "in drei Jahren vom jüngsten zum zweitältesten Sekondeleutnant vorgerückt". Seit Herbst 1816 war er der älteste Sekondeleutnant im Regiment, doch erst sechs Jahre später avancierte er zum Premierleutnant. 1826 bezog er aber immer noch das "ärmliche Gehalt" eines Sekondeleutnants, nach den festgesetzten Abzügen etwa zehn Taler monatlich. Mit der doppelt gezählten Kriegszeit hatte er jetzt 20 Dienstjahre hinter sich. "Das war doch ein brillantes Avancement und eine großartige Belohnung", spottete er²⁶⁹⁾.

Trotz seinem "alterdienten Leutnants-Patent" und obgleich als "vortrefflicher Topograph" gelobt, gehörte er nicht zu den "Glücklichen", die man für den Generalstab auswählte.

Da wurden "Söhne oder Verwandte hoher angesehener Staatsbeamter oder altadeliger Familien" vorgezogen. Rahden führte das auf den Umstand zurück, daß er - obwohl auch altadelig - schlecht reiten und nicht "französisch parlieren" konnte, auch das Talent nicht besaß, "in schön gesetzten Worten" seine "geringen Verdienste und Vorzüge herauszuheben" und sich "im geselligen Verkehr angenehm und beliebt zu machen"²⁷⁰). Nachdem er dienstältester Premierleutnant seines Regiments geworden war und keine Aussicht sah, in Breslau zum Hauptmann befördert zu werden, wollte er dieses Ziel durch Versetzung in ein anderes Regiment zu erreichen suchen. Seine alten Kameraden gaben ihm einen "Abschiedsschmaus" und nahmen ihm "feierlichst" das Wort ab, "nie mehr zu dem Regimente zurückzukehren", froh daß nun ein Beförderungs-Konkurrent wieder ausschied. Doch in Berlin mußte sich Rahden von General von Witzleben sagen lassen: "Was wünschen Sie, mein Freund? Ich will's Ihnen sagen. Sie gehören mit Ihrem Streben und Drängen, um vorwärts zu kommen, zu denjenigen, die immer eher General werden wollen als Kapitän... Solchen unruhigen Köpfen muß man den Daumen aufs Auge halten"²⁷¹).

Den "Wunsch nach frischblühenden Ruhmeskränzen, nach glänzendem Wirkungskreise" hatte der Leutnant längst als "vergebliches Sehnen und Drängen" zurückstellen müssen²⁷²). Jetzt nahm er seinen Abschied, ging in russische Dienste, kehrte dann aber noch einmal in preußische zurück, um schließlich als niederländischer und spanischer Offizier zu kämpfen. Der Krieg war Rahden und manchem anderen Standesgenossen das, was den eintönigen Soldatenberuf erträglich machte. Schon 1815 nach der Rückkehr in die Heimat hatte er bedauert, daß sein Regiment "vom Felddetat auf den magern Friedensfuß herabgesetzt" wurde²⁷³). Im zweiten Band der "Wanderungen" erinnerte er sich 1847 an "alle Mühen und Beschwerden, die nutzlosen Worte und Bitten, dienstliche Eingaben und Relationen, Probearbeiten

und Pläne von Schlachten und Manövern, Landwehrexerzieren und Lehrbataillon, den Schweiß und vor allem die geisttötende Langeweile bei den sogenannten Schulübungen des Parademarsches, des Linien-resp. Wachtdienstes", und er wunderte sich selbst, daß er erst nach "fünfzehnjährigem Vergeuden der köstlichsten Zeit" seines Lebens "endlich Geduld und Spannkraft verlor, dies alles länger zu ertragen". Rahden hatte sich nie "in Friedensdiensten mehr erwerben können als leere Belobigungen und Versprechungen, dienstliche wohlgemeinte Zurücksetzungen und gnädige Zurechtweisungen, hohe und höhere Reskripte mit sehr verständlichen Verletzungen und Verunglimpfungen, das einzige, was aus dem Schwulst der Phrasen und des oft impertinenten Bürostils immer deutlich und klar" hervorgehe. Rahden rechnete mit "jener unglückseligen Manie" ab, "alles um sich herum nur allein nach eigener, meistens gar sehr geringer und schmaler Einsicht und deshalb ganz folgerecht engbrüstiger Halbheit, d.h. nach einem Normalmuster zuzuschneiden". Auf diese Art untergrabe und entwurzele man "den Keim des besseren, moralisch kräftigen Aufschwunges der Einzelnen"²⁷⁴⁾.

Es ist bemerkenswert, wie hier und an manchen anderen Stellen dieser Verteidiger des Legitimus und erklärte Feind alles Liberalen seine individualistischen Neigungen eingesteht und sie mit dem Soldatenleben meint vereinen zu können. Er steht so weit nicht von den auch politisch radikalen und revolutionären Leutnants. Wilhelm Baron von Rahden, der "als guter Preuße in fernen Landen für das Prinzip der Ordnung, für Gesetz und Religion" focht²⁷⁵⁾, der selbst auch die "gespreizte Stellung und gezielte Art eines jungen preußischen Leutnants" eingenommen hatte²⁷⁶⁾, empörte sich über das Verhalten eines zum Garde-Stabs-offizier und Major avancierten Kriegskameraden, der ihn, "den Leutnant von einem Feld-Regimente", nicht mehr kennen wollte²⁷⁷⁾. Verhaßt war ihm der Parademarsch vor dem

Oberst, "vor jenem besternten Herrn mit weißem Federbusche, der umgeben von seinen Adjutanten dort in einiger Entfernung hält und aus dessen und deren Mienen ein interessantes Gemisch von Menschenhaß und Sehnsucht nach dem Frühstück spricht"²⁷⁸). Eine Qual war es für den Leutnant Rahden auch, wenn er selbst Rekruten exerzieren mußte. Diese "Kleinigkeitskrämereien" wurden ihm "herzlich sauer"²⁷⁹).

Wie Rahden die "geisttötende Langeweile" des Friedensdienstes beschrieb, so sprach dann auch Rüstow von der "Öde und Nichtigkeit dieses Offizierslebens"²⁸⁰), spottete, die Offiziere hätten "mehr Grund als die römischen Auguren..., bei ihren Begegnungen über die Wichtigkeit ihrer Handwerksgeheimnisse sich ins Gesicht zu lachen"²⁸¹), und die "Resignation", in der auf Beförderung gewartet werde, nannte er eine "abscheuliche Versumpfung und Abstumpfung"²⁸²).

Rahden und Rüstow waren keine Ausnahmeerscheinungen in der preußischen Armee. Den Typ des individualistischen, gegen den Subordinationszwang aufbegehrenden und nicht so sehr politisch revoltierenden Leutnants, stellt auch Karl von Heugel dar, der am 16. Mai 1845 sein Abschiedsgesuch einreichte. Er veröffentlichte 1847 als "Premierleutnant a.D. (früher Sekondeleutnant im 19. Inf.-Reg.)" in Karl Biedermanns "Unsere Gegenwart und Zukunft" zur eigenen Rechtfertigung den Artikel "Weshalb ich meinen Abschied aus dem königlich preußischen Militärdienste genommen". Heugel betonte, daß er nicht schreibe, um seine "Quäler zu kompromittieren", sondern um sich selbst "makellos darzustellen". Er fühlte sich dem alten "Kameradschaftsverbande" immer noch zugehörig und wollte seine ehemaligen Vorgesetzten nicht "verunglimpfen", da unter ihnen ja seine alten Regimentskameraden weiter aushalten mußten²⁸³).

Heugel hatte elf Jahre und drei Monate der Armee angehört, lange genug, um "bereitwilligst auf die Pension zu verzichten", die er sich mit noch drei Jahre und acht Monate längerem Aushalten gesichert hätte. "Ich war es überdrüssig", schrieb der ausgeschiedene Leutnant, "den Spielball von Vorgesetzten abzugeben, die nicht zu selten ihre Fehler und ihre Unwissenheit an denen strafen, zu deren Despoten sie ihre Stellung als Regiments-, Bataillons-, Kompaniekommandeure, ja oft selbst die leidige Würde eines 'älteren Kameraden' gemacht hat. Noch jetzt, wo seit neunzehn Monaten die glänzende Zeit der Paraden wie ein schwerer, schwerer Traum hinter mir liegt, bewegt sich mein Blut stürmisch, wenn ich bedenke, wie viel Galle ich durch die Zauberformel: 'Schweigen Sie, Herr Leutnant!' habe hinunterschlucken müssen"²⁸⁴⁾. Heugel wollte nicht mehr "der Sklave jedes einen Tag im Range älteren Dummkopfes" sein, und er wünschte, es möge ein "Gewitter" über die "Regimentshelden" kommen und befreien aus der "Schwüle eines entsetzlichen Gamaschendienstes"²⁸⁵⁾. Als ihm nur noch vier zu 15 Dienstjahren fehlten, meinte er ausharren zu können, um sich "wenigstens für alle Seelenkränkungen", die er "unter dem Glanz der Epaulettes und trotz des Portepée" eingesteckt hatte. "die 10 Taler monatliches Taschengeld" zu verdienen.

Doch "was für ein Sklave man als königlich preußischer Sekondeleutnant sein" konnte, sah er bald darauf. Er hatte für die Vossische Zeitung in Berlin über ein großes Diner berichtet, bei dem der Gastgeber vergaß oder vermied, das übliche Hoch auf den König auszubringen. Da einige der anwesenden Vorgesetzten Heugels ihrerseits auch nicht zu diesem Trinkspruch sich erhoben hatten, fühlten sie sich durch den anonymen Bericht der Vossischen Zeitung kompromittiert. Der Regimentskommandeur Oberst von Thümen fragte nach einiger Zeit Heugel, ob er den Artikel über das Diner verfaßt habe, und erklärte ihm dann, er wünsche nicht,

daß seine Offiziere sich "mit Belletristik und Literatur beschäftigen", und vor allem passe es "für keinen königlichen Offizier, den Zeitungsschreiber abzugeben"; ein Leutnant habe sich "in keiner Art um Politik zu bekümmern und am allerwenigsten die Lügen zu vermehren, mit denen die Zeitungen angefüllt" seien. "Ihre Beschäftigung mit Literatur und gar mit Politik bringt mir eine schlechte Meinung von Ihnen bei", sagte der Oberst zu Heugel²⁸⁶). Der Leutnant, der auch kritisierte, daß man die "Paradedressur" zur "Hauptbeschäftigung" der Armee mache, reichte nach der Maßregelung das Abschiedsgesuch ein, und diese Nachricht brachte wie "gewöhnlich eine große freudige Aufregung im Offizierkorps hervor", da nun dreißig hinter Heugel stehende Sekondeleutnants "um einen Schritt" vorrückten²⁸⁷).

Mehr politisches Gewicht als Heugels oder auch Rahdens Kritik hat der 1847 ebenfalls in Biedermanns "Unsere Gegenwart und Zukunft" erschienene anonyme Aufsatz "Die Zustände des preußischen Heeres in ihrer Beziehung zur politischen Fortbildung des Volkes", verfaßt "von einem ehemaligen Offizier", vermutlich einem nach ehrengerichtlichem Verfahren entlassenen Leutnant. Dort werden die Ehrengerichte angegriffen, die "mehrfach das Verdammungs-urteil über Ehrenmänner sprachen", weil diese "ihr besseres Selbst nicht dem einseitigen Interesse ganz willkürlichen Beliebens zum Opfer bringen" und "nicht zurückbleiben wollten hinter ihrer Zeit". Dieser entlassene Offizier stellt ebenso wie Rüstow fest, daß es unter seinen Standesgenossen sehr viele Unzufriedene und politisch Fortschrittliche gegeben habe, die mit ihrer Meinung nur nicht öffentlich hervortraten. Von "einer großen, großen Zahl Gleichgesinnter" wird da gesprochen, die "bessere Zeiten" harreten, "um die schrecklichen Widersprüche zu lösen, von denen sie bald hier-, bald dorthin gezogen" würden.

Es wohne "ein Geist innerer Auflösung in Preußens Heer", heißt es aber weiter, und diese Bemerkung macht wie die erstaunlich selbstsichere und rücksichtslose Kritik Rüstows deutlich, daß die Leutnants-Fronde wenn auch nicht organisiert, so doch von kräftiger politischer Zuversicht durchdrungen war²⁸⁸⁾.

Wir können die politisch-militärische Opposition der Märzzeit hier nicht erschöpfend behandeln. Dazu müßte eine Flut von Publikationen untersucht werden, die sich in den Jahren vor und nach der Revolution über eine zum großen Teil wohl ratlos bleibende und uninteressierte Leserschaft ergoß. Andererseits zeigt die "entlassene Leutnants-Literatur", wie sie der preußische Major von Gorzkowski in der Militair-Litteratur-Zeitung nannte²⁸⁹⁾, doch eine solche Einheitlichkeit, daß die Darstellung der im einzelnen von einander abweichenden Organisations-Vorschläge nicht unbedingt nötig wird. Hervorzuheben ist, daß die militärische Kritik durchaus nicht in Preußen allein laut wurde, dort allerdings am heftigsten sich äußerte.

Einer der vor Rüstow bekanntesten liberalen Militärpublizisten war der vormalige preußische Leutnant Hugo von Hasenkamp. Ähnlich wie Heugel veröffentlichte er 1845 eine "Darlegung der Gründe meines Austritts aus dem preußischen Militärdienste". 1847 erschien seine Broschüre "Preußens Landwehr", mit der er, wie die Militair-Litteratur-Zeitung schrieb, "der militärischen Welt einen eklatanten Beweis seiner Unkenntnis der Verhältnisse gegeben" habe, "über die er zu schreiben sich auf unerklärliche Weise gedrungen fühle"²⁹⁰⁾. 1848 folgte Hasenkamps Schrift "Welche Maßregeln hat Deutschland in militärischer Beziehung in diesem Augenblicke zu ergreifen?". Hier erklärte der ausgeschiedene Leutnant, den der von Juli bis September 1848 amtierende preußische Innenminister Friedrich

von Köhlwetter übrigens für kurze Zeit im Ministerium beschäftigt²⁹¹⁾, im Vorwort vom 18.3.1848, seine Vorschläge gründeten sich auf längere Dienstzeit im preußischen Heer, auf kriegswissenschaftliches Studium und "die Erfahrungen eines bürgerlichen Berufes", die ihn "mit den verschiedenartigsten Verhältnissen in Berührung gebracht" hätten. Gewidmet war die Schrift "Allen Deutschen Volksvertretern". Der Autor hoffte, das "lesende Publikum" werde aus "der Ruhe der Darstellung, der Vermeidung alles Gehässigen" die Überzeugung gewinnen, daß er "nur der Sache wegen die Feder ergriffen" habe und "das kostbare Gut der nun errungenen Preßfreiheit in würdiger Weise zu benutzen bemüht gewesen" sei. 1847 hatte Hasenkamp gefordert, man müsse der Landwehr möglichst "den Charakter eines Stehenden Heeres" geben und die Zahl der Landwehroffiziere erhöhen, denn nach der Rangliste von 1845 seien in beiden Aufgeboten nur 3308 Subalternoffiziere genannt, also drei Siebtel und bei der Infanterie fast die Hälfte der Stellen unbesetzt. Da die Landwehr so "den Charakter und die Kraft einer Nationalbewaffnung verloren", andererseits aber auch nicht "die Eigenschaften Stehender Heere" habe, besitze sie gegenwärtig keinen Wert. Daß diese Vorschläge eher vermitteln als radikal umstürzen wollten, machte Hasenkamp 1847 noch deutlicher, indem er dem "sogenannten Militärstaat" die "aus der Ruhe eines dreißigjährigen Friedens" herrührende Schwäche vorwarf und feststellte: "Die überströmende Jugendkraft der Nationalbegeisterung hat einem Mangel an kriegerischem Geiste und militärischer Disziplin Platz gemacht"²⁹²⁾.

Auch 1848 war Hasenkamp gemäßigt liberaler Anschauung und erwartete sich "keine wirksame Hilfe von jenem so gerühmten Institut" der Volksbewaffnung, da die Voraussetzungen für sie, "Vaterlandsliebe und Nationalgefühl", in den vergangenen 30 Jahren nicht geschaffen worden seien und man nicht die "Erfüllung so schwerer Pflichten erwarten"

dürfe, "wie sie eine Landesverteidigung durch bloßes Volksheer" erfordere. Hasenkamp, dessen Forderungen sich von den viel entschiedeneren Rüstows deutlich unterscheiden, wies den Vergleich mit anderen Ländern zurück, denn den Deutschen fehle "jener natürliche kriegerische Sinn der Franzosen", deren "Erregbarkeit" und "praktische Anstelligkeit". Die Aufgabe schien ihm zu sein: "Unsere vorhandenen Stehenden Heere so viel als möglich den Prinzipien volkstümlicher Regierungen anzupassen und eine den Bedürfnissen der Zeit entsprechende Volksbewaffnung zur Verstärkung der ersteren zu organisieren". Mit seiner Kritik an mangelnder nationaler Beteiligung und fehlendem kriegerischen Sinn stimmte es nun freilich nicht zusammen, wenn Hasenkamp von der militärischen Organisation wieder größtmögliche "Schonung der Kräfte der Nation" forderte, und inkonsequent war es auch, daß er doch ein Wehrsystem verlangte, welches "die baldige Verminderung und spätere Abschaffung der Stehenden Heere und deren Ersatz durch Volksbewaffnung" zulasse²⁹³⁾.

Als die zu kurierenden "Krankheiten" der bestehenden deutschen Armeen nannte der Leutnant a.D. den "Kastengeist" und die "Paradekünsteleien". Weiter forderte er Vereidigung auf die Verfassung, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit in Zivil- und Kriminalsachen, die Erlaubnis zum außerdienstlichen Tragen bürgerlicher Kleidung, ein Verbot des Waffentragens außer Dienst, die Abschaffung der Kadettenhäuser und gemeinschaftlichen Offiziers-Mittagstische und die Pensionierung aller Befehlshaber über 55 und aller Stabs-offiziere über 50 Jahre. Beförderungen außer der Tour sollten nur besonders Talentierten auf Vorschlag der Truppenkommandanten und der bisherigen Kameraden zugutkommen, die Konduitenlisten nicht abgeschafft, sondern auch für Offiziere eingeführt werden²⁹⁴⁾.

Sehr unklar bestimmte Hasenkamp die Aufgabe der Volks-

bewaffnung. Diese sollte im "Innern bei ausbrechenden Konflikten zwischen der Staatsgewalt und den Untertanen Ruhe und Ordnung" herstellen; aber es wird nicht gesagt, zu wessen Gunsten. Das erste Aufgebot der 21- bis 30-jährigen ist im "Feldkriege gegen äußere Feinde" zur Unterstützung des Stehenden Heeres vorgesehen, das zweite Aufgebot der 30- bis 45jährigen (!) als Festungsbesatzung. "Die gesamte Deutsche Volksbewaffnung kann nur durch den Beschluß des Deutschen Parlamentes zusammentreten; die Volksbewaffnungen der einzelnen Staaten, Provinzen und Gemeinden nur durch Beschluß ihrer Vertreter". Wie die Miliz-Theoretiker schlug auch Hasenkamp, der mit einer sehr langen Wehrdienstzeit schon wenig auf die "Schonung der Kräfte der Nation" achtete, für die Schuljugend außer Turnübungen auch "militärische Exerzitien" vor. Gleichschritt, einfache Bataillons-Bewegungen, Handgriffe mit leichten Gewehren und Scheibenschießen sollten künftig "auf allen Schulen wesentliche Unterrichtsgegenstände bilden"²⁹⁵⁾.

Gleich Heugel und Hasenkamp veröffentlichten noch einige andere entlassene Leutnants ihre Rechtfertigungsschriften: H. Korff 1845 in Mannheim "Schon wieder ein ehrengerichtlicher Prozeß", F. Anneke 1846 in Berlin "Ein ehrengerichtlicher Prozeß" und C. Johanning 1847 in Leipzig "Vorgänge zwischen Militär und Zivil in Bielefeld". Radikale militärpolitische Forderungen stellte "Das vereinfachte Militär-Avancement", die 1848 in Berlin erschienene Flugschrift des entlassenen Leutnants Otto de la Chevalerie. Hier werden die Kadettenanstalten als "Pflanzschulen der Borniertheit und Brutalität" bezeichnet, und die Kabinettsorder vom 19. September 1848, nach der jedem Geeigneten die höchsten Stellen der Armee offenstehen sollten, wird als "sentimentale Reminiszenz", als "eine überzuckerte Indigestionspille aus der Hofapotheke von Sanssouci" abgetan²⁹⁶⁾.

Viele Leutnants der preußischen Armee wurden selbst

politisch aktiv. Rüstow schreibt, in der Zeit vom November 1848 bis Februar 1849 seien über 300 ehrengerichtliche Untersuchungen wegen politischer Betätigung eingeleitet worden²⁹⁷⁾. Der Leutnant von Dücker aus Kolberg war Präsident, der Leutnant Schulze Mitglied des "Vereins zur Wahrung der Volksrechte". Über dessen erste Versammlung berichtete der "Pommersche Bote für Stadt und Land" am 17. November 1848. In einer Adresse an die Berliner Nationalversammlung hatte sich der Verein "zum Schutze der Majestät der hohen Versammlung mit Gut und Blut jederzeit bereit" erklärt. Dücker stand in Verbindung mit dem kommunistischen ehemaligen preußischen Leutnant August Willich und mit dem radikalen Abgeordneten Mager. "Seinem Treiben setzte er", wie am 26.11.1848 aus Kolberg an das Kriegsministerium berichtet wurde, "dadurch die Krone auf, daß er die Landwehr zum Ungehorsam aufforderte"²⁹⁸⁾.

In Aachen reichten am 18. April 1848 19 Leutnants vom 34. Infanterieregiment und 4. Dragonerregiment dem Kriegsministerium eine Resolution ein. Sie forderten "vollständige Gleichstellung des Militärs in politischer Beziehung mit allen Staatsbürgern, schleunigste Leistung des Eides auf die Verfassung, sobald eine solche festgestellt sein wird, und zwar zur Beseitigung der gegenwärtigen zweideutigen Stellung der Armee, Aufhebung der bestehenden Ehrengerichte und der geheimen Conduiten". Die aufsässigen Leutnants baten um sofortige Einsetzung "einer gewählten Kommission, bei welcher alle Truppengattungen und Chargen vertreten sein sollten, zur Beratung der nötigen Reformen in der Armee". Sie setzten sich außerdem für eine "Verschmelzung von Linie und Landwehr" nach Scharnhorstschen Grundsätzen und für Zivilgerichtsbarkeit außer bei militärischen Vergehen und Verbrechen ein²⁹⁹⁾. Verfaßt hatte die Aachener Denkschrift der Premierleutnant und Regimentsadjutant von Hobe. Bemerkenswert ist die unentschlossene Haltung, die der König und die Regierung in den ersten Monaten nach der

Revolution diesen Auflösungserscheinungen gegenüber einnahmen. Der von März bis September 1848 als preußischer Ministerpräsident amtierende Ludolf Camphausen antwortete Hobe "ergebenst", "die Lehren, welche die Ereignisse der beiden letzten Monate hinsichtlich der Stellung der Armee im Staate" enthielten, seien von ihm "keinen Augenblick verkannt worden". Seinen ablehnenden Bescheid begründete der Ministerpräsident äußerst vorsichtig³⁰⁰⁾. Der Leutnant van der Leeden vom 19. Infanterieregiment in Torgau forderte in seinem 1849 erschienenen Aufsatz "Gedanken eines Soldaten über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft" eine Vereidigung des Heeres auf die Verfassung und hoffte, daß "der Soldat der Zukunft nicht neben, sondern unter dem Bürger lebe". Der Leutnant Osse aus Münster machte Waldeck, dem Führer der Linken in der preußischen Nationalversammlung, ausführliche Vorschläge zur "zeitgemäßen Reorganisation der preußischen Armee" und schrieb: "Sorgen Sie für ein inniges Verwachsen der Armee mit dem Staats-Bürgertum"³⁰¹⁾.

Zu den bekanntesten und einflußreichsten der oppositionellen Militärs gehörte der sächsische Oberleutnant Hermann Müller aus Dresden. Als aktiver Offizier wurde er auf den Listen des Vaterlandsvereins in den radikalen sächsischen Landtag von 1849 gewählt. Er machte sich zum Wortführer der zweiten Kammer im Kampf um die Verbürgerlichung der Armee. Der Oberleutnant in der Infanterie-Garde-Division Müller gab zusammen mit dem Oberleutnant im 2. Linien-Infanterieregiment von Wilucki, den Leutnants im Leib-Infanterieregiment von Erdmannsdorf und von Zychlinski sowie dem Leutnant im Ingenieurkorps Andrée auch die demokratische "Deutsche Kriegerzeitung" heraus, die sich in eine scharfe Auseinandersetzung mit den preußischen Militärblättern einließ. Gegen das publizistische und parlamentarische Wirken Hermann Müllers erhob sich aber bald mit energischem Protest die Armee. Die Berliner "Deutsche Wehrzeitung" druckte am 15.2.1849 folgende Erklärung ab:

"Die nachstehenden Offizierkorps der Königlich-Sächsischen Armee halten es ihren Standesgenossen gegenüber für Pflicht, zu erklären, daß sie die von dem jetzigen Landtags-Abgeordneten Oberleutnant Müller öffentlich ausgesprochenen Ansichten über militärische Verhältnisse entschieden mißbilligen..." Auch die Mannschaft des Regiments Prinz Albert in Bautzen kritisierte Müller. Die drei sächsischen Offiziere Hauptmann Carl von Egidy, Oberleutnant von Metzradt und Leutnant Klette schrieben ihm im Januar 1849: "Wir wollen unter unseren Kameraden nur Soldaten ohne eine Beimischung der staatsbürgerlichen Rechte sein und bleiben, weil wir darin kein Heil für unseren Stand erblicken können wenn der Soldat mit den Rechten des Staatsbürgers die Pflichten des Kameraden beseitigen wollte!" Im Verlauf der Auseinandersetzung wegen der Frankfurter Reichsverfassung sprach die zweite Kammer des sächsischen Landtages der Regierung ihr Mißtrauen aus. Am 30. April 1849 wurde sie daraufhin aufgelöst. Der Oberleutnant Hermann Müller mußte zu seinem Regiment nach Schleswig-Holstein und wurde bald als "für die Disziplin der Armee sehr gefährliches Subjekt" entlassen, weil er "den Gehorsam in Frage gestellt und dadurch Spaltungen und Insubordinationen" heraufbeschworen habe³⁰²⁾.

Der in politischen und sozialen Fragen radikalste aller ehemaligen deutschen Offiziere war der schon genannte August Willich. Er wurde 1810 in Gorzyn (Posen) geboren und verbrachte die Kindheit im Hause von Friedrich Schleiermacher, der damals in Berlin auf Kanzel und Katheder schon gewaltigen Ruf hatte. Mit 18 Jahren war Willich preußischer Artillerieleutnant, 1841 Hauptmann. Von demokratisch-sozialistischen Ideen erfüllt, reichte er 1846 sein Abschiedsgesuch ein, dessen Form so anstößig war, daß man ihn noch vor ein Kriegsgericht stellte. Doch Willich wurde freigesprochen. Im badischen Aufstand führte er das Besançonner Arbeiterkorps. Sein Adjutant war Friedrich

Engels. Nach der Niederlage gegen die preußischen Truppen floh er in die Schweiz und ging dann wie Engels und viele andere deutsche Emigranten nach London. Dort trat er in die Zentralbehörde des Kommunistenbundes ein. Willich hoffte 1850 immer noch auf eine proletarische Revolution in Deutschland. Wie aus Briefen zwischen Marx und Engels hervorgeht, wollte er seine politischen und sozialen Pläne anscheinend mit Waffengewalt und einer demokratischen Militärdiktatur durchsetzen. Deshalb bemühte er sich in London auch um Verbindung mit den emigrierten Demokraten. Doch Marx und Engels trennten sich bald von den "demokratischen Leutnants", zu denen sie auch Willich rechneten, und auf Antrag von Marx wurden im September 1850 Willich und seine Anhänger vom Bund der Kommunisten ausgeschlossen. Marx riet von einer gewaltsamen Revolution ab, denn er fürchtete, der Sieg über die herrschenden Mächte in Deutschland werde nicht dem Proletariat, sondern dem Bürgertum zugutkommen.

August Willich gründete mit Karl Schapper und anderen Gefolgsleuten einen neuen Bund, der auch die Mehrheit des deutschen Arbeiterbildungsvereins und die Brüsseler und Schweizer Kommunisten-Gemeinden für sich gewinnen konnte. Die Gruppe Willich-Schapper trat mit anderen revolutionären Emigranten-Zirkeln in Verbindung und gründete ein internationales demokratisch-sozialistisches Komitee. Anfang 1853 löste sich wie vorher schon die Gruppe Marx so auch die Fraktion Willich-Schapper auf. August Willich, der in London das Zimmermanns-Handwerk erlernt hatte, ging 1853 nach Amerika, arbeitete anfangs auf einer Werft in Brooklyn, dann einige Jahre bei der Landesvermessung und ab 1858 als Journalist in Cincinnati. Als der amerikanische Bürgerkrieg ausbrach, trat er gleich als Freiwilliger ein. Im Herbst 1861 wurde Willich Oberst eines in Indiana gebildeten deutschen Regiments, 1862 sogar Brigade-General. Von 1866 bis 1869 lebte er wieder in Cincinnati, 1870

besuchte er Deutschland und bot bei Kriegsausbruch seine Dienste dem König von Preußen an. Da man dies Angebot ablehnte, hörte Willich philosophische Vorlesungen an der Universität Berlin und kehrte bald wieder nach Amerika zurück. Dort ist er am 23. Januar 1878 in St. Mary's (Ohio) gestorben³⁰³).

Bekannter als Willich wurde im amerikanischen Bürgerkrieg noch ein anderer ehemaliger deutscher Offizier, der am 18. November 1824 im badischen Sinsheim geborene Franz Sigel. Er war 1843 Leutnant der badischen Armee geworden, hatte aber 1847 aus radikal-demokratischer Überzeugung um seinen Abschied eingegeben und sich dann am Aufstand von 1848 beteiligt. 1852 kam er nach Amerika. In New York gab Sigel das Militärmagazin "Die Revue" heraus. Ab 1857 lebte er in Saint Louis, wo er ebenfalls journalistisch und als Lehrer tätig war. Im Sezessionskrieg zeichnete er sich als General der Unionstruppen aus, führte ein Armeekorps in Virginia, 1863 die Western Pennsylvania Reserves, 1864 die Truppen von West-Virginia. Im Juli 1864 verteidigte er mit 4000 Mann gegen 15 000 gegnerische des Generals Early erfolgreich die Marylands Heights. Nach dem Krieg gab Sigel bis 1867 in Baltimore die Zeitschrift "Wrecker" heraus. Danach lebte er wieder in New York, wo er eine Anstellung als Steuerbeamter erhielt, die deutsch-amerikanische Zeitschrift New York Monthly herausgab und militärische Aufsätze verfaßte. Gestorben ist Franz Sigel am 21. August 1902 in New York³⁰⁴).

Eine interessante Erscheinung der militärischen Linken ist der bayerische Offizier Johann Baptist von Hofstetten. Der durch seine Heirat mit einer Gräfin Strachwitz reich gewordene Mann gab für seine sozialdemokratische Überzeugung den Militärdienst auf und richtete sich durch jahrelange Subventionen für seinen Freund Johann Baptist von Schweitzer und den gemeinsam von ihnen herausgegebenen

"Socialdemokrat" wirtschaftlich völlig zugrunde.

Schweitzers 1861 erschienenes Buch "Der Zeitgeist und das Christentum", das gegen die christliche Offenbarungsreligion und besonders die katholische Kirche als Hauptstütze der Reaktion und des blinden Autoritätsglaubens gerichtet war, in dem Schweitzer sich auch zur demokratischen Republik bekannte und die Monarchie angriff - dieses Buch übte auf Hofstetten einen solchen Einfluß, daß der Offizier im Sommer 1862 Schweitzer besuchte und mit ihm Freundschaft schloß. Zusammen wollten die beiden dann für Lassalle und dessen Ideen eine Zeitung gründen. Auf einem Ausflug in die Pfalz, an dem u.a. Lassalle, die Gräfin Hatzfeld, Hofstetten mit Frau und Schwester und Schweitzer teilnahmen, wurde im Juli 1864 beschlossen, in Berlin eine Parteizeitung herauszugeben, die Hofstetten sich zu finanzieren erbot. Im Dezember 1864 erschien die erste Nummer des "Socialdemokrat". Hofstetten und Schweitzer waren Eigentümer und Redakteure, unter den Mitarbeitern wurden auch Rüstow und Herwegh genannt. Doch die Zeitung und die sozialdemokratische Wahlpropaganda erschöpften Hofstettens Vermögen. Sein Unglück war umso größer, als er nun auch in bittere Feindschaft zu seinem sich nicht ganz korrekt verhaltenden einstigen Freunde Schweitzer geriet³⁰⁵).

Nach diesem Exkurs über die "Leutnants-Literatur", die militärisch-politische Opposition in den deutschen Armeen, kehren wir nun zur Darstellung der Rüstowschen Kritik zurück.



Die geistige Bildung des Offiziers

Welche Eigenschaft befähigte zum militärischen Führer? Wilhelm Rüstow, ein theoretischer, zum System und ins Allgemeine **drängender** Geist, nannte nicht militärfachliche Bildung an erster Stelle, wie man vermuten könnte. Unmißverständlich betonte er schon 1853, daß er "kriegerische Einsicht und kriegerisches Wissen erst für die zweite Eigenschaft eines Feldherrn halte und den Charakter für die erste". Kriegerische Einsicht nämlich könne dem Feldherrn sein Generalstab ersetzen, "den Charakter aber niemand"³⁰⁶). Charakter bezeichnete hier schlechthin die Tugenden der soldatischen Persönlichkeit, verstand sich andererseits aber nur in dem begrenzt militärischen Sinn von la morale, wie sie die französische Sprache als Geistesverfassung der Truppe von le moral, dem sittlichen Wert unterscheidet.

Den Vorrang der subjektiv-charakterlichen Eignung hatten für den Offizier auch Clausewitz und Moltke betont, zwei Männer "des reinen Denkens" (Franz Schnabel)³⁰⁷, die ebenso wie Rüstow also nicht entsprechend ihrer eigenen eher theoretischen Veranlagung über die Rangfolge der Offizierseigenschaften urteilten, sondern gleichsam selbst-erzieherisch wider sie³⁰⁸). Sogar Scharnhorst, der Vorkämpfer gründlicher militärischer Bildung und Wegbereiter eines neuen bürgerlich-liberalen Leistungsdenkens auch in der preußischen Armee, fürchtete, daß wissenschaftliche Arbeit den jungen Offizier erdrücken könne; er riet zur Stoffbeschränkung, denn die "Quantität der vorgetragenen Gegenstände" mache nur zu leicht mutlos, und dann sei die "ganze wissenschaftliche Bildung dem Soldaten nachteilig", alsdann leiste "der fast rohe Mensch in seiner Kraft mehr"³⁰⁹). Dieser preußische Reformers, dem von Offizieren oft vorgeworfen wurde, daß er zu wissenschaft-

lich arbeite, die Theorie der Praxis vorziehe, den Yorck etwa als gelehrten Pedanten verspottete³¹⁰⁾, erklärte seine Scheu vor abstrakten Regeln, vor der Theorie immer wieder³¹¹⁾. Er war ständig bemüht, die höhere kriegswissenschaftliche Ausbildung der Offiziere streng nach praktischen Gesichtspunkten zu leiten. Er wollte den Offizier nicht zum "gebildeten Menschen" machen, wie es Ende des 18. Jahrhunderts im Geiste der Aufklärung gefordert worden war, wollte den Akzent keineswegs auf die Philosophie legen, die Knesebeck 1797 auch für den Offizier zur "Oberaufseherin aller geistigen Fähigkeiten" ernannt hatte³¹²⁾. Scharnhorst ging es darum, den Geist der jungen Fähnriche und Leutnants mündig zu machen, die Denkfähigkeit methodisch zu schulen. Der "denkende Offizier" sollte die "sklavische Nachahmung der bisherigen Pedanterie" überwinden³¹³⁾. Wenn die geistige Ausbildung des Offiziers "nicht Schärfung des Verstandes und der Beurteilung militärischer Vorfälle zum Hauptgegenstande" hatte, verfehlte sich nach Scharnhorsts Auffassung "den eigentlichen Zweck"³¹⁴⁾.

Das Ideal der "allgemeinen Bildung", wie es ähnlich schon Friedrichs des Großen enzyklopädischer Lehrplan an der Académie des Nobles vorausgenommen hatte³¹⁵⁾, wurde erst nach der Reformzeit von preußischen Militärs gefordert. Der zurückgetretene Kriegsminister Böyen nannte 1836 in einer Denkschrift "dem Zeitbedürfnis angemessene weltbürgerliche Kenntnisse" unentbehrlich für den Offizier³¹⁶⁾. Eine kriegsministerielle Verfügung nahm diese Boyensche Forderung auf, und 1844 erklärte König Friedrich Wilhelm IV. in einer Verordnung über den Offizierersatz, daß "das größere Maß von Berufskenntnissen und allgemeiner Bildung, welches jetzt in allen Ständen und Berufszweigen verlangt und angetroffen" werde, auch für den Offizierstand, "um ihn in seiner Würde zu erhalten", neue Bildungsziele stecke³¹⁷⁾.

Diese allerhöchste Absicht ließ sich aber nur schwer gegen den zähen Widerstand der konservativen adligen Militärs verwirklichen. Die preußisch-deutsche Offizierserziehung des ganzen 19. Jahrhunderts konnte im Spannungsfeld zwischen "Charakter" und "Intellekt" keine deutlichen Linien bilden³¹⁸⁾. Das königliche "Reglement über die Besetzung der Stellen der Portepeefähnriche..." hatte in der Reformzeit den Schwerpunkt auf "Kenntnisse und Bildung" gelegt³¹⁹⁾. Scharnhorst setzte das Offiziers-Examen durch. 1859 wurde der Kriegsschulbesuch allen Offizieranwärtern zur Pflicht gemacht³²⁰⁾, zwei Jahre später die Prüfung der Portepeefähnriche erschwert; ins Examen durfte nur, wer das Prima-Reifezeugnis eines preußischen Gymnasiums oder einer preußischen Realschule erster Ordnung besaß. Doch diese Entwicklung von ständischem Geburtsvorrecht zu bürgerlicher Leistungsauswahl empörte den Adel. Edwin von Manteuffel, der Leiter des Militärkabinetts, wurde alarmiert. Er setzte auch durch, daß die Abiturflicht vorläufig wieder wegfiel. "Besondere Dienstapplikation und tüchtige militärische Gesinnung" mußten nach Manteuffels Auffassung "dieselbe Berücksichtigung erhalten, welche einer besonderen wissenschaftlichen Durchbildung bereits zu Teil" werde³²¹⁾. Als die Prima-Reife des Portepeefähnrichs später doch verlangt wurde, konnte der Kaiser trotzdem mit Erfolg um Dispens gebeten werden³²²⁾. Unter Kaiser Wilhelm II. stellte der Generalinspekteur des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens fest: "Wir haben auf den Kriegsschulen nicht 'Wissenschaft' zu treiben, wie auf Akademien, sondern nur die recht schwere Aufgabe: den jungen Nachwuchs in die Grundbegriffe und sozusagen Handwerksgriffe der Kriegskunst einzuführen, damit er tüchtige Gehülfen abgibt, aus denen künftige Meister durch Übung reifen". In diesem Erlaß von 1890 wurde die charakterliche Eignung, die Willenskraft des Offiziers wieder das wichtigste. Ein "zufälliges Versagen des Gedächtnisses" sei entschuldbar,

"Unterlassen und Versäumen" aber belaste "schwerer als Fehlgreifen"³²³⁾!

Für Wilhelm Rüstow hatte unter den Offizierseigenschaften zwar auch der Charakter den Vorrang, doch seine Kritik an der preußischen Armee und ihren Führern beschäftigte sich viel mehr mit dem militärischen Bildungsstand. Rüstow verlangte außer der wissenschaftlich-militärischen Bildung, die er in das Unterrichtsprogramm auch der höheren Schulen und Universitäten mit aufnehmen wollte³²⁴⁾, vom Offizier gute Allgemeinbildung³²⁵⁾. Schon 1847 schrieb er in der Minerva, der Offizieranwärter müsse statt der abgesonderten Kadettenanstalt das bürgerliche Gymnasium oder eine höhere Realschule absolvieren: "Damit der Offizier des Stehenden Heeres nicht auf die Idee komme, sich als Glied einer besonderen Kaste zu fühlen, sondern dahin gebracht werde, sich als das zu denken, was er sein soll, Beamter des Staates, des Volkes", sei "es vor allen Dingen notwendig, daß seine Bildung nicht von Jugend auf einseitig auf die Erwerbung der Kenntnisse, welcher er für seinen Stand ausschließlich bedarf, gerichtet sei, daß er vielmehr auf den Schulen gebildet werde, auf denen die jungen Leute erzogen werden, welche späterhin eine gleiche gesellschaftliche Stellung, wenn auch in anderen Berufszweigen, einnehmen sollen"³²⁶⁾.

Hier verfolgte Rüstow noch ein politisches Ziel mit seinem militärischen Bildungsplan. Nach der Revolution kreidete er den preußischen Offizieren ihre Unwissenheit an, sagte 1850 von ihnen, daß "ihre Unbekanntschaft mit der Literatur" sich auch auf die Fachschriften erstrecke, daß für sie "jeder gedruckte Buchstabe über das Fach, der nicht im Reglement stand", "gelehrter Kram" sei³²⁷⁾. 1862 schrieb Rüstow in spöttischer Übertreibung, daß die Rang- und Quartierliste des preußischen Offiziers ganze Bibliothek ausmache³²⁸⁾. Wie in der angeführten königlichen Verordnung

von 1844 und in Boyens Denkschrift von 1836³²⁹⁾ die Bildung als ein Mittel zur gesellschaftlichen Rangerhöhung und -sicherung des Offiziers benutzt wurde, so betrachtet auch Rüstow sie in ihrer sozialen Funktion. Wenn die Offiziere sich durch Bestehen einer schweren Prüfung "als Männer von umfassender und gründlicher Bildung auswiesen", dann hätten sie eine "natürliche und vernünftige Berechtigung" für die so nur angemäße und künstlich behauptete gesellschaftliche Stellung gewonnen, wären unabhängiger und könnten später leichter in eine Zivil-Laufbahn umschwenken³³⁰⁾. 1862 nannte Rüstow das preußische Offizierkorps dann eine "Versorgungsanstalt für solche, die zum großen Teil durchaus nicht auf der Höhe der Bildung stehen, welche der ihnen künstlich gemachten sozialen Stellung entsprechen würde"³³¹⁾. Die äußerliche Wirkung der geistigen Bildung schätzte er auch für den militärischen Befehlsbereich hoch ein. Nach seiner Ansicht mußte der militärwissenschaftlich gebildete Offizier "auf eine natürliche Weise" den Subalternen "imponieren"³³²⁾.

Die preußische Offiziersprüfung schien Rüstow viel zu geringe Ansprüche zu stellen. Da die Kommandeure den Anwärtern schon vor ihrem Examen die spätere Aufnahme in die entsprechende Einheit bestätigten und, wie Rüstow 1850 sagte, bei dieser Vorauswahl mehr auf die Herkunft als auf die Bildung der Bewerber sahen - deshalb konnte man in Preußen "die wissenschaftlichen Anforderungen an die Feldmarschalls-Embryonen weit genug herabspannen, daß die Unfähigkeit, sie zu erfüllen, den vollständigsten Blödsinn voraussetzte"³³³⁾. In seiner Revolutionsschrift von 1850 meinte Rüstow über die preußische Offiziersprüfung: "Dadurch aber, daß man dem ...Examen einen durchaus positiven und materiellen Charakter gab, wurde erreicht, daß vorzügliches Wissen sich kaum von dem mittelmäßigen unterscheiden ließ... Erwägt man, daß eine tüchtige Gymnasialbildung bei Art und Gegenständen des Eintrittsexamens zu

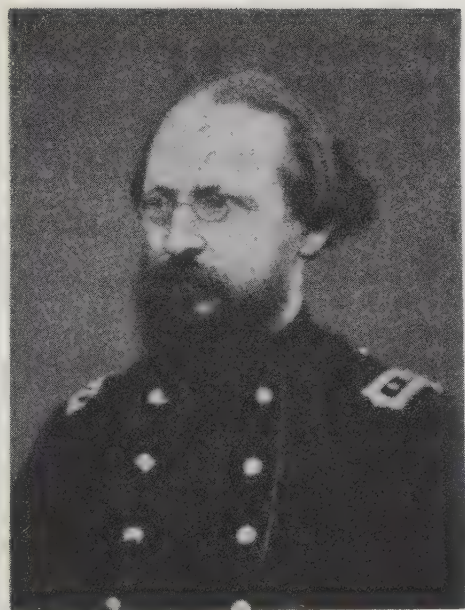
dessen Bestehen wenig nützen konnte, so erklärt es sich selbst, daß teils viele junge Leute, die überhaupt keine besondere Neigung zu den Wissenschaften verspürten, sich für die militärische Laufbahn bestimmten, teils andere, welche sich früh zur Ergreifung dieser Laufbahn entschlossen, ihren Gymnasialkurs nur mit halbem Ohre hörten und geringen Nutzen aus ihm zogen... Da sie von der Schule keine Grundlage selbständiger Bildung mitbrachten, das halbe oder ganze Jahr des 'Einpaukens zum Examen' ihnen eine solche unmöglich geben konnte, so hatten sie überhaupt keine...³³⁴⁾.

In seiner Junker-Broschüre von 1862 gestand Rüstow zwar zu, daß man inzwischen den preußischen Offizieren höhere Bildungsanforderungen stelle, doch "das Unwesen des Einpaukens" sei damit immer noch nicht beseitigt. "Man paukt jetzt mit Dampf in einem Jahre ziemlich weit zurückgebliebene Individuen zum Abiturientenexamen ein, wie man sie früher zum Fähnrichsexamen einpaukte. Gewonnen wird aber für die wirkliche Bildung durch eine solche nur auf das notdürftige Bestehen eines Examens berechnete Einpaukereie, was immer für das Examen vorgeschrieben werden mag, nichts; im Gegenteil, es wird geschadet. Der Trieb zur Fortbildung wird durch das Einpauken nicht geweckt und entwickelt, vielmehr das Streben, nach erreichtem Ziel so bald als möglich zu vergessen"³³⁵⁾.

Dieses scharfe Rüstowsche Urteil über den Bildungsweg des preußischen Offiziers hatten einsichtige Leute in der Armee schon Jahrzehnte vorher ähnlich getroffen. Der Generalinspekteur für das militärische Bildungswesen von Luck beanstandete 1838, daß viele Offiziere sich nicht mehr in den Divisionsschulen für das Examen vorbereiteten, sondern sich den Stoff im Privatunterricht von militärischen Repe-titoren einbleuen ließen. "Ebenso schnell", schrieb der Generalinspekteur, "wie durch den Privatunterricht das Notdürftigste nur eben dem Gedächtnis eingeprägt wird, wird

auch das Erlernte wieder vergessen, und es bleibt dem durch ihn Vorbereiteten keine Grundlage für später etwa von ihm zu unternehmende Studien"³³⁶⁾.

Läßt sich in diesem Punkt eine gewisse Übereinstimmung zwischen Rüstows militärischem Bildungsideal und allerdings nicht verwirklichten preußischen Plänen feststellen - Rüstow sah den ganzen Komplex der Offiziersbildung doch auch wieder anders. Über das in der preußischen Reform- und Vormärzzeit entwickelte Bildungsprogramm ging er hinaus, indem er auch politische Bildung vom Offizier, von den hohen Militärs sogar staatsmännische Einsicht und bürgerliches Verwaltungswissen verlangte³³⁷⁾. Entschieden rückte er von den Bestrebungen ab, die Armee zu einer "National-Bildungs-Anstalt" zu machen, wie der preußische Militärpublizist L. Blesson es tat³³⁸⁾ oder die reaktionäre Deutsche Wehrzeitung, wenn sie den preußischen Offizier einen "Volkslehrer" einen "Erzieher und Arzt des Volkes" nannte³³⁹⁾. Rüstow konnte solche "Spitzfindigkeit nicht begreifen". Er war freilich überzeugt, daß "militärische Bildung ein Zweig der wahren, echten Volksbildung" sei, aber niemals wollte er "zugeben, daß sie die ganze Volksbildung, daß diese nur ein Zweig der militärischen Bildung sei"³⁴⁰⁾. In der Auffassung der Armee als einer Volksschule fand Rüstow "in abgeblaßterer Form" einen Gedanken Heinrich Dietrichs von Bülow wieder. Dieser hatte durch die Heere die Völker regenerieren wollen. Aber Rüstow glaubte nicht, daß "aus weichlichen, körperlich und moralisch gesunkenen ... Nationen kräftige, starke, mutige Heere hervorgehen" könnten, und sollte dies doch möglich sein, dann würden diese Heere unter keinen Umständen die Völker regenerieren, sie höchstens für einige Zeit unterdrücken können³⁴¹⁾. "Nein!" hieß es 1855 in den "Untersuchungen über die Organisation der Heere", "das Heer wird niemals eine Schule des Volkes, nie ein Regenerator desselben, die Schule des Volkes vielmehr





Capri 2 Ottobre 1861

Sig^a - Presidente -

Il Brigadiere Button
ch'io prendo la libertà
di presentarmi è uno dei
valorosi miei compagni
d'armi nella campagna
dell'Italia Meridionale.
Egli farà onore a qualunque
comando voi vogliate
destinarlo -

Sono - Dev^{mo} & co

G. Garibaldi

Berlin 16. 5. 59.



Lieber Herrn. und Georg.

Sei es Ihnen ganz willkommen, dieses Brief
in diese Handlung. Sie haben es nun
gesehen, aber das was darüber sich
gibt ist viel, als ich geschrieben.

Wenn es nicht nun auch geht, wie das
fürsich ist, daß es natürlich den
früheren gewöhnlich war, so ist es
nicht anders.

Aber es ist ganz anders. Das
dante ist mir nicht alle. Es ist
eines abgeben. Es ist auch
das Briefe abgeben. Es ist
möglich zu schreiben in
einer, wie Sie, in Berlin,
sagt, "tatsächlich zu fließen".

Ich danke Ihnen sehr, daß Sie
und bei dieser Gelegenheit mit
Ihnen, das ist sehr
dieses Briefe ist ein
bei der ersten
Brief!

Die Form ist sehr
ganz, aber das ist
Herrn. Fürsich, es ist
mit dem. Es ist
abgegeben

Sei es Ihnen

kann allein eine gute Schule für das Heer sein. In der Jugenderziehung liegt für die Nationen, die noch natürliche Kraft in sich fühlen, einzig und allein das Mittel, diese Kraft zu erhalten"³⁴²).

Zu den Abbildungen (Originale im Dichtermuseum Liestal):

- 1) Wilhelm Rüstow als eidgenössischer Oberst im Generalstab.
- 2) Empfehlungsschreiben an den amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln, das Giuseppe Garibaldi seinem Oberst Wilhelm Rüstow ausstellte. Rüstow trat allerdings nicht in amerikanische Dienste.
- 3) Brief Ferdinand Lassalles an Wilhelm Rüstow und Georg Herwegh.

Kapitel III

Das Miliz-System =====

Die vormilitärische Ausbildung

Eine vormilitärische Ausbildung in Schulen und Gemeinden, die "Harmonie der militärischen und bürgerlichen Erziehung, die Aufhebung des rein künstlichen Dualismus dieser beiden Richtungen" schien Rüstow mit die wesentlichste Voraussetzung für ein kriegstaugliches Milizsystem¹⁾. In seinem Entwurf zu einem Volkswehr-Gesetz schlug er 1850 vor, auch die noch nicht in der Waffenschule ausgebildeten 18- bis 20jährigen bei den Sonntagsübungen der Gemeindewehr mitexerzieren zu lassen. 1855 forderte er für die "viel zu viel in den Stuben" sitzende Schuljugend pro Woche mindestens sechs Stunden Turn- und drei Stunden Exerzierunterricht. So sollte jeder vom 10. bis zum 15. Lebensjahr 600 Stunden in Kompanieformation exerziert haben. "Übungen im Jägerdienst, Bildung einer Kette, Sammeln derselben, Kenntnis der Signale, Übungen im Sicherheitsdienst, Aufstellen von Feldwachen und Vorposten, Patrouillieren, Ablösen der Posten und Wachen usw." stand im einzelnen auf dem Programm. Die Jugend zwischen 15 und 18 sollte im Exerzierverschein der Gemeinde monatlich einmal üben. Weiter empfahl Rüstow, an den Gymnasien wöchentlich zwei Stunden militärwissenschaftlichen Unterricht anzusetzen, für die 13jährigen beginnend mit Waffenlehre und elementarer Taktik, in den letzten drei Jahren mit Taktik der verbundenen Waffen, technischen Arbeiten im Felde und Organisationslehre. Als militärische Lehrfächer an den Universitäten wurden vorgeschlagen: "Strategie, Taktik, Organisation, Militärgeographie und -statistik, Artilleriewissenschaft, Fortifika-

tion, Kriegsbaukunst, Militärverwaltung, Militärstrafrecht, Militärmedizinalwesen, Tierarzneikunde, Generalstabswissenschaft, Waffenlehre, Militärtechnologie, Terrainlehre, Kriegsgeschichte".²⁾

Auch in seiner "Einführung in die Kriegswissenschaft" am Eingenössischen Polytechnikum betonte Rüstow im Wintersemester 1875/76, wie unerlässlich die frühe militärische Jugendausbildung für ein Milizheer sei, und sagte, der Staat müsse "den jungen Bürger schon im Mutterleib auch als Soldaten ansehen daher für das "Wohlbefinden des ganzen Volkes" sorgen, etwa durch "Fabrikgesetze". Der Schulunterricht, mit dem vormilitärischen verbunden, sei zur Pflicht zu machen. Außer Turnen Marschieren, Terrainskunde, Distanzschätzen, Unterweisung im Abkochen schlug Rüstow in seinem erhaltenen Vorlesungsmanuskript noch "Vaterlandskunde" und für einzelne Nachmittage Schießunterricht vor. Die "ganze Zeit vom 6. bis 20. Jahre" der Jugend könne so für eine Milizorganisation genützt werden.³⁾

Daß es bei diesen Plänen nicht nur um die Vermittlung von Kenntnissen und Handfertigkeiten ging, sondern um ein strenges militärisches Erziehungsideal, machen schon folgende Bemerkungen von 1855 deutlich: "man lasse die Knaben huntern, damit es die Männer können;...der römische Soldat nahm mit einem Brei aus zerstampften Körnern vorlieb, wenn er kein Brot hatte, warum sollten wir diese Speise nicht auch ertragen können?.. Ein warmes Kleid, das im Winter ausreicht, ohne uns zu verwelken, müßte der Jugend auch im Sommer dienen, sie muß sich daran gewöhnen, es auch in der heißen Jahreszeit zu ertragen Kleider, in denen die Knaben naß geworden sind, sollten auf ihren Leibern trocknen...Die altrömische Jugend spülte Staub und Schweiß, den sie bei den Exerzierübungen auf dem Marsfelde eingesammelt, unmittelbar darauf in dem vorbeifließenden Tiber ab...Erbärmlich ist die Zivilisation, welche es nicht wagt, durch Gesetze ihre jungen Bürger anzuhalten, daß sie sich zu tüchtigen Mitgliedern der Gesellschaft bilden! Wenn wir nicht weiter gedeihen sollen als bis zu jener Freiheit,

Krüppel zu werden und zu erziehen, so steht es schlecht um alle Aufklärung und Freiheit. Bis zum zwanzigsten Jahre bedarf der Knabe oder Jüngling der Disziplin, und soweit sie die Familie nicht üben will oder kann, muß die Schule, die Gemeinde, der Staat sie üben."4)

Zwar hielten nun die Milizgegner solche von früher Jugend an dauernde feste Bindung des Bürgers an das Wehrwesen für lästig und unzweckmäßig -wie etwa W.von Massow in seiner 1900 erschienenen Schrift "Militarismus oder Milizsystem?"5) - , doch der Gedanke einer zu militärischem Nutzen schon in jungen Jahren einsetzenden vormilitärischen Ausbildung ist noch im 19.Jahrhundert verwirklicht worden und hat im Zeitalter der Weltkriege dann allgemeine Anwendung gefunden, auch ohne daß Milizheere eingerichtet wurden. Vor allem die autoritären Diktaturen pflegten die straffe militärische Jugenderziehung, wie etwa die nationalsozialistische Hitlerjugend.

So diente sie den verschiedensten politischen Systemen. Schon 1820 hatte der von der preußischen Heeresreform beeindruckte bayerische Hauptmann Josef Ritter von Xylander in seinem Buch "Die Heerbildung" vorgeschlagen, zur Vorbereitung auf den militärischen Infanteriedienst "das Schießen als eine National-Unterhaltung" staatlich zu fördern "durch Preise und Belohnungen und jährliche Freischießen im ganzen Lande". Xylander wollte wirkliche allgemeine Wehrausbildung bei verkürzter Dienstzeit und schrieb:"Die Übungszeit im Heer kann aber nur dann die kleinste sein, wenn die Leute beim Eintritt in das Heer nicht mehr körperlich ganz ungebildet sind, sondern wenn nicht nur Bildung des Geistes, sondern auch des Körpers bereits in der Erziehung bezweckt wurde und sie also im Heere nichts zu lernen brauchen, als was auf den Krieg Bezug hat...Für den Krieg wird die Jugend geistig gebildet, wenn sie neben der Moral die vaterländische Geschichte und Verfassung kennen lernt, welche sie hoffentlich mehr zur Vaterlandsliebe und Bürgertugend entflammen wird als die Geschichte Athens und

Roms, denn wehe dem Lande, dessen Geschichte keine die Jugend entflammenden Beispiele dieser Tugenden aufbewahrt. Körperlich aber bestehe die Jugendbildung im sicheren und **gelenken** Gebrauche der Glieder und des Körpers überhaupt, in Übungen im Gehen, Laufen, Springen, Schwimmen, Fechten usw. Wenn dies vorgeht, wenn das Heer nicht lauter vernachlässigte, versteifte Menschen mehr zur Bildung erhält, dann werden dieselben in um so kürzerer Zeit dasjenige erlernen, was sie vom Kriege verstehen und kennen müssen".⁶⁾.

Interessant ist die Einstellung des Prinzen Wilhelm von Preußen, späteren Königs und Kaisers, zur Frage der vormilitärischen Jugendausbildung. Auf einer Sitzung des Staatsministeriums und der Ständischen Kommission am 19.12.1843 sagte König Friedrich Wilhelm IV., daß er mit Kriegsminister Hermann von Boyen folgenden Plan "schon lange...verabredet" habe: "Erstens will ich anordnen, daß die Jungens vom 16. bis 20. Jahr in ihren Dörfern und Städten exerziert werden sollen. Überall werden sich alte Soldaten und Unteroffiziere finden, die dies übernehmen werden, so wie jetzt schon viele Eltern ihre Töchter exerzieren lassen, um ihnen gute Haltung zu geben; das wird eine vortreffliche Vorbildung für die einzustellenden Rekruten sein und deren Ausbildung bei den Truppen sehr erleichtern". Allein in Berlin sollten "20 000 junge Menschen", die nichts täten, "durch solche Vorübung nützlich beschäftigt und zu ordentlichen Menschen gemacht werden".

Prinz Wilhelm entgegnete dem König, er fürchte, ein solcher Plan laufe auf eine "Nationalbewaffnung" hinaus, und zwar auf "eine solche, die aus Jungen bestehen würde, welche im aufbrausendsten Alter sich befinden und eine exerzierte Masse bilden, welche ohne alle Disziplin und Gehorsam sei und daher ein sehr gefährliches Element werden könne". Der Prinz gab zu bedenken, "wenn jene 20 000 Berliner bei einer Emeute Partei gegen das Gouvernement ergriffen und sich Waffen zu verschaffen wüßten, in welcher Verlegenheit sich dasselbe befinden würde"; er warnte, man würde "alsdann dreierlei be-

waffnete Mächte im Lande haben: Linie, Landwehr und Jungen", und daher glaubte er "diese Idee als höchst gefährlich charakterisieren und als nicht für einführbar erklären" zu müssen.

Boyen erwiderte, daß "es nicht darauf ankäme, mit Gewehren zu exerzieren, sondern nur darauf, Wendungen, Abmärsche und Patrouillen-Felddienst zu erlernen", worauf der Prinz sagte, er habe "grade geglaubt, die Handhabung der Waffen und Schießen werde bezweckt, als das Schwierigere der Ausbildung, denn die angeführten Übungen seien als Vorbildung ziemlich unerheblich". Der König warf ein: "Gott bewahre, Gewehre sollen sie nicht haben, Besenstiele sollen sie bekommen, und schießen können sie allenfalls bei den Schützengilden lernen, mit denen sie sich zusammentun könnten". Der Prinz gab sich nicht zufrieden und meinte, es "würde aber doch schwer sein, wenn dergleichen Jungenvereine sich Flinten anschafften, ihnen dies zu untersagen, weil sich dies nicht anders als durch Mißtrauen motivieren lasse". Und so ließ der König seinen und Boyens Plan fallen.⁷⁾

Drei Jahre später berichtete Prinz Wilhelm über die durch Kabinettsorder vom 18.3.1845 beim Lehr-Infanterie-Bataillon angeordneten "Versuche mit gymnastischen Übungen" an den König: "Es wird als ein Hauptargument für die Zweckmäßigkeit der Militärgymnastik angeführt, daß sie dem Soldaten eine größere Gewandtheit gebe. Es fragt sich daher, worin soll der Soldat eine gewisse Gewandtheit zeigen, die mit Recht von jedem Vorgesetzten verlangt werden muß? Diese Frage ist dahin zu beantworten, daß der Soldat eine vorschriftsmäßige militärische Haltung gewinne, sein Exerzitium mit Richtigkeit ausführe und beim Tiraillement und Felddienst Umsicht beweise. Insofern diese Erfordernisse durch die gymnastischen Übungen erlangt werden, wird ihnen eine gewisse Zweckmäßigkeit nicht abzusprechen sein. Es dürfte indessen keines Beweises bedürfen, daß je früher dergleichen Übungen vom Menschen betrieben werden, also in der Jugend, wo dessen Gliedmaßen noch geschmeidiger sind, je günstigere Resultate zu erzielen sein werden. Es sind daher diese Übungen unstreitig mit hohem

Nutzen auf den Schulen und Gymnasien zu treiben, so daß die Rekruten den Truppen mit einem gelenkig gemachten Körper zukommen würden. Dergleichen Übungen aber erst mit dem 20. Jahre zu beginnen und zwar im Augenblick, wo von der rein militärischen Ausbildung alle Körper- und Geisteskräfte eines Menschen in Anspruch genommen werden, erscheint nicht als der richtige Augenblick. Jedenfalls dürfen diese Übungen nicht als ein Erfordernis zur Ausbildung des Soldaten hingestellt werden, sondern nur als nützliche Übung für den Einzelnen, wenn nach Erlernung des Dienstes Zeit und Muße dazu übrig ist, so daß diese Übung mehr als Nebensache in dienstfreien Stunden bezeichnet würde... Aber immer wird man sich hüten müssen, dem Soldaten zu zeigen, daß man einen besonderen Wert auf jene Kunstfertigkeiten legt, damit er selbst nicht zuletzt gewöhnt wird, auf dieselben mehr Wert zu legen als auf seine wahrhafte militärische Ausbildung. Die Gefahr aber, daß er dies tue, liegt sehr nahe, indem es sehr natürlich ist, daß die gymnastischen Übungen dem gemeinen Mann viel mehr Vergnügen und Belustigung gewähren als alle Obliegenheiten des wahrlich sehr ernstesten und schweren Dienstes" ⁸⁾.

1848 schlug dann in der Frankfurter Nationalversammlung der Deutsche Hof auf der Linken eine Verkürzung der Wehrdienstzeit und dafür in der Schule einsetzende militärische Jugendausbildung vor. ⁹⁾ Die demokratischen Milizvertreter kämpften mit diesem Plan weiter gegen die Stehenden Heere. Der auf Rüstow sich stützende und ihm befreundete Dr. C. Walcker schrieb zum Beispiel 1873 die Broschüre "Die militärische, nationale, sozial- und kirchenpolitische Notwendigkeit der militärischen Jugenderziehung und wirklich allgemeiner Wehrpflicht".

Im Abgeordnetenhaus des preußischen Landtages beantragte 1860 der sozial aufgeschlossene liberale Industrielle Friedrich Harkort aus ähnlichen Erwägungen die staatliche Förderung des Turnunterrichtes, und der Kultusminister Moritz August von Bethman Hollweg erklärte, dieser Wunsch stimme "vollständig mit den Ansichten der Regierung überein". Auch

Der Minister war dafür, "das Turnen in rechten Schwung zu bringen und durchgehend zu einem Stück der Nationalbildung zu machen". Der Kriegsminister Albrecht von Roon trat ebenfalls für das "schöne Ziel" ein, "unser ganzes Volk in den Leibesübungen" so geschickt zu machen, "daß jeder Einzelne ein Vorturner sein" könne.¹⁰⁾

Die deutsche Sozialdemokratie verband mit ihren Miliz-Plänen seit 1868 die Forderung vormilitärischer Jugenderziehung, und Friedrich Engels trat 1893 nachdrücklich für sie ein.¹¹⁾

In Preußen gab es seit 1896 eine "Jugendwehr" für 14- bis 20jährige. Sie trug Uniform und Seitengewehr, exerzierte in den Kasernen unter ehemaligen Feldwebeln. Die unter dem Protektorat der Kaiserin stehende Organisation leitete der General a.D. Bartels. Die etwa 2000 Mitglieder bildeten in Berlin ein Regiment mit eigener Fahne und einem Spielmannszug. Auch eine Marine-Abteilung war angeschlossen. Sechs Kompanien übten in der Kaserne des 2. Garde-Grenadier-Regiments Kaiser Franz Josef von Österreich und vier Kompanien in der Kaserne des 1. Garde-Grenadier-Regiments Kaiser Alexander von Rußland. Auf dem Dienstplan standen Exerzieren (auch am Gewehr), Turnen, Fechten, Felddienstübungen, Parademärsche, außerdem für die theoretische Unterweisung am Abend Waffenkunde, Sandkastenunterricht über Truppenformierung usw.¹²⁾ Eine ähnliche Organisation gründete 1911 Generalfeldmarschall Colmar Freiherr von der Goltz. Auch sein "Jungdeutschland-Bund" diente der vormilitärischen Er-tüchtigung¹³⁾.

So war aus dem Plan der Miliztheoretiker allerdings nicht ein Mittel geworden, das die von ihnen aus innerpolitischen wie volkswirtschaftlichen Gründen geforderte Auflösung der stehenden Armee ermöglicht hätte. Die aufrüstenden Staaten mit ihren anschwellenden Militär-Etats verwirklichten die allgemeine Wehrpflicht auch ohne wesentliche Verkürzung der Dienstzeit in einem gewaltigen Kadersystem von Millionenheeren. Die vormilitärische Jugendausbildung erhielt im Zeitalter der Einparteien-Herrschaft und des totalen Krieges immer

unheilvollere Bedeutung.

Der Organisations-Entwurf von 1850

In seiner 1850 erschienenen Schrift "Der deutsche Militärstaat vor und während der Revolution" veröffentlichte Wilhelm Rüstow einen "Entwurf zu einem Volkswehrsgesetz"1 angepaßt dem Entwurf einer Gemeindeordnung, wie er am 10. August 1848 von 54 Abgeordneten der Nationalversammlung in Frankfurt vorgelegt worden war¹⁴⁾. Dieser Miliz-Plan ist auf preußische Verhältnisse zugeschnitten, denn es wird "für ein Volk von 16 Millionen" errechnet, daß es in der "Waffenschule" alljährlich vom 1. Mai bis 1. Oktober 112000 - 120000 Zwanzigjährige ausbilden könne, was nicht mehr Kosten verursache als ein zwölf Monate lang zu unterhaltendes Stehendes Heer von 50 000 Mann¹⁵⁾. Mobilisiert wird aber der "Kriegsauszug" in einer Stärke von insgesamt vier Prozent der Bevölkerung, bei 16 Millionen Einwohnern also 640 000 Mann (mit 40 000 Reitern und 800 Feldgeschützen), die für das Operationsheer zur Verfügung stehen.

Nach Rüstows Plan werden zu jedem 1. Mai die 20 Jahre alten Wehrtauglichen für fünf Monate in die möglichst innerhalb des Kreises liegende Garnison zur Ausbildung einberufen. Die mindestens 1500 Einwohner starken "Wehrgemeinden korrespondieren mit den Landsgemeinden". Sie sind verantwortlich, daß alljährlich ihre jeweils neun bis zehn Dienstpflichtigen vollständig ausgerüstet und bekleidet in der Garnison erscheinen. Die Gemeinden haben auch für ihre Mitglieder des "Waffenschulauszugs" Quartier- und Verpflegungskosten zu bestreiten und den Sold zu zahlen. Wenn eine Gemeinde statt 0,74 - 0,80 Prozent weniger als 0,005 oder zwei Jahre lang weniger als 0,006 Prozent ihrer Einwohnerzahl für den Waffenschulauszug stellt, hat die Kreisversammlung "die Gründe einzufordern,

eventuell Untersuchung einzuleiten". Die "Gemeindewehr" erfaßt 17-20 Prozent der Einwohner vom 21.-50. Lebensjahr, das sind etwa 250 bis 300 Waffenfähige. Ein Drittel davon muß die Gemeinde selbst ausrüsten. Jeweils ein Drittel der Gemeindewehr "hat gemeinschaftliche Waffenübungen an einzelnen Sonntagen", bei denen auch alle 18- bis 20-jährigen mitmachen. Außerdem hält die Gemeindewehr "Versammlungen zur Kontrolle, zu denen sie in ganzer Stärke erscheint¹⁶⁾".

Alljährlich im März muß jede Gemeinde ferner vier Prozent ihrer Bevölkerung für den Kriegsauszug bestimmen, bei 1500 Einwohnern also 60 Mann, und zwar durch Aufruf von Freiwilligen bis zum 40. Lebensjahr, falls diese nicht reichen durch Einstellung der Unverheirateten bis zum 32. Jahr und dann der Verheirateten unter 26¹⁷⁾. "Über Reklamationen gegen die Einstellung in den Kriegsauszug entscheidet endgültig die Gemeindeversammlung". Die Kriegsauszugskompanien treten "auf Anordnung" des Kreis-Oberkommandanten "und unter Zustimmung der Kreisversammlung an vorausbestimmten Jahrestagen" unabhängig von der Gemeindewehr zu Waffenübungen zusammen. "Wenn die Bezirksversammlung es für nötig erachtet", kann ein älterer Jahrgang des Kriegsauszuges auch "zu größeren Kriegsübungen" mit herangezogen werden, welche die in einem Lager vereinigten Garnisonstruppen eines Bezirkes jeweils während des letzten Monates ihrer Waffenschul-Ausbildung abhalten.

Ganz oder teilweise mobilisiert werden darf nur "bei der Gefahr eines Krieges mit äußeren Feinden, auf Anordnung des Staatsministeriums unter Zustimmung der Landesvertretung". Ist die Landesvertretung nicht versammelt "und erleidet die Mobilmachung keinen Aufschub", so kann das Ministerium selbständig die Mobilisierung befehlen, doch die für diese Maßregel verantwortliche Landesvertretung muß dann sofort berufen werden. Rüstow unterscheidet eine kleine Mobilmachung des nur zweiprozentigen Kriegsauszuges und die große von vier Prozent der Bevölkerung.

"Die Gemeindewehr ist die einzige bewaffnete Macht, welche von der Gemeindebehörde (G.O. § 58f.) unter Zustimmung der Gemeindeversammlung zum laufenden Wacht- und Pikettdienst, zur Herstellung augenblicklich gestörten Friedens auch ohne Zustimmung der Gemeindeversammlung aufgeboden werden darf". Außerhalb des Gemeindebereiches kann sie nur "auf Requisition der Kreisdirektion (G.O. § 113) verwendet werden, aber höchstens zu 1/6 ihrer Stärke und niemals außerhalb des Kreises. Im Krieg übernimmt sie außer dem laufenden Sicherheitsdienst auch den Etappendienst und führt erforderlichenfalls den kleinen Krieg gegen den eingedrungenen Feind". Das Kriegsministerium, dem "das ganze Kriegswesen des Staates" untersteht, übt auf "die Verwendung der Gemeindewehren... keinen Einfluß". Der Kriegsminister, vom Staatsoberhaupt berufen, kann sein Ministerium nach eigenem Ermessen benennen. Alle Offiziere werden gewählt, und zwar von der Bezirksversammlung der Obergenerale unter sämtlichen Untergenerälen, ferner die Untergeneräle unter sämtlichen Bataillonskommandeuren des Bezirks (G.O. § 133 f.). Die **Kreisversammlung** besetzt eine "erledigte Hauptmannsstelle" durch Wahl unter sämtlichen Zugführern, eine Zugführerstelle durch Wahl unter den ein Qualifikationszeugnis besitzenden Unteroffizieren¹⁸⁾.

Als Unteroffizier in der Waffenschule kann sich bewerben, wer "einen vollständigen Kursus der Volksschule durchgemacht, die Waffenschule durchlaufen hat und von der Heimats- oder Aufenthaltsgemeinde empfohlen wird". Auch über seine Annahme entscheidet die Kreisversammlung. Jeder Garnisonsort unterhält in den Wintermonaten eine Unteroffiziersschule, an der Offiziere und ältere Unteroffiziere "in den Schulwissenschaften, den Elementen der militärischen Wissenschaften, namentlich im Verwaltungsfach, in der Kunde der Landesgesetze" unterrichten. Wer "einen vollständigen Gymnasialkursus" absolviert, einen Sommer als Unteroffizier in der Waffenschule gedient und einen Winterkurs in der Unteroffiziersschule besucht hat, kann auf eine der Militärakademien, die

im Winter an den Landesuniversitäten die vier Lehrstühle Theorie der Kriegskunst, militärische Technik und Technologie, Kriegsgeschichte, Verwaltungswissenschaft einrichten. Jeder Unteroffizier, der zwei aufeinanderfolgende Winter die Militärakademie besucht hat, kann sich zur Offiziersprüfung melden, nach deren Bestehen er das Qualifikationszeugnis erhält.

Der unter den gewählten Offizieren der Gemeindewehren jährlich von der Kreisversammlung durch Wahl bestimmte Oberkommandant des Kreiswehrverbandes überwacht im Frieden die Übungen und führt die bei Ruhestörungen zusammen aufgetriebenen Teile der Gemeindewehren. Im Kriegszustand hat der Militärkommandant des Kreises den Befehl. Jede Waffenschulkompanie hat einen besoldeten Hauptmann, der im Krieg das Kriegsauszugs-Bataillon führt, einen Zugführer und acht Unteroffiziere. An der Spitze der Waffenschulen eines Bezirkes steht der Obergeneral, der nach Mobilmachung den Kriegsauszug kommandiert und im Frieden "alle allgemeinen militärischen Anordnungen innerhalb des Bezirkes" trifft, "soweit sie nicht in die Kompetenz der Kreise oder Gemeinden eingreifen".

Ihre Waffen beziehen die Gemeinden nach Prüfung durch die Artilleriedirektion von den Fabriken. Wie sie "die übrigen Ausrüstungsgegenstände beschaffen, ob sie dieselben für die Kriegsausrüstung vorrätig halten oder durch Kontakt mit Lieferanten oder einzelnen Arbeitern sich deren rechtzeitige Aufbringung sichern wollen, ist ihnen überlassen", doch müssen alle Ausrüstungsstücke nach den reglementarischen Mustern angefertigt sein. Die verschiedenen Kosten teilt Rüstow für die aus der Wehrsteuer gespeisten Kassen der Gemeinden, Kreise, Bezirke und des Staates auf.

Der Artikel VIII des Rüstowschen Entwurfes handelt "Von dem Gerichtsstande der bewaffneten Macht". Er ist im Frieden der ordentliche bürgerliche für alle Gemeindewehren, Waffenschulen und ständigen Führer, und er urteilt nach dem Militärstrafgesetzbuch auch über militärische Verbrechen

und schwere Vergehen, das sind "Verstöße gegen die militärische Subordination und Mißbrauch der Amtsgewalt". Leichte militärische Vergehen bestrafen Disziplinargerichte "bis höchstens mit zweitägiger Einsperrung". Die Disziplinargerichte werden aus "gewählten Vertrauensmännern" für die einzelnen Kompanien der Gemeindewehr und die einzelnen Bataillone und Schwadronen der Waffenschule gebildet und treten zusammen "auf Befehl des betreffenden Kommandeurs". "Im Kriege und Kriegszustande gilt für die bewaffnete Macht das Kriegsgesetz. Es bildet einen Teil des Militärstrafgesetzbuches und enthält besondere Strafbestimmungen für alle Verbrechen und Vergehen, welche im Kriege vorkommen können".

Dieser Miliz-Plan erschien im Januar 1850 und wurde sofort beschlagnahmt. Entworfen hat ihn Wilhelm Rüstow in den ersten Monaten des Jahres 1849, also nach Auflösung der preußischen Nationalversammlung und Oktroyierung der Verfassung, zu einem Zeitpunkt aber, da in Frankfurt noch um die Reichsverfassung gerungen wurde und Rüstow nicht gänzlich unbegründet auf eine legale Umgestaltung der deutschen Wehrorganisation hoffen konnte. Doch die Ereignisse überholten den revolutionären Leutnant und brachten sein Programm durcheinander. Als er das Manuskript "Der deutsche Militärstaat vor und nach der Revolution" fertigstellte, Ende 1849, war auch die zum Stuttgarter Rumpfparlament zusammengeschmolzene deutsche Nationalversammlung längst von der württembergischen Regierung aufgelöst, hatten die alten Mächte überall gesiegt und das politische Leben wieder in reaktionär-gemessenen Gleichschritt gezwungen. Der "Entwurf zu einem Volkswehrgesetz" ist der dritte und letzte Abschnitt in Rüstows Broschüre, aber offenbar in der ursprünglichen Form belassen worden.

Die neuen revolutionären Parolen setzte der Autor den anderen Kapiteln auf. Das am 3. Juli 1849 abgeschlossene Vorwort endete mit den aufrührerischen Worten: "Gegen die Tyrannei fremder Eroberer rüsteten und bereiteten sich sieben Jahre lang Deutschlands Jünglinge still und verborgen. Unerträglich

licher als der fremde ist der einheimische Despotismus, nachdem wir einmal auf einen Monat die Ketten zerbrochen und es nun wahrhaftig wissen, daß wir Sklaven sind. Rüstet euch gegen ihn! - Gegen die Fremden hattet ihr euch einzeln stark und wehrhaft gemacht, dann gingt ihr den Bund ein mit den Beherrschern des Vaterlandes und ließet euch von ihnen scharen. Heute aber solltet ihr gegen sie stehen, da gilt es nicht bloß, daß die einzelnen sich vorbilden, sondern ferner, daß sie sich untereinander verbinden. Heute habt ihr eine Aufgabe mehr; - aber das mag euch nicht schrecken; sie ist zu lösen. Und dann erst ist es Zeit, dann könnt ihr den Ruf erheben: Mit Gott! für Freiheit und Einheit!"¹⁹⁾.

Zu lösen aber war diese Aufgabe in Wirklichkeit nicht mehr, denn eine Hypothek lastete auf ihr, die außenpolitische. Die demokratischen Miliz-Planer verfolgten zugleich das höhere Ziel der deutschen Einigung, und die nationalen Impulse verlangten wesensmäßig und gebieterisch nach einem festgefügtten, kräftigen Boden der Macht. Wenn das vorhandene militärische Potential aus innerpolitischen Gründen besetzt wurde, ohne zugleich ersetzt werden zu können - dann entrückte alles sogleich unweigerlich in den luftleeren Raum der politischen Illusion. Zu einem deutschen Miliz-System konnte der Weg in dieser Epoche nationaler Bewußtwerdung und bevorstehender militärischer Kraftproben nur über die Nationalversammlung führen, und da die Bemühungen in Frankfurt wie in Berlin umsonst gewesen waren, blieb allenfalls noch die Hoffnung auf Allerhöchsten Reformwillen in Preußen. Doch der konstitutionelle Monarch dort fühlte sich als uneingeschränkter oberster Befehlshaber seines "herrlichen Kriegsheeres". Die Möglichkeit einer allmählichen legalen Umformung des nach außen schlagkräftig bleibenden Militärkörpers war 1849 schon endgültig vertan. Die Versuche aber zu revolutionär-gewaltsamer Änderung mußten nach dem vergeblichen Anlauf im März 1848 vollends aussichtslos erscheinen.

Wilhelm Rüstow riet sie dennoch weiter an. Er setzte sich über den Widerspruch zwischen einerseits notwendiger nationaler Machtsicherung und der revolutionären inneren Zerstörung dieser Macht hinweg, er löste diesen Widerspruch keineswegs, indem er seinem 1850 erscheinenden Programm auch noch die Kennzeichen eines legalen Reformvorschlages ließ. In der über allen technischen Einzelheiten seiner Milizorganisation stehenden wesentlichen Frage gab Rüstows Broschüre keine schlüssige Auskunft. Das Verhältnis zwischen den bestehenden alten Militärformationen und den neuen blieb unklar. Für die größte organisatorische Schwierigkeiten bereitende Zeit des Übergangs von einem zum anderen Wehrsystem fehlten konkrete Maßregeln.

In seinem Gesetz-Entwurf ordnete Rüstow das "ganze Kriegswesen des Staates" dem Kriegsminister unter, gab ihm aber keine Verfügungsgewalt über die Gemeindewehren. So sollte also auch bei einer rechtmäßigen Änderung der Wehrverfassung ein innerpolitisch brauchbares Machtinstrument des Volkes gesichert werden. Doch als der aufsässige Leutnant seine Revolutionsschrift abschloß, war an eine Reform im Rahmen der Gesetzgebung nicht mehr zu denken. Die Veröffentlichung des Rüstowschen Miliz-Programms hatte so 1850 eigentlich keinen Sinn mehr, und praktische Bedeutung erlangte dieses auch nicht durch die Feststellung: "solange noch Linientruppen vorhanden" seien, müsse die mobile Volkswehr als deren Reserve im Verteidigungskrieg und als Festungsbesatzung eingesetzt werden; "bei nur einiger Pflege" könnten die mobilen Volkswehren aber "bald geschickt gemacht werden..., die Stelle der Linientruppen ganz und gar einzunehmen und deren Auflösung zu gestatten"²⁰⁾. Empfohl Rüstow hier in der ersten Auflage seines "Militärstaates" also noch die allerdings organisatorisch nicht näher erläuterte schrittweise Umwandlung, so gab er in derselben Broschüre auch schon den genau das Gegenteil einschließenden Rat, daß "nur auf dem Wege der Revolution, nicht auf dem der Reform" das

Wehrwesen zu ändern sei, und zwar durch Vernichtung der "geordneten materiellen Macht" "in einer glücklichen Periode der Revolution"²¹⁾.

Daß der preußische Leutnant mehr zur gewaltsamen Lösung ~~drängte~~, machten freilich noch andere Stellen in der Königsberger Ausgabe seiner Schrift deutlich. Da wurde bedauert, daß die deutschen Fürsten sich im März 1848 nicht "ernstlicher widersetzt" hatten, und es schien Rüstow "keine Frage", daß gegen kräftigen Widerstand "bei dem allgemeinen Aufschwunge im März", den man "heute kaum noch recht zu würdigen im Stande" sei, die deutsche Republik wäre ausgerufen worden, die Fürsten hätten fliehen, die Offiziere emigrieren müssen. "Kam es so, dann hatten wir, was wir brauchten, den Krieg mit Rußland; im Mai spätestens sahen wir russische Regimenter an unseren Grenzen. Keine Organisation, keine ausgebildeten Offiziere! Dann war der Moment für die Einführung einer wirklich neuen Wehrverfassung ..., die Notwendigkeit hätte die Entwicklung der ganzen vorhandenen schöpferischen Kraft aufgerufen"²²⁾. Nachdem die Revolution sich dann festgelaufen hatte, meinte Rüstow, "daß der zur Zeit der Märzrevolution noch vollkommen nebelhafte Gedanke der Volksbewaffnung" jetzt zur Verwirklichung nur mehr der "Übereinkunft über die Form" bedürfe, und wenn diese getroffen sei, müsse "jeder Aufstand" die Volksbewaffnung "gestalten und eine fortgesetzte Reihe von Aufständen ... sie endlich als eine permanente Organisation in die Staatsverfassung aufnehmen"²³⁾.

Doch dem Autor wurde, als er im Sommer 1850 in Zürich die zweite Auflage seines Werkes vorbereitete, selbst deutlich, daß der Gesetz-Entwurf mit den auf ein geordnetes politisches Leben abgestellten organisatorischen Bestimmungen und die radikale Umsturzforderung nicht zusammenstimmten. Rüstow ergänzte nun den "Entwurf zu einem Volkswehrgesetz" durch Bestimmungen für den Fall der Revolution. Er betonte jetzt selber, daß es zur Einführung der Gemeinde-Wehrordnung Zeit brauche, möge "man nun durchaus freies Feld für sie vor-

finden oder ältere Heereseinrichtungen, aus denen sie reformatorisch entwickelt werden" müßten. Die Revolution benötige "soviel als möglich Ausgebildete auf einmal", könne nicht warten, bis die wehrhaften Männer eingeübt seien. Auch die Revolution dürfe aber nicht die Hoffnung auf ein Freischarenheer bauen, weil ihr ein solches nie in der nötigen Stärke zulaufe. Die Heeresorganisation müsse deshalb selbst beim plötzlichen revolutionären Umsturz auf die Gemeindeordnung oder, falls eine solche nicht vorhanden, doch auf die Gemeinden gestützt werden. Zuvörderst habe die revolutionäre Regierung auf die "Selbstrevolutionierung der Gemeinden, auf die Einsetzung neuer revolutionärer Gemeinde, Kreis- und Bezirksbehörden" zu dringen. Für Wahlen sei keine Zeit, "Männer des Vertrauens" stellten sich an die Spitze. Die Gemeinden hätten sofort alle waffenfähigen Männer in der Gemeindewehr zu organisieren und einen mobilen Kriegsauszug von vier Prozent der Bevölkerung zu stellen, diesen so gut es gehe auszurüsten und zum Sammelplatz der Kreise zu schicken. Die Kreisorganisationskommission müsse gleich die "Dressur der Mannschaft beginnen", nach dem auf die einfachen und nötigen Formen beschränkten bisherigen Exerzierreglement. Nach acht Tagen seien dann in den Sammelagern Brigaden und Divisionen zu formieren, die sobald es nötig werde oder "spätestens vier Wochen nach dem Einrücken in die Lager" auf den Kriegsschauplatz gingen. "Da schwerlich sämtliche Kontingente zu gleicher Zeit gleich weit in der Organisation und Dressur vorgeschritten sein" würden, hätten sie "naturgemäß sukzessive" in die Linien einzurücken.²⁴⁾

Wieder übergang Rüstow, der auch hier die innenpolitischen Schwierigkeiten nicht berücksichtigte, das eigentliche Problem. In der Praxis hätte es zwangsläufig chaotische Zustände heraufbeschworen, wäre nach dem simplen Rüstowschen Rezept verfahren worden, das "die Auflösung der Truppen des Stehenden Heeres und der Freischaren ebenso sukzessive wie das Einrücken der Volkswehr" empfahl, sobald einmal

"eine beträchtliche Anzahl Volkswehr bereits in die Linien eingerückt und entweder der Kampf noch nicht eröffnet oder eine Pause in ihm eingetreten" sei.

Zu leicht machte Rüstow es sich auch, wenn er in der zweiten Auflage des "Militärstaates" als ein "sehr einfaches und gutes Mittel" zur Beschaffung des für die Revolution nötigen Geldes folgenden Rat gab: "Man läßt etwa ein Dutzend der reichsten und wohlgenährtesten Männer des Kreises in der Kreisstadt zusammenbringen und sperrt sie dort zusammen ein. Das Lokal muß komfortabel eingerichtet sein, doch dürfen sich weder Betten noch Lebensmittel darin vorfinden. Nun setzt man diesen Herren die Lage des Landes auseinander, nennt ihnen die Summe, welche augenblicklich gebraucht wird - je größer desto besser, nur darf ihre Aufbringung nicht unmöglich sein -, dann fordert man sie höflichst auf, die Masse auf sich selbst und eine entsprechende Anzahl gleichgestellter Besitzer zu verteilen, und gibt ihnen eine beliebige Zeit zur Überlegung. Spätestens nach 24 Stunden wird man eine befriedigende Auskunft haben, wenn man für hermetische Absperrung gesorgt hat. Über die Summen, welche nun sofort durch Exekutionskommandos in Empfang zu nehmen sind, werden, wie sich von selbst versteht, Bons ausgestellt. Dies Mittel hat unter anderm den Vorteil, daß man durch seine Anwendung die besitzende Klasse lebhaft für das Gelingen der Revolution interessiert, was auf andere Weise leider wohl nicht zu erreichen ist"²⁵⁾.

Ablehnung der Bürgerwehr

In der Frankfurter Nationalversammlung war selbst die radikale Linke bei ihren Volksbewaffnungsplänen behutsamer vorgegangen als Wilhelm Rüstow. Der preußische Leutnant forderte die vollständige Abschaffung der alten Stehenden Heere und wollte sie nur für eine kurze Übergangszeit noch zur Aufrechterhaltung der militärischen Schlagkraft nach

außen erhalten haben, was freilich die schon angedeuteten unüberwindlichen praktisch-organisatorischen Schwierigkeiten machen mußte. In der Paulskirche aber nannte etwa der Abgeordnete Wigard das Stehende oder Bereite Heer "nur ein 1. Aufgebot der Allgemeinen Volksbewaffnung"; Robert Blum fand es "unvernünftig", das Stehende Heer aufzulösen, bevor "die Volkswehr soweit ausgebildet sei, daß sie statt der Armee eintreten könne"²⁶⁾, und Friedrich Theodor Vischer erklärte: "Wir wußten alle, daß nicht mit einem Male diese Stehenden Heere abgeschafft werden können und sollen. Niemand dachte an eine plötzliche Einschmelzung des Stehenden Heeres in die Volkswehr, allein ausgesprochen sollte das Prinzip werden, daß das, was bisher 'Stehendes Heer' war, in Zukunft etwa ein erstes 'präsen-tes Bataillon in Volkswehrregimentern' sein solle"²⁷⁾.

Dachte Rüstow also anders über den eigentlichen militärischen Körper der Volksbewaffnung, den bei ihm auch ganz milizartig eingerichteten mobilen Kriegsauszug, so stimmten doch seine Pläne für die Gemeindewehr mit denen der Frankfurter Linken überein. Die radikalen Abgeordneten forderten für die Gemeinden "Allgemeine Volksbewaffnung und das Recht, einen Teil der allgemeinen Volkswehr zu bilden", wollten die Bürgerwehr nicht "auf die Zwecke der Gemeinde" und einen "bloß polizeilichen Charakter" beschränken²⁸⁾, sondern mit ihr die Bürger gegen militärische Ausschreitungen schützen und die erworbenen Rechte des Volkes gegen fürstliche Willkür sichern²⁹⁾. Sie erreichten auch, daß der von den Rechtsgruppen beherrschte Verfassungsausschuß beim ersten Entwurf der Grundrechte im § 43e den Gemeinden die Einrichtung einer Bürgerwehr zugestand. Doch später strich der Verfassungsausschuß auf Antrag der Milani-Gruppe diesen Passus "e" wieder aus den Grundrechten³⁰⁾. Im "Entwurf zu einem Gesetze über die deutsche Wehrverfassung", den der Wehrausschuß erarbeitet hatte, der aber nie mehr zur Beratung im Plenum kam, war die Bürgerwehr den einzelstaatlichen Heeren angegliedert und den Gemeindebehörden entzo-

gen worden, militärisch zu völliger Bedeutungslosigkeit abgesunken³¹⁾. Dem Verfassungsausschuß der Frankfurter Nationalversammlung und ihrem Wehrausschuß war wie schon dem Vorparlament und der von den Fünzigern eingerichteten Kommission für Volksbewaffnung nicht an einer Militarisierung der Bürgerwehr gelegen³²⁾.

Wilhelm Rüstow aber beschnitt in seinem "Entwurf zu einem Volkswehrgesetz" die staatliche Verfügungsgewalt über die bewaffnete Macht, stellte die nach Abrechnung des vierprozentigen Kriegsauszuges immer noch 13-16 Prozent der Bevölkerung erfassende Gemeindewehr selbst für den Kriegsfall unter den Befehl der Gemeinden, der "Elementarverbände"³³⁾ des Volkes. Rüstow begründete das auch damit, daß die Umwandlung der Kriegswesenslasten aus Staats- in Kommunalsteuern eine "gerechtere Zirkulation des Steuergeldes" ergebe, insofern die Beiträge größtenteils in den Gemeinden selbst blieben, "ihren Angehörigen, ihren Arbeitern zu Gute" kämen, daß schließlich auch die dezentralisierte Verwaltung mit der in kleineren Gebieten sorgfältiger geübten "Kontrolle" sparen helfe³⁴⁾. Die Gemeinde mit ihrer übersehbaren Bevölkerung könne überdies eher Reserven aufbringen als der Staat, wenn er wie ein "Zyklop jeden einzelnen Mann aus seiner Höhle hervorsuchen" müsse³⁵⁾. Hinter solchen Argumenten verbarg sich natürlich die wesentlich politische Absicht, eine Volkstruppe wenn nicht der Revolution, so doch zur Sicherung einmal gewonnener demokratischer Stellungen zu schaffen.

Schon 1847 hatte Rüstow als Huldreich Schwertlieb in seinem Minerva-Aufsatz "auf das allerentschiedenste" dagegen protestiert, die innerstaatliche Sicherung der öffentlichen Ruhe dem Stehenden Heer anzuvertrauen, und geschrieben: "Man überlasse dies Geschäft getrost den in der Waffenschule bereits gebildeten, am eigenen Herd und Hof in ihren Kommunalwehrverbänden vereinten Bürgern. Bei ihrem Erscheinen auf dem Platze des Tumults wird jeder gehässige Schein des Auftretens einer Macht außer dem Volke wider das Volk vermie-

den³⁶⁾. Doch in dieser Betrauung mit dem inneren Sicherheitsdienst, wie ihr auch sein Entwurf zu einem Volkswehrgesetz "als laufenden Wacht- und Pikettdienst" vorsah, fand Rüstow dann gewisse Gefahren. Er warnte davor, die Bürgerwehr zu einem "Polizeiinstitut" und "dadurch dem Volk verhaßt zu machen und den Haß, der bisher sich auf das Militär allein gewendet hatte, von diesem zum guten Teil auf die Bürgerwehr überzuwälzen"³⁷⁾. Der preußische Milizverfechter fürchtete, es könnte, "mittels der Bürgerwehr die Volksbewaffnung dem Volke eskamotiert" werden³⁸⁾; er wollte die radikale Umstürzung des Wehrsystems, wies auch den Bürgern der Gemeindewehr, die nicht mit dem Operationsheer auszogen, für den Kriegsfall im heimatlichen Bereich militärische Aufgaben zu.

Die in Preußen bestehende Bürgerwehr nannte er eine "Verkrüppelung der Idee der Volkswehr", denn diese "Klassenwehr" "zum Schutz der Ordnung, d.h. des Geldsacks" erzeuge den Haß des ausgeschlossenen Proletariats³⁹⁾. Rüstow tadelte, daß die preußische Nationalversammlung in ihrem Gesetz über die Bürgerwehr eine Dienstwehr und eine Hilfswehr unterschied und den Arbeiter zum Eintritt in die Dienstwehr wohl berechnete, aber nicht verpflichtete. Denn damit habe der Bourgeois die Möglichkeit, den unerwünscht in seine Dienstwehr eintretenden Arbeiter durch Entlassung aus seinem Betriebe zu bestrafen⁴⁰⁾. Die Volksbewaffnung sei in Preußen "aus einer Macht gegen die Konterrevolution" zur "Verteidigung des Privateigentums" entartet, sagte der Leutnant⁴¹⁾, und er verurteilte die "Klassenspaltung" zwischen Bürgern und Arbeitern, "veranlaßt durch eine meistens grundlose, allermindestens kindisch übertriebene Furcht um den Geldsack"⁴²⁾. Vor der Revolution hatte Wilhelm Rüstow noch gehofft, eine Volksbewaffnung mit wirklich allgemeinem Wehrdienst würde "das ärgste Hemmnis der Verteidigung, eine unbewaffnete kaufmännische Bürgerschaft" überwinden, eine Bürgerschaft, "die Soldaten als etwas dem Leben Fremdes, für sich Bestehendes zu betrachten" pflege und "in den Kriegen nicht selten Spiele zu sehen" meine, die "nicht

gerade an diesem oder jenem Ort gespielt zu werden" brauchten⁴³⁾.

Dem revolutionären preußischen Offizier war vor allem gelegen an einer tatsächlichen Ausübung der gesetzlich festgestellten allgemeinen Wehrpflicht, denn sie konnte der Miliz näherbringen. Sobald die Aushebungsquote stieg und alle tauglichen Rekruten einberufen wurden, mußte die Dienstzeit verkürzt werden, um den Militäretat nicht zu unerschwinglichen Höhen hinaufschnellen zu lassen. Die Verkürzung der Ausbildungspräsenz aber verlangte wiederum andere militärische oder vormilitärische Übung, eben eine Milizorganisation, die auf die Jugenderziehung und den zivilen Sektor übergriff. Sozialpolitische Maßnahmen zum Nutzen der nationalen Wehrkraft hielt Rüstow ebenfalls für nötig. 1868 forderte er "Fabrikgesetze" zur Beschränkung der Kinderarbeit. Auch müsse "für ordentliche Nahrung, ... für die Stärke des Leibes der Kinder durch körperliche Übungen gesorgt werden". Hier schloß Rüstow noch eine Bemerkung an, die einen politischen Standortwechsel erkennen läßt. Seinem Freund Ferdinand Lassalle hatte er einige Jahre vorher die Mithilfe bei der sozialistischen Agitation noch verweigert, weil er seine militärpolitischen Pläne dadurch zu gefährden meinte, und weil er beim preußischen Heereskonflikt auf die Liberalen baute⁴⁴⁾. Jetzt übte er soziale Kritik an den bürgerlichen Unternehmern und meinte spöttisch, die "Männer des Fortschritts", die "Kapitalisten" würden wohl "ein ziemlich saures Gesicht" machen zu solchen Forderungen nach Kinderschutz. Rüstow redete den "scheinheiligen Manchesterherren", die mit ihrem Kapital Hunderttausenden Arbeit zu verschaffen vorgäben, ins Gewissen, und mahnte die "herrschenden Klassen", doch nicht nur an ihre "Gegenwart", sondern auch "an die Zukunft des Ganzen, der Menschheit" zu denken⁴⁵⁾. Sozialistische Gedanken hatte der preußische Achtundvierziger aber schon früher vertreten. Sein "Krieg der Zukunft" von 1848 enthielt auch ein gut Teil sozialrevolutionäre Parolen⁴⁶⁾.

Übereinstimmung mit sozialistischen Militärforderungen

Trotz weitgehender Übereinstimmung mit den militärpolitischen Thesen der deutschen Sozialdemokratie und auch Friedrich Engels' hat Wilhelm Rüstow von dieser Seite keine Anerkennung gefunden. Das lag natürlich auch und vor allem an seiner Abneigung, sich politisch näher mit der Arbeiterbewegung einzulassen. Vielleicht wäre es über eine wehrpolitische Verständigung mit der Sozialdemokratie auch zu einer festen parteimäßigen Bindung Rüstows gekommen, wenn ihn die persönliche und politische Trennung von Lassalle nicht abgedrängt hätte. Danach forderten persönliche Gründe, die Entzweiung mit der Gräfin Hatzfeld, der Ärger über Bernhard Beckers "Enthüllungen" die unterschiedene politische Zurückhaltung. Mit den Londoner Sozialisten wäre Rüstow in den fünfziger und sechziger Jahren allerdings kaum überein gekommen. Friedrich Engels und der in den militärischen Überlegungen ganz auf ihn sich stützende Karl Marx hielten damals nichts von einem Miliz-System. Doch sie schwenkten 1871 nach dem Pariser Kommune-Aufstand um, traten jetzt auch ein für die dauernde Ablösung des französischen Stehenden Heeres durch eine Nationalgarde, und im Jahre 1893 veröffentlichte Friedrich Engels dann Miliz-Vorschläge, die Rüstow sehr ähnlich viel früher gemacht hatte. Trotzdem wird Wilhelm Rüstow in der marxistischen Literatur wenn überhaupt erwähnt, dann nach dem militärpolitisch durchaus unscharfen Programm von Engels bewertet und verurteilt.

K. Schmidt, der 1930 in der Reihe "Elementarbücher des Kommunismus" die militärpolitischen Schriften von Engels und Lenin herausgab und interpretierte, schrieb über die "kleinbürgerlichen Milizutopien": "In den sechziger Jahren, als sich die liberale Bourgeoisie der preußischen Kammer mit der absolutistischen Regierung wegen der Militärfrage in heftigem Konflikt befand, war

das Rezept der kleinbürgerlichen Demokraten die Miliz, d.h. eine Wehrverfassung ohne Stehendes Heer, ohne in Kasernen zu verbringende Dienstzeit, ohne ständige Kader. Die Leute (Rüstow u.a.) wollten mit Hilfe ihrer Milizplänchen dem Absolutismus seine Stütze, die vom feudalen Offizierkorps kommandierte Stehende Armee, entziehen - ohne Revolution. Engels verhöhnte diese Pläne erstens als utopisch (weil eine 'reine' Miliz erst in einer kommunistischen Gesellschaft möglich), zweitens als feig, nicht revolutionäre, weil der mit der demokratischen Revolution in Deutschland unvermeidliche Krieg gegen den Zarismus und seine Verbündeten schlagkräftige Armeen verlangte, die auch eine 'unreine' Miliz in der Art der Schweizer nicht schaffen konnte. Daher stellt er ihnen gegenüber die Lösungen der Demokratisierung und Revolutionierung der Armee und als ersten Schritt dazu die wirkliche Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und der zweijährigen Dienstzeit⁴⁷⁾.

Doch diese scharfe Absonderung vom kleinbürgerlichen Milizgeschwätz⁴⁸⁾ ist nicht historisch, sondern nur eine Konstruktion marxistischer Exegese, eine brüchige noch dazu. Einerseits war nämlich Rüstow während des preußischen Heereskonfliktes in Anpassung an die realpolitischen Möglichkeiten schon vom unverfälschten Milizsystem abgerückt und nun - statt für sein einst sehr wohl revolutionäres Programm - auch für Demokratisierung, wirklich allgemeine Wehrpflicht, verkürzte Dienstzeit und ein Kaderheer eingetreten. Im preußischen Abgeordnetenhaus verlangte auch kein Liberaler mehr nach Auflösung des Stehenden Heeres. Andererseits stand es aber mit der Engels in den Mund gelegten Verbindung von demokratischer Revolution und notwendiger militärischer Schlagkraft nicht so, wie K. Schmidt es darstellt. Karl Marx hatte im Gegenteil am 18. Mai 1859 Engels über die deutschen "Vulgärdemokraten" geschrieben: "Die Ochsen vergessen, daß jetzt Revolution in Deutschland = Desorganisation seiner Armeen nicht den Revolutionären,

sondern Rußland und Boustrapa (d.i.Napoleon III., A.d.V.) zugute kommen würde"⁴⁹⁾.

Der rheinische Fabrikantensohn Friedrich Engels hat sich sein militärisches Wissen durch Bücherstudium in der Emigration erworben. Er wollte diese Fachkenntnisse keineswegs nur theoretisch und publizistisch nützen, sondern einst praktisch für die kommunistische Bewegung einsetzen, ist freilich zu einer Tätigkeit à la Trotzki nie gekommen. Nur während der achtundvierziger Revolution beteiligte Engels sich aktiv an den Unruhen. Zwar kam er nach Elberfeld erst, als die aufständischen Landwehr-Freischärler die gegen sie eingesetzte Truppe schon vertrieben, Barrikaden errichtet und die Gewalt an sich gerissen hatten. Doch konnte er aus den von außen in die Stadt strömenden Insurgenten noch eine Art Pioniereinheit zur Errichtung neuer Barrikaden formieren, besorgte den etwa 3000 Elberfelder Freischärlern auch den früheren preußischen Leutnant Otto von Mirbach als Militärkommandant und leitete die Plünderung des Gräfrather Zeughauses ein. Doch sein Wirken unter den vor allem aus der Solinger und Remscheider Gegend zugezogenen Eisenarbeitern beunruhigte bald den Sicherheitsausschuß der Stadt Elberfeld, der schließlich am 14. Mai 1849 öffentlich bekanntmachte: "... 2. Der Bürger Friedrich Engels aus Barmen, zuletzt in Köln wohnhaft, wird unter voller Anerkennung seiner bisherigen Tätigkeit ersucht, das Weichbild der städtischen Gemeinde noch heute zu verlassen, da seine Anwesenheit zu Mißverständnissen über den Charakter der Bewegung Anlaß geben könnte"⁵⁰⁾. Der Sicherheitsausschuß wollte nichts als "die Anerkennung und Durchführung der Deutschen Reichsverfassung" und betonte, für "die Sicherheit der Person und des Eigentums" einzutreten.

Während des badisch-pfälzischen Aufstandes griff Friedrich Engels 1849 dann selbst noch zur Waffe. Er hatte sich, wie er nachher an Frau Marx schrieb, in Karlsruhe zwar "von aller Befassung mit der soi-disant Revolution ferngehalten;" konnte aber, als die Preußen kamen, "der Lust nicht widerste-

hen, den Krieg mitzumachen"⁵¹). Als Adjutant des aus der preußischen Armee ausgeschiedenen Leutnants August Willich trat er bei der Freischärlertruppe ein. Willich befehligte unter dem polnischen General Mieroslawski etwa 600 Freiwillige. Er führte am 12. Juli mit Engels die letzte Abteilung der von den Preußen zurückgetriebenen Aufständischen über die Schweizer Grenze. In seinem Brief an Frau Marx schrieb Engels dann: "Willich war der einzige Offizier, der etwas taugte, und so ging ich zu ihm und wurde sein Adjutant. Ich war in vier Gefechten, wovon zwei ziemlich bedeutend, namentlich das bei Rastatt, und habe gefunden, daß der vielgerühmte Mut des Dreinschlagens die allerordinärste Eigenschaft ist, die man haben kann. Das Kugelpfeifen ist eine ganz geringfügige Geschichte, und während des ganzen Feldzuges habe ich trotz vieler Feigheit kein Dutzend Leute gesehen, die sich im Gefecht feig benahmen. Desto mehr aber 'tapfere Dummheit'. Enfin, ich bin überall glücklich durchgekommen, und au bout du compte ist es gut, daß einer von der Neuen Rheinischen Zeitung dabei war, weil alles demokratische Lumpenpack in Baden und der Pfalz war und nun mit nicht getanen Heldentaten renommiiert. Es würde wieder heißen haben: die Herren der Neuen Rheinischen Zeitung seien zu feig, sich zu schlagen. Von allen den Herren Demokraten hat sich niemand geschlagen, außer mir und Kinkel".

Die anfangs gemeinsam in der Londoner kommunistischen Organisation tätigen Willich und Engels entzweiten sich allerdings schon 1850. Auf Antrag von Karl Marx wurden Willich und seine Anhänger ausgeschlossen. Die revolutions- und tatenlustigen Soldaten waren den sozialistischen Theoretikern bald gründlich verhaßt. Am 23. Mai 1851 schrieb Engels an Marx: "Daß die großen Krieger, Willich, Schimmelpfennig und Sigel, sich mehr und mehr zusammenfinden, ist ganz gut. Dies Soldatenpack hat einen unbegreiflich schmutzigen Esprit de corps. Sie hassen sich untereinander à mort, beneiden sich gegenseitig wie Schuljungen die kleinste Auszeichnung,

aber gegen Leute vom 'Zivil' sind sie alle einig ... Die Windmillstreet-Gesellschaft sehen sie alle für ein Bataillon an, das fix und fertig geschlossen herübermarschieren wird; es ist das einzig übrige, seit die in der Schweiz gesprengt und fortexpediert sind. Kein Wunder, daß sie sich alle an dieses edle Korps anhängen. Es ist sehr gut, daß man schon jetzt auf diesen Offizierkorpsgeist aus der alten Kaserne und von der Offizierstafel her aufmerksam gemacht wird, und daß man schon jetzt sieht, wie diese Cliquenwirtschaft unter dem emigrierten Offiziersmaterial ebenso sehr herrscht wie im herrlichen Kriegsbeer. Wir wollen diesen Herren seinerzeit schon zeigen, was 'das Zivil' zu bedeuten hat. Aber dergleichen Geschichten zeigen mir, daß ich gar nichts besseres tun kann, als meine militärischen Studien fortzusetzen, damit wenigstens einer vom 'Zivil' ihnen theoretisch die Stange halten kann. Jedenfalls will ich's dahin bringen, daß solche Tröpfe mich nicht niederschwatzen sollen⁵²⁾.

Marx teilte seinem Kriegsgeschichte und auch militärische Elementarstudien treibenden Freunde am 30.4.1852 mit: "Die Militärs haben einen Konkurrenzneid gegen Dich, Et je pense, daß Du eines Tages leurs pressentiments rechtfertigen wirst⁵³⁾. Engels ~~seinerseits~~ betonte: "Ich werde bald so weit sein, daß ich auch vor dem Publikum riskieren darf, ein independentes militärisches Urteil zu haben... Laß mich nur noch ein Jahr Militaria ochen, und die Demokraten-Leutnants sollen sich doch höllisch wundern⁵⁴⁾.

Zu diesen geringgeschätzten "Demokraten-Leutnants" scheint Engels auch Wilhelm Rüstow gerechnet zu haben. Unter den vielen militärischen Buchtiteln, die in den Briefen zwischen Engels und Marx genannt werden, tauchen die Rüstow'schen Arbeiten kaum auf. Allerdings ist zu bedenken, daß die eigentlichen kriegswissenschaftlichen und historischen Werke des aus Preußen geflohenen Militärschriftstellers erst ab Mitte der fünfziger Jahre erschienen sind und dem vor allem nach **kriegstechnischem** Studienmaterial suchenden

Engels gar nicht zur Verfügung stehen konnten.

Im Jahre 1857 wurde Marx und Engels angeboten, Artikel für ein amerikanisches Konversationslexikon zu schreiben. In einem undatierten Brief, wohl vom 22. April, fragte Engels seinen Freund, was er bearbeiten wolle: "Jedenfalls doch deutsche Philosophie - Biographie moderner englischer und französischer Staatsmänner, einige finanzielle? Char-tismus? Kommunismus? Sozialismus? Aristoteles- Epiku - Code Napoléon - und dergleichen. Ohne party tendency whatever allerdings schwerer zu behandelnde Themata als die braven Militaria, wo man selbstverständlich immer von der Partei des Siegers ist". Engels übernahm die "braven Militaria". Die antike Kriegsgeschichte wollte er nach Rüstowschen Werken bearbeiten. Vermutlich bat er Marx um Besorgung der "Geschichte des griechischen Kriegswesens" und vielleicht auch der Cäsar-Veröffentlichungen Rüstows. Am 6. Juli antwortete ihm Marx: "Rüstow ist nicht vorrätig bei Williams. An Steffen, bei seinem Mißtrauen, da er selbst mit einer englischen Bearbeitung des Buches beschäftigt, möchte ich nicht in dieser Angelegenheit schreiben. Ich glaube, Du könntest Dich in Bezug auf die Alte Welt ganz auf einige Allgemeinheiten beschränken und direkt sagen - im Artikel selbst - , daß diese Themen unter 'Greek army' und 'Roman army' behandelt werden sollen. Dadurch wird Zeit gewonnen. Unterdessen kann man nicht nur den Rüstow schaffen, sondern ich kann Dir auch Masse sonstiger Details schicken ...". Am 16. Juli schrieb Marx an Engels: "Ich habe Dir heute den Rüstow geschickt, den Du sobald als möglich retournierst, da Steffen gerade damit beschäftigt. Ich habe ihn für mich von ihm verlangt"⁵⁵). Am 1. August 1862 sagte Engels in einem Brief an Marx, der ihm von Lassalles und Rüstows italienischen Plänen berichtet hatte, über Rüstow: "der Kerl ist im höchsten Grade eitel und auf dem besten Wege, ebenso toll zu werden. Vergleiche seine Schreiberei über die Kampagne 1860 im zweiten Band der Demokratischen Studien"⁵⁶).

In der nachgelassenen Handbibliothek von Marx und Engels befanden sich immerhin 153 militärwissenschaftliche Werke. Die Schriften von Clausewitz und Rüstow fehlen in dieser vom SPD-Archiv an das Moskauer Marx-Engels-Institut ausgelieferten Bibliothek und sind nach Auskunft von August Happich "wohl im Nachlaß verloren gegangen". Die bei der Nachlaß-Bibliothek liegenden von Engels gemachten Exzerpte scheinen allerdings keine Rüstow-Zitate zu enthalten, obwohl hier u.a. Clausewitz, Droysen und Willisen erscheinen, zu dem von Rüstow ja auch bearbeiteten Krimkrieg Notizen aus "La guerre d'Orient" (1855) und Schimmelpfennigs "Der russisch-türkische Krieg" (1854), ferner aus Lassalles Italienischem Krieg (1859) und noch aus dem 1880 erschienenen Kriegsgeschichtlichen Atlas von Jähns⁵⁷⁾.

Wie Friedrich Engels über die Miliz dachte, zur Zeit der europäischen Nationalkriege, als er mit Marx noch ganz unter dem Gesichtspunkt außenpolitisch-militärischer Schlagkraft eine Stärkung der preußisch-deutschen Armee gegen den reaktionär-legitimistischen Zarismus verfocht, - diese seine später dann geänderte Ansicht macht ein am 16.1.1868 an Marx gerichteter Brief deutlich. Da heißt es: "Der amerikanische Krieg - Miliz auf beiden Seiten - beweist nichts, als daß das Milizsystem ganz unerhörte Opfer an Geld und Menschen kostet, weil eben die Organisation nur auf dem Papier besteht. Wie wäre es den Yankees gegangen, wenn sie statt der südlichen Milizen ein festes Heer von ein paar hunderttausend Mann sich gegenüber gehabt hätten? Ehe der Norden sich organisierte, wären diese in New York und Boston gewesen und hätten mit Hilfe der Demokraten den Frieden diktiert, wo dann der Westen hätte Sezession spielen können. Der Kerl (der französische Militärschriftsteller G.P.Cluseret, A.d.V.) ist gut, wenn er sagt, die Hauptsache seien gute Offiziere und das Vertrauen der Leute in die Offiziere, was beides beim Milizsystem ja gar nicht zu erschwingen ist! Was den Leuten beim Milizwesen überall imponiert, ist die große Masse der Leute, die man auf einmal bekommt, und die verhältnismäßige Leichtigkeit, die Leute auszubilden, be-

sonders vor dem Feind. Das letztere ist aber nichts Neues, der alte Napoleon konnte auch Dreimonatsrekruten in Regimentern formiert vor den Feind führen; dazu gehören aber gute Kader und dazu eben wieder etwas anderes als das schweizerisch-amerikanische Milizsystem. Die Yankees hatten am Ende des Krieges noch sehr mangelhafte Kader. Seit Einführung der Hinterlader ist es mit der puren Miliz erst recht am Ende. Womit nicht gesagt ist, daß nicht jede nationale Militärorganisation irgendwo zwischen der preußischen und schweizerischen in der Mitte liegt - wo? Das hängt von den jedesmaligen Umständen ab. Erst eine kommunistisch eingerichtete und erzogene Gesellschaft kann sich dem Milizsystem sehr nähern und auch da noch **asymptotisch**⁵⁸⁾.

Um diese Zeit, 1868, war Wilhelm Rüstow auch schon von seinen früheren revolutionär-ausschließlichen Milizforderungen unter dem Zwang der politischen Verhältnisse abgerückt, vertrat ebenfalls ein Kadersystem, mit **möglichst allgemeiner Wehrausbildung**. Doch verteidigte er die Miliz immer noch gegen den Vorwurf unzureichender Organisation. Selbst 1848 hatte Huldreich Schwertlieb in seiner wilden Revolutionsschrift "Der Krieg der Zukunft" gewarnt: "Eine wilde Masse Bewaffneter und waffenfähiger Leute ist noch kein Heer. Zum Heer wird sie durch die Organisation". Wie in seinem 1850 veröffentlichten Milizplan sah Rüstow auch damals schon als notwendig an, die Krieger des Volksheeres "kurze Zeit" in der Waffenschule ausbilden zu lassen⁵⁹⁾. 1861 hoffte der nach seinen italienischen Erfahrungen etwas zu optimistisch urteilende Garibaldi-Oberst zwar, aus den in Deutschland entstehenden und von ihm dann mit organisierten Wehrvereinen könne sich ein Freiwilligenheer entwickeln, das "für die deutsche Einheit in den Krieg ginge", und meinte, die Zeit bis zum Losschlagen im Frühjahr 1862 sei noch gut zu nützen - und zwar besser in einfachen Exerzierübungen als mit Schießerei "wie in spießbürgerlichen Schützengilden"⁶⁰⁾. Doch zwei Jahre später verteidigte sich Rüstow, daß er niemals von 'Zukunftsheeren' als von unorganisierten, im Not

fall, in der Stunde der Gefahr aus dem Boden zu stampfenden Massen gesprochen" und in den "deutschen Schützenvereinen, Wehrvereinen, Turnvereinen einen vollständigen Ersatz für jede militärische Organisation gesehen" habe, obwohl er allerdings den "Keim einer neuen weltgeschichtlichen und den Bedingungen des Fortschritts in der Weltgeschichte entsprechenden Wehrordnung" in den Bestrebungen dieser Vereine finde⁶¹⁾.

Rüstow betonte mehrfach, daß er nur ein straff organisiertes Milizsystem vertrete, "nicht etwa ein amerikanisches, welches gar keines" sei⁶²⁾. Er nannte es "eine blödsinnige Behauptung" der Ultrafortschrittsmänner und des "Schwätzerliberalismus" von und vor 1848, daß man Freiwilligenheere ohne vorbereitende Organisation und Schulung sofort verwenden könne⁶³⁾. Um ein Operationsheer mobilisieren zu können, bedürfe es keiner Stehenden Armee, aber erforderlich sei, daß man die Männer für den Kriegsauszug schon im Frieden "designiere", ihnen die Sammelplätze anweise und sie in der Waffenschule übe⁶⁴⁾.

Das Beispiel des amerikanischen Bürgerkrieges wurde als ein deutlicher Beweis für die militärische Untauglichkeit einer Miliz auch in Preußen gerne angeführt, ebenso in den siebziger Jahren der militärische Bankrott Frankreichs nach den Niederlagen der von Leon Gambetta zusammengetrommelten Volkstruppen. Doch übersah man, daß diese Armeen eben nicht genügend vorbereitet und in einem wirklichen Milizsystem organisiert worden waren.

Der preußische Hauptmann i.G. Colmar Freiherr von der Goltz kam in seinem allerdings mit Befremden aufgenommenen Buch "Leon Gambetta und seine Armeen" (1877) aber zu der überraschenden Feststellung, daß Gambettas Heere "unzweifelhaft gesiegt haben" würden, "hätten sie ihren Bonaparte gefunden und die Generale der Koalition gegen sich gehabt". Goltz rühmte Gambetta als einen zweiten Carnot, der "den nationalen Kampf nicht mehr durch das Heer, sondern durch das

bürgerliche Element" habe führen wollen⁶⁵⁾. Waren dies nun zweifellos wohlwollende Bemerkungen zugunsten eines volkstümlicheren, auf breitere Basis gestellten Wehrsystems, so erklärte der spätere **Generalfeldmarschall** von der Goltz sich doch gegen die Miliz. Er führte in seinem Gambetta-Buch abschreckende Zitate aus Camille Roussets "Die Freiwilligen von 1791-94" an, welches Buch auch Moltke am 16.2.1874 bei einer Reichstagsrede zum Beweis der Kriegsunbrauchbarkeit der Miliz genannt hatte. Goltz zitierte ferner das Urteil George Washingtons über dessen nordamerikanische Miliz: "Die Erfahrung, welche die beste Leiterin für das Handeln ist, verwirft so völlig klar und entschieden das Vertrauen auf die Miliz, daß niemand, der Ordnung, Regelmäßigkeit und Sparsamkeit schätzt und der seine eigene Ehre, seinen Charakter und seinen Seelenfrieden liebt, diese an den Ausgang eines Unternehmens mit Milizen setzen wird"⁶⁶⁾.

Unverkennbar enthält aber das von Goltz vertretene Programm - allgemeine militärische Ausbildung mit Einbeziehung auch der Jugenderziehung - wesentliche Punkte einer Miliz-Organisation. Körperliche und militärische **Vorbereitung** schon an den Schulen forderte als notwendigen Ausgleich für die bei steigenden Rekruten-Aushebungsziffern kürzer werdende Dienstzeit auch Rüstow, und Friedrich Engels hat sie in seinem Miliz-Plan von 1893 ebenfalls herausgestellt⁶⁷⁾.

Der Oberst in der Schweiz und der Sozialist in London stimmten schon während des preußischen Heereskonfliktes in manchen militärpolitischen Forderungen überein. Der Hamburger Verleger Otto Meißner brachte Rüstows Schriften "Die preußische Armee und die Junker" (1862) und "Zur Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage" (1863) heraus und 1865 auch Friedrich Engels' Broschüre "Die Preußische Militärfrage und die Deutsche Arbeiterpartei". Für Engels war die Frage der Heeres-Reorganisation allerdings ganz untergeordnet den sozialistischen Interessen. Er wollte die allgemeine Wehrpflicht aus-

dehnen und die Aushebungsquoten erhöhen, um die Macht der Arbeiterklasse, ihren politischen Einfluß zu steigern. Rüstow kämpfte für die Vermehrung ausgebildeter Soldaten aus demokratischer Überzeugung.

Engels schrieb: "Das deutsche Proletariat wird nie sich mit Reichsverfassungen, preußischen Spitzen, Trias und dergleichen befassen, außer um damit aufzuräumen; wieviel Soldaten der preußische Staat braucht, um als Großmacht fortzuvegetieren, ist ihm gleichgültig. Ob die Militärlast sich durch die Reorganisation etwas vermehrt oder nicht, wird der Arbeiterklasse, als Klasse, wenig ausmachen. Dagegen ist es ihr durchaus nicht gleichgültig, ob die allgemeine Wehrpflicht vollständig durchgeführt wird oder nicht. Je mehr Arbeiter in den Waffen geübt werden, desto besser. Die allgemeine Wehrpflicht ist die notwendige und natürliche Ergänzung des allgemeinen Stimmrechts; sie setzt die Stimmenden in den Stand, ihre Beschlüsse gegen alle Staatsstreich-Versuche mit den Waffen in der Hand durchzusetzen. Die mehr und mehr konsequente Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht ist der einzige Punkt, der die Arbeiterklasse Deutschlands an der preußischen Armee-Reorganisation interessiert"⁶⁸⁾.

Rüstow machte wie Engels eine Rechnung über die angesichts der Bevölkerungsvermehrung viel zu geringen Aushebungsziffern auf⁶⁹⁾, und er schrieb im Mai 1863 auch an Lassalle, "die einzige Hilfe für die Arbeiterklasse" scheine ihm, derselben durch das allgemeine Wahlrecht "ihren Anteil an der Staatsleitung" zu geben. Doch in diesem Brief verdeutlichte Rüstow auch, daß ihm das militärpolitische Ziel wichtiger war als das soziale. Er wollte seine Wehrpläne nicht durch einen Angriff auf die "Bourgeoispartei" gefährden, da er kein Vertrauen in die militärpolitische Gefolgschaft der Arbeiter glaubte haben zu können⁷⁰⁾.

War nach der weiteren politischen Zwecksetzung das Militärprogramm der Londoner Sozialisten und des von den Mar-

xisten wie von den deutschen Sozialdemokraten später als "kleinbürgerlich" abgestempelten Rüstow also gewiß verschieden, so zeigte die technisch-organisatorische Übereinstimmung auch ein Beschluß des vom 3.-8. September 1866 in Genf zusammengetretenen Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation. Diese Resolution, die wahrscheinlich Marx verfaßt hat, lautete: "a) den verderblichen Einfluß von großen Stehenden Heeren haben Bourgeois-Kongresse aller Denominationen, Friedenskongresse, ökonomische Kongresse, statistische Kongresse, philanthropische Kongresse, soziologische Kongresse hinreichend erläutert. Wir halten es daher für überflüssig, über diesen Punkt weitläufig zu werden. b) Wir schlagen allgemeine Volksbewaffnung und allgemeinen Unterricht im Waffengebrauch vor. c) Wir nehmen, als eine vorübergehende Notwendigkeit, kleine Stehende Heere an, die als Schulen für Offiziere des bewaffneten Heeres dienen. Jeder wehrfähige Mann soll auf kurze Zeit in diesen Armeen dienen"⁷¹⁾.

K. Schmidt bemerkte zu dieser Resolution, daß im Absatz a) das "kleinbürgerliche Milizgeschwätz ... verächtlich beiseitegeschoben" werde⁷²⁾, doch ist das wieder nur die Konstruktion eines fiktiven Gegensatzes. Der Wortlaut des Programms läßt mit der spöttischen Aufzählung der verschiedenen Kongresse zwar eine gewisse Distanzierung, aber ebenso auch das Unvermögen erkennen, eigene militärpolitisch klar vom sogenannten bürgerlichen Milizdenken abgesetzte Grundsätze aufzustellen. Die Absätze b) und c) würde Rüstow ohne Zögern auch anerkannt haben. Mit einer geringen, praktisch unerheblichen Abwandlung hatte er dieselben Forderungen schon in seinem Volkswehrgesetz-Entwurf von 1850 erhoben. Die Waffenschulen für die kurze Ausbildung eines jeden Wehrfähigen wollte er während der Wintermonate auflösen, um der möglicherweise volksfeindlichen Regierung nicht ein Stehendes Heer als innenpolitisches Instrument zu lassen.

Ein Kadersystem, d.h. wirklich allgemeine kurze Wehrausbil-

dung mit weitgehender Friedensbeurlaubung aus dem Stehenden Heer, hatten Engels und Marx in den sechziger Jahren vertreten⁷³⁾. Zu einer reinen Milizform kamen sie nach dem Pariser Kommune-Aufstand von 1871. Was die sozialistische Literatur als kleinbürgerliche Miliz-Utopien abtut, wurde damals von ihren militärpolitischen Kronzeugen also selbst aufgegriffen. Die von der Kommune nach Abschaffung der Konskription aufgestellte, vor allem aus Arbeitern gebildete Nationalgarde galt es, wie Marx schrieb, "jetzt in eine bleibende Einrichtung zu verwandeln". Nun hieß die Parole "Unterdrückung des Stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk"⁷⁴⁾. Natürlich stand hier nicht mehr militärische Schlagkraft und ein demokratisches politisches Interesse im Vordergrund - welche Kombination Rüstow bei seiner Miliz oder einer ihr annähernden Wehrform im Auge hatte -, sondern das Klasseninteresse an der proletarischen Diktatur.

Mehr den Charakter einer militär-politischen Untersuchung trug die von Friedrich Engels im Berliner "Vorwärts" während der Reichstagsdebatte über die Militärvorlage 1893 veröffentlichte Artikelserie "Kann Europa ausrüsten?". Hier findet sich überraschend ein deutliches Bekenntnis für die Miliz, das in vielen Punkten erstaunlich an die alten revolutionären Rüstow-Thesen erinnert. Die marxistischen Interpreten allerdings bemühen sich, auch diese Vorschläge den kleinbürgerlichen von einst als neu gegenüberzustellen. So schreibt etwa K. Schmidt: "Man beachte, daß sich die Milizlösung, die Engels anfangs der 90er Jahre ausgibt, vollkommen unterscheidet von den kleinbürgerlichen Milizplänen, die er in den 60er Jahren verhöhnt hatte. Die Epoche der nationalen Kriege war mit 1870 abgeschlossen; nicht mehr die Herstellung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit Deutschlands stand im Mittelpunkt, sondern der Kampf gegen die Bourgeoisie und ihren Militarismus; nicht mehr die Demokratisierung und Revolutionierung der Armeen, ihre Verwandlung in Organe einer demokratischen Re-

volution war die Aufgabe, sondern ihre revolutionäre Sprengung. Die Miliz, die Engels 1893 vorschlägt, steht bewußt im Dienste der Erleichterung dieser Aufgabe, sie kommt damit an die Grenze des offenen Defaitismus⁷⁵⁾.

Doch wie es mit dem angeblichen Wunsch auf "revolutionäre Sprengung" bestellt war, läßt sehr gut ein Brief an Kautsky erkennen. Da schrieb Engels am 25.3.1895: "Über Miliz und Stehendes Heer ließe sich ein Langes und Breites schreiben. Wenn Frankreich und Deutschland übereinkämen, ihre Armeen allmählich in Milizheere mit gleich langer Übungszeit zu verwandeln, so wäre die Sache fertig. Rußland kann man machen lassen, was es will, und Österreich und Italien folgen mit Wollust! Aber wegen der inneren Verhältnisse können Frankreich und Deutschland sich das nicht leisten, und wenn sie es könnten, so gehts Elsaß-Lothringen wegen nicht. Und daran scheitert die ganze Milizgeschichte⁷⁶⁾. Engels konnte also schon 1895 an diese für aussichtslos erkannte Militärorganisation keine revolutionären Hoffnungen mehr knüpfen, und hat es, soweit seine Artikel von 1893 darüber urteilen lassen, auch zwei Jahre vorher nicht getan. Er schrieb am 28.3.1892 in einer Vorbemerkung zu dem Wiederabdruck seiner "Vorwärts"-Aufsätze: "Ich gehe darin von der Voraussetzung aus, die sich mehr und mehr allgemeine Anerkennung erobert: daß das System der Stehenden Heere in ganz Europa auf die Spitze getrieben ist in einem Grade, wo es entweder die Völker durch die Militärlast ökonomisch ruinieren oder in einen allgemeinen Vernichtungskrieg ausarten muß, es sei denn, die Stehenden Heere werden rechtzeitig umgewandelt in eine auf allgemeiner Volksbewaffnung beruhende Miliz. Ich versuche den Beweis zu führen, daß diese Umwandlung schon jetzt möglich ist, auch für die heutigen Regierungen und unter der heutigen politischen Lage. Ich gehe also von dieser Lage aus und schlage einstweilen nur solche Mittel vor, die jede heutige Regierung ohne Gefahr der Landessicherheit annehmen kann. Ich suche nur festzustellen, daß vom rein militärischen Standpunkt der allmählichen Abschaffung der

Stehenden Heere absolut nichts im Wege steht; und daß, wenn trotzdem diese Heere aufrecht erhalten werden, dies nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen geschieht, also mit einem Wort die Armeen schützen sollen nicht so sehr gegen den äußeren wie gegen den inneren Feind" ⁷⁷⁾.

Diesen Vorwurf gegen das Stehende Heer, daß seine Existenz nicht so sehr militärische wie innerpolitische Notwendigkeit sei, hat Wilhelm Rüstow lange vor Engels und immer wieder erhoben. Nur 1847 wies Huldreich Schwertlieb es noch als "einfältig" zurück, im preußischen Heer "ein Gewaltmittel der Regierung gegen das Volk" zu sehen, wo doch "der preußische Mann in dem zweifarbigen Rock" "der Bruder, der Sohn des Mannes im einfarbigen Rock" bleibe ⁷⁸⁾ - aber das wird weniger echte Überzeugung gewesen sein, als einfach das Bemühen, der Armee demokratische Solidaritätsgefühle einzuimpfen. Jedenfalls schrieb Rüstow dann schon 1850 von der "Fähigkeit der bestehenden Heere, wider die Freiheit, von einer Minorität zur Tyrannisierung der Majorität des Volkes gebraucht zu werden", und von der Möglichkeit, dieses Wehrsystem "ohne Gefahr" zu vernichten und "etwas Besseres an seine Stelle zu setzen" ⁷⁹⁾. 1855 sah er im Stehenden Heer "ein Mittel, sich über den Volkswillen zu erheben, sich gegen ihn aufzulehnen" ⁸⁰⁾, 1862 nannte er die preußische Militärorganisation eine "freiheitsfeindliche, jeder freiheitlichen, den wahren Machtverhältnissen entsprechenden Entwicklung entgegenstehende" ⁸¹⁾. Und 1863 bezeichnete Rüstow die durch die Reorganisationspläne bedrohte preußische Landwehr als "eine wahre Volkswehr, über welche eine möglicherweise verbrecherische Regierung nicht jene Dispositionsfähigkeit" habe "wie über das Linienheer ..., eine Truppe, welche gut zum Ausschlagen gegen den äußeren Feind, sich nicht zur Unterdrückung des Volkes gebrauchen" lasse ⁸²⁾.

Wenn Rüstow die Stehende Armee noch als Bedrohung der liberal-demokratischen Bewegung sah, so wollte Engels sie natürlich als Hindernis der sozialistischen Pläne zurückdrängen. Das

militärische Rezept des Marxisten hieß nun "allmähliche Herabsetzung der Dienstzeit durch internationalen Vertrag". Eine entsprechende Übereinkunft zwischen den mitteleuropäischen Nationen nannte er "den einfachsten und kürzesten Weg, um den allgemeinen Übergang vom Stehenden Heer zu der als Miliz organisierten Volksbewaffnung zu vermitteln"⁸³⁾. Wenn die "Maximalgrenze" der Dienstzeit international festgelegt sei, bleibe "das relative Tüchtigkeitsverhältnis der verschiedenen Armeen so ziemlich" dasselbe wie bisher, denn was der eine an "unmittelbarer Verwendbarkeit" einbüße, gehe auch dem anderen verloren⁸⁴⁾. Friedrich Engels nannte als Ausgangsmaß eine zweijährige Dienstzeit, die völlig ausreiche, wenn man den Leuten das beibringe, was sie im Krieg brauchten, "und sie mit zeitraubenden traditionellen Antiquitäten" verschone. Doch die Dauer der Ausbildungspräsenz wollte Engels dann kontinuierlich weiter verkürzen, "der Antrag auf internationale zweijährige Dienstzeit" sollte "nur der erste Schritt sein... zu einer allmählichen weiteren Herabsetzung" auf zunächst 18 Monate (zwei Sommer und einen Winter), dann ein Jahr. Doch hier, schrieb Engels, fange der "Zukunftsstaat an, das unverfälschte Milizsystem", und davon wolle er "weiter reden, wenn die Sache erst wirklich in Gang gebracht" sein würde⁸⁵⁾.

Daß die zweijährige und noch kürzere Dienstzeit den militärischen Erfordernissen leicht genüge, verteidigte Friedrich Engels genau mit den Argumenten, die einst Rüstow vorgetragen hatte: Wenn man sich auf das Wesentliche notwendig beschränken müsse und "ein ganzer Haufen traditioneller Firlefanz in die Ecke" fliege, zeige sich, "wie wenig Zeit" dazugehöre, "aus einem passabel gewachsenen jungen Mann einen Soldaten zu machen". Bei der Linie aber werde die Zeit "mit den herkömmlichsten und deswegen geheiligten Narrheiten vertrödelt". Und wenn auch das deutsche

Infanterie-Exerzierreglement von 1888 "einen massenhaften Wust altfränkischer, ebenso nutzloser wie geheiligter Zere-

monien" beseitigt habe, so bringe das "Gamaschenrittertum, das in allen Friedensepochen in der preußischen Armee" floriere, "die in der Vorschrift abgeschaffte Zeitvergeudung wieder herein, durch die Hintertür der Parade". Engels schrieb 1893, allein "die Abschaffung des 'Stechschrilles' würde ganze Wochen für rationelle Übungen freisetzen, abgesehen davon, daß dann die fremden Offiziere eine deutsche Revue ansehen könnten, ohne sich das Lachen zu verbeißen". "Eine gänzlich veraltete Institution" nannte er den Wachdienst, der "auch nach althergebrachter Vorstellung" dazu diene, "die Intelligenz und besonders das Selbstdenken der Leute zu entwickeln, indem man ihnen die Kunst beibringt, - falls sie sie nicht schon verstehen -, zwei Stunden lang auf Posten an gar nichts zu denken". Ebenso riet Engels, die Zahl der **Soldaten** einzuschränken, die "unter allen Vorwänden möglichst wenig Dienst" täten: der "Kompaniehandwerker, Offiziersburschen usw." Mit Rüstow stimmte er ferner darin überein, daß er in dem eigentlich als "undemokratisch und politisch verwerflich" anzusehenden "Institut der Einjährig-Freiwilligen" doch den militärischen "Vorteil" billigte, die vielen durch Mittel- und Hochschulen gelangenen, "in allgemeiner Hinsicht schon genügend vorgebildeten jungen Leute auch militärisch zum Offiziersdienst" ausbilden zu können⁸⁶⁾.

Auch die für eine Milizorganisation sehr wesentliche Frage der vormilitärischen Jugendausbildung behandelte Friedrich Engels ganz und gar im Sinne des von der sozialistischen Literatur als kleinbürgerlichen Miliz-Utopisten abgestempelten Wilhelm Rüstow. Der Mitverfasser des Kommunistischen Manifests empfahl 1893, "das Schwergewicht der militärischen Ausbildung in die Jugenderziehung zu legen", und schrieb dazu: "Als ich nach zehnjährigem Exil wieder an den Rhein kam, war ich angenehm überrascht, auf den Höfen der Dorfschulen überall Barrren und Reck aufgestellt zu sehen. So weit sehr schön, leider ging's nicht sehr weit. Auf gut preußisch wurden die Geräte vorschriftsmäßig angeschafft,

aber mit der Benutzung hat es immer gehapert. Die stand auf einem andern - oder vielmehr meist auf gar keinem Blatt. Ist es zu viel verlangt, daß damit endlich einmal Ernst gemacht werde? Daß der Schuljugend aller Klassen das Frei- und Gerüstturnen systematisch und gründlich beigebracht werde, solange die Glieder noch elastisch und gelenk sind, statt daß man wie jetzt die zwanzigjährigen Burschen im Schweiß ihres - und seines eigenen- Angesichts vergebens abrackert, um die steifgearbeiteten Knochen, Muskeln und Bänder wieder locker und gefügig zu machen? Jeder Arzt wird euch sagen, daß die Teilung der Arbeit jeden ihr unterworfenen Menschen verkrüppelt, ganze Muskelreihen auf Kosten von anderen entwickelt, und daß dies in jedem einzelnen Arbeitszweige verschieden wirkt, jede Arbeit ihre eigene Verkrüppelung erzeugt. Ist es da nicht Wahnsinn, die Leute erst verkrüppeln zu lassen und sie dann im Militär nachträglich wieder gerade und beweglich zu machen? Gehört denn ein für den amtlichen Horizont unerreichbarer Grad von Einsicht dazu, daß man dreimal bessere Soldaten erhält, wenn man dieser Verkrüppelung in Volksschule und Fortbildungsschule rechtzeitig vorbeugt? Das ist aber nur der Anfang. Den Jungen kann auf der Schule die Bildung und Bewegung militärisch geschlossenen Trupps mit Leichtigkeit gelehrt werden. Der Schuljunge steht und geht von Natur gerade, namentlich wenn er Turnunterricht hat; wie unsre Rekruten stehn, und wie schwer es ist, manchem das Geradestehn und Geradegehn beizubringen, das hat jeder von uns während seiner Dienstzeit gesehn. Die Bewegungen im Zug und in der Kompanie lassen sich in jeder Schule einüben, und mit einer in der Armee unbekannten Leichtigkeit. Was dem Rekruten eine verhasste, oft fast unausführliche Schwierigkeit, das ist für den Schuljungen ein Spiel und eine Erleichterung. Die Fühlung und Richtung in Frontmarsch und Schwenken, die bei erwachsenen Rekruten so schwer zu erreichen sind, werden von Schuljungen spielend erlernt, sobald das Exerzieren systematisch mit ihnen betrieben wird. Wird ein gu-

ter Teil des Sommers zu Märschen und Übungen im Terrain verwandt, so wird Körper und Geist der Jungen nicht weniger dabei gewinnen als der Militärfiskus, der ganze Monate Dienstzeit damit erspart. Daß solche militärische Spaziergänge sich ganz besonders dazu eignen, Aufgaben des Felddienstes von den Schülern lösen zu lassen, und daß dies in hohem Grade geeignet ist, die Intelligenz der Schüler zu entwickeln und sie zu befähigen, eine spezielle militärische Ausbildung in relativ kurzer Zeit sich anzueignen, dafür hat mein alter Freund Beust, selbst ehemaliger preußischer Offizier, in seiner Schule in Zürich den praktischen Beweis geliefert. Bei dem heutigen komplizierten Stand des Kriegswesens ist ohne militärische Vorbildung der Jugend an einen Übergang zum Milizsystem gar nicht zu denken, und gerade auf diesem Gebiete sind die erfolgreichen Versuche von Beust von der höchsten Bedeutung. Und nun erlaube man mir, eine ganz spezifisch preußische Saite anzuschlagen. Die Lebensfrage des preußischen Staates ist: Was soll aus dem ausgedienten Unteroffizier werden? Bisher hat man ihn verwandt zum Gendarmen, zum Grenzwächter, zum Portier, zum Schreiber, zum Zivilbeamten jeder nur möglichen Art; es gibt kein noch so armseliges Loch in der preußischen Bürokratie, wohinein man nicht zivilversorgungsberechtigte Unteroffiziere gesteckt. Nun gut: ihr habt euch abgearbeitet bis auf's Blut, Unterkommen zu finden für die Unteroffiziere; ihr habt darauf bestanden, sie dahin zu stecken, wohin sie nicht taugten, sie zu Dingen zu verwenden, wovon sie nichts verstanden; sollte es nicht an der Zeit sein, sie endlich einmal in dem Fach unterzubringen, wovon sie etwas verstehen und wo sie etwas leisten können? Schulmeister sollen sie werden, aber nicht Lesen, Schreiben und Rechnen, sondern Turnen und Exerzieren sollen sie lehren, das wird ihnen und den Jungen gut tun. Und wenn die Unteroffiziere erst aus der Heimlichkeit der Kaserne und Militärgerichtsbarkeit an's Tageslicht des Schulhofes und des bürgerlichen Strafprozesses versetzt sind, dann, wette ich, bringt unsere rebel-

lische Schuljugend auch dem ärgsten ehemaligen Soldatenschinder Mores bei⁸⁷⁾.

Was in der kommunistischen Praxis dann aus derlei Plänen wird, zeigen heute die Verhältnisse in der "Deutschen Demokratischen Republik". Dort gibt es eine vormilitärische "Gesellschaft für Sport und Technik", und die Schulen haben "Patenschaftsverträge" mit Einheiten der Kasernierten Volkspolizei und der Nationalen Volksarmee. Auf dem V. Pädagogischen Kongreß vom 15.-20. Mai 1956 in Leipzig wurden Richtlinien für den Turnunterricht gegeben, nach denen vor allem auf Entwicklung und Festigung einer bewußten Disziplin zu achten ist, "Ordnungsübungen nach einheitlichen Kommandos" angesetzt werden und die mancherorts noch praktizierte "bürgerliche Leibeserziehung" als "pazifistische Verfälschung des Turnunterrichts" gilt⁸⁸⁾.

Die Volksbewaffnung mit der Jugenderziehung zu verbinden, das hatte 1868 auch schon der fünfte Kongreß der Deutschen Arbeiter-Vereine in Nürnberg vorgeschlagen⁸⁹⁾. Das SPD-Wahlhandbuch von 1911 forderte militärische Ausbildung der Jugend vom 10. Lebensjahr ab⁹⁰⁾. Die anonyme Schrift "Kapitalistisches Wettrüsten, Volksheer und Sozialdemokratie" bezeichnete 1913 die "Forderung militärischer Jugenderziehung, kurzer Dienstzeit, Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit" als einen Weg, die Milizbestrebungen "von dem Himmel der Abstraktion auf den Boden der praktischen Agitation" zu führen⁹¹⁾.

Die militärpolitische Parteilinie der deutschen Sozialdemokratie zeigte von Anfang an noch weniger Tendenz, von den später so bezeichneten kleinbürgerlichen Milizanschauungen abzurücken, als Engels und Marx. Der von den radikalen Londoner Sozialisten beeinflusste Wilhelm Liebknecht betonte am 7. September 1868 in Nürnberg vor den Abordnungen der Deutschen Arbeiter-Vereine sogar die Übereinstimmung des bürgerlichen mit dem proletarischen Miliz-Programm und sagte: "Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich die vorliegende Frage nach allen Seiten hin theoretisch er-

schöpfend behandle. Es ist dies in neuerer Zeit von der demokratischen Tagespresse, in Broschüren und Volksvertretungen so gründlich geschehen, daß man mit Recht sagen kann: die Wehrfrage ist theoretisch entschieden und bedarf nur noch der praktischen Lösung⁹²⁾. Der Nürnberger Vereins-Tag forderte die Volksbewaffnung und Abschaffung der Stehenden Heere, Zu einer eigenen sozialistischen Konzeption oder gar im Organisationsdetail abweichenden Miliz-Plänen kam die Sozialdemokratie nicht. Auch im Eisenacher Programm vom 8. August 1869 hieß es unter Punkt II,4: "Errichtung der Volkswehr an Stelle der Stehenden Heere". Wörtlich übernahm die am 23. Januar 1870 in Augsburg gegründete bayerische Lassallesche Arbeiterpartei diese Forderung⁹³⁾, die sich bis nach dem Ersten Weltkrieg als stereotype Formel in allen sozialdemokratischen Parteiprogrammen hielt. Statt konkreter Organisationsvorschläge und einer Stellungnahme zu den anstehenden Heeres- und Flottenforderungen gab auch das neue sozialdemokratische Aktionsprogramm vom Mai 1918 militärpolitisch nur den Rat: "Umwandlung des Stehenden Heeres in ein Volksheer, beginnend mit der Herabsetzung der Dienstzeit"⁹⁴⁾.

Eine vermeintlich klare Trennung zwischen bürgerlichen und sozialistischen Milizplänen wollte Franz Mehring 1913 mit seiner Artikelserie "Miliz und Stehendes Heer" in der Neuen Zeit, der Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, vornehmen. Aber auch der von ihm herausgearbeitete Gegensatz zur "Spielerei" der "Bourgeoiskreise" ist nicht stichhaltig. Wenn Mehring - so wie Engels schon am 16.1.1868 in seinem Brief an Marx die Milizorganisation in eine zukünftige Zeit kommunistisch erzogener Gesellschaft verlegt hatte - als Voraussetzung für eine solche Wehrverfassung die nur durch die Sozialdemokratie zu schaffende "Disziplinierung der Massen" nannte, dann verfolgte er das gleiche Ziel wie etwa Rüstow, nur daß dieser die zur militärischen Brauchbarkeit nötige Disziplinierung durch entsprechende Jugenderziehung und fortwährende militärische Übungen auch

nach der "Waffenschul-Ausbildung" sichern wollte und nicht durch parteipolitische Erziehung.

Als bezeichnend für die dogmatische Überspitzung des eingebildeten Widerstreits zwischen bürgerlicher und sozialdemokratischer Milizauffassung seien einige Sätze Franz Mehrings zitiert. Da heißt es: "In wie hoffnungslose Verwirrung man gerät, wenn man die Miliz grundsätzlich über das Stehende Heer stellt, zeigen die Schriften des Herrn Karl Bleibtreu in abschreckender, aber überzeugender Weise". "Die Frage: Miliz oder Stehendes Heer? ist eine Frage der Heeresverfassung, und die Seele jeder Heeresverfassung ist die Disziplin. Rein gedanklich betrachtet, ist die Disziplin der Miliz, die sich aus engster Arbeits- und Lebensgemeinschaft ergebende Disziplin, unendlich überlegen der Disziplin der Stehenden Heere, der durch Mittel der Lehre und Zucht erzeugten Disziplin: so überlegen, wie etwa das Leben der Schule überlegen sein mag... Aber die Voraussetzung jeder Miliz ist eben eine enge Arbeits- und Lebensgemeinschaft, wie sie nur durch eine historische Entwicklung geschaffen werden kann; wo sie fehlt, steht die Miliz dem Stehenden Heere nach wie ein Analphabet dem Abc-Schützen... Die bürgerliche Ideologie, die sich frühzeitig gegen sie (die Stehenden Heere, A.d.V.) erhob, verkannte in allen berechtigten Anklagen und allem trefflichen Spotte, daß die bürgerliche Entwicklung untrennbar war von dem System der Stehenden Heere". Die "kapitalistische Produktionsweise schafft selbst in der modernen Arbeiterbewegung die erste Voraussetzung einer Miliz, die auf unendlich höherer Stufenleiter die Disziplin ursprünglicher Gesellschaftszustände erneuert und alle Bürgschaften in sich trägt, die Disziplin der Stehenden Heere weit zu überflügeln. Die Forderung der Miliz gehört zum modernen Arbeiterprogramm ebenso untrennbar, wie die Forderung der Stehenden Heere zum modernen Klassenstaat gehört. Und die moderne Arbeiterbewegung hat allein wie die Pflicht so das historische Recht, die Miliz zu fordern, weil sie allein ihre un-

ersetzliche Voraussetzung zu schaffen weiß: die Disziplinierung der Massen, ohne die alles noch so inbrünstige Gerede über die Miliz ein tönendes Erz und eine klingende Schelle bleibt. Die Forderung der Miliz durch die Sozialdemokratie kann gar nicht scharf genug getrennt werden von der Spielerei, die radikale Bourgeoiskreise mit dem Milizgedanken treiben und namentlich getrieben haben"⁹⁵). "Es ist gerade auch das Verdienst von Engels, mit den bürgerlichen Milizschwärmereien aufgeräumt und die historische Bedingtheit aller Heeresverfassungen nachgewiesen zu haben; seine Militärschrift von 1865 trug ihm selbst von einem so namhaften Militärschriftsteller, wie Rüstow war, den Vorwurf ein, daß er sich damit den Anspruch auf den preußischen Orden pour le mérite erworben habe". Allerdings hat Engels dann 1893 in seiner Schrift "Kann Europa abrüsten" "den bürgerlichen Vorstellungen in der Milizfrage einige Zugeständnisse gemacht". "Die Organisation der Massen durch die sozialdemokratische Agitation ist die praktische Vorschule einer kampf-tüchtigen Miliz; sie schafft den einheitlichen Willen, der über alle Tapferkeit und Tüchtigkeit der einzelnen hinaus allein befähigt, nicht nur einzelne Erfolge zu erringen, sondern planmäßig zu kämpfen und zu siegen. Dieser Wille ist nur durch die 'kommunistische Erziehung' zu schaffen, wie auf allen anderen Gebieten des proletarischen Klassenkampfes so auch in dem Kampf der Arbeiterklasse gegen den Militarismus"⁹⁶).

Abgesehen von innerpolitischen Erwägungen - die vor allem und, vom Macht-Standpunkt des Staates aus, zu sehr die sozialdemokratische Beurteilung der Militärfrage bestimmten - , führte zur Miliz auch die Hoffnung, sie könne eine grundsätzlich friedfertigeren Außenpolitik sichern. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, versagte sich die deutsche Sozialdemokratie zwar im Willen zur gemeinsamen nationalen Kraftanstrengung nicht den Regierungsforderungen und stimmte am 4. August 1914 im Reichstag geschlossen für die Kriegskredite, doch ihre Zustimmung enthielt zugleich die Fest-

stellung, daß sie nur einen Verteidigungskrieg für gerechtfertigt halte. Und von Kriegsbeginn an verurteilte die Sozialdemokratie alle Annexionsziele, arbeitete nicht nur in den sich abspaltenden radikaleren Flügeln, sondern auch in der Fraktion für einen Verständigungsfrieden ohne Einverleibung fremden Bodens⁹⁷⁾.

Die Miliz hatte Rüstow wie den Sozialisten als ein Mittel gegolten brauchbar nur zur Verteidigung und wesensmäßig untauglich zur Agression. 1892 schrieb A. von Bogulawski in seinem Buch "Die Parteien und die Heeresreform": "Der Mangel nun der Milizen: zum großen Angriffsvorfahren nicht genügend brauchbar zu sein, wird gerade von den Sozialdemokraten, speziell Herrn Liebknecht, als ein Vorzug desselben betrachtet. Abgesehen von hundert anderen Gründen wäre hiermit schon allein die Unbrauchbarkeit jenes Systems für die großen Mächte bewiesen"⁹⁸⁾.

Wilhelm Rüstow hatte schon 1843 in seiner anonymen "Befestigungs-Philosophie" festgestellt, daß es für Demokratien nur "Kriege der Not" gebe, allerdings noch eingeräumt, daß konstitutionelle Monarchien "auch Angriffskriege für allgemeines Volkswohl, für beleidigte Ehre, für die Freiheit bedrängter Brüder" führen könnten⁹⁹⁾. Doch vier Jahre später beschrieb er einen "kultivierten, in Handel, Industrie und Wissenschaft aufstrebenden" Staat mit Milizorganisation, der "nicht dem Angriff auf Fremdes hold, sondern zur Bewahrung des errungenen Landbesitzes geneigt ist"¹⁰⁰⁾.

In der Revolutionsschrift "Der Krieg der Zukunft" sah er sogar einen Weg zur Verwirklichung des ewigen Friedens in "der All-einheit des Instituts der Volksheere"¹⁰¹⁾. Da eine Miliz-Armee, meinte er 1868, zur Verteidigung die ganze Nation mobilisieren könne und so den Angreifer abschrecke, werde sie nicht so "leicht herausgefordert"¹⁰²⁾.

Wie Rüstow schon 1856 hervorhob, warte aber ein Staat mit Milizsystem nach Herausforderungen auch länger und vernünftiger mit der Mobilisierung, da diese für die Volkswirtschaft notwendig immer eine schwere Belastung bringe und

mit ihr also nicht gespielt und demonstriert werden könne¹⁰³⁾.

Die Miliz-Gegner führten dagegen als Haupteinwand an, daß ein Heer ohne stehende Kader und längere Dienstzeit zu militärischen Offensiven nicht geeignet sei und deshalb den Krieg hinschleppe. Auch Moltke meinte in einer Reichstagsrede: "Die durch Milizen geführten Kriege haben die Eigentümlichkeit, daß sie sehr viel länger dauern und schon aus diesem Grunde sehr viel größere Opfer an Geld und Menschenleben kosten als alle übrigen Kriege"¹⁰⁴⁾. Doch Rüstow verstand den defensiven Charakter eines Miliz-Staates im politischen Sinn, und für ihn schloß sich militärisch die Angriffs-Strategie deshalb nicht aus. Er war sich klar darüber, daß ein Milizheer schnelle Entscheidungen suchen, "also von vornherein mit höchst möglicher Kraft" auftreten müsse¹⁰⁵⁾.

Kapitel IV

Die Kriegstheorie

=====

Der Krieg und sein Verhältnis zur Politik

"Krieg ist das planmäßige Verfahren zweier politischer Parteien gegeneinander mittels ihrer organisierten Streitkräfte zur Erreichung politischer Zwecke", definierte Rüstow 1865. In Veröffentlichungen von 1868 und 1876 wiederholte er diese Umschreibung¹⁾. Er stellte fest, daß Clausewitz, "dieser große Denker", in seinen vielen Bemerkungen über das Verhältnis zwischen Krieg und Politik keine solche "unmittelbare Definition" des Krieges gegeben habe, und hielt seine eigene für "geeignet, eine wissenschaftliche Behandlung des Krieges einzuleiten"²⁾.

Den Versuch völkerrechtlicher Bestimmung hat Rüstow nicht unternommen, nach absoluten sittlichen Maßstäben bewertet er den Krieg nirgends, höchstens einmal nach sehr utilitaristischer Moral. So schrieb er 1856: "Wie heilsam ein Krieg in seinen Folgen, wie unentbehrlich für die Ökonomie der Weltgeschichte er sein möge, an sich ist er ein Übel"³⁾, dann 1868: "Ein Übel bleibt aber der Krieg unter allen Umständen, und - sofern er im bestimmten gegebenen Fall nicht zum notwendigen wird, soll er vermieden werden"⁴⁾. Auch 1876 nannte er es "berechtigt, den Krieg für ein Übel zu halten", ebenso wie eine Krankheit, und möge diese "noch so sehr nur der Ausdruck einer naturnotwendigen Entwicklung sein". Da der begrenzte menschliche Verstand "die Weltordnung, die Natur" nur als "Selbstzweck", in ihren "Erscheinungen", nicht in ihrem "Wesen" begreife, könne er auch den Krieg nicht näher qualifizieren⁵⁾. Den gleichen Gedanken hatte Rüstow schon bei seiner "Einführung in die Kriegswissenschaft" am Eidgenössischen Polytechnikum vorgetragen: Da "wir nicht einmal einen Zweck der Weltordnung

absehen" könnten, ließe sich "nur bei jedem einzelnen Kriege" untersuchen, ob er einen Zweck habe, nicht im allgemeinen sei das zu klären⁶⁾.

Vom Rechtscharakter des Krieges ist nie die Rede, allein seine Nützlichkeit wird bemessen nach den machtpolitischen Erfordernissen der allerdings für ein weltgeschichtliches Anliegen genommenen Nationalstaats-Entwicklung. In seinem 1856 erschienenen Buch "Der Krieg und seine Mittel" wollte Rüstow "von dem Menschen nicht als dem Hammer Gottes, sondern als von dem Schmiede der Geschichte, von dem Kriege daher nicht als von einer Schickung der Vorsehung, sondern einer Arbeit des Menschen und von dem modernen Menschen reden, welcher an der Geschichte der Menschheit in der Geschichte der Staaten" arbeite. "Der Krieg ist ein Mittel zur Erreichung des Staatszweckes", hieß es da. "Dieser allgemeine und umfassende Ausdruck für den Staatszweck ist das gemeine Beste oder das öffentliche Wohl"⁷⁾.

Ausschließlich auf die Verteidigung hat Rüstow den Krieg nicht beschränkt, doch galt ihm der Waffengang zu solchem Zweck immerhin als der naheliegendste. 1843 erklärte er, ein "fortgeschrittener Staat" strebe "weniger nach frechem Ausfall als nach Erhaltung der Blüte seiner Zivilisation"⁸⁾, 1848 nannte er als Hauptaufgabe der "Volksheere" die "Landesverteidigung"⁹⁾, auch 1850 schien ihm "unzweifelhaft ein zivilisiertes Volk" vor allem zur Verteidigung berufen¹⁰⁾. Abwehr des Feindes nannte er 1855 den höchsten Zweck militärischer Organisation. Diese sollte "einem Staate die erfolgreiche Kriegführung möglich machen, ohne eine Ursache des Krieges zu werden"¹¹⁾. Das "fortgeschrittenste" Volk müsse "zugleich das friedliebendste und das kriegsfähigste sein", forderte Rüstow 1868¹²⁾.

Doch dem entgegen stehen ungeschminkt militante Äußerungen, die im Krieg das Mittel zu einer Art biologischer Aufbesserung sehen. Da wird er 1843 "ein Reinigungs-

mittel" genannt, "durch dessen zeitgemäßes Eintreten die Menschheit zum Beginn einer neuen Lebensstufe fähig gemacht" werde. Der Krieg könne, heißt es in Rüstows anonymen erster Veröffentlichung von 1843 weiter, "politisch Verworrenes am einfachsten lösen", er sei "der rascheste Läuterer der Menschheit", und offener sei "der Kampf mit dem Schwert als der mit dem Geist, fintenloser und rechtlicher". Revolutionäre Gedanken bedrängten den jungen, freiheitsbesessenen preußischen Leutnant schon jetzt. Der Krieg, hoffte er, könne aus "dieser unerquicklichen, unheimlichen Zeit der Spannung" erlösen, und die aufgeregte Phantasie schoß etwa zu folgendem Bild zusammen: "Herrlich ist dies blutige Kämpfen der Neuzeit, Brausen und Wogen der lebendigen Massen in der Nacht des Pulverdampfes"¹³⁾. In seiner revolutionären Broschüre "Der Krieg der Zukunft" besang Huldreich Schwertlieb 1848 den Krieg: "Du blutiges Völkergericht, das ... auf Stunden und Tage greisen Nationen ihre Jugend, mit der Jugend ihr Feuer, ihre Kraft, ihren Mut zurückgibt, du Geliebter meiner Träume". Wenn erst die Volksheere organisiert seien und die "Fürstenkriege" verschwänden, dann brauche sich der "Friede der Völker" nur noch selten zum Kriege zu entwickeln, auf "daß dieser die angesammelten Übel ausscheide, welche der Friede nicht tilgen" könne, solle er "nicht selbst ein stiller, ewiger, unklarer Krieg" sein¹⁴⁾. Des Krieges "höherer providentieller Zweck und Sinn" sei es, schrieb Rüstow auch 1855, "die Völker aus dem Verfaulen des Leibes und der Seele hin und wieder aufzurütteln, sie neu zu beleben"¹⁵⁾. "Die höhere Berechtigung des Krieges" liege darin, daß er "ein Mittel der Vorsehung zur Erfrischung der Völker" sei, "die Luft des Staatenlebens reinige "wie Gewitter die Atmosphäre"¹⁶⁾.

Als notwendig und nützlich betrachtete Rüstow neben der Verteidigung auch den Angriffs- und Präventivkrieg. Schon im "Militärstaat" von 1850 hieß es, das Vaterland sei gegen äußere Feinde auch durch Aggression zu schützen¹⁷⁾. In der

zweiten, Zürcher Auflage wurden die polnischen und deutschen Revolutionsheere aufgefordert, "sofort und gemeinsam über die Ostgrenze erobernd in Rußland" einzudringen, damit "eine europäische Revolution" gelänge¹⁸⁾. 1855 gestand Rüstow einem "von der Geschichte selbst" herausgeforderten Angriffskrieg "natürliche Berechtigung" zu¹⁹⁾, und 1876 schrieb er noch einmal: "Ein großes zivilisiertes Land unserer Tage mit Land- und Seegrenzen wird mit Recht darauf hinarbeiten, sich eine starke und so komplett als möglich organisierte mobile Armee zu verschaffen, mit welcher es angreifen, invadieren kann. Die Invasion ist stets vorteilhaft für denjenigen, welcher sie durchzuführen vermag. Sie entzieht den eigenen Boden und den größten Teil des eigenen Volkes dem mannigfaltigen Kriegsschaden ... Sie hebt und stärkt den Geist der eigenen Nation, die sich an den Erfolgen ihrer invadierenden Armee labt"²⁰⁾.

Nur zu leicht konnte das nationale bonum publicum für die zweifelhafte Rechtfertigung expansiver Machtansprüche bemüht werden. Auch dieser demokratische Offizier scheute vor einer moralisch ungebundenen Ausdehnung der "Staatszwecke" nicht zurück. Keineswegs fand er die so entstehenden Kriegsanlässe "an Zahl und Schärfe durch den Fortschritt der Kultur vermindert und gemildert"²¹⁾. Schon 1843 schrieb er, es gebe "auch Dinge des Streits zwischen Völkern, welche einen stilleren Charakter" trügen als etwa lange Unterdrückung und "dennoch für die Ehre und das Wohl des Staates zum Waffenkampf" forderten²²⁾. Die Vorstellung der kollektiven nationalen Ehre schloß ohne weiteres einen Kriegsgrund ein. 1856 meinte Rüstow, ein Staat müsse, wenn man seine Untertanen mißhandle oder Gesandten die "Achtung" versage, dafür "Genugtuung" verlangen und sich diese verschaffen "mit allen Mitteln, deren äußerstes der Krieg" sei, wenn nicht "notwendig" der Glaube an die Kraft des Staates schwinden solle. Die "Kraftvermehrung" des Staates in einem Expansionskrieg schien ihm "um des Friedens willen im recht eigentlichen Sinne des Wor-

tes" möglich, als "ein Krieg für das öffentliche Wohl ..., ein notwendiges Glied in der Entwicklungsgeschichte eines Staates". Auch ein Krieg wegen drückender, den eigenen Handel schädigender Zölle konnte "unfraglich" "im Interesse des öffentlichen Wohles" unternommen werden²³⁾. Selbst 1876 vertrat Rüstow noch den Standpunkt, ein "berechtigtes Interesse sollte vernünftigerweise auch das Recht zum Kriege geben, wenn es auf andere Weise als durch ihn" nicht erfüllt werden könne²⁴⁾.

Gegen den Bürgerkrieg hatte der radikale Achtundvierziger natürlich nichts einzuwenden. 1850 schrieb er in seinem aufrührerischen "Militärstaat": "Möge in dem neuen dreißigjährigen Kriege der Demokratie ein Wallenstein erstehen, der an der Spitze eines Heeres der Freiheit mit Feuer und Schwert die Einheit predigt, und es wird ihm gelingen, das deutsche Reich, das einige und unteilbare herzustellen"²⁵⁾. In der zweiten Auflage von 1851 warf er der Frankfurter Nationalversammlung vor, daß sie versäumt habe, "unser Vaterland durch Feuer und Tod zur Einheit zu führen"²⁶⁾. Doch 1867 gab er zu bedenken, daß es bei Bürgerkriegen "stets auf die möglichst schnelle Beendigung" ankomme, weil sich bei den unvermeidlichen Grausamkeiten sonst "die Krieger aller Grade des Sinnes für Gerechtigkeit, der Achtung vor dem bürgerlichen Gesetz und der Sitte" entwöhnten und es so immer schwerer werde, "den endlich äußerlich hergestellten Frieden auch zu einem innerlichen zu machen"²⁷⁾.

Wenn Wilhelm Rüstow in seinen kriegsrechtlichen Gedanken politische Zwecke und Interessen für die Moral einsetzte und der Nation etwa "das göttlichste Recht" zum Kriege auch "ohne irgendeine Schuld anderer" zugestand, sobald "im Laufe der Zeit die Harmonie zwischen der Größe des Staatsgebietes, der Bevölkerung und der Staatsarbeit zu existieren aufgehört" habe - dann war das durchaus machiavellistisch, aber keineswegs ungewöhnlich in seiner Zeit. Zwar hatte Papst Pius IX. bei Ausbruch des Krim-

krieges erklärt: "Der Krieg muß verschwinden und von der Erde verjagt werden", und am 22. Juli 1870 schrieb er vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges an König Wilhelm I: "Unser dringendster Wunsch ist es, zu erleben, daß die Rüstungen und der Krieg verschwinden und die schrecklichen Leiden, die daraus entstehen, verhindert werden"²⁸⁾. Doch auch die katholische Kirche hat bis heute keine kanonisch formulierte Meinung zum Problem des Krieges und ihn dogmatisch noch nicht verdammt, obwohl etwa Msgr. Alfredo Ottaviani, ein bekannter römischer Kanonist und Assessor beim Heiligen Officium, forderte "bellum omnino interdicendum". Ottaviani spricht dem modernen Krieg ab, daß er jemals noch die Bedingungen erfüllen könne, die ihn theoretisch zu einem gerechten und erlaubten Krieg machten: "Keinen noch so wichtigen Grund gibt es, der so viel Übeln, Gemetzeln, Zerstörungen, einer solchen Vernichtung moralischer und religiöser Werte proportioniert wäre. Praktisch also ist es nie mehr erlaubt, einen Krieg zu erklären; nicht einmal ein Verteidigungskrieg ist zu führen, wenn nicht die rechtmäßige Autorität, die darüber zu entscheiden hat, mit der Sicherheit des Sieges auch sichere Bürgschaften dafür hat, daß das durch den Verteidigungskrieg dem Volk erwachsene Gut die ungeheueren Übel überwiegt, die eben diesem Volk und der ganzen Welt aus dem Kriege erstehen"²⁹⁾.

In der katholischen Moraltheologie hat das moderne Völkerrecht eine seiner Wurzeln. Vor allem die Lehren der spanischen Spätscholastiker Francisco de Vitoria und Francisco Suarez wirkten über Hugo Grotius weiter. Von Kriegsmoral hatten auch Augustinus und Thomas von Aquin schon geschrieben. Drei Bedingungen mußte nach Thomas ein gerechter Krieg erfüllen: von der höchsten staatlichen Instanz erklärt zu werden, einen gerechten Grund und die rechte Absicht zu haben. Als *iusta causa* galt, daß die Angegriffenen "diese Bekriegung wegen einer Schuld verdienen"³⁰⁾. Kant lehnte in seinem 1795 erschienenen Essay "Zum ewigen

Frieden" dann dieses bellum punitonis, den zur Strafe-
exekution unternommenen Krieg als deshalb ungerechtfertigt ab, weil es zwischen den Staaten "kein Verhältnis eines Oberen zu einem Untergebenen" gebe³¹⁾. Als die intentio recta verstand Thomas die Absicht, "das Gute zu fördern oder das Böse zu meiden"³²⁾.

Der Dominikaner Franziskus M. Stratmann, der sich seit Jahrzehnten um christlichen Pazifismus bemüht, sagt, es sei bis Ausgang des 16. Jahrhunderts "in der katholischen Kirche die einmütige Ansicht aller Väter, Kirchenlehrer und Theologen" gewesen, daß "nur die sicher feststehende moralische Schuld einer der beiden streitenden Parteien der anderen ein Recht zum Kriege gebe und ein beiderseits auch nur subjektiv gerechter Krieg ausgeschlossen sei"³³⁾. Doch Stratmann führt vor, wie sich dann auch die Kriegsmoral der katholischen Theologen bis ins 19. Jahrhundert zunehmend lockerte. Vitoria (1483-1546) sagte noch: "Es kann zwar vorkommen, daß beide Teile ihre nachweisbaren Rechte haben, aber dann darf eben kein Krieg stattfinden"³⁴⁾. Suarez (1548-1617) billigte den Strafkrieg schon, falls man nach sorgfältiger Prüfung für das eigene Recht mehr und bessere Gründe sprechen sehe als für das der Gegenseite. Der spanische Jesuit Luis de Molina (1535-1600) hielt bereits einen Krieg ohne moralische Schuld eines der Gegner für möglich, den Angriff wegen einer nur materiellen Ungerechtigkeit für erlaubt³⁵⁾. Dem Moraltheologen Tanner schien 1626 der Krieg auch als Funktion der iustitia commutativa, der die Rechte und Pflichten der einzelnen gegeneinander ausgleichenden Gerechtigkeit, vertretbar³⁶⁾. Hermann Busenbaum nannte 1650 in seinem moraltheologischen Handbuch schon als ausreichende Kriegsgründe Erfordernisse des Gemeinwohls oder der öffentlichen Ruhe³⁷⁾. Und 1845 schrieb Gousset dann, ein Krieg sei gerecht, wenn er für die Nation "notwendig" scheine, entweder um sie gegen einen Einfall zu verteidigen oder um die Widerstände zu brechen, die sich der Ausübung ihrer Rechte entgegenstellten³⁸⁾.

Nimmt man zu diesen Äußerungen von Busenbaum und Gousset noch eine des Suarez, in der als ausreichender Kriegsgrund die schwere Verletzung von Ruf oder Ehre ("gravis laesio in fama vel honore") eines Staates genannt wird³⁹⁾, dann scheinen des demokratischen Militärs und Nationalisten Wilhelm Rüstow kriegsrechtliche Ansichten so verwundet nicht mehr.

Doch die moraltheologischen Erörterungen des Kriegsrechts drangen in das öffentliche Bewußtsein nicht ein, sie sind nur ein allerdings erstaunlicher Beleg für die fortschreitende Säkularisierung auch in den Tiefenschichten des dogmatisch gesicherten Denkens. Eine starke Wirkung aber strahlte auf den neudeutschen Nationalismus und in das ganze Jahrhundert aus von den idealistischen Philosophen Johann Gottlieb Fichte und G.W.F.Hegel. Sie waren zwar weit entfernt von einer brutalen, amoralischen Machtverherrlichung, und besonders Fichtes in der Not Napoleonischer Unterdrückung geschriebener **Machiavelli-Aufsatz** von 1807 steht außerhalb seiner eigentlichen Staatsphilosophie⁴⁰⁾. Aber es ist hier in philosophischer Verhüllung schon nationale Machtverklärung und Kriegsrechtfertigung zu finden, aus der sich bald geläufige Schlagwörter der Publizistik nährten.

Fichte rechtfertigte den Präventivkrieg, als er schrieb: "Wer nicht zunimmt, der nimmt, wenn andere zunehmen, ab". "Es ist gar nicht hinreichend, daß du dein eigentliches Territorium verteidigst, sondern auf alles, was auf deine Lage Einfluß haben kann, behalte unverrückt die Augen offen, dulde durchaus nicht, daß irgendetwas innerhalb dieser Grenzen deines Einflusses zu deinem Nachteile verändert werde, und säume keinen Augenblick, wenn du darin etwas zu deinem Vorteil verändern kannst; denn sei versichert, daß der andere dasselbe tun wird, sobald er kann; versäumst du es nun an deinem Teile, so bleibst du hinter ihm zurück". "Überdies will jede Nation das ihr eigentümlich Gute so weit verbreiten, als sie irgend kann, und so viel an ihr liegt, das ganze Menschengeschlecht sich einverleiben, zu-

folge eines von Gott eingepflanzten Triebes, auf welchem die Gemeinschaft der Völker, ihre gegenseitige Reibung aneinander und ihre Fortbildung beruht". "Und da die Kriegsbübung nicht ausgehen darf, wenn die Menschheit nicht erschaffen und für den späterhin doch wieder möglichen Krieg verderben soll (sic!), so haben wir ja noch selbst in Europa, noch mehr aber in den anderen Weltteilen, Barbaren genug, welche doch über kurz oder lang mit Zwang dem Reich der Kultur werden einverleibt werden müssen. In Kämpfen mit diesen stähle sich die europäische Jugend".⁴¹⁾

Als eine Art sittlich wohltätiges Stahlbad faßte auch Hegel schon 1807 den Krieg auf. Er verglich ihn mit der "Bewegung der Winde", die "die See vor der Fäulnis" bewahre, "in welche sie eine dauernde Ruhe, wie die Völker ein dauernder oder gar ewiger Friede versetzen würde"⁴²⁾. Den Präventivkrieg hat Hegel dann 1824 in seinen "Grundlinien der Philosophie des Rechts" ebenfalls folgendermaßen gerechtfertigt: "Überdem kann der Staat als Geistiges überhaupt nicht dabei stehenbleiben, bloß die Wirklichkeit der Verletzung (seiner Rechte) beachten zu wollen, sondern es kommt die Vorstellung von einer solchen als einer von einem anderen Staat drohenden Gefahr, mit dem Herauf- und Hinabgehen an größeren und geringeren Wahrscheinlichkeiten, Vermutung der Absichten und so fort als Ursache von Zwisten hinzu"⁴³⁾.

Der Hegel-Schüler Konstantin Rößler, Philosophie-Professor in Jena und dann als Leiter des offiziellen Literarischen Büros in Berlin einer der führenden publizistischen Streiter Bismarcks, baute diese Gedanken zu militanter Macht-Glorifizierung aus. In seinem 1857 erschienenen "System der Staatslehre" hieß es: "Jede Volksnatur hat das Recht, ja man muß sagen die Pflicht, den Bereich ihrer Macht soweit auszudehnen, als ihre Kraft reicht, das heißt in Wahrheit und auf die Dauer reicht. Von der Sentimentalität, andersgeartete Leute, die ja auch leben wollen, zu schonen, ja an ihnen allerlei vortreffliche Eigenschaften für Gegenwart und

Zukunft zu entdecken, um deren willen es schade wäre, sie nicht zu schonen, kann dabei nicht die Rede sein ... Es war eine Ungereimtheit, mit welcher das doktrinenreiche 19. Jahrhundert und das sentimentale 18. die Welt beglückten, daß man alles nationale Ungeziefer konservieren müsse. Die starken Nationen haben den Beruf und die Pflicht, die Welt zu teilen". "Es gibt zur Herrschaft nur einen Titel, die Kraft, und für diesen Titel nur einen Erweis, den Krieg. Die Kriegslose sind die Sprüche, welche die Völkerprozesse entscheiden, und diese Sprüche, wenn sie nur alle Instanzen durchlaufen, sind immer gerecht". Nur durch Krieg vollzieht sich der Fortschritt der Menschheit, daher ist der Krieg "das Notwendigste von allem, groß und wohlthätig"⁴⁴⁾.

Ähnliches vertrat Adolf Lasson in seinen Büchern "Das Kulturideal und der Krieg" (1868), "Prinzip und Zukunft des Völkerrechtes" (1871) und "System der Rechtsphilosophie" (1882)⁴⁵⁾. Daß diese Kriegs-Apotheosen aber nicht nur bittere Früchte Hegelscher Geschichtsphilosophie waren, sondern auch in der französischen und liberalen englischen Publizistik des 19. Jahrhunderts auftauchten, zeigt Gerhard Ritter. Er führt Joseph de Maistre an, der den Krieg als "göttlich an sich", als eine kulturschöpferische Kraft feiert; Henri de Bonald, der ihn eine Erneuerung verfaulender Völker nennt; den Sozialisten P.J.Proudhon, der in "La guerre et la paix" den Krieg als "gerechten Wahrspruch im Namen und kraft der Macht" rühmt, als "göttliches Faktum", als "Disziplin der Menschheit", als Mittel der Regeneration, als "das tiefste, herrlichste Problem unseres sittlichen Lebens"; dann den Liberalen Ernest Renan, der im Krieg "eine der Bedingungen des Fortschritts" sieht, einen "Peitschenschlag, der ein Land am Einschlafen" hindere; oder in England den Dichter Kingsley, der ebenfalls den Krieg als sittlichen Erneuerer preist, und John Ruskin⁴⁶⁾.

Schließlich sei auch noch Jacob Burckhardt als der erstaunlichste Zeuge dafür genannt, daß vor hundert Jahren das

Problem Krieg eben anders als heute betrachtet werden könnte, weil die Waffengänge der Völker im 19. Jahrhundert vergleichsweise noch sehr harmlos waren. Burckhardt sagte in seiner 1868 konzipierten Vorlesung "Über Studium der Geschichte", die er in den Wintersemestern 1868/69 und 1870/71 hielt, die dann nach seinem Tode unter dem Titel "Weltgeschichtliche Betrachtungen" erschienen: "Unser Fazit ist: die Menschen sind Menschen im Frieden wie im Kriege; das Elend des Irdischen hängt ihnen in beiden Zuständen gleich sehr an ... der lange Frieden bringt nicht nur Entnervung hervor, sondern er läßt das Entstehen einer Menge jämmerlicher, angstvoller Notexistenzen zu, welche ohne ihn nicht entstanden und sich dann doch mit lautem Geschrei um 'Recht' irgendwie an das Dasein klammern, den wahren Kräften den Platz vorwegnehmen und die Luft verdicken, im ganzen auch das Geblüt der Nation verunedeln. Der Krieg bringt wieder die wahren Kräfte zu Ehren. Jene Notexistenzen bringt er wenigstens vielleicht zum Schweigen. Sodann hat der Krieg, welcher so viel als Unterordnung alles Lebens und Besitzes unter e i n e n momentanen Zweck ist, eine enorme sittliche Superiorität über den bloßen gewaltsamen Egoismus des einzelnen: er entwickelt die Kräfte im Dienste eines Allgemeinen, und zwar des höchsten Allgemeinen und innerhalb einer Disziplin, welche zugleich die höchste heroische Tugend sich entfalten läßt; ja er allein gewährt den Menschen den großartigen Anblick der allgemeinen Unterordnung unter ein Allgemeines ... Nur müßte es womöglich ein gerechter und ehrenvoller Krieg sein, etwa ein Verteidigungskrieg ... Ferner ein wirklicher Krieg um das ganze Dasein ... Ganz besonders sind die heutigen Kriege zwar wohl Teile einer großen allgemeinen Krisis, aber einzeln für sich ohne die Bedeutung und Wirkung echter Krisen; das bürgerliche Leben bleibt dabei in seinem Geleise, und gerade die jämmerlichen Notexistenzen bleiben alle am Leben"⁴⁷⁾.

Wilhelm Rüstow betrachtete den Krieg für seine und noch lange Zeit als ein notwendiges Übel, einen geschichtlichen

Wirkstoff in den Geburtswehen nationaler Selbstwerdung. Ein hellseherischer Blick in die Zukunft war es, als der 20jährige preußische Leutnant in seiner "Philosophie der Befestigungen" schrieb: "Wenn die Herzen der Menschen durchsichtig und die Erde dem Wissenden wie eine Glaskugel erscheint ..., wenn sich auf seinen Wink die Tiefen der Erde unter den Füßen des kühnen Angreifers öffnen, dann wird die gegenseitige Vernichtung so furchtbar sein, daß die Menschen aus Scheu vor sich selber das Aufhören der Kriege herbeiführen, welche sie nicht aus Scheu vor den Göttern geendet haben"⁴⁸). Schon hundert Jahre später war menschlicher Forschungsgeist so weit gelangt, die Erde sich öffnen zu machen, und heute hängt unser aller Fortbestand und Hoffnung, nachdem die Vernunft zur Bescheidung nicht ausgereicht hat, nur noch an der schrecklichen Furcht, die die Menschheit haben wird, sich selbst in einem Atomkrieg zu vernichten⁴⁹). Rüstow meinte auch 1874 noch einmal, daß der Krieg, ein je grausameres Handwerk er mit der "Vervollkommnung des Mordinstruments" werde, vielleicht gerade dem Ewigen Frieden näherbringe⁵⁰), und 1876 zitierte er denselben Gedanken aus des Franzosen Pierre Morin 1875 erschienener Broschüre "L'armée de l'avenir, nouveau système de guerre"⁵¹).

Daß der allgemeine Weltfriede durch internationale Kongresse, Schiedssprüche und vernünftige Übereinkunft geschaffen und erhalten werden könnte, hat Rüstow nie geglaubt. Doch hielt er solche Bemühung um den Idealzustand für gut und sinnvoll. "Daß die Menschheit einst den Ewigen Frieden erreiche, dies für unmöglich erklären, hieße die Vervollkommnungsfähigkeit des menschlichen Geschlechts ableugnen. Bestrebungen, welche auf die Erreichung dieses hohen Zieles sich richten, sind keineswegs unvernünftig an sich", schrieb er 1866⁵²). Zehn Jahre später hob er als den Nutzen eines internationalen Schiedsgerichts, das zwar nur die zivilisierten Staaten erfasse, gegen Bürgerkriege machtlos sei und zur Exekution selbst wieder Krieg führen

müsse, doch hervor, daß es die Kriege wenigstens seltener mache⁵³⁾.

Freilich hat Wilhelm Rüstow gelegentlich auch wieder die Bestrebungen um einen gesicherten Frieden und um völkerrechtliche Kodifikationen geschmäht - wie ja auch in anderen Fragen bei der rastlosen Schnellschreiberei häufig Widersprüche einfließen. 1843 schrieb er den auch in sich schon unklaren Satz, daß er "ebenso entschieden wie dem bleichen und unbegründeten Glauben an das Aufhören des Krieges so den falschen und hyperbolischen Konsequenzen entgegentreten" werde, die aus dem "si vis pacem para bellum" oft gezogen wurden⁵⁴⁾. 1851 verhöhnte er einen in Frankfurt zusammengetretenen Friedenskongreß der Quäker als "eine Gesellschaft von Gauklern, Krämern und Babulisten aller Zonen", die mit "ihren wahnsinnigen Beschlüssen" nur "Reiz zum Lachen" gäben und verdienten, "mit Fußstritten dahin auseinandergejagt" zu werden, woher sie gekommen⁵⁵⁾. 1856 sah er "keine Aussicht", daß "jenes ideale Tribunal" des europäischen Schiedsgerichtes "jemals Leben gewinnen könnte", und meinte, nach wie vor bleibe "die Entscheidung über die großen Fragen der Menschheit in letzter Instanz dem Gottesurteil der Waffen vorbehalten"⁵⁶⁾. Am 31.8.1867 nannte er in einem Brief an Emma Herwegh den bevorstehenden internationalen Friedenskongreß in Genf "eine höchst lächerliche Szene"⁵⁷⁾. 1876 schrieb er über ihn: "Noch niemals hatte man eine babylonischere Verwirrung erlebt als hier; noch nie waren auf irgendeinem Kongreß die Parteien in so beständiger Gefahr, einander tatsächlich in die Haare zu fallen. Jeder einzelne hatte seinen letzten Krieg in der Tasche mitgebracht und zog ihn hervor ... Die Friedens- und Freiheitsliga fristet noch immer ein kümmerliches Dasein und hält auch noch dürftig besuchte Kongresse ab. Im Jahre 1875 wurde die Welt daran erinnert durch ein Schreiben, welches Victor Hugo, der große Dichter und kleine Baschibosuk⁵⁸⁾ der Politik, an den Kongreß richtete, um sein Ausbleiben zu entschuldigen und zugleich wieder

einmal zu versichern, daß es für die Welt heut nur noch eines letzten Krieges bedürfe"59).

Vor allem die "modernen Völkerrechtslehrer" nahm Rüstow aufs Korn, die "hochfahrenden Gelehrten", die "sich vornehm über der vile multitude" hielten und "in ihrem unsinnigen Dünkel" glaubten, den "Kriegsgebrauch" in ein "Kriegsgesetz" gebannt zu haben, wenn sie sich herbeilließen, "einige mehr oder weniger verständliche Paragraphen" zu verfassen. Er spottete, es werde "in den allerneuesten völkerrechtlichen Abhandlungen für den Kampf der Gebrauch vergifteter Geschosse, von Pfeilen mit Widerhaken, von gehacktem Blei, Glassplittern statt Kugeln, von Stangen- und Kettenkugeln und dergleichen mehr verboten, gerade als ob diese Kinderen heute, in der Zeit der gezogenen Geschütze, ihrer splitternden Geschosse und der Bleimäntel oder Kupferringe ... noch irgendeine Bedeutung haben könnten". Dem Soldaten müßten "diese mit ernster Doktormiene von einem Völkerrechtslehrer gegebenen Gebote und Verbote mit Notwendigkeit ein Lächeln um die Lippen spielen lassen", und man frage sich, "weshalb vor der Niederschreibung seiner Weisheit der große Völkerrechtslehrer nicht irgendeinen Bombardier zu Rate gezogen" habe. Für "das Geschwätz der Völkerrechtsprofessoren", meinte Rüstow höhnisch, gebe es allerdings doch eine Entschuldigung, wenn man die Petersburger Erklärung der europäischen Mächte vom 11. Dezember 1868 betrachte, "durch welche Sprenggeschosse von weniger als 400 Gramm Gewicht menschenfreundlich vom Gebrauch des Krieges ausgeschlossen" worden seien. Er hielt dagegen, daß es dem Soldaten bei "der Beschaffenheit der jetzigen Waffen ... eigentlich gleichgültig sein" könne, "auf welche Weise er umgebracht oder verstümmelt" werde.

Rüstow würdigte aber doch die "uneigennützig und unermüdliche Arbeit zweier genferischer Menschenfreunde", Dunants und Moyniers, die die Genfer Konvention von 1864 und den Nachtrag von 1868 zustandegebracht, meinte allerdings, man könne sich "die Unvollkommenheit des Werkes schwer verhehlen!"

Rüstow riet die "bürgerliche Hilfe auf Schlachtfeldern und in Spitälern" streng zu organisieren, denn "nichts-nutzige Schlachtenbummler" trieben mit dem Roten Kreuz auch Mißbrauch, "ohne etwas zu leisten", erlaubten sich "Frechheiten", denen man "eigentlich nur auf eine Weise, durch das einfache Aufhängen solcher Burschen aller Klassen, vernünftigt entgegentreten könnte"⁶⁰).

Gegen das völkerrechtliche Verbot des Städte-Bombardements stritt Rüstow mit dem Hinweis, daß es "ein Kriegsmittel wie jedes andere" und "nicht grausamer als ... z.B. das Aushungern" sei. Er zitierte Johann Kaspar Bluntschli, einen der führenden konstitutionellen Staatstheoretiker: "1. Die gute Kriegssitte verlangt, daß der Belagerer, wenn es tunlich erscheint, vor dem Bombardement eines Platzes die Absicht dazu ankündige, damit die Nichtstreiter, insbesondere Weiber und Kinder entfernt oder sonst in Sicherheit gebracht werden. 2. Indessen kann Überraschung mit einem Bombardement nötig sein, um den Platz bald zu gewinnen, und dann ist die Unterlassung jener Anzeige gerechtfertigt". Rüstow kommentierte, es müsse jeder Unbefangene doch sehen, daß schon der erste der zitierten Sätze durch die Einschaltung "wenn es tunlich erscheint" sich selbst aufhebe, und daß der zweite Satz dies dann vollends besorge. Wütend fügte er hinzu: "Und diesen Galimatias nennt man 'Völkerrecht', und man erkennt Leute, die ihn predigen, nicht bloß für gewöhnliche vernünftige Menschen, sondern für 'Weise' an. Gibt es denn keinen Ausweg, ist es denn wahr, daß der Unsinn ewig siegreich bleibt?"

Zur Frage des Bombardements schrieb Rüstow selber: "Der Belagerer kann mit einer Aufforderung zur Übergabe die Androhung eines Bombardements verbinden, falls die Übergabe nicht zu bestimmter gestellter Frist erfolgt, und kann damit seinen Zweck erreichen, ohne daß er zu einem immerhin grausamen Mittel greifen müsse ... Das völkerrechtliche Verbot. offene Städte, welche nicht verteidigt werden, zu beschießen, scheint uns überflüssig ... Wenn man dagegen einen

offenen Ort vom Feind besetzt findet, so gebieten die einfachen Regeln der Taktik, daß man beim Angriff sein Feuer nicht bloß gegen den Umfang richte, sondern auch gegen das Innere des Ortes selbst, um die Verbindungen des Feindes zu unterbrechen und um seine Reserven zu treffen".

Daß Rüstow diese kriegsrechtlichen Probleme nicht nur mit Wirklichkeitssinn, sondern gelegentlich auch nach moralischen Überlegungen anging, zeigt folgender Satz: Der Invasor darf "von den Beamten, mögen die Völkerrechtslehrer darüber lehren was sie wollen, nicht ganz ohne Not Eid- und Treuschwüre für sich verlangen. Jeder politische Eid trägt den Makel einer tiefen Unsittlichkeit an sich... Man gewinne die alten Beamten, beobachte sie, und wenn sie dem, was man von ihnen erwartete, nicht entsprechen, so jage man sie fort, aber man versuche nicht, ihnen durch Zwang moralische Bande anzulegen"⁶¹⁾.

Rüstow versprach sich für das "Milderwerden der Sitten" im Kriege wenig Erfolg von völkerrechtlichen Abmachungen. Er baute mehr auf die "Ausbreitung der Bildung bis in die tiefsten Volksschichten hinab" und meinte, die Kriegführung könne "auf natürliche Weise ... nur menschlicher werden durch die fortschreitende Bildung der Menschen", "ganz individuell, indem der einzelne Sieger dem Besiegten mit der Milde" entgegentrete, welche ihm seine "höhere Bildung" eingebe, welche ihn zurückschrecken lasse "vor Gemeinheit und Grausamkeit"⁶²⁾. Freilich waren solche Hoffnungen gestützt nur auf eine Moral der Zweckmäßigkeit. "Unnütze Grausamkeit, Grausamkeit, die gar keinen Zweck hätte, dem Interesse beider kriegführender Parteien, also dem Interesse einer jeden einzelnen zuwiderliefe", sollte "vom Kriege ausgeschlossen" werden. Eine militärische Besatzung, meinte Rüstow, stoße mit ihren Maßnahmen bei der fremden Bevölkerung schon deshalb nicht auf so starken Widerstand, da jeder Staat "ja eigentlich heut seine Bürger an das Ausgesaugtwerden gewöhnt" habe. Auch das feindliche Staatseigentum

vernünftig zu verwalten, hielt er für selbstverständlich. Er spottete nur, "übergebildete Völkerrechtslehrer" hätten "diese ganz natürliche Bestimmung ... allerdings so verstanden, als müßten Bataillone, die Koch- und Brennholz für ihr Biwak suchen, auch dabei nach den Regeln der guten Forstwirtschaft verfahren".

Für undenkbar hielt Rüstow es, die "Soldaten heutiger gebildeter Heere" könnten die "Ehre der Männer in derjenigen ihrer Weiber und Töchter angreifen, Heiligtümer, Kirchen und Stätten der Anbetung, welchem Glauben sie übrigens dienen mögen, Denkmäler, Sammlungen von Kunstsachen usw. besudeln, beschädigen oder zerstören". Wenn "sich aber Neigung zu solchen Untaten verspüren ließe oder sie verübt würden", sei es "heilige Pflicht der Befehlshaber, mit den strengsten Maßregeln und Strafen dagegen einzuschreiten". Das Plündern, "d.h. das mehr oder minder geregelte gewaltsame Ausrauben bewohnter Ortschaften" sei durchaus verwerflich, obwohl man "etwas Ähnliches", z.B. die geordnete Requisition von Lebensmitteln, "nicht immer ganz" vermeiden könne⁶³⁾.

Den "Modus der terroristischen Kriegsführung" lehnte Rüstow entschieden ab, schon deshalb, weil er auch militärisch nie "irgend einen Erfolg" bringe, vielmehr z.B. Napoleon I. "sich in Spanien mit dieser Sorte Kriegsführung vieles verdorben" habe. So verurteilte der eidgenössische Oberst i.G. die von deutscher Seite als Sühnemaßnahme angeordnete Niederbrennung der Ortschaft Ablis im siebziger Krieg, die er als den ersten Akt des beginnenden "Schreckenskrieges" bezeichnete⁶⁴⁾. Die gegenseitigen Anklagen "wegen Nichtbeachtung des Kriegsgebrauchs" hatten im deutsch-französischen Krieg allerdings schon früher eingesetzt, doch Rüstow sagte, solche Vorwürfe seien "seit lange zu einer Art Mode geworden", und gab zu bedenken, daß doch "gewiß der Krieg an sich eine grausame Sache" sei und "die Verwilderung, die sich während des Kampfes jedes, auch des humansten Menschen" bemächtige, "eine Naturerscheinung".

Man dürfe "vom Soldaten mitten im Kampf durchaus nicht verlangen, daß er bei jedem Akte, den er vollziehen will oder soll, jedesmal erst das Komplimentierbuch zu Rate ziehe"⁶⁵⁾. Schon 1855 hatte Rüstow in seinem Buch über den Krimkrieg zwar geschrieben: "Humanität, auch im Kriege zielt eine jede Armee, sie ist selbst ein Mittel der Eroberung" - doch auch festgestellt: "Die Mannszucht ist ein vortreffliches Ding, und sie zu erhalten, darnach wird wohl in jeder Armee gestrebt, aber in keiner wird wohl das Ziel vollkommen erreicht"⁶⁶⁾.

Galt Bellona im Zeitalter Hegels noch für durchaus gesellschaftsfähig, war der Krieg, auch nachdem er sich aus turnierartig exerzierten Fürsten-Manövern zum blutigen Waffengang der Völker ausgewachsen hatte, den bedeutenden militärischen Köpfen, vielen Publizisten, ja selbst Philosophen damals an sich kein Problem - so hat das 19. Jahrhundert mit seinen modernen staatlichen Lebensformen doch eine in der Kriegsgeschichte bis dahin unwesentliche und gegenstandslose Frage aufgeworfen. Das Verhältnis zwischen der obersten militärischen und politischen Instanz mußte nun bestimmt werden, denn es gab jene Personalunion nicht mehr, die Alexander der Große, Cäsar, Friedrich der Große oder noch Napoleon als Staatslenker und zugleich ihre eigenen Feldherren geübt hatten. Carl von Clausewitz begann die Diskussion dieses Problems in seinem Werk "Vom Kriege", das nach seinem Tod in den dreißiger Jahren erschien.

Vorher hatte die Praxis schon einmal den Widerstreit der politischen und militärischen Interessen herbeigeführt. Blücher und Gneisenau waren im Feldzug 1813/14 gegen Napoleon empört über das unter Metternichs Eingebungen schwankende und zögernde österreichische Hauptquartier. Die preussischen Patrioten wollten den verhaßten Feind vollständig vernichten. Doch die ganz im Geiste restaurativer Kabinettspolitik geführten Friedensverhandlungen liefen gegen ihre Absichten aus. Als der Korse 1815 dann noch einmal von Elba zurückgekehrt war, stürmten Blücher und Gneisenau mit

ihrem Invasionsheer von Waterloo bis nach Paris. Sie wollten den Diplomaten und ihren Friedensverhandlungen diesmal durch militärische Sanktionen zuvorkommen, setzten gegen den Willen des englischen Verbündeten den Einmarsch in Paris durch und schrieben eigenmächtig Kontributionen aus. Doch diese wurden wieder aufgehoben, und der wütende Blücher mußte sich trotz allem Widerstand gegen die "Deplo-matiquer" beugen. Die Friedenskonferenz ging über die Forderungen der Militärs hinweg, und das Oberkommando der Armee wurde ausdrücklich in allen politischen Fragen dem Staatskanzler Hardenberg unterstellt. Zwischen ihm und Blücher gab es einen zähen Kampf. Am 20. November 1815 wollte der Feldmarschall die Stellung des Ministers mit einer Eingabe an den König erschüttern. Er schrieb, "wie traurig und nachteilig" es sei, "von Premierministern abzuhängen, und wie zerstörend es für die Armee sein würde, wenn dieser Einfluß fort dauerte und Ew. Majestät nicht die unmittelbare Leitung der Armee ferner beibehielten". Hardenberg konnte Friedrich Wilhelm III. aber in einem Immediatbericht überzeugen, wie gefährlich es sein würde, wenn die Armee erst einmal als ein corps délibératif nach eigenem Gutdünken zu handeln anfangen⁶⁷⁾.

Clausewitz hat den Primat der Politik vor der Kriegführung in vielen Formulierungen betont. In seinem unvollendeten Werk "Vom Kriege" heißt es: "Bedenken wir nun, daß der Krieg von einem politischen Zweck ausgeht, so ist es natürlich, daß dieses erste Motiv, welches ihn ins Leben gerufen hat, auch die erste und höchste Rücksicht bei seiner Leitung bleibt. Aber der politische Zweck ist deshalb kein despotischer Gesetzgeber; er muß sich der Natur des Mittels fügen und wird dadurch oft ganz verändert, aber immer ist er das, was zuerst in Erwägung gezogen werden muß. Die Politik also wird den ganzen kriegerischen Akt durchziehen und einen fortwährenden Einfluß auf ihn ausüben, soweit es die Natur der in ihm explodierenden Kräfte zuläßt" (S.31). "So sehen wir also, daß der Krieg nicht bloß ein politischer

Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln. Was dem Kriege nun noch eigentümlich bleibt, bezieht sich bloß auf die eigentümliche Natur seiner Mittel. Daß die Richtungen und Absichten der Politik mit diesen Mitteln nicht in Widerspruch treten, das kann die Kriegskunst im allgemeinen und der Feldherr in jedem einzelnen Fall fordern, und dieser Anspruch ist wahrlich nicht gering; aber wie stark er auch in einzelnen Fällen auf die politischen Absichten zurückwirkt, so muß dies doch immer nur als eine Modifikation derselben gedacht werden; denn die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg ist das Mittel, und niemals kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden" (32). Der Krieg ist "durchaus nichts Selbständiges", "der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel" (580). "Das Unterordnen des politischen Gesichtspunktes unter den militärischen wäre widersinnig, denn die Politik hat den Krieg erzeugt; sie ist die Intelligenz, der Krieg bloß das Instrument, und nicht umgekehrt" (583)⁶⁸).

Gewiß hat Clausewitz die zu seinem eigenartig **kontradikt**orischen Stil passende Einschränkung gemacht, daß der politische Zweck sich doch "der Natur des Mittels fügen" müsse. Aber das Gewicht liegt auf der Forderung politischer Steuerung auch während des "kriegerischen Aktes".

In diesem Punkt nun hat Helmuth von Moltke sich gegen Clausewitz gestellt. Der Chef des preußischen Großen Generalstabes fand in dem Kanzler Bismarck einen ungemein vitalen zivilen Partner, und die Reibungen mit ihm vor allem während des siebenziger Krieges haben gewiß Moltkes Forderungen nach militärischer Handlungsfreiheit mitbestimmt. Er schrieb: "Die Politik bedient sich des Krieges für Erreichung ihrer Zwecke, sie wirkt entscheidend auf den Beginn und das Ende desselben ein, so zwar, daß sie sich vorbehält in seinem Verlauf ihre Ansprüche zu steigern oder aber mit einem minderen Erfolg sich zu begnügen. Bei dieser Unbestimmtheit

kann die Strategie ihr Streben stets nur auf das höchste Ziel richten, welches die gebotenen Mittel überhaupt erreichbar machen. Sie arbeitet so am besten der Politik in die Hand, nur für deren Zweck, aber im Handeln völlig unabhängig von ihr"⁶⁹⁾. Diese Auffassung Moltkes ist, wie Gerhard Ritter meint, "für die Anschauungen des deutschen Generalstabes in der zweiten Jahrhunderthälfte grundlegend geworden"⁷⁰⁾.

Die Forderung nach dem Vorrang der Politik bei aller Kriegführung, wie Clausewitz sie aufgestellt hatte, wurde ein Jahrhundert später von General Erich Ludendorff, dem mit Hindenburg verantwortlichen deutschen Militär im ersten Weltkrieg, ins absurde Gegenteil verkehrt. In seinem 1935 erschienenen Buch "Der totale Krieg" heißt es: "Das Wesen des Krieges hat sich geändert, das Wesen der Politik hat sich geändert, so muß sich auch das Verhältnis der Politik zur Kriegführung ändern. Alle Theorien von Clausewitz sind über den Haufen zu werfen. Krieg und Politik dienen der Lebenserhaltung des Volkes, der Krieg aber ist die höchste Äußerung völkischen Lebenswillens. Darum hat die Politik der Kriegführung zu dienen". Vom "Feldherrn" des totalen Krieges schrieb Ludendorff: "Er legt in der Politik die Richtlinien fest, die sie in dem Dienst der Kriegführung zu erfüllen hat". In einer Anmerkung zu diesem Satz heißt es noch: "Ich höre schon, wie Politiker sich über solche Ansicht erregen, wie überhaupt über den Gedanken, daß die Politik sich in den Dienst der Kriegführung stellen soll ... Mögen Politiker sich erregen und meine Anschauung für die eines hoffnungslos verlorenen 'Militaristen' halten, das ändert an den Anforderungen der Wirklichkeit nichts, die das verlangt, was ich für die Kriegführung und damit für die Lebenserhaltung des Volkes fordere. Das mögen sich auch 'Wehrwissenschaftler' merken!"⁷¹⁾

Nach dem zweiten Weltkrieg schrieb der englische Militärhistoriker B.H.Liddell Hart: Die Aufgabe "eines militärischen Befehlshabers" ist es, "die ihm zugeteilten Kräfte

auf einem bestimmten Kriegsschauplatz im Interesse der höheren Kriegführung möglichst erfolgreich einzusetzen... Er überschreitet aber die ihm gezogene Aufgabengrenze, wenn er versucht, der Regierung vorzuschreiben, welches Maß an Kräften ihm zur Verfügung gestellt werden sollte. Andererseits kann eine Regierung, die den Rahmen der Kriegführung festsetzt und diese nach dem jeweiligen Kriegsverlauf korrigieren muß, sehr wohl in die Strategie eines Feldzugs nicht nur durch Auswechseln eines Befehlshabers eingreifen, sondern auch das Ziel nach den Notwendigkeiten der Kriegführung modifizieren. Die Regierung sollte sich zwar nicht in die tatsächliche Kriegführung einmischen, wohl aber klar die Aufgabe des Befehlshabers umreißen. Strategie hat somit notwendigerweise nicht nur einfach die Aufgabe, nach dem Niederringen der feindlichen militärischen Macht zu streben. Wenn eine Regierung zu dem Schluß kommt, die militärische Macht des Gegners sei entweder allgemein oder auf einem bestimmten Kriegsschauplatz überlegen, so wird sie klugerweise eine Strategie mit begrenztem Ziel verlangen⁷²⁾. Liddell Hart pflichtet, was die Überordnung der politischen Gesichtspunkte angeht, Clausewitz voll bei. Von dessen über den Krieg entwickelter Vernichtungs-Theorie allerdings rückt er, wie wir noch sehen werden, deutlich ab.

Auch Wilhelm Rüstow stellte wie Clausewitz die Politik entschieden über die Kriegführung, doch hat er ihr nicht immer bestimmenden Einfluß während der militärischen Unternehmung zugestanden. 1855 schrieb er: "Der Krieg ist die Durchführung der Politik auf dem Wege der Gewalt. Er ist also ein Mittel der Politik, das andere ist die friedliche Verhandlung. Beide sind ihrer Natur nach durchaus verschieden; sie lassen sich deshalb nicht wohl gleichzeitig und zu dem gleichen Zweck anwenden, ohne daß eines von ihnen eine Nebenrolle spiele, auf einen ganz sekundären Platz zurückgedrängt werde. Entweder man gibt dem Krieg sein volles Recht, bis ein gewisser kriegerischer Zweck völlig erreicht oder vereitelt ist, und die friedliche Verhandlung tritt

dann nur hinzu, um die Folgen des Sieges zu sichern oder diejenigen der Niederlage abzuwenden. Oder die friedliche Verhandlung tritt in den Vordergrund; dann wird stets die Gefahr naheliegen, daß der Krieg zu einem Mittel nicht mehr der Politik, sondern der Diplomatie hinabsinke. Dies muß aber seine eigentümliche Kraft notwendig lähmen, und es ist zu besorgen, daß er nun selbst als Mittel der Diplomatie nur sehr schlechte Dienste leiste". "Die zufälligen Umstände: der Winter, welcher die Belagerung Sebastopols unterbrach, der Mangel eines großen Feldherrn, der unerwartete Widerstand der Russen, das Bündnis mit Österreich entschieden, daß mit dem beginnenden Frühling 1855 die Verhandlung die Oberhand gewann und der Krieg zum diplomatischen Mittel ward. Die Westmächte ließen den Krieg nicht los, um erst einen großen militärischen Erfolg von allgemeiner Bedeutung zu erringen, sondern sie versuchten nur einzelne militärische Stöße zur Unterstützung der Unterhandlungen, denen Zeit und Ort durch die Phasen der Verhandlungen angewiesen ward... Zu der Offensive gegen die russische Feldarmee konnte man sich nicht aufschwingen, man gewann nie die Zeit zu ihrer Vorbereitung, weil man dem Krieg nicht das ihm durchaus notwendige Maß der Unabhängigkeit, nicht das eigene Leben, in welchem seine Kraft liegt, zugestehen wollte, weil es an Einsicht in die Natur des Krieges fehlte"⁷³⁾.

In den 1855 erschienenen "Untersuchungen über die Organisation der Heere" erläuterte Rüstow, was er unter dem Krieg als einem "Mittel der Politik" verstand: nicht ein mechanisch eingesetztes Instrument, sondern das nationalbewußte Heer. Da schrieb er, es gäbe "keine traurigere Erscheinung als ein Heer, welches den Krieg nicht in seinem eigenen Interesse" führe, als einen "Heerführer, welcher als bloßes Werkzeug einer ihm fremden und gleichgültigen Politik auf dem Kampfplatz" erscheine. Ihm könne man "nie mit voller Befriedigung folgen, wie jenen glücklichen und großen Heerführern, welche ihre eigene Politik verfochten, weil sie entweder Könige waren, oder weil sie die Sache ihres Volkes

mit klarem Bewußtsein zu der ihrigen machten, oder weil sie ihre Politik zu derjenigen ihres Volkes zu machen verstanden"⁷⁴⁾. Dieser letzte Zusatz allerdings schließt schon gefährliche Konsequenzen à la Ludendorff ein, doch ist Rüstow niemals dazu gekommen, den Krieg als Selbstzweck zu setzen.

Im Militärischen Hand-Wörterbuch schrieb er 1858: "Ideal gedacht, sollte nun eigentlich während der Kriegshandlung die Staatskunst ganz von der Bühne abtreten, bis der Zweck des Krieges vollständig erreicht ist, um inn dann erst in gesetzlicher, vertragsmäßiger Weise für erreicht zu erklären. Indessen wie an dem Ende des Krieges, nachdem sein ursprünglicher Zweck erreicht ist, eine derartige diplomatische Tätigkeit angeknüpft werden kann, so kann sie auch angeknüpft werden an eine einzelne kriegerische Handlung im Kriege ... und besondere Veranlassung findet sich noch darin, daß die kriegerische Handlung, in welcher zwei Parteien, zwei Kräfte, lebendig einander entgegenwirken, selte grade so verläuft, wie die eine der Parteien dies angenommen hatte". Der Krieg kann "keineswegs für eine bestimmte Zeit die friedliche Politik vollständig" ablösen, es ist vielmehr so, daß "beide einander auch während der Kriegshandlung beständig durchdringen. Daraus folgt aber, daß der Feldherr in der freien Anwendung der Kriegskunst beschränkt ist, daß er also während der Kriegshandlung zeitweise selbst als Staatsmann auftreten oder dem Staatsmann die diplomatische Anknüpfung an ein kriegerisches Ereignis überlassen muß, um dann an ein diplomatisches Ereignis wieder die kriegerische Handlung anzuknüpfen. Hier liegt nun die Gefahr vor, daß der Staatsmann, welcher seinen eigenen Gedankengang geht, der doch wieder kein stätiger ist, weil er seinerseits von den kriegerischen Ereignissen bestimmt wird, diese in ihrer Vereinzelung - nicht in ihrem Zusammenhange als bloße Handhaben für den diplomatischen Verkehr benutze, was dann sehr häufig Veranlassung wird, daß der ursprüngliche Kriegszweck durchaus aus den Augen schwindet"⁷⁵⁾.

Rüstow meinte auch, daß die nach Einführung der Telegraphie entstehende "größere Empfindlichkeit eines jeden Teiles des Kriegsschauplatzes ... für jede Regung der Politik nicht immer ein Vorteil sein" werde, daß die "Leichtigkeit und Schnelligkeit der Kommunikation ... für Regierungen und Hofkriegsräte allzu verführerisch" sei, "als daß sie sich nicht oft in die Führung der Truppen auf dem Kriegsschauplatze von ihren entfernten Residenzen aus mischen" würden. "Der Krieg", heißt es da weiter, "ist allerdings ein Mittel der Politik, aber die Erreichung großer Zwecke durch ihn wird entschieden gehemmt, wenn er nicht eine gewisse Selbständigkeit erlangt, wenn er statt von der großen Politik von der politischen Laune und dem diplomatischen Kniffe abhängig und diesen dienstbar gemacht werden soll"⁷⁶⁾

Diesen Forderungen einer gewissen Unabhängigkeit der militärischen Entscheidungsgewalt widersprach Rüstow allerdings 1868 selbst in seiner Schrift "Die Militärschule". Da genügte es ihm nicht mehr, daß "die handelnde Politik in jedem Moment während der Dauer des Krieges wieder auf die Bühne treten könne", er forderte ausdrücklich, was er etwa in den Bemerkungen über den Krimkrieg bestritten hatte, die politisch-diplomatische Auswertung auch aller militärischen Teilresultate und erklärte: "So erscheint uns die Politik nicht bloß als Veranlasserin und Leiterin des Krieges, sondern auch als dessen stete Begleiterin"⁷⁷⁾.

Kriegswissenschaft und Feldherrnkunst

Den Schwerpunkt in Wilhelm Rüstows geistiger und publizistischer Arbeit bildeten gewiß die militärpolitischen Fragen. Doch hat er sich seit den Studienjahren auf der Berliner Artillerie- und Ingenieurschule immer auch mit den theoretischen und organisatorischen Grundlagen des Kriegswesens

beschäftigt und darüber in fast allen Veröffentlichungen geschrieben. Versucht man indes diese Aussagen zu überschauen, so ergibt sich ein eher verwirrendes Bild. Das ist umso erstaunlicher, als Rüstow gerade die Kriegstheorie zu einer dauerhaften positiven Lehre und als solche nutzbar für die Praxis machen wollte. Doch er hat das oft postulierte "System" nicht ausgebaut, sondern im Gegenteil verschiedentlich selbst das Unmögliche eines solchen Beginns erkannt.

Dieser Widerspruch ist am besten, ja allein wohl psychologisch zu erklären. War eine systematisch-wissenschaftliche Darstellung und zugleich Anwendungslehre der Kriegskunst auch sinnlos und für die Praxis unzureichend - zumal angesichts der durch Eisenbahn, Telegraphie und Waffenverbesserung ausgelösten Revolutionierung der Kriegstechnik - , so konnte sie auf den durch ein hartes Schicksal und wirtschaftliche Not ganz an den Schreibtisch gefesselten Militär doch einen verständlichen Reiz ausüben. Der nach Wirkung und Einfluß verlangende Mann kompensierte auch schon durch die Illusion eines perfekten militärischen Lehrgebäudes die mangelnde Gelegenheit zu praktischer Betätigung. Ähnlich hat ja auch Heinrich Dietrich von Bülow, ein in manchem Rüstow gleichender Außenseiter des preußischen Offizierkorps, sich ein allerdings bombastischeres Luftschloß von "kriegswissenschaftlichem" System errichtet. Die ihrem Naturell nach durchaus nicht von Rüstow so wesensverschiedenen Scharnhorst, Clausewitz und Moltke - auch eher Nachdenker als geborene Tatmenschen - standen dagegen in praktischer Organisations- und Kriegstätigkeit, sie wollten von Kriegswissenschaft als positiver Lehre nichts wissen.

Moltke schrieb 1869 in seiner "Instruktion für die höheren Truppenführer": "Die Lehren der Strategie gehen wenig über die ersten Vordersätze des gesunden Menschenverstandes hinaus; man darf sie kaum eine Wissenschaft nennen; ihr Wert liegt ganz in der konkreten Anwendung. Es gilt mit

richtigem Takt die in jedem Moment sich anders gestaltende Situation aufzufassen und danach das Einfachste und Natürlichste mit Festigkeit und Umsicht zu tun. So wird der Krieg zur Kunst, einer solchen freilich, der viele Wissenschaften dienen. Diese letzteren machen bei weitem noch nicht den Feldherrn, aber wo sie demselben fehlen, müssen sie durch andere ersetzt werden"⁷⁸⁾. 1880 sagte Moltke zu Max Jähns, der ihm von seinem Plan erzählte, eine Geschichte der Kriegswissenschaft zu schreiben: "Der Titel 'Geschichte der Kriegswissenschaft' ist wohl nicht ganz zutreffend; es müßte heißen 'Geschichte der Kriegswissenschaften'. Ich kenne wohl eine Kriegskunst, aber nur eine Mehrheit von Kriegswissenschaften" ⁷⁹⁾. Und 1881 schrieb Moltke, es komme ganz auf das "richtige militärische Urteil" an, denn es gebe im Krieg "wie in der Kunst ... keine allgemeine Norm", in beiden könne "das Talent nicht durch eine Regel ersetzt werden"⁸⁰⁾.

Clausewitz war ganz derselben Ansicht, hat allerdings auch in diesem Punkt wieder gewisse kontradiktorische Einschränkungen gemacht. Im Buch "Vom Kriege" heißt es: "Es entstand also das Bestreben, Grundsätze, Regeln oder gar Systeme für die Kriegführung anzugeben. Hiermit setzte man sich einen positiven Zweck, ohne die unendlichen Schwierigkeiten gehörig ins Auge gefaßt zu haben, welche die Kriegführung in dieser Beziehung hat. Die Kriegführung verläuft sich, wie wir das gezeigt haben, fast nach allen Seiten hin in unbestimmte Grenzen; jedes System, jedes Lehrgebäude aber hat die beschränkende Natur einer Synthesis, d.h. einer Begriffsbestimmung aus der Mannigfaltigkeit zur Einheit, und damit ist ein nie auszugleichender Widerspruch zwischen einer solchen Theorie und der Praxis gegeben" (S.97). "Alle diese Theorienversuche (wie etwa der H.D.von Bülow's, A.d. V.) sind nur in ihrem analytischen Teil als Fortschritte in dem Gebiet der Wahrheit zu betrachten, in dem synthetischen Teil aber, in ihren Vorschriften und Regeln, ganz unbrauchbar. Sie streben nach

bestimmten Größen, während im Kriege alles unbestimmt ist und die Berechnung mit lauter veränderlichen Größen gemacht werden muß⁽⁹⁹⁾. Es wäre "eine reine Unmöglichkeit... .., die Kriegskunst durch ein positives Lehrgebäude wie mit einem Gerüst versehen zu wollen, welches dem Handelnden überall einen äußeren Anhalt gewähren könnte. Der Handelnde würde sich in allen jenen Fällen, wo er auf sein Talent angewiesen ist, außer diesem Lehrgebäude und mit ihm in Widerspruch befinden"(105). Die Taktik "wird viel weniger Schwierigkeiten für eine Theorie bieten als die Strategie" (106). "Der zweite Ausweg für die Möglichkeit einer Theorie ist der Gesichtspunkt, daß sie nicht notwendig eine positive, d.h. streng sachlich begründete Lehre, d.i. eine Anweisung zum Handeln, zu sein braucht. Überall, wo eine Tätigkeit es größtenteils immer wieder mit denselben Dingen zu tun hat, mit denselben Zwecken und Mitteln, wenn auch mit kleinen Veränderungen und einer noch so großen Mannigfaltigkeit von Kombinationen, müssen diese Dinge ein Gegenstand vernünftiger Betrachtung werden können. Eine solche Betrachtung aber ist eben der wesentlichste Teil jeder Theorie... Sie ist eine analytische, d.h. vom Ganzen ins Einzelne gehende, zergliedernde Untersuchung des Gegenstandes, führt zu einer genauen Bekanntschaft, und, wenn sie auf die Erfahrung, also in unserem Falle auf die Kriegsgeschichte, angewendet wird, zur Vertrautheit mit demselben" (106 f.). "Bilden sich aus der Betrachtung, welche die Theorie anstellt, von selbst Grundsätze und Regeln, schießt die Wahrheit von selbst in diese Kristallform zusammen, so wird die Theorie diesem Naturgesetz des Geistes nicht widerstreben, sie wird vielmehr, wo der Bogen in einem solchen Schlußstein endigt, diesen noch hervorheben; aber sie tut dies nur, um dem philosophischen Gesetz des Denkens zu genügen, um den Punkt deutlich zu machen, nach welchem die Linien alle hinführen, nicht um daraus eine algebraische Formel für das Schlachtfeld zu bilden: denn auch diese Grundsätze

und Regeln sollen in dem denkenden Geiste mehr die Hauptlineamente seiner eingewohnten Bewegungen bestimmen, als ihm in der Ausführung den Weg gleich Meßstangen bezeichnen" (108). "Grundsätze, Regeln, Vorschriften und Methoden aber sind für die Theorie der Kriegführung unentbehrliche Begriffe, insoweit sie zu positiven Lehren führt, weil in diesen die Wahrheit nur in solchen Kristallisationsformen **anschießen** kann. Da die Taktik derjenige Teil der Kriegführung ist, in welchem die Theorie am meisten zur positiven Lehre gelangen kann, so werden jene Begriffe auch in ihr am häufigsten vorkommen" (121)⁸¹⁾.

Daß die historische Betrachtung, die theoretisch-wissenschaftliche Erkenntnis, die logische Denkkordnung der Kriegskunst auch zu praktischem Vorteil gereichen könne, haben Clausewitz und Moltke also sehr wohl eingesehen. Für Wilhelm Rüstow war dies aber nur der mindeste Beitrag und Nutzen der Theorie. Er wollte sie eigentlich zum Richtmaß des Handelns erheben. Schon 1843 in seiner Befestigungs-Philosophie schrieb er: "Die Theorie der Kriegführung könnte eine vollkommene sein, es ließe sich eine vollkommene Wissenschaft derselben aufstellen, wenn alle ihre Hilfswissenschaften weiter ausgebildet wären ... Aber noch sind wir nicht so weit, unser Geist ist noch nicht so durchgebildet, die Wissenschaften sind noch nicht so gefördert, daß wir alle Beziehungen in der Kriegführung zergliedern könnten; wir können vieles noch nicht von einander trennen, wie etwa noch mancher Körper, den wir als Element ansehen, kein chemisch einfacher sein mag. Deshalb eben müssen wir Versuche anstellen ..., d.h. wir nehmen die Kriegserfahrung zu Rate. Aber sie allein vermag noch viel **weniger alles als die Theorie**, denn erst durch diese, so unvollkommen sie sein mag, erhalten wir den rechten Maßstab für die Beurteilung der Kriegereignisse und werden befähigt, das wirklich an ihnen **Charakteristische, Maßgebende** von dem Nebensächlichen abzuschneiden". "Der Krieg ist keine geordnete Schule, er ist für den Kriegskünstler nur eine Beispielsammlung zu dem groben Sy-

steme, welches er schon im Kopf haben soll. Allerdings bleibt ohne diese Beispielsammlung die Kriegswissenschaft und Ausbildung immer mangelhaft; denn erst der wirkliche Krieg lehrt die Schnelligkeit des Handelns, gibt die Fertigkeit im Rechnen und Ordnen der Gedanken, welche die abstrakte Wissenschaft niemals aneignet. Aber ohne deren gänzliches Verständnis bleibt auch die Kriegsübung mehr oder minder unfruchtbar; manches Erlebte muß verloren gehen, weil seine rechte Gliederung nicht zur Hand lag⁸²⁾.

Rüstow wollte nicht einfach ein logisches Einteilungsschema für die Kriegslehre oder gar ein nur zweckmäßiges, wie es z.B. die Bibliotheks-Rubrizierung nötig macht⁸³⁾, er forderte das System auch nicht nur, "um den philosophischen Gesetzen des Denkens zu genügen", wie Clausewitz es nannte. Das theoretische System, dachte er vielmehr, würde einen direkten Einfluß auf die praktische Anlage der Kriege gewinnen und müsse deshalb richtig sein. In seinem Aufsatz "Dietrich von Bülow's Bedeutung für die Entwicklung der Kriegswissenschaft" würdigte Rüstow als das Verdienst Willisens, daß er das einseitige System Bülow's umgeworfen und die "Ausführungshindernisse" bedacht habe. (Die "Friktionen" im Kriege waren allerdings vorher schon von Clausewitz angeführt worden!) Doch das System Willisens, wie er es in seinem 1840 erschienenen Buch "Theorie des Krieges" aufbaute, schien Rüstow auch ungeeignet, weil es als die Eigenschaften der Armee nur die Bedürftigkeit als die Lehre von den Verbindungen (Strategie) und die Schlagfähigkeit als die Lehre von den Schlachten (Taktik) enthalte. Die Bedürftigkeit bringe zwar Reibungen in den Gang der kriegerischen Handlung und müsse auch erwogen werden, komme "aber niemals absolut in Betracht". Rüstow nannte die "Eigenschaft der Bewegungsfähigkeit", der "Marschfähigkeit" viel wichtiger, und da sie "in der Ausführung eine so bedeutende Rolle" spiele, müsse sie "wohl auch im System" einen entscheidenden Platz haben. Rüstow schlug deshalb folgendes "Einteilungssystem" vor: Nutzbare

Eigenschaften des Heeres: a) Bewegungsfähigkeit, Operationen (Strategie); b) Schlagfähigkeit, Schlachten (Taktik).

Dazu bemerkte er: "Man fragt nun vielleicht, was dadurch gewonnen werde, daß man der Einteilung der Theorie des Krieges statt der Eigenschaften: Bedürftigkeit und Schlagfähigkeit die andern: Bewegungsfähigkeit und Schlagfähigkeit zugrunde lege. Eigentlich dürfte nur derjenige so fragen, der die Existenz einer Wissenschaft des Krieges zwar nicht tatsächlich leugnet, aber doch die Beschäftigung mit ihr mehr für ein gutes Mittel betrachtet, müßige Stunden zu füllen, als für eine praktisch nützliche Tätigkeit. Wer dagegen der richtigen Meinung ist, daß das Studium der Theorie des Krieges, gehörig betrieben, wirklichen Nutzen gewähre, der kann ihn doch nur darin erkennen, daß jenes Studium unsere Ideen klar zurechtleget und das richtige Auffinden des Richtigen für jeden bestimmten Fall erleichtert, gerade wie man aus einer Menge Gegenstände denjenigen, welchen man augenblicklich braucht, leichter herausfindet, wenn diese Gegenstände gehörig geordnet sind, als wenn sie wirr in einem chaotischen Haufen durcheinanderliegen. Ihm kann dann auch in der Wissenschaft das Prinzip der Anordnung nicht gleichgültig sein; denn je rationeller, folglich natürlicher dies ist, desto eher und leichter wird er finden können, was er sucht". "Wer die Strategik auf die Eigenschaften der Bedürftigkeit, also auf eine schädliche, hindernde, basiert, der drückt der Strategik von vornherein den Stempel der Defensive, d.h. der Ängstlichkeit, der Furcht, der Passivität auf, wer sie aber zurückleitet auf die aktive Eigenschaft der Bewegungsfähigkeit, der macht die Operationen aktiv; selbst wenn er sie zu defensiven Zwecken benutzt, wird ihm ein direkt nützliches Ziel, nicht das der bloßen Befriedigung von Bedürfnissen vorschweben. Dort wird Trägheit und Ängstlichkeit, hier Tätigkeit und Kühnheit die Folge der Anschauungen sein".

Rüstow erläutert dies noch an der Schlacht von Idstedt, in der die unter Willisen kämpfenden Schleswig-Holsteiner

am 24./25. Juli 1850 von den Dänen geschlagen wurden. In der "Anordnung" dieser Schlacht - nicht in der #Durchführung", die auf "das Gebiet des Charakters" gehöre - findet er Willisens strategische Grundanschauung wieder: "Ich sehe nichts von Massen auf dem entscheidenden Punkt. Dagegen entdecke ich sehr deutlich ausgesprochen in der Aufstellung das Bestreben, Rückzugslinien zu decken, also ein entschieden defensives und zwar strategisch defensives Moment"⁸⁴).

Daß Rüstow aber selbst keineswegs eine ganz fest umrissene Ansicht über die Wissenschaftlichkeit der Kriegstheorie und ihren Einfluß auf die Praxis hatte, zeigt sein von ihm noch in zweiter und dritte Auflage bearbeitetes Buch über "Die Feldherrnkunst des neunzehnten Jahrhunderts". Da gliedert er das "System der Kriegswissenschaft" in drei Teile: "Die Lehre von den politischen Aufgaben der Staaten, insofern dieselben durch den Krieg gelöst werden können ...; die Lehre von den Kriegsmitteln, von ihren Eigenschaften, von der Art, wie sie im allgemeinen gebraucht werden können..; die Lehre von der Kriegführung, d.h. von der Lösung der politischen und aus ihnen hergeleiteten militärischen Aufgaben auf zweckmäßige Weise..." Dieser dritte Teil macht die "Feldherrnwissenschaft" aus. Nur deren Anwendung, die "Feldherrnkunst", behandelt das Buch, doch sprengt Rüstow seine systematische Sonderung schon, indem er die Kriegsmittel unter dem Gesichtspunkt "von zweckmäßigen Kombinationen des Gebrauches" betrachtet und aus ihnen, da "sie ihrer innersten Natur nach unveränderlich sind", "eine Reihe unveränderlicher Grundsätze der Feldherrnkunst" folgert, Teil zwei und drei seines "Systems" also zusammenwirft (S.1 f.).

Widersprüche und eine schlimme terminologische Uneinheitlichkeit springen in die Augen. Eben heißt es noch "Feldherrnwissenschaft", da folgt schon der Satz: Feldherrnkunst nennen wir "nicht Wissenschaft, sondern eine Kunst,

der es eben eigentümlich ist, daß sie sich niemals vollständig in die Schranken der Wissenschaft bannen läßt, auf deren Fundament sie allerdings ruht" (3). Schließlich spricht Rüstow wieder von der "Möglichkeit einer Feldherrnwissenschaft" (15), nachdem er geschrieben hat: "Die neue Zeit hat ... versucht, aus den allgemeinen Bedingungen der Kriegführung, Zweck, Beschaffenheit der Heere, Eigenschaften von Zeit und Raum, allgemeine Grundsätze der Kriegskunst als notwendige, von den Tatsachen der Geschichte unabhängige Ergebnisse herzuleiten und sie als Richtschnur für die Handlungsweise des Feldherrn hinzustellen, also eine Feldherrnwissenschaft zu gründen. Niemals hat jemand, der einen solchen Versuch wagte, behauptet, daß er damit die Feldherrnkunst umfassen wolle. Alle haben erkannt, daß der Menscheng Geist und die Leidenschaft unermessbar seien, daß man nur ihre Erscheinungen beobachten und daraus Wahrheiten ableiten könne, die der Feldherr soweit gebrauchen möge, als es seine eigene menschliche Unvollkommenheit ihm erlaubt. Alle haben auch erkannt, ... daß der Feldherr aus dem Gebiete der Wahrscheinlichkeiten nicht herauskomme, daß er vom Zufall oder vom Glück abhängig bleibe. Das gute alte Wort: der Mensch denkt und Gott lenkt, behält auch hier sein Recht" (11).

Andererseits schreibt Rüstow wieder, es "gehe ein wenig zu weit", wenn Jomini, der ja selbst sogar "seine Operationslinien nach geometrischen Gestaltungen" anordne, den Krieg ein Drama voll menschlicher Leidenschaften, aber keineswegs mathematisch berechenbar nenne. Rüstow meint, der Krieg sei "allerdings eine mathematisch-mechanische Aufgabe", aber er sei "dies nicht allein, sondern auch ein Drama, in welchem die Leidenschaften mitspielten und folglich "in Rechnung gestellt werden" müßten (307 f.).

Diese recht unergiebigsten allgemeinen Erörterungen hat Rüstow ergänzt durch Hinweise auf die Unveränderlichkeit gewisser Grundgesetze der Kriegführung. Doch sind manche

dieser Axiome, wie die preußische Militair-Litteratur-Zeitung bei Gelegenheit der Rezension von Rüstows "Allgemeiner Taktik" feststellte, wirklich "Gemeinplätze"⁸⁵⁾, auf die er sich rettet, um seinen kriegswissenschaftlichen Besitz im Fluß der militärtechnischen Entwicklung zu behaupten. In der "Feldherrnkunst des neunzehnten Jahrhunderts" schreibt er, daß die "materiellen Veränderungen" in der Kriegskunst (Eisenbahn, Telegraphie) "wohl im Stande" seien, "nicht die Grundsätze, aber die Formen und die Anwendung der Grundsätze der Feldherrnkunst fortschreitend zu wandeln" (7). Wie unbrauchbar solche Bestimmungen sind, führt Rüstow aber selbst vor. Da stellt er fest, daß alle Heere ernährt werden müssen, daß die "Art und Weise" der Versorgung aber "hundertfach gewechselt" hat und daß die Feldherren je nach dem Beschaffungsmodus "jeder in ganz anderer Weise von den Rücksichten auf die Ernährung abhängig" sind. (6) Aber es haben sich die militärischen Führungsgrundsätze, es hat sich die ganze Art der Kriegführung sehr wesentlich geändert nach der Abschaffung des schwerfälligen alten Magazinierungssystems! Daß die Armee immer noch ernährt werden muß, was will diese Tatsache da für die angebliche Unveränderlichkeit der Kriegskunst schon besagen.

Strategie und Taktik

Wilhelm Rüstows kriegsmethodische und -technische Lehren sollen hier nicht im einzelnen und vollständig dargestellt werden. Vieles davon ist überholt und nicht einmal von militärhistorischem Interesse, läßt sich auch gar nicht auf klare Formeln einer subjektiven Anschauung vereinfachen, denn Rüstow konnte Widersprüche, Korrekturen und von der Praxis der Kriege herausgeforderte Zugeständnisse nicht vermeiden. Wie wir schon ausführten, betonte Rüstow die "Bewegungsfähigkeit" der Heere als eine ihrer beiden

Haupteigenschaften und faßte die Strategie als die Lehre von den "Operationen" auf. Dies war nun allerdings keine große Entdeckung, aber doch ein bewußter Widerspruch zu Willisens Ansicht, die Rüstow in vielen anderen Fragen übernahm. Und mehr als Rüstow das annehmen hatte können, wurde die Beweglichkeit für die modernen Heere zu einem ganz entscheidenden Faktor. Vor allem die Panzerwaffe entwickelte sich im zweiten Weltkrieg zum Instrument einer neuen Blitzstrategie des weiträumigen Manövrierens. Verhältnismäßig kleine Panzerverbände führten in wenigen Wochen die Entscheidung des polnischen, west- und südeuropäischen Feldzuges herbei.⁸⁶⁾

Diese Art der indirekten Kriegführung, der strategischen, weniger auf taktische Schlachtentscheidung zielenden Operation, der überraschenden Stöße gegen feindliche Verbindungs- und Rückzugslinien scheint Liddell Hart allein noch erfolgversprechend. Schon 1925 wandte er sich in "Paris, or the Future of War" gegen die von den Clausewitz-Schülern übersteigerte Kriegslosung "Zerstörung der feindlichen Hauptstreitmacht im Gefecht" und wies darauf hin, wie wenig entscheidend die gewaltigen Material- und Menschenschlachten des ersten Weltkrieges gewesen sind⁸⁷⁾. Durch den zweiten Weltkrieg fand Liddell Hart seine Überzeugung noch eindringlicher bestätigt. In dem Buch "Strategie" lehnt er jede auf direkte Vernichtung des Gegners ausgehende Kriegführung völlig ab. Wie er im Bereich der "höheren Strategie", der politischen Gesamtleitung des Krieges, "militärische Waffen nur ein Mittel von vielen möglichen Mitteln der Kriegführung" nennt und neben wirtschaftlichen Druck, Propaganda und Demoralisierung stellt, so fordert er auch für die eigentliche Strategie der militärischen Führung die indirekte Methode: "Es ist also zweckdienlicher und auch wirtschaftlicher, den Gegner zu entwaffnen, als etwa seine Vernichtung in schwerem Kampf anzustreben. Denn die Methode des 'Draufloschlagens' schließt nicht nur die Gefahr der Erschöpfung

ein, sondern zugleich das Risiko, daß Zufälle den Ausgang bestimmen können. Ein Strategie muß in den Begriffen der Lahmlegung des Feindes, nicht aber des Tötens denken. Das gilt selbst für die tieferen Ebenen der Kriegführung. Ein Toter bedeutet lediglich einen Mann weniger, während ein entnervter Soldat zugleich ein Infektionsherd ist, von dem aus die Epidemie der Panik sich verbreiten kann... Direkter Druck erzeugt häufig nur Gegendruck. Er konsolidiert den Widerstandswillen des Gegners.- Das Gleiche gilt für Politik und Strategie. Anders ausgedrückt: sowohl in der Diplomatie als auch in der militärischen Strategie ist das indirekte Vorgehen der erfolgreichste Weg, das gegnerische Gleichgewicht umzustößen und dadurch den Zusammenbruch des Gegners zu ermöglichen. Das wahre Ziel der Strategie ist die Verminderung der Möglichkeit des Widerstandes"⁸⁸⁾.

Wenn Liddell Hart Lahmlegung statt Vernichtung fordert und Clausewitz kritisiert, weil dieser nicht glauben wollte an "eine geschickte Methode, den Gegner zu entwaffnen und zu überwinden ohne Blutvergießen"⁸⁹⁾ - dann schlägt er über das 19. Jahrhundert zurück eine Brücke zur schon einmal dagewesenen "Ermattungs-Strategie" der fürstlichen Söldnertruppen in den manövrierten Kabinettskriegen. Diese Ähnlichkeit mit einer veralteten Kriegsform übergeht Liddell Hart allerdings, und da die totalen technokratischen Völkerkriege ein von Grund auf anderes Wesen angenommen haben, ist der Vergleich mit der Manöverstrategie des 18. Jahrhunderts natürlich unpassend. Doch unverkennbar ist etwas Gemeinsames in den damaligen und heutigen Bemühungen um vernünftig gezügelte, d.h. Aufwand gegen möglichen Gewinn wägende Kriegführung, nur daß bei der eingeborenen Gewalt und Ausdehnung moderner militärischer Auseinandersetzungen die vernünftige Rücksicht auf Proportion von Opfer und Erfolg noch viel bedeutsamer und tatsächlich schicksalbestimmend für die ganze Welt geworden ist.

Wilhelm Rüstow hat die Bedeutung der Operationen hervorgehoben und 1848 geschrieben, daß man Kriege "nicht durch Schlachten allein, sondern auch durch Bewegungen" gewinne. 1876 stellte er fest: "Der Krieg ist eines der Mittel der Politik. Darüber besteht kein Zweifel und kein Widerstreit. Die Kriegspolitik muß die sämtlichen Beziehungen der Anwendung des Krieges zur Erreichung politischer Zwecke entwickeln"⁹⁰⁾ - und das kann wohl ganz im Sinne von Liddell Hart verstanden werden. Doch Rüstow ist keineswegs ein Vertreter der fabianischen Strategie gewesen, wie man diese Schlachten möglichst bis zum selbstbestimmten Zeitpunkt vermeidende, hinhaltende Kriegsmethode nach dem römischen Konsul und Diktator Quintus Fabius Maximus, dem "Cunctator", genannt hat. Ganz im Geiste von Clausewitz und durchaus ein Gegner der auch durch Heinrich Dietrich von Bülow geforderten Manöverstrategie, sah Rüstow als Zweck und natürliches Ziel des Krieges immer die Vernichtung des Feindes an, und die Schlacht war ihm das Beherrschende.

Dieses Prinzip konnte er bis zu folgender gefährlicher Konsequenz verfolgen: "Ein ganzes Volk ist für Spitzfindigkeiten nicht zugänglich; es wird schwerlich das Verdienst gelehrter Rückzüge begreifen, aber positive glänzende Resultate der Kriegführung begreift es ohne Mühe; durch solche macht sich der Feldherr der Menge verständlich, während er durch noch so geschickte Wendungen, welche nur negative Resultate abwerfen, sich höchstens die Anerkennung von Zünften und Klassen Kunstverständiger oder Interessierter erwerben könnte. Die letztere schützt ihn nicht vor dem Neide und der Intrige, wohl aber schützt ihn vor dieser, einen Namen im Volke zu haben. Dieses Verhältnis muß in dem Feldherrn ein Streben nach positiven und glänzenden Erfolgen erzeugen, es muß ihn zu Wagnissen ermutigen, da ganze Nationen eher ein glänzendes Unglück als ein bescheidenes Glück schätzen (sic!). Die Neigung zum Wagen kann für Republiken sowohl als für andere Staaten zum Unglücke führen, in der Regel wird sie nicht verärblich"⁹¹⁾.

Auch in Rüstows "Grundgesetzen der Feldherrnkunst" - von denen er meinte, sie würden "Leitsterne" "jeder Kriegshandlung" wie der Vergangenheit so der Zukunft bleiben, "solange die Natur unserer Kriegsmittel sich nicht vollständig" ändere - steht an zweiter Stelle: "Die konzentrierte Kriegshandlung ist die Schlacht; sie beherrscht und bestimmt alle übrige Tätigkeit im Kriege⁹²⁾. Punkt drei lautet: "Das erste Streben muß sein: den Erfolg der Schlacht zu sichern, das zweite: den Erfolg möglichst zu steigern, das dritte: den Nichterfolg so unschädlich als möglich zu machen". Im 20. Grundsatz heißt es erläuternd noch: "Um den Erfolg zu sichern, müssen wir eine Operationslinie wählen, welche uns gestattet, unsere Truppen möglichst zusammenzuhalten; um den Erfolg zu steigern, müssen wir eine Operationslinie wählen, welche mit der feindlichen Rückzugslinie möglichst zusammenfällt". Die günstigste Angriffsform bei Berücksichtigung der im dritten Grundsatz genannten drei Gesichtspunkte schien Rüstow die einfache Flügel-Umfassung zu sein, d.h. die gleichzeitige Wirkung auf Front und eine Flanke des Gegners mit einer seitlich auf die feindliche treffenden Hauptoperationslinie. Diese Aufstellung schien ihm "fast ebensogroße Möglichkeit des Zusammenhaltens der Kräfte, also fast ebensogroße Sicherheit des Erfolges" zu gewähren wie ein rein frontaler Angriff, außerdem "ebensogroße Sicherheit im Fall der Niederlage", aber viel größere Möglichkeit der Steigerung des Erfolges", eben wegen Blockierung der feindlichen Rückzugslinie⁹³⁾.

Den Vorteil des Angriffes gegen eine Flanke sah Rüstow darin, daß bei der Umfassung mehr eigene auf geringere Kräfte des Feindes zu werfen seien, der frontale Angriff demgegenüber aber nur den Einsatz in gleicher numerischer Stärke zulasse⁹⁴⁾. Für den gleichzeitigen Scheinangriff auf den anderen Flügel schien ihm ein Sechstel der zur Verfügung stehenden Truppen ausreichend, das dort einen etwa doppelt so starken Feind zu beschäftigen hätte⁹⁵⁾.

Die Theorie von der einseitigen Flankenumsfassung als günstigster strategischer und taktischer Angriffsform war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts allgemein anerkannt. Der unter Napoleon und später in Rußland dienende Schweizer Baron Henri de Jomini vertrat sie, obwohl Napoleon nur wenige Siege auf diese Weise errungen und meistens den Zentrumsdurchbruch auf der inneren Linie bevorzugt hatte, welche Methode auch Jomini bei starker Ausdehnung der gegnerischen Streitkräfte empfahl. Clausewitz und Willisen hielten ebenfalls den Flügelangriff für überlegen. W. von Scherff gab dann 1883 in seinem Werk "Von der Kriegführung" dem Flügelangriff den Vorzug, und der französische General Lewal stellte ihn in den neunziger Jahren auch in kritischer Auseinandersetzung mit Moltke über dessen beidseitige konzentrische Umsfassung⁹⁶⁾.

Wie Jomini Clausewitz und Willisen und nach ihm auch etwa Scherff und Lewal lehnte Wilhelm Rüstow die doppelte Umsfassung grundsätzlich ab. Er gab zu bedenken, daß der konzentrische Angriff nicht den Vorteil des einfachen Flankenangriffs verdopple, sondern wegen der Zerlegung der eigenen Streitkraft verringere⁹⁷⁾, und er riet, "man sollte diese Angriffsart den Zeitungsschreibern überlassen, die mit Vorliebe ganze Heere 'umzingeln und Haubitzen in sie hineinwerfen'"⁹⁸⁾. In der "Lehre vom Gefecht" schrieb Rüstow: Der doppelt umfassende Angriff taugt nicht zum "Erringen des Sieges überhaupt ..., denn offenbar werden wir mit dem ganzen Heere den ersten Teilsieg leichter und entscheidender gewinnen als mit nur einer Hälfte und ganz gewiß sicherer als mit nur einer Hälfte. Dagegen kann das Verfahren allerdings angewendet werden in der Absicht, den als gewonnen vorausgesetzten Sieg über den Feind zu vergrößern", wenn der Feind etwa mehrere Rückzugslinien benützen kann. Aber die "Rechnung ist augenscheinlich ohne den Wirt gemacht", wenn die angreifende Armee nicht etwa doppelt so stark wie die gegnerische ist. "Man opfert der Erringung des Sieges, um den vorausgesetzten Sieg zu steigern, während doch die Stei-

gerung gar nicht eintreten kann, ohne daß zuvor der Sieg errungen sei" ⁹⁹⁾).

Interessant ist Rüstows Urteil über die Schlacht von Königgrätz am 3. Juli 1866. Die Operation der drei getrennt nach Böhmen vorrückenden preußischen Armeen nannte er "sehr gewagt", weil die Vereinigung erst auf einem voraussichtlich vom Gegner besetzten Gelände geplant war und die Österreicher sich mit massierter Kraft auf einen dieser Teile werfen konnten. Daß dieser Aufmarsch dennoch erfolgreich war, führte Rüstow auf "die Tapferkeit, Intelligenz und gute Bewaffnung der Truppen, die Präzision der Führung im einzelnen und die größeren Fehler des Gegners" zurück. Er meinte aber, daß die Preußen noch mehr aus ihrem Sieg hätten machen können, wäre die links stehende Armee des Kronprinzen am 1. und 2. Juli, wozu "Zeit genug", bis auf ein zur Täuschung an der oberen Elbe bleibendes Korps nach rechts gezogen und dann der linke österreichische Flügel angegriffen worden, um den Gegner so "gegen die schlesische Grenze zurückzuwerfen". Doch die Preußen seien "durchaus nicht nach dem Gedanken einer großartigen Offensive" vorgegangen, sondern bedacht gewesen, "sich gegen einen erwarteten Angriff Benedeks zu wehren". Und da hätten sie nun allerdings "nicht Besseres" tun können, als "auf den kürzesten Linien" vorzurücken.

An Benedeks Verteidigungsstellung setzte Rüstow in dieser Kritik aus dem Jahre 1868 aus, daß er "seine beiden Fronten auf engem Raume aneinander" klemmte, statt sein II. und IV. Korps gegen den Kronprinzen von Preußen hinhaltend vorzuschieben, um im Zentrum erst einen entscheidenden Sieg zu erfechten ¹⁰⁰⁾. Im 1872 erschienenen ersten Band seiner "Strategie und Taktik" warf Rüstow zwar Benedek wieder vor, daß er statt auf der inneren Linie Teilsiege anzustreben "seine ganze Armee auf ein Schlachtfeld zusammendrängen" ließ, wo der erst getrennte Gegner vereint gegen ihn vorstoßen konnte - doch jetzt erklärte er: "Bei gehöriger Berechnung der Zeit und bei Beachtung der ihm zugekommenen ganz guten und

ausreichenden Nachrichten über den Gegner mußte Benedek spätestens am 27. Juni zu der Überzeugung gekommen sein, daß er am besten tue, seine Hauptmacht (sic!) zuerst auf die Armee des Kronprinzen von Preußen zu werfen". Wieder blieb Rüstow dabei, daß der "konzentrische strategische Angriff " "bei nur gleichen Kräften an sich durchaus verwerflich" sei, daß die Preußen ihn nur in diesem besonderen Fall unternommen hätten, weil er die Vereinigung ihrer getrennten Armeen auf dem kürzesten Weg ermöglichte. Andererseits aber gestand Rüstow jetzt schon zu, daß unzweifelhaft "mit der zunehmenden Tragweite der Fernwaffen das Umfassen an Gefährlichkeit für den Angreifer verloren, an Gefährlichkeit für den Verteidiger zugenommen" habe, und er sah in dem preußischen Vormarsch auf den kürzesten Linien bei der Stellung Benedeks eine doppelte Umfassung¹⁰¹.

Nicht ganz richtig referiert Generalleutnant von Caemmerer in seinem Buch "Die Entwicklung der strategischen Wissenschaft im 19. Jahrhundert" das Urteil Rüstows über Königgrätz. Da heißt es: "Es ist nicht uninteressant, von der Kritik Kenntnis zu nehmen, die Wilhelm Rüstow, ein entschieden geistvoller Vertreter der alten Schule, an der Schlachtanlage von Königgrätz geübt hat. Nach seiner Ansicht war der Kronprinz am Tage vor der Schlacht dicht an den linken Flügel des Prinzen Friedrich Karl heranzuziehen und mit derselben Front aufzustellen; am Schlachttage aber war der rechte Flügel derart zu verstärken, daß sein machtvolles Vordringen auf Königgrätz die Entscheidung zu bringen vermochte. Also eine Frontalschlacht mit verstärktem rechten Flügel, allenfalls ein Ansatz zur Umfassung des feindlichen linken Flügels aus der frontalen Versammlung heraus. Ich muß es dem Kenner der Schlacht bei Königgrätz überlassen, sich auszumalen, ob mit dieser Schlachtdisposition nach Napoleonischem Vorbilde Größeres zu erreichen war, als am 3. Juli 1866 erreicht worden ist"¹⁰²).

Falsch an dieser Darstellung ist, daß Rüstow frontal habe angreifen lassen wollen. Er dachte vielmehr an eine Flanken-

wirkung mit der Hauptkraft, nicht "allenfalls" an einen "Ansatz zur Umfassung". Er hielt es für günstiger, die österreichischen Rückzugslinien abzuschneiden und so den Gegner "vollständig" gefangen zu nehmen. Auch ist zu bemerken, was Caemmerer unterläßt, daß Rüstow diese seine eigene Schlachtdisposition nur theoretisch "unter der Voraussetzung" macht, es hätten die Preußen die gegnerische Stellung früh genug gekannt, um entsprechend operieren zu können. Es war Rüstow aber bekannt, daß man im königlich preußischen Hauptquartier zu Gitschin am 2. Juli "keine Ahnung hatte von der Stellung Benedeks zwischen der Elbe und Bistritz", und nicht zu Unrecht kritisierte er den mangelhaften Aufklärungsdienst der preußischen Kavallerie¹⁰³⁾.

Clausewitz schrieb in seinem Buch "Vom Kriege": Die "verteidigende Form des Kriegsführens ist an sich stärker als die angreifende"¹⁰⁴⁾. Diese Ansicht teilte auch Rüstow, obwohl ihn sein Temperament gelegentlich drängte, das Gegenteil zu sagen. So nannte er es 1865 einen "unglücklichen Gedanken, zu behaupten, daß die Verteidigung die stärkere Form des Krieges sei", statt daß man die stärkere Feuerwirkung für den Angriff nutze¹⁰⁵⁾. In den Hinterlade- und Schnellfeuergewehren sah er auch 1868 für den Angriff "eine neue Chance des Gelingens", die er vorher allerdings schon "durch seine moralischen Wirkungen auf die eigene und auf die feindliche Partei" besessen habe. Freilich seien ihm da noch "im Laufe des Gefechtes selbst sehr erhebliche Nachteile" erwachsen, "Schwierigkeit im Abweisen von Kavallerieangriffen, Schwierigkeit der Lage unmittelbar nach dem Eindringen in die feindliche Stellung" - aber diese Nachteile habe jetzt "die Einführung der Hinterladungswaffen größtenteils auf", so daß der "Angriff, an und für sich schon nach den allgemeinsten Gesetzen kriegerischer Wirksamkeit der Verteidigung im Gefecht überlegen, jetzt neue Vorteile für sich gewonnen" habe¹⁰⁶⁾. 1872 bemerkte Rüstow, daß "für militärische Verhältnisse" das

auch "auf dem geistigen Gebiet" geltende "Gesetz der vis inertiae" "lange noch nicht genug gewürdigt" worden sei, und daß auf diesem Gesetz "zum guten Teil das große Übergewicht der Initiative und Offensive über die Defensive und das -unentschlossene - Abwarten" beruhe¹⁰⁷⁾.

Doch demgegenüber hat Rüstow auch mehrfach der Verteidigung, vor allem im taktischen Bereich der Gefechtshandlung, grundsätzlich Vorteile zugestanden. 1856 schrieb er: "Im allgemeinen wird heute jeder General eine taktisch defensive Haltung einer offensiven vorziehen". "Es wird die Kunst des Feldherrn sein, durch seine Operationen vor dem Zusammenstoß mit dem Feinde sich in eine solche Lage zu versetzen, in welcher er abwarten kann, ohne etwas Wesentliches zu verlieren, den Feind aber in eine solche, daß dieser beim Warten verliert und zum Handeln, zur Schlacht gezwungen ist. Selbst derjenige, welcher politisch und strategisch der Angreifer ist, würde mit Vorteil suchen können, taktisch, in der Schlacht, Verteidiger zu sein"¹⁰⁸⁾. Die Verteidigung faßte Rüstow allerdings nie als rein passives Abwehren und Sich-Erhalten auf, vielmehr sah er ihren eigentlichen Zweck im Warten auf den richtigen Moment zum Gegenangriff¹⁰⁹⁾. Im gleichen Sinn heißt es bei Clausewitz: "Da man aber, um wirklich auch seinerseits Krieg zu führen, dem Feinde seine Stöße auch zurückgeben muß, so geschieht dieser Aktus des Angriffs im Verteidigungskrieg gewissermaßen unter dem Haupttitel der Verteidigung". "Ist die Verteidigung eine stärkere Form des Kriegführens, die aber einen negativen Zweck hat ("das Erhalten", heißt es vorher, A.d.V.), so folgt von selbst, daß man sich ihrer nur so lange bedienen muß, als man sie der Schwäche wegen bedarf, und sie verlassen muß, sobald man stark genug ist, sich den positiven Zweck ("das Erobern", A.d.V) vorzusetzen"¹¹⁰⁾.

Daß Clausewitz nicht an eine reine passive Verteidigung gedacht hat, betonte Rüstow mehrfach mit Nachdruck. Er versuchte sogar die Lehren von Clausewitz und Willisen als im

wesentlichen übereinstimmend vorzuführen, denn auch Willisen habe die Verteidigung nur als ein Ausweichen und Suchen nach Angriffsmöglichkeit verstanden¹¹¹⁾.

In den konkreteren Belangen der Taktik war Wilhelm Rüstow auch keineswegs ein Neuerer. Seltsamerweise blieb dieser politisch fortschrittliche Militär, der zwar die Armee insgesamt revolutionieren wollte, in fachlich-technischen Fragen der Kriegskunst konservativ. Wie er die Erfindungen des industriellen Jahrhunderts in ihrer militärischen Brauchbarkeit eher unterschätzte, so sperrte er sich auch gegen eine Überbewertung der neuen taktischen Kampfmethoden. Der alte Gefechtsstil kompakter Linienverbände, den fürstlichen Söldnerheeren eingedrillt und auch beim Kampf von Exerziermeistern in kunstvollen Evolutionen gelenkt, war noch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von den Franzosen abgelegt worden. Der Marschall de Broglie, Sieger der Schlacht von Bergen am 13.4.1759, der auch schon Napoleons Einteilung der selbständigen Divisionen vorwegnahm, gab jedem Bataillon seine bewegliche "leichte Kompanie" und ließ die gesamte Infanterie im Tiraillieren, im ausschwärmenden Schützenkampf, üben. Die französischen Revolutionsheere, der schwierigen Evolutionen schon wegen mangelnder Ausbildung und Disziplin nicht mehr mächtig, fochten dann zwangsläufig in zerstreuter Gefechtsordnung, mit beweglichen Schützenschwärmen¹¹²⁾.

Die preußischen Offiziere G. Heinrich von Berenhorst und Heinrich Dietrich von Bülow setzten sich in Veröffentlichungen kurz vor dem Jahre 1800 für die neue Tirailleurtaktik ein, die allerdings zuerst noch als unritterlich, völkerrechtswidrig und hinterlistig abgelehnt wurde¹¹³⁾. Doch Scharnhorst führte die neue Kampfmethode auch in Preußen ein. Er schrieb: "Das Gefecht der Infanterie ist eine wechselseitige Unterstützung der zerstreuten Fechter und der geschlossenen; im durchschnittenen Terrain wird mehr einzeln und zerstreut, im offenen mehr in Masse und

geschlossen gefochten"¹¹⁴). Im Exerzier-Reglement für die Infanterie vom 15.1.1812 hieß es: "Derjenige ist der beste leichte Infanterist, der am wenigsten Maschine ist". Alles "Formale" hat beim Tiraillieren wegzufallen, jeder einzelne aber sich "nach eigener Beurteilung des Terrains" so zu verhalten, wie es die "vorhandenen Umstände" erfordern¹¹⁵).

Obwohl in der Praxis die geschlossene Formation Schwerpunkt blieb und nur jeweils ein Teil der Truppe zum Tiraillieren bestimmt wurde, warnte Rüstow oft vor einer zu starken Streuung und vor der Auflösung in zu kleine taktische Einheiten. 1853 schrieb er in seinem Aufsatz über Bülow: Es "gibt auch heute Bülows genug, welche die taktischen Einheiten nicht klein genug hacken können und alles in Kompaniekolonnen und Tirailleurs zersplittern möchten. Aber der kriegerische Genius wird immer auf dieselbe Weise diese Spinnwebgewebe der Mode zerreißen, die jetzt z.B. jede Verbesserung - sogenannte Verbesserung - des Feuergewehrs aufbringt". Wie Napoleon "den Keil von Soult's Divisionen bei Austerlitz in die Brust des Feindes hieb, der ihn mit beiden Armen schon umfaßt zu haben glaubte, so wird auch in den nächsten Kriegen irgendein Feldherr als gewaltiger Reaktionär (sic!) gegen die weitschießenden Gewehre und Kompaniekolonnen und Schützenketten der neuesten Zeit auftreten, sehr unsanft, wie ich glaube. Wo wir in der neuesten Zeit entscheidende Schläge sehen, da tut sich die glückliche Reaktion gegen das Verzettlungssystem schon kund"¹¹⁶).

Noch krasser und fast wirklichkeitsfremd drückte Rüstow das 1855 aus: "Man imponiert nirgends, weil man nirgends Masse zeigt und weil man, sozusagen, an keinem Orte sich sichtbar bewegt. Die Bewegungen selbst von dichten Jägerketten und mit großer Schnelligkeit gleichen im Verhältnis zu den Bewegungen geschlossener Truppenkörper immer einem Kriechen oder Schleichen, welches absolut nichts Impionierendes hat"¹¹⁷). Die Vorteile der Tirailleur-Unter-

stützung verkannte Rüstow aber doch nicht. Er wollte eine "Verbindung des geschlossenen Gefechts mit dem Plänklergefecht"¹¹⁸⁾. Eigenen früheren Äußerungen widersprechend, sagte Rüstow dann sogar, die Russen hätten im Krimkrieg das "Massensystem" übertrieben, sie träten "in Herden auf ..., weil dieses Zusammenballen in der slawischen Nationalität" liege, und darin seien sie "wirkliche Barbaren", daß sie die "Individualität" nicht berücksichtigten¹¹⁹⁾. 1865 stellte Rüstow auch fest, Napoleons Riesenkolonnen von Wagram und Belle-Alliance seien in "Widerspruch zu allen taktischen Gesetzen der Zeit" gestanden. Und jetzt verlangte er auch nicht mehr, daß man "imponieren" müssen, sondern schrieb: "Es gibt nichts Törichtereres, als unnützerweise die Mannschaft Verlusten auszusetzen und mit einer strammen Haltung imponieren zu wollen", statt in Deckung zu gehen¹²⁰⁾. Vollends lenkte er zu einer moderneren und zweckmäßigeren Beurteilung der zerstreuten Gefechtsordnung nach den Erfahrungen von 1866 ein. Da kritisierte er die österreichische Massierung und Stoßtaktik und stellte ihr die preußischen "Tirailleurschwärme" als vorbildlich gegenüber¹²¹⁾.

Manche dieser Widersprüche, die sich auch im militärfachlichen Werk Rüstows aufspüren lassen, sind nicht nur zwangsläufig über den Veränderungen der Praxis erwachsen, sondern auch auf merkbare Flüchtigkeit des Schreibens und mangelnde terminologische Konsequenz zurückzuführen. Anders kann es kaum erklärt werden, daß Rüstow z.B. 1865 schrieb: Zur "Feststellung einer tüchtigen taktischen Form gehört heute vor allem, daß man erkenne, sie könne nicht ewig unveränderlich bewahrt werden, ihr Gesetz sei die Veränderlichkeit", im gleichen Buche aber schon feststellte, es seien in der "Taktik Hannibals, Cäsars, Gustav Adolfs, Friedrichs d. Großen und Napoleons ... trotz der großen Unterschiede der Zeiten und der andern Verhältnisse viel mehr Ähnlichkeiten als Unterschiede" zu finden¹²²⁾. Und 1868 hieß es wieder: Die "Veränderungen in der Bewaffnung der Heere" "können die gro-

Ben Grundsätze der Taktik nicht umstoßen, welche ewig sind, sie können auch nicht zur Erfindung neuer Formen führen. Die Jahrtausende haben deren Vorrat erschöpft, - aber wohl ändern sie den Rechtszustand der Formen, daß ich mich dieses Ausdrucks bediene, holen diese ans Licht hervor, drängen jene in den Schatten zurück"¹²³). Das sind nichtssagende Umschreibungen, mit denen Rüstow einen kritischen Leser eigentlich nur verwirren konnte.

Von einer spürbaren Abneigung gegen technisches Fortschrittlertum - wie übrigens auch gegen das moderne Kreditwesen und überhaupt die Entfesselung des individuellen Unternehmertums - hat Rüstow sich nie befreien können. 1843 hielt er zwar noch für möglich, daß "ein anderes Weltelement" der-einst vielleicht die Kriegführung wieder so revolutionieren könne, wie das Schießpulver es getan habe, und er dachte an "nicht geahnte göttliche Funken, welche vorhandene, aber nicht bemerkte Massen in Flammen setzen" könnten"¹²⁴). Doch den technischen Erfindungen und bedeutenden Verbesserungen seiner Zeit ist er dann immer als der "Reaktionär" gegenübergestanden, der den stürmischen Fluß der Entwicklung aufhalten wollte. Es war dieser gleichsam antitechnische Komplex nicht der Ausdruck einer überhaupt romantischen Welt- und Kulturansicht oder gar religiös bestimmten sozialkonservativen Protestes¹²⁵), sondern zum guten Teil ist er einfach psychologisch zu verstehen: als die merkwürdig starre Grundhaltung dieses durch Veranlagung und Lebensunbill zu dauernder Opposition gezwungenen "erfolglosen" Mannes.

Von den Verbesserungen der Handfeuerwaffen hielt Rüstow nicht viel, obwohl um die Mitte des 19. Jahrhunderts das preußische Zündnadelgewehr (Hinterlader), das Miniégewehr (gezogener Lauf) und schließlich das französische Chassepot und die Repetiergewehre erhebliche Zunahme der Schießgeschwindigkeit und -weite wie der Treffsicherheit brachten. 1853 meinte Rüstow, daß "man mit diesem weiten und schnellen Schießen nichts anderes" erreiche "als eine unendliche Vergeudung an Pulver und Blei", daß man "eine Entscheidung

mit diesem Dampfschießen" nicht werde erzwingen können¹²⁶⁾. 1855 prophezeite er, es werde "in künftigen Kriegen derjenige Sieger bleiben ..., welcher zuerst kräftig gegen das Schießsystem" reagiere¹²⁷⁾. Die "wahre Überlegenheit der Heere" machten ganz andere Dinge als die Waffenverbesserung aus¹²⁸⁾. Rüstow verdamnte "jene materialistische Richtung", die sich bemühe, "durch Erfindung neuer und wirksamerer Waffen das Übergewicht im Kriege zu gewinnen", die den "Geist der Feldherrnkunst" ersticke. Der "Luxus der Mord- und anderer Kriegswerkzeuge", schrieb er in paradoxer, weil gar nicht sittlicher Entrüstung, "welcher in den Kämpfe seit dem Jahre 1848, namentlich aber in dem letzten großen Kampfe im Orient und an den Küsten des baltischen Meeres, dann weiter in dem großen amerikanischen Kriege von 1861 bis 1865 entfaltet ward, bewies nur, daß der Geist der Herrscher über den Stoff ist, daß wenn er ihn nicht beherrscht, dieser ein Schemen bleibt, daß die ewigen Gesetze der Feldherrnkunst selbst in den Formen ihrer Anwendung kaum affiziert werden von denjenigen Änderungen der Waffen und Kriegsmittel"¹²⁹⁾.

In Rüstows im Oktober 1857 verfaßtem Vorwort zu seiner "Allgemeinen Taktik", das auch 1868 in der zweiten Auflage des Buches wieder mit abgedruckt wurde, heißt es: "Der materialistische Schwindel ist immer noch unfruchtbarer als der spiritualistische. Die Spiritualisten, welche die Worte: mein Reich ist nicht von dieser Welt, in übertriebener Wörtlichkeit auffaßten, haben mehr Kraft entwickelt und mehr Gewicht als die Materialisten, welche mit Archimedes nur einen Punkt verlangten, auf dem sie stehen könnten, um die Welt aus ihren Angeln zu heben, und diesen Punkt gefunden zu haben glaubten hie oder da, weil sie ja nur einen Punkt brauchten. Unsere Zeit ist die des materialistischen Schwindels, welcher sich zu einem Schwindel der materiellen Interessen kristallisiert hat, der für jetzt einmal seinen archimedischen Punkt in den Crédits mobiliers gefunden hat. Das militärische Element ist von der Ansteckung, die in der Luft

liegt, keineswegs freigeblieben; es steckt in den materiellen Interessen mit der ganzen übrigen Welt, es hat seine Crédits mobiliers wie diese. Was dem ganzen die Crédits mobiliers, das sind ihm die gezogenen Handfeuerwaffen und was damit zusammenhängt. Wie in jenen die Lösung aller sozialen und politischen Fragen, wird in diesen die Entscheidung aller militärischen Fragen gesucht". Man legt "einen einseitigen übertriebenen Wert auf das Feuergefecht, auf das ferne Feuergefecht, auf die Aktion in kleinen Abteilungen und in kleinen Terrainabschnitten... Wenn wir unsere Handbücher der Taktik ansehen, so starren uns in der einen Hälfte lauter Tirailleurlinien entgegen und in der andern finden wir eine Zersetzung und Zerfetzung unter dem Titel Lokalgefecht, welche uns wie eine übelgeordnete Beispielsammlung aus Scharteken aller Art erscheint, bei der man ganz irr werden könnte, ob es denn wirklich noch allgemein gültige Wahrheiten für die Verwendung der Truppen gibt"¹³⁰).

Im ersten Band der "Strategie und Taktik" (1872) gestand Rüstow dann aber zu, man müsse "gegenüber der wirksameren Feuerwaffe der modernen Zeit ... notwendig mehr als früherhin auf individuelle Deckung" wie auf Deckung des Bataillons und der Kompanie achten. Doch im zweiten Band machte er sich wieder über die "Hinterladertaktiks-Literatur der neuesten Zeit" lustig¹³¹).

Auch die beiden anderen militärisch sehr bedeutsamen Erfindungen, die Eisenbahn und die Telegraphie, konnten Rüstows Technik-Komplex nicht lösen. Gewiß steckte in seiner Kritik Richtiges, und soweit sie Übertreibungen vermeiden helfen konnte, war sie sinnvoll. Doch zweifellos hat er die militärischen Vorteile dieser "Kommunikationsmittel" nicht genügend erkannt. Nur 1848 schrieb er einmal: Die Eisenbahnen, "wie alle Kunstmittel der Neuzeit, welche der Krieg sich aneignet, treten der Verteidigung siegreich an die Seite, aber angreifende Armeen unterstützen sie nicht. Sie stellen das Gleichgewicht Europas her, sie erhalten es sicherer und

wahrhaftiger als die Intrigen der Kabinette"¹³²⁾. Die militärische Brauchbarkeit der Eisenbahn, vor allem für die Verteidigung, hatten schon deren deutsche Vorkämpfer Friedrich List, Friedrich Harkort und Ludolf Camphausen betont. Vor allem List brachte bei seinen Verhandlungen mit den Regierungen dieses Argument gerne vor und schrieb: "Es könnte sich begeben, daß einst Frankreich und Rußland sich die Hände reichen, und für einen solchen Fall sind die Vorteile eines deutschen Eisenbahnsystems unberechenbar"¹³³⁾. Helmuth von Moltke erkannte die Bedeutung der Eisenbahnen schon 1843, als er noch Hauptmann war¹³⁴⁾. Aber nur allmählich wurde das Interesse der Regierungen reger. 1859 konnte Preußen dann zum erstenmal die Eisenbahn zu einer Mobilmachung benützen, und beim Aufmarsch zu den Kriegen von 1866 und 1870 spielte das neue Transportmittel eine große Rolle.

Rüstow schrieb 1865: "Daß das Dasein der Eisenbahnen nicht ohne Einfluß auf die Kriegführung bleiben kann, an keinem Orte, ist klar. Auch der italienische Krieg von 1859 hat gezeigt. Aber die Kriegführung, die an den Eisenbahnen notwendig kleben bleiben muß, kann unmöglich große Resultate geben". "Auf die Führung des Gefechts können die Eisenbahnen einen direkten Einfluß nicht äußern". "Mit großem Rechte ist es auch schon vielfach hervorgehoben worden, wie für die Herstellung einer wahrhaft tüchtigen Truppe, die sich im Gefechte als solche bewähren soll, mehrere Märsche so verschiedene Vorzüge gegen den Eisenbahntransport aufzeigen. Auf den Eisenbahnen schleppt man schließlich alles mit, auch die schwächsten, untauglichsten Leute ... Am Ende muß doch marschiert werden, und nun fängt die Qual, insbesondere, wenn der erste Marsch gleich ein bedeutender sein muß, wie dies in der absoluten Nähe am Feinde unter diesen Verhältnissen wohl gewöhnlich sein wird, auf einmal in schrekenerregendem Maße an. Anders bei Märschen; sie werden entfernt vom Feinde begonnen; man macht zuerst kleine Etappen, alles, was im ganzen kräftig ist und nur der Übung ermangelt, erstarkt dabei allmählich, das ganz Untüchtige scheidet sich ebenso allmählich aus... Man kommt ganz anders an den Feind,

viel stärker , mit viel sicherern Leuten, als wäre man ihm entgegen spazieren gefahren. Auf den Eisenbahnen, wo die Truppe Transportgegenstand ist, kann für die Handhabung der Disziplin wenig geschehen ... Mit allem diesem wollen wir indessen nicht behauptet haben, daß der Truppentransport auf Eisenbahnen gar nie eintreten und nie von Nutzen sein könne"¹³⁵).

Die nach seiner Ansicht übertriebenen militärischen Hoffnungen auf den Nutzen von Eisenbahn und Telegraphie tat Rüstow mit dem spöttischen Wort "Postmeisterei" ab¹³⁶). 1865 warnte er: "Die Telegraphen arbeiten schnell, aber sie befördern kurze Depeschen, wenn sie schnell arbeiten sollen. Alle ihre Nachrichten leiden an der Ungründlichkeit und der Unvollständigkeit der Mitteilungen; an einer gewissen Hast und folglich an einer Fähigkeit, diese Hast und Überstürzung denjenigen, welche die Nachrichten empfangen, mitzuteilen, welche weitaus in den meisten Fällen nur Schaden bringen kann. Wenn auf der einen Seite die Mitteilungen durch die Telegraphen besser, weil weniger einseitig sind als durch Fanale, so kann man doch andererseits behaupten, daß sie durch ihre anscheinend etwas größere Fähigkeit zu erörtern fast noch schädlicher werden als die Fanale. Von der Idee, die nur in den Köpfen von Kretins entstehen konnte, daß eine Schlacht sich ganz hübsch von einem Telegraphenbüro aus leiten lasse, sind die Leute allmählich wieder zurückgekommen, wenn auch noch nicht ganz, doch so ziemlich"¹³⁷).

Früher hatte Rüstow schon zu bedenken gegeben, daß man mit Telegraphen zwar Nachrichten, aber keine Bataillone "transportieren" könne¹³⁸), und einmal meinte er, daß "die Bedingungen einer Feldschlacht eine nutzbare Anwendung des Telegraphen ausschließen, daß "die besten Telegraphen in der Feldschlacht gut berittene und gut instruierte Generalstabs-offiziere und die ... seien"¹³⁹). 1872 rügte er aber, daß 1866 vor Königgrätz die preußische I. und II. Armee "nicht bereits am 1. Juli eine telegraphische Verbindung" zwischen

ihren Hauptquartieren hergestellt hatten, und betonte, daß außerhalb des Gefechtsfeldes auf dem "Operationstheater" die "Feldtelegraphenkolonnen sehr nützliche Dienste leisten" könnten¹⁴⁰⁾.

Bei dieser keineswegs technikgläubigen Einstellung war Rüstow doch auch wieder beeindruckt von Leistungen der Technik. So schrieb er von den großen, für die Eisenbahn gebauten "Brücken aus Stein und Eisen": "Wer kann ohne Schmerz ein solches Kunstwerk vernichten, welches ein bleibendes Zeugnis des Fleißes und des Wissens unseres Jahrhunderts sein sollte?"¹⁴¹⁾

Kapitel V

Die politische Gesinnung

=====

In Rüstows Abschiedsbrief an seine Töchter heißt es: "Nun könnte ich allerdings über Verschiedenes schreiben: aber in unseren Tagen ist alles in Schubladen abgeteilt, so bin ich literarisch in das Fach der Militärschriftsteller verwiesen. Ein politisches Werk von mir, und enthielte es mehr Weisheit, als sie alle Diplomaten zusammen aufweisen können, fände keinen Verleger"¹⁾. Doch dies ist eine von höchster Verzweiflung und Resignation diktierte Selbstüberschätzung. Wir müssen nach der - über weite Strecken gewiß ermüdenden und unergiebigem - Lektüre von einem halben Hundert Rüstowscher Werke feststellen: Dieser nach Mitte des 19. Jahrhunderts zu den bekanntesten und meist gelesenen Militärschriftstellern zählende Mann hätte an politischer "Weisheit" nicht viel bieten können. Er war in erster Linie ein Fachmensch, nicht ungebildet zwar und durchaus von einiger intellektueller Kraft und Ausdauer, aber sein ganzes Leben blieb er beherrscht von dem Dogma Volksbewaffnung. Nie hat er zwar vom "rein militärischen Standpunkt" aus geurteilt, sondern bewußt immer politisches Augenmaß genommen - wie ja auch die meisten seiner Kriegsbeschreibungen im Untertitel als "militärisch-politisch" gekennzeichnet sind -, doch seine politischen Überzeugungen nährten sich mehr von der publizistischen Oberfläche dieser vielschreibenden Zeit. Spuren tiefen eigenen politischen und soziologischen Denkens sind bei Wilhelm Rüstow nicht zu finden, wie auch bestimmende geistige Einflüsse anderer in seinen Büchern kaum hervortreten. Irgendwelche Anhaltspunkte über seine Lektüre, vor allem während der Schuljahre, konnten wir nicht finden. Nur von Carnot berichtet Rüstow selbst, daß dieser in jungen Jahren ihn sehr beeindruckt habe. Vermutlich hat Rüstow während des einen Jahres Heidelberger Rechtsstudiums Schriften der süddeutschen Liberalen Rotteck und Welcker kennengelernt, vielleicht auch später noch das von ihnen in den dreißiger und vierziger Jahren herausgegebene Staatslexikon, "den populären Biloungskatechismus des deutschen Bürgers"²⁾, zur politischen Unterrichtung benützt. Möglicherweise formten sich seine demokratisch-revolutionären Anschauungen aber auch von Anfang an nur aus angelesenen Bruchstücken der Tagespublizistik.

Während der Leutnantsjahre scheint Rüstow auch die flüchtige literarische Bekanntschaft einiger französischer Sozialisten gemacht zu haben - ohne daß freilich tiefe Eindrücke davon blieben. Bezeichnend für die Art seiner geistigen Beunruhigung, die eben nicht aus schweren intellektuellen Kämpfen entstand, ist wohl das Motto, das er seiner 1848 unter dem Pseudonym Huldreich Schwertlieb erschienenen Schrift "Der Krieg der Zukunft" voranstellte. Da zitierte er St.Évremond: "Nous ne nous informons de rien, nous nous tenons à ce qu'on nous dit. Sans nous instruire de la nature des choses, nous estimons que les meilleurs sont celles, qui ont le plus d'exemples et le plus d'approbateurs, et nous ne suivons point la raison, mais seulement la ressemblance. Nous retenons nos erreurs, parce qu'elles sont autorisées de celles des autres. Nous aimons mieux croire que juger, et nous sommes si injustes, que l'antiquité d'une opinion et un titre suffisant pur nous autoriser à la défendre même contre la raison"³⁾.

Dieser französische Schriftsteller Charles de Marguetel de Saint-Denis de Saint-Évremond (1610-1703), der 1661 wegen seiner freigeistigen Anschauungen nach England fliehen mußte, war ein Vorläufer des totalen Skeptizismus und Sensualismus im 18. Jahrhundert. Welche seiner Schriften Rüstow wirklich kannte oder ob er ihn vielleicht nur aus zweiter Hand zitierte, ist nicht zu sagen. Der Leutnant schrieb jedenfalls schon den Namen falsch (Evremont). Vermutlich war er auch mit den anderen Autoren nicht vertraut, aus deren Schriften er Mottos für die einzelnen Kapitel im "Krieg der Zukunft" nahm. Da wird Louis Blanc zitiert, Dante, Shakespeare und Bulwer, ferner Giovan Battista Niccolini (1782-1861), ein freisinniger italienischer Dichter, der mit seinem "Nabucco" (1819 in London gedruckt) den weltlichen und kirchlichen Despotismus angriff und in dem Drama Giovanni da Procida (1817 geschrieben, 1830 zum erstenmal aufgeführt) die Fremdherrschaft bekämpfte. Den Namen zweier anderer in der Revolutionsschrift von 1848 zitierter Autoren muß Rüstow auch falsch geschrieben haben. Wer "Tanski" sein soll, konnten wir nicht feststellen, möglicherweise die polnische pädagogische Schriftstellerin Clémentine Hoffmann, eine geborene Tanska (1798-1845), die nach Frankreich ging, als

ihr Mann Polen verlassen mußte. Der von Rüstow als "Rougez" zitierte Autor ist wahrscheinlich der französische Ingenieur-Hauptmann Rouget de Lisle (1760-1836), der 1791 in Strassburg die Marseillaise gedichtet hat, die mit anderen von ihm verfaßten und komponierten Revolutions- und Kriegsliedern in seinen "Cinquante chants français paroles de divers auteurs, mis en musique par R." (1825) steht.

Gesellschaft und Staat

Die Politik drang in dem demokratisierten 19. Jahrhundert aus den Kabinetten in die Öffentlichkeit, auf die Katheder, in Klubs und Zeitungen, ja selbst zum gern traktierten Gegenstand brieflicher Mitteilungen wurde sie. Das aktivierte einerseits politisches Interesse, aber es brachte die Extensität auch Verluste an Substanz echter politischer Einsicht mit sich. All die Schlagwörter der Zeit - Absolutismus, Legitimus, Stehen-des Heer, Volkssouveränität, Nationalstaat, Volksbewaffnung usw. - wurden im politischen Alltag zerredet und mißbraucht. Die Popularisierung des Wissens und der Politik verführte viele Unberufene zu Ansprachen an das "Publikum", und Unmengen geduldigen Papiere überschwemmten den Büchermarkt.

Auch Wilhelm Rüstow hätte besser um die Hälfte weniger und dafür multum geschrieben, was bei ihm freilich, wie wir schon erwähnten, aus äußerlich wirtschaftlichen Gründen unmöglich war. "Viele Kerle haben Sinecuren und benutzen diese zu nichts Vernünftigem", klagte er in seinem Abschiedsbrief von 1878 noch einmal. "Hätte ich die Stelle am Polytechnikum erhalten, so hätte ich ganz gut noch das Beste der Welt liefern können, ein kurzes, auf Quellenstudium basiertes Handbuch der Geschichte des Kriegswesens... Ich hätte dann nicht auf ein Honorar zu sehen brauchen, von dem ich leben müßte"⁴⁾.

Wie sehr die literarische und publizistische Tätigkeit gerade auch für die wirtschaftlich schlecht gestellten preußischen Subalternoffiziere verlockend und ganz einfach eine ökonomische Frage und weniger eine solche von Talent und Neigung war - das zeigt typisch etwa folgende Äußerung "von einem ehemaligen Offizier": Die mit ihrem Militäroasein unzufriedenen Offiziere zögern meistens, ihren Abschied einzureichen, weil sie in der Privatwirtschaft nur schwer unterkommen, und die Zahl

der Tagesschriftsteller (ein Stand, dem ausgetretene Offiziere sich oft gewidmet haben) ist ebenfalls sehr groß und ihre Beschäftigung, wenn sie von jeder ausübenden Tätigkeit getrennt ist, eine meist undankbare, kaum das tägliche Brot sichernde⁵⁾.

Auch Rüstow schrieb pausenlos um "das tägliche Brot". Er hatte gewiß als ein charakterlich unbeugsamer und ernsthafter Mann eine feste politische Grundanschauung, die sich aber mehr aus gefühlsbetonten Ressentiments und einer Art jugendlich-patriotischer Begeisterung nährte - als aus Einsicht in das Wesen der neuen politischen Lebensform. Obwohl auch Rüstow davon absah, irgendwann einmal seine politischen Ansichten klar zu entwickeln, obwohl er selbst politisch mehr oder weniger in Schlagwörtern dachte, hat er über andere immer sehr unbekümmert und herablassen geurteilt. So verspottete er 1856 die "superklugen Staatsweisen"⁶⁾ oder 1861 die preußischen "Afterstaatsmänner"⁷⁾, und 1876 schrieb er von "Farceurs wie die Herren von Beust und von Arnim" und machte sich lustig über "eingelernte Phrasen einer Diplomatie, die durch ihre Leistungen im 19. Jahrhundert sich als vollständig unfähig zum Überdruß erwiesen" habe⁸⁾.

Wilhelm Rüstow war Liberaler und demokratischer Republikaner, dachte immer politisch radikal, aber in späteren Jahren trotz eines ausgeprägten eigenen Individualismus eher etatistisch, und so wollte er auch die gesellschaftlichen Probleme durch Staatssozialismus beheben. In dieser Charakterisierung sind alle Spannungen angedeutet, die allerdings nicht nur das politische Denken Rüstows durchzogen, sondern im Wesen der Sache angelegt waren. Denn die Frage, "wie Freiheit und Gleichheit sich zueinander verhalten, wurde in diesem Jahrhundert ein zentrales, bedrückendes Problem" (Schnabel)⁹⁾. Liberalismus und Demokratie standen gemeinsam gegen fürstlichen Absolutismus und alte Privilegien. Aber die Ideologie der *volonté générale*, der kollektive Zwang zur einheitlichen Willensbildung auf dem Boden der Gleichheit, konnte die Freiheit wieder niederzwingen. Rüstow hat diese Beziehungen nicht durchdrungen, und es ist deshalb fraglich, ob seine wenigen grundsätzlichen Aussagen über das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat überhaupt Gewicht für ihn hatten.

Unliberal war es, wenn Rüstow 1848 "das Interesse des Vaterlandes" über das eigene zu stellen verlangte, zwar "jede Tyrannei" ablehnte, aber zugleich statt "des Heiligtumes der Bourgeoisie, des Einzelbesitzes" "das höhere Heiligtum des Volkes, das Allerheiligste des Gesamtbesitzes, - des Staates in seiner Ganzheit und seiner vollen, unverletzlichen Würde" einsetzte¹⁰⁾. Auf diesem Weg kommunistischer Forderungen ist Rüstow nie weitergegangen, das Privateigentum als Institution hat er nicht angegriffen, obwohl die egalitäre Demokratie von Rousseau schon bis zu diesen Konsequenzen fortgetrieben wurde. Daß er den Staat als Allerheiligstes bezeichnete, war damals wohl auch nicht so sehr als Eingriff in staatsfreie Lebensbezirke gemeint, sondern es war politische Kampfparole in der Anfeindung des Absolutismus, des persönlich-autoritären Herrscheregiments. So hatte Rüstow schon 1847 in einem Minerva-Aufsatz betont, "daß Volk und Regierung eins sein müsse, die Grundlage des ganzen Staatswesens das Volk und nur das Volk sein könne"¹¹⁾. Auch 1850 hieß es wieder: "Die Vernunft verlangt für jeden Staat, daß der Wille des Volkes, um dessentwillen und durch welchen der Staat besteht, das letzte Entscheidende sei"¹²⁾. In der Militärstaats-Broschüre von 1850 hielt Rüstow ein sozial-demokratisches Plädoyer, das die Gewalt des monokratischen Staates beschränkte, ihm andererseits aber wieder mehr Wirksamkeit auftrug und ihn auf das Feld der Sozialpolitik wies: "Schon lange wollte das Bewußtsein der Völker sich nicht mehr mit der Verweisung auf jenen Himmel befriedigen oder hintanhalten lassen, in welchem sie die Entschädigung für die Mühsal dieser Erde finden sollten. Es wurde das Gefühl immer lebhafter, die Überzeugung immer kräftiger, dass in diesem zeitigen Leben eine höhere Stufe der Glückseligkeit erreicht werden könne, als sie vorhanden war, eine gleichere Verteilung von Freude und Schmerz, von Besitz und Mangel. Die Erreichung dieses Zieles hing unzweifelhaft wesentlich auch von den Formen und Einrichtungen ab, in welche der Staat sich kleidete, welche er adoptierte; sie konnten Hindernisse, sie konnten Hilfsmittel sein. - Dies ist der große und innige Zusammenhang von politischer und sozialer Bewegung.

Der Staat war wirklich der Fluch der zivilisierten Welt geworden; denn statt bloß die Mangelhaftigkeit der Gesellschaft zu beseitigen, statt so wenig als möglich von seinen eigenen Zutaten, je nach dem erreichten Stande der Kultur, ihr aufzudrängen, statt sich für das zu erkennen, was er ist, ein notwendiges Übel, strebte er die Gesellschaft, welche er stützen sollte, zu vernichten und die Völker in demselben Maße nahe zum Familienregimente zurückzuführen, in welchem von Tage zu Tage die Bedingungen für die Möglichkeit der Familie sich verminderten. Die Erleuchteten der Zeit haben als das letzte Ende der großen Bewegung, welche mit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts begonnen und im vergangenen Jahr (er meint 1848, A.d.V.) in ein neues Stadium getreten ist, die vollständige Wiederherstellung der Gesellschaft aus dem Staate bezeichnet. Stellt man dem Staate als der Regierung von oben die Gesellschaft als die reine Selbstregierung gegenüber, so können wir, an gewisse Momente der Zivilisation gewöhnt, die innig mit dem Staate zusammenhängen, uns die Möglichkeit kaum denken, daß dieser dereinst gänzlich verschwinde und die Gesellschaft in idealer Reinheit hervortrete. - Dennoch bleibt es vernünftig, daß die Menschheit diesem Ziele zustrebe". Rüstow meinte, daß dieses Ziel "gewiß nicht am Ende der gegenwärtigen Epoche der Revolution" liege, und die erste Strecke Weges dorthin schien ihm zur Formung der "Nationalitäten" als der "natürlichen Völker" zu führen. Die Nationen würden dann "einer freien Übereinkunft untereinander fähig" sein und vielleicht die "Herstellung der vergesellschafteten Menschheit" beschließen können. Die Staatsform sollte die "demokratische Republik", der "sozialdemokratische Staat" sein¹³⁾.

Wenn Rüstow hier den Staat benützen wollte, um "eine höhere Stufe der Glückseligkeit" zu erklimmen, wenn er 1856 "das gemeine Beste oder das öffentliche Wohl" als den umfassenden "Ausdruck für den Staatszweck" bezeichnete¹⁴⁾, so war das eine "Lieblingsidee des 18. Jahrhunderts" (Schnabel)¹⁵⁾ die der aufgeklärte Absolutismus ebenso wie die jakobinische Diktatur vertrat, die in der eudaimonistischen Philosophie groß gezogen und zu Beginn des 19. Jahrhunderts von dem

Utilitaris'en Jeremias Bentham auf die Formel des "größten Glücks der größten Zahl" gebracht wurde¹⁶⁾. Es ist bezeichnend, daß Rüstow den Ausdruck "Rechtsstaat" nie benutzt hat. Dieses Wort verwendete Karl Theodor Welcker schon 1813 in seiner Schrift "Die letzten Gründe von Recht, Staat und Strafe". Eingebürgert im Sprachgebrauch hat es dann vor allem Robert Mohl mit seinem 1832 erschienenen Werk "Polizeiwissenschaft nach den Grundsätzen des Rechtsstaates". So wie Kant den Staat nicht eudaimonistisch begriff, sondern als die "Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen" definierte¹⁷⁾ - in diesem Sinne sprachen dann auch die liberalen Theoretiker von Rechtsstaat im Gegensatz zum Polizeistaat, und dieser Rechtsstaat wollte wesensmäßig keine Fürsorge, eben weil er liberal war und die Freiheit persönlicher Auswirkung sicherte.

Wie wenig Rüstow den Staat nur als eine Rechtsassekuranz ansah, und daß er nicht zu liberalen Vorkehrungen für eine Abgrenzung der individuellen und gesellschaftlichen staatsfreien Bereiche geneigt war - das macht eine Bemerkung von 1868 deutlich. Da heißt es: "Gegen jene Theorien, welche den Staat zu einer bloßen Gesellschaft, der Organisation des "laissez aller" im Interesse der Regierenden und Besitzenden (sic!) machen wollten, hat sich eine berechnete und durch den Lauf der Dinge selbst notwendig gewordene und herausgeforderte Reaktion bereits kräftig erhoben"¹⁸⁾. Die hier und vielfach ausgesprochene Kritik am freien bürgerlichen Erwerbsskampf führte Rüstow immer wieder zur Forcierung des regulierenden staatlichen Eingriffs. Das "staatsökonomische System der Gegenwart", dessen "krankhafte Spitze" ihm die "Crédits mobiliers" zu sein schienen¹⁹⁾, griff er allerdings wohl nicht so sehr aus gründlicher politischer und soziologischer Überzeugung an, sondern das war mehr eine charakterbedingte Ablehnung des "Erfolges" der Unternehmer.

1876 schrieb Rüstow: "Der Geldhandel vermittelt die immer komplizierteren Beziehungen des Handels und der Industrie: es entsteht eine Bankokratie aus dem Bedürfnis dieser Beziehungen und auf dem Boden der Assoziation. Sie macht es möglich, daß große Unternehmungen, welche von Rechts wegen

der Staat (sic!) für das Allgemeine angreifen sollte, Eisenbahnbauten, Entsumpfungen, Urbarmachungen und Parzellierungen aller Art, als Geschäfte in Privathände geraten und nun den Auswüchsen der Gründerei und des Schwindels der großartigsten Art das notwendige Terrain bereiten²⁰⁾. Die am Schwarzen Meer (Pontus Euxinus) zur Unterstützung der Türken tätigen europäischen Geldgeber nannte Rüstow "Ritter vom Pontouxin, gewisse Bankiers, Gründer, Eisenbahnverwaltungsräte, Präsidenten von Aktienbanken und ähnliche Schwindler"²¹. Der Schweiz und den "kleinen selbständigen Zwischenstaaten" Europas redete Rüstow ins Gewissen, sie sollten ihre "Mission im "Dienste der Völkerfreiheit" erfüllen durch freiheitliche Gestaltung "in ihren inneren Verhältnissen". In nicht ganz logischer Polemik heißt es dann weiter: "Lediglich im Materiellen sich bewegend und hier ihre Erfolge suchend, können sie nur Schleppträger der Großen werden, kleinliche verächtliche Schleppträger, welche den Eisenbahn- und sonstigen Gründerschwindel zum Vorteil einer verächtlichen modernsten Aristokratie, eines regierenden Pöbels guter Raubgesellen auf die Spitze treiben und den tiefsten Ekel hervorrufen"²²⁾. Der Regierung des neuen geeinten Königreichs Italien bestätigte Rüstow, daß sie für "die öffentlichen Arbeiten" sehr viel getan habe, allerdings vor allem im Straßen- und Eisenbahnbau, "in einer Richtung, in welcher sich große Bankiersgeschäfte machen ließen". Wieder spricht Rüstow von der "Habgier der Unternehmer", von "Unredlichkeit und Favoritismus"²³⁾.

Wie Rüstow den wirtschaftlichen Aktionsradius des einzelnen Unternehmers durch staatliche Maßnahmen verkürzen wollte, so hat er auch das Eigenleben der Kirche abgelehnt. Der Liberalismus war allerdings im Laufe des 19. Jahrhunderts in den kirchenpolitischen Fragen sich selbst und seinem Prinzip untreu geworden. Ursprünglich hatte er seinem Wesen gemäß die volle Kirchenfreiheit gefordert, war wie gegen den Polizeistaat so gegen das Staatskirchentum aufgetreten, um die religiösen Minderheiten zu schützen. In den Kirchenparagraphen der deutschen Reichsverfassung von 1849 und der in Kraft getretenen preußischen Verfassung von 1848 wurde die staatliche Vormundschaft über die Kirche beseitigt. Doch Bismarck nahm

in die neue Reichsverfassung wie die Grundrechte so auch den Kirchenparagraphen nicht mit auf, schon weil dies ein Eingriff in die noch staatskirchlich organisierten Mittelstaaten und gegen die Föderativverfassung gewesen wäre. Zum Staatskirchentum als absolutistischer Erbschaft neigte Bismarck aber auch selbst. Und da die Nationalliberalen ebenfalls für die Staatshoheit und das national-politische Interesse eintraten, war 1870 nach Verkündung der päpstlichen Unfehlbarkeit auch der Anlaß zum Kulturkampf und zur Aufhebung der Kirchenfreiheit gegeben²⁴⁾.

Der demokratische Militärpolitiker Rüstow stellte sich ganz auf seiten der Staatsautorität. Schon 1864 hatte er den Kirchenstaat als Hindernis der italienischen Einigung angegriffen, von der "Pestbeule des Papsttums in Italien" geschrieben und gefordert: "Zunächst kann wenigstens das Königreich Italien diesen Schaden in seinem Innern bekämpfen. Aber mit dem falschen Grundsatz: freie Kirche im freien Staat wird dieser Kampf unmöglich. Notgedrungen wird Italien gezwungen sein, den Staat über die Kirche zu stellen und die Gesellschaft mit dem Staate zum Kampfe gegen die Kirche zu verbünden... Kein Land aber verdient mehr die tätigen Sympathien aller sich zur Freiheit aufschwingenden Völker als eben Italien, weil nur in ihm dieser Kampf gegen die blinde Autorität ausgefochten werden kann, welchen doch in Wahrheit alle gebildeten Völker jedes bei sich zu beheben haben. Wenn der Papst aus aller Herren Ländern die Stützen der Dunkelheit zur Hilfe herbeiruft, um sich Heere aus ihnen zu bilden, so hat das Königreich Italien das göttlichste Recht, ja die Pflicht gegen die fortschreitende Welt, die hellen Geister und die Waffen aller Nationen um sich zu sammeln, um der Herrschaft der Dunkelheit ein Ende zu machen"²⁵⁾. Rüstow sprach es nicht genaueraus, aber wenn er die "blinde Autorität" der Kirche angriff, meinte er es wohl so wie auch liberale Stimmen in Deutschland, die von der Kirche die individuelle Freiheit bedroht sahen und diese in den Schutz des Staates befahlen.

1856 hatte Rüstow sich schon über das von Österreich mit dem Papst abgeschlossene Konkordat empört und festgestellt: Wir wissen, daß "die Masse des deutschen Volkes, unbekümmert

um alle spitzfindigen Deduktionen, nur die Tatsache sieht, mit welcher Keckheit seit dem Konkordate der katholische Klerus in allen Teilen Deutschlands auftritt, und wie wenig seine Schule ist, wenn wir nicht mit vollen Segeln dem Mittelalter zusteuern" ²⁶⁾. In Baden, wo am frühesten der Kulturkampf ausgebrochen war, ging die Regierung unter Führung des liberalen Ministers Julius Jolly mit staatskirchlichen Maßregeln gegen den Erzbischof von Freiburg vor. Rüstow fand das ganz in Ordnung und schrieb am 23.4.1873 in einem Brief an die in Baden-Baden lebende Emma Herwegh: "Bei uns wird tapfer mit den Pfaffen umgesprungen, - und Sie können sich darauf verlassen, daß dies nur der Anfang ist. Die Meinung, daß die Kirche... lediglich ein polizeilich überwachter Verein sein darf, dem überdies die Krallen - vulgo Kirchenvermögen - beschnitten oder abgeschnitten werden müssen, diese Ansicht findet immer mehr Anhänger" ²⁷⁾.

Abgesehen von dieser nicht aus protestantischem Glaubenseifer gegen die Institution katholische Kirche erklärten Feindschaft, war Rüstow persönlich auch ein religiös ganz ungefestigter Mensch. Darüber kann nicht hinwegtäuschen, daß er auf den Garibaldi-Feldzug 1860 als einziges Buch das Neue Testament mitnahm und dort in Italien bei einem Gespräch eines Mönch sagte, er "sei ein Anhänger der wahren Religion Christi der Religion der Liebe, welche einzig und allein die Welt beherrsche" ²⁸⁾. Ganz positivistisch drückte sich Rüstow zwei Jahre vor seinem Tod in einem Brief an Emma Herwegh aus: "Es ist ein reiner Hohn der Naturgeschichte oder der Gottheit, wie Sie das Ding nennen wollen, einen Menschen so lange leben zu lassen" ²⁹⁾.

Die Wirksamkeit des Staates wollte Rüstow also eher erweitern als im liberalen Sinn begrenzen. Andererseits hat er aber auch wieder betont: "Mein politisches Glaubensbekenntnis ist einfach: für die Freiheit der Völker, gegen jede Art staatlicher Unterdrückung" ³⁰⁾. Und daß er auch der Gefahren demokratisch-egalitären Zwanges sich bewußt war, zeigen zwei Zitate, die er in seiner 1848 erschienenen Revolutionschrift "Der Krieg der Zukunft" dem Kapitel "Führer" voraussetzte. Da steht Bulwers:

"A nation that aspires for equality is unfit for freedom. throughout all creation... the first law of nature is unequality" und L. Blancs "Dans toute civilisation fausse ou imparfaite le peuple, pour marcher au combat, a besoin d'avoir des chefs, qui ne soient pas sortis d ses rangs"³¹). 1856 nannte Rüstow "eine Teilung der Lebenslose, d.h. der Arbeit und des Genusses zulässig, welche nicht für alle Gleiches bieten" müsse, "um allen gerecht zu sein. Die Gesetze der Welt" forderten "hier so wenig als in anderen Dingen die Gleichheit"³²). Auch die Beförderungsverhältnisse im Offizierkorps wollte Rüstow ja durchaus nicht konsequent demokratisch nach dem Grundsatz gleicher Ansprüche aller geregelt haben³³).

Die beste Staatsform schien ihm die demokratische Republik. 1843 hatte er allerdings noch geschrieben: "Wo so viele herrschen, fehlt der leitende Kopf, welcher allein die Interessen aller übersehen kann. Jeder Einzelne, die Masse ungebildet, schauen nicht weiter als soweit ihr eigenes, oft auf den Körper beschränktes Wohlergehen reicht". "Wo oligarchische Vereinigungen am Ruder sind, ist noch weniger ein Übergang zur Ordnung zu vermuten, weil hier einer dem anderen entgegenarbeitet und das böse Prinzip dann obzusiegen pflegt". 1843 sprach Rüstow von der konstitutionellen Monarchie noch als von "der herrlichsten Vereinigung der Volks- und Alleinherrschaft", und von der "Zügellosigkeit der Demokratie"³⁴). Auch 1847 schrieb er in der Minerva, daß er "nicht gerade" die Republik verlange, sondern mit einem konstitutionellen Regime zufrieden sei.³⁵) Doch in seiner Militärstaats-Broschüre von 1850 erklärte er sich für die Republik und nannte den "strikten Konstitutionalismus" "ungereimt", weil er den Regierungen das Recht der Kammerauflösung, des absoluten Vetos gebe. "Wird er dadurch nicht zu einem bloßen Absolutismus mit Redensarten?" fragte Rüstow. "Die Krone und ihr Heer sind unauflösbar, unabsetzbar, die Vertretung und das Heer des Volkes sind auflösbar und zwar von der Krone aufzulösen. Das ist die Gleichberechtigung der Gewalten im System des Konstitutionalismus". Und weiter heißt es: "In der Regierung vertrat das Heer der Kriegsminister. Wie man auch sonst über die Zusammensetzung des preußischen Ministeriums seit dem März 1848 denken

mag, soviel steht wenigstens fest..., daß die Stelle des Kriegsministers niemals in konstitutionellem Sinne ausgefüllt war. Wir müssen überhaupt bezweifeln, ob es jemals, vielleicht mit Ausnahme Scharnhorsts und Grolmans, einen General in der preußischen Geschichte gegeben, der im Stande gewesen wäre, Kriegsminister in einem Repräsentativ-Staate zu sein. Nun aber gar diese Reyher, Kanitz, Schreckenstein, Strotha! Was konnten sie anders sein als die Roßschweifträger des unfehlbaren, gottbegnaden Propheten?"³⁶⁾

1849 hatte der preußische Leutnant schon in einer unter seinem Namen erschienenen Broschüre erklärt, daß der König im konstitutionellen Staat zwar nicht regiere, aber herrsche³⁷⁾. In seiner ersten Veröffentlichung nach der Flucht in die Schweiz beschimpfte er König Friedrich Wilhelm IV., dass er die "moderne Form des asiatischen Despotismus, den konstitutionellen Absolutismus" erfunden habe³⁸⁾. Das konstitutionelle Regierungssystem hat Rüstow bis zu seinem Tod immer wieder mit Spott bedacht, ohne je das Positive der Verfassung zu würdigen. Denn schon die oktroyierte preußische Verfassung war durchaus liberal und wich vom Entwurf der Berliner Nationalversammlung nicht wesentlich ab. Und auch die am 31. Januar 1850 vom König unterzeichnete preußische Verfassung enthielt von den Märzforderungen nur das nicht mehr, was mit der königlichen Prärogative unvereinbar schien. Sie folgte ganz dem liberalen westeuropäischen Vorbild, mit Grundrechten, Ministerverantwortlichkeit und Gesetzgebung durch König und beide Kammern. Rüstow aber meinte, Preußen habe sich "eine sogenannte Verfassung aus der Revolution herausgerettet, die nur einigen Kammerschwätzern für ihr Gerede Befriedigung gewähren konnte"³⁹⁾. 1867 stellte er fest: "Die chinesische Rangordnung besteht in Rußland noch naiv und offen in dem sogenannten Tschinn - der Beamtenrangordnung. In den anderen Ländern Europas existiert sie faktisch auch, aber verdeckt, verschämt. Denn es heißt da gewöhnlich in den geschriebenen Verfassungen 'Die Chinesen des Reiches XYZ sind vor dem Gesetz und in allen Rechten gleich'. Dies ist nun freilich nicht wahr, aber das schadet ja nichts; es steht doch in der Verfassung. Rußland hat sich dieser konstitutionellen Heuchelei

noch nicht schuldig gemacht und steht in dieser Beziehung ohne Frage über den 'zivilisierten' Nationen⁴⁰⁾.

Mit den preußischen Liberalen, vor allem mit ihrer Haltung im Heereskonflikt unzufrieden, verstärkte Rüstow ab 1860 seine Kritik. Er forderte "eine volkstümliche Regierung statt des konstitutionellen Saugapparates, der gegenwärtig euphemistisch eine Regierung genannt" werde.⁴¹⁾ Er verspottete "die große Leihmaschine, welche man jetzt Parlament zu nennen" beliebe⁴²⁾, die "zahme Natur eines preußischen Parlaments", welches gehört werde, wenn es ja sage zu dem, was "die Krone" wolle⁴³⁾, er sprach von "abgeordentlicher Demut"⁴⁴⁾ und erklärte seine "heillose Furcht... vor den Kammerinteressen", da nun einmal "die Kammern unserer konstitutionellen Staaten zu den Zünften und Korporationen" gehörten und leicht "ihren Ursprung", "ihr Mandat" vergäßen⁴⁵⁾. Er nannte die "deutschen sogenannten Liberalen... Philister und Kleinstädter"⁴⁶⁾.

Doch auch das Ungenügen republikanischer Staatsform hat Rüstow dann wieder gerügt, weil er eben oft aus persönlicher Verstimmung urteilte und nur zu gern sich auf das hohe Roß der Kritik setzte, ohne der praktischen Schwierigkeiten und Hindernisse auf dem politischen Wege zu achten. Zwar nannte er sich einen "Republikaner"⁴⁷⁾ und schrieb 1872 in einem Brief an Emma Herwegh, daß doch "eine Republik (wie unvollkommen, wie wenig ideal immer...) eine schöne Sache sei, ohne daß einen das W o r t besonders zu rühren brauche"⁴⁸⁾. Aber 1865 verleugnete er öffentlich seine politischen Ideale, als er feststellte: "Treue Diener der absoluten Monarchie, der heutige Staat ist hier wie da die Bourgeoisrepublik, auf der einen Seite mit feudalem Zopf, auf der anderen Seite mit dem Dorfagnatentum heraufgekommener Bauernjungen versetzt, nicht ohne Zopf! Um eine solche Kleinigkeit streiten sich vernünftige Menschen nicht"⁴⁹⁾.

Die antibürgerliche Einstellung Wilhelm Rüstows tritt in den meisten seiner Werke hervor. Der radikale Achtundvierziger zeigte schon lange vor seiner Freundschaft mit Lassalle sozialistische Tendenzen. Zu der festeren parteimäßigen Bindung an die deutsche Arbeiterbewegung ist es allerdings nie gekommen, woran einerseits das persönliche Zerwürfnis mit Lassalle und dann mit der Gräfin Hatzfeld schuld war. aber auch weil Rüstow seine ihn ganz beherrschenden militärpolitischen

Pläne nur mit den bürgerlichen Liberalen meinte fördern zu können. 1848 hatte er im "Krieg der Zukunft" schon kommunistisch drohende Töne angeschlagen: "Furcht macht euch zittern, Furcht vor der Rute der mächtigen Mutter (des Krieges, A.d.V.), ihr verwöhnten Söhne der Zivilisation, ihr Geldherrscher, ihr Besitzenden!"⁵⁰). Nach der gescheiterten Revolution freilich warf er dem Bürgertum vor, daß es sich dem Kampf versagt habe: Schon nach wenigen Tagen "wendeten sich die Blicke der Weißbierphilister von den Schuloigen, die hoch oben saßen, ab und hängten sich ängstlich an die Schreckbilder einer Bedrohung ihres Eigentums von unten. Kommunismus, früher nur ein allgemeiner Fluch preußischer Generale, wurde mit reißender Schnelle jetzt das Gespenst der Bourgeoisie"⁵¹). Jetzt, in der Militärstaats-Broschüre von 1850, erklärte Rüstow, daß "eine meistens grundlose, allermindestens kindisch übertriebene Furcht um den Geldsack" das Bürgertum zur "Klassenspaltung", zur "Trennung" vom "Proletariat" bewogen habe⁵²).

1864 schrieb er in seinen "Annalen des Königreichs Italien", daß es im Neapolitanischen noch keinen freien Bauernstand gebe, daß der Bauer nicht für sich arbeite, "sondern für den Grundbesitzer, wie bei den heutigen Fabrikverhältnissen der Lohnarbeiter für den Unternehmer"⁵³). Allerdings betonte Rüstow, daß der Staat kein Recht habe, den Bauern "umsonst" zum freien Eigentümer zu machen und "den Kolonen das Land zu schenken". Das Land müsse vielmehr von ihnen gekauft werden, und dazu seien Hypothekenbanken einzurichten⁵⁴). Auch der italienischen "Bourgeoisie" warf Rüstow vor, daß die Furcht "die Hauptquelle der Einsicht für diese Klasse von Menschen" sei⁵⁵). Er forderte für Italien statt der "Klassengesetzgebung" "für die italienische Bourgeoisie" die Einführung des direkten, allgemeinen Wahlrechts und von Abgeordneten-Diäten. Zugleich müsse aber der Unterricht in alle Volksklassen eindringen und "der Wohlstand, aus dem Reichtum weniger sich loslösend, ein Eigentum des Volkes" werden, "auf den Grundlagen des Anbaues, der Industrie und des Handels"⁵⁶).

Konkretere und tiefere sozialpolitische Überlegungen hat Rüstow allerdings nie angestellt. Doch tat er sich eingestandenenermaßen etwas zugut auf den "Ausspruch, die Parole der Weltgeschichte sei die Befreiung der Massen"⁵⁷⁾. Auch rühmte er "das Steigen der materiellen Bedürfnisse der Massen als die Eröffnung eines und nicht des schmalsten Weges zur Freiheit"⁵⁸⁾. 1873 schrieb Rüstow an Emma Herwegh: "Die ganze 'gebildete Welt', - nicht etwa bloß in Frankreich - taugt den Teufel nichts. Die Rettung muß von unten herauf kommen. Da steckt noch etwas, was wir anderen selten zu sehen bekommen; es steckt gar nicht in den landläufigen Agitatoren, bei Leibe nicht"⁵⁹⁾.

Die Revolution hat Rüstow immer mehr vom politischen Standpunkt aus betrachtet, und seine Umsturzhoffnungen waren demokratisch, nicht so sehr sozialistisch. Andererseits empfand er selbst nicht den bürgerlichen Schrecken vor einer gewaltsamen Änderung der sozialen Verhältnisse, obwohl er 1876 schrieb: "Ob der moderne Klassenkampf, in dessen Anfängen wir uns mitten drin befinden, immer die Gestalt eines legalen Kampfes bewahren werde, ohne in wirklichen Krieg überzugehen, ist mindestens zweifelhaft. Es wäre zu wünschen, ist aber kaum auf allen Punkten zu hoffen"⁶⁰⁾. Jedenfalls gehörte Rüstow nicht zu den im Deutschland seiner Zeit auftretenden Freunden des Bonapartismus, die den Staatsstreich und das cäsaristische Regiment Napoleons III. als die Rettung der Gesellschaft vor der roten Revolution feierten⁶¹⁾. Das plebisziär verbrämte französische Kaisertum allerdings griff Rüstow nicht so sehr als diktatorisches System an. Seine Kritik hat nicht das Gewicht grundsätzlicher Entscheidung. 1856 lehnte er es ab, Louis Napoleon als den "Heros des Jahrhunderts" und den Träger einer ganz durchdachten konsequenten Politik" anzusehen, denn seine Politik sei "eine ganz persönliche, höchstens dynastische". Der Kaiser gehöre außerdem "zu den Menschen, welche, wie die Forstleute sich ausdrücken, einen Borkenkäfer im Kopf" hätten. Rüstow sagte, er gestehe zwar ein, "daß der jetzige Zustand und das jetzige Regiment in Frankreich ein so großartiger Schwindel" sei, "wie wenigstens die neuere Zeit kein zweites Beispiel dafür bringen könne - aber es handle sich eben nur um einen Schwindel"⁶²⁾. Das war wohl eine Anspielung auf die theatermäßig effekt-

volle Inszenierung der bonapartistischen Politik, und diese Charakterisierung traf das System in einem wesentlichen Punkt - war doch die massenpsychologisch geschickte Steuerung genau auch ein Merkmal der Diktaturen des 20. Jahrhunderts⁶³⁾. Doch führte Rüstow gegen den cäsaristischen "Schwindel" keine starken Gründe politischer Vernunft und Überzeugung an. Ihm war einfach "die ganze Theorie von den großen Männern" zuwider, wie sie Napoleon III. auch in seiner Geschichte Cäsars "entwickelt" habe⁶⁴⁾.

Freilich stellte Rüstow auch fest, Napoleon III. habe Frankreich durch das Sicherheitsgesetz, das er nach dem 1858 auf ihn verübten Attentat erließ, "in den tiefsten Despotismus" gestürzt, und es sei nun "alles Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit vollständig" zerstört. Und er nannte Louis Napoleon 1860 "den Imperator der Romanen", der den "Kampf der verbündeten Romanen und Slawen gegen die Germanen" als einen wahren "Rassenkampf" führen werde und nicht nur die Engländer, sondern die Germanen überhaupt vom Mittelmeer "ausschließen" wolle⁶⁵⁾. Auch 1861 schrieb der Garibaldi-Oberst in seinen italienischen Erinnerungen: "Ich bin heute, wie 1859, wie 1860, der Feind der Romanendespotie Napoleons III. der Feind der Verpiemonteselung Italiens... Ich habe weder mit den Bonapartisten noch mit den Cavouristen konspiriert, aber wohl mit den Mazzinisten, mit Garibaldi"⁶⁶⁾. Daß hier der Kaiser der Franzosen und der konstitutionelle italienische Einheitspolitiker in einem Atem genannt werden und gleichermaßen Rüstows Abneigung finden, ist nicht erstaunlich. Denn "Cavourismus" war um 1860 in Deutschland geradezu Inbegriff "machiavellistischer Außenpolitik". Der Begriff "deckte sich weitgehend mit dem, was man sonst Bonapartismus oder Napoleonismus nannte" (H. Gollwitzer)⁶⁷⁾. Interessant ist allerdings, daß sich Rüstow auch als ein erklärter Antilegitimist und Verfechter kraftvoller nationaler Machtpolitik von Napoleon III. und Cavour in gleicher Weise distanzierte.

Aufschlußreich sind Bemerkungen Rüstows über die politische Stimmung Frankreichs und vor allem der Hauptstadt während der letzten Jahre Napoleonischer Herrschaft. Am 8.6.1868

notierte er, der die französischen Verhältnisse aus eigener Anschauung besser kannte als die preußischen, in Paris: "Die junge Demokratie ist republikanisch. Mit dem Fall des Kaiserreiches würde sie die Republik anstreben, und sobald sie in der Journalistik Boden gewonnen hat, wird sie suchen, das Kaiserreich zu untergraben; sie rechnet dabei stark auf jene Wirkung, welche halbe Konzessionen, die von oben herab gemacht werden, immer gehabt haben. Und daß neuerdings Napoleon III. den Weg der halben Konzessionen betreten hat, ist allerdings eine Tatsache. Nach der Meinung dieser Leute (der französischen Opposition, A.d.V.) würde auch, wenn es Frieden bleibt, das Kaiserreich binnen nicht sehr langer Zeit durch eine ziemlich unblutige Revolution gestürzt werden". Rüstow selbst glaubte allerdings, wie er schrieb, nicht an eine nahe Revolution, denn diese müsse von Paris ausgehen, und die öffentliche Stimmung dort sei trotz mancher Unzufriedenheit recht ruhig⁶⁸⁾. Doch am 29.10.1869 teilte er Emma Herwegh aus Paris mit: "... so geht die stille Revolution hier ihren sicheren Gang. Die Macht des Napoleonismus ist gebrochen, schon vor Napoleons III. Tode. Orleanismus und Legitimismus existieren nicht mehr. Und bald nach Napoleons Tode wird schwerlich eine andere Regierungsform übrig bleiben als die Republik"⁶⁹⁾.

War Rüstow nun kein Bonapartist, so hat er doch einerseits, wie wir schon zeigten, manche Äußerung für staatliche Monokratie und Drosselung des freien gesellschaftlichen Lebens gemacht, hat andererseits auch nicht konsequent föderalistisch gedacht. Schon 1855 schrieb er: "Jedenfalls ist es einerseits wünschenswert, daß die Regierung eines Landes in der Bestimmung über Krieg und Frieden nicht z u a b h ä n g i g sei. Ist sie niemals sicher, daß die bewaffnete Macht ihr zur Hand sein wird, wenn sie deren bedarf, so muß dies auf ihren ganzen diplomatischen Verkehr mit dem Auslande einen lähmenden Einfluß üben, der dem Staate verderblich werden kann. Man sage nicht, dies sei nur insofern wahr und komme nur insofern in Betracht, als die Regierung ihre eigenen Wege gehen wolle, es wird vielmehr immer der Fall sein, auch wenn sie noch so sehr bestrebt ist, dem Willen des Volkes gemäß zu handeln; es wird aber dieser lähmende Einfluß desto mehr hervortreten, wenn von einer Bundesregierung die Rede ist, welche es erst durch das

Mittel einer Anzahl von Landesregierungen mit dem Volke zu tun hat". Nach dieser Feststellung ist es nur eine rhetorische Einschränkung, wenn es weiter heißt: "Andererseits scheint es wieder verderblich, eine Regierung so unabhängig zu stellen, daß sie auf eigne Faust, ohne irgendwie dem Willen des Volkes Rechnung zu tragen, über Krieg und Frieden bestimmen könne, mit dem Gute des Volkes wirtschaften, ohne dieses zu fragen. Das rechte Maß der Abhängigkeit und Unabhängigkeit zu finden, ist wohl das schwierigste Problem der Staatswissenschaft und bis jetzt nicht praktisch gelöst⁷⁰⁾ Mit solchen Eingeständnissen, noch dazu aus dem Munde eines politischen Revolutionärs, war natürlich nicht geholfen. Der Mangel einer theoretisch-systematischen politischen Konzeption wird an diesen Stellen in Rüstows Werk deutlich.

Auch in einem 1856 erschienenen Buch bezeichnete der Acht- undvierziger "eine gewisse Unabhängigkeit der Staatsgewalt namentlich in Sachen des Krieges als eine Wohltat" und forderte den "Bundesstaat mit starker Zentralgewalt für alle äußeren Verhältnisse"⁷¹⁾. Doch nach der Schlacht von Königgrätz schien ihm Deutschland in Preußen "ein natürliches Gravitationszentrum" gewonnen zu haben, und erteilte nicht die in der Schweiz und in Süddeutschland geäußerte Meinung, die "von dem Zusammenschluß Deutschlands um Preußen, von dieser 'preußischen Einheit' eine der Freiheit schädliche Zentralisation" befürchtete. Er wies den Hinweis auf den "schweizerischen und auf den amerikanischen Föderativstaat" zurück und schrieb: Der Bundesstaat ist nur bei republikanisch, nicht bei dynastisch regierten Ländern möglich. "Zweitens vergißt man, daß die Dezentralisation im Blut der germanischen Völker liegt, - daß ein wenig zentralistischer 'Despotismus' ihnen nicht schaden kann (sic!), weil er nie bis zur abtötenden Verderblichkeit durchdringt. Die preußische Regierung würde niemals auf den Gedanken kommen, auf welchen seinerzeit die piemontesische kam, - sogar die Ammenmilch in Italien piemontesisch unifizieren zu wollen. In den preußischen Provinzen, welche schon seit 1815 zu einem Staat verschmolzen sind, herrschen heute noch sehr verschiedene

Rechte, die den einzelnen gefallen, dem Staat nicht schaden" ⁷²⁾.

Hatte Rüstow also hier den Bundesstaat noch abgelehnt, so sprach er sich acht Jahre später über die Staatsform nicht näher aus, sondern meinte nur in einer eigentlich nichts-sagenden Formulierung: "Die Dezentralisation muß und kann mit der Zentralisation vereinigt werden, und aus dieser Durchdringung und Vermählung allein kann erst ein harmonisches Ganzes hervorgehen. Die Geschichte der Unifikation Italiens in der Frische, mit welcher sie ganz modern vor unseren Augen spielt, ist eine Lehre für Deutschland. So sicher Deutschlands Unifikation nur erreicht werden kann mit der Entfernung seiner Dynastien, aller bis auf eine, wenn eine absolut notwendig sein soll, was uns ziemlich gleichgültig erscheint, so sicher müßte sie scheitern an einer brutalen, diktatorischen Gewalt, welche alle Fäden in einem Punkte zusammenfassen und nicht den einzelnen Gauen und Stämmen jene Freiheit eigenen Lebens und Schaffens lassen wollte, welche sehr wohl mit der Einheit bestehen kann, ja deren beste Trägerin ist" ⁷³⁾.

Der Nationalstaat

Trotz mancher Unschlüssigkeit in konkreten Fragen der politischen Lebensform, trotz vieler Widersprüche ist Wilhelm Rüstow doch eine sehr typische Erscheinung des 19. Jahrhunderts. Er ist der Patriot, der leidenschaftliche Streiter für die Idee der Volkssouveränität. Er ist als Typ charakterisiert durch die entschiedene Abneigung gegen den "Diplomaten", den Vertreter konservativ-legitimistischer Politik, wie ihn etwa Metternich darstellte. Dieser idealistische Gesinnungspolitiker Wilhelm Rüstow war beseelt von einem unversöhnlichen Haß gegen den Legitimus, und er vertraute ganz auf die Kraft der revolutionären Ideen. In seiner Anfang 1848 in Leipzig erschienenen Broschüre "Der Krieg der Zukunft", hieß es: "Nicht die großartigen Erfindungen des 19. Jahrhunderts", nicht "die geheimnisvolle Sprache der Metalle", nicht "zu Straßen gewordene Schwerter" sind die "einzigen Vermittler der großartigsten Revolution auf dem Gebiete der Kriegskunst".

sondern die mächtigeren Erscheinungen, "die Eroberungen des Menschengeistes auf dem Gebiete des Staates, des Völkerbewußtseins und der Völkerfreiheit. Noch ringt das Staatsprinzip des toten mit dem neuen des lebenden Jahrhunderts. Aber diesem fehlt nur noch die äußere Gestaltung; innen ist es voll und fertig, festgegründet in den Herzen der Völker"⁷⁴⁾.

Schon Anfang 1847 hatte der preußische Leutnant den absoluten Monarchen, den "modernen Diktatoren", in einem anonymen Aufsatz vorgeworfen, daß sie nicht abgetreten seien wie die antiken Diktatoren, nachdem sie ihren "Beruf" erfüllt, das Faustrecht beseitigt und "Ordnung geschaffen" hatten. "Das absolute Herrschen schien den Kindern, denen ihre Alten eine so vortreffliche Ordnung geschaffen, ein köstlich Ding. Es wurde das Kind geboren, wie man bis dahin noch keins gesehen, so wunderbar und so unbegreiflich, die Idee der Herrschaft von Gottes Gnaden, der legitimen Herrschaft. Die Staaten, welche sich entwickelt, waren Türmen zu vergleichen, eigens dazu erbaut, das vergoldete Knäuflein Fürst zu tragen". "In dieser schönen legitimen Zeit... ereignete es sich, daß die alte Mutter Europa mit einem Bastard schwanger wurde, dem man als einem Embryo schon den balanzierenden Namen: politisches Gleichgewicht beilegte und dessen Gelangen ans Licht zu erleichtern, sich sämtliche wohlgesetzte und wohlfundierte Fürsten als Accoucheure von Gottes Gnaden meldeten"⁷⁵⁾.

Ende 1847 wandte sich Huldreich Schwertlieb in der Minerva gegen die "Privatinteressen der grossen Domänenbesitzer", "welche man auch Könige" nenne⁷⁶⁾. 1849 schrieb Rüstow vom "Joche des Absolutismus"⁷⁷⁾, 1856 vom "Alp der Legitimität. unter dem Europa noch heute schmerzlich" seufzte⁷⁸⁾. 1863 sprach er von König Wilhelm I. als einem "blödsinnigen zufällig gekrönten Individuum"⁷⁹⁾, und 1864 verkündete er: "Indem Italien mit den Waffen in der Hand Rom verlangte, forderte es nicht bloß seine Hauptstadt; es stellte sich vielmehr an die Spitze der gewaltigen Weltrevolution, welche die Welt befreien soll vom Papismus aller Art, dem katholischen, protestantischen, dem des Legitimitätsglaubens, aller und aller Dunkelheit und Sklaverei mit einem Wort"⁸⁰⁾.

1864 beschimpfte Rüstow "die Partei des Nationalvereins oder des sogenannten 'Fortschritts'", weil sie sich "mit aller Kraft, deren die Redensart fähig" sei, "für den 'legitimen' Erbprinzen Friedrich von Sonderburg-Augustenburg" als neuen Herrscher von Schleswig-Holstein einsetzte. Er warf der "Nationalvereinspartei" vor, daß sie mit ihrem Standpunkte "der Bewegung des deutschen Volkes unendlich" geschadet habe⁸¹⁾, und daß die Bundesversammlung außer dem Großherzog von Oldenburg auch den Erbprinzen von Augustenburg zur Begründung seiner Erbfolgeansprüche aufforderte, kommentierte Rüstow mit dem Satz: "Diese ganze Legitime Geschichte ist ein Skandal des 19. Jahrhunderts, eine Eulenspiegelerei, die späterhin viel zu lachen geben wird"⁸²⁾. Auch 1876 stellte er noch einmal fest: "Die deutschen Liberalen ritten sich aber in eine exorbitante Begeisterung für die übelriechende Nachfolge und Erbfolge der Augustenburger in den Herzogtümern Schleswig und Holstein hinein"⁸³⁾.

Am Schicksal der Herzogtümer Schleswig-Holstein entflammte sich nach der Märzrevolution die deutsche Nationalstaatsbewegung. Rüstow war von vornherein für eine radikale Lösung, nicht nur für die Trennung der Herzogtümer von Dänemark, sondern eben für eine Einverleibung in Deutschland ohne Anerkennung irgendwelcher Erbfolgerechte. 1850 erklärte er, wenn man "noch einigen Sinn für die Ehre des deutschen Vaterlandes" habe, könne man nur "Soldaten deutscher Nation" zur Unterstützung der Herzogtümer einsetzen. Preußen aber habe auch "einige Bataillone der Posener Landwehr" geschickt, zum großen Teil Polen, "ja aus jenen Sensenträgern bestehend, welche kaum ein Jahr vorher unter der Führung Mieroslawskis den deutschen Farben und den preußischen Fahnen feindlich gegenübergestanden" seien⁸⁴⁾. Es ist bemerkenswert, daß Rüstow hier das national-patriotische Prinzip bis zu solcher Konsequenz vertrat, während er in derselben Broschüre doch auch wieder die europäische Solidarität der demokratisch-revolutionären Aktion anrief. Diese Ambivalenz war typisch für den Nationalismus von 1848, der eben "noch nicht in dem Maß wie später ein Gegeneinander von Staatsindividuen" war, "sondern

auch noch eine intereuropäische, politisch-geistige Bewegung, eine Front tatsächlich oder vermeintlich Unterdrückter gegen die vielfach als a-national angesehenen Dynastien und Staatsmaschinerien" (H.Gollwitzer)⁸⁵⁾.

Die übernational-europäische Bedeutung der schleswig-holsteinischen Frage dokumentierte Rüstow, als er auch noch im Jahre 1850 schrieb, man müsse dem Kampf um die Herzogtümer "den Charakter eines deutschen Revolutionskrieges aufprägen und damit ganz Deutschland in eine neue Bewegung hineinreißen", die für "die Einheit und die Republik zugleich" wirke; und solle dieser Krieg "mehr sein als der Chor für die Akteure auf der diplomatischen Bühne, so müsse er kräftig mindestens zwei Monate lang nicht bloß gegen die Dänen, sondern auch gegen die übrigen (sic!) dynastischen Truppen" geführt werden. Rüstow meinte allerdings in seiner Ende Juli 1850 abgeschlossenen Schrift "Was hat die Schweiz von einem Angriffe der heiligen Allianz zu fürchten?", daß die militärische Kraft Schleswig-Holsteins zu einem solchen Kampf nicht ausreiche, und er wollte deshalb die Schweiz für die "Freiheit Europas" auf das Schlachtfeld schicken⁸⁶⁾

Natürlich lehnte Rüstow den nach diplomatischer Intervention der Großmächte zwischen Preußen und Dänemark am 26.8.1848 geschlossenen Waffenstillstand von Malmö und das preußische Nachgeben gegenüber Österreich im Vertrage zu Olmütz (29.11. 1850) entschieden ab⁸⁷⁾. In seinem noch 1864 erschienenen Buch "Der deutsch-dänische Krieg 1864" schrieb Rüstow: "Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, daß die Herzogtümer zu Deutschland gehören, und die Herzogtümer haben ein Recht darauf, zu Deutschland zu gehören, nicht zu einem neuen Elsaß zu werden. Ob beide Teile von ihrem Recht Gebrauch machen wollen oder nicht, darüber mögen sie entscheiden, mit dem allgemeinen Stimmrecht, mit dem friedlichen, unbewaffneten, wenn möglich; mit dem feindlichen, bewaffneten, wenn notwendig⁸⁸⁾.

Wie dogmatisch starr der Antilegitimismus dieses achtundvierziger Demokraten sein konnte, das zeigte sich in seiner Stellungnahme zum Londoner Protokoll vom 8.5.1852. In diesem von den fünf Großmächten sowie Schweden und Dänemark unterzeichneten Vertrag wurde Prinz Christian von Sonderburg-Glücksburg als Erbe des dänischen Gesamtstaates bestimmt und für den Herzog Christian von Sonderburg-Augustenburg eine Geldentschädigung festgesetzt. Rüstow hielt es für besser, daß die Herzogtümer Deutschland so verloren gingen, als daß sie mittels legitimer Erbfolge gewonnen wurden. Er schrieb 1864: "Das Londoner Protokoll war gewissermaßen als eine Vermittlung zu betrachten zwischen dem neuen Völkerrecht und dem alten, und insofern ist es etwas wert. Wenn der Standpunkt des neuen Völkerrechts einmal noch nicht gelten kann und wo es noch nicht durchgeführt werden kann, da ist die Vermittlung immer noch besser als die reine Rückkehr zu den Prinzipien des Mittelalters vom Standpunkt der Legitimität aus. Große Staaten, wenn auch ungeschickt zusammengesetzt, sind unter allen Umständen den Domänen vorzuziehen. Sicherlich wünschen wir mehr als mancher urdeutsche Schreier, daß deutsches Land bei deutschem Land bleibe. Aber wir sehen nur nirgends ein Deutschland, dem Schleswig und Holstein sich anschließen könnten... Ob sie jemals zu einem deutschen Bunde gehören werden, wer weiß das? Und wenn sie nun als neues Herzogtum zu ihm gehörten, was wäre für das deutsche Volk damit gewonnen? ein Schwindel mehr!... Gegenüber dem blöden und blinden mittelalterlichen Recht der legitimen Vererbung von Völkern wie Herden steht uns das Recht der Macht und der Mächte immer noch höher, welches mindestens einigermaßen abgerundete Staaten, wenn auch nicht einmal ihrer selbst willen, doch um des allgemeinen Besten willen zusammenzuhalten strebt. Auch wir möchten, daß der Londoner Vertrag deutsches Land zu deutschem Land gebracht hätte. Aber er hat das nicht getan. Wenn das deutsche Volk sich deswegen gegen ihn erhebt, so ist es in seinem göttlichsten Recht, wenn es sich aber vom Standpunkt der Legitimität gegen ihn erhebt, vom dem Standpunkt, nach welchem Völker wie Schafherden legitim vererbt werden müssen, so hat es entschieden unrecht"⁸⁹⁾.

Ein anderes Problem der europäischen Politik war Polen. Es entband ebenfalls übernationale demokratische Solidaritäts-

gefühle. So wurde schon in einem Aufsatz der radikalen "Deutschen Tribune" vom 3.2.1832 ein demokratisches deutsches Reich gegen das Übergewicht Preußens und Österreichs gefordert, das Polen befreien und es zu einem demokratischen Staat zwischen den Autokratien Rußland und Preußen machen sollte⁹⁰⁾. Die "vormärzliche Polenfreundschaft" war eine "besondere Spielart jungdeutscher Europagesinnung" (H. Gollwitzer).⁹¹⁾ Polen sollte das demokratische Europa gegen den moskowitzischen Despotismus stützen. Solche Gedanken verfolgte auch Rüstow, doch hat er die polnische Freiheitsbewegung mehrfach und ganz entschieden auf das unfälschte Nationalitätsprinzip verwiesen. 1850 verlangte er von Preußen "eine große Tat", damit es "an die Spitze der deutschen Bewegung" trete. Statt dem nicht lebensfähigen Großherzogtum Posen Selbständigkeit zu geben, sollte Preußen sich für die "Wiederherstellung Polens" einsetzen, also den Krieg gegen Rußland beginnen. Den Polen aber rief Rüstow zu, sie könnten nicht ihre alten Grenzen aus der Zeit vor der zweiten Teilung fordern, denn das sei "ein Prinzip, welches in die Revolution von 1848 nicht" passe. Die Polen hätten "eine bessere Mission", sie sollten "eine ehrenvolle Stelle in den Reihen der Zivilisation gegen das Barbarentum einnehmen". Rüstow ermahnte sie: "Es gibt heute kein polnisches Reich; aber es gibt wirklich und wahrhaftig eine polnische Nation; eine Nation ohne Land, aber berechtigt, sich ein Landesgebiet zu erobern und ein neues Reich zu gründen. Aber sie ist dazu berechtigt und fähig nur, wenn sie die Prinzipien der Revolution von 1848 adoptiert, welche die Gründung neuer Reiche auf die natürlichen Bedingungen hin zuläßt, die heute vorhanden sind; wenn sie davon absteht, die Geschichte eines halben Jahrhunderts zu leugnen, ein Irrtum, den sie mit uns an den Bourbonen belachte und doch selber begehen will; - wenn sie sich entschließt, als die Nation von heute, eine neue Geschichte zu beginnen, und nicht mehr daran denkt, diejenige fortzusetzen, welche 1792 geschlossen wurde. Ein neues Polen muß sich nach Osten, nicht nach dem Westen ausdehnen, braucht

es ein Meer, wir wollen ihm das schwarze erobern helfen".⁹²⁾

In der 1851 in Zürich erschienenen zweiten Auflage der Militärstaats-Broschüre gingen Rüstows Forderungen noch weiter: "Sollte Preußen dem Großherzogtum Posen die Unabhängigkeit zugestehen? Posen ist zu klein für die polnische Nation; ein unabhängiger Staat, wäre es nur eine unglückliche Wiederholung des Spottes der Krakauer Republik, mit welcher der Wiener Kongreß in der polnischen Nation alles Recht der Nationalitäten verhöhnte. Nicht sentimentale bürgerliche Gerechtigkeit, -sondern die Einsicht von der Notwendigkeit für die Befestigung der europäischen Freiheit, Polen wieder aufzurichten, muß zur Wiedergeburt dieses alten Reiches führen. Rußland ist der Sitz und Quell des Absolutismus in Europa. Solange es unangetastet bleibt, ist Europas Freiheit in Gefahr, hundertmal, wenn sie neunundneunzigmal von neuem erkämpft wird. Rußland muß befreit werden, damit Europa frei sein könne. Rußlands Befreiung aber liegt in seiner Teilung. Deutsche können erobernd in Rußland vordringen, aber sie können auf den Ebenen zwischen Dnjepr, Weichsel und schwarzem Meer nimmer ein unabhängiges, dauerhaftes Reich errichten. Die Deutschen können das nicht, die romanischen Völker können es ebensowenig, weil sie nicht dauernd friedlich und freiheitlich über slawische Völker herrschen können. Die Polen können es, und darum muß Polen wiedererstehen! -Aber Polen, das von den Dynasten nicht wiederhergestellt werden könnte, auch wenn sie wollten, das nur wiedergeboren werden kann von der Revolution, weil es nur für sie eine Notwendigkeit ist, kann eben deshalb nicht in seinen alten Grenzen wieder aufgerichtet werden. Seine Wiedergeburt in den alten Grenzen, wäre sie selbst ein Werk der Revolution, würde doch zu gleicher Zeit eine Kriegserklärung gegen diese sein, welche das historische Recht verleugnen muß, um das Recht der Vernunft zur Herrschaft zu bringen!" "Die Polen in ihrer gegenwärtigen Zerstückelung können die Wiedergeburt ihres Reiches nicht selbständig durchführen, sie bedürfen der Hilfe; aber die europäische

Freiheit kann nicht bestehen und Dauer haben ohne jene Wiedergeburt. Darum ist die Hilfe, welche die europäische Demokratie den Polen gewährt, kein Geschenk, sondern ein Tauschartikel. - Polnische und deutsche Revolutionsheere müssen gemeinsam, wenn die europäische Revolution gelingen soll, sofort und gemeinsam über die Ostgrenze erobernd in Rußland eindringen".⁹³⁾

Die gemeineuropäische Solidarität der Demokratie hat es allerdings nur ideell, auf literarischer Ebene, aber in Wirklichkeit nicht gegeben, es sei denn in der Form persönlicher Parteigängerschaft der modernen Reisläufer oder etwa in dem von Mazzini gegründeten, als Organisation aber schon nach zwei Jahren wieder zerfallenen "Jungen Europa". Dagegen bestand die europäische Solidarität der konservativen Mächte als das von Metternich erneuerte pentarchische System. Sie ist zerbrochen erst an der Orientalischen Frage. Zar Alexander ließ sich von Metternich noch zurückhalten, den griechischen Freiheitskampf gegen die Türken zu unterstützen. Doch der neue russische Kaiser Nikolaus I. stellte das Machtinteresse über das politische Prinzip.⁹⁴⁾ Er zog in den Krimkrieg.

Wilhelm Rüstow aber blieb bei seinem Prinzip, und so nahm er jetzt Partei für Rußland, denn das türkische Reich war ihm der Inbegriff des überlebten Vielvölkerstaates, und er haßte es wie Österreich. In dem noch 1855 erschienenen ersten Band seines Werkes "Der Krieg gegen Rußland" erkannte Rüstow es als die "natürliche und darum auch vollkommen berechnete äußere Politik" Rußlands an, sich an den "Becken des baltischen und schwarzen Meeres" auszubreiten "und endlich die Tore dieser Meere, den Sund und den Bosphorus zu erwerben". Es unterliege zwar "nicht dem geringsten Zweifel", daß dies dem "ganzen übrigen Europa" unliebsam sein müsse, doch habe Rußland deshalb nicht nötig, von dieser Politik "freiwillig abzustehen". Rüstow schrieb, ganz Europa habe "die Last Rußlands auf seinen müden Schultern" gefühlt und "vor dem drohenden Kosakentum" geschaudert. Als nun die

Türken gegen Rußland auftraten, habe " plötzlich dieses Volk, welches so lange der Schrecken Europas gewesen, in einem idealen Lichte" gegläntzt, sei es, obwohl man wenige Jahrzehnte vorher noch " seine Blutgier gegen die Griechen, seine barbarischen Metzeleien gebrandmarkt und ihm alle Kulturfähigkeit abgesprochen" habe, nun zum wahren Musterbild der Menschheit geworden.⁹⁵⁾

Rüstow bemühte sich allerdings um eine objektive Darstellung des Krimkrieges und betonte im Vorwort auch: " Ich erwarte für die Zukunft der Menschheit weder von dem Russentum etwas noch von der Zivilisation, welche die Kulturelemente des Christentums dem verrotteten Islam oder einem beschränkten Egoismus opfert und nur zufällig an eine große Frage herantritt, nicht mit dem Willen, sie zu lösen".⁹⁶⁾ Am Schluß des ersten Bandes machte Rüstow schließlich sogar den Westmächten Vorschläge, was sie weiter zu tun hätten, riet zur "Eroberung der Krim und Losreißung derselben von Rußland", ferner dazu, sich der "vornehmsten russischen Häfen, welche die Wiegen neuer Kriegsflotten werden könnten", zu bemächtigen und daraus "Gibraltars am Pontus" zu machen.⁹⁷⁾

Doch 1876 schrieb Rüstow dann: "Selbst Alt-England wendet sich vom Sultan ab und sucht dafür mit seinem Gelde sich in Ägypten festzusetzen; eine Politik, die es vernünftigerweise schon lange hätte befolgen können und die ihm den Krimkrieg und manche andere Unannehmlichkeit erspart haben würde. Heute wäre es an der Zeit, endlich einmal das Prinzip der Nichtintervention auch für die Balkanhalbinsel anzuerkennen. Griechenland muß vergrößert werden, um als Königreich überhaupt bestehen zu können; mögen daneben noch fünf oder sechs slawische oder halbslawische Staaten zunächst auf der Halbinsel entstehen, nachdem der Türke vertrieben ist! Das andere wird sich später finden. Auch an der Westküste Kleasiens muß mit den Türken aufgeräumt werden; dort hat die europäische Zivilisation bereits große Eroberungen gemacht, und warum sollte an dieser von der Natur begünstigten Küste sich das lebensvolle Bild der Kolonien des alten Griechen-

lands nicht in neuer Gestalt wiederholen können? Und warum sollte Rußland, durch Rassen- und kirchliche Verhältnisse mit den Völkern der Balkanhalbinsel verwandt, nicht ein natürliches Protektorat über sie ausüben und nicht einige feste Punkte an beiden Ufern des Bosphorus und der Dardanellen besetzen... Wenn Rußland die nächste Gelegenheit einer größeren europäischen Verwicklung beim Schopfe ergreift, um die Emanzipation der Christen der Balkanhalbinsel von den Türken ernstlich durchzuführen, so hat es vollkommen Recht und dann ein vollständiges Recht darauf, sich selbst einige dominierende Stationen am Bosphorus und den Dardanellen zu sichern".

Trat Rüstow so einer verbreiteten Russophobie entgegen, so hat er andererseits den im 19. Jahrhundert schon vorausgesehenen großen weltpolitischen Gegensatz Rußland-Amerika nie angerührt. Seinem ganz und gar europazentrischen Geschichtsbild fehlte ein Ausblick auf das kommende ozeanische Zeitalter. Er sprach nur verächtlich von der "ungeheuren Selbstüberschätzung der Amerikaner und ihrer absoluten gewollten Unbekanntschaft mit allem, was das alte Europa längst gründlich festgestellt" habe, und warf ihnen vor, daß sie "in Verkennung der tatsächlichen Lage" sich einbildeten, "sie wären bereits zum Musterstaat emporgeklommen", während in Wahrheit ihr Staat sich noch "im Embryonenzustand" befinde.⁹⁹⁾

Im Glauben "an die Notwendigkeit der Nationalitäten" sah Rüstow "das Heil und die Erlösung". Er verfiel auch ganz der Illusion des Zeitalters, daß "die Aufrichtung starker gleichberechtigter Nationalitäten" dem Ewigen Frieden näher bringen werde, meinte, diese Nationen könnten "sich brüderlich die Hand reichen". "Unterdrückte und Unterdrücker, Hochmut und Demut, Kraft und Schwäche, Mut und Feigheit" aber würden sich niemals verständigen. Und so nannte er das allgemeine "Erwachen des Nationalgefühls ein vortreffliches historisches Anzeichen" und gab dem "sentimentalen Kosmopolitismus" keine Chance.¹⁰⁰⁾ "Die Humanitas des Commis voyageur, der täglich 40 Meilen auf der Eisenbahn zurücklege" und dann womöglich noch im Lauf von 24 Stunden ein vorteilhaftes Geschäft in Baumwolle oder Nähnadeln" zustan-

debringe und "sich seelenvergnügt auf das internationale Bett" werfe - diese Humanitas könne "die Menschheit" nicht befriedigen. Die wahre Humanitas aber schließe den "nationalen besonderen Staat" ebensowenig aus wie der Staat die Familie und die Gemeinde.¹⁰¹⁾

Den eingeborenen Machttrieb der Nationalismen unterschätzte Rüstow auch, als er 1868 von der "Idee der Nationalität in der modernen Auffassung" sprach, die eben "jede Nation alle andern Nationen und Nationalitäten als gleichberechtigt" ansehen lasse und nicht "ihre Individualität als Zentrum" hinstelle, "wie dies die Hauptvölker des klassischen Altertums taten".¹⁰²⁾ 1848 hatte er aber selbst noch geschrieben: "Aus der Asche des Alten entsteht uns der Phönix des Neuen: ein großes, einiges Deutschland, ein wahrhaftes Reich der Mitte, Beherrscherin der Welt (sic!), getragen von den Schultern einer jungen Generation, welche, weil wahrhaft souverän, versteht, was da heiße Nationalgröße und Nationalruhm, welche versteht zu vergessen das eigne Interesse über dem Interesse des Vaterlandes, welche von andern Nationen nicht bloß geduldet sein, sondern sie zwingen will, ihr das gleiche Recht und den gebührenden Teil an der Herrschaft der Erde einzuräumen".¹⁰³⁾ Auch 1855 forderte Rüstow "eine eifersüchtige Besorgtheit um die Erhaltung nationaler Selbständigkeit", denn nur sie könne die "den Völkern von Anbeginn aller Zeiten wohlthätig" gewesenen "offensiven Absichten einigermaßen ersetzen".¹⁰⁴⁾

Neigte Rüstow in den sechziger Jahren noch dazu, "von der Würde der germanischen Nation" zu sprechen und das romanische Wesen geringer zu schätzen,¹⁰⁵⁾ so wurde ihm der Krieg von 1870/71 doch zu einem oft und aufrichtig beklagten Beispiel der Entfesselung des Nationalhasses. Er warf Frankreich vor, daß es die deutschen Zivilbewohner aus Paris vertrieben habe. Das war allerdings überraschend für einen Mann, der immer den totalen Volkskrieg mit Einbeziehung auch der Zivilbevölkerung vertreten hatte. Nun aber nannte er das nationalistische Schüren "von beiden Seiten" "das größte, das

große europäische Unglück dieses Krieges, gegen welches alles materielle Leiden, alle materiellen Verluste" nichts bedeuteten.¹⁰⁶⁾ "Höchst bedenklich" schien ihm die Haltung "der deutschen Journalistik seit den ersten Siegen" und die laut werdende Forderung nach Elsaß-Lothringen.¹⁰⁷⁾ 1868 hatte er selbst es zwar für "nicht unmöglich" gehalten, "daß Lothringen und Elsaß einmal wieder den Drang nach der Wiedervereinigung mit dem großen Stammlande" fühlen könnten, "ehe sie gänzlich in das Franzosentum aufgegangen" seien.¹⁰⁸⁾ Doch während des Krieges wies er die deutschen Gebietsansprüche energisch und mit durchaus vernünftigen Argumenten zurück, die allein als völkerrechtlicher Maßstab auch heute noch vertretbar sind. Er wollte die betreffende Bevölkerung selbst ihre nationale Zugehörigkeit bestimmen lassen. Den historischen Ausweis von Elsaß-Lothringen als deutschem Land lehnte Rüstow ab: "Elsaß und Lothringen wurden nicht der deutschen Nation entrissen, sondern dem heiligen römischen Reich deutscher Nation, welches sich bekanntlich um die Nationalitäten, die es an seinen Busen drückte, sehr wenig bekümmerte... Elsaß und Lothringen sind stückweise durch vollkommen regelmäßige und im europäischen Staatsrecht allgemein anerkannte Verträge an Frankreich übergegangen, können also... wieder nur durch solche Verträge von Frankreich abgetrennt... werden. Zu einem Nationalgefühl gelangten und konnten gelangen Elsaß und Lothringen erst durch die große französische Revolution, und dieses Nationalgefühl, zu welchem sie nun gelangten, war ein französisches". Die historischen Argumente für die Angliederung an Deutschland "sind gerade ebenso zweifelhafter Natur, ebenso auf die Vernichtung alles historischen Werdens gerichtet wie diejenigen gewisser Polen für die mittelalterlich-feudale Wiederherstellung Polens in den alten Grenzen. Zu unserer Befriedigung können wir konstatieren, daß auch von den leitenden deutschen Staatsmännern das 'historische' Argument der Wiedergewinnung nicht gebraucht worden ist. Sie haben sich eines anderen, desjenigen des 'öffentlichen Wohles' bedient, gegen welches wir von unserem Standpunkt aus durchaus an und für sich nichts einwenden kön-

nen". Aber nach " unserer Überzeugung ist immer die beste Grenze, auch vom strategischen Gesichtspunkt aus, diejenige, welche ein Volk umschließt, das sich solidarisch verbunden erachtet. Da nun Elsaß und Lothringen sich seit der großen Revolution vollkommen als Franzosen fühlen und dieses Gefühl immer mehr im Laufe der Zeiten gewachsen ist, so können wir es für keinen Vorteil für Deutschland erachten, daß es sich Elsaß und Deutsch-Lothringen erwerbe".¹⁰⁹⁾

Den vernünftigen Grundsatz der Völker-Selbstbestimmung über die Fragen der nationalen Zugehörigkeit betonte Rüstow auch 1876 noch einmal ganz klar: "Bei den Abtretungen Dänemarks an Österreich und Preußen 1864, bei dem Verkauf Lauenburgs von Österreich an Preußen 1865, bei den Annexionen von 1866, bei der Abtretung von Elsaß-Lothringen an Deutschland 1870 ist das Volk nirgends und in keiner Weise gefragt worden. Es ward dabei gehandelt genau wie von den Fürsten zur Zeit der schönsten Blüte der absoluten Monarchie, als die Verleugnung der Existenz von Völkern ein Hauptsatz aller Staatstheorie war".¹¹⁰⁾

Die Deutsche Frage

Die deutsche Einigung war Wilhelm Rüstows größtes politisches Anliegen. Sie sollte kleindeutsch sein, d.h. Österreich nicht einbeziehen, und sie sollte zu einem demokratischen Nationalstaat führen. Eine strikt föderalistische Lösung hat der radikale Achtundvierziger allerdings nicht lange vertreten. Nur im ersten Nachhall der Märzrevolution bestimmten die innenpolitisch-grundsätzlichen Forderungen auch die "realpolitischen" nach der äußeren Machtstellung des Staates. Schon in den fünfziger Jahren begann Rüstow ungeachtet seiner Kritik am preußischen Konstitutionalismus und Heerwesen die Einigung Deutschlands als die Aufgabe Preußens herauszustellen. Dieser Gedanke der preußischen Vorherrschaft war erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufgekommen. Friedrich der Große hatte ihn noch nicht verfochten; sein Ziel war gewesen, den Kleinstaat Preußen zur europäischen Großmacht zu

erheben. Doch als in der Reformzeit die Hohenzollern-Monarchie freiheitlich umgestaltet wurde, da schien sie auch geeignet zu sein zum Vorbild im anstehenden Kampf um den deutschen Nationalstaat. Die Patrioten der Freiheitskriege konnten freilich an preußische Vorherrschaft noch nicht denken, weil Napoleon nur mit Hilfe Österreichs zu beugen war. So verständigten Metternich und der preußische Staatskanzler Hardenberg sich auch 1813, statt der Rivalität der beiden deutschen Großmächte den "friedlichen Dualismus" anzustreben. Doch seit Ludwig Jahn 1810 in seiner Schrift "Das deutsche Volkstum" sich für die preußische Führung beim deutschen Einigungswerk ausgesprochen und Österreich als "Völkermang" bezeichnet hatte, war auch der Gedanke der preußischen Vorherrschaft da. Die Patrioten Schleiermacher, Gneisenau, Arndt und der Historiker Barthold Georg Niebuhr setzten sich für ihn ein, auch die Burschenschaftler, und der ostelbische Junker Friedrich Ludwig von der Marwitz vertrat ihn andererseits im Sinne preußischen Machtzuwachs. Doch erst Bismarck hat das Werk dann vollendet. Die preußischen Patrioten waren aus ihren Stellungen entlassen worden, 1819 hatte die Reaktion eingesetzt, die Demagogenverfolgung begonnen.

Wilhelm Rüstow vertrat noch in seiner 1849 geschriebenen Militärstaats-Broschüre ganz föderalistische Einigungspläne. Er nannte die 1848 erschienene und Aufsehen erregende anonyme Schrift "Die deutsche Centralgewalt und die preußische Armee", verfaßt vom Direktor des preußischen allgemeinen Kriegsdepartements, Oberstleutnant von Griesheim, eine "wahnwitzige Expektoration, welche deutlich genug den preußischen Absolutismus" auffordere, "Süddeutschland mit Gewalt der Waffen zu einer preußischen Provinz, einem neuen wohlerbobenen Eigentum Preußens zu machen, um dadurch die Aufrichtung eines einigen freien Deutschlands, hervorgehend aus der freien Verbindung seiner souveränen Volksstämme, zu hintertreiben".¹¹¹) In der Zürcher zweiten Auflage seines Buches warnte Rüstow die preußischen Soldaten noch, in einen Krieg gegen Österreich zu gehen. Sie sollten sich lieber zu dem von Rüstow auch für möglich gehaltenen Kampf "der Heiligen

Allianz gegen die europäischen Republiken" aufbieten lassen, der immer noch "besser" sei "als ein Krieg zwischen Habsburg und Hohenzollern". "Ein Krieg der Dynasten mit dem Zaren an der Spitze gegen die europäischen Republiken" sei "ein klarer Krieg" und rufe "die Völker auf zum Schutzkampf gegen Asiatismus, Rußland, das Dynastentum".¹¹²⁾

Hier stand Rüstow das europäisch-solidarisch empfundene freiheitliche Anliegen noch höher und näher als die Deutsche Frage, die Preußen ihm nicht schien lösen zu können. Doch finden sich in der Militärstaats-Schrift auch schon Bemerkungen, die mit den innerpolitisch-grundsätzlichen Bedenken gegen Preußen nicht ganz zusammenstimmen. In der ersten Auflage heißt es: "Wollte Preußen wirklich an der Spitze der deutschen Bewegung stehen, so mußte es in deren Charakter eingehen und dies durch eine große Tat zeigen; es durfte nicht zögern, die Wiederherstellung Polens, oder was dasselbe heißt, den Krieg gegen Rußland zu proklamieren. Nur durch ein großes Unternehmen nach außen (sic!), das den Stempel des offenen Bruches mit dem alten Systeme unverkennbar an der Stirne trug, konnte es sich nicht bloß fähig, sondern auch würdig machen, an der Spitze... zu stehen; selbst die Person Friedrich Wilhelms IV. und die 200 Leichen in Berlin wären dann kein Hindernis mehr gewesen (sic!)"¹¹³⁾. Und in der zweiten Auflage schrieb Rüstow über das preußische Nachgeben in der schleswig-holsteinischen Frage: "Aber Friedrich Wilhelm hat es nicht gewagt, den Sieg zu benutzen. Der Sieg ist abermals unnütz, und die Gebliebenen sind abermals bloßes Kanonenfutter. Verzagt steht der königliche Schwächling da, kann kein Herrscher sein, weil er nur für einen Herrscher gelten darf, solange die Unvernunft des Legitimitätsrechts für Recht anerkannt wird, weil er nur eine Krone erben, nimmer eine erobern (sic!) konnte. Preußen ist der Spott der Nationen geworden".¹¹⁴⁾

Nie ist Rüstow zwar für eine Borussifizierung Deutschlands eingetreten, aber seit dem Krimkrieg trat seine kleindeutsche Einstellung immer deutlicher hervor. So schrieb er 1856:

"Deutschland ist noch heute für Preußen und für Preußen zu haben, oder Preußen kann noch heute in Deutschland aufgehen -wenn man dies, was in unseren Augen nur ein anderer Ausdruck für dieselbe Sache ist (sic!), lieber haben will-, und hierin liegt ein hauptsächlichlicher Teil von Preußens Kraft und seiner Fähigkeit, dem übrigen Europa gegenüberzutreten der andere in seiner jetzigen Organisation (sic!), in dem starken und mutigen Geist seines Volkes wie aller norddeutschen Stämme und in seinen Erinnerungen".¹¹⁵⁾ Der politische Flüchtling beklagte "die traurige Rolle, welche Deutschland in der auswärtigen Politik" spiele, und er wünschte sich, eine "volkstümliche" preußische Regierung möchte "ihre ganze Aufmerksamkeit der Stärkung der preußischen nicht bloß, sondern der ganzen deutschen Volkskraft und dem Zusammenschluß derselben um den preußischen Kern" zuwenden¹¹⁶⁾. Auch 1856 meinte er: "Was auch die preußische Regierung gesündigt haben möge, so befindet sich doch Preußen in der glücklichen Lage, in jedem Moment umkehren zu können und Deutschland für sich zu haben, wenn es ernstlich will. Das deutsche Volk sieht nicht auf Österreich, sondern auf Preußen, denn es weiß, daß dieses letztere nicht durch zufällige und vorübergehende sondern durch ewige und wirkliche Interessen mit ihm verknüpft ist, es weiß, daß Preußen nur durch die Revolution seiner Fürsten und Völker groß geworden ist und daß die Hoffnungen einer Wiedergeburt Deutschlands nur auf dem Wege der Revolution - wobei deren Charakter allerdings ein sehr verschiedener sein kann und wir nicht im mindesten annehmen, daß sie etwa nicht von oben ausgehen solle - zu erfüllen sind, es weiß auch, daß Preußen ein protestantischer Staat ist und daß Deutschland selbst -auch dort, wo es katholisch heißt- durch und durch protestantisch ist".¹¹⁷⁾

Ab 1860 griff Rüstow immer wieder die außenpolitische Unentschlossenheit Preußens an, sprach von der "unfruchtbaren und feigen Politik 'der freien Hand'"¹¹⁸⁾, sah die "hergebrachte hohenzollernsche Politik" durch das Motto "Wasch' mir den Pelz, aber mach' ihn nicht naß!" charakterisiert¹¹⁹⁾, nannte das "Berliner Kabinett" die "Regierung der halben

Maßregeln¹²⁰⁾ und verspottete "die kleine preußische Politik von jetzt"¹²¹⁾. Preußen schien ihm nur "wieder eine Großmacht" werden zu können, wenn es "durch Anschluß des übrigen Deutschlands seine Einwohnerzahl mindestens verdoppelte". Und dabei "würden beide Teile gewinnen". Doch "ohne die vorgängige Eroberung der Herzen und Geister" würde "die nur auf die Waffengewalt gebaute Eroberung des übrigen Deutschlands" "höchst schwierig" sein¹²²⁾. Rüstow vertrat hier zwar die Methode der moralischen Eroberung Deutschlands, von der ein halbes Jahrhundert vorher schon der preußische General und Patriot Neithardt von Gneisenau gesprochen - doch die ganze Diktion verrät ein nur noch schwer zu zügelndes Interesse an preußisch-deutscher nationaler Machtpolitik. 1864 schrieb Rüstow über eine Annexion Schleswig-Holsteins durch Preußen: "Dieser Gedanke ist ein so natürlicher, und man muß ihn für so sehr im Interesse Preußens und, solange es kein einheitliches Deutschland gibt, auch für im deutschen Volksinteresse liegenderklären, daß man mit Erstaunen sieht, wie wenig Anklang er fand, selbst in Preußen. Preußen im Besitz der Herzogtümer, kann ihnen doch gewiß einen anderen und besseren Schutz gewähren, gegen später hervortauchende Ansprüche, als etwa der liebe Deutsche Bund; Preußen würde durch die Annexion gezwungen, seine Flotte zu entwickeln, und dies würde, welches auch die Übergänge sein möchten, immer schließlich Deutschland zugutekommen (sic!)". Nach seiner Meinung hatte "Preußen die Pflicht, die Herzogtümer zu annektieren, auch gegen den Willen Österreichs"¹²³⁾.

Vollends nach dem Sieg von Königgrätz trat Rüstow für Preußens Führungsansprüche ein und schrieb: "Im Laufe der Zeit müssen die Völker Deutschlands begreifen, daß sie zwar für ihre Regierungen, aber nicht für sich selbst etwas von Österreich, für sich selbst nur von Preußen etwas erwarten können"¹²⁴⁾. Es war ihm eine Genugtuung, daß nun der "verderbliche Dualismus" beendet war, denn die beiden Großmächte seien stets fähig gewesen, "einander im Guten zu hindern, niemals fähig, Deutschland zum Guten zu verhelfen". Rüstow

sah "die erste Bedingung eines engeren Zusammenschlusses der deutschen Nation" erfüllt und hielt dafür, daß nun bei der germanischen Neigung zur Dezentralisation "ein wenig zentralistischer 'Despotismus'" nichts schaden könne¹²⁵). An Preußens Annexionen von 1866 rühmte Rüstow, daß sie im "günstigen Moment" erfolgt seien und so "einen wahrhaft lebensfähigen Machtkern jenes einigen, einheitlichen Deutschlands" gebildet hätten, das nun "aus dem Gebiet der Träume und unvollkommenen Versuche der Realität plötzlich näher gerückt" sei¹²⁶). Mit dem Krieg von 1866 sah Rüstow "die Bahn zur Größe geöffnet"¹²⁷). Auch 1872 unterstrich er noch die "geschichtliche Notwendigkeit" des Krieges zwischen Preußen und Österreich¹²⁸).

Während des siebenziger Krieges allerdings stemmte Rüstow sich, wie wir schon erwähnten, gegen den auf beiden Seiten ausbrechenden "Nationalhaß". Nun konnte der in seinem persönlichen Stolz immer noch tief verletzte und unzufriedene Mann, der gleichwohl seit zwanzig Jahren einer machtvollen Einigung Deutschlands durch Preußen wohlwollend gegenübergestanden war, in den unter seinen emigrierten Landsleuten laut werdenden Jubel nicht einstimmen. Schon im Dezember 1870 schrieb er Emma Herwegh: "Auch hier in Zürich haben die eichelteutschen Judenjungen - denn wenn man die echten deutschen Männer kratzt, sitzt i n m e r (Sperrung von WR) ein Jude darunter - wenigstens in der Presse die Oberhand. Nachdem mich der Redakteur der Neuen Zürcher Zeitung vielfach gebeten, ihm Artikel über den 'Krieg' zu schreiben, schickt er mir neulich einen solchen zurück, in welchem ich das schimpfliche Gebaren der deutschen Juden Frankreich gegenüber gebührend geißelte, sodaß ich jetzt außerstande bin, meine Artikel fortzuführen"¹²⁹). Rüstow floh die Umgebung der Zürcher deutschen Kolonie und berichtete Emma Herwegh, er habe sich wieder in den eidgenössischen Militärdienst "lotsen lassen" und mache Generalstabsreisen mit, weil er so mit jungen Leuten zusammenkomme, "die nicht Kammerknechte des heiligen Reiches eichelteutscher Nation" seien¹³⁰).

Doch solche rein privaten Äußerungen, die in seinen Publikationen auch nach 1870 nicht zu finden sind, erklären sich mehr aus Rüstows persönlich-menschlicher Resignation. Er hätte freilich die deutsche Einigung immer lieber aus einer Volksbewegung entstehen gesehen als durch Fürsten-Übereinkunft wie jetzt in Versailles. Aber es war auch ihm der kleindeutsche Zusammenschluß mehr eine machtpolitische als eine Frage der Gesinnung geworden, und deshalb kann nicht das Gewicht politischer Entscheidung haben, was er 1872 an Emma Herwegh schrieb: "Wenn ich die Vergötterung eines solchen Schuftes (Wilhelms I., A.d.V.) vom Gesamt-Deutschland und dann wieder sehe, wie dieses gebildete Gesamtdeutschland mit einer Schamlosigkeit und Verlegenheit ohnegleichen alle Männer verleumdet, die ihm auf ganz andere Weise die Einheit und Freiheit zu verschaffen versuchten und die deshalb (Sperrung von WR) verfolgt wurden und werden bis auf den heutigen Tag, da steht mir mein bißchen Verstand stille. Dieser neuen grrrrrande nation ziehe ich doch die alte unbedingt vor"¹³¹). Auch 1874 versicherte Rüstow, daß ihm "das modernste Teutschtum eklig bis über die Ohren" sei¹³²), und schrieb Emma Herwegh über die "hiesige Professoren- und Kaufmannslümmelbande aus Hintergermanien": "Die meisten von diesem Gesindel haben früher Fürsten gefressen, daß sie noch voll davon sind wie gestopfte Blutwürste, und jetzt wedelt und winselt das Pack den Kartätschenprinzen und den Bismarck an und verleumdet und verfolgt und beschimpft alle ehrlichen Leute, die nicht von heute auf morgen ihre Überzeugungen wie Handschuhe umkehren können"¹³³).

Nur nach diesen privaten Äußerungen, ohne Rüstows politische Haltung in seinen Publikationen näher geprüft zu haben, nannte Marcel Herwegh Rüstow einen "ennemie irréconciliable de l'Allemagne triomphante"¹³⁴), und im Vorwort zu seiner Biographie schrieb auch der französische General Duval: "Il considérait l'hégémonie de la Prusse comme un grand malheur pour l'Europe"¹³⁵). Doch daß diese Urteile nicht einmal für die Zeit nach 1870 zutreffen, zeigt deutlich Rüstows 1876 erschienene Schrift "Kriegspolitik und Kriegsgebrauch". Hier

steht durchaus anerkennend: "Preußen krönte sein Werk durch den Krieg von 1870/71, welcher auch den Eintritt der süddeutschen Staaten herbeiführte in das neue deutsche Reich unter Preußens Hegemonie"¹³⁶). Hier spricht Rüstow mehrfach von der "Mission Preußens". Abgesehen von der Gründung des Zollvereins, habe Preußen allerdings viel zu lange nichts getan, "um sich Sympathien in Deutschland zu erwerben und sich damit den Boden für spätere glückliche Kämpfe mit den Waffen zu bereiten, die es doch als seine notwendige Aufgabe seit dem Wiener Kongreß hätte vor sich sehen müssen"¹³⁷). Bismarck nannte Rüstow einen Mann, "der über die Mark Brandenburg freien Blickes hinaussah, der frei war von der beschränkten Furcht der Philister aller Gattungen vor der Revolution"¹³⁸).

In einer seltsamen Mischung von ironischer Ablehnung, Schickung ins Unvermeidliche und fast auch wieder wegweisender Zustimmung behandelt Rüstow in diesem Buch von 1876 die geopolitische Lage des Deutschen Reiches, die ihm ganz geschaffen und verlockend genug erschien zu weiterer Expansion. Er versicherte zwar, "vollständig überzeugt" zu sein, "daß gegenwärtig das neue Deutsche Reich mit vollster Aufrichtigkeit nur auf die Erhaltung des europäischen Friedens" sinne und "ernst für denselben" arbeite. Doch andererseits folgerte er aus der "natürlichen" Lage zu Holland, daß Deutschland "hier neue Begehrlichkeiten erwachsen" könnten, und fuhr fort: "Dann betrachte man auf der Karte die geographische Gestalt des neuen Deutschen Reiches; Süddeutschland erscheint da wie eine Anschwellung an einer Stelle Norddeutschlands. Dem Deutschen Reich fehlt die 'gesunde Abrundung'... Aber im Osten Bayerns und mindestens südwärts bis zum Kamme der Alpen wohnen auch recht echte deutsche Stämme, die österreichischen. Wenn sich das Deutsche Reich südwärts bis zu den Kämmen der österreichischen Alpen und ostwärts bis zu den Höhen zwischen der Waag und der March ausdehnte, erhielte es eine sehr nette runde Gestalt... Wir wiederholen, es fällt uns nicht entfernt ein, dem Deutschen Reich weitere Eroberungsgedanken zuzuschreiben. Allein sie liegen hier in der Natur der Dinge, in dem natürlichen Zuge der nun einmal begonnenen Entwicklung". In einer

Anmerkung hierzu schrieb Rüstow: "In einem preußischen Schulbuch: 'Lehrbuch der Geographie für höhere Unterrichtsanstalten von Prof. Dr. H. A. Daniel, 40. Aufl., hrsg. v. Dr. A. Kirchhoff, Halle 1874' lesen wir unter Deutschland, S. 329: 'Die natürliche Südgrenze gegen das obere, nach physischen Verhältnissen zu Frankreich gehörige Rhoneland bilden die Berner Alpen. Der St. Gotthard ist der erhabene Grenzpfiler zwischen Deutschland und Wälschland; d. h. dem Land, wo man romanisch, und zwar französisch einerseits, italienisch andererseits redet. Die weitere Grenze gegen Italien bilden die rhätischen Alpen bis zur Dreierherrenspitze, weiter die karnischen und julischen Alpen bis zum Busen von Fiume. Die natürliche Südostgrenze gegen das Donautiefland bilden die östlichen Ausläufer der Alpen und mit besonderer Bestimmtheit der Punkt des Donaulaufs, wo rechts die letzten Ausläufer der Alpen, links die kleinen Karpathen an den Strom treten, dann die kleinen Karpathen bis zur Weichselquelle'... Als 'deutsche Außenländer' sind dann ferner (ganz abgesehen von dem genügend berücksichtigten Österreich) bezeichnet (S. 442): Schweiz, Liechtenstein, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Dänemark. - Nicht wahr? wie unschuldig das uns anweht, wie Veilchen und Vergißmeinnicht!" (139)

Dieser so "sehr natürlich" erscheinende "Erweiterungsprozeß", meinte Rüstow, werde auch Böhmen ergreifen, hingegen sei es unwahrscheinlich, daß man es "auf die Erwerbung der Rußland gehörigen 'deutschen' Ostseeprovinzen" absehe. Erstens betrage der deutsche Bevölkerungsanteil wenig mehr als acht Prozent, und "dann würde sich das gegenwärtige Deutsche Reich hier eine noch viel ungesündere geographische Anschwellung im Nordosten zuziehen als seine gegenwärtige südwestliche, welche eben nach Korrekturen schreien" lasse. Noch einmal stellte Rüstow fest, daß das Reich "mit naturgeschichtlicher Notwendigkeit seine Vollendung auf demselben Wege suchen" werde, auf welchem begonnen wurde, "auf dem Wege des Krieges". Er fürchtete deshalb für die Zukunft der kleinen europäischen Staaten, vor allem der Schweiz und Belgiens.

Ihnen wäre "eine längere Existenz gesichert" gewesen nur, wenn man 1871 Elsaß-Lothringen zu einem neutralen Staat gemacht und dann auch Nordsavoyen neutralisiert hätte. So erachtete Rüstow "die kleinen selbständigen Zwischenstaaten in Europa" auch verbündet für nicht stark genug zum Widerstand, zumal wenn sie ihre Politik "bloß auf die Gnade und den Zwiespalt der Großen" abstellten, statt an ihre "Mission...im Dienste der Völkerfreiheit" zu denken und "in diesem Sinne in ihren inneren Verhältnissen zu jeder Stunde jeden Tages" zu handeln¹⁴⁰).

Nicht zu verkennen ist, daß Rüstow, der deutsch gebliebene Schweizer Bürger, in den großen Fragen der europäischen Machtpolitik an seinem Lebensende unschlüssig wurde. Doch er war ein Nationalist bis zu der Konsequenz, die Imperialismus heißt. Es steckt auch Einverständnis in den Sätzen, die den künftigen "Erweiterungsprozeß" deutscher Macht prophezeien. Die anklingenden Befürchtungen scheinen fast mehr ein Tribut an das Refugium Schweiz. Andererseits war dieser Militär demokratischer Sozialist mit liberalen und anti-egalitären Grundsätzen, aber ebenso Neigungen zu autoritär-monokratischer Herrschaft. Er zählt zur Opposition der deutschen Linken, und er hat weit weniger Einfluß als Lassalle oder die Kommunisten Marx und Engels geübt, doch gewiß auch mehr Bedeutung gehabt in der politischen Auseinandersetzung seiner Zeit als viele Publizisten beider Lager.

Anmerkungen

=====

(Sämtliche Zitate werden in moderner Rechtschreibung wiedergegeben)

Kapitel I

- 1) Den am 14. August 1878 morgens in Außersihl verfaßten Abschiedsbrief hat Marcel Herwegh mit anderen Nachlaßpapieren und Manuskripten Rüstows im Dichtermuseum von Liestal (bei Basel) hinterlegt (Rü M 45). Vgl. meine Anm. 332 im I. Kap.
- 2) Nur in einer Anmerkung erwähnt Hans Wilhelm Pinkow, Der literarische und parlamentarische Kampf gegen die Institution des Stehenden Heeres in Deutschland in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts (1815-1848), Diss. Berlin 1912, Wilhelm Rüstow als "radikalen Militärschriftsteller"! - Auch Günter Nickolaus, Die Bewertung der Miliz in Deutschland von 1848 bis 1918, Diss. Berlin 1933, beschäftigt sich nur ganz am Rande mit Rüstow und belegt in keiner Weise seine Feststellung: "Unter den Verteidigern des Milizsystems ist an erster Stelle Wilhelm Rüstow zu nennen, der sich am stärksten mit diesen Fragen auseinandergesetzt hat und mit Recht als der größte Vertreter des Milizgedankens angesprochen wird" (S. 83). - Überhaupt nicht genannt wird Rüstow von Karl Demeter. Das Deutsche Offizierkorps in seinen historisch-soziologischen Grundlagen, Berlin 1930; ebenso wenig von Gerhard Ritter Staatskunst und Kriegshandwerk, I München 1954. - Selbst bei Reinhard Höhn, Verfassungskampf und Heeresleid, Der Kampf des Bürgertums um das Heer (1815-1850), Leipzig 1938, taucht Rüstow nur gelegentlich in Anmerkungen und ohne jedes Gewicht als ein typischer Radikaler auf. - Hermann Oncken, Lassalle, 1923⁴, sagt über den einige Jahre mit Lassalle und der Gräfin Sophie von Hatzfeld befreundeten Rüstow nur: "ein energischer kluger Mensch, der, ohne radikaler Parteipolitiker vom Beruf zu sein, die Revolution rein vom militärischen Standpunkt für eine Art von Normalzustand hielt und seine strategischen Fähigkeiten für solche Unternehmungen jederzeit in Bereitschaft hielt" (S. 222). - Mehr über das Verhältnis Rüstow-Lassalle-Hatzfeld, zu dem Marcel Herweghs Rüstow-Biographie und Steigers Rüstow-Dissertation keine Auskunft geben, berichtet Gustav Mayer in den Einführungen zu seinen sechs Bänden Ferdinand Lassalle Nachgelassene Briefe und Schriften, Stuttgart-Berlin 1923-25. - Nur in einem ganz unwichtigen Zusammenhang nennt Eugène Carrias, La Pensée Militaire Allemande, Paris 1948, einmal Rüstow. Gar nicht erscheint er, der über französische Militärorganisation viel wußte und schrieb, bei Richard D. Challener, The French Theorie of the Nation in Arms 1866-1939, New York 1955. - Einiges Interesse widmet Caemmerer, Die Entwicklung der strategischen Wissenschaft im 19. Jahrhundert, Berlin 1904, Wilhelm Rüstow. - Über Rüstow in der deutschen sozialistischen Literatur vgl. mein III. Kapitel.
- 3) Herweghs Schrift enthält im Faksimile einen Brief von Garibaldi und einen sonst nirgends abgedruckten von Bismarck. Gewidmet ist sie "à Son Excellence Benito Mussolini recreator urbis et orbis firmus moderator"!

- 4) Seite 9.
- 5) Seite 34-37.
- 6) 4. Band, Leipzig (F.A. Brockhaus) 1860, Die Gebrüder Rüstow 136-139. Über Wilhelm Rüstow heißt es da auch: "Das Jahr 1848 sollte ihn, wie so manche andere Kraft, plötzlich aus einer Laufbahn reißen, für welche er ganz geschaffen schien. Seine freisinnigen Meinungen hatte er zwar nie, auch nicht vor seinem Vater, einem alten Offizier und preußischen Patrioten von altem Schrot und Korn, verleugnet, er war mit ihnen eben ein Kind seiner Zeit". - Im Historisch-Biographischen Lexikon der Schweiz, deutsche Ausgabe, V. Band Neuenburg 1929, 746, wird Rüstow ein "außerordentlich fruchtbarer Schriftsteller" genannt. In der knappen Angabe heißt es fälschlich auch, Rüstow sei 1877-78 erster Dozent für Kriegswissenschaften am Eidgenössischen Polytechnikum gewesen. Er war es nur im Wintersemester 1875/76. - Im Illustrierten Deutschen Militär-Lexikon, Berlin 1897, 597, steht über Rüstow nur: "eidgenössischer Oberst (1821-1878) als Militär-Schriftsteller bekannt; beteiligte sich an der Revolution 1848 und entfloh nach der Schweiz". Im Literatur-Anhang des Lexikons werden allerdings einige Werke Rüstows genannt.
- 7) Troschke, Die Militair-Litteratur seit den Befreiungskriegen 202, 203, 226. Troschke schrieb bei der Besprechung des Rüstowschen Buches über 1866 auch (299): "Es scheint, daß die großen Ereignisse der letzten Zeit ihren läuternden Einfluß auch auf ihn geäußert haben, wozu, wenn dies der Fall, wir ihm selbst und der Militair-Literatur aufrichtig Glück wünschen". Zu Rüstows Die ersten Feldzüge Napoleon Bonapartes heißt es bei Troschke: "Auch uns ist es ein wohlthuendes Gefühl, bei diesem bedeutenden Werke ohne Mißklang von diesem talentvollen und fruchtbaren Schriftsteller zu scheiden, über den wir zu unserem Bedauern (sic!) manches Herbe nicht zurückhalten konnten, wenn wir den Kern desjenigen wiedergeben wollten, was in den Referaten der MLZ über denselben gesagt worden" (S.308).
- 8) Dr. Carl Walcker an Rüstow, Karlsruhe 10.10.1873; Liestal Rü M 54. - Walcker veröffentlichte 1873 in Leipzig: Die militärische, nationale, sozial- und kirchenpolitische Notwendigkeit der militärischen Jugenderziehung und wirklich allgemeiner Wehrpflicht.
- 9) A. Ponserreffsky an Rüstow, St. Petersburg 4.12.1876; Liestal Rü M 54. Rüstow schrieb am 1.1.1877 an Emma Herwegh: "Am Christabend kam auch ganz unversehrt in einem Luxusband eine russische Übersetzung meiner vor 20 Jahren erschienenen und jetzt übersetzten Geschichte der Infanterie, - ich scheine also doch dauerhaft zu sein. Kurz vorher hatte ich vom Prinzen Galitzin die sämtlichen bisher erschienenen Bände der unter seiner Redaktion herausgegebenen Allgemeinen Kriegsgeschichte in deutscher Übersetzung erhalten. - Leider verstehe ich kein Russisch, vielleicht würde ich mich noch hineinarbeiten, wenn die verdammten Buchstaben nicht wären. Vor einigen Jahren, mein bißchen Spanisch war fast zum Teufel, erhielt ich vom spanischen Generalstab ein Prachtwerk - Geschichte der spanischen Infanterie und Kavallerie im Buchhandel ohne Einband etwa 300 Franken - zum Geschenk, und jetzt lese ich das Spanische wieder wie Deutsch"; Liestal BR H 1292.

- 10) Hermann Orges an Rüstow, 39.1.(?); Liestal Rü M 55.
- 11) Hausen, Premierleutnant im kgl. sächsischen 5. Inf.-Reg. Prinz Friedrich August, an Rüstow, Chemnitz 25.9. 1877 und Zwickau 9.7.1878; Liestal Rü M 54. Es handelt sich nicht um den 1914 im Marnefeldzug erfolgreichen sächsischen Generaloberst Max Frh. von Hausen.
- 12) Mathias Baum an Rüstow, Belgrad 10.10.1876; Liestal Rü M 56.
- 13) Tschirschky, Generalstabsoffizier der 24. Division, an Rüstow, Dresden 31.3.1871; Liestal Rü M 57.- Auch General von Willisen, der Rüstow schon 1855 in Zürich besucht hatte, lobte in einem Brief von 19.12.1870 Rüstows Werk über den siebenziger Krieg: "Ich habe, sehr geehrter Herr Oberst, mit großem Vergnügen die mir gütigst übersendeten beiden Lieferungen Ihres Feldzuges von 1870 gelesen und mich besonders an der in großen meisterhaften Zügen gezeichneten Darstellung der militärischen Begebenheiten erfreut". Willisen rühmt, daß Rüstow nicht versucht habe, "womöglich hier den Ansprüchen jedes einzelnen Truppenteils auf ehrenvolle Erwähnung gerecht werden zu wollen, wie es zu ihrem großen Nachteile die Darstellung des preußischen Generalstabes für den Feldzug von 66" getan. Daraus entstehe "ein Gewirr von Einzelheiten, in dem man die so nötige Übersicht des ganzen völlig" verliere; Liestal Rü M 65.
- 14) Undatiert; Liestal Rü M 51.- Vgl. Brockhaus-Jahrbuch Unsere Zeit, 139, "Die Gebrüder Rüstow stammen aus einem niedersächsischen Geschlechte (Ristau, Ristowe, Rystow zu verschiedenen Zeiten geschrieben), welches sich angeblich schon im 12. Jahrhundert, zur Zeit Heinrich's des Löwen, in dem slawischen Teil von Pommern, und zwar um die Städte Schlawa, Köslin, Belgard und Bublitz niederließ und hier zu reichsfreiherrlichen und reichsgräflichen Würden gelangte". - Bei Martin Wehrmann, Geschichte von Pommern, I Bis zur Reformation (1523), Gotha 1904, findet sich nichts über die Rüstows.
- 15) Ebenda 139.
- 16) Rüstows Tochter schrieb: "Wenn mein Vater nichts dafür tat, seinen alten Titel wieder zu erlangen (soviel ich weiß, trug ihn schon sein Vater nicht mehr), so war es wahrscheinlich, weil es ihm ganz egal war, Marcel täte gut, diesen alten Kram, der sich im Dunkel der Zeiten verliert, nicht breit zu treten. Das alles hat ja keinen Sinn und Verstand mehr". - Ob Rüstow damit einverstanden war, dass der Wiener Verleger Arnold Hilberg 1867 seine Schrift: Die russische Armee als von "W.v.Rüstow" herausgab, ist nicht festzustellen.
- 17) Steiger, Der Rüstow-Prozeß, 23, nach der Todesanzeige für Wilhelm Rüstow in der Vossischen Zeitung Nr. 142 1878.

- 18) Nach freundlicher Mitteilung von Pater Ildefons Reinhard, Benediktiner-Abtei Maria Laach. - Rüstow war übrigens nach mir vorliegendem amtlichen Auszug aus dem Todesregister des ehemaligen Zivilstandskreises Ausersuhl "reformierter Konfession" und nicht katholisch, wie Herwegh angibt. Irgendwelche amtliche oder persönliche Aufzeichnungen über eine Konversion Rüstows habe ich nicht gefunden.
- 19) Aus Wilhelm Rüstows Verteidigungsschrift für das Kommandanturgericht in Posen am 13.2.1850. Steiger benützte die Rüstow-Akten noch im Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem. Sie wurden, wie mir das Berliner Hauptarchiv (ehem. Preuß. Geheimes Staatsarchiv) unter der Nummer BH E 4381/54 am 18.12.1954 mitteilte, während des Krieges nach Mitteldeutschland verlagert und sollten nach dieser Auskunft vom Deutschen Zentralarchiv in Merseburg verwaltet werden. Das DZA Abtlg. Merseburg, teilte mir aber unter der Nummer 2-11.01/1394/55 am 13.9.1955 mit, keine Rüstow-Akten erhalten zu haben.
- 20) Seite 24.
- 21) Rüstows Verteidigungsschrift vom 13.2.1850; Steiger 25.
- 22) Herwegh, 37, Anm.
- 23) Der Erste Staatsschreiber Huber in Zürich bestätigte Rüstow am 22.11.1856, daß er u.a. ein vom 5.11.1840 datiertes Patent eines preußischen Offiziers vorgelegt habe; Liestal Rü M 47.
- 24) Verteidigungsschrift vom 13.2.1850; Steiger 25.
- 25) Das in Leipzig erschienene 231 Seiten starke Buch hat Steiger nicht aufgefunden. Ein Exemplar befindet sich in der Bayerischen Staatsbibliothek München.
- 26) Verteidigungsschrift vom 13.2.1850; Steiger 26.
- 27) Seite 1 u. 57.
- 28) Als Huldreich Schwertlieb bekannte Rüstow sich selbst in seiner Verteidigungsschrift vom 13.2.1850; Steiger 26. Troschke, a.a.O. 202, sagt über Die deutschen Festungsverteidiger, daß die Schrift "den wenig praktischen Vorschlag" machte, "den Schutz Deutschlands durch 30 Zentralplätze mit Rayons von 5 Meilen Radius, die durch die Bewohner dieser Rayons verteidigt werden sollten, zu bewirken".
- 29) Rüstow gab sich in der Verteidigungsschrift vom 13.2.1850 als Autor der anonymen Schrift aus; Steiger 27.
- 30) 1. Brief im I. Band 1847, 430-448; 2.-4. Brief im II. Band, 121-171.
- 31) Minerva 1847, IV. Band, 49-117. Steiger 28 zitiert den Titel ungenau.
- 32) Verteidigungsschrift vom 13.2.1850; Steiger 28.
- 33) Troschke a.a.O. 203
- 34) Ebenda.

- 35) Steiger 28.
- 36) Heer und Volk, 1848 I. Band, 322, nannte die Broschüre "den besten und wahrhaft praktischen Vorschlag zur Verwirklichung der hohen Idee der Volksbewaffnung"; zit. nach Reinhard Höhn, Verfassungskampf und Heereseid, 327, Anm. 3. Höhn kennt Rüstow nicht als den Verfasser.
- 37) Troschke a.a.O. 203. In dem Artikel der ADB 30, S.34, heißt es, Der Krieg der Zukunft enthalte "Hirngespinnste der erregten Einbildungskraft Rüstows". Fälschlich bezeichnet die ADB diese Schrift als Anlaß zur Festnahme und Verurteilung Rüstows.
- 38) Einleitung 5.
- 39) Ebenda 6.
- 40) Ebenda 11 u. 14.
- 41) Vgl. Alfred von Martin, Soziologie, Die Hauptgebiete im Überblick, Berlin 1956, A III, 90.
- 42) Seite 25 ff. Zu Rüstows Miliz-Organisation vgl. mein III. Kapitel.
- 43) Nach Ansicht der Militair-Litteratur-Zeitung "wahrscheinlich aus der Feder" Rüstows, wie Troschke a.a.O. 203 schreibt. Der Verfasser des ADB-Artikels über Rüstow hat diese Meinung offenbar ebenso wie Hans Wilhelm Pinkow, Der literarische und parlamentarische Kampf, von Troschke übernommen. Rüstow scheint in seiner Verteidigungsschrift vom 13.2.1850, die seine übrigen anonymen oder unter dem Pseudonym Huldreich Schwertlieb erschienenen Schriften aufzählte, nicht erwähnt zu haben; wenigstens steht bei Steiger nichts darüber.
- 44) Steiger 34.
- 45) Ebenda 35.
- 46) Verteidigungsschrift vom 13.2.1850; Steiger 28.
- 47) Steiger 33-38.- K.A. Varnhagen von Ense vermerkte in seinem Tagebuch (6. Band Leipzig 1862, 441) allerdings am 16. November 1849: "Der Ingenieurleutnant Rüstow in Posen, der für die Vereidigung der Armee auf die Verfassung geschrieben hatte, ist deshalb zur Verantwortung gezogen worden und sieht seiner Strafe entgegen". Steiger bringt Rüstows Schrift "Graf Arnim-Boytzenburg: Über die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung" nicht in Zusammenhang mit den Untersuchungen gegen Rüstow.- Vgl. meine S.406, Anm. 179).
- 48) Seite 17 f. In den Tagebüchern Varnhagen von Enses heißt es (7. Band Zürich 1865, 10) am 7.1.1850: "Die Schrift von Wilhelm Rüstow über das deutsche Militärwesen ist mit Beschlagnahme belegt und soll vor Gericht kommen. Sie wird bereits im Auslande neu gedruckt"; S. 23, am 15.1.1850: "Rüstow's Schrift, ein wahres Wunder von Mut! Er greift den bisherigen Staat und sein Militär an der Wurzel an, die er bloßlegt. Ein Ingenieur-Offizier im Dienst!"; S. 40, am 28.1.1850: "Rüstow's Schrift noch immer zu haben".

- 49) Vgl. Steiger, 4. u. 5. Kapitel.
- 50) Im Titel der ersten Auflage hieß es "...vor und während der Revolution", in der zweiten Auflage "...vor und nach der Revolution".
- 51) Liestal Rü M 34.
- 52) Rüstow selbst sagt nichts davon, daß er die Mahlzeiten später in der Stadt einnehmen durfte. Die Szene mit der Spinatschüssel spielte sich nach seiner Schilderung in der Zelle ab. Bei Herwegh 31 steht von bewachten Gängen in die Stadt.
- 53) Zur Berichtigung über mich verbreiteter Lügen, 21 f. Der "schöne Mensch von Engern" war eine Anspielung auf ein an der Weser gefundenes prähistorisches Menschenskelett.
- 54) Ebenda 19 f.
- 55) Allerdings schreibt Rüstow in seiner "Berichtigung" 30: "Auch über meine Flucht sagten die damaligen liberalen - jetzt nationalliberalen Blätter, sie sei von der Regierung Friedrich Wilhelms IV. unterstützt, gewollt, begünstigt worden. Ist es wirklich nötig, darauf ein Wort zu erwidern? Erst bietet eine Regierung alle, auch die illegalsten Mittel auf, um einen Mann, der ihr Feind ist, festzusetzen, dann bietet sie mehrere Kompanien auf, um diesen Mann festzuhalten, umgibt ihn mit hundert Schikanen, die für gewöhnliche Gefangene - Mörder, Räuber, Diebe und Betrüger etc. gar nicht existieren, - und dann? - nun dann öffnet sie ihm selbst die Türen. Moderne Logik der Überweisen".
- 56) Seite 27.
- 57) Woher Herwegh die bei Rüstow nicht vermerkten Details über die Flucht hat, gibt er nicht an. Steiger 71 schreibt, daß sich der Verdacht auf Unterstützung bei der Flucht Rüstows gegen den polnischen Grafen Dzialinski richtete, aus dessen Küche Rüstow versorgt worden war. Doch konnte dem Polen nichts nachgewiesen werden.
- 58) Vgl. zur Neuenburger Frage Heinrich Ritter von Srbik, Deutsche Einheit, München 1940², II 274-279.
- 59) Mayer, Ferdinand Lassalle Nachgelassene Briefe und Schriften V Stuttgart-Berlin 1925, Einführung 15.
- 60) Seite 30 f.
- 61) Srbik, Deutsche Einheit, II 277.
- 62) Das Original des in der Friedrichsruher Ausgabe nicht abgedruckten Bismarck-Briefes ist unauffindbar. Vermutlich hat Herwegh es nicht mit nach Liestal gegeben. Herwegh druckt in seiner Rüstow-Biographie den Bismarck-Brief auf Seite 52 in französischer Übersetzung ab, neben S. 57 auch im schwer lesbaren Faksimile.
- 63) Seite 58; Liestal Rü M 34.

- 64) Aus Bismarcks Brief ist nicht zu ersehen, ob er von Wilhelm Rüstow direkt angeschrieben wurde. Im Bismarckschen Original heißt es: "Nachdem ich den anliegenden Brief Ihres Herrn Bruders gelesen habe ...", M. Herwegh übersetzt: "Après avoir lu la lettre jointe à la vôtre de Monsieur votre frère..."; er wußte also entweder wirklich von einem diesbezüglichen Brief Wilhelms an Alexander Rüstow, oder er hat bewußt falsch übersetzt, weil er vielleicht Wilhelm Rüstow nicht unmittelbar sich an Bismarck hat wenden lassen wollen.
- 65) Herwegh 55, Anm.1, schreibt dazu: "On dit qu'il fut aussi question de le rappeler en 1866 et en 1870. Mais Rustow lui-même n'en a jamais rien su. Son attitude, d'ailleurs, lors de la guerre franco-allemande et pendant les années précédentes, indique nettement le cas qu'il eût fait de ces ouvertures s'il en avait eu connaissance". Im Rüstow-Artikelder ADB 30, S. 35, steht: "seit 1870 bekannte er (Rüstow, Anm.d.V.) sich zu den Grundlagen, auf denen das neue deutsche Reich aufgerichtet ward, und nur selten findet sich noch ein Anklang an seine früheren Meinungen in seinen Schriften; im Jahre 1870 hatte er sogar seinen Degen seinem früheren Vaterlande zur Verfügung gestellt, von welchem Anerbieten jedoch kein Gebrauch gemacht wurde. Daß er sich danach erboten habe, für Frankreich gegen Deutschland zu kämpfen, ist behauptet worden, aber nicht erwiesen". Anscheinend wurden Rüstow nach dem siebziger Krieg solche Pläne in deutschen Blättern unterstellt. Denn 1874 wies Rüstow in der Aufzeichnung "Zur Berichtigung über mich verbreiteter Lügen" diese Behauptung zurück (S.61 f.). Daß Rüstow aber die Rückkehr nach Preußen noch während der Konfliktszeit beschäftigt hatte, beweist ein Brief Ferdinand Lassalles an die Gräfin Hatzfeld vom 8.1.1863: "Mit dem Meschores habe ich dringend wegen Rüstows Amnestie gesprochen. Er sagte mir, daß er, wenn er wieder im Amte sei - in seinen früheren-, es durchsetzen zu können hoffe, daß er aber bis dahin nicht den dazu erforderlichen Einfluß habe"; Gustav Mayer, Lassalle IV, Nr. 159, S. 325. Wer "Meschores" (hebräisch: Diener) war, ist nach Mayer ungeklärt.
- 66) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 514.
- 67) Seite 51; Liestal Rü M 34.
- 68) Eduard Bülow und Wilhelm Rüstow, Militärische und vermischte Schriften von Heinrich Dietrich von Bülow, 141 f.
- 69) Der Krieg gegen Rußland, II 225 f.
- 70) Die preußische Armee und die Junker, 4.
- 71) Seite 23 f.
- 72) Seite 51.
- 73) Seite 55.
- 74) Seite 550.

- 75) So übernimmt Herwegh zwar aus Rüstows Aufzeichnung "Zur Berichtigung über mich verbreiteter Lügen" eine Schilderung über die Drangsalierung der demokratischen Militärs (Herwegh S.25, Rüstow S. 10), aber er streicht Rüstows aufschlußreiche Frage, ob "auch noch noch einmal den 1848 bis 1851 verfolgten freisinnigen Militärs" Gerechtigkeit widerfahren werde, so wie "jetzt selbst von den deutschen Reaktionären" die "Demagogenhetzen der 20er und 30er Jahre" verurteilt wurden.
- 76) Der Krieg um die Rheingrenze 1870, I 1. Abschnitt, 147 und 149.
- 77) Ebenda I, 2. Abschnitt, 22.
- 78) Das Vorwort wurde schon am 1.3.1852, wohl nach Fertigstellung des Buches, abgeschlossen. Bei Troschke a.a.O. 219 steht über dieses Werk: "eine anschauliche Darstellung ..., die viel zu denken gibt, wenn man auch den vielfach aufgestellten neuen Behauptungen nicht durchweg beizutreten vermag".
- 79) Bei Scheube in Gotha. Hier erschien 1855 auch Rüstows Heerwesen und Kriegführung C. Julius Cäsars.
- 80) Auf Rüstows Manuskript Rü M 5 in Liestal steht: "Meine ersten selbständigen Studien über den Feldzug von 1796 zunächst zum Zweck von Vorlesungen über Kriegsgeschichte an der Zentralschule in Thun 1854. Es fehlten mir damals noch die italienischen Quellen, die ich dann bei der im Druck erschienenen Behandlung dieses Gegenstandes benutzt habe".
- 81) Steiger 71.
- 82) 1853 in Frauenfeld erschienen; das Vorwort war schon am 1.10. 1852 abgeschlossen.
- 83) Erschien 1859 in 2. Auflage.
- 84) Troschke a.a.O. 220. In der 2. Auflage schrieb Rüstow 1859 in den Schlußbetrachtungen, 409: "Ich hatte es unternommen ..., eine Kriegsgeschichte nach einem eigenen Plane zu liefern, indem ich mit der Erzählung mehr, als dies bei den bisherigen Bearbeitern der Kriegsgeschichten der Fall gewesen ist, dem wirklichen Verlaufe der Dinge im Kriege folgte, welcher sich im ganzen wie im Bezug auf jede einzelne Tat in der Aufeinanderfolge von Plan, Mitteilung des Planes, d.h. der Befehlgebung und Ausführung ausspricht, indem ich mein Urteil über die Dinge dem gleichen Gange anpaßte und die Kritik nach dem bloßen Erfolge, welche bisher in den Kriegsgeschichten ... die herrschende war, so weit ausschloß, als es überhaupt bei der Unvollkommenheit des menschlichen Geistes möglich ist. Auf solche Weise meinte ich nach meiner Kraft ein neues Mittel der Belehrung denjenigen Soldaten an die Hand zu geben, welche mit mir bestrebt sind, in das Wesen ihrer Kunst einzudringen und sie als zusammenhängendes Ganzes aufzufassen". In dem Rüstow-Artikel der ADB, S. 35 f., heißt es: "Auch der Darstellung früherer Kriege widmete er seine Feder, indem er Napoleons Feldzüge aus den Jahren 1796 und 1797 und den Krieg von 1805 zum Gegenstand von Darstellungen machte, welche ohne großen Wert sind".

85) Troschke, a.a.O. 214.

86) Ebenda: "Der bewährte Kritiker Schulz sagt in der MLZ über dies spätere und weit vollständigere Werk: "Es wäre ein beinahe zweideutiges Lob, wenn wir sagten, daß diese Schrift aus der Masse ähnlicher als eine der besten hervorrage. - Sie ist wirklich gut und lehrreich, was man von den meisten anderen nicht sagen kann, und verdient allen anempfohlen zu werden ... Verfasser befließt sich einer Objektivität, die freilich dem Geschichtsschreiber niemals fehlen sollte, aber nur allzuoft vermißt wird. In dem militärischen Teile begegnet man durchaus gesunden Ansichten von der Kriegsführung und einer genauen Bekanntschaft mit dem Belagerungs-
krieg".

87) Der italienische Krieg 1859, 3. Aufl., S. 238 f. -Vgl. das an Rüstow gerichtete undatierte Schreiben des österreichischen Kriegsministers Franz Freiherrn von John, der dem Ministerium Belcredi und dem Ministerium des Rüstow verhaßten Beust angehörte: "Euer Hochwohlgeboren! In Beantwortung Ihres geehrten Schreibens vom 29. d. Mts. muß ich vor allem bemerken, daß die Zusendung des fraglichen Zeitungs-Fragmentes keineswegs von mir ausgegangen ist. Mir hätten zu einer Berichtigung Ihrer Geschichte des Feldzuges 1866 wohl schicklichere Wege offen gestanden als derjenige, welchen Euer Hochwohlgeboren mit Recht 'etwas neu' nennen. In einer den Ereignissen fast unmittelbar folgenden kriegsgeschichtlichen Arbeit werden auch beim besten Willen und größtem Geschick des Verfassers manche irrige Angaben unterlaufen, die jedoch in einer späterhin möglichen authentischen Darstellung der Tatsachen weit besser ihre Widerlegung finden als in einer nicht immer den lautersten Motiven entspringenden Zeitungspolemik"; Liestal Rü M 55.

88) Der Krieg gegen Rußland , I, Vorwort III.

89) Ebenda, II, 279 f. Auch S. 181: "dieses Buch ist keine Geschichte, aber in mancher Hinsicht besser als Geschichte; manches, was wir in ihm sagen können, wird schon in ein paar Jahren niemand mehr über die Ereignisse unserer Zeit schreiben können, weil er nicht unter dem unmittelbaren Eindruck derselben schreibt, und doch wird das, was wir eben sagen, die rechte Wahrheit sein". Vgl. Rüstow, Allgemeine Taktik, 205: "Es versteht sich ganz von selbst, daß wir uns dabei das Prophetenamt nicht anmaßen, wir können uns bedeutend irren. Das wird aber wenig schaden: den heut lebenden Menschen, wie den späteren Geschlechtern, wird es immer wichtig sein zu wissen, wie im Jahre 1867 über den Einfluß der veränderten Bewaffnung auf die Schlachtenführung auch diejenigen dachten, welche den Hauptnachdruck auf die Entwicklung der organisierten bürgerlichen Gesellschaft (Staat) und auf die ewigen Gesetze der Feldherrnkunst legen, ohne sich von augenblicklichen Eindrücken über das Maß der Dinge fortreißen zu lassen".

90) Liestal Rü M 65.

91) Ebenda. Am 19.5.1867 schrieb Tann an Rüstow: "Ich sage Ihnen meinen verbindlichsten Dank für die freundliche Übersendung der neuen Auflage Ihres Werkes, welches ich mit dem größten Interesse - namentlich was uns betrifft - bereits gelesen ...".

92) Der Krieg gegen Rußland, I, am 25.5.1855 im Vorwort, S.IV.

- 93) Seite 404, Anm. Rüstow schreibt auch, er habe "sich erlaubt, den Kaiser der Franzosen redend einzuführen nach einer Lüge von welcher die Geschichtsschreiber des Altertums häufig Gebrauch machten", sei aber auch überzeugt, daß Napoleon "in wesentlichen" so gesprochen habe, wie es bei ihm gedruckt stehe.
- 94) Liestal Rü M 27 u. Brief vom 31.12.69; Liestal BR M 1317 S. 133.
- 95) Der Krieg um die Rheingrenze, I. Band, 1. Abschnitt, 50, Anm.: "In den letzten Jahren brachte ich ein jedes mindestens vier Monate in Frankreich zu, und französische Offiziere aller Grade sagten, daß ich von dem Ganzen der französischen Armee mehr wisse als sie... Einer..., welcher den Krieg Frankreich voraussah, ohne ihn zu wünschen, sagte mir 18... Sie werden unser Kampfrichter sein!-Ich vollziehe sein Testament".
- 96) Der Krieg von 1866 in Deutschland und Italien, 127. Vgl. Der Krieg gegen Rußland, I 119: "Es ist eine geschichtliche Wahrheit, daß die großen Generale aller Zeiten, Gustav Adolf, Friedrich d.Gr., Napoleon, wenn sie es auch nicht gerade liebten, ihre Pläne ausgeschwatzt zu sehen, doch jenen übertriebenen Wert auf deren Geheimhaltung nicht legten wie die mittelmäßigen und schlechten".
- 97) Der italienische Krieg 1859, 3. Aufl., 118 u. 315, Anm.
- 98) Der Krieg gegen Rußland, I 118 f.
- 99) Liestal BR M 1317 a, S. 26. Rüstow arbeitete an seinen "Annalen des Königreichs Italien 1861 bis 1863", in deren Vorwort er dann am 15. Sept. 1863 schrieb: "Nachdem ich mich durch viele Vorstudien und neuerdings durch einen längeren Aufenthalt im Lande mit Dingen und Personen bekannt gemacht wage ich mich nun an eine ausführliche Geschichte der letzten Jahre". In Liestal befindet sich auch ein Manuskript Rüstows "Zeitungsauszüge zur Behandlung des italienischen Krieges von 1859 und der nächstfolgenden Zeit": Rü M 13.
- 100) Der Krieg gegen Rußland, II 277.
- 101) W.v.Rüstow (!), Die russische Armee, 33 f.
- 102) Der italienische Krieg 1860, 378.
- 103) Ebenda. S. 379 heißt es: "Wir verweisen hier nur auf den Bericht des 'Augenzeugen' Lump Edwin James. Da wir die Motive zum Gefecht von Capua einfach dargelegt haben, ist es hier nicht notwendig, weitere Betrachtungen hinzuzufügen oder gar Blödsinn zu widerlegen. Jedermann wird mit uns darin übereinstimmen, daß das Gefecht von Capua bedeutender und glücklicher war als jenes von Meri, für welches Medici zum General ernannt und im Tagesbefehl von Garibaldi erklärt wurde, daß die Division Medici sich wohlverdient um das Vaterland gemacht habe. Wenn man die neuere Kriegsgeschichte ernstlich durchgeht, so wird man keinen einzigen Neben- oder sogenannten Scheinangriff finden, bei welchem auch nur entfernt ähnliches geleistet wurde wie bei dem Angriffe Rüstows auf die Neapolitaner bei Capua. Eine Macht von wenig über 2000 M. zog hier 20 000 Feinde, das Zehnfache, auf sich und hielt sie durch ihre Lebhaftigkeit und Zähigkeit den ganzen Tag über in Atem". Vgl. meine Seite 47 ff. Im

Rüstow-Artikel der ADB heißt es: "Was er in 'Der italienische Krieg politisch-militärisch beschrieben' und in 'Erinnerungen aus dem italienischen Feldzuge von 1860' bringt, ist nicht nur durch seine Parteistellung, sondern auch, namentlich in der zweiten der genannten Schriften, durch das Selbstlob, welches er den eigenen Leistungen zollt, entstellt und in ein schiefes Licht gebracht". Bei Troschke a.a.O. 258 heißt es über Rüstows Italienischen Krieg und die Erinnerungen: "Verfasser, welcher als Oberst-Brigadier in der Südmarmee unter Garibaldi an diesem Feldzuge in bedeutsamen Stellungen teilgenommen, ist dadurch allerdings in der Lage, manche interessante Aufschlüsse geben zu können. 'Dennoch', sagt Ref.24 in der MLZ, 'erhebt sich das erstgenannte Werk bei der leidenschaftlichen Auffassungsweise des Verfassers nicht über den Charakter einer tendenziösen Parteischrift und kann dasselbe durchaus nicht als ein kritisch gesichtetes, wahrhaftes Geschichtswerk angesehen werden'. In Bezug auf manche den Verfasser persönlich betreffende Darstellung wird der Referent zu dem Ausruf veranlaßt: 'Wer wird bei alledem nicht unwillkürlich an die Erzählungen eines berühmten deutschen Freiherrn erinnert!'. 'Das Selbstlob des Verfassers tritt in dem zweiten Werk noch weit maßloser hervor als in dem ersten, und wir müssen frei bekennen, daß uns - obgleich an Zeitungsreklamen jeder Art gewöhnt - eine militärische Reklame dieser Art bisher noch nirgends vorgekommen ist. Nicht nur, daß Rüstow allen Ernstes versichert, 'der deutschen Tagespresse seit 10 Jahren fast allein Gedanken geliefert zu haben',...sondern alle Zweifel, die gegen seine Unübertrefflichkeit erhoben werden könnten, werden mit dem diktatorischen Wort 'Unsinn' niedergeschmettert'."

- 04) Der deutsch-dänische Krieg 1864, 294 ff.
- 05) Der Krieg um die Rheingrenze, I, 3.Abschnitt 160 f.
- 06) Der Krieg gegen Rußland, II 278.
- 107) Dietrich von Bülow's Bedeutung für die Entwicklung der Kriegswissenschaft, in: Eduard Bülow und Wilhelm Rüstow, Militärische und vermischte Schriften von Heinrich Dietrich von Bülow, 137. Vgl. Rüstow, Der Krieg gegen Rußland, II 275: "Wenn die Mittel, welche uns zu Gebote standen, viel beträchtlicher waren als diejenigen, deren z.B. zu Anfang des Jahrhunderts sich Bülow bei einer ähnlichen Arbeit über den Krieg von 1805 bedienen konnte, so wird man finden, daß dies für die Genauigkeit unserer Arbeit im Vergleich zu der eben genannten nicht ohne Folgen geblieben ist. Man mag aber dabei auch erwägen, daß der Reichtum an Quellen nicht immer ein Vorteil für den Schriftsteller ist, der gleichzeitige Begebenheiten in ein zusammenhängendes Bild zusammenfassen soll, daß dieser Reichtum ihm häufig zu einer Klippe wird, wenn er nicht den festen Willen und nicht die Fähigkeit hat zu unterscheiden."
- 108) Liestal Rü M 47 u. 40.
- 109) Nach amtlichem Auszug aus dem Familienregister der Gemeinde Bauma. Wie mir der Zürcher Stadtarchivar Herr Dr.H.Waser freundlicherweise mitteilte, muß es sich um Kandern bei Lörrach handeln. Auf dem Register-Auszug wird der Ort Kundern geschrieben.
- 110) S. meine Anm. 62 im I. Kapitel.

- 111) S. meine S. 135 ff.
- 112) Herwegh 46; ohne Quellenangabe.
- 113) I. Band, 3.
- 114) Am 22.7.1860; Liestal BR M 1317 a, S.4.
- 115) Heinz Gollwitzer, Der erste Karlistenkrieg..., in: HZ 176 (1953), 490. Zu Rahden vgl. mein II. Kapitel, 200 ff.
- 116) Gollwitzer a.a.O. 514.
- 117) Ebenda 511.
- 118) Ebenda 493-496.
- 119) Ebenda 492, Anm. 6.
- 120) Erinnerungen aus dem italienischen Feldzuge, I 7.
- 121) Ebenda 60 ff.
- 122) Die Brigade Milano, in: Demokratische Studien, II 118.
- 123) Erinnerungen aus dem italienischen Feldzuge, I 80. Die von Lecomte übersetzte Schrift war 1857 unter dem Titel Instruction sur la partie du service de l'etat-major en campagne erschienen.
- 124) Die Brigade Milano, 99.
- 125) Ebenda. Vgl. Erinnerungen a.a.O. I 47.
- 126) Erinnerungen a.a.O. I 5.
- 127) S. mein I. Kap., 52 f.
- 128) Erinnerungen a.a.O. I 114 ff.
- 129) Die Brigade Milano, 99.
- 130) Ebenda 130, Anm.
- 131) Liestal BR M 1317 a, S.4.
- 132) Erinnerungen a.a.O. I 51.
- 133) Die Brigade Milano, 130, Anm.
- 134) Erinnerungen a.a.O. I 277.
- 135) Liestal BR M 1317 a, S. 4.
- 136) Borrow, The Bible in Spain, London 1923, I 215 ff.; zit.n. Gollwitzer, Der Karlistenkrieg, a.a.O. 480.
- 137) Gollwitzer, Der Karlistenkrieg, a.a.O. 500 u. 489.
- 138) Die Brigade Milano, 99.
- 139) Ebenda 103.
- 140) Ebenda 103 f.
- 141) Ebenda 108 ff.
- 142) Erinnerungen a.a.O. I 168.
- 143) Ebenda 262.
- 144) Liestal BR M 1317 a, S. 14.
- 145) Erinnerungen a.a.O. I 112.
- 146) Ebenda 113.
- 147) Vorwort VI.
- 148) Erinnerungen a.a.O. I 67 u. 70.
- 149) Erinnerungen a.a.O. II 229 ff.
- 150) Vgl. Hermann Oncken, Rudolf von Bennigsen, I 534, Anm.

- 151) Liestal BR H 1152 a.
- 152) M.Mayr, Der italienische Irredentismus, Innsbruck 1917², 112; zit. n. Gollwitzer, Der Karlistenkrieg, a. a. O. 484, Anm.
- 153) Oncken, Bennigsen I 532.
- 154) Ebenda u. S. 152, Anm. 1.
- 155) Ebenda 533.
- 156) Ebenda.
- 157) Ebenda 533 f.
- 158) Ebenda 534, Anm. 2.
- 159) Ebenda 535, Anm. 1.
- 160) Franz Mehring, Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie, III 70. Mehrings Charakterisierung bezieht sich auf die dritte (Koburger) Generalversammlung des Nationalvereins (1862).
- 161) Gustav Mayer, Ferdinand Lassalle Nachgelassene Briefe und Schriften, II, Nr. 147, S. 269.
- 162) Ebenda Nr. 150, S. 273.
- 163) S. mein I. Kap., 68 f u. 79 f.
- 164) Mayer, Lassalle V, Einführung S. 15.
- 165) Auf einem solchen Brief schrieb Ludwig Schweigert (undatiert) an Rüstow; Liestal BR R 756.
- 166) Liestal BR H 746.
- 167) Schweigert an Wiggers, Koburg 15.10.1864; Liestal BR H 752 c.
- 168) Liestal BR H 719 bis 752. Vgl. Rüstow an Emma Herwegh, Genua 8.1.1863: "Hätte der unglückliche Schweigert (was ich wirklich nicht voraussehen konnte, als ich ihn 1861 nach Koburg schickte) nicht die unglückliche Idee gehabt, sich als selbständige Größe in Deutschland aufzutun, so stände manches für die Angelegenheit besser, für welche er 1861 nach Koburg ging. Er hat sehr vieles verpfuscht"; Liestal BR M 1317 a, S. 20.
- 169) Schweigert an Emma Herwegh, Koburg 8.1.1863; Liestal BR H 739. Zur Charakteristik Schweigerts vgl. Mayer, Lassalle II, Nr. 152, Schweigert 15.1.1862 an Lassalle, S. 275: "Ich habe viel zu tun, abends studiere ich Militärwissenschaftliches, Freitags baue ich Miniaturschanzen, Samstags Turnverein. Alles monoton. - Ich sehne mich hinaus in bewegteres Leben"; Mayer, Lassalle V, Nr. 18, Schweigert 5.6.1862 an Lassalle, S. 20: "Ich war die vorige Woche in Ruhla beim Turnfest, hielt daselbst eine Paukrede und gründete drei Wehrvereine. Übermorgen soll ich nach Oldenburg zum Turnfest, soll abermals pauken. Ich bin telegraphisch dahin eingeladen worden. Im Augenblick weiß ich noch nicht, ob ich abgehe, denn meine Kasse ist erschöpft und vom Nationalverein will ich nichts, außer was ich mit Recht beanspruchen kann. Ich habe unter den Turnvereinen Boden gewonnen, trotzdem daß ich immer wieder gegen die Satelliten der gegenwärtigen Turnerei losziehe. Der Oldenburger Verein ist mir besonders zugetan, er ist bereits bewaffnet und adjustiert wie mein Wehrverein."
- 170) Schweigert an Wiggers; Liestal BR H 752 c.
- 171) Liestal BR H 710

- 172) Mayer, Lassalle II, 270, Anm. 1. Ende Dezember 1861 geschrieben.
- 173) Mayer, Lassalle II, Nr. 152, S. 275.
- 174) Mayer, Lassalle V, Nr. 5, S. 6. "Das preußische Militärbudget für 1862. Ein Hilfsbüchlein für die preußischen Wahlversammlungen und das neue Abgeordnetenhaus" erschien am 17. April 1862 in Berlin (Mayer, Lassalle IV, 288, Anm. 2). Lassalle hat Rüstow offenbar zu dieser Schrift angeregt. Am 26. 4. 1862 schrieb er ihm, daß er "vorgestern" für ihn mit dem Verleger Janke "abgeschlossen" habe (Marcel Herwegh, Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Herwegh, Zürich 1896, 47). Am 11. 4. 1862 teilte Lassalle über die Gräfin Hatzfeld dem auf schneller Veröffentlichung drängenden Rüstow mit, daß er "jeden Tag einen Korrekturbogen" der Broschüre bekomme und lese (Mayer, Lassalle IV, Nr. 142, S. 289). Mit Lassalles Änderungen war Rüstow allerdings nicht einverstanden. Am 19. 4. 1862 beschwerte er sich: "Lieber Freund! Daß meine Budgetbroschüre durch Eure Korrekturen gewonnen hat, kann ich nur bedingt zugeben, nämlich insofern diese Korrekturen für die Bewohner eines Sklavensates notwendig waren. Glaube doch um Gottes willen nicht, mache es Dir nicht weis, daß meine Ausdrucksweise Euch Berliner schockiert, es ist das Wesen. Auch Du steckst tief in der steifleinenen, weißen Krawatte. Nur mit unbefangener, naiver, ehrlicher, nicht mit gedrechselter Rede bringt man zuletzt die so und soviel tausend Fäust zusammen, über deren Notwendigkeit wir ja vollständig einverstanden sind" (Mayer, Lassalle II, Nr. 171, S. 302).
- 175) Mayer, Lassalle V, Nr. 7, S. 7 f.
- 176) Ebenda, Nr. 18, S. 20.
- 177) Franz Mehring, Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, Stuttgart 1913², IV, Band, 358.
- 178) Briefwechsel Marx-Engels, III 71.
- 179) Mayer, Lassalle IV, Nr. 150, S. 304. Am 27. 9. 1862 teilte Lassalle der Gräfin mit: "Solange Sie beide in Wildbad, werde ich meine Briefe an Sie und Rüstow nur an Sie richten, da ich es doch im ganzen für überflüssig halte, die preußische Polizei direkt von Rüstows Aufenthalt zu benachrichtigen"; Mayer, Lassalle IV, Nr. 148, S. 296.
- 180) Gustav Mayer, Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie, Jena 1909, 54 f.
- 181) Sophie von Hatzfeld teilte Lassalle am 11. 10. 1862 aus Neustadt an der Hardt mit, daß diese Versammlung vom 12. auf Ende Oktober verlegt worden sei (Mayer, Lassalle IV, Nr. 149, S. 300). Franz Mehring, Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie III 69, spricht nicht ganz zutreffend von "einem Delegiertentage der Wehrvereine".
- 182) "Zum offenen Bruche" zwischen Rüstow und dem Nationalverein sei es hier gekommen, schreibt Mehring a. a. O.
- 183) Mayer, Lassalle V, Nr. 46, S. 57.
- 184) Ebenda, Nr. 54, S. 68.
- 185) Schweigert klagte Emma Herwegh verschiedentlich, daß Rüstow nichts von sich hören lasse; Liestal BR H 719-752.
- 186) Liestal BR H 1153 a.

- 187) Liestal BR R 756.
- 188) Liestal BR H 751 a.
- 189) Vgl. Mayer, Lassalle V, Einführung 15.
- 190) Mayer, Lassalle II, 146, S. 269.
- 191) Mayer, Lassalle IV, Einführung 25 f.
- 192) Lassalle an Georg Herwegh, Majolica 10.10.1861; Marcel Herwegh Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Herwegh, Zürich 1896, 16. Vgl. Rüstow's Brief an Emma Herwegh, 24.1.1874: "Ich lese so wenig Zeitungen - germanische fast gar nicht -, daß ich heute noch nicht weiß, wer denn eigentlich so glücklich ist, die zukunftsreiche Elfe Ludmilla in die Geheimnisse der Liebe eingeweiht zu haben. Für dieses Stück Arbeit möchte ich mich denn doch bedanken; ich gönne den sanften Hauch ihrer Rosenlippen von Herzen einem anderen"; Liestal BR H 1267.
- 193) Herwegh, Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Herwegh, 9 f.
- 194) Mayer, Lassalle II, Nr. 146, S. 269.
- 195) Herwegh, Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Herwegh, 15 (vom 10.10.1861 aus Majolica).
- 196) Ebenda 21 f.
- 197) Faksimile des italienischen Originals bei M. Herwegh, Illaume Rustow, neben S. 41.
- 198) Ebenda 48.
- 199) Mayer, Lassalle II, Nr. 149 u. 151.
- 200) Rüstow an Lassalle, 7.11.1861; Mayer, Lassalle II, Nr. 148, S. 27.
- 201) Rüstow an Lassalle, 16.11.1861; Mayer, Lassalle II, Nr. 149, S. 27.
- 202) Lassalle an Federigo Bellazzi, Anfang Februar 1862; Mayer, Lassalle II, Nr. 157, S. 282.
- 203) Mayer, Lassalle II, Einführung S. 27.
- 204) Ebenda II, 276.
- 205) Ebenda II, Nr. 149, S. 271.
- 206) Ebenda II, Nr. 150, S. 273.
- 207) Vgl. mein I. Kap., S. 69.
- 208) Mayer, Lassalle II, Nr. 154, S. 278 (19.1.1862).
- 209) Ebenda II, Nr. 156, S. 280.
- 210) Herwegh, Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Herwegh, 28.
- 211) Mayer, Lassalle II, Nr. 157, S. 281.
- 212) Ebenda II, Nr. 158, S. 285 u. 286.
- 213) Ebenda II, Nr. 168, S. 298.
- 214) Ebenda II, Nr. 169, S. 299.
- 215) Ebenda II, Nr. 171, S. 302.
- 216) Am 30. Juli 1862; Briefwechsel Marx-Engels, III 75.
- 217) Am 1. August 1862; ebenda III 76.
- 218) Mayer, Lassalle V, Nr. 40, S. 49. Rüstow über den geplanten Garibaldi-Besuch ebenda Nr. 14 u. 22.

- 19) Ebenda V, Nr.43, S. 54.
- 220) Liestal BR M 1317 a, S. 18.
- 221) Mayer, Lassalle IV, Nr. 156, S. 315 f.
- 222) Ebenda V, Nr. 74, S. 105 f., undatiert (Anfang März 1863)
- 223) Ebenda V, Nr. 54, S. 67, undatiert (Rüstow Anfang Januar 1863 an Lassalle).
- 224) Ebenda IV, Einführung 26.
- 225) Ebenda IV, Nr. 134, S. 278.
- 226) Ebenda II, Nr. 154, S. 278.
- 227) Ebenda II, Nr. 158, S. 286.
- 228) Ebenda IV, Nr. 138, Sophie von Hatzfeld an Lassalle, 4.3.18 S. 286. Der am 4. März 1862 geborene erste Sohn Rüstows starb noch vor der Taufe am 3. Juni 1862. Auch seine zweite am 4. Juli 1858 geborene Tochter Ulrica Louise war am 16. Oktober 1858 gestorben, wie aus dem Familienregister der Gemeinde Bauma zu ersehen ist.
- 229) Vgl. Mayer IV, Nr. 144, Lassalle Ende April 1862 an Sophie von Hatzfeld (S. 291), und Nr. 145, Sophie von Hatzfeld am 11.6.1862 an Lassalle (S. 292).
- 230) Mayer, Lassalle V, Nr. 37, S. 45.
- 231) Schweigert an Emma Herwegh, 3.7.1863; Liestal BR H 749.
- 232) Mayer, Lassalle, IV, Einführung 26 f. und 295, Anm. 1.
- 233) Ebenda IV, Nr. 149, Sophie von Hatzfeld am 11.10.1862 an Lassalle (S.300).
- 234) Ebenda IV, Nr. 156, S. 314, und Nr. 157, S. 317.
- 235) Ebenda IV, Nr. 159, Lassalle am 8.1.1863 an Sophie von Hatzfeld (S. 322 f.)
- 236) Ebenda IV, Einführung 28.
- 237) Ebenda IV, Nr. 163, S. 341.
- 238) Ebenda V, Nr. 77, S. 113 ff.
- 239) Ebenda IV, Nr. 164, Lassalle am 13.4.1863 an Sophie von Hatzfeld (S.344). Vgl. Lassalles Aufforderung, Rüstow solle sein "Arbeiterprogramm", die Broschüre eines am 12.4.1862 gehaltenen Vortrages, möglichst "in Massen in den Arbeiterstand" bringen; Lassalle am 22.6.1862 an Sophie von Hatzfeld; Mayer, Lassalle IV, Nr. 146, S. 294.
- 240) Mayer, Lassalle IV, Einführung 27 f.
- 241) Ebenda V, Nr. 109, S. 166 ff.
- 242) Ebenda V, Nr. 110, Lassalle Anfang Mai 1863 an Rüstow (S. 169 ff). Über diesen Brief schrieb Rüstow am 9. Mai 1863 an Georg Herwegh: "Lieber Freund! Ich weiß nicht, ob ich Sie jetzt zu Hause treffe. Schließe Ihnen daher beifolgenden Brief von Lassalle ein. Ich für meine Person kann natürlich auf eine solche hirnverbrannte blödsinnige

Anmaßung keine Silbe mehr antworten. Ob Sie die Gutmütigkeit so weit treiben, weiß ich nicht. Jedenfalls hole ich Sie heute abend sieben oder acht Uhr ab. Ihr W. Rüstow"; Liestal BR#1148.

- 243) Mayer, Lassalle V, Nr. 140, Becker am 2.8.1863 an Lassalle (S. 212).
- 244) Karl Bruhn, der Redakteur des "Nordstern", schrieb am 14.12.1863 an Lassalle, Becker beklage sich bei ihm, daß Rüstow und Herwegh nichts hören ließen; Mayer, Lassalle V, Nr. 174, S. 265.
- 245) Mayer, Lassalle IV, Nr. 171, Lassalle am 22.7.1862 an Sophie von Hatzfeld (S. 359).
- 246) Herwegh, Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Herwegh, 47.
- 247) Mayer, Lassalle IV, Nr. 179, S. 376.
- 248) Herwegh, Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Herwegh, 99.
- 249) Ebenda 102 f.
- 250) Mayer, Lassalle IV, Einführung 29.
- 251) Ebenda.
- 252) Herwegh, Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Herwegh, 129 - 132.
- 253) Mayer, Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie, 120.- Vgl. August Bebel, Aus meinem Leben, II 22: "Am 4. März schlossen sich Georg Herwegh und Wilhelm Rüstow der Erklärung von Marx und Engels ausdrücklich an. Am 5. März erklärte Fr. Reusche in der "Rheinischen Zeitung" seinen Rücktritt von der Mitarbeiterschaft am "Socialdemokrat", wobei er unter anderem bemerkte, er habe wiederholt die Redaktion aufgefordert, das Junkertum rücksichtslos zu bekämpfen. Rüstow habe Anfang Februar eine eingehende Kritik der Militärfrage an die Redaktion gesandt; aber trotz der wiederholten Anfragen von Rüstow und ihm erschienen weder diese noch ein von ihm eingesandter Artikel gegen den königlich preussischen Regierungssozialismus".
- 254) Ebenda 123, Anm. 3.
- 255) Herwegh, Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Herwegh, 154.
- 256) Ebenda 145-147.
- 257) Über Bernhard Beckers Broschüre schrieb Rüstow am 10.9.1868 an Emma Herwegh: "Das Beckersche Opus habe ich vollständig gelesen. Ein einigermaßen anständiger Mensch wird daraus, wenn er von Herrn Becker auch sonst nichts weiß, ersehen, daß dieser Herr ein Erzhalunke ist. Allein ich kann ihn nicht anklagen. Denn, wenn er z.B. einen 'Bericht' von mir über das Duell etc. bringt, so steht er mit seiner Halunkenerei nur auf den Schultern der viel größeren, der teuren Gräfin, welche diesen sogenannten Bericht aus einigen Noten von mir, indem sie das Wesentlichste darin bis zum Gegenteil verdrehte, zusammengestoppelt und das mit Absicht getan hat, da sie ja, wie Sie wissen, mir trotz alles Drängens die Korrekturfahnen vorenthielt, bis die Dinge, diese Schelmereien gedruckt und damit ihrer Meinung nach die Periode durchgeführt war.- Wenn ich etwas contra Becker sagen wollte, so könnte ich nur dies sagen. Ich schweige. Mögen die Gräfin und ihre erwählten Freunde den Quark so breit treten, als sie wollen und dabei mich mit allem Schmutz bewerfen, sie können es getrost. Denn meine Antwort wird unter allen Umständen - Schweigen sein".

Herwegh, Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Herwegh, druckte diesen Brief sinnentstellt ab(S. 130, Anm.), indem er "auf den Schultern eines anderen" schrieb und die Gräfin nicht erwähnte. Das Original des Rüstow-Briefes ist in Liestal (BR H 1204).

- 258) Mayer, Lassalle IV, Einführung 29. - Rüstow schrieb am 29.4.1866 an Georg Herwegh: "Ich glaube, Lassalle wäre heute noch ruhig am Leben, wenn er s i e nicht nach Genf gesprengt hätte und wenn er sich nicht von ihr und von andern, die ihn bloß aufhetzten, hätte aufhetzen lassen. Ich Armer habe diese ganze Geschichte ausbaden und mich von der Hatzfeld und ... (unleserlich) hohem Lumpengesindel noch als die Ursache von Lassalles Tod müssen ausschreiben lassen. Dennoch ist vielleicht außer Ihnen niemand, der mit mir diesen Tod gleich bedauert, und in Bezug auf das Leiden, welcher aus diesem Tod hervorgegangen, stehe ich sogar ganz einzig da"; Liestal BR H 1165. Am 23.4.1873 teilte Rüstow aus Unterstrass Emma Herwegh mit: "Von der teuren Gräfin Hatzfeld habe ich Gott sei Dank seit 1865 nichts vernommen, als was ich dann und wann beiläufig in den Zeitungen fand"; Liestal BR H 1260.
- 259) Liestal BR R 1509 und BR H 1511.
- 260) Vgl. zum Folgenden Fritz Löwenthal, Der preußische Verfassungstreit 1862-1866, staatswirtsch.Diss. München 1914, und Hermann Witte, Die Reorganisation des preußischen Heeres durch Wilhelm I., Halle 1910.
- 261) Löwenthal a.a.O. 38.
- 262) Anlage Nr. 131 zu den Stenogr.Berichten d.preuß.Abgeordnetenhauses, 936 f.; zit. nach Löwenthal a.a.O. 40 f.
- 263) Löwenthal a.a.O. 43.
- 264) Ebenda 46.
- 265) Ebenda 58 u. 62.
- 266) L. Berger, Der alte Harkort, Leipzig 1890, 581; zit.nach Löwenthal a.a.O. 81.
- 267) Der deutsch-dänische Krieg, 67 u. 265.
- 268) Der Krieg von 1866, 166.
- 269) Ebenda 507. Vgl. meine S.152 f.
- 270) Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, 318.
- 271) Die preußische Armee und die Junker, 56.
- 272) Liestal Rü M 34.
- 273) Löwenthal a.a.O. 122, 168, 262.
- 274) Vgl. mein I. Kapitel, Anm. 174
- 275) Die Wahrheit ..., 15.
- 276) Ebenda 17.

- 277) Das preußische Militärbudget, 4. Auch auf der Linken des preußischen Abgeordnetenhauses wurde gegen die 1863 von der Regierung eingebrachte Wehrvorlage angeführt, sie könnte ein Heer zur Aufbietung gegen den "inneren Feind" schaffen. Und 1865 äußerten die Liberalen noch einmal ihre Bedenken, ein starkes Stehendes Heer könnte die verfassungsmäßigen Zustände und die freiheitliche Entwicklung des Landes hindern; vgl. Löwenthal a.a.O. 173 u. 248.
- 278) Das preußische Militärbudget, 5.
- 279) Ebenda 8.
- 280) Ebenda 15.
- 281) Ebenda 10u. 14.
- 282) Ebenda 16 f.
- 283) Löwenthal a.a.O. 65.
- 284) Das preußische Militärbudget, 33 f.
- 285) Ebenda 35.
- 286) Ebenda 95 ff.
- 287) Ebenda 108.
- 288) Seite 17.
- 289) Mayer, Lassalle Nachgelassene Briefe und Schriften, V 125.
- 290) Zur Warnung ..., 10.
- 291) Mayer, Lassalle, IV 309.
- 292) Die preußische Armee und die Junker, 6 und 7.
- 293) Ebenda 4 f.
- 294) Anlage Nr. 127 zu den Stenogr. Berichten des preuß. Abgeordnetenhauses, S. 1350 f.; zit. nach Löwenthal a.a.O. 91 f.
- 295) Löwenthal a.a.O. 100 - 103.
- 296) Zur Warnung ..., 52 f.
- 297) Ebenda 26 - 28.
- 298) Ebenda 16,50,6.
- 299) Ebenda 42 f., 62 f., 64.
- 300) Löwenthal a.a.O. 166, 169 f.
- 301) Vgl. Wilhelm Rüstows Brief vom 14.8.1866 an Georg Herwegh (Liestal BRM 1317 a, 54-56) und Unsere Zeit IV, Jahrbuch zum Konversationslexikon (= Brockhaus), Leipzig 1860, 139. In seinem Buch Der Krieg von 1866 gibt Rüstow als Todestag seines Bruders Alexander den 25.7. an (Anm. auf S. 236).
- 302) Liestal BRM 1317 a, 54.

- 303) Rüstow am 22.6.1861 an G. Herwegh; Liestal BRH 1131.
- 304) Am 17.12.1874; Liestal BRH 1276.
- 305) Liestal BR H 1162, 1194, 1199, 1211, 1233, 1237, 1254, 1259, 1267, 1269, 1275, 1276, 1280, 1288, 1291, 1292, 1293, 1294 und Marcel Herweghs Manuskript "Briefe von Wilhelm Rüstow an Georg und Emma Herwegh, Liestal BR M 1317 a, S. 59, 64, 94, 97, 102.
- 306) Erster und zweiter der Militärischen Briefe; Liestal Rü M 38.
- 307) Liestal BRM 1317 a, S. 103.
- 308) Liestal BRH 1205,
- 309) Liestal BRH 1207, 1208.
- 310) Brief an Emma Herwegh vom 22.6.1869 aus Paris; Liestal BRM 1317 a, 118.
- 311) Liestal BRM 1317 a, 119.
- 312) Urkunde in Liestal, Rü M 49.
- 313) Urkunde in Liestal, Rü M 40.
- 314) Brief an Emma Herwegh vom 25.9.1874; Liestal BRM 1317 a, 149.
- 315) Brief an Emma Herwegh vom 8.12.1870; Liestal BRM 1317 a 148.
- 316) Liestal Rü M 34.
- 317) Die Brigade Milano, 95 und 136. Am 6. Juli 1860 schrieb Rüstow aus Genua auch an die Herweghs: "Grüßen Sie alle vor allem mein liebes Weib"; Liestal BRM 1317 a, S.1. - Auch in seinen Erinnerungen aus dem italienischen Feldzuge (I) schrieb Rüstow: "das herzliche Verhältnis zu einem lebenswürdigen und verständigen Weibe, welches in Ruhe und Liebe Glück und Unglück gern mit mir teilte, die Liebe eines sich herrlich entwickelnden Töchterleins von vier Jahren, des einzigen, welches uns bis dahin der Himmel am Leben erhalten, verschönten mir im ganzen das Leben".
- 318) Vgl. Rüstows Bemerkung über seine Tochter in einem Brief an Emma Herwegh vom 9.5.1878: "Marieli würde eine prächtige Frau, die würde ihren Mann nicht verschnüpfen wie mein nichtsnutziges Reff; sie hat einen hohen edlen Sinn für die Würde der Familie und sie würde ihren Mann nicht verschnüpfen, wenn er ein Lumpaci wäre"; Liestal BR H 1294.
- 319) Am 14.8.1862; Liestal BR H 1133.
- 320) Rüstow an Emma Herwegh am 10.7.1867: "Die kur dort (in Engelberg, Anm.d.V.) hätte mir sicherlich gut getan wäre die Rückkehr nicht nötig gewesen. Aber in Unterstr."

fand ich - wie gewöhnlich-, daß die Frau wieder alles entgegen meinen bestimmtesten Anweisungen, ich darf es wohl sagen mit Absicht mir zu Leide getan hatte. Diese Bestie bringt mich bald unter den Boden; jedes Wiederaufleben macht mir dieser Klotz an meinen Beinen absolut unmöglich. Für so was muß man sich plagen wie ein altes Roß. Die Kur war total überflüssig, vierundzwanzig Stunden haben ihre guten Wirkungen vollständig aufgehoben"; Liestal BR H 1185. Rüstow an Emma Herwegh am 18.9.1869: "Meine Frau habe ich vorläufig (14. August) auf Reisen geschickt; sie hatte wieder Unglaubliches getan. Wie lange ich das aushalte, hängt von den finanziellen Zuständen ab, die doch schließlich Europa beherrschen. Wenigstens habe ich für einige Zeit ein menschenwürdiges Dasein und merke schon seit den paar Tagen ihrer Abwesenheit, wie sich dabei meine Arbeitskraft von neuem hebt"; Liestal BR H 1221. Ähnlich beklagte sich Rüstow bei Emma Herwegh in seinen Briefen vom 24.1.1868 (Liestal BR M 1317 a, S. 94), vom 19.7.1870 (BR H 1239), vom 23.6.1872 (BR H 1254) und vom 11.2.1873 (BR H 1259) über seine Frau.

321) Am 21.11.1873; Liestal BR H 1265. Am 4.11.1873 schrieb Rüstow aus Paris seinen beiden Töchtern, die mit der schwerkranken Mutter und einer Pflegerin zuhause waren, daß es "gewiß keine Sünde" sei, wenn sie sich den Tod der Mutter wünschten; Liestal Rü M 51 a. Die ältere Tochter Marie berichtete am 11.11.1873 an Emma Herwegh: "Auch bei uns ist nicht alles beim Alten, denn Mama liegt an der Rückenmarksentzündung darnieder. Rettung ist natürlich keine mehr da, sie ist schon so schwach, daß man den Tod jeden Tag erwarten kann. Ich pflegte sie zuerst selbst, aber meine Kräfte reichten nicht aus, und so mußten wir eine Wärterin anstellen, die jetzt schon 5 Wochen da ist. Hoffentlich geht es nicht mehr lange, es wäre ja für alle gut, wenn sie bald sterben könnte"; Liestal BR H 1263. Rüstow am 24.1.1874 an Emma Herwegh: "Die Kinder leiden nicht im geringsten unter dem Tode der Mutter; sie haben kein Gefühl eines Verlustes ... weder geistig noch körperlich hatte sich diese Mutter um sie gekümmert oder für sie gesorgt, in keiner Weise"; Liestal BR H 1267.

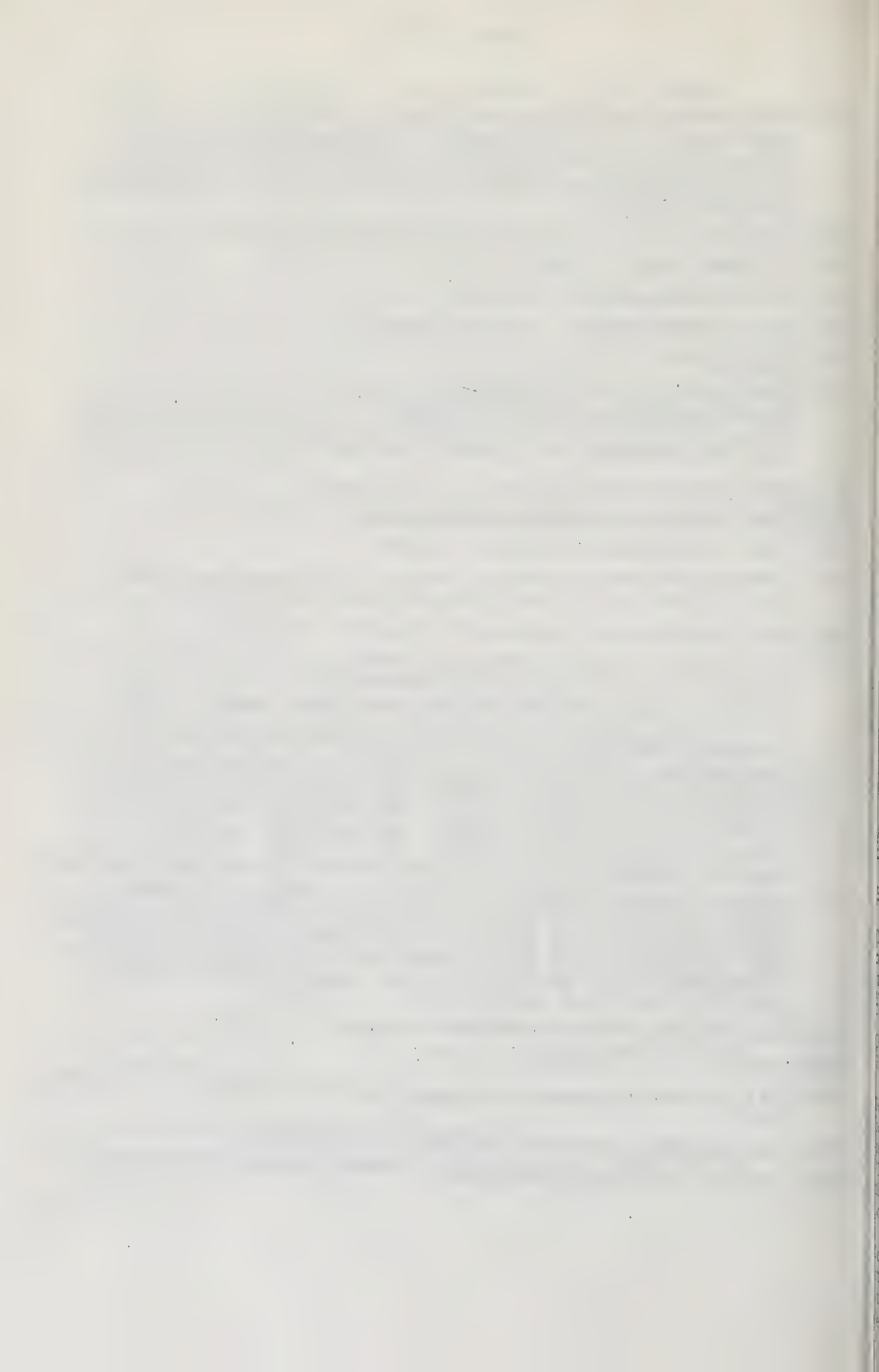
322) Liestal Rü M 40.

323) Am 10. Oktober 1874 beendete Rüstow die eigenartige Aufzeichnung "Zur Berichtigung über mich verbreiteter Lügen", deren Zweck nicht ganz ersichtlich ist. Möglicherweise wollte Rüstow sie sogar privat drucken lassen, wozu sich der wirr zusammengeschriebene Wust von Beschimpfungen und biographischen Notizen allerdings kaum eignete. In Liestal (Rü M 34) befindet sich nur die 89 Seiten starke, von Georg und Emma Herweghs Hand stammende Abschrift der "Berichtigung". Marcel Herwegh zitiert viel aus diesem Schriftstück, entstellt es allerdings auch durch Auslassungen und Änderungen. Rüstow schrieb darin:

"Seit 1865 sind nun so viele Leute, die mir nahe standen, die mich k a n n t e n , von mir genommen worden, und meine Isolierung in dieser Welt hat immer zugenommen! Manchem, der den Mantel nach dem Wind hängt, mag es nützen, wenn diejenigen, welche seine früheren Meinungen kannten, um ihn hinwegsterben ...". (S.1). S. 74 heißt es: "Meine Heirat schloß mich bald von jedem Verkehr aus. Ich liebte es, in meiner wenn auch noch so beschränkten Häuslichkeit einige Male in der Woche Freunde zu empfangen, dann wieder bei ihnen einzusprechen. Die körperliche und geistige Krankheit meiner Frau, die Aktionen derselben ... machten es mir bald unmöglich, Freunde bei mir zu sehen und folglich sie dann wiederum aufzusuchen. Mancher hätte vielleicht seinen Trost in der Kneipe gesucht; dies war mir zuwider; ich suchte ihn in Einsamkeit und Arbeit, dazwischen in Reisen, soweit mir dies meine Mittel erlaubten". - Vgl. zu Orges mein I. Kapitel, 135 ff., zu Hoffstetter II. Kapitel, Anm. 305).

- 324) Vgl. Eidgenössische Technische Hochschule 1855-1955, Zürich 1955, 92 u. 508 f. Wilhelm Rüstow wird hier nicht erwähnt.
- 325) Liestal Rü M 52.
- 326) Liestal Rü M 56.
- 327) Liestal Rü M 10.
- 328) Liestal Rü M 52.
- 329) Liestal BRH 1291, 1292, 1294.
- 330) Am 1.1.1877 an Emma Herwegh; Liestal BRH 1292.
- 331) Liestal Rü M 46 (Maschinenschrift, das Original fehlt).
- 332) Liestal Rü M 45. Bruno Kaiser, der 1944-46 die Archivalien im Liestaler Dichtermuseum ordnete, bezeichnet das handgeschriebene Manuskript als Original. Zweifellos handelt es sich aber um eine Abschrift der Tochter Johanna.
- 333) Liestal Rü M 46 (Maschinenschrift, das Original fehlt).
- 334) Ferdinand Lassalle an Rüstow, 9.2.1862; Herwegh, Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Herwegh, 27. Lassalle gratulierte in diesem Brief auch Rüstows Frau zum erwarteten vierten Kind: ... "wünsche, es möge ein Junge sein und würde darauf bestehen, daß Du mich zum Paten nimmest, wenn ich in Zürich wäre - und ja so, halt, es ist noch ein Hindernis! Ich bin ja Jude! Man vergißt den bürgerlichen Krimskrams so ganz und gar, wenn man nicht in demselben lebt".
- 335) Erinnerungen aus dem italienischen Feldzuge, II 2 u. 5.
- 336) Vgl. Steiger, Der Rüstow-Prozeß, 20.
- 337) Zur Berichtigung über mich verbreiteter Lügen (S.14, 15, 3.
- 338) Ebenda 4 f.

- 339) Der deutsche Militärstaat, Zürich 1851, 187. Damit ist wohl auch die von Ed. Heyck, Die Allgemeine Zeitung 1798-1898, München 1898, 159, offengelassene Frage geklärt, ob Orges entlassen wurde oder selbst den Abschied genommen hat.
- 340) Heyck a.a.O. 161. Auch das Folgende nach Heyck, 158-162.
- 341) 1. Band Leipzig 1881, 82 f., 86.
- 342) Ohne Jahresangabe; Rü M 55.
- 343) Zur Berichtigung ..., 4; Liestal Rü M 34.
- 344) Ebenda 88.
- 345) Zur Warnung vor den Kompensationen, 24. Vgl. Die preußische Armee und die Junger, 6: "Mir wird immer meine Schrofheit vorgerückt. Wenn ich irgend etwas ausspreche, wie ich es denke, so schreit man über meine Schrofheit".
- 346) Der Krieg gegen Rußland, II 144, Anm.
- 347) Der italienische Krieg 1859, 238.
- 348) Der Krieg gegen Rußland, II 276.
- 349) Conduitenliste der königl.ersten Ingenieur-Inspektion 1843 - 1847; zit. nach Steiger, Der Rüstow-Prozeß, 26.
- 350) Der Krieg gegen Rußland, I, Vorwort III f.
- 351) Die ersten Feldzüge Napoleon Bonaparte's in Italien und Deutschland 1796 und 1797, Vorwort IV u. VII. - Über Napoleon III. schrieb Rüstow, Der Krieg gegen Rußland, II 148 f: "Wir haben dem Kaiser Napoleon nicht bloß bedeutende Erfolge, sondern bisweilen auch Fähigkeiten zugesprochen, die andere ihm abstreiten müßten, aber wir haben ihn nie für den großen Mann gehalten, den jetzt die Masse in ihm sehen will. Man hat uns nun gesagt, daß darin ein Widerspruch liege, und gefragt, wie wir ihn lösen? Unsere Antwort darauf ist einfach: die Kleinheit der einen macht noch nicht die Größe der anderen, und von jener Kleinheit haben wir schon oft genug in diesen Blättern reden müssen und werden noch oft genug von ihnen reden müssen, wenn uns auch die Rücksicht auf das Publikum das uns freundlich aufgenommen hat, veranlaßt, bisweilen eine Zurückhaltung zu beobachten, welche unserer Natur nicht vollständig entspricht".
- 352) Zur Warnung vor den Kompensationen ..., 55 f.
- 353) Seite 51 f.; Liestal Rü M 34.
- 354) Die Brigade Milano, in: Demokratische Studien, II 100 und 104.
- 355) Erinnerungen aus dem italienischen Feldzuge, I 207.
- 356) Rüstow an Emma Herwegh am 1.1.1877; Liestal BR H 1292.



Kapitel II

n. Pinkow, Der literarische und parlamentarische Kampf gegen die Institution des Stehenden Heeres in Deutschland..., s.Berlin 1912, 31 (Fries), 32 (Welcker), 7 u. 28 (Rhein.Merk.). Fries vgl. meine Anm. 59 in diesem Kapitel. Der badische Obermann in Lahr L.A.F. von Liebenstein veröffentlichte 1817 Karlsruhe seine Schrift "Über Stehende Heere und Landwehr besonderer Rücksicht auf die deutschen Staaten". Er pflichtete Rotteck bei, daß die großen Stehenden Heere der "Krebstaden" seien, der "überall an der öffentlichen Wohlfahrt" schaden. Liebenstein tritt aber für ein Konskriptionssystem ein, auf dem ganzen Volk ruhen und die Stellvertretung zulassen sollte. Rotteck hatte die Konskription aus Angst vor einer Universalisierung des gesamten Volkes abgelehnt. - Auf Rotteck antwortete sich der Oesterreicher Johann Sporschil mit seiner 1817 in Leipzig erschienenen Schrift "Die Allgemeine Volksbefreiung, ihre Organisation und ihre Vorzüge vor den Stehenden Heeren in bezug auf Landesverteidigung, Gesittung, Politik und Nationalwirtschaft". Da heißt es: "Ein Stehendes Heer, wie es jetzt beschaffen ist, kann daher definiert werden als eine durch Furcht regierte, lediglich bekleidete, notdürftig bezahlte, unfähige, von Offizieren befehligte Menschenmasse, welche unfähig ist, den Willen des Souveräns im Innern und nach außen durchzusetzen und zu vollstrecken"; Pinkow a.a.O. 49.

Seite 79 u. 94 f.

Handlungen der 2. Kammer der badenschen Stände, 1833, Bd. 21, (Itzstein) und 261 (Welcker); zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 262.

Der deutsche Militärstaat vor und während der Revolution, Leipzig 1850, 61.

Allgemeine Militair-Zeitung, 1831, Sp. 425; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 238 f.

Im Februar 1831; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 244.

Die militärischen Literaten diskutierten jede Neuerscheinung, verkehrten mit den Dichtern Römpler, Leisewitz, Höltz, Gleim, mit Boie und Gotter, den Herausgebern des Göttinger Realmanachs, legten sich gegenseitig eigene Arbeiten vor, Übersetzungen, Gedichte und Oden; vgl. Gottlieb Friedländer, Königl. Allgemeine Kriegs-Schule und das höhere Militair-Unterrichtswesen 1765-1813, Berlin 1854, 154 f.

Charakteristisch für die Bildungsfeindlichkeit des auf seine Geistes-Vorrechte pochenden adeligen Offizierkorps ist etwa, daß Generaladjutant des Königs 1805 befürchtete, die im Examen rückgesetzten könnten sich mit Recht in ihrer Ehre gekränkt fühlen"; Akten HA Potsdam, Nachl. Valentini, B. I, 231; zit. n. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 116.

Scharnhorst, Über die Freisschriften und den gegenwärtigen Zustand der Militärischen Gesellschaft, Denkwürdigkeiten der Militärischen Gesellschaft, V 6; zit. n. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 150.

- 10) Vgl. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 154.- Nach der Revision vom Januar 1803 hieß es in der Verfassung der Mil. Gesellschaft unter § 6 über die Drucklegung der Arbeiten: "1) Daß ein jedes Mitglied sich durch den Eintritt in die Gesellschaft auf Ehre verpflichtet, diese Aufsätze keinem andern mitzuteilen... 2) Daß nur solche Aufsätze gedruckt werden, welche nicht unmittelbar die Verteidigung und den Angriff der Preussischen Staaten betreffen, oder sonst etwas enthalten, welches die Grenzen des Wirkungskreises, den die Gesellschaft sich vorgesetzt hat, überschreiten würde..."; zit. nach Georg Heinrich Klippel, Das Leben des Generals von Scharnhorst, Leipzig 1869, II 258.
- 11) Der deutsche Militärstaat vor und während der Revolution, Königsberg 1850, 101 f.
- 12) Ebenda, 102. Mit den "Demokraten zu K." meinte Rüstow wohl die Mitglieder des "Demokratischen Klubs" von Königsberg. Offenbar trat auch Rüstow in diesem im Sommer 1848 gebildeten Verein der bürgerlichen Linken auf, der bald wieder einging und längst nicht den Einfluß des rechtsstehenden Preußenvereins übte. Aufschlußreich ist, daß Rüstow mit seiner radikalen politischen Einstellung hier in Königsberg die bürgerlich-liberale "Partei" und nicht den Arbeiterverein der äußersten Linken besuchte. Vgl. zur Gruppierung des Königsberger politischen Lebens von 1848 Rudolf Stadelmann, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1948, 91 f.
- 13) Vgl. Höhn, Verfassungskampf, 239 f. Decker ritt in der MLZ 1831, 5. Heft, eine heftige Attacke gegen die anonyme liberale Schmähchrift: Das Wesen und die Folgen der Stehenden Heere, Dresden 1831; vgl. Höhn, Verfassungskampf, 26. Sehr bezeichnend ist es auch, daß die von liberalen sächsischen Offizieren redigierte Deutsche Kriegerzeitung in Nummer 12 das Verbot der Zeitschrift für Kunst, Wissenschaft und Geschichte des Krieges wegen "Aufreizung, staatsgefährlicher Schmähungen und absichtlicher Herabsetzung der bestehenden Regierungen in den konstitutionellen Staaten" verlangte; vgl. Höhn, Verfassungskampf, 321. Waren diese offiziellen oder im Grundton doch wenigstens konservativen Militärzeitungen den liberalen Militärs zu reaktionär, so fanden sie andererseits auch den Beifall der adlig-royalistischen Offizierkreise nicht. So forderte der Kriegsminister den General von Maliszewski, der von 1828 bis 1851 mit Blesson und Decker die MLZ redigierte, auf, zu überlegen, ob seine Stellung als aktiver Offizier sich mit seiner Redaktionsarbeit verträge. Maliszewski zog sich daraufhin aus der Redaktion zurück, und Blesson "vereinsamte" geradezu. Troschke (Die Militär-Literatur seit den Befreiungskriegen, 20) gibt an der zunehmenden Isolierung Blessons auch dem Militär-Wochenblatt schuld, welches ab 1852 in seinem Titel den Zusatz "Redigiert von der historischen Abteilung des Generalstabes" führte.
- 14) Ihre Mitarbeiter konnten allerdings ihre Anonymität wahren. Wie die Militär-Litteratur-Zeitung es schon vor 1848 gehalten

hatte, so zeichnete auch die DWZ ihre Artikel nicht mit Namen, sondern mit Nummern, die jährlich neu an die Autoren verteilt wurden. Diese Anonymität, hieß es, würde auch die jüngeren Offiziere zu ungehemmter Meinungsäußerung ermutigen, doch sicher schien sie den Verantwortlichen auch noch als ein Schutz gegen das Allzu-Liberale der Offiziers-Publizistik, das persönliche Hervortreten aus dem Korps.

5) DWZ 1848, Nr. 35, 233; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 282.

6) DWZ am 7. Okt. 1848, 123; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 283.

7) DWZ 1850, Nr. 144, 887, Leitartikel "Zum neuen Jahre"; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 283.

8) DWZ 1848, 174, Brief aus Paris; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 293.

9) DWZ 1848, Nr. 4, 25; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 286 f.

..) So erhob die DWZ Einwände gegen die Abschaffung der geheimen Conduitenliste durch kgl. Kabinettsorder v. 24. Juli 1848 (DWZ 1848, 75 u. 79), gegen die vom König verheißene Truppen-Vereidigung auf die Verfassung (DWZ v. 9. 12. 48, 222), setzte sich andererseits vorübergehend sogar gegen kriegsministerielle Verfügung für das Wahlrecht der Landwehr ein (DWZ vom 10. 1. 49, 269); zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 326, 350, 363.

1) DWZ 1849, 732; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 358.

2) DWZ 1848, 270; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 354. - Das Recht zur Meinungsbildung und öffentlichen Äußerung hatten viel früher schon bayerische Offiziere in antiliberalem Geiste geübt. Einige Garnisonen veröffentlichten in der Presse Adressen gegen den 1819 von der zweiten Kammer der bayerischen Ständeversammlung erwogenen militärischen Verfassungseid. F.W. Mauvillons Militärische Blätter, 1. Bd. 1820, 34 ff., brachten dann einen anonymen Aufsatz, der dieses selbständige Handeln der Armee als mit der Disziplin nicht vereinbar rügte und fragte, wie man dem König einen Beschluß habe mitteilen können, "ohne zu wissen, ob derselbe dem Monarchen gefällig sei und dieser nicht etwa für gut befände, seiner Armee zu befehlen, was sie in den Adressen behauptet, nicht tun zu können und zu wollen"; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 221 f. Der preußische Militärpublizist L. Blesson beurteilte diese bayerischen Vorgänge schon anders. In seinen 1821 geschriebenen Betrachtungen über die Befugnis des Militärs, an politischen Angelegenheiten des Vaterlandes Theil zu nehmen, die 1831 gedruckt, vom König aber wegen einer Bemerkung über das Recht auf Revolution nicht zur Veröffentlichung freigegeben wurden, vertrat Blesson den Standpunkt, man könne den Offizieren nicht verbieten, "bei Abänderung der Hauptstaatsgesetze ihre Meinung äußern zu dürfen, solange der Chef nicht entschied" (S. 93); zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 223. - In der preußischen Nationalversammlung vertrat ein Sprecher des Kriegsministeriums

1848 aber den Standpunkt, "daß militärische Korps als solche nicht deliberieren dürfen", und Kriegsminister Reyher hatte vorher schon die am 6.4.48 allen Preußen zugestandene Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit für die Armee zurückgewiesen; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 308. - Doch selbst von Einheiten der preußischen Armee wurden antirevolutionäre Adressen verfaßt; Akten HA betr. Petitionen vom 23. Mai 48 bis 1849, Rep. 4, AI, Cap. VIII, Tit. I, Abt. I, Litt. a, Nr. 56; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 329 f. - Konservative preußische Offiziere verfaßten auch politische Broschüren, die bekannteste der Oberstleutnant von Griesheim, Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements. Er gab am 23. Juli 48, allerdings anonym, 'Die deutsche Centralgewalt und die preußische Armee' heraus, wurde dafür aber selbst von seiten der Regierung verschiedentlich gerügt, er habe "als Mitglied des Ministeriums, der Regierung vorgreifend, ihr Verlegenheit bereitend, ungerufen den Knoten zu zerhauen versucht, dessen Lösung bei der damaligen Stimmung nicht ohne ernste Schwierigkeiten war"; Roon, Zur Erinnerung an den Generalmajor von Griesheim, Beiheft zum Militär-Wochenblatt 1854, 19; zit.n. Höhn, Verfassungskampf 288 u. 293. Der Oberleutnant L.v. Blum verfaßte gegen des ausgeschiedenen demokratischen Leutnants Hugo von Hasenkamp Broschüre 'Preußens Landwehr' 1849 die Gegenschrift 'Die Reorganisation der Armee des Herrn von Hasenkamp'. - Troschke, Die Militär-Literatur seit den Befreiungskriegen, 203 f., sagte über Griesheims Broschüre, sie sei eine "der kraftvollsten Regungen des in seinem innersten Kern verletzten Armeegeistes", und der literarische Kampf habe "wesentlich beigetragen, die Atmosphäre zu klären".

- 23) DWZ 1852, 2592; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 367. Die Deutsche Wehrzeitung änderte ab 20.3.1851 ihren Titel in Preußische Wehrzeitung. Wir zitieren einheitlich weiter 'DWZ'.
- 24) Ebenda.
- 25) AKO vom 28.6.1877; zit.n. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 161.
- 26) Interpretation des Kabinettschreibens vom 4.3.1876 durch das Militärkabinet, gez. Graf Hülsen-Haeseler, an die Generalkommandos, dat. 11.2.1908; Reichsarchiv, Akten des Militärkabinetts II. XXX. 2. vol. 2; zit.n. Demeter, Offizierkorps, 161. - Daß politische Tätigkeit für die Sozialdemokratie einem beurlaubten Offizier keine ehrengerichtliche Verfolgung zuziehe, teilte das preußische Kriegsministerium dem bayerischen Militär-Bevollmächtigten am 9.12.1911 mit; Urschrift in den Akten der Z. I des K.M., V. 8.6. Nr. 1 im Reichsarchiv; zit.n. Demeter, Offizierkorps, 165. - Edwin von Kanteuffel, der erzkonservative Chef des Militärkabinetts, hatte sogar noch das Erscheinen einer wissenschaftlichen Militärzeitschrift verhindern wollen. Er ließ auch den Einwand, der Kriegsminister könne in allen politischen Fragen die Vorzensur üben, nicht gelten: "Das geht nicht, denn dadurch würde der Kriegsminister ein politischer Minister, und das darf er nicht sein"; Aus dem Leben Theodor

von Bernhardis, IV 220.- Bezeichnend ist auch, daß Constantin von Alvensleben es ablehnte, die Denkwürdigkeiten seines Lebens zusammenzustellen, und das folgendermaßen begründete: "Ein preußischer General stirbt, aber er hinterläßt keine Memoiren"; Thilo Krieg im Vorwort seiner Biographie "Constantin von Alvensleben", Berlin 1903.- Die dem Generalstabschef noch in den neunziger Jahren zustehende Vorzensur der in Militärzeitschriften erscheinenden Arbeiten über vom Generalstab bereits dargestellte Kriegsereignisse wollte der junge Moltke, Schlieffens Nachfolger, "unbedingt" auch auf die Memoiren ausdehnen, die sich mit Kriegsereignissen befaßten. Moltke erinnerte "an den Schaden, den der nicht geprüfte Band I der Hohenloheschen Memoiren den Vertretern unserer Politik zufügen mußte"; Reichsarchiv, Akten Kriegsministerium, Nachrichtenabteilg. II.2.1.Nr.3, Heft 6; zit.n. Demeter, Offizierkorps, 162.

Verteidigungsschrift vom 13.2.1850; zit.n. Steiger, Der Rüstow-Prozeß, 28.

Vgl. mein I.Kap., 11 ff.

Der deutsche Militärstaat vor und während der Revolution, Königsberg 1850, 6.

In einer Tagebuch-Notiz des Altliberalen Theodor von Bernhardi vom 18.5.1855 aus Berlin heißt es: "Abends Major von Schweinitz bei uns... Als Ingenieur neigt er wohl eher, wie der Geist des Korps, etwas auf die liberale Seite; aber er hat gelernt, im Sinn der Kreuzzeitung zu sprechen... Die Bürgerlichen, die Militärs werden wollen, drängen sich zur Artillerie und zum Ingenieur-Korps, weil sie anderswo kein Unterkommen finden. Das ist Leuten wie Schweinitz sehr unangenehm - denn die Folge ist, daß nach wie vor Artillerie und Ingenieure nicht für voll angesehen und geringer geachtet werden als die übrige Armee". Aus dem Leben Theodor von Bernhardis, II, 231; - Rüstow, Grundlinien zu einer Philosophie der Befestigungen, 207, meinte zwar einmal, die Artillerie sei, "seit der Kriegsgenius des 19. Jahrhunderts in ihr erwachsen, die arroganteste der Waffen" und habe auch "-für die Befestigungen wenigstens- das meiste Recht es zu sein". Doch später sagte er (Die preußische Armee und die Junker, 42), daß "die Artillerie, diejenige Waffe, in welcher die Bürgerlichen wirklich vorherrschen, eine in Preußen leider häufig mit Mißachtung behandelte" sei.

Rüstow, Der deutsche Militärstaat vor und während der Revolution, Königsberg 1850, 45: "Allerdings steht das Gehalt eines Leutnants zu den gesellschaftlichen Ansprüchen... durchaus in keinem Verhältnis".

Der preußische Major von Gorzkowski schrieb in der Militair-Litteratur-Zeitung 1848, 314 ff., daß die "entlassene Leutnants-Literatur" die "hauptsächliche Quelle" für das viele "Stroh" der demokratischen Volksbewaffnungsvorschläge sei; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 329. - Sozialpsychologisch zeigt sich eine ge-

wisse Übereinstimmung der politisch ausscherehenden Leutnants mit den Gesellen des Handwerks, dem zivilen Unruhe-Element der Märzrevolution.

- 33) Der deutsche Militärstaat vor und während der Revolution, Königsberg 1850,103.
- 34) Brief eines demokratischen Offiziers an die Männer des Volk in der Singakademie zu Berlin, Königsberg 1848. R.v.Steiger Der Rüstow-Prozeß,34, nennt Rüstow als Autor dieser anonyme Schrift. Steiger arbeitete seine Dissertation nach 30 Rüstow Aktenstücken aus dem Geheimen Staats-Archiv Berlin-Dahlem, während des zweiten Weltkrieges verlorengingen. Vom Berliner Hauptarchiv (ehem.Preuß.Geheimen Staatsarchiv) wurde mir am 18.12.1954 unter der Nummer BH E 4381/54 mitgeteilt, daß die Akten Rüstow während des Krieges verlagert worden seien und jetzt vom Deutschen Zentralarchiv in Merseburg verwaltet würden. Das Deutsche Zentralarchiv, Abteilung Merseburg, schrieb mir am 13.9.1955 unter der Nummer 2-11.01/1394/55 jedoch, daß die Rüstow-Akten nicht in das Merseburger Archiv gelangt sind.
- 35) Rüstow, Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850,111, spricht von "wenigen entschiedenen und aus innerster Überzeugung demokratisch gesinnten" Offizieren.
- 36) Ebenda,66. Seite 65 heißt es: "Solange die Wehrorganisationsideen eben Ideen waren, konnte man sich begnügen, sie als Utopien zu belächeln, ohne darum es aufzugeben, mit Liberalismus und dergleichen modernem Spielzeug zu kokettieren;- als die Ideen Taten werden sollten, mußte man die Maske abwerfen und -es half einmal nichts- mit Gott, für König und Vaterland wieder das Volk stehn".
- 37) Ebenda 118.
- 38) Ebenda 56.
- 39) Rüstow, Graf Arnim-Boytzenburg: Über die Vereidigung des Heers auf die Verfassung,17 f.
- 40) Ebenda 15 f.
- 41) Ebenda.
- 42) Rüstow, Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850,121.
- 43) Ebenda 122.
- 44) Der Krieg von 1866 in Deutschland und Italien, 490.
- 45) Ebenda 223.- Vgl. Rüstow, Der Krieg gegen Rußland,I 115 f.: "Englands Heer und Volk sind zu wenig eins, sie wissen zu wenig voneinander...Ein jedes Heer, welches nicht aus der Konskriptionspflicht des Volkes hervorgeht, wird stets wenig von den Vorteilen genießen, welche die fortschreitende Entwicklung des Volkes in allen Kreisen und für alle Kreise schafft."

Das freiwillig geworbene Heer, welches nur aus Soldaten besteht, verliert immer die Berührungspunkte mit dem Volke, welche allein die tausend Behelfe des bürgerlichen Lebens ihm bringen können, die ja auch im Kriege auf jedem Schritte gebraucht werden". Rüstow kritisiert zum Beispiel, daß die englischen Soldaten eine zur Truppenversorgung auf der Krim benötigte Eisenbahnlinie nicht selbst bauen konnten, sondern dazu Zivilarbeiter aus der Heimat brauchten.

46) I 7 f. und II 77 f.

47) Zur Warnung vor den Kompensationen, 19 f.- In einem Aufsatz der Minerva (224. Band, 1847 IV 84) wies Huldreich Schwertlieb (=Rüstow) es allerdings noch als "einfältig" zurück, im preußischen Heer "ein Gewaltmittel der Regierung gegen das Volk" zu sehen, denn "der preußische Mann in dem zweifarbigen Rock" bleibe doch "der Bruder, der Sohn des Mannes im einfarbigen Rock". Daß diese Methode moralischer Eroberung allerdings der demokratischen Sache nichts eintrug, erkannte Rüstow dann bald.

48) Die preußische Armee und die Junker, 5.

49) Minerva 224. Band, 1847 IV 85.

50) Ebenda und Minerva 222. B., 1847 II 145.

51) Seite 184 f.

52) Ebenda 170 f.- Die reaktionäre Deutsche Wehrzeitung hatte demgegenüber 1849 folgende Aufsätze unter den bezeichnenden Titeln "Die Armee als eigentlicher Träger der Freiheit" (S. 291), "Der Soldat ist der Träger der Zivilisation" (424) und "Die Armee als Träger des Wohlstandes" (440) veröffentlicht; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 361.

53) Steiger, Der Rüstow-Irozeß, 55 f.- 1862 schrieb Rüstow, Die preußische Armee und die Junker, 54, wieder, daß Preußens "jetzige Organisation eine freiheitsfeindliche, jeder freiheitlichen, den wahren Machtverhältnissen entsprechenden Entwicklung entgegenstehende" sei, daß Preußen "eines Kaiserschnittes, einer Radikalkur" bedürfe.

54) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 135.

55) In seiner dem Generaladjutanten von Kleist und dem Herzog von Braunschweig 1806 überreichten Denkschrift (abgedr. bei v. d. Goltz, Von Roßbach bis Jena und Auerstedt, 1883, 543 ff.) sagte Scharnhorst, die Nationalmiliz dürfe nie "für sich allein agieren", müsse vielmehr immer "in Verbindung mit Feldtruppen die durchschnittenen Gegenden besetzen", den Tirailleurkampf führen.

56) In die neue, politische Rolle als Gegenspieler des Stehenden Heeres wird die Landwehr erst nach der Reform gedrängt. Sie gilt jetzt dem Bürgertum als Ideal für eine zeitgemäße Heeresreform, wogegen nach dem Wehrgesetz von 1814 die Stehende Armee noch "Hauptbildungsschule der ganzen Nation für den Krieg" war und

die Landwehr nur ein Mittel, die allgemeine Wehrpflicht durchzuführen; vgl. Höhn, Verfassungskampf, 17 f. Höhn(215) reiht "die Reformer" sogar "in den geistigen Widerstand des Heeres gegen die liberale Ideologie" ein.

57) Vgl. Höhn, Verfassungskampf, 216.

58) Carl von Clausewitz, Vom Kriege, 474.

59) Schon 1813 schrieb auch J.F.Fries (Bekehrt Euch!, neu herausgegeben von H.Mühlestein 1915, 40 f.): Das Stehende Heer "war bei uns die Schule der Sittenlosigkeit, der ehelichen Untreue und zugleich die Ursache aller niederträchtigen Steuern"; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 20.

60) Karl von Rotteck, Über Stehende Heere und Nationalmiliz, 1816, Vorerinnerung, S.V, 97, 134.- Den Ausdruck Stehendes Heer vermeidet auch der bayerische Militärschriftsteller Hauptmann Josef Ritter von Kylander, der 1820 in seinem Aufsehen erregenden Buch 'Die Heerbildung' für die süddeutschen Staaten eine Landwehr nach preußischem Muster vorschlug.

61) Höhn, Verfassungskampf, 31 ff.

62) Ebenda.- Der liberalen Gedanken aufgeschlossene Kylander protestierte energisch dagegen, daß sich der liberale Abgeordnete Welcker 1831 in der badischen Kammer mit seinen militärischen Reformanträgen auf ihn stützte. In der Allgemeinen Militair-Zeitung, 1831, Sp. 469 ff., wies er Professor Welcker zurecht, daß die Aufgabe "der neueren Wehrverfassungen" nicht darin bestehe, die Stehenden Heere einschrumpfen zu lassen, sondern darin, "ihren zum Teil veralteten Einrichtungen diejenige Entwicklung zu geben, welche den gegenwärtigen äußeren und inneren politischen, staatswirtschaftlichen und militärischen Verhältnissen" entspreche; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 220.

63) Verhandlungen der II. Kammer der badischen Stände, 1831, Viertes Beiheft, 27 und 33; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 35.

64) Höhn, Verfassungskampf, 40 ff

65) Ebenda 76 f.

66) Beilage der Nummer 101 vom 10.4.1848; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 123.

67) Bericht der Kommission für Volksbewaffnung, Frankfurt, Archiv, Nr. 243; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 125.

68) Stenogr. Ber. über die Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a.M., hrg. v. Wigard, S. 797; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 130.

69) Im Wehrgesetzentwurf, den der Wehrausschuß der Nationalversammlung am 25. Sept. 1848 vorlegte, heißt es statt "Stehendes Heer" "Bereites Heer"; Frankfurt, Archiv, Nr. 104, § 15. Der Ausschuß nennt das Heer "die große deutsche Volkswehr oder Volksbewaffnung in

verschiedenen Abstufungen"; Haßler, Verhandlungen der verfassungsgebenden deutschen Reichsversammlung, Frankfurt 1849, II 329; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 131.

- (70) In des Abgeordneten Stein Antrag vom 9. August 1848 hieß es: "Der Herr Kriegs-Minister möge in einem Erlaß an die Armee sich dahin aussprechen, daß die Offiziere allen reaktionären Bestrebungen fern bleiben, nicht nur Konflikte jeder Art mit dem Zivil vermeiden, sondern auch durch Annäherung an die Bürger und Vereinigungen mit denselben zeigen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines konstitutionellen Rechts-Zustandes mitarbeiten wollen"; Verhandlungen der Konstituierenden Versammlung für Preußen, 1848, S. 1730; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 149.
- (71) Abgeordnete der zweiten Abteilung der Nationalversammlung machten am 14. Juli 1848 dem Staatsministerium eine Eingabe um einen Entwurf zur allgemeinen Wehrverfassung. Darin hieß es: "Die Bürgerwehr... betrachten wir als einen Teil der allgemeinen Volkswehr. ... Dabei wird insbesondere auch ein Zusammenhang der Bürgerwehr mit dem Linien-Militär und der Landwehr in der Weise angebahnt werden müssen, daß alle drei Institute ein Ganzes bilden"; Geh. Staatsarchiv Berlin, Rep. 90 a, Abt. Y, Tit. I, Nr. 1. Der zur Stellungnahme aufgeforderte Ministerpräsident Camphausen erklärte dazu: "So lange nicht eine besser erprobte Organisation des Heeres sich irgendwo zeigt, werde ich niemals meine Zustimmung dazu geben können, das Wesen der preußischen Heeres-Organisation zu ändern, wenngleich in manchen Teilen zeitgemäße Änderungen nicht unterbleiben werden"; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 145.
- (72) Höhn, Verfassungskampf, 157.
- (73) Karlsruher Zeitung, Nr. 8 v. 23. 5. 1849; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 188.
- (74) Verfassungskampf, 190.
- (75) Vorwort S. IV. u. 56. Daß Stehende Heere mit ihren Berufsoffizieren nicht über das zivile Verwaltungswissen und andere bürgerliche Kenntnisse verfügen, war für Rüstow "keiner ihrer kleinsten Nachteile"; ebenda 282.
- (76) G. W. C. Savan, Das Kriegs- oder Militair-Recht, wie solches jetzt bei der Königlich Preußischen Armee besteht, 1801, I 53: Die zum königlich-preußischen Kriegsheere gehörigen Personen sind "zusammengenommen Werkzeuge zur Vollbringung des Willens des Königs in Absicht des Zwecks des Krieges-Heeres und der Mittel zu dessen Erreichung"; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 228.
- (77) Vgl. meine Seite 154 f. unter Punkt 4). - Das Freihandelssystem hält Rüstow nur für möglich, wenn die europäischen Staaten ihre Ausgaben wesentlich verringern, "was wieder nicht anders zu erzielen wäre als durch das Abgehen von dem System der Stehenden Heere"; Der italienische Krieg 1859, 50.

- 78) Der deutsche Militärstaat, 154-157, und Graf Arnim-Boytzenburg, 21-23.
- 79) Was hat die Schweiz von einem Angriffe der heiligen Allianz zu fürchten? 14.- Ähnlich in Der italienische Krieg von 1846 und 1849, 182 f.: Es stellt "sich auf der Basis geschichtlicher Studien heraus, daß die Bildung Stehender Heere mittels Konskription, nämlich mittels der mehrjährigen Präsenzzeit der Verpflichteten weit weniger um der Bekämpfung äußerer Feinde willen eingerichtet ist als gegen die Feinde der Regierungen und der Klassen, die mit ihnen in innigem Zusammenhang spezieller Interessen stehen".
- 80) Der Krieg und seine Mittel, 50.
- 81) Ebenda 58 ff.
- 82) Der Krieg von 1866 in Deutschland und Italien, 529 u. 538 f.
- 83) Minerva 224. Band, 1847 IV 64 ff.
- 84) Der deutsche Militärstaat, 21, 23, 28.
- 85) Seite 8 ff.
- 86) Ebenda 11 f.
- 87) Minerva 224. Band, 1847 IV 111.
- 88) Auch E. M. Arndt, Was bedeutet Landsturm und Landwehr, o. J., 20, sagte: "Wenn das deutsche Volk aber diesen Krieg tüchtig und tapfer besteht, so wird in ihm wohl ein solcher Geist erwachen, der Einrichtungen herbeiführt, die nicht geradezu soldatisch sind, die aber das Volk so wehrhaft und kriegerisch machen, daß es künftig vielleicht zwei Drittel der Stehenden Heere abschneiden und dadurch eine unendliche Last von seinem Nacken wälzen kann".
- 89) Immediatb richt der Militär-Reorganisationskommission vom 15.3.1808, Vorläufiger Entwurf zur Verfassung der Provinzialtruppen; Publikationen aus den Preußischen Staatsarchiven, 94. Band, 1. Abtlg., 2. Teil, I Leipzig 1938, S. 322 f: "Es ist die Frage entstanden, ob es besser sei, die zu den Provinzialtruppen bestimmte Mannschaft durch die stehende Armee gehen zu lassen oder sie ohne diese Vorbereitung zu formieren. Die Reorganisationskommission hat den letztern Weg gewählt. Es scheint bei der jetzigen Lage der Dinge darauf anzukommen, daß die Nation mit der Regierung auf das Innigste vereinigt werde, daß die Regierung gleichsam mit der Nation ein Bündnis schließt, welches Zutrauen und Liebe zur Verfassung erzeugt und ihr eine unabhängige Lage wert macht. Dieser Geist kann nicht ohne einige Freiheit in der Herbeischaffung und Zubereitung der Mittel zur Erhaltung der Selbständigkeit stattfinden. Wer diese Gefühle nicht genießt, kann auf sie keinen Wert legen und sich nicht für sie aufopfern. Eine Nationalmiliz kann, wenn sie sich selbst erhält, bewaffnet, kleidet und übt, in jenem Geiste auftreten;

sie wird ihn aber nie bekommen, wenn sie vorher durch die stehende Armee gehen muss, wenn ihre Selbständigkeit durch einen eingebilddeten Druck gelähmt wird. Man darf sich nicht fürchten, daß eine solche Miliz gefährlich wird, wenn sie aus der bemittelten Klasse der Untertanen besteht. Als England seine Grundeigentümer und Hausbesitzer bewaffnete, verschwand der Gedanke an Revolte und innere Revolution. Nur eine Miliz aus der niederen Klasse kann Bedenklichkeiten veranlassen".

- 1) Ebenda 331 f. "Jede Eskadron und jede Kompanie Infanterie" der Provinzialtruppen sollte zu vierwöchiger Ausbildung ihrer gewählten Offiziere und der Unteroffiziere "einen Offizier der stehenden Armee" bekommen. Offenbar zusätzlich zwei Monate sollten die aktiven Offiziere dann beim Einüben der Provinzialtruppen "zur nähern Anweisung" dienen.
- 1) Fransecky, Die Formation der freiwilligen Jäger-Detachements bei der preußischen Armee im Jahre 1813, Beiheft zum Militär-Wochenblatt 1845, 449 ff; zit.n. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 270 f.
- 2) Hermann Witte, Die Reorganisation des preußischen Heeres durch Wilhelm I., Halle 1910, 6.
- (33) Vgl. meine Anm. 56 im II. Kapitel.
- 1) Vgl. Seite 154, Anm. 49.- Ähnlich schrieb Rüstow 1848 unter dem Pseudonym Huldreich Schwertlieb in Der Krieg der Zukunft, 11: "Nationalgarden neben den Feldheeren verschlimmern das Übel, weil sie den Heeren der Fürsten Heere der Völker gegenüberstellen, ohne Volkshere zu schaffen, und Selbsttäuschungen, einschläfernde Selbsttäuschungen erleichtern". Höhn, Verfassungskampf, 327, Anm. 3, erwähnt die Schrift, kennt aber Rüstow nicht als den Autor.
- 5) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 52 f. - In den Untersuchungen über die Organisation der Heere 63, sagte Rüstow: Das Kadersystem "hat unverkennbare Vorzüge vor dem ersteren (dem Landwehrsystern, A.d.V.), schon darum, weil es Einheit in die Armee und die Armeeverfassung bringt, es bleibt aber immer zu wünschen, daß es mit einer tüchtigen, wirklich, nicht bloß auf dem Papier vorhandenen Landsturmorganisation verbunden sei. Existiert diese nicht, so scheint das Landwehrsystern das bessere".- Robert Blum nannte die Landwehr eine "verkappte Vermehrung des Stehenden Heeres"; Droysen, Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung, 1. Teil Leipzig 1849, 128; zit.n. Höhn, Verfassungskampf 129.
- 5) Hermann Witte, Die Reorganisation des preußischen Heeres unter Wilhelm I., 7 ff.
- 7) Kronprinz Wilhelm erlebte beim badischen Feldzug, daß Landwehrbataillone im Feuer wegliefen und nur durch Linientruppen ins Gefecht zurückgetrieben werden konnten; Militärische Schriften weiland Wilhelms d. Gr. Majestät, Berlin 1897, II 452. Roön berichtet, daß in Baden Landwehrbataillone, "beordert, gegen den

Feind zu marschieren, nur durch verheißene und von Meile zu Meile aufgestellte Tonnen Bieres im Gange erhalten" werden konnten; Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Kriegsministers Grafen von Roon, 1897⁴, II, Anlage; zit.nach Witte, Die Reorganisation des preußischen Heeres unter Wilhelm I., 10 ff.

- 98) Kronprinz Wilhelm am 11. Juli 1849 aus Freiburg im Brief an den Großherzog von Baden; Militärische Schriften a.a.O. II 281.
- 99) Den Linienregimentern war es seit 1831 erlaubt, sich aus der Landwehr zu ergänzen. Erst 1844 stellte Boyen entrüstet diesen "Mißbrauch" der Landwehr ab. Bei der Mobilmachung von 1859 zeigten sich die Nachteile des preußischen Wehrsystems. In fünf der neun Armeekorps, über die Zahlen vorliegen, rückten 55 277 verheiratete Männer ein, bei drei Korps sogar 794 Wehrmänner des II. Aufgebotes, während 150 000 kriegstüchtige junge Burschen zu Hause blieben. Obwohl die Disziplin der Landwehr diesmal besser war als bei der Mobilmachung von 1851, schien eine Reform unumgänglich. Am 15. Juli 1859 befahl der Prinzregent, die Armee auf Friedensfuß zu setzen und die Kriegsformation beizubehalten.
- 100) Handschriftliche Protokolle, Gr. Preußischer Generalstab, Arch. Rep. 169 C, Abschnitt 52 m. 9, 20.3.60, Bl. 140; zit.n. Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, I 355, Anm. 16.
- 101) Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, I 166. Vgl. dazu meine Anmerkung 52 im II. Kap.: "Die Armee als eigentlicher Träger der Freiheit", schrieb 1849 auch die reaktionäre DWZ!
- 102) Clausewitz, Neffe des Carl von Clausewitz und Direktor der Armeedivision im Kriegsministerium, führte in einer Denkschrift vom Juli 1857, im Februar 1858 eingereicht, aber vor allem volkswirtschaftliche und weniger militärische Bedenken gegen die Landwehr an: "Die nationalökonomischen Verhältnisse der Staaten bedingen eine möglichst freie Bewegung der Staatsangehörigen, damit die letzteren in ihrem Gewerbe möglichst wenig gehindert und somit mittelbar der Staaten Wohl gefördert werde". Das bestehende Wehrsystem aber erschwert dem Wehrmann, sich im geeigneten Alter von 25 bis 26 Jahren wirtschaftlich selbständig zu machen und zu heiraten, da er täglich bis zum 32. Lebensjahr ins Feld einberufen werden kann. Bei jeder Mobilmachung rücken Tausende von Familienvätern ein, und die Kreise müssen ihre Familien ernähren. Fällt der Vater, versinkt die Familie leicht ins Proletariat. Clausewitz errechnet, dass ohne Landwehrsystem jährlich 27 000 Rekruten mehr bei gleichen Kosten eingezogen werden können; zit.n. Witte, Die Reorganisation des preußischen Heeres unter Wilhelm I., 45 f.
- 103) Seite 44.- "Was die Zerstörung von Privateigentum betrifft", hielt Rüstow es im modernen Krieg für unvermeidlich, daß auch das Volk in Mitleidenschaft geriet, er wollte "einfach

diese Trennung von Regierung und Volk nicht zugeben", und nach dem Kampf gegen den militärischen Gegner schienen ihm "in zweiter Linie" auch "Unternehmungen gegen den Volkswohlstand" "ganz nützlich"; Der Krieg gegen Rußland, I 316.

- 1) Zur Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage, 33, 46, 56.
- 5) Die preußische Armee und die Junker, 8: "So schleppt sich in Preußen auch in Bezug auf die Zusammensetzung und die Stellung der Offizierkorps die alte morsche Tradition ins Leben fort und dasselbe ist bei der fortschreitenden allgemeinen Entwicklung in eine Position geraten, die in vollständiger Disharmonie mit den übrigen Verhältnissen ist, die radikal geändert werden muß. Meist wird im Frieden in die Faulheit dieser Position nur dann ein Blick getan, wenn ein paar Offiziere zum Beispiel einen Hausknecht getötet haben und dafür so gut als gar nicht bestraft werden. Um den Zusammenhang der Dinge kümmert sich die Welt wenig..."
- 6) Ebenda 6, auch 52.
- 7) Ebenda 54.
- 8) Ebenda 6.
- 9) Ebenda 7.
- 0) Ebenda 39.
- 1) Der italienische Krieg von 1848 und 1849, 184 f.
- 2) Die Quellenangabe bei Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 237, ist unvollständig.
- 3) Die preußische Armee und die Junker, 14.
- 4) Ebenda 45.
- 5) Zur Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage, 48.
- 6) Die preußische Armee und die Junker, 42. 1860 schrieb Rüstow in Die Wahrheit über den preußischen Wehrgesetz-Entwurf, 15: "Bei der Kavallerie große Bequemlichkeit des Dienstes und großes Avancement; bei der Artillerie nach wie vor große Erschwerung des Dienstes, insbesondere bei einer Mobilmachung und dafür so gut als kein Avancement." Vgl. meine Seite 149, Anm. 30.- Der Generalinspekteur der Artillerie von Hahn forderte allerdings in einem Erlaß an die vier ihm unterstellten Artillerie-Inspektionen, bei der Auswahl der Offizierkandidaten für die Artillerie strengere Richtlinien einzuhalten; Erlaß vom 26.9.1854, Akten Militär-Kabinetts I. I. 15 vol. I im Preuß. Geh. Staatsarchiv. Das soziale Niveau der Artillerie-Offiziere wurde

auch gehoben. In den letzten Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg gehörte die Artillerie zu den bevorzugten Waffen und fühlte sich vornehmer als die Infanterie; zit.n. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 21 f.

- 117) Der deutsche Militärstaat, 46.
- 118) Nach der Rangliste von 1817 dienten 4138 adlige und 3367 bürgerliche Offiziere bei der Linie, 1818 waren es 3828 adlige und 3350 bürgerliche; vgl. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 18.
- 119) Vgl. Demeter ebenda.
- 120) Vgl. meine Seite 147. - Auch in der 1852 erschienenen Flugschrift 'Militairisches und Aristokratisches' wird ein unpolitisches Heer einem reaktionären vorgezogen, wird der König gewarnt vor der Adelsherrschaft und der "Familiarisation mit irgendeiner politischen Partei" (S. 12); zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 368.
- 121) Die preußische Armee und die Junker, 15 f.
- 122) Nach Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 33 ff.
- 123) Ebenda 26.
- 124) Ebenda 69.
- 125) Kabinettsorder vom 1.1.1798; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 327.
- 126) Aus dem von Gneisenau auf Anregung des Generalauditeurs Koenen verfaßten Zusatz zur "Verordnung wegen Bestrafung der Offiziere" im Immediatbericht der Militär-Reorganisationskommission vom 8.6.1808; Publikationen aus den Preuß. Staatsarchiven, 94. Band, 472, Anm. 16.
- 127) L. Blesson, Betrachtungen über die Befugnis des Militairs, an politischen Angelegenheiten des Vaterlandes Theil zu nehmen, 1821, gedruckt 1831; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 223 und 236 f. (Rudloff).
- 128) MLZ 1827, B. 8, H. 4, 379; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 238.
- 129) Sogar Boyen riet aus konservativ-romantischer Überzeugung 1841 "zu einer neuen vollständigen Gesetzgebung über Standes- und bürgerliche Ehre", wollte eine ständische Gliederung der Gesellschaft, außer den Ehrengerichten für Offiziere auch solche der Rittergutsbesitzer und ihrer Standesgenossen in jedem Kreis und Ehrengerichte für die höheren Beamten der Landeskollegien, schließlich auch für die übrigen Stände und Vereine, wenn sich das Bedürfnis zeige; Meinecke, Boyen, II 515 f.; zit.n. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 135 f.

- 130) L.M.Fouqué, Einfluß der parlamentarischen Rednerbühne auf den Geist des Heeres, in: Zeitschrift für Kunst, Wissenschaft und Geschichte des Krieges, 1843, B. 58, 273; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 257.
- 131) Minerva 224. Band, 1847 IV 53; auch 93.
- 132) Ebenda 81 f.
- 133) Grundlinien zu einer Philosophie der Befestigungen, 78.
- 134) Der deutsche Militärstaat, 105.
- 135) Ebenda 53.
- 136) Ebenda 50.- Auch in den Untersuchungen über die Organisation der Heere, 500 f., heißt es: "Das Prinzip der Unmündigkeit der jüngeren Offiziere wurde zuerst und am schärfsten in den norddeutschen Staaten durchgeführt, nicht ohne einen nachweisbaren Einfluß der Erinnerungen an den deutschen Ritterorden in Preußen. Die Kameradschaft der Offiziere eines Regiments oder Bataillons war die geschlossene Ordensgesellschaft des Ritterkonvents, den Konvikt fand man an den Tischen der Kompaniechefs, und der Zölibat, bei den Rittern durch das Ordensgelübde versprochen, entstand bei den modernen Stehenden Heeren, weil der junge Offizier keinen bürgerlichen Akt ohne die Bewilligung seiner Vorgesetzten abschließen konnte und diese, in letzter Instanz die Regierungen, mit Recht der Meinung waren, daß ihnen der Zölibat der Offiziere eben so nützlich sein werde, als der streitenden Kirche der Zölibat der Priester geworden war, daß die Ehe verschmilzt, die Teile der Völker vereinigt und daß man diejenigen nicht mehr vom Volke trennen, sie nicht mehr im Notfall ihm gegenüber stellen kann, welchen man die Ehe gestattet".
- 137) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 45.
- 138) Ebenda 48.
- 139) Ebenda 49.
- 140) Ebenda 50 f.- Die Offizier-Kasinos kamen erst Mitte des 19. Jahrhunderts auf. Vgl. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 200.
- 141) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 44 f.
- 142) Ebenda.
- 143) Rauer, Protokolle der von der Versammlung zur Vereinbarung der Preussischen Verfassung ernannt gewesenen Verfassungskommission, Berlin 1849, 126; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 147.

- 144) Zit.n. Höhn Verfassungskampf, 170.
- 145) Verordnung, die Wahl deutscher Nationalvertreter für das zwischen den Regierungen und dem Volk zu Stande zu bringende deutsche Verfassungswerk betreffend, 4; abgedr. in Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen Dresden 1848, 25; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 159.
- 146) Mitgeteilt in dem Aufsatz "Herr Römer und die Freiheit", Karlsruher Zeitung Nr. 15 v. 31.5.1849; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 187.
- 147) Befriedigt stellt die Deutsche Wehrzeitung fest, daß die Armee "jene Stelle des alten Halbgottes wieder eingenommen, die ihr unser großer Friedrich schon angewiesen", DvZ 1852, 2250, Die Armee und die Kammern; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 365.
- 148) Zur Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage, 54, auch 56.
- 149) Aus dem Leben Theodor von Bernhardis, V 58 f.
- 150) Die Wahrheit über den preußischen Wehrgesetz-Entwurf, 24.
- 151) Order vom 2.12.1841, Preuß.Geh.Staatsarchiv, Akten Militärkabinetts I.I.15.vol.1; zit.n. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 200.
- 152) Reichsarchiv, Akten des Kriegsministeriums, Zentraldep., gen.betr.Ehrengerichte, vol.3; zit.n. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 202 f. Der Prinzregent erklärte weiter: "Ich mißbillige überhaupt alles, was zu prunkhaften, den Verhältnissen der Mehrzahl der Offiziere unangemessenen Ausgaben, dadurch zur Verschuldung und somit zur Beeinträchtigung des guten Rufes eines Standes führt, der seine bevorzugte Stellung allein durch männliche Selbstbeschränkung und ritterliche Sitte zu behaupten vermag".
- 153) Die Wahrheit über den preußischen Wehrgesetz-Entwurf, 24.
- 154) Zur Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage, 57.
- 155) Ebenda.
- 156) Seite 287 f.
- 157) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 288.- Ähnlich schon Boyen, Erinnerungen, I 272: "Es können Feldzüge nur dann gut geführt, Staaten nach außen gut regiert werden, wenn die Kenntnisse des Feldherrn und des Staatsmanns sich in einer Person vereinigen, vereinzelt bleiben

sie einseitige Soldaten oder listig-schwache Diplomaten". Mit einer gleichen Bemerkung Scharnhorsts von Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, I 369, Anm. 4, als verwandt mit den "Clausewitzschen Kernlehren" zitiert.

- 158) Die Wahrheit über den preußischen Wehrgesetz-Entwurf, 24.
- 159) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 315. Über den Generalstabsoffizier heißt es hier: er "muß den Truppendienst vollkommen kennen..., er muß eine umfassende allgemeine und militärische Bildung haben... Seine Geschäfte führen ihn vom Büro auf das Feld, von diesem ins Büro zurück; er muß mit Leichtigkeit diesen Wechsel ertragen, sich nicht zerstreuen lassen von der einen Art des Dienstes, sondern Augenblicklich mitten in der notwendigen sein. Hierzu gehört ein konzentrierter Geist, dem es doch nicht an Lebhaftigkeit gebricht, und ein fester gesunder Körper... Neben diesen Eigenschaften scheinen es vorzüglich drei, welche ganz besondere Aufmerksamkeit verdienen: Zuverlässigkeit, Leichtigkeit der Auffassung, präziser und klarer Ausdruck".
- 160) Die Lehre vom Gefecht, 601. "Bologneser Gallopin" wird der militärische Vergnügensreiter des Generalstabs hier auch genannt.
- 161) Schon der 1785 veröffentlichte Entwurf eines Allgemeinen Preußischen Landrechtes hatte vorgeschlagen, Beleidigungen durch ein Ehrengericht von Standesgenossen bestrafen zu lassen. Der Generalauditeur Cavan, oberster Heeresjurist, lehnte das auch für die Armee als "mit der Ambition eines Offiziers nicht wohl zu vereinigen" ab, ebenso eine Kabinettsorder vom 21.3.1791; vgl. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 127 f.
- 162) Kanzler Freiherr von Schroetter an den Generalauditeur von Koenen, 15.5.1808 (Publikationen aus den Preußischen Staatsarchiven, 94. Band, 1. Abtlg., 2. Teil, I Leipzig 1938, S. 400 f: "Das Ehrgefühl des Soldaten zu respektieren, ist allerdings unerläßliche Pflicht. Nach meiner Ansicht aber ist dieses Gefühl besonders in neuern Zeiten seit der Emanation des Edikts vom 17. Juli 1788 mißgeleitet. Jedes ungleiche, gegen eine Militärperson rasch ausgesprochene Wort ist als Antastung eines Heiligtums ausgezeichnet und der Militärperson, namentlich dem Offizier, die Gewalt, über das Schicksal seines Beleidigers zu gebieten, implizite eingeräumt, indem es nur von ihm abhängt, die Anwendung des gedachten, im Landrecht wieder aufgenommenen Gesetzes aufzurufen, um seinen Beleidiger auf die Festsung zu bringen... Der seit jenem Edikt so laut gewordene Zwiespalt zwischen Militär und Zivil, wovon jede Provinzialstadt ihre Chronik hat, mußte herbeigeführt werden, wenn man die Beleidigung einer Militärperson doppelt und dreifach so hoch anschlug als die Beleidigung anderer

Menschen, wenn man in den Gerichtshöfen Worte und Stimmen wog und maß, die eine Militärperson als Beleidigung ihrer Ehre vor Gericht gestellt hatte. Wie weit man hierin gegangen ist, beweist die Vorschrift, daß auch die Ehre der Soldatenweiber, welche sich täglich mit anderen Marktweibern oder Nachbarinnen aus der ganz ungebildeten Volksklasse erzürnen und wieder vertragen, schimpfen und geschimpft werden, mit der Ehre ihrer Männer gleichgestellt ist, so daß eine den Weibern widerfahrene Beleidigung ebenso hart bestraft werden soll, als ob sie ihren Männern selbst widerfahren wäre... Die Beleidigung einer Zivilperson zieht nur unbedeutende Ahndung für den Offizier nach sich, unterdessen der oft schwer gereizte Zivilist in der Festung schmachtet und ehemals vor dem Erlaß einer diesfälligen KO. sogar nach § 339 Titel 20 Teil II des Landrechts sein Amt verlor, wenn er ein Amt bekleidete".

- 163) Hardenberg hatte in einer Denkschrift vom 2.9.1807 "zur Abschaffung des schädlichen Zunftgeistes" gefordert, Militärgerichtsbarkeit nur in "Dienst- und Disziplinarsachen" zu üben; vgl. Hühn, Scharnhorsts Vermächtnis, 215.- Scharnhorsts Auffassung zeigt der Immediatbericht der Militär-Reorganisationskommission vom 18.12.1807: "Bei der allgemein notwendig befundenen Vereinfachung der Justizverfassung scheint auch in dieser Hinsicht eine Veränderung in der Militärjustizverfassung notwendig und hierbei folgende Einrichtung zu treffen sein. Die Kriminaljustiz würde wie bisher vom Militär nach seinen eigenen Gesetzen gehandhabt und in dieser Hinsicht sowohl die Kriegesartikel als die andern Militärgesetze revidiert und ein eigenes kurzes, gedrängtes Militärgesetzbuch abgefaßt, das zur Kenntnis des ganzen Militärs gelangen müßte. In allen andern Fällen aber stände der Soldat vom ersten General bis zum Tambour unter den Landesjustizkollegien in gleichen Verhältnissen mit allen übrigen Ständen des Staates, so wie er bisher schon in Hinsicht des Grundeigentums darunter stand. Dies würde nicht allein die bisherigen so häufigen Spaltungen verhindern, sondern es würde auch das beste Mittel gegen das schädliche und beim Militär so tief eingerissene Schuldenmachen sein... Geringe Kriminalverbrechen würden nach kurzen, zweckmäßigen Vorschriften nach der bloßen, gesunden Vernunft bei dem Regiment ohne Zuziehung einer Justizperson untersucht und abgeurteilt, bedeutendere Sachen von dem Auditeur unter der Aufsicht des Brigadegenerals untersucht und durch ein Kriegsrecht abgeurteilt. Bei allen diesen Sachen, wo nur allein die besondere Verfassung und Lage des Militärs in Betracht gezogen werden kann, behielte das Militär also seine eigene Jurisdiktion, und hier könnte nie ein Ziviljurist nötig sein. In allen andern Rechtsfällen aber, wo der Soldat ganz in derselben Lage mit jedem andern Staatsbürger steht, kann er auch unter der Jurisdiktion der allgemeinen Landeskollegien stehen"; Publikationen aus den Preußischen Staatsarchiven, 94. Band, 222 f.

In einem gemeinsam mit dem Generalauditeur Koenen verfaßten Immediatbericht vom 19.12.1808 über die "Reform der Militärgerichtsbarkeit" schrieb Schroetter: "Die Frage in Ansehung der Zivilgerichtsbarkeit halte ich für zwischen uns ausgemacht, da der Generalauditeur nach Obigem, ebenfalls die beabsichtigte Vereinfachung der Rechtspflege für wünschenswert hält und die Abtretung der Zivilgerichtsbarkeit über das Militär minder schwierig und bedenklich findet und wir also insoweit einig sind. Was dahingegen die Kriminalgerichtsbarkeit über das Militär betrifft, so verkenne ich keineswegs die Erheblichkeit der Gründe des Generalauditeurs für die Beibehaltung der Militärkriminaljustiz. Ich gehe indessen auch hiebei von dem höheren Gesichtspunkte aus, daß die Kriminal- sowie die Ziviljustiz für jedermann im Staate ganz gleich sein muß und daß diese Gleichheit nicht anders erreicht werden kann, als wenn nur eine Gerichtsbarkeit existiert, indem erst, wenn diese statthat, das Mißtrauen und die Vorurteile, die der Militär- und Zivilstand gegeneinander haben, die an vielen Orten eine völlige Absonderung und Trennung dieser Stände bewirken, wegfallen, gegenseitig zum Wohl des Staats eine nähere Verbindung und Verbrüderung dieser Stände befördert werden wird. Dieser höhern Rücksicht muß alles weichen... Gemeine Verbrechen, als Diebstahl, Raub, Mord, Totschlag, Falschmünzen, Brandstiftung usw., haben mit dem Soldaten als Soldaten nichts gemein, und es ist daher nicht abzusehen, aus welchem Grunde man einen solchen Verbrecher, der Soldat ist, vor einen andern Richter stellen will als vor das gehörige Kriminalgericht, dem alle Verbrecher unterworfen sind. Die Grenzlinie zwischen gemeinen und Dienstverbrechen läßt sich scharf genug ziehen"; Publikationen ebenda, 798 f. Vgl. meine Anmerkung 174 in diesem Kapitel.

- 164) Instruktion für die Militärgerichte wegen künftiger Einrichtung der Militär-Gerichtsbarkeit, vom 15. Sept. 1809, Preußische Gesetzssammlung 1806-1810, Nr. 88, 581; zit. n. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 217.
- 165) Handbuch für die untersuchungsführenden Offiziere und Beisitzer der Kriegs- und Standgerichte der Kgl. Preussischen Armee, Merseburg 1813, 39; zit. n. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 174 f. Vgl. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 201.
- 166) So auch im Handbuch für die untersuchungsführenden Offiziere..., ebenda.
- 167) Karl von Rotteck, Über Stehende Heere und Nationalmiliz, 134 u. 68 f.
- 168) E. M. Arndt, Staat und Vaterland, Auswahl aus seinen politischen Schriften, hrg. v. E. Müsebeck, München 1921, 10 f., mahnt den Soldaten: "Du bist ein Mensch, und du sollst den

Menschen nicht ausziehen, wenn du die Montur anziehst";
zit.n. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 173.

- 169) Cavan, Das Kriegs-oder Militair-Recht, wie solches jetzt bei der Königlich Preußischen Armee besteht, 1801, I 49; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 229.
- 170) Höhn ebenda 230.
- 171) Karl G. von Rudloff, Handbuch des Preußischen Militair-rechts oder Darstellung der im Preußischen Heer bestehenden Grundsätze über militairische Rechts- und Polizei-Verhältnisse, Disziplin und Justizverwaltung, 1826, 242; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 233.
- 172) Aus dem Bericht der außerordentlichen Deputation "zur Revision der Kriegsartikel und des Dienstreglements für die sächsische Armee", vom 17.3.1849; Helbig, Mittheilungen über die Verhandlungen des Landtags im Königreich Sachsen 1849, 2. Kammer, 879 ff.; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 175. Auch die fortschrittliche Deutsche Kriegerzeitung, von sächsischen aktiven Offizieren redigiert, lehnte eine besondere Standesehre ab; Nummer 8, Die Kriegerehre; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 322.
- 173) Minerva 224. Band, 1847 IV 97.
- 174) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 513. - Auch der Wehrausschuß der Frankfurter Nationalversammlung wollte die Militärgerichtsbarkeit im Frieden auf reine Dienstvergehen beschränken, öffentlich und mündlich verhandeln lassen und Geschworenengerichte einführen, die Ehrengerichte abschaffen; Entwurf eines Gesetzes über Wehrverfassung, Frankfurter Archiv, Nr. 104; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 132. - 1868 schrieb Rüstow (Die Militärschule, 49 f.): "Wenn man darüber streiten kann, ob für die Truppen im Frieden eine eigene, von der bürgerlichen getrennte Handhabung der Justiz notwendig sei oder nicht und in wie weit, so steht es doch fest, daß die beweglichen Heere im Felde eines eignen Justizdienstes nicht entbehren können, welcher dann auch von besonderen Justizbeamten, geschulten Juristen, gehandhabt werden muß... Eine besondere Militärrechtsgesetzgebung ist unentbehrlich... Vernünftigerweise kann sie aber doch nur auf den Fundamenten der allgemeinen Rechtswissenschaft aufgebaut sein".
- 175) Die Wahrheit über den preußischen Lehrgesetz-Entwurf, 24. - Schon nach einer Verordnung Friedrich Wilhelms III. v. 3. Aug. 1808 sollten "die Offiziere eines Regiments sich wechselseitig untereinander sorgsam bewachen" und bei Verfehlungen Ehrengerichtsverfahren beantragen; zit.n. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 129 f.
- 176) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, I 7.

177) Ebenda.

178) (Anonym), Brief eines demokratischen Offiziers an die Männer des Volkes in der Singakademie zu Berlin, Königsberg 1848; zit.n. Steiger, Der Rüstow-Prozeß, 34.

179) Der Ehrenrat der Stettiner Ingenieur-Offiziere benachrichtigte Rüstow, daß gegen ihn eine ehrengerichtliche Untersuchung einzuleiten sei wegen seines Flugblattes (s. Anm. 178), der Teilnahme an demokratischen Vereinen und der Beteiligung an der zu Posen für die Nationalversammlung veranstalteten Sammlung. Die Anklagepunkte hießen: Verunglimpfung des Altenteils des Offizierstandes, Vorwurf der Gesinnungslosigkeit der jüngeren Offiziere, Verdächtigung der Institution der Ehrengerichte und damit des Offizierkorps selbst, der Vorwurf, daß das Personal der Ehrengerichte nur reaktionäre, verfassungswidrige Zwecke verfolge; Erkenntnis der Königl. Ingenieurinspektion, 1.12.1848; zit.n. Steiger, 36 f. Vgl. mein I. Kapitel, S. 11 f.

180) Vgl. mein I. Kapitel, S. 12.

131) Vgl. meine Anm. 174 im II. Kap.

182) Vgl. Höhn, Verfassungskampf, 147.

183) Ebenda 178.

184) Vgl. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 141.

185) Boyen, Dankwürdigkeiten, II 281; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 11.

186) Scharnhorst, Hat man bis jetzt noch immer Fortschritte in der Kriegskunst gemacht? 1802, Akten, Heeresarchiv Potsdam, Nachlaß Scharnhorst B., Nr. 34, Bl. I; zit.n. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 94.

187) Im Immediatbericht der Militär-Reorganisationskommission vom 8.6.1808 heißt es "Über die Behandlung der Soldaten im allgemeinen": "Da die allgemeine Militärkonskription in der Folge junge Leute von guter Erziehung und feinem Ehrgefühl als gemeine Soldaten unter die Fahne stellen wird, so ist mit Zuversicht zu erwarten, daß diese nicht nur selbst ihren Vorgesetzten willig folgen und durch gute Applikation den Militärdienst leicht erlernen, sondern auch eben hiedurch ihren Kameraden aus den weniger gebildeten Ständen ein Beispiel vernünftigen Gehorsams und wirksamer Anwendung ihrer Kräfte und Fähigkeiten geben und zu ihrer Ausbildung mitwirken werden und daß daher mit einer gelinden Behandlung und Disziplin in der Armee wird erhalten werden können"; Publikationen aus den preuß. Staatsarchiven, 94. Band, 1. Abtlg., 2. Teil, I 1938, 463 f.

- 188) 1806, Das preußische Offizierkorps und die Untersuchung der Kriegsereignisse, 1906, 301; zit.n. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 222.
- 189) Karl Gustav von Rudloff, Handbuch des Preußischen Militärs, rechts oder Darstellung der im Preußischen Heer bestehenden Grundsätze über militärische Rechts- und Polizeiverhältnisse, Disziplin und Justizverwaltung, 1826, 246; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 231 f.
- 190) Ebenda 242; bei Höhn 232.
- 191) Xylander, Die Heerbildung, München 1820, 38: "das Heer muß, wenn es sein Ziel erreichen will, durchaus unbedingt gehorchen".
- 192) O.von Platen, Wehrverfassungen, Kriegslehren und Friedensideen im Jahrhundert der Industrie, 1843, 106; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 255.
- 193) Karl von Rotteck, Über Stehende Heere und Nationalmiliz, 63 u. 68.- Der liberale Marburger Rechtslehrer Sylvester Jordan, Versuche über allgemeines Staatsrecht, 1828, 347, wollte den unbedingten Gehorsam des Militärs im Frieden beseitigen und die Armee von einem "blinden Werkzeug der Gewalt" zu einem verfassungsmäßigen Institut machen; zit. Höhn, Verfassungskampf, 115.
- 194) Ebenda 68.
- 195) Verhandlungen der Konstituierenden Versammlung für Preußen 1848, 2367, Graf Reichenbach; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 144. Ähnlich Rüstow, Graf Arnim-Boytzenburg: Über die Verteidigung des Heeres auf die Verfassung, 9 f.: "Ist das Heer auf die Verfassung vereidet und lebt in der Verfassung, so steht die Disziplin selbst der Verfassung hilfreich zur Seite; ist das Heer auf den König vereidet, so können sich leicht Disziplin und Verfassungstreue entgegenwirken und blutige, konfuse Verhältnisse herbeiführen, für die nirgend ein Ende zu finden ist".
- 196) Verhandlungen der Konstituierenden Versammlung für Preußen 1848 2778, Schultz (Wanzleben), dazu 2775, v. Unruh; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 155.
- 197) ebenda 2845, Uhlich; bei Höhn 151.
- 198) Die Kammer sah die dem Soldaten von der Regierung eingeräumten Rechte nicht eher gesichert, als bis der Gehorsam außerhalb des Dienstes abgeschafft werde, dann erst sei "das Militärwesen zeitgemäß reformiert"; Helbig, Mitteilungen über die Verhandlungen des Landtags im Königreich Sachsen, 1849, 2. Kammer, 497, Damman. Der auf den Listen des Vaterlandsvereins zum Abgeordneten gewählte Dresdener Ober-

leutnant Hermann Müller erklärte, die "unnatürliche Ausdehnung dieser Disziplin", dieser "patriarchalischen Disziplin" müsse beseitigt werden, der außerdienstliche Gehorsam bedeute die "Vernichtung der ganzen männlichen Selbstständigkeit"; Helbig, ebenda 72. Die Kammer nahm mit 64 gegen 4 Stimmen einen Vorschlag an, daß jeder Soldat seinem Vorgesetzten nur in dienstlichen Angelegenheiten Gehorsam schuldig sei. 44 Stimmen erklärten sich dagegen, daß der Soldat außer Dienst seinen Vorgesetzten wenigstens Achtung schuldig sei, 24 waren für diese Formulierung. Eine außerordentliche Deputation "zur Revision der Kriegsartikel und des Dienstreglements für die sächsische Armee" schlug in ihrem Bericht vom 17.3.1849 ferner vor, die Ehrengerichte abzuschaffen. Die beiden Kammern faßten auch einen entsprechenden Beschluß, aber am 30.4.1849 löste die Regierung den Landtag auf, die liberalen Heeresreformer hatten ausgespielt. Zit.n. Höhn, Verfassungskampf 166 ff.

- 39) Aufruf des Landesausschusses an die Armee, Karlsruher Zeitung, Nr.9 v.24.5.1849; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 188.
- 00) Karlsruher Zeitung, Nr.8 v.23.5.1849; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 188.
- 01) Stehendes Heer und Volkswehr..., von einem deutschen Offizier; zit.n. Potens Artikel in der ADB (30.B., 35), wo Rüstow als möglicher Autor der angeführten Broschüre genannt wird.
- 02) Graf Arnim-Boytzenburg: Über die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, 23.- Auch der Radikale Hecker erklärte 1843 in der badischen 2.Kammer: "Das ist die verderblichste Disziplin, die den Mann, der unter den Soldatenkleid auch noch sein Herz als Mensch und Bürger hat, in eine Form einpressen und ihn lediglich zu einer Soldatenmaschine herabwürdigen will"; Verhandlungen der Ständeversammlung des Großherzogtums Baden im Jahre 1843, enthaltend die Protokolle der 2.Kammer mit deren Beilagen, von ihr selbst amtlich herausgegeben, Karlsruhe 1843, 3. Protokollheft, 134; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 185.
- 203) Der deutsche Militärstaat vor und während der Revolution, Königsberg 1850, 38. Das eigentliche Problem der militärischen Disziplin liegt in den beiden Möglichkeiten "strikte Befehlsausführung" und "Gehorsam nur nach dem Maße persönlicher moralischer und vernünftiger Einsicht" beschlossen. Diese Kernfrage entschied Rüstow auch nicht mit folgenden Bemerkungen (Die Militärschule, 119 ff.): "Der Gehorsam, welchen jeder Soldat, vom höchsten bis zum niedrigsten, dem organischen Befehl leistet, ruht auf dem Fundament der Notwendigkeit des Zusammenhandelns aller zum gleichen Zweck, also des Handelns jedes Einzelnen in einer dem Allgemeinen gewiesenen Richtung, mit Aufopferung aller und jeder Vortheile der Person. Wäre der militärische Gehorsam lediglich

ein blinder, sogenannter unbedingter, so würde er der obigen Forderung noch keineswegs entsprechen. Jeder Soldat muß sich nicht bloß bemühen, das Befohlene zu tun, sondern es so gut als nur irgend möglich zu tun, womöglich mehr zu tun, als verlangt wird. Wie viele Gelegenheiten bieten sich nicht in Kriege, welche gestatten, den scheinbar äußersten Beweis des unbedingten Gehorsams zu liefern, ohne daß doch der wahre Gehorsam mit Rücksicht auf den im Befehle vielleicht nur angedeuteten Zweck geleistet worden sei!... Offiziere, welche an dem Grundsatz des unbedingten Gehorsams halten, glauben, man müsse den Soldaten daran gewöhnen, auch unnützen Befehlen zu folgen, damit er den notwendigen desto leichter und sicherer nachkomme. Allein, diese Maxime ist eine höchst gefährliche. Jede Form, die in der vernünftigen Notwendigkeit und im Zeitbewußtsein gar keinen Halt hat oder nur einen solchen, der mit aller Gewalt an den Haaren herbeigeschafft werden müßte, läuft Gefahr, lächerlich zu werden, für die Jugend zu allererst..."

- 204) Rüstow, Der deutsche Militärstaat, 107. In der zweiten Auflage des Werkes schrieb Rüstow: "Der Gehorsam gegen die Offiziere soll nicht der Gehorsam des Mannes, sondern des Kindes sein; so verliert das 'vertrauliche Du' alles Anstößige. Die Kompanie soll ja dem Soldaten alles sein, auch die Familie. Die sodomitische Ehe des Hauptmannes, des Vaters, und des Feldwebels, der Mutter der Kompanie, ist das **unästhetische** Bild, durch welches dem Rekruten die Sache veranschaulicht wird" (62). In der 1862 erschienenen Schrift "Die preußische Armee und die Junker" sagte Rüstow: "Um Gottes Willen! tätige, tatkräftige Offiziere können aus einem solchen an unbedingteste und servilste Unterwürfigkeit gegen den Fürsten gewöhnten und von ihm abhängigen Bürokratenadel, möge er nun ein 'von' vor seinem Namen haben oder nicht..., niemals hervorgehen" (51).
- 205) Graf Arnim-Boytzenburg: Über die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, 15 f.
- 206) Die preußische Armee und die Junker, 52.
- 207) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 87.
- 208) Seite 56.
- 209) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 511.
- 210) Manuskript, Dichtermuseum Liestal, Rü M 10.-In den Untersuchungen über die Organisation der Heere (511) über die "nicht aus dem philosophischen Standpunkt einer Vergeltung", sondern als Schreckmittel betrachteten militärischen Strafen: sollen sie "im Kriege ihre Wirkung tun, so müssen sie dann notwendig hart sein, weil der Krieg überhaupt ein hartes Gewerbe ist. sie müssen schnell erfolgen und sichtbar so vielen als nur möglich"; 518: "Im Kriege ist die Todesstrafe wohl unentbehrlich, wenn man die schweren Leibesstrafen, d.h. die körperliche Züchtigung verwirft. Ihre

Vollstreckung nimmt gar keine Zeit fort, und unter einem passenden Zeremoniell vor versammelten Truppen vollzogen, kann sie ihres Eindruckes auf die Gemüter nicht verfehlen". Rüstow scheint "der große Abscheu gegen die Todesstrafe, welche hier und dort zur Schau getragen wird, mehr als aus rechtlichen und vernünftigen Gründen aus der übertriebenen Verweichlichung unseres Zeitalters hervorzugehen".

211) Vgl. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 154.

212) Vgl. Höhn, Verfassungskampf, 221, und meine Anm. 22 im II. Kapitel.

213) Vgl. Höhn, Verfassungskampf, 80 u. 94.

214) Ebenda 101 f.

215) Ebenda 114 ff. Nach Einführung der Verfassung wurde der militärische Verfassungseid aber nicht mehr so ernst genommen. Neu einrückende Mannschaften schworen ihn nicht mehr, für neu eintretende Offiziere hatte man keine entsprechenden Bestimmungen; auch über die Eidesformel herrschte Unklarheit.

216) Ebenda 120 f.

217) Wie nachlässig die Truppenvereidigung in der Praxis gehandhabt wurde und daß ihr Nutzen schon deshalb gering sein mußte, macht folgende Schilderung klar, die der sächsische Leutnant Moritz von Süßmilch nach eigenem Erlebnis gab: In Wurzen, wo das sächsische Leibregiment und ein Schützenbataillon vereidigt wurden, konnten die Offiziere einen Tag vorher kein Exemplar des Verfassungstextes auftreiben, um wenigstens einmal selbst zu lesen oder mit der Mannschaft durchzugehen, was man eigentlich beschwöre. Auch der Rittergutsbesitzer, der Gemeindevorstand, der Pfarrer und der Lehrer hatten den Text nicht. Da der Auditeur, der die Formel bei der Vereidigung dann vorlas, mit seiner ohnehin schwachen Stimme gegen den Wind sprechen mußte, verstand eigentlich niemand, was er beschwor; Nachlaß Süßmilch im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden; zit. n. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 155.

218) Vgl. Höhn, Verfassungskampf, 200 ff.

219) Ebenda 156, 344 ff. und 355 ff.

220) Der ausgeschiedene preußische Leutnant Hugo von Hasenkamp, welche Maßregeln hat Deutschland in militärischer Beziehung in diesem Augenblicke zu ergreifen? 1848, 10 f., forderte den Armee-Eid auf die Verfassung. Auch 19 Aachener Leutnants vom 34. Infanterieregiment und 4. Dragonerregiment verlangten in einer Eingabe an das Kriegsministerium am 19. 4. 1848 "vollständige Gleichstellung des Militärs in politischer Beziehung mit allen Staatsbürgern, schleunigste Leistung des Eides auf

die Verfassung, sobald eine solche festgestellt sein wird, und zwar zur Beseitigung der gegenwärtigen zweideutigen Stellung der Armee..."; Preuß.Staatsarchiv,Rep.90 a,Y,Tit.Nr.I; zit.n. Höhn, Verfassungskampf,324.

- 221) Minerva 1847,II 148.- Ähnlich sagte der Abgeordnete d'Est in der preußischen Nationalversammlung, der Dienst sei entweder "eine Illusion oder eine Lüge". Entweder er sei nötig, um den Betreffenden an das Einhalten der Pflicht zu erinnern, dann widerspreche er der inneren Gesinnung, oder er widerspreche derselben nicht, dann sei er unnötig; Verhandlungen der Konstituierenden Versammlung für Preußen, 1848,2370; zit.n.Höhn, Verfassungskampf,143.
- 222) Minerva 1847,IV 81.
- 223) Ebenda 85.
- 224) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850,126.
- 225) Vgl.Höhn, Verfassungskampf,142 u.355.
- 226) Ebenda 355 f. Die Deutsche Wehrzeitung schrieb, "die magische Gewalt jener königlichen Zusage" sei nun gebrochen, da man wisse, daß der König sie nicht aus eigenem Willen gegeben habe, daß sie nur "die Genehmigung eines Rates" gewesen sei; DWZ 1849,681; zit.n. Höhn, Verfassungskampf,356 .
- 227) Zit.n. Höhn, Verfassungskampf,355 f.
- 228) Graf Arnim-Boytzenburg: Über die Verteidigung des Heeres aus der Verfassung,6 f.
- 229) Ebenda 4.
- 230) Ebenda 13.
- 231) Minerva 1847,II 148; ferner Graf Arnim-Boytzenburg,4, und Der deutsche Militärstaat,126.- Interessant ist, daß auch der konservative Militärrechtler Karl Gustav von Rudloff 1826 schrieb: "Die Verteidigung des Soldaten ist überhaupt nicht als ein durchaus wesentliches Erfordernis, sondern nur als ein Mittel anzusehen, ihm die Pflichten seines Standes, denen er von dem Augenblicke seines Eintrittes in denselben unbedingt unterworfen ist, noch heiliger zu machen. Hieraus folgt, daß auch der nichtbeeidigte Soldat jene Pflichten dennoch treulich zu erfüllen verbunden ist"; Handbuch des Preußischen Militärrechts oder Darstellung der im Preußischen Heer bestehenden Grundsätze über militärische Rechts- und Polizei-Verhältnisse, Disziplin und Justizverwaltung,1.Teil, § 541,S.280; zit.n. Höhn, Verfassungskampf,236.
- 232) Seite 77 f.
- 233) Ebenda.

234) -Ebenda.

235) Ebenda.

236) Am 9.12.1848 schrieb die DWZ, Das Heer in der Verfassung, 222: "1. Mit der Verteidigung des Heeres auf die Verfassung wird die schöne Preußische Armee ein unter Waffen beratender und vielleicht einst nach dem Befehl ehrgeiziger Führer entscheidender Körper. 2. Mit der Verteidigung des Heeres auf die Verfassung ist seine Kraft für das Vaterland gebrochen und ein zweitesmal rettet das Heer den Staat nicht, wie es denselben jetzt gerettet. 3. Mit der Verteidigung des Heeres auf die Verfassung steht die Krone ratlos und hilflos den künftigen Angriffen der Demokratie gegenüber, die man doch nicht etwa zufrieden gestellt zu haben glaubt?"; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 350.

237) Vgl. Höhn, Verfassungskampf, 185.

238) Verhandlungen der Konstituierenden Versammlung für Preußen, 1848, 2369, Jung; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 143.

239) Als ebenso "unnötig oder gefährlich" wie bei der Bürgerwehr bezeichnete d'Ester den Eid des Militärs; Verhandlungen..., 2375. Für die Bürgerwehr hatte die preußische Nationalversammlung den Eid abgeschafft. Deren Mitglieder mußten vor dem Gemeindevorsteher, in Gegenwart des Befehlshabers der Bürgerwehr, versichern: "Ich gelobe Treue dem König und Gehorsam der Verfassung mit den Gesetzen des Königreichs"; Verhandlungen..., 2097; zit.n. Höhn, Verfassungskampf, 144. - Auch in Sachsen und Kurhessen leistete die Nationalgarde bzw. Bürgergarde keinen Pohneneid; vgl. Höhn, Verfassungskampf, 54 u. 70.

240) Scharnhorst, Über die Übung und Bildung einer Armee in Friedenszeiten, 1797, Akten HA Potsdam, Nachlaß Scharnhorst, B. 146, Bl. 9; zit.n. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 89.

241) Scharnhorst, Über die Bildung der Offiziere und Unteroffiziere, Akten HA Potsdam, Nachlaß Scharnhorst, B. 2; zit.n. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 115. Die Stellenangabe bei Höhn ist nicht genau.

242) Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 115, Anm. 136.

243) Vgl. Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, II 326 u. 355.

244) König Friedrich Wilhelm III. teilte Scharnhorst in der Kabinettsorder vom 17. Juli 1811 mit: "Ich habe Ihren Bericht über den gegenwärtigen Zustand der hiesigen Kriegsschule erhalten und finde die von Ihnen getroffene Einteilung des Unterrichts sehr zweckmäßig. Zur Ermunterung der an dem Unterricht teilnehmenden Offiziere und Portepeeführer habe ich den Premierleutnant v. Treskow I. zum Stabs-Kapitän von der Armee und den Sekondeleutnant Graf Gröben... zum Premierleutnant befördert..."; zit.n. Friedlaender, Die Königl. Allg. Kriegs-Schule, 30.

245) Der König genehmigte am 6. August 1808 nach dem Immediatbericht der Militär-Reorganisationskommission vom 30. Juli 1808 das Reglement über die Besetzung der Stellen der Portepeefähnriche und über die Wahl zum Offizier bei der Infanterie, Kavallerie und Artillerie. Am Anfang stehen die bedeutsamen Sätze: "Einen Anspruch auf Offizierstellen soll von nun an in Friedenszeiten nur Kenntnisse und Bildung gewähren, in Kriegszeiten ausgezeichnete Tapferkeit und Überblick. Aus der ganzen Nation können daher alle Individuen, die diese Eigenschaften besitzen, auf die höchsten Ehrenstellen im Militär Anspruch machen. Aller bisher stattgehabter Vorzug des Standes hört beim Militär ganz auf, und jeder gleiche Pflichten und gleiche Rechte..."; Publikationen aus den Preußischen Staatsarchiven, Bd. 94, 533 f.

246) König Friedrich Wilhelm III. schrieb im Juli 1807 in "Richtlinien für die Reorganisation der Armee": "...3. Könnte es wohl geraten sein, bei Wiederherstellung der Armee dieses Heer von invaliden Generalen, Stabs- und andern Offizieren, die teils physisch teils moralisch oder an beiden zugleich invalide sind, wieder nach ihrem ehemaligen Rang und Würde einzusetzen? 4. Und wenn dieses nicht ist, da eine Abänderung hierin zuverlässig wesentlich notwendig ist, wie wäre künftig das Avancement in der Armee einzurichten, um nicht in den alten Fehler zu verfallen?" Publikationen, ebenda, 9.

Im Immediatbericht vom 25. 9. 1807 nahm die Militär-Reorganisationskommission dazu Stellung: "Die ad 4 von S.M. beabsichtigten Mittel, welche in der Folge die Anstellung unbrauchbarer und invalider Offiziere verhindern können, erfordern in jedem Fall einige Veränderung in den angenommenen Grundsätzen des Avancements nach dem Dienstalter. Diese Art zu avancieren, führt zwei wesentliche Fehler mit sich: 1. den, daß dadurch alle Emulation, sich geschickt und brauchbar zu machen, erkaltet, und 2. daß gerade diejenigen der Regel nach zum Kommando kommen, welche am längsten leben, und daß also alle Befehlshaber alte Männer sind. Nun ist es aber eine anerkannte Wahrheit, daß der Mensch zwischen dem dreißigsten und fünfzigsten Jahr weit mehr leistet als zwischen dem fünfzigsten und siebenzigsten oder wohl gar zwischen dem sechzigsten und achtzigsten, zumal im Kriege, wo schlaflose Nächte, die Fatiguen des Körpers, die überhäuften Arbeiten und die Anstrengungen des Geistes zu den Unruhen des Gemüts kommen... Welche Einrichtungen man aber auch trifft, so wird immer bei einem langen Frieden die jüngsten Generale alt - und das Avancement außer der Anciennität wird dem Nachteil welcher durch ein zu hohes Alter bei den Generalen entsteht nur teilweise abhelfen, indem dadurch nur einige jüngere Generale unter den Generalmajors sich befinden werden. Es kommt daher bei dieser Einrichtung noch auf eine solche an, durch die bei dem Ausbruch eines Krieges S.M. in der Lage sich befinden, daß Sie die Generalmajors zu den ersten Kommandeuren und die Stabsoffiziere ohne Unterschied des Alters als Generalmajors anstellen können. Wir schmeicheln

dem Avancement von Stabsoffizieren zum Kommandeur und General wird auf keine Anciennität Rücksicht genommen. S.M. avancieren nach Ihrer Allerhöchsten Intention den jüngsten Stabsoffizier zum Kommandeur oder Generalmajor, ohne im geringsten auf ihre Anciennität zu sehen, doch wird hierbei eine Versetzung in den Brigaden oder Divisionen stattfinden (Marginale des Grafen von Lottum: "Hiebei ist von S.M. dem Könige bestimmt worden, daß jeder Kommandeur eines Regiments Obrist sein, mithin jeder zum Kommandeur ernannte Stabsoffizier zugleich zum Obrist avanciert werden soll. Demnächst sollen aber die Generalmajors nur aus der Klasse der Obristen, jedoch ohne Rücksicht auf deren Ancienneté unter sich ernannt werden"). § 2. S.M. avancieren vom Generalmajor zum Generalleutnant ohne alle Rücksicht auf Anciennität. § 3. Unter den Generalmajors findet keine Anciennität statt sowie auch unter den Generalleutnants. S.M. geben, wenn es Allerhöchstdieselben für den Dienst notwendig finden, dem jüngsten den Befehl über alle übrigen. § 4. Die Generale bekommen keine Regimenter und werden ohne Rücksicht auf ihr Dienstalster sowohl in Friedenszeiten als im Kriege angestellt. Ihre Anstellung wird als ein Auftrag betrachtet; sie haben daher keinen Grund, dieselbe fordern zu können. Bei dieser Einrichtung haben S.M. den Vorteil, daß Allerhöchstdieselben beim Ausbruch eines Krieges 1. jeden Stabsoffizier zum ältesten Generalmajor und 2. den jüngsten Generalmajor zum ältesten Generalleutnant avancieren können, welches bei der bisherigen Einrichtung nicht ohne dringende Ursachen geschehen konnte"; Publikationen ebenda, 98 ff.

Diese Forderungen gingen dem König zu weit, doch war immerhin so viel erreicht, daß dem Oberkriegskollegium am 30.11. 1808 durch Kabinettsorder mitgeteilt wurde: "S.K.M.p. haben beschlossen, die zum Teil schon während der Zeit des Siebenjährigen Krieges und später in der Armee wie auch bei den Kommandanten der Festungen stattgefundene Einrichtung, nach welcher bereits jüngere Generale, wenn selbigen auf eine Zeitlang ein besonderes Kommando übertragen worden, ältere Generale im Range unter sich gehabt haben, unter nachstehenden Bestimmungen nach einer festgesetzten Norm einzuführen, und tragen demnach Dero OKK. auf, der Armee bekannt zu machen, daß Höchstdieselben in der Folge bei den Generalleutnants und den Generalmajors in der Übertragung zum Kommando bei gleichem Grade keine Anciennität stattfinden lassen wollen. Derjenige Generalleutnant oder Generalmajor, welchem ein Kommando aufgetragen wird, hat bei dieser Truppenabteilung über alle mit ihm in gleichem Grade stehenden Generale alle Vorrechte des Befehlshabers ohne Hinsicht seiner Anciennität. Es kann daher in der Folge der jüngste Generalleutnant der Befehlshaber bei einer Truppenabteilung sein, bei der ältere Generalleutnants sich befinden, ohne daß diese irgendein Recht haben sollen, sich hierüber zu beschweren. Ebenso kann auch ein jüngerer Generalmajor ältere Generalmajors kommandieren, wenn S.M. ihn zum Befehlshaber einer Truppenabteilung ernennen, bei der sich diese befinden. Bei den übrigen nicht zu Befehlshabern ernannten Generalen findet

die Anciennität wie bisher statt, und sollte ein Befehlshaber bei einer Truppenabteilung abgehen, ohne daß S.M. einen anderen ernannt hätten, so tritt der älteste bei dieser Abteilung in seine Stelle. Jedoch soll dieser Vorrang eines jüngern Befehlshabers nur solange stattfinden, als sein Kommando dauert, und sowie dies aufhört, tritt er in die Verhältnisse, in welchen er vorher war, zurück"; Publikationen ebenda, 747 f. In einer Anmerkung des Herausgebers heißt es hier, daß durch Kabinettsorder vom 30.3.1809 auch die Besetzung der Regimentskommandeurstellen unabhängig vom Dienstalter bestimmt wurde.

- 247) Typisch für den Widerstand des konservativen Offiziersadels ist etwa eine Bemerkung des Generalmajors Zastrow: Statt die Offiziere "nach ihren Fähigkeiten avancieren zu lassen", möge man sich doch wieder auf die tiefe Weisheit des Anciennitätsprinzips als Garant einer wohlausgewogenen Ordnung im Heere besinnen; Zastrow, Bemerkungen zu Massenbachs Plänen, Akten HA Potsdam, Nachlaß Massenbach, Heft 38, 136; zit. n. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 326.
- 248) Grundlinien zu einer Philosophie der Befestigungen, 179.
- 249) Ebenda 176.
- 250) Ebenda.
- 251) Ebenda 177.
- 252) Ebenda 178.- 1847 (Minerva IV 95) schrieb Rüstow als Huldreich Schwertlieb: "Wir müssen uns auf das entschiedenste gegen das Avancement nach dem Alter erklären, weil es nur dazu dient, diejenigen, welche die stärksten Knochen haben, an die Spitze der Geschäfte zu bringen, nicht aber die wirklich Tüchtigen und Brauchbaren".
- 253) Die Wahrheit über den preußischen Wehrgesetz-Entwurf, 25.
- 254) Ebenda.
- 255) Ebenda 25 f.
- 256) Ebenda 28.
- 257) Die preußische Armee und die Junker, 34.
- 258) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 291.
- 259) Ebenda 292.
- 260) Ebenda 291.
- 261) Vgl. meine Anm. 246 im II. Kapitel.
- 262) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 292.
- 263) Ebenda 293.
- 264) Militärische Schriften weiland Kaiser Wilhelms des Großen Majestät, II 41 f.
- 265) Wilhelm Baron von Rahden, Wanderungen eines alten Soldaten, II 3, 124, 133.

- 266) Ebenda I 46.
- 267) Ebenda I 2.
- 268) Ebenda I 342.
- 269) Ebenda II 9 u. 119.
- 270) Ebenda II 163.
- 271) Ebenda II 169 f. u. 172.
- 272) Ebenda II 75.
- 273) Ebenda I 340. Vgl. II 121.
- 274) Ebenda II 48 f. Vgl. 31 u. 170.
- 275) Ebenda II 92.
- 276) Ebenda II 12.
- 277) Ebenda II 77 f.
- 278) Ebenda II 102.
- 279) Ebenda II 65.
- 280) Die preußische Armee und die Junker, 45.
- 281) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 37.
- 282) Die preußische Armee und die Junker, 48.
- 283) 5. Band, Leipzig 1847, 294 f.
- 284) Seite 297.
- 285) Seite 296.
- 286) Seite 314 - 316.
- 287) Seite 317 u. 330.
- 288) 9. Band, Leipzig 1847, 3 f.
- 289) S. meine Anmerkung 32 im II. Kapitel.
- 290) MLZ 1849, 8; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 319.
- 291) Vgl. Höhn a. a. O.
- 292) Preußens Landwehr, Leipzig 1847, 38-40.
- 293) Hasenkamp, Welche Maßregeln..., 8-10.
- 294) Ebenda 10-13.
- 295) Ebenda 16-24.
- 296) Seite 5, 9, 10, 12; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 319.
- 297) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 131.
- 298) Zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 323.
- 299) Ebenda 324.
- 300) Ebenda 325.
- 301) Ebenda; Leeden in Unsere Gegenwart und Zukunft, 1849, 38.

- 302) Akten im Heeresarchiv Dresden KA 3935; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 166-179 u. 321 (Deutsche Kriegerzeitung).
- 303) Vgl. Carl Stegmann und C. Hugo, Handbuch des Sozialismus, Zürich 1897, 432-437, 739, 870, und mein III. Kapitel, 213 f.
- 304) Vgl. The Encyclopedia Americana, New York-Chicago 1947, 24. Band, 797, und mein III. Kapitel, 249, Brief Engels' v. 23.5.51.
- 305) Vgl. Gustav Mayer, Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie, passim. Hofstetten erlebte in Genf auch Lassalles Duell mit und war als Ersatz-Sekundant vorgesehen. Rüstow hatte mit ihm keine nähere Verbindung. Feste Freundschaft aber schloß er mit einem anderen ehemaligen bayerischen Offizier, dem eidgenössischen Oberst und Infanterie-Oberinstruktor Hoffstetter, dessen Tod im März 1874 Rüstow schwer traf. In seiner "Berichtigung über mich verbreiteter Lügen" (Liestal Rü M 34) macht Rüstow einige unklare Angaben über diesen emigrierten, aber wohl unpolitischen Militär, der in einigen Armeen diente. Hoffstetter scheint in Preußen an der Revolution beteiligt gewesen zu sein. Rüstow berichtet auch, daß der Bayer 1847 im Sonderbundskrieg der Schweiz und 1849 unter Garibaldi im Kirchenstaat gegen die Franzosen kämpfte.- Vgl. meine S. 134 f.
- 306) Dietrich von Bülow's Bedeutung für die Entwicklung der Kriegswissenschaft, in Eduard Bülow u. Wilhelm Rüstow, Militärische und vermischte Schriften von Heinrich Dietrich von Bülow, 118 f.
- 307) Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, II 337.
- 308) In seinem großen theoretischen Werk Vom Kriege sagt Clausewitz im 3. Kapitel "Der kriegerische Genius", daß den Feldherrn nicht technische Kunstgriffe und gelehrtes strategisches Wissen auszeichnen, sondern harmonisches Zusammenwirken von Geist und Charakter; daß sichere Entschlußkraft in der Gefahr das wichtigste sei, daß starre Doktrin und "geometrische Methode" nichts ausrichten könnten. - Von Moltke stammen die Sätze: "Die Lehren der Strategie gehen wenig über die ersten Vordersätze des gesunden Verstandes hinaus; man darf sie kaum eine Wissenschaft nennen; ihr Wert liegt fast ganz in der konkreten Anwendung. Es gilt mit richtigem Takt die in jedem Moment sich anders gestaltende Situation aufzufassen und danach das Einfachste und Natürlichste mit Festigkeit und Umsicht zu tun. So wird der Krieg zur Kunst, einer solchen freilich, der viele Wissenschaften dienen. Diese letzteren machen bei weitem noch nicht den Feldherren, aber wo sie demselben fehlen, müssen sie durch andere ersetzt werden"; Taktisch-strategische Aufsätze, 172.

- 309) Scharnhorst, Entwurf zur Errichtung einer allgemeinen Militair-Academie; zit. n. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 229. - Auch der Scharnhorst verachtende Kavallerie-General Ludwig von der Marwitz fürchtete, daß "das zu viele Lernen den Charakter ertöte"; Tagebücher (hrsg.v.Meusel 1908-13), I 511; zit. n. Schnabel, Das neunzehnte Jahrhundert, II 404, Anm. zu S.326.
- 310) Vgl. Georg Heinrich Klippel, Das Leben des Generals von Scharnhorst, Leipzig 1896, I 115; zu Yorck: Klippel II 78.
- 311) Scharnhorst forderte, der Vortrag des militärischen Lehrers sei "historisch" einzurichten, solle vom Beispiel ausgehen. Der Lehrer dürfe "nichts oder doch sehr wenig in Regeln vortragen", die Regeln müßten gewissermaßen von selbst abfallen; Plan einer Lehranstalt für die Junker und jungen Offiziere der Infanterie- und Cavalerie-Regimenter, nebst einer Instruction für die Lehrer derselben, 1802, Akten HA Potsdam, Nachlaß von Geusau, Nr. 16, Bl. 5; bei Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 120. "In der Kriegskunst ist es schwerer, die Verhaltensmaßregeln anzuwenden, als sie aus der Natur der Sache abzuleiten", sagte Scharnhorst auch; Über den Nutzen und die Etablierung einer Militärschule für die jungen Offiziere überhaupt, insbesondere die von der Artillerie; Akten HA Potsdam, Nachlaß Scharnhorst, B. 17, Bl. 31; zit. n. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 118.
- 312) Knesebeck, Militairische Rhapsodien, HA Potsdam, Nachlaß Knesebeck, Nr. 15, Bl. 110. - Allein die Philosophie, schrieb der preußische Hauptmann Kamptz, lehre den Offizier. "wie und aus welchem Gesichtspunkt er Menschen betrachten und behandeln müsse, deren Bildung ihm übertragen worden, sie gebe ihm die wichtigsten Mittel an die Hand, seine Leute kennen zu lernen"; Kamptz, Für Offiziere und die es nicht sind, I (1797) 124-26; zit. n. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 48.- Rüstow, Die Militärschule, 54, meinte dazu: "Eine Beschäftigung mit der Philosophie im engeren Sinne kann niemandem, der zum Lichte strebt, schaden, vorausgesetzt nur, daß sie eine ernste und durchgreifende sei ... und im allgemeinen kann man sagen, daß es für den Mann, der sich wahrhaft bilden will, viel weniger darauf ankomme, die Philosophie im engeren Wortverstande zu studieren, als darauf, daß jeder Zweig des Wissens, mit welchem er sich überhaupt abgibt, von ihm in echt philosophischem Geiste, mit der kindlichen Liebe zu Weisheit und Wahrheit durchdrungen und aufgenommen werde. Es existiert keine militärische Philosophie, aber der vollkommene Soldat, der die Verpflichtung hat, ein vollkommener Mensch zu sein, muß auch Philosoph sein ...".
- 313) Scharnhorst, Plan einer Lehranstalt für die Junker und jungen Offiziere der Infanterie und Cavalerie-Regimenter, nebst einer Instruction für die Lehrer derselben, 1802, Akten HA Potsdam. Nachlaß von Geusau, Nr. 16, Bl. 8.

Als oberstes Bildungsziel für den jungen Fähnrich und Leutnant bezeichnete Scharnhorst die "Anleitung zum Selbstdenken"; Promemoria: Die Notwendigkeit einer Instruction für den Unterricht der Junker und jungen Offiziere bei den Infanterie- und Cavalerie-Regimentern betreffend; ebenda, Nr. 16, Bl. 4; zit. n. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 117.

- 314) In dem Bericht an Oberst von Trew schreibt Scharnhorst auch: "Es ist wahr, daß Sprachen dem Offizier nützlich sind; allein eine gründliche Einsicht seines Berufes ist ihnen doch nützlicher; und überdies findet jeder in jedem Orte Gelegenheit, sich Kenntnisse der französischen und deutschen Sprache zu erwerben, aber nicht der Mathematik und Kriegswissenschaft ... Sprachen, Historie oder Linie, die anfangs allein fürs Gedächtnis sind, bilden aber nicht den Offizier, sie schärfen nicht die Beurteilungskraft, und darauf kommt es bei dem Offizier hauptsächlich an ... in jedem anderen Stande kann man ohne Beurteilungskraft ehender durchkommen"; zit. nach Georg Heinrich Klippel, Das Leben des Generals von Scharnhorst, I 106 ff. - Auch Rüstow kritisierte, daß die preussische Armee selbstständiges Denken und Handeln unterdrücke, daß der Subalterne "förmlich am Überlegen gehindert" werde "durch die Notwendigkeit, ohne Unterlaß die Instruktion bis ins Minuteste zu befragen"; Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 48 f.
- 315) Vgl. Gottlieb Friedlaender, Die Königliche Allgemeine Kriegs-Schule und das höhere Militair-Bildungswesen, 56 u. 97 f.
- 316) Denkschrift v. 3.1.1836; zit. n. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 83.
- 317) Kriegsministerielle Verfügung über die "Anforderungen bei der Prüfung zum Offizier" v. 17.12.1836 im Abschnitt über die allgemeinen Grundsätze und Verordnung Friedrich Wilhelms IV. v. 4.2. 1844 über 1. die Ergänzung der Offiziere des Stehenden Heeres im Frieden und die militärische Ausbildung der Offizieraspiranten und 2. die Organisation des Kadetten-Corps; zit. n. Demeter a.a.O. 84. Diese königliche Verordnung wurde 1861 im wesentlichen nur wiederholt.
- 318) Vgl. Demeter a.a.O. 74: "... im Grunde dreht sich die ganze Frage der Offiziersbildung, so wie sie sich geschichtlich darstellt, elliptisch um die Antithese: Rustikalität und Urbanität, Charakter und 'Geist', Voluntarismus und Intellektualismus!"
- 319) Vgl. meine Anm. 245 im II. Kapitel.
- 320) 1860 mußte allerdings vorübergehend wieder auf diese Maßnahme verzichtet werden, da die Reorganisation der Armee den Bedarf an Offizieren stark erhöhte. Zahlreiche

Portepeefähnriche und Landwehroffiziere wurden ohne die vorgeschriebene Prüfung aktive Offiziere; vgl. Demeter, Das Deutsche Offizierkorps, 87.

- 321) Denkschrift v. 18.4.1862; zit. nach Demeter a.a.O., 91 (Anhang Nr. 4). Der König schob die Abiturpflicht in der Verordnung vom 23.4.1862 dann noch einmal bis 1. Oktober 1865 hinaus und erkannte besonders gute Dienstapplikation und persönliche Empfehlung (!) durch das betreffende Offizierkorps als vollgültigen Ersatz für mangelnde wissenschaftliche Ausbildung an; vgl. Demeter a.a.O. 92.
- 322) Die Zahl der als Abiturienten eintretenden Offizieranwärter stieg allerdings ständig, von 1880 bis 1912 von einem Drittel sämtlicher Fahnenjunker bis auf zwei Drittel. Von 1901-12 wurden aber doch noch über 1000 Bewerber ohne das Zeugnis der Hochschulreife zum Fähnrichsexamen zugelassen; vgl. Demeter a.a.O. 98 f.
- 323) Erlaß vom 23.11.1890 "Betr. Ziele und Betrieb der abgekürzten Kurse der Kriegsschulen"; Reichsarchiv, Akten Militärkabinett I.I. 15. vol. 2; zit. n. Demeter a.a.O. 96 f. - Der Generalstabschef Helmuth von Moltke (d.Jüngere) hielt eine bessere Vorbildung der Offizieranwärter zwar für "dringend erforderlich", aber auch er warnte vor der Gefahr der Überbildung: "Die geistige Bildung allein aber möchte ich nicht einseitig betonen, sie muß mit Charakter- und Herzensbildung vereint sein"; an das Kgl. Allg. Kriegsdepartement v. 2.11.1911, Akten Militärkabinett I.I. 15 vol. 3; zit. n. Demeter a.a.O. 100.
- 324) Vom 13. Lebensjahr an wollte Rüstow die Schüler der Gymnasien und Realgymnasien militärwissenschaftlich unterrichten lassen, zwei Jahre in Waffenlehre und elementarer Taktik der drei Waffen, dann drei Jahre in Taktik der verbundenen Waffen, technischen Arbeiten im Felde und Organisation; Untersuchungen über die Organisation der Heere, 386. Rüstow schien "die Institution der einjährigen Freiwilligen nicht geeignet ..., Landwehroffiziere zu bilden", denn es fange "unter der Leitung der Berufs-offiziere die absichtliche, systematische Verpfuschung ... der Ausbildung oder vielmehr die Vernachlässigung der Ausbildung ... schon an". Dem könne, sagte Rüstow, "nicht anders abgeholfen werden als durch die Verbindung der militärischen Erziehung - der geistigen (wissenschaftlichen) und körperlichen - mit der bürgerlichen an unseren höheren Lehranstalten"; Zur Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage, 49.- Auch der Vorausschuß der Frankfurter Nationalversammlung hatte im "Entwurf eines Gesetzes über Wehrverfassung" "alle einseitig militärischen Erziehungsanstalten als mit dem Bedürfnis der Zeit in Widerspruch" gesehen (§ 56) und deshalb gefordert, das höhere militärische Studium an den ordentlichen Universitäten betreiben zu lassen (§ 16); Höhn, Verfassungskampf, 132, zitiert nach dem Aktenstück des Frankfurter Archivs, Nr. 104.

- 325) Rüstow setzte an "Art und Gegenständen" des Eintrittsexamens der preußischen Offiziere aus, daß "eine tüchtige Gymnasialbildung" zum Bestehen "wenig nützen konnte"; Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 46. Die Prüfung sollte sich nicht nur auf die von Rüstow für die höheren Lehranstalten vorgeschlagenen militärischen Fächer erstrecken, "sondern auch auf die allgemeinen Wissenschaften, namentlich auf Sprachen, Mathematik, Geographie und Geschichte". Weiter schlug Rüstow vor: "In der Mathematik sollte man immer in der Anwendung auf Gegenstände der Physik und Chemie prüfen"; Untersuchungen über die Organisation der Heere, 388. Rüstow meinte, Preußen könne "ohne Schaden" den größten Teil der Kompanieführer und Leutnants unter den beurlaubten Offizieren finden, die mehr allgemeine Bildung mitbrächten als die Berufsoffiziere, und die "auf dem Tummelplatze des bürgerlichen Lebens" besser "die Eigenschaften eines selbständigen Charakters und der Behilflichkeit" entwickeln könnten; Die Wahrheit über den preußischen Wehrgesetz-Entwurf, 27.
- 326) Rüstow in Minerva 1847 IV 93.
- 327) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 64.
- 328) Die preußische Armee und die Junker, 48.
- 329) In der Boyenschen Denkschrift (vgl. II. Kap., Anm. 316) heißt es, der Offizier brauche die dem Zeitbedürfnis angemessenen weltbürgerlichen Kenntnisse, wenn er nicht in der Achtung der übrigen Stände sinken wolle.
- 330) Der deutsche Militärstaat vor und während der Revolution, Königsberg 1850, 46. Den Adel sah Rüstow im preußischen Offizierkorps "nicht im Verhältnis seiner wirklichen Macht und Bildung, also nicht nach dem Verhältnis begründeter Ansprüche vertreten"; Die preußische Armee und die Junker, 52. - Um den Offizierstand "in seiner Würde zu erhalten und seinen Mitglieder einen etwaigen Berufswechsel nicht zu erschweren", hielt auch die königliche Verordnung von 1844 (vgl. II. Kap., Anm. 317) "eine Änderung in der Prüfung und Vorbildung" für nötig. - Auch der bayerische Hauptmann Josef Ritter von Xylander, Lehrer beim königlichen Kadettenkorps, wollte durch die Bildung "den Kriegskünstlern eine würdige Stellung unter den Dienern des Staates einräumen". Er hätte gern gesehen, daß ebenso wie der Beruf des Arztes oder des Künstlers auch der des Soldaten als ein höherer gelte, der bei den übrigen Ständen Achtung vor der vollbrachten Leistung eintrage. Xylander meinte, so werde dem Offizier "beim Zusammentreffen mit anderen Ständen und in öffentlichen Verhandlungen sein Voranstehen nicht mehr bestritten werden"; Untersuchungen über das Heerwesen unsere Zeit, 1831, 128.
- 331) Die preußische Armee und die Junker, 6.

- 332) Ebenda 52.
- 333) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 46.
- 334) Ebenda 47 f.
- 335) Die preußische Armee und die Junker, 45. Die "ganze militärische Bildung" der Epaulettenträger, spottete Rüstow auch, sei "die Erduldung einer viermonatigen Schnelldrucke auf einer sogenannten mit ganz miserablen Lehrern besetzten Kriegsschule"; Zur Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage, 54.
- 336) Bericht des Generalinspektors von Luck v. 23.2.1838; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 266 f.
- 337) Vgl. meine Seite 178. Auch daß in der Presse sich ein militärisches "Augurentum" breitmachen könne, führte Rüstow auf den unglücklichen "Dualismus ... zwischen Staatsmann und Feldherr, Bürger und Soldat" zurück; Der Krieg von 1866 in Deutschland und Italien, 128.
- 338) Blesson nannte die Offiziere "die Bildner des Menschen, die echten und wahren Beförderer des rechten Lichtes für die Völker, die Verbreiter und Entwickler der Zivilisation", sagte, die "große National-Bildungs-Anstalt des Stehenden Heeres" leite alljährlich "einen Strom von wohlthätiger, niemals gefährlicher Erleuchtung in das Volk"; Der wahre Soldatengeist, 1843, 12 f; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 277 u. 279.
- 339) DWZ 1849, 355: Die Stellung und Wirksamkeit des Offiziers als Volkslehrer, und DWZ 1849, 712: Die preußischen Offiziere, die Lehrer des Volkes; zit. n. Höhn, Verfassungskampf, 371. Vgl. meine Anmerkung 52) in diesem Kap. Auch Roon nannte später die Armee eine "große Volksschule", eine "Bildungsschule der Nation überhaupt"; Roon als Redner, I 70 (27.5.61) u. 296 (16.9.62), II 150 ff. (20.3.65) u. 182 (23.3.65); zit. n. Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, I 353, Anm. 43.
- 340) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 355.
- 341) Ebenda 368 f. Im handschriftlichen Konzept für die Vorlesung über Kriegsgeschichte 1854 an der Zentralschule in Thun schrieb Rüstow unter Punkt 30. der Einleitung: "c. Das Heer macht nie ein Volk tüchtig, aus einem tüchtigen Volk auch ein gutes Heer"; Liestal, Rü M 5.
- 342) Seite 369. Ähnlich in Strategie und Taktik der neuesten Zeit, I Vorwort VIII: "Man sagt: die Heere sollen die Schulen des Volkes sein. Vielleicht beginnen wir eine neue militärische Periode erst dann, wenn es durchgeführt wird, daß die Volksschule die Heere bildet, indem sie zugleich zur Heeresschule wird". 1854 sagte Rüstow in einer militärischen Vorlesung an der Zentralschule in Thun, daß ein Heer nie das Volk tüchtig mache, sondern ein tüchtiges Volk "auch ein gutes Heer" stelle;

Manuskript Rü M 5 in Liestal. - Dagegen schrieb er 1855 in den Untersuchungen über die Organisation der Heere, 75, auch: Die allgemeine Waffenübung wird "eine Volksgymnastik und gibt dem Körper wieder sein natürliches, doch in unserer Zeit ihm so oft verkümmertes Recht. Sie schließt sich unmittelbar dem Kriege an, dessen höherer und providentieller Zweck und Sinn (sic!) es auch eben ist, die Völker aus dem Verfaulen des Leibes und der Seele hin und wieder aufzurütteln, sie neu zu beleben, wenn sie noch lebensfähig sind, sie zu zertrümmern, wenn sie es nicht mehr sind und nicht mehr verdienen zu bestehen. Wer wollte nun aber mit gutem Gewissen die Schwachen, die ihrer am meisten bedürfen, in denen sie Gesundheit und Kraft entwickeln kann, von der Teilnahme an dieser Volksgymnastik ausschließen?"

Kapitel III

- 1) Der Krieg von 1866 in Deutschland und Italien, 512. Im gleichen Sinn schrieb Rüstow im Militärischen Hand-Wörterbuch, I 53, unter dem Stichwort "Ausbildung": "eine -verhältnismäßig- lange Dienstzeit, d.h. Ausbildungszeit" kann "nur unendlich wenig wahren Nutzen gewähren". "Die Sache zu bessern, gibt es nur wenige und ganz radikale Mittel, eine tüchtige körperliche und geistige Jugend-erziehung, die nicht wieder so leicht verlorengelassen wird als eine so oder so lange Drillerziehung..., eine Volksbildung, welche das nationale Selbstgefühl und das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit belebt und wach erhält". Vgl. Die Wahrheit über den preußischen Wehrgesetz-Entwurf, 13: "Unserer Meinung nach lernt der gemeine Soldat in 6 bis 8 Wochen völlig das, was er im Militärdienst lernen sollte und notwendig in diesem lernen muß; militärische Intelligenz, Körperkraft und körperliches Geschick, die Grundlagen der eigentlichen militärischen Erziehung aber, die gibt viel besser eine vernünftige Jugend-erziehung, die zur Abwechslung von der geistigen Anstrengung Turnen, militärische Übungen in den Unterrichtsplan für die Knaben und jungen Leute mit aufnimmt"; ebenda 16: "Unserer Ansicht nach würde die Verallgemeinerung militärischer Ausbildung, basiert auf eine passende Jugend-erziehung, doppelt und dreifach ersetzen, was in der Paradeausbildung des einzelnen auf lange Präsenz eingestellten Mannes allenfalls abgehen möchte".
- 2) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 356 f., 386, 391.
- 3) Liestal Rü M 10.
- 4) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 369 f.; ebenda 513 spricht Rüstow von der "Jugend-erziehung, welche Geist und Körper stärkt, durch die Stählung des Körpers dem Geiste Spannkraft und Selbstbewußtsein gibt, den Geist selbständig macht, ihn über das Hängen an erbärmlicher Ge- nußsucht erhebt, ihn zum Begreifen eines schönen Gemein- sinns erweckt".
- 5) Seite 52-54; zit.n. Günter Nickolaus, Die Bewertung der Miliz in Deutschland von 1848 bis 1918, Diss. Berlin 1933, 119 f.
- 6) Die Heerbildung. Vom Verfasser der Strategie und ihrer An- wendung (d.i. Josef Ritter von Xylander), München 1820, 25-28.
- 7) Nach einer Aufzeichnung des Prinzen von Preußen, in: Mili- tärische Schriften weiland Kaiser Wilhelms des Großen Maje- stät, I 583-588.
- 8) Bericht vom 5.1.1846; ebenda 422 f.
- 9) Stenogr. Berichte über die Verh. der deutschen konst. National- versammlung, hg.v. F. Wigard, II 804, Wernher; 1003, Arndt;

zit.n. Andreas Hohlfeld, Das Frankfurter Parlament und sein Kampf um das deutsche Heer, 130.

- 10) Stenogr. Berichte über d. Verh. der durch die Allerhöchste Verordnung vom 22. Dezember 1859 einberufenen beiden Häuser des Landtages, Haus der Abgeordneten, Berlin 1860, II. Band, 1175, 53. Sitzung vom 18.5.1860.
- 11) Vgl. mein III. Kapitel, 262 ff.
- 12) Die Nachrichten über die Jugendwehr verdanke ich meinem Schwiegervater Herrn Generalmajor a.D. Adolf Röpneck. Schon 1895 berichtete A. Herse im Deutschen Soldatenhort (Band VI, 284-87) über "Militärische Jugendspiele an höheren Lehranstalten": "An einigen Erziehungsanstalten hat man diesen Jugendspielen (vergleichbar den späteren "Geländespielen" der Hitlerjugend, Anm.d.Verf.) einen modernen militärischen Charakter gegeben, und wie glücklich die Idee gewesen ist, durch eine gewissermaßen freiwillige Unterordnung unter die militärische Disziplin und durch möglichste Uniformierung schon die Schüler an eine freudige Pflichterfüllung zu gewöhnen, beweisen nicht nur die glänzenden Erfolge, welche in Bezug auf körperliche Entwicklung und erhöhte 'Findigkeit' bei den Schülern durch diese Spiele erzielt worden sind, sondern auch die großen Sympathien, welche dafür im Publikum sofort sich durch Rat und Tat bemerkbar machten... Bei der Mehrzahl der akademischen Philologen stehen freilich militärische Spiele noch in argem Mißkredit, das 'Warum?' ist jedoch geradezu unerfindlich... Daß nun diese Kampfspiele, der Neuzeit entsprechend, in die modernsten Bahnen geleitet werden, ist jedenfalls nutzbringender, als Spiele zu treiben, welche nur für den Augenblick unterhalten, den Körper nicht nach allen Richtungen hin gleichmäßig ausbilden, zur Entfaltung einer den Schönheitssinn angenehm berührenden Körperhaltung nicht annähernd so viel beitragen, wie dies der Parademarsch allein schon vollbringt...". Noch im zweiten Weltkrieg bestand übrigens eine dem Kreiskriegerverband Berlin-Tiergarten angeschlossene "Kameradschaft ehemaliger Angehöriger der Jugendwehr e.V. Berlin".
- 13) Vgl. Walter Görlitz, Der deutsche Generalstab, Geschichte und Gestalt 1657-1945, Frankfurt a.M. 1950, 205.
- 14) Königsberg 1850, 188 bis 209.
- 15) In den Untersuchungen über die Organisation der Heere, Basel 1855, 93 f., rechnete Rüstow vor, daß auch ein Stehendes Heer von 365 Tagen nur etwa 150 für die militärische Ausbildung verwende. Beim Garnisonswachtdienst, der einschläfere und träge mache, gingen 100 Tage verloren, bei anderen Nebenbeschäftigungen - "Kammerdienst, welcher im Ausklopfen alter Kleider" bestehe-, bei Revuen, den "unfruchtbaren Übungen im Parademarsch" noch einmal 100 Tage. Schon in einem Minerv Aufsatz von 1847 (IV 73) hatte Huldreich Schwertlieb geschrieben, daß die Ausbildung der Infanterie in einem halben Jahr zu bewerkstelligen sei. "Durch den Garnisonswachtdienst, Ordonnanz- und sonstigen Sicherheitsdienst durch die

Selbstschneiderei und Schusterei der Bataillone, Offiziersburschen, den Ausklopfe- und Putzdienst auf den Kammern usw." werde die etatsmäßige Stärke der Kompanie so geschwächt, daß sie selten mit mehr als der Hälfte auf dem Übungsplatz erscheine. Rüstow meinte, daß mit einer tätiger genützten kürzeren Dienstzeit sogar "die Ausbildung eine noch gründlichere werde", daß die Soldaten sich nicht mehr "an das Faulenzen gewöhnen" würden und die Gutsherren nicht mehr zu klagen brauchten "über die besonders hervorstechende Faulheit derjenigen ihrer Knechte...., welche erst kürzlich aus dem Dienste entlassen" worden seien. In dem Minerva-Aufsatz wurde noch die um einen Monat längere Ausbildungszeit vom 1. April bis 1. Oktober vorgeschlagen.

In: Wahrheit über den preußischen Wehrgesetz-Entwurf, 12, nannte Rüstow sechs bis acht Wochen ausreichend zur militärischen Ausbildung. In Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, 28, hieß es aber: "Die Dienstzeit des einzelnen Mannes bei der Fahne kann, solange kein Äquivalent an die Stelle gesetzt wird, wie es nur in der ganzen Anlage der Jugenderziehung gefunden werden könnte, - heute nicht verkürzt werden".

Auch der Wehrausschuß der Frankfurter Nationalversammlung sah in seinem Entwurf zum Wehrgesetz eine Gesamt-Dienstzeit von höchstens eineinhalb Jahren vor (§ 22); nur sechs Monate lang aber sollte der Rekrut bei der Infanterie ununterbrochen eingezogen werden, danach wäre er beurlaubt und noch zu Übungen gerufen worden; vgl. Hohlfield, Das Frankfurter Parlament und sein Kampf um das deutsche Heer, 127.

- 16) In der Minerva 1847 (IV 61) hatte Huldreich Schwertlieb nach sechs und nach zwölf Jahren vierwöchige Wiederholungskurse im August vorgesehen. Zu "ihnen beliebigen Zeiten an einzelnen Tagen des Jahres" sollten die Mitglieder der "Kommunalwehrverbände" der Kreise (von Gemeinden sprach Rüstow erst 1850) außerdem "sich in den Waffen" üben und die "militärischen Angelegenheiten des Wehrkreises" beraten.
- 17) Umgerechnet auf dreijährige Dienstzeit, wollte Rüstow über zwei Prozent der Bevölkerung (jährlich 0,7 - 0,8 %) zur militärischen Ausbildung schicken; sein Kriegauszug erfaßte vier Prozent, die Gemeindewehr außerdem noch 13 - 16 Prozent der Bevölkerung. Das sind sehr hohe Quoten, die zweifellos auch das zivile Leben belasten mußten. Die deutsche Bundeskriegsverfassung verlangte ein Prozent der Bevölkerung. Das Plenum der Frankfurter Nationalversammlung entschied sich mit 304:149 Stimmen für eine Vermehrung auf zwei Prozent. Die Linke stimmte gegen diesen vom Wehrausschuß eingebrachten Antrag, weil er nur die Stehenden Heere verstärkt hätte; vgl. Hohlfield, Das Frankfurter Parlament und sein Kampf um das deutsche Heer, 56 ff.

H.L.Wetzer, Über Milizen, Wien 1871, 32 f., wies darauf hin, daß die zahlenmäßige Stärke etwa des Schweizer Militärs "durchaus nicht, wie gewöhnlich behauptet wird, ein Resultat des Milizsystems" sei, sondern Folge der ungewöhnlich langer

Dienstpflichtigkeit. Während Österreich zum Beispiel seine Truppen aus zwölf Jahrgängen erhalte, verpflichtete die Schweiz ihre Bürger 25 oder, die Ersatztruppen mitgerechnet, 27 Jahre zum Wehrdienst; zit.n. Nickolaus, Die Bewertung der Miliz in Deutschland von 1848 bis 1918, 86, Anm. 268.

- 18) 1847 hatte Rüstow in einem anonymen Minerva-Aufsatz (II 148) nur die Offizierstellen bis einschließlich der Kompanieführer mit "auf Zeit" gewählten Offizieren besetzen wollen, für die höheren Stellen Berufsoffiziere vorgesehen. In seinem "Entwurf zur Organisation von Turnerkompanien" empfahl er 1861 eine nur "vorläufige" Besetzung aller Offizier- und Unteroffizierstellen durch Wahl und eine "Revision" der Wahlen "durch eine möglichst schnell zu errichtende Zentralbehörde". Diese Behörde sollte auch von vornherein die Bataillons- und Brigadekommandeure mit ihren Adjutanten ernennen; Liestal BR H 1152 a. - 1850 im Entwurf zu einem Volkswehrgesetz dehnte Rüstow das Wahlverfahren für die Besetzung der Offizierstellen weiter nach oben aus. Er forderte aber, daß nur die Gemeindeversammlung (20 % der Bevölkerung) die Führer ihres mobilen Kriegsauszuges wählen solle, nicht der vierprozentige Kriegsauszug selbst, denn es könnte auf diese Weise "ein entschiedenes Prätorianertum" entstehen.

Die Wahl der Offiziere und Unteroffiziere hatte schon Joseph Servan in seinem 1780 erschienenen Buch "Le soldat citoyen" gefordert; vgl. Hans Wilhelm Pinkow, Der literarische und parlamentarische Kampf gegen die Institution des Stehenden Heeres, 9.- Auch Rotteck sah 1816 in seiner Schrift "Über Stehende Heere und Nationalmiliz" vor, alle Gemeinden, Kreise und Provinzen die Offiziere für ihre zu stellende Mannschaft wählen und nur die höchsten von der Regierung ernennen zu lassen. - Der Großherzoglich badische Oberamtmann L.A.F. von Liebenstein sprach sich 1817 aber in seiner Broschüre "Über Stehende Heere und Landwehr" gegen die freie Wahl der Offiziere und für eine Ernennung durch die Regierung aus; vgl. Pinkow a.a.O. 42.- Der ehemalige Leutnant Wilhelm Schulz schrieb in seiner 1833 in Hanau erschienenen Arbeit "Über Bürgergarden, Landwehr und noch einiges andere, was damit in Verbindung steht. Ein Wort zur Beherzigung an Bürger und Bauer": "Die Bürgergardisten wählen selbst ihre Unteroffiziere und Offiziere, da man nur denjenigen Gehorsam leistet, auf die man Vertrauen hat"; vgl. Pinkow a.a.O. 66.- Auch der sächsische Hauptmann Karl Eduard von Pönitz, ein bekannter Militärschriftsteller und Lehrer an der Kadettenschule zu Dresden, trat für die Offizierswahl "mit Genehmigung der obersten Dienstbehörde" ein; Pinkow 82.- Der Wehrausschuß der Frankfurter Nationalversammlung lehnte für das Stehende Heer die Offizierswahl ab; vgl. Hohlfeld, Das Frankfurter Parlament, 143.

- 19) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 8. Seite 171 heißt es in dem am 2. Oktober 1849 zu Posen abgeschlossenen Nachtrag zum II. Kapitel ("Wehrwesen und Heereszustände Deutschlands seit der Märzrevolution von 1848"): "Der Tag von Villagos sah das Heer der Magyaren dem weißen Zer zu Füßen, dem Diktator der Dynasten; vor Fridericia wurden nicht die Deutschen

den Dänen, nein! die Kämpfer für die Nationalität dem Klub der Dynasten überantwortet; Venedig ist gefallen; die Verfassung, welche das deutsche Volk für die seine erkannte, schwebt anscheinend ein wesenloser Schatten über den Gräbern derer, welche für sie gefallen. Eine kleine Partei glaubt das Szepter der deutschen Stämme zu halten und wirtschaftet mit ihren Interessen keck, ohne Bedenken; aber sie selbst müßte sich wundern, daß ihr die Wirtschaft so allzuleicht wird, - könnte sie sehen wollen, so müßte sie sehen, daß ihr die Herrschaft darum so leicht wird, weil sie in der Tat das Volk gar nicht hält, weil es ihr entschlüpft ist, um zu günstiger Zeit klüger als in dem verhängnisvollen Frühling 1848 mit Stumpf und Stil diese Wucherpflanzen auszurotten, die Deutschlands heilige Erde schon so lang überziehen und, wie sehr sie dem gesunden Leben, das unter ihnen arbeitet, das Licht der Sonne entziehen mögen, es doch nimmer zu ersticken vermögen".

- 20) Ebenda 88.
- 21) Ebenda 16.
- 22) Ebenda 77 f.
- 23) Ebenda 165.
- 24) In seinem 1861 für den Nationalverein ausgearbeiteten "Entwurf zur Organisation von Turnerkompanien" hieß es: "Das Exerzierreglement für alle Linienbewegungen ist das preussische, von allen das einfachste und, wenn man Präsentieren, Paradedunst und ähnliche Schnurren ausläßt, bei einer Kompanie in acht Exerziertagen mit vollständiger Gründlichkeit einzuüben"; Liestal BR H 1152 a.
- 25) Die Zitate über die revolutionäre Erweiterung des Volkswehrgesetzes und den Rat zur Geldbeschaffung sind aus der zweiten Auflage, Zürich 1851, 281 bis 292.
- 26) Droysen, Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung, Leipzig 1849, 103 f. (Wigard am 26.7.1848) und 104 (Blum am 26.7.1848); zit.n. Hohlfeld, Das Frankfurter Parlament und sein Kampf um das deutsche Heer, 112 f.
- 27) Stenogr.Ber. über die Verhandlungen d.deutschen konstituierenden Nationalversammlung I 207 (5.6.1848); zit.n. Hohlfeld a.a.O.113.
- 28) Antrag Rödingen-Vischer (12.2.1849), Sten.Ber.VII, 5156/7; zit.n. Hohlfeld a.a.O.118.
- 29) Ravesux (8.3.1849, 2. Lesung des § 43 der Grundrechte), Sten.Ber. VIII, 5598/9; zit.n. Hohlfeld a.a.O.119.
- 30) Über den 1. Entwurf: Droysen, Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung, Leipzig 1849,

54 f.- Über die Streichung des Passus 'e': Aktenstücke und Aufzeichnungen zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung aus dem Nachlaß von Joh. Gust. Droysen, hrsg. v. Hübner, Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts, B. 14, Berlin-Leipzig-Stuttgart 1924, 566 (2.3.1849); zit. n. Hohlfeld a.a.O. 5

31) Vgl. Hohlfeld a.a.O. 85.

32) Vgl. Hohlfeld a.a.O. 31 ff.

33) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 180.

34) Ebenda 182.

35) Ebenda 152. - Daß es mit diesem Vorwurf unzureichender staatlicher Erfassung seine praktische Bewandnis hatte, machte auch Friedrich Engels, Die Preußische Militärfrage und die Deutsche Arbeiterpartei, Hamburg 1865 (in: Neudrucke marxistischer Seltenheiten, IV 13 f.) klar. Er kommentierte eine von Kriegsminister Roon 1863 der Militärkommission des preußischen Abgeordnetenhauses vorgelegte Aufstellung über die Aushebung von 1861 folgendermaßen: "Nun aber kommt das Wunderbare. Unter den 565 802 Dienstpflichtigen, über die zu entscheiden ist, sind: unermittelt geblieben 55 770 Mann, in andere Kreise gezogen oder dort gestellungspflichtig geworden 82 216 Mann, ohne Entschuldigung ausgeblieben 10 960 Mann = zusammen 148 946 Mann. Also trotz der gerühmten preußischen Kontrolle - und wer je in Preußen militärpflichtig war, weiß, was es damit zu sagen hat - verschwinden volle 27 % der Dienstpflichtigen in jedem Jahr? Wie ist das möglich? Und wo bleiben die 82 216 Mann, welche aus der Liste gestrichen werden, weil sie 'in andere Kreise gezogen oder dort gestellungspflichtig geworden' sind? Braucht man heutzutage bloß von Berlin nach Potsdam zu ziehen, um von der Dienstpflicht freizukommen? Wir wollen annehmen, daß hier - Homer schlummert ja bisweilen - die Herren Beamten in ihrer Statistik einfach einen Bock geschossen haben, nämlich daß diese 82 216 Mann unter der Gesamtsumme von 565 802 zweimal figurieren"... Es bleiben aber noch 66 730, "welche jährlich verschwinden und verdunsten, ohne daß die preußische Kontrolle und Polizei sie unter den Helm bringen kann. Das sind beinahe 14 % der Dienstpflichtigen. Hieraus folgt, daß die ganze Erschwerung der Freizügigkeit, welche unter dem Vorwand der Militärpflichts-Kontrolle in Preußen herrscht, vollständig überflüssig ist. Die wirkliche Auswanderung aus Preußen ist notorisch sehr gering und steht in gar keinem Verhältnis zu der Zahl der verdunsteten Rekruten".

36) Minerva 1847, IV 71 f.

37) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 82. Hier heißt es Seite 185 aber auch: "Schutz und Herstellung der öffentlichen Ordnung sind im ganzen Lande verbürgt, wenn sie in jeder einzelnen Gemeinde verbürgt sind, - da die Unterbrechung der öffentlichen Ruhe nur ein zeitweise eintretendes Ereignis ist, so bedarf es zu ihrem Schutze auch keiner stets bereiten Macht."

Sie kann demnach den Wehrverbänden der wehrfähigen Männer der einzelnen Gemeinden übertragen werden, und es ist abermals nur eine Organisation derselben notwendig, welche ihr Auftreten erforderlichenfalls notwendig macht, aber keineswegs ein steter militärischer Zusammenhalt, welcher die einzelnen ihrem bürgerlichen Geschäft anhaltend entzöge".

- 38) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850,80. In seiner Militärischen Hand-Wörterbuch,II 67, schrieb Rüstow: "Sicherlich dienen die Nationalgarden als beständige Organisation dem Zwecke, welchen man bei ihnen im Auge hat, nur sehr schlecht, und er kann einzig und allein durch eine solche Organisation des gesamten Wehrwesens erreicht werden, welche an die Stelle des starken stehenden oder Kaderheeres ein Milizsystem mit allgemeiner Verpflichtung zum Kriegsdienst und reeller allgemeiner Waffenübung setzt. Denn eine Nationalgarde, deren Organisation überdies in ruhigen Zeiten stets einschläft, wird immer eine schlechter geübte und schwerer zu sammelnde und schwerer verfügbare, schwerer zu hantierende Truppe sein als ein stehendes Heer oder ähnliches, welches man ihr trotz der Besorgnis, daß von ihm ein schlechter Gebrauch gegen das Volk und zu dessen Nachteil gemacht werden könne, gegenüber läßt".
- 39) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850,119.
- 40) Ebenda 83 f.
- 41) Ebenda 78 f.- In der preußischen Nationalversammlung hatte sich die Linke vergeblich dagegen gestemmt, daß aus der Bürgerwehr eine Art Polizei wurde, daß man statt der allgemeinen Volksbewaffnung eine "Schützengilde" erhielt; vgl.Höhn, Verfassungskampf,146.- Rüstow meinte auch 1862 (Der italienische Krieg von 1848 und 1849,187), für eine Freischarenorganisation dürfe man das Vertrauen nicht in "bierbrauerliche Bürgerwehren und Schützengilden" setzen.
- 42) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850,79 f.
- 43) Minerva 1847,IV 113 ff.
- 44) Siehe I.Kapitel,S. 92 f.
- 45) Die Militärschule, 88 f.
- 46) Siehe I.Kapitel,S 9 ff.
- 47) F.Engels- W.I.Lenin Militärpolitische Schriften,I Berlin (Int.Arbeiter-Verlag) 1930,hrsg.und eingel.von K.Schmidt, 74,Anm.1.
- 48) Ebenda 75,Anm.1.
- 49) Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844 - 1883, hrsg.von A.Bebel und Ed.Bernstein,II Stuttgart 1919,325.- Näher und weniger dogmatisch als K.Schmidt beschäftigte sich der 1913 geschriebene anonyme Aufsatz

"Kapitalistisches Wettrüsten, Volksheer und Sozialdemokratie" (in: Neudrucke marxistischer Seltenheiten, IV Leipzig 1929) mit Wilhelm Rüstow. Zwar wird da auch die "kleinbürgerliche Auffassung der Miliz" von der sozialdemokratischen abgesetzt (S.64) und dem "französischen Genossen Jean Jaurès" vorgeworfen, er vertrete in seinem 1911 erschienenen Buch "L'armée nouvelle" eine Utopie, insofern er in der Miliz ein Mittel zur Abkehr von imperialistischer Politik sehe und Kapitalismus und Demokratie für vereinbar halte (S.65). Auch nennt der anonyme Verfasser (vielleicht Franz Mehring?) Rüstow den "führenden bürgerlichen Theoretiker der Miliz-idee" (S.36). Doch andererseits werden einige Stellen aus Rüstow zitiert und gebilligt, und es wird dem "bürgerlichen Theoretiker" bescheinigt, daß er der Miliz "den Charakter eines absoluten Begriffs" nehme (34), ihre organisatorischen Mängel beseitige und es angenähert auch im Kadersystem finde.

- 50) August Happich, Friedrich Engels als Soldat der Revolution (in: Hessische Beiträge zur Staats- und Wirtschaftsgeschichte, VI Leipzig 1931), 26.
- 51) Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx; I 105 f. (Engels am 25.7.1849 aus Vevey, Kanton de Vaud, an Frau Marx).
- 52) Ebenda I 188. Zum Urteil über Willich vgl. I 137 f. (Marx am 10.2.1851 an Engels): "Landolphe und Louis Blanc haben sich mit dem Komitee Willich-Schapper vereint... Du stellst Dir leicht vor, wie Willich und Schapper in ihrer Vorstellung gewachsen sind und wie sie uns geschlagen wähen! Aber wir werden sie anders schlagen. Wir sind auf dem kürzesten Wege, den Unteroffizier und Zimmermann Willich verrückt, literaliter verrückt zu machen. Du erinnerst Dich des Briefes den Schramm im Namen von Becker (in Köln, A.v.Bebel/Bernstein an Willich schrieb, worin er ihm die Militärdiktatur anbot, die Presse abschaffte und leichte Schlagschatten auf Schapper Moralität warf. Eh bien! Willich ist in die Falle gegangen. Er hat Becker bombardiert mit Briefen, er hat auch schon einen Emissär zur Absendung bereit, hat sich ganz schon das herrliche Wesen eines Cromwell II. angeeignet, ist auffahrend geworden, duldet keinen Widerspruch mehr und hat dem Becker den Auftrag gegeben, eine Revolution in Köln zu machen, wonach er sich bereit erklärt, die oberste Leitung zu übernehmen. Ich werde von Becker in einigen Tagen die Briefe von Willich erhalten und dann die Minen springen lassen".- Marx am 17.3.1851 an Engels (I 158): "Einliegend erhältst Du die heiteren Briefe des Ritters von Willich".- Engels am 19.3.1851 an Marx (I 161): "Last- but not least- haben die Willichiana sehr zur Erheiterung meines heutigen Frühstücks beigetragen. Dieser Schafskopf! Wie der den Schr(amm)schen Brief als Antwort auf seinen ersten ansehen konnte, ist mir wirklich kaum begreiflich. Aber die Chance der Militärdiktatur in der Rheinprovinz ohne Presse, die ihn schikanieren könnte, saprist das mußte diesem vernagelten Rindvieh den Kopf natürlich verdrehen. Reiner capitaine d'armes und Feldwebel! Die soziale Revolution vermittelt der Pauperverpflegung der Familien der

Landwehr, die Statistik reduziert auf ein Register der 'Vorräte, Viehe, Transportmittel und Mannschaften'! Dieser Revolutionsplan schlägt den früheren, mit 5000 Mann Deutschland zu erobern, gänzlich platt". - In einem Brief Engels' an Marx vom 31.3.1851 (I 163) heißt Willich "der kommunistische Cromwell". - Spöttisch schrieb Engels auch in einem undatierten Brief, wohl vom 10.8.1851 (I 219 f.): "Der grose Willich", "der große Sigel". - Daß August Willich sich zum "Militärdiktator" ähnlich dem französischen General Eugène Cavaignac berufen fühle, deuteten Marx und Engels auch in Briefen vom 23.9.1851 (I 250) und vom 26.9.1851 (I 252) an.

53) Ebenda I, 317 f.

54) Ebenda I, 327 (Engels am 15.7.1852 an Marx).

55) Ebenda II, 158 (22.4.1857) und 167 (6.7.1857).

56) Ebenda III, 76. Vgl. mein I. Kap., 83 f.

57) August Happich, Friedrich Engels als Soldat der Revolution, 45 f., nach einer Mitteilung von Professor Czóbel in Moskau an Friedrich Lenz.

58) Briefwechsel Engels-Marx, IV 12 f.

59) Der Krieg der Zukunft, 16 f. - Dagegen schrieb z.B. der ehemalige Leutnant Wilhelm Schulz (über Bürgergarden, Landwehr und noch einiges andere, was damit in Verbindung steht, Ein Wort zur Beherrigung an Bürger und Bauer, Hanau 1833): "Weil ferner die Bürgergarde nicht viel nützen kann, ohne daß die Bürgergardisten in den Waffen geübt sind, so sollen Waffenübungen stattfinden; allein, damit die Waffenübungen nicht eine Last, sondern vielmehr eine Lust sind, so mag es der Bürgergarde in den einzelnen Gemeinden überlassen bleiben, darüber unter sich selbst -etwa durch Stimmenmehrheit- das Nähere auszumachen"; zit.n. Finkow, Der literarische und parlamentarische Kampf gegen die Institution des Stehenden Heeres, 66.

60) Erinnerungen aus dem italienischen Feldzuge von 1860, 2. Teil 233 f.

61) Zur Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage, 20.

62) Ebenda 32. - Auch 1864 schrieb Rüstow (Der deutsch-dänische Krieg 1864, 557) gegen eine aus dem Boden gestampfte Miliz "nach dem Muster des Rechtsverdrehers Lincoln".

63) Der italienische Krieg von 1848 und 1849, 189.

64) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 184.

65) S. 221 u. 220.

- 66) Rousset 234 ff. Washington 257. Vgl. meine Anm. 104 im III. Kap.
- 67) Siehe mein III. Kap. ,262 ff.
- 68) Die preußische Militärfrage und die Deutsche Arbeiterpartei, 1865, III. Abschn., 38. f.
- 69) Engels (ebenda 8) zitiert nach der Zeitschrift des Preuß. statist. Büros, März 1864, daß 1861 227 005 Dienstpflichtig zur Rekrutierung kamen. Die Hälfte als untauglich abgerechnet, blieben jährlich noch 113 500, davon noch einmal 6500 als unabhkömmlich oder moralisch unfähig gestrichen, seien es immer noch 107 000. "warum dienen von diesen nur 63 000 oder höchstens 72 - 75 000 Mann?" fragte Engels.
- 70) Siehe mein I. Kap., S. 92 f.
- 71) Handbuch des Sozialismus, hrsg. von Stegmann und Hugo, 515. Daß Marx der Verfasser der Resolution war, ist nach seinem Brief an Kugelmann vom 6.4.1866 zu vermuten, wie K. Schmidt, Engels Militärpolit. Schriften, 75, Anm. 1, schreibt.
- 72) Engels - Lenin Militärpolitische Schriften, I 75, Anm. 1.
- 73) K. Schmidt, ebenda 75, Anm. 1, interpretiert falsch, daß Engels und Marx damals ein Stehendes Heer "neben der allgemeinen Volksbewaffnung" vertreten hätten.- Auch August Happich (Friedrich Engels als Soldat der Revolution, 136) meint unzutreffend, Engels habe eine "Verbindung des Stehenden Heeres mit dem Milizsystem" empfohlen, wie sein Brief vom 16.1.1868 an Marx zeige. Wenn Engels sich hier gegen die "pure Miliz" aussprach und "jede nationale Militärorganisation irgendwo zwischen der preußischen und schweizerischen in der Mitte" stehend sah, dann meinte er einfach die mehr oder weniger allgemeine Wehrdienstübung im Kadersystem, die stärkere oder schwächere Annäherung an den Milizzustand; vgl. seinen Brief III. Kapitel, 252 f.
- 74) Marx. Der Bürgerkrieg in Frankreich; zit. n. K. Schmidt, Engels Militärpolitische Schriften, 111, Anm. 1.
- 75) K. Schmidt, ebenda 119, Anm. 1.
- 76) Zit. n. K. Schmidt, ebenda 124.
- 77) Engels, Kann Europa abrüsten? 1893 (in: Neudrucke marxistischer Seltenheiten, IV Leipzig 1929, 3).
- 78) Siehe II. Kapitel, Anm. 49) auf S. 154.

- 79) Siehe II. Kapitel 154 f., Punkt 3) und 5).
- 80) Siehe II. Kapitel, S.160, Anm. 75).
- 81) Siehe II. Kapitel, Anm. 53.
- 82) Siehe II. Kapitel, S. 167.
- 83) Engels, Kann Europa abrüsten? Vorwort 4.
- 84) Ebenda 8.
- 85) Ebenda 12 f. Vgl. seinen Brief von 1868, III. Kapitel, S. 252 f.
- 86) Ebenda 8, 9, 10, 16. Zu Rüstow vgl. Anm. 12 dieses Kapitels. Im "Militärstaat", Königsberg 1850, 27 f., schrieb Rüstow: "Erwähnen wir noch, daß durch die Institution der Einjährig-Freiwilligen die Möglichkeit erzielt wurde, die Zahl der jährlich auszubildenden jungen Leute um etwas zu erhöhen, ohne zu gleicher Zeit das Budget zu belastigen. Dies ist aber auch in der Tat der einzige Vorteil des sonst in jeder Hinsicht unsinnigen und verwerflichen Instituts der Einjährig-Freiwilligen".
- 87) Engels, Kann Europa abrüsten? 13 ff.
- 88) Dr. R. B., Neue Formen wehrgeistiger Jugendernziehung in der 'DDR' (in: Wehrkunde. V. Jahrg., Heft 11. Nov. 1956, 575).
- 89) Der Arbeitertag billigte das 2. Amendement des Delegierten Ladendorf zur Resolution über die allgemeine Volksbewaffnung: "Die Volkswahrfrage mit der Erziehungsfrage zu verbinden und beide Fragen vereinigt auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstages zu setzen"; Wilhelm Schröder, Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909, München 1910, 311 "Militarismus".
- 90) Vgl. Hermann Heidegger, Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870 - 1920, Göttingen 1956, 100. Heidegger, 101, nennt auch Eduard David, Vaterlandsverteidigung 10 ff., der von der Milizforderung abging, aber militärische Jugendernziehung außer gesetzlichem Schutz für Arbeiter, Frauen, Wöchnerinnen und Kinder als wesentlichen Beitrag zur Wehrhaftmachung empfahl.
- 91) In Neudrucke marxistischer Seltenheiten, IV Leipzig 1929, 63.
- 92) Ebenda 64. Nach dem Vortrag Liebknechts verfaßte der Arbeitertag folgende Resolution: "Das System der Stehenden Heere, wie es sich in fast allen Ländern Europas entwickelt hat, ist eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Geschäftsstockungen. Indem es den Völkern insgesamt ungeheure Lasten auferlegt, die Steuern mit den Staatsschulden von Tag zu Tag erhöht, einen großen Teil der Bevölkerung in den besten und kräftigsten Lebensjahren ihrem Berufe und der Produktion entzieht, ist es zugleich eine wesentliche Ursache der herrschenden sozialen Not und Massenverarmung. Indem es ferner den Fürsten die Macht gibt, gegen den Willen und das Interesse der Völker Krieg

zu führen, überhaupt den Willen der Völker zu mißachten, ist das Stehende Heer die Quelle beständiger Kriegsfahrt und das Mittel dynastischer Eroberungskriege nach außen und der Unterdrückung von Recht und Freiheit nach innen. In Erwägung dessen betrachtet es der deutsche Arbeitervereinstag als eine Pflicht der Arbeiter aller Länder, nachdrücklich und unausgesetzt mit allen Mitteln auf Beseitigung der Stehenden Heere und auf Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung hinzuwirken". Das vom Vereinstag angenommene 1. Amendement des Delegierten Kröber hieß: "Der Arbeitertag empfiehlt allen seinen Mitgliedern, bei Wahlen von Landtags- und Reichstagsabgeordneten usw. nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, welche sich verpflichten, zum Zwecke der Erhaltung Stehender Heere den Regierungen nimmermehr einen Groschen zu bewilligen"; Schröder, Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage, München 1910, 311.

Auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wurde am 9.1.1870 in Berlin folgende Resolution verfaßt: "Die Stehenden Heere sind die Hauptstützen der heutigen reaktionären Regierungen und zugleich der gesellschaftlichen Ausbeutung; das demokratische Prinzip verlangt, daß überall an Stelle der Stehenden Heere die allgemeine Volksbewaffnung trete"; ebenda 312.

- 93) Schröder, Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage, 465. Zu Augsburg vgl. Heidegger, Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat, 30.
- 94) Heidegger a.a.O. 278.
- 95) Franz Mehring, Miliz und Stehendes Heer, in: Die Neue Zeit, Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, 31. Jahrg. (1913), 2. Band, Nr. 49, 850 u. 856 f.
- 96) Ebenda Nr. 50, 910 u. 914. Die Artikelserie beginnt in Nr. 42.
- 97) Vgl. Ludwig Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München 1952, 176 ff.
- 98) S. 11; zit. nach Günter Nickolaus, Die Bewertung der Miliz in Deutschland von 1848 bis 1918, Diss. Berlin 1933, 92 mit Anm. 290.
- 99) Grundlinien zu einer Philosophie der Befestigungen, 165.
- 100) Minerva 1847, IV 215 f. Ähnlich im "Militärstaat", Königsberg 1850, 34.
- 101) S. 14. Vgl. aber den 1. Abschnitt meines IV. Kapitels dazu.
- 102) Die Militärschule, 15.
- 103) Der Krieg und seine Mittel, 58.
- 104) In der Sitzung vom 16.2.1874 (erste Lesung des Reichsmilitärgesetzes) sagte Moltke: "Meine Herren, wir haben es alle erlebt und uns überzeugt, daß selbst die zahlreichste Versammlung von tüchtigen, patriotischen und

tapferen Männern noch nicht im Stande ist, einer wirklichen Armee zu widerstehen. Die französischen Mobil- und Nationalgarden haben den Krieg um mehrere Monate verlängert, sie haben blutige Opfer gekostet, große Verwüstungen und viel Elend bereitet, aber sie haben den Gang des Krieges nicht wenden können ... Meine Herren, wenn Sie die Nationen bewaffnen, so bewaffnen Sie mit den guten Elementen zugleich die schlechten, und deren hat ja jede Nation ... Die Gewehre sind alsbald ausgeteilt, aber nicht sobald wieder zurück zu bekommen"; Reden des Abgeordneten Grafen von Moltke 1867 - 1878, Berlin 1879, 60. Die Äußerung über die längere Dauer von Miliz-Kriegen ebenda 58. Zu Moltkes Befürchtungen wegen Bewaffnung der "schlechten Elemente" vgl. meine Seite 229; mit einer ähnlichen Überlegung des Kronprinzen Wilhelm von Preußen aus dem Jahre 1843.

105) Militärisches Hand-Wörterbuch, II 409.



Kapitel IV

- 1) Die Lehre vom Gefecht, 1; Die Militärschule, 18; Kriegspolitk und Kriegsgebrauch, 2.
- 2) Kriegspolitk und Kriegsgebrauch, 1 u.2.
- 3) Der Krieg und seine Mittel, 107.
- 4) Die Militärschule, 21 f.
- 5) Kriegspolitk und Kriegsgebrauch, 5.
- 6) Dichtermuseum Liestal, Rü M 10.
- 7) Der Krieg und seine Mittel, 14. - Auch in der Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage, 44, sprach Rüstow nur davon, es müsse jedes Volk "den unnützen Krieg verabscheuen".
- 8) Grundlinien zu einer Philosophie der Befestigungen, 5.
- 9) Der Krieg der Zukunft, 19.
- 10) Der deutsche Militärstaat vor und während der Revolution, Königsberg 1850, 34.
- 11) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 2 und 586.
- 12) Die Militärschule, 12.
- 13) Grundlinien zu einer Philosophie der Befestigungen, 14,144,149.
- 14) Der Krieg der Zukunft, 5,11 ff.
- 15) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 75.
- 16) Der Krieg von 1805 in Deutschland und Italien, 411 f.
- 17) Der deutsche Militärstaat vor und während der Revolution, Königsberg 1850, 183.
- 18) Ebenda Zürich 1851², 149.
- 19) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 2.
- 20) Kriegspolitk und Kriegsgebrauch, 137.
- 21) Der Krieg und seine Mittel, 39.
- 22) Grundlinien zu einer Philosophie der Befestigungen, 39 f.
- 23) Der Krieg und seine Mittel, 30, 26, 29.
- 24) Kriegspolitk und Kriegsgebrauch, 50. Noch krasser S.189: "Es gibt eben im Kriege nur Interessen, welche bestimmen und entscheiden, keine Rechte".
- 25) Der deutsche Militärstaat vor und während der Revolution, Königsberg 1850, 149.
- 26) Ebenda Zürich 1851², 227.
- 27) Die Feldherrnkunst des neunzehnten Jahrhunderts, 869.
- 28) Franziskus M.Stratmann O.P., Weltkirche und Weltfriede, Katholische Gedanken zum Kriegs- und Friedensproblem, Augsburg 1924, 190 f.
- 29) Alfredo Ottaviani, Institutiones iuris publici ecclesiastici, l.B. Rom 1947³, 151-155; zit.nach Stratmann, Krieg und Christentum heute, 1950, 29 f.
- 30) Stratmann, Weltkirche und Weltfriede, 83.

- 31) 6. Präliminar-Artikel; zit. n. Stratmann, Weltkirche und Weltfriede, 82.
- 32) Stratmann ebenda 96. Suarez und Bellarmin fügten als vierte Bedingung des gerechten Krieges dann noch den "debitus modus" die rechte Art der Kriegführung, hinzu.
- 33) Ebenda 85.
- 34) Relectiones de iure belli, II, 4; Stratmann ebenda 86.
- 35) De iustitia et iure, Paris 1602, Tom. I, Tract. II; Stratmann ebenda 87 f.
- 36) Theol. scholast., Tom. III, disp. II, qu. IV, dub. III; Stratmann ebenda 88.
- 37) Medulla theologiae moralis, III, p. I, dub. V; Stratmann ebenda 88.
- 38) Theol. mor.; Stratmann ebenda 89.
- 39) De bello, sect. IV, n. 3; zit. nach Heinz Kipp, Moderne Probleme des Kriegsrechtes in der Spätscholastik, Paderborn 1935, 113.
- 40) Vgl. Gerhard Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, I, 264.
- 41) Philosophische Bibliothek (Felix Meiner), Bd. 163 d, 1919² (Ergänzungsband der Werke), 21 f., 26; zit. nach Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk 263 f., und Die Dämonie der Macht, München 1948⁶, 141 f.
- 42) Phänomenologie des Geistes; zit. nach Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, 266, wo auch auf die ungedruckte Freiburger Dissertation von K. Kindler, Die Entstehung des neudeutschen Nationalismus (1950) hingewiesen wird.
- 43) §§ 321, 323-326, 331, 334-337, bes. 335; zit. nach Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, 266.
- 44) A. Allgemeine Staatslehre, 376, 380, 538, 547, 556; zit. nach Ritter ebenda 268.
- 45) Vgl. Ritter ebenda 268 f.
- 46) Ritter, Europa und die deutsche Frage, München 1948, 102 f.
- 47) Weltgeschichtliche Betrachtungen, Stuttgart (Kröner) 1949⁷, IV. Kap. Die geschichtlichen Krisen, 162-164.
- 48) Grundlinien zu einer Philosophie der Befestigungen, 168 f.
- 49) B. H. Liddell Hart glaubt allerdings nicht, dass die Atomrüstung den Krieg überhaupt ausschalte. Im Vorwort seiner Strategie, Wiesbaden 1955, 13, schreibt er: "Die Wasserstoffbombe ist keine Antwort auf den Traum der freien Völker von einer wirklichen, endgültigen Sicherheit. Sie ist kein Allheilmittel gegen die Gefahren, die die Völker bedrohen. Sie hat zwar ihre Kampfstärke vergrößert. Sie hat aber auch zugleich ihre Angst verstärkt und das Gefühl der Unsicherheit vertieft". S. 15: "Die Wasserstoffbombe ist eher ein Handicap denn eine Hilfe für die Politik der 'Eindämmung'. In dem gleichen Ausmaß, wie sie die Wahrscheinlichkeit eines allgemeinen Weltkrieges vermindert, verstärkt sie die Möglichkeiten für 'begrenzte Kriege', für indirekte und weit verstreute örtliche Aggressionen. Dem Angreifer steht die Wahl der Mittel frei. Sie werden in der Intensität verschieden sein, aber alle dazu bestimmt, voranzukommen. Sie können aber gleichzeitig geeignet sein, den Entschluß, als Gegenmaßnahme Wasserstoff- oder Atombomben einzusetzen, aufzuschieben".

- 50) Strategie und Taktik der neuesten Zeit, III, 512.
- 51) Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, 179.
- 52) Die Militärschule, 1.
- 53) Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, 9 ff.
- 54) Grundlinien zu einer Philosophie der Befestigungen, 52.
- 55) Der deutsche Militärstaat vor und nach der Revolution, Zürich 1851^c, 227 f.
- 56) Der Krieg und seine Mittel, 40.
- 57) Dichtermuseum Liestal, BR M 1317 a, S.82.
- 58) Diese im Türkischen 'Querkopf' heiende Bezeichnung kam im russisch-türkischen Krieg 1853 für eine raubgierige türkische Freischrlertuppe auf.
- 59) Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, 19 f.
- 60) Ebenda 173, 176 f., 198, 200.
- 61) Ebenda 211, 212, 216.
- 62) Auch Moltke hielt von völkerrechtlichen Vereinbarungen nichts, sondern erwartete sich eine Besserung der Kriegssitten ebenfalls von der "allmählich fortschreitenden Gesittung", der "besseren religiösen und sittlichen Erziehung der Völker"; Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten V, 194, und Briefe, hrsg.von Andreas, II, 455; zit.nach Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, 273.
- 63) Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, 175, 512, 217, 218, 219.
- 64) Bismarck nahm fälschlich an, der Krieg könne durch Steigerung seiner Schrecken für die französische Zivilbevölkerung eher beendet werden, und befahl amtlich ein entsprechendes Vorgehen; Denkschrift vom 14.12.1870 (Ges.Werke VI b, 634). Ritter verteidigt Bismarck aber gegen die deshalb von E.Eyck erhobenen übertriebenen Vorwürfe; Staatskunst und Kriegshandwerk, 281 f. und 385, Anm.39.
- 65) Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, 106, 105.
- 66) Der Krieg gegen Rußland, I 316 f.
- 67) Vgl.Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, 104-117. Blchers Eingabe bei Conrad, Grolman II (1895), 344, auch in den Briefen Blchers, hrsg.von Unger (1933), 320 f. ber Hardenbergs Stellungnahme bei H.Ulmann, Die Anklage des Jakobinismus in Preußen im Jahre 1815, HZ 95, 442 (nach Ritter).
- 68) Zitiert nach der 1937 in Berlin erschienenen, von Bruno Pochhammer besorgten Ausgabe.
- 69) Moltkes Militärische Werke, Taktisch-strategische Aufsätze aus den Jahren 1857 bis 1871, hrsg.vom Großen Generalstabe, Berlin 1900, II, 2, 291.- Bismarck schrieb: "Aufgabe der Heeresleitung ist die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte, Zweck des Krieges ist die Erkrmpfung des Friedens unter Bedingungen, welche der von dem Staat verfolgten Politik entsprechen. Die Feststellung und Begrenzung der Ziele, welche durch den Krieg erreicht werden sollen, die Beratung des Monarchen in Betreff derselben ist und bleibt während des Krieges wie vor dem demselben eine politische Aufgabe, und die Art ihrer Lösung kann nicht ohne Einfluß auf die Art der Kriegführung sein. Die Wege und Mittel der letzteren werden immer davon abhängig sein, ob man das schließlich gewonnene Resultat oder mehr oder weniger hat erreichen

wollen, ob man Landabtretungen oder auf solche verzichten, ob man Pfandbesitz und auf wie lange gewinnen will"; Erinnerung und Gedanke, G.W.XV, 313 f.; zit. nach Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, 254 f. - Eberhard Kessel, Bismarck und die 'Halbgötter', Zu dem Tagebuch von Paul Bronsart von Schellendorff (EZ 181, 1956), 259 f., sieht zwischen Moltke und Bismarck keine wesentliche grundsätzliche Meinungsverschiedenheit über das Verhältnis zwischen Kriegführung und Politik findet nur eine unterschiedliche Beurteilung der gegebenen Lage und persönliche Gegensätze, die sich im zweiten Teil des Krieges allerdings zuspitzten. Gegen Ritters Darstellung führt er an, daß Bismarcks Ressort-Achtung des Militärischen gerade typisch für den preußisch-deutschen Militarismus sei, den Bismarck gar nicht habe beseitigen wollen.

- 70) Staatskunst und Kriegshandwerk, 248.- Es gab allerdings auch andere Stimmen. So erklärte von Caemmerer, Die Entwicklung der strategischen Wissenschaft im 19. Jahrhundert, Berlin 1904, 69, daß: ergebe Moltke die Auffassung von Clausewitz über den Primat der Politik "als in jeder Beziehung zutreffend" anerkenne.
- 71) Seite 10 u. 115.
- 72) B.H.Liddell Hart, Strategie, Wiesbaden 1955, 394. Moltkes Einstellung zu dieser Frage wird von Liddell Hart nicht ganz zutreffend wiedergegeben.
- 73) Der Krieg gegen Rußland, I 279
- 74) Seite 280 f.
- 75) Band I, 471.
- 76) Die Feldherrnkunst des neunzehnten Jahrhunderts, 528 f.
- 77) Die Militärschule, 25.
- 78) Moltkes Militärische Werke, Taktisch-strategische Aufsätze, 172.
- 79) Max Jähns, Geschichte der Kriegswissenschaften, I 1889, S.V.
- 80) Moltkes Mil. Werke, Taktische Aufgaben aus den Jahren 1856 bis 1882, 162.
- 81) Zitiert nach der 1937 in Berlin erschienenen, von Bruno Poschhammer besorgten Ausgabe.
- 82) Grundlinien zu einer Philosophie der Befestigungen, 142 und 146.
- 83) Vgl. Karl Linnebach, Die Wehrwissenschaften, Ihr Begriff und ihr System, Berlin 1938.
- 84) In: Eduard Bülow und Wilhelm Rüstow, Militärische und vermischte Schriften von Heinrich Dietrich von Bülow, 120-124.
- 85) Theodor Freiherr von Troschke, Die Militair-Litteratur seit dem Befreiungskriege, Berlin 1870, 230.
- 86) Vgl. B.H.Liddell Hart, Strategie, Wiesbaden 1955, 425 ff.

- 87) Ebenda 429. Liddell Hart rühmt übrigens auch die "Feinheit und Indirektheit" des 1905 von Graf Schlieffen entworfenen deutschen Aufmarschplanes und wirft dem jüngeren Moltke vor, daß er Schlieffens Konzeption aufgab und wirkungslos machte, indem er den linken Flügel "unverhältnismäßig mehr als den rechten" verstärkte. Vgl. dazu Gerhard Ritter, Der Schlieffenplan, Kritik eines Mythos, München 1956.
- 88) Liddell Hart, Strategie, 272 ff.
- 89) Ebenda 269.
- 90) Der Krieg der Zukunft, 23, und Kriegspolitik und Kriegseinsatz, 3.
- 91) Die Feldherrnkunst des neunzehnten Jahrhunderts, 7.
- 92) Dagegen Liddell Hart, Strategie, 425: "Die Summe dieser Effekte auf Grund des Auftauchens vervielfältigter Beweglichkeit sowohl zu Lande als auch in der Luft mußte die Bedeutung der Strategie gegenüber der Taktik vergrößern. Die höheren Befehlshaber hatten die Aussicht, entscheidende Ergebnisse viel mehr durch Bewegungen als durch Kämpfe zu erzielen, jedenfalls im Vergleich zu vorangegangenen Generationen. Die Bedeutung des Sieges auf dem Schlachtfeld konnte nicht verschwinden. Die Chancen, dieses Ziel zu erreichen, wurden durch die neuen Formen der Beweglichkeit sogar noch verstärkt. Trotzdem aber mußte ein Gefecht dieser Art weniger die Form eines Gefechts traditioneller Art haben. Das Gefecht mußte eher eine Art natürliche Vollendung eines strategischen Manövers werden. 'Schlacht' oder Gefecht ist wirklich ein schlechter Ausdruck für eine solche Konsekutiv-Operation".
- 93) Die Feldherrnkunst des neunzehnten Jahrhunderts, 893 u. 897 f.
- 94) Die Lehre vom Gefecht, 519.
- 95) Ebenda 558.
- 96) Vgl. Caemmerer, Die Entwicklung der strategischen Wissenschaft im 19. Jahrhundert, 22-30, 101, 112 f., 173, 178.
- 97) Der Krieg und seine Mittel, 141.
- 98) Die Lehre vom Gefecht, 549.
- 99) Ebenda 547 f.
- 100) Allgemeine Taktik, 333 f. u. 350 ff.
- 101) Strategie und Taktik der neuesten Zeit, I 110, 108 f., 268, 277.
- 102) Caemmerer, Die Entwicklung der strategischen Wissenschaft im 19. Jahrhundert, 148.

- 103) Strategie und Taktik der neuesten Zeit, I 277 f. u. 283.
- 104) Seite 325.
- 105) Die Lehre vom Gefecht, 182.
- 106) Allgemeine Taktik, 209.
- 107) Strategie und Taktik, I 66.
- 108) Der Krieg und seine Mittel, 474.
- 109) Militärisches Hand-Wörterbuch, I 21, und Allgemeine Taktik, 1868, 100.
- 110) Seite 323 u. 325.
- 111) Militärisches Hand-Wörterbuch, I 21, und Die Feldherrnkunst des neunzehnten Jahrhunderts, 536-546.
- 112) Vgl. Caemmerer, Die Entwicklung der strategischen Wissenschaft im 19. Jahrhundert, 9.
- 113) Vgl. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 19 f., 25, 29, und Caemmerer a. a. O. 1-8.
- 114) Scharnhorst, Schlachtordnung und wechselseitiger Gebrauch des geschlossenen Bataillons und der zerstreuten Schützen und Tirailleure, 1811; Acta Heeresarchiv Potsdam, Nachl. Scharnhorst B, Nr. 101; zit. n. Höhn, Scharnhorsts Vermächtnis, 354.
- 115) 2. Kapitel, § 1-5; zit. n. Höhn a. a. O.
- 116) Dietrich von Bülow's Bedeutung für die Entwicklung der Kriegswissenschaft, in: Eduard Bülow u. Rüstow, Militärische und vermischte Schriften von Heinrich Dietrich von Bülow, 126 f.
- 117) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 187.
- 118) Geschichte der Infanterie, I 386 u. II 342; auch Untersuchungen über die Organisation der Heere, 187.
- 119) Der Krieg gegen Rußland, I 349 u. 353, II 10; auch Die Feldherrnkunst des neunzehnten Jahrhunderts, 486 f.
- 120) Die Lehre vom Gefecht, 131 u. 149.
- 121) Strategie und Taktik, I 200 u. 250 f., auch 391. - II 107 nennt Rüstow das Tiraillieren in der Ebene "viel notwendiger" als in kuppertem Gelände; ebenda 496 heißt es aber: in jedem Gelände. Über die Infanterietaktik schreibt Rüstow ebenda: "Die Bewegung nach vorwärts soll im Bereiche des wirksamsten feindlichen Infanteriefeuers, für dessen Grenze

man wohl auch ferner trotz weiterer mechanischer Vervollkommnung der Gewehre 400 bis 500 Schritt wird annehmen können, sprungweise stattfinden, so daß eine Abteilung aus der Position 50 bis 80 Schritt vorwärts der alten im schnellstmöglichen Laufe vorgeht. Während der Bewegung, während eines solchen 'Sprunges' nach vorwärts soll nicht gefeuert werden, weil dieses nur die Mannschaft aufhalten und folglich Verlusten exponieren würde. In jeder Position soll die Mannschaft sich möglichst decken..., wenn dazu Terraingegenstände... keine Gelegenheit bieten, durch Niederlegen auf den Boden".

- 122) Die Lehre vom Gefecht, 164 u. 131.
- 123) Allgemeine Taktik, Vorrede zur 2. Auflage, XIII.
- 124) Grundlinien zu einer Philosophie der Befestigungen, 37.
- 125) Vgl. Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, III 432 ff.
- 126) In: Eduard Bülow und Wilhelm Rüstow, Militärische und vermischte Schriften von Heinrich Dietrich von Bülow, 135.- Um der "Gefahr der Munitionsverschwendung" mit dem besser treffenden und schneller zu ladenden Zündnadelgewehr vorzubeugen, empfahl der Prinz von Preußen, der spätere König Wilhelm I., "die strengste Kontrolle aller Vorgesetzten, vorzüglich aber derer, die den Schützen am nächsten stehen" Denkschrift vom 30.10.1853; in Militärische Schriften weiland Kaiser Wilhelms des Großen Majestät, II 235.
- 127) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 187.
- 128) Der Krieg gegen Rußland, I 352; auch Der italienische Krieg von 1848 und 1849, 545.
- 129) Die Feldherrnkunst des neunzehnten Jahrhunderts, 880.- Daß dagegen Friedrich Engels der Bewaffnung einen ganz entscheidenden Einfluß zumaß, versteht sich; vgl. August Happich, Friedrich Engels als Soldat der Revolution, 125 ff.
- 130) Allgemeine Taktik, Vorwort VIII f. Bei der Besprechung dieses Buches stellte der Rezensent 24 in der Militair-Litteratur-Zeitung fest, daß die Waffenverbesserung unausbleiblich eine Revision der Taktik erfordern würde; Troschke, Die Militär-Literatur seit den Befreiungskriegen, 230.
- 131) Strategie und Taktik, I 251 u. II 491.- Zu Moltkes Auffassung vgl. Militärische Werke, Taktisch-strategische Aufsätze aus den Jahren 1857 bis 1871, Berlin 1900, Seite 7 (12. Juli 1858) "Die wesentliche Verbesserung der Infanterie-Feuerwaffe, welche mehr oder weniger bei allen Armeen eingetreten ist, bedingt für die Zukunft eine Änderung in der Taktik aller Waffen. Die Infanterie ist noch selbständiger geworden, als sie es bisher war. Das Tirailleurfuer eines Zuges übertrifft die Wirkung und Schußweite des Kartätsch-

feuers beim Sechspfünder. Der Vorteil sich angreifen zu lassen überwiegt, trotz des moralischen Impulses, den der Angriff für sich hat. Die Defensivschlacht mit schließlicher Offensive wird die stärkste Form". S. 9: "Das zerstreute Gefecht gewinnt eine immer größer werdende Anwendung". S. 29 (April 1861): "Es ist allgemein anerkannt, daß die große Verbesserung der Schußwaffen in künftigen Kriegen eine wesentliche Veränderung in der Fechtart nach sich ziehen muß". S. 49 (1865): "Es wird mehrseitig empfunden, daß die wesentliche Verbesserung der Schußwaffen eine Veränderung in der Fechtart der Truppen nach sich ziehen wird, aber um diese reglementarisch festzustellen, fehlt es noch an ausreichender Kriegserfahrung".

- 132) Der Krieg der Zukunft, 46.
- 133) Gesamtausgabe der List-Gesellschaft (1927 ff.), III 1, 267; zit. n. Schnabel, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, III 384.
- 134) Moltke, Gesammelte Schriften, II 1892, 235 ff.; zit. n. Schnabel, a. a. O. 383 f.
- 135) Die Lehre vom Gefecht, 492 ff.
- 136) Ebenda 491.
- 137) Ebenda 490 f. - In dem von der historischen Abteilung des preußischen Generalstabes redigierten Werk Der italienische Feldzug des Jahres 1859 hieß es: "einen Delegierten der höchsten Gewalt im Hauptquartier oder doch einen Telegraphendraht im Rücken, daran muß jede Selbständigkeit, jeder rasche Entschluß, jedes kühne Wagnis scheitern, ohne welche doch der Krieg nicht geführt werden kann"; zit. nach Colmar Frh. v. d. Goltz, Das Volk in Waffen, Berlin 1925⁶, 106.
- 138) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 187.
- 139) Der italienische Krieg von 1859, 346.
- 140) Strategie und Taktik, I 145.
- 141) Die Grenzen der Staaten, 90. Ähnlich in Strategie und Taktik I 141 und II 113.

Kapitel V

- 1) Geschrieben am 14.8.1878 morgens in Außersihl; Liestal Rü M 45.
- 2) Heinz Gollwitzer, Europabild und Europagedanke, München 1951, 300.
- 3) Der Krieg der Zukunft, Motto zur Einleitung.
- 4) Liestal Rü M 45.
- 5) Von einem ehemaligen Offizier, Die Zustände des preußischen Heeres in ihrer Beziehung zur politischen Fortbildung des Volkes; in: Unsere Gegenwart und Zukunft, hrsg.v. Karl Biedermann, 9.B. Leipzig 1847, 8.
- 6) Der Krieg gegen Rußland, II, 182.
- 7) Der italienische Krieg 1860, 45.
- 8) Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, 159 u. 71.
- 9) Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, II, 98.
- 10) Der Krieg der Zukunft, 62 u. 14.
- 11) Huldreich Schwertlieb, Ein Votum...; in: Minerva 224. Band (1847 IV 116)
- 12) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 172.
- 13) Ebenda 73-76.
- 14) Der Krieg und seine Mittel, 14.
- 15) Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, II 105.
- 16) Ebenda 106.
- 17) Ebenda 104 f.
- 18) Die Grenzen der Staaten, 31.
- 19) Die Feldherrnkunst des neunzehnten Jahrhunderts, 533.
- 20) Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, 54.
- 21) Ebenda 93.
- 22) Ebenda 323.
- 23) Annalen des Königreichs Italien 1861 bis 1863, 4. Buch, 221.
- 24) Vgl. Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, IV 181-192.

- 25) Annalen des Königreichs Italien, 4. Buch, 217 f.
- 26) Der Krieg gegen Rußland, II 182.
- 27) Liestal BRH 1260.
- 28) Erinnerungen aus dem italienischen Feldzuge von 1860, 1. Teil 127
- 29) Am 29.6.1876; Liestal BRH 1291.
- 30) Annalen des Königreichs Italien, 1. Buch, Vorwort IV.
- 31) Der Krieg der Zukunft, 30.
- 32) Der Krieg und seine Mittel, 15.
- 33) Vgl. mein II. Kapitel, S. 197
- 34) Grundlinien zu einer Philosophie der Befestigungen, 162 ff.
- 35) Minerva 222. Band 1847, II 122.
- 36) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 81 f. u. 104.
- 37) Graf Arnim-Boytzenburg: Über die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, 6.
- 38) Was hat die Schweiz von einem Angriffe der Heiligen Allianz zu fürchten? 11.
- 39) Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, 316.
- 40) Die russische Armee, 35.
- 41) Die Wahrheit über den preußischen Wehrgesetz-Entwurf, 18.
- 42) Die preußische Armee und die Junker, 34.
- 43) Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, 319.
- 44) Der deutsch-dänische Krieg 1864, 67.
- 45) Zur Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage, 28.
- 46) Der deutsch-dänische Krieg 1864, 698.
- 47) Der Krieg um die Rheingrenze, I 1. Abschn. 146.
- 48) Am 2.1.1872; Liestal BRM 1317 a.
- 49) Die Lehre vom Gefecht, 617.
- 50) Der Krieg der Zukunft, 5 .
- 51) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 78. - Vgl. Die Lehre vom Gefecht, 56: "Wir sind ungeheuer gebildet, abscheulich

gebildet; aber jagen denn nicht grade unsern Gebildeten selbst nur bloße Wörter einen unendlichen,unüberwindlichen Schrecken ein?Wenn man unsern Gebildeten nur die Wörter revolution,Sozialismus,Kommunismus vorhält,schrecken sie denn nicht vor ihnen zusammen wie der Wilde vor dem Drachenkopfe auf dem Helme seines Feindes? sehen sie nicht aus allen Kellern blutrünstige,gierige Proletariargestalten herauftauchen, Guillotinen,Laternenpfähle usw?... Diese nun plötzlich als Blutmenschen auftauchenden Proletarier sind ganz dieselben, welche täglich mit friedlicher Gesichtern auch aus den dumpfen Kellern auftauchen um den unerschrockenen Gebildeten ihr Holz zu hacken, ihr Messer zur Eisenbahnstation zu bringen,ihre Hemden zu waschen!"

- 52) Der deutsche Militärstaat,Königsberg 1850,80.
- 53) Annalen des Königreichs Italien, 1.Buch,216.
- 54) Ebenda 217 f.
- 55) Ebenda 4.Buch,5.
- 56) Ebenda 226 f.
- 57) Zur Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage,18.Ebenso Der Krieg und seine Mittel,13.
- 58) Die russische Armee,39.
- 59) Am 11.2.1873; Liestal BRH 1259.
- 60) Kriegspolitik und Kriegsgebrauch,93 f.
- 61) Vgl.Heinz Gollwitzer, Der Cäsarismus Napoleons III. im Widerhall der öffentlichen Meinung Deutschlands, in: HZ 173(1952),47. Ebenda 33: So schrieb der 1852 in Paris gewesene Constantin Frantz in seiner anonymen Broschüre "Louis Napoleon" sogar: "Es scheint wohl, das alte Europa bedarf eines solchen Prinzipes in seiner Mitte, um nicht zu stagnieren" (S.92).
- 62) Der Krieg gegen Rußland,II 143 f.
- 63) Vgl.Heinz Gollwitzer, Der Cäsarismus a.a.O.23-75.
- 64) Die ersten Feldzüge Napoleon Bonapartes in Italien und Deutschland, Vorwort IV.Rüstows Schrift: Geschichte Julius Cäsars von Kaiser Napoleon III. kommentiert, Stuttgart 1865, war mir leider nicht greifbar.
- 65) Der italienische Krieg 1859,7 u.12.
- 66) Erinnerungen aus dem italienischen Feldzuge von 1860, 1.Teil,5.
- 67) Heinz Gollwitzer, Der Cäsarismus a.a.O.64 f.
- 68) Dritter der offenbar zur Veröffentlichung vorgesehenen, aber ungedruckt gebliebenen "Militärischen Briefe" Rüstows; Liestal RHM 38.

- 69) Liestal BR M 1317 a, S. 123.
- 70) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 542.
- 71) Der Krieg und seine Mittel, 76 f.
- 72) Der Krieg von 1866 in Deutschland und Italien, 255 f.
- 73) Annalen des Königreichs Italien, 1. Buch, 224.
- 74) Der Krieg der Zukunft, 8.
- 75) Minerva 221. Band, 1847 I 433-436.
- 76) Minerva 224. Band, 1847 IV 216.
- 77) Graf Arnim-Boytzenburg: Über die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, 24.
- 78) Der Krieg und seine Mittel, 32.
- 79) Zur Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage, 56.
- 80) Annalen des Königreichs Italien, 3. Buch, 230.
- 81) Der deutsch-dänische Krieg 1864, 41-45.
- 82) Ebenda 699.
- 83) Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, 79.
- 84) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 133.
- 85) Heinz Gollwitzer, Europabild und Europagedanke, München 1951, 326.
- 86) Seite 4 f.
- 87) Der deutsch-dänische Krieg 1864, 15 u. 17 f. S. 15 heißt es: "Die blöde Versammlung, welche unter dem Namen eines deutschen Parlamentes in der Paulskirche zu Frankfurt tagte, hieß diesen Waffenstillstand gut".
- 88) Ebenda 41.
- 89) Ebenda 45-47.
- 90) Heinz Gollwitzer, Europabild und Europagedanke, 307. Verfasser war möglicherweise der Advokat und Publizist Ph. J. Siebenpfeiffer.
- 91) Ebenda 311.
- 92) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 94 f.
- 93) Der deutsche Militärstaat, Zürich 1851, 148 f.

- 94) Vgl. Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, II 50 ff.
- 95) Der Krieg gegen Rußland, I 4 u. 24 f.
- 96) Ebenda Vorwort III.
- 97) Ebenda 627 f.
- 98) Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, 71 f.
- 99) Die Feldherrnkunst des neunzehnten Jahrhunderts, 877 f.
- 100) Der Krieg von 1805 in Deutschland und Italien, 411.
- 101) Die Grenzen der Staaten, 31.
- 102) Ebenda 11.
- 103) Der Krieg der Zukunft, 61 f. Schon 1843 hieß es in den Grundlinien zu einer Philosophie der Befestigungen, 144: "Wenn Deutschland einmal seine Verteidigung regulieren wollte, könnte es selbst fähig der Weltherrschaft werden".
- 104) Untersuchungen über die Organisation der Heere, 537.
- 105) Der Krieg von 1866 in Deutschland und Italien, 223 u. 262. Vgl. das Urteil über Napoleon III. in meinem V. Kapitel, 337 f.
- 106) Der Krieg um die Rheingrenze, I, 3. Abschnitt, 77.
- 107) Ebenda 96.
- 108) Die Grenzen der Staaten, 30.
- 109) Der Krieg um die Rheingrenze, I, 3. Abschn., 96-98.
- 110) Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, 284.
- 111) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 112 f.
- 112) Der deutsche Militärstaat, Zürich 1851, 249 f.
- 113) Der deutsche Militärstaat, Königsberg 1850, 94.
- 114) Der deutsche Militärstaat, Zürich 1851, 236 f.
- 115) Der Krieg gegen Rußland, II, 182.
- 116) Ebenda 180 f.
- 117) Ebenda 181 f.
- 118) Der italienische Krieg 1860, 32.
- 119) Annalen des Königreichs Italien, 3. Buch, 156.

- 120) Ebenda 151.
- 121) Zur Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage, 46.
- 122) Ebenda. 13.
- 123) Der deutsch-dänische Krieg 1864, 547 u. 716.
- 124) Der Krieg von 1866 in Deutschland und Italien, 85.
- 125) Ebenda 255 f.
- 126) Ebenda 475.
- 127) Ebenda 490.
- 128) Strategie und Taktik der neuesten Zeit, I 8.
- 129) Am 8.12.1870; Liestal BRM 1317 a, S. 148.
- 130) Am 19.3.1872; Liestal BRM 1317 a, S. 168.
- 131) Am 12.9.1872; Liestal BRM 1317 a, S. 171.
- 132) An Emma Herwegh am 9.5.1874; Liestal BRH 1269.
- 133) Am 17.5.1874; Liestal BRH 1270.
- 134) Marcel Herwegh, Guillaume Rustow, 64.
- 135) Ebenda 15.
- 136) Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, 91.
- 137) Ebenda 314.
- 138) Ebenda 370.
- 139) Ebenda 320 f.
- 140) Ebenda 322 f.

Verzeichnis der benützten Quellen und Schriften
=====

Briefe, Urkunden, Aufzeichnungen und unveröffentlichte Manuskripte aus dem Nachlaß Wilhelm Rüstows, aufbewahrt im Dichtermuseum Liestal (bei Basel).

Ferdinand Lassalle Nachgelassene Briefe und Schriften, hrsg. von Gustav Mayer, 6 Bände Stuttgart-Berlin 1921-25.

Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Herwegh, hrsg. von Marcel Herwegh, Zürich 1896.

Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844-1883, hrsg. von A. Bebel und Ed. Bernstein, I., II. und III. Band Stuttgart 1919.

Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, hrsg. von Franz Mehring, IV. Band Stuttgart 1913².

Publikationen aus den Preußischen Staatsarchiven, 94. Band Neue Folge, 1. Abtlg.: Die Reorganisation des Preußischen Staates unter Stein und Hardenberg, 2. Teil: Das Preußische Heer vom Tilsiter Frieden bis zur Befreiung 1807-1814, Band I (hrsg. von Rudolf Vaupel) Leipzig 1938.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch die Allerhöchste Verordnung vom 22. Dezember 1859 einberufenen beiden Häuser des Landtages, Haus der Abgeordneten, II. Band Berlin 1860.

- - -

Ernst Moritz A r n d t , Was bedeutet Landsturm und Landwehr? O.J.

Bernhard B e c k e r , Enthüllungen über das tragische Lebensende Ferdinand Lassalles, Auf Grund authentischer Belege dargestellt, Schleiz 1868.

Ludwig B e r g s t r ä s s e r , Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München 1952⁷.

Aus dem Leben Theodor von B e r n h a r d i s , II., IV., und V. Band Leipzig 1893 ff.

Jacob B u r c k h a r d t , Weltgeschichtliche Betrachtungen, Stuttgart 1949⁷ (Kröners Taschenausgabe Band 55).

von C a e m m e r e r , Die Entwicklung der strategischen Wissenschaft im 19. Jahrhundert, Berlin 1904.

Eugène Carr i a s , La Pensée Militaire Allemande, Paris 1948.

Richard D. Cha l l e n e r , The French Theorie of the Nation in Arms 1866-1939, New York 1955.

Carl von Cla u s e w i t z , Vom Kriege, hrsg. von Bruno Pochhammer, Berlin 1937.

Karl D e m e t e r , Das Deutsche Offizierkorps in seinen historisch-soziologischen Grundlagen, Berlin 1930.

Eidgenössische Technische Hochschule 1855-1955, Zürich 1955.

Friedrich E n g e l s , Die Preußische Militärfrage und die Deutsche Arbeiterpartei, Hamburg 1865 (in: Neudrucke marxistischer Seltenheiten, IV. Band Leipzig 1929).

Friedrich E n g e l s , Kann Europa abrüsten? Artikel-Reihe im Berliner "Vorwärts" 1893 (in: Neudrucke marxistischer Seltenheiten, IV. Band Leipzig 1929).

F. E n g e l s - W.I. Lenin Militärpolitische Schriften, hrsg. von K. Schmidt, I. Band F. Engels Berlin 1930.

Gottlieb F r i e d l a e n d e r , Die Königliche Allgemeine Kriegs-Schule und das höhere Militär-Bildungswesen 1765-1813, aus amtlichen Quellen dargestellt, Berlin 1854.

Walter G ö r l i t z , Der deutsche Generalstab, Geschichte und Gestalt, Frankfurt a.M. 1950.

Heinz G o l l w i t z e r , Der Cäsarismus Napoleons III. im Widerhall der öffentlichen Meinung Deutschlands (in: Historische Zeitschrift 173, 1952, 23-75).

Heinz G o l l w i t z e r , Der erste Karlistenkrieg und das Problem der internationalen Parteigängerschaft (in: Historische Zeitschrift 176, 1953, 479-520).

Heinz G o l l w i t z e r , Europabild und Europagedanke, Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, München 1951.

Colmar Freiherr von der G o l t z . Das Volk in Waffen, Ein Buch über Heerwesen und **Kriegführung** unserer Zeit, neu bearbeitet von Friedrich von der Goltz, Berlin 1925⁶.

Colmar Freiherr von der G o l t z , Leon Gambetta und seine Armeen, Berlin 1877.

August H a p p i c h , Friedrich Engels als Soldat der Revolution (in: Hessische Beiträge zur Staats- und Wirtschaftskunde, Band VI. Borna-Leipzig 1931).

Hugo von H a s e n k a m p , Preußens Landwehr, Leipzig 1847.

Hugo von H a s e n k a m p , Welche Maßregeln hat Deutschland in militärischer Beziehung in diesem Augenblicke zu ergreifen? Aachen und Leipzig 1848.

Hermann H e i d e g g e r , Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870-1920, Unter besonderer Berücksichtigung der Kriegs- und Revolutionsjahre, Göttingen (in: Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, B. 25).

Marcel H e r w e g h , Guillaume Rustow, Un grand Soldat - un grand Caractère (1821-1878) avec des lettres en fac-similé de Garibaldi et Bismarck, Préface de Général Duval, Paris-Neuchatel 1935.

Karl von H e u g e l , Weshalb ich meinen Abschied aus dem königlich-preussischen Militärdienst genommen (in: Unsere Gegenwart und Zukunft, hrsg. von Karl Biedermann, 5. Band Leipzig 1847, 294-331).

Eduard H e y c k , Die Allgemeine Zeitung 1798-1898, Beiträge zur Geschichte der deutschen Presse, München 1898.

Reinhard H ö h n , Scharnhorsts Vermächtnis, Bonn 1952.

Reinhard H ö h n , Verfassungskampf und Heereiseid, Der Kampf des Bürgertums um das Heer (1815-1850), Leipzig 1938.

Andreas H o n l f e l d , Das Frankfurter Parlament und sein Kampf um das deutsche Heer, Berlin 1932 (in: Historische Studien, Heft 211).

(Anonym), Kapitalistisches Wettrüsten, Volksheer und Sozialdemokratie, 1913 (in: Neudrucke marxistischer Seltenheiten, IV. Band Leipzig 1929).

Eberhard K e s s e l , Bismarck und die 'Halbgötter', Zu dem Tagebuch von Paul Bronsart von Schellendorff (in: Historische Zeitschrift 181, 1956, 249-286).

Heinz K i p p , Moderne Probleme des Kriegsrechts in der Spätscholastik, Eine rechtsphilosophische Studie über die Voraussetzungen des Rechts zum Kriege bei Vitoria und Suarez, Paderborn 1935.

Georg Heinrich K l i p p e l , Das Leben des Generals von Scharnhorst, 2 Bände Leipzig 1869.

Thilo K r i e g , Constantin von Alvensleben, Gen.d.Inf., Ein militärisches Lebensbild, Berlin 1903.

Basil Henry L i d d e l l H a r t , Strategie, Wiesbaden 1950.

Karl L i n n e b a c h , Die Wehrwissenschaften, ihr Begriff und ihr System, Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften, Berlin 1939.

Fritz L ö w e n t h a l , Der preußische Verfassungsstreit 1862-1866, staatswissenschaftl. Dissertation München 1914.

Erich L u d e n d o r f f , Der totale Krieg, München 1935.

Alfred von M a r t i n , Soziologie, Die Hauptgebiete im Überblick, Berlin 1956.

Gustav M a y e r , Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie, Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jena 1909.

Oskar M e d i n g (Gregor Samarow), Memoiren zur 4eitgeschichte, I. Abteilung Vor dem Sturm, Leipzig 1881.

Franz M e h r i n g , Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie, II. und III. Band Berlin-Stuttgart 1922¹².

Franz M e h r i n g , Miliz und Stehendes Heer in: Die Neue Zeit, Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, 31. Jahrg., 2. Band, Nr. 42-50).

Reden des Abgeordneten Grafen von M o l t k e 1867-1878, Berlin 1879.

M o l t k e s Militärische Werke, Taktisch-strategische Aufsätze aus den Jahren 1857 bis 1871, Berlin 1900.

Günter N i c k o l a u s , Die Bewertung der Miliz in Deutschland von 1848 bis 1918, phil. Dissertation Berlin 1933.

Hermann O n c k e n , Rudolf von Bennigsen, Ein deutscher liberaler Politiker, I. Band (bis 1866) Stuttgart und Leipzig 1910.

Hermann O n c k e n , Lassalle, Eine politische Biographie, Stuttgart und Berlin 1923⁴.

Hans Wilhelm P i n k o w , Der literarische und parlamentarische Kampf gegen die Institution des Stehenden Heeres in Deutschland in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts (1815-1848), phil. Dissertation Berlin 1912.

B. P o t e n , Artikel "Rüstow" in der Allgemeinen Deutschen Biographie, 30. Band Leipzig 1890, S. 34-37.

Wilhelm Baron von R a h d e n , Wanderungen eines alten Soldaten, drei Bände Berlin 1846-1851.

Gerhard R i t t e r , Die Dämonie der Macht, Betrachtungen

über Geschichte und Wesen des Machtproblems im politischen Denken der Neuzeit, München 1948⁶.

Gerhard R i t t e r , Europa und die Deutsche Frage, Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens, München 1948.

Gerhard R i t t e r , Staatskunst und Kriegshandwerk, Das Problem des 'Militarismus' in Deutschland, I. Band Die alt-preußische Tradition (1740-1890), München 1954.

Karl von R o t t e c k , Über Stehende Heere und Nationalmiliz, Freiburg 1816.

Wilhelm R ü s t o w , Allgemeine Taktik, nach dem gegenwärtigen Standpunkt der Kriegskunst bearbeitet, Mit erläuternden Beispielen, Zürich (Schultheß) 1868².

Wilhelm R ü s t o w , Annalen des Königreichs Italien 1861 bis 1863, zwei Bände Zürich (Meyer u. Zeller) und Leipzig (Köhler) 1864.

Wilhelm R ü s t o w , Das preußische Militärbudget für 1862, Ein Hilfsbüchlein für die preußischen Wahlversammlungen und das neue Abgeordnetenhaus, Berlin (Janke) 1862.

Wilhelm R ü s t o w , Der Angriff auf die Krim und der Kampf um Sebastopol, Übersichtlich dargestellt (Vom Beginn des Feldzuges bis zum Wiener Traktat, anfangs September bis 2. Dezember 1854), Frauenfeld (Reinmann) 1855.

Wilhelm R ü s t o w , Der deutsch-dänische Krieg 1864, politisch-militärisch beschrieben, Zürich (Schultheß) 1864.

Wilhelm R ü s t o w , Der deutsche Militärstaat vor und während der Revolution, Königsberg (Samter) 1850.

Wilhelm R ü s t o w , Der deutsche Militärstaat vor und nach der Revolution, Zürich (Kiesling) 1851².

Wilhelm R ü s t o w , Der italienische Krieg von 1848 und 1849, Mit einer kurzen Kriegstheorie in kritischen Bemerkungen über die Ereignisse, Zürich (Schultheß) 1862.

Wilhelm R ü s t o w , Der italienische Krieg 1859, politisch-militärisch beschrieben, Zürich (Schultheß) 1863; als II. Band Der italienische Krieg 1860, Zürich (Schultheß) 1861.

Huldreich S c h w e r t l i e b (=Rüstow), Der Krieg der Zukunft. Einige Worte an die junge Generation, Leipzig (Biedermann) 184

Wilhelm R ü s t o w , Der Krieg gegen Rußland, politisch-militärisch bearbeitet, I. Band Zürich (Schultheß) 1855, II. Band Zürich (Schultheß) 1856.

Wilhelm R ü s t o w , Der Krieg in der Türkei, Zustände und

Ereignisse auf der Balkanhalbinsel in den Jahren 1875 und 1876, Zürich (Schultheß) 1877.

Wilhelm R ü s t o w , Der Krieg um die Rheingrenze 1870, politisch und militärisch dargestellt, zwei Bände Zürich (Schultheß) 1870 und 1871.

Wilhelm R ü s t o w , Der Krieg und seine Mittel, Eine allgemein faßliche Darstellung der ganzen Kriegskunst, Leipzig (Mayer) 1856.

Wilhelm R ü s t o w , Der Krieg von 1805 in Deutschland und Italien, Als Anleitung zu kriegshistorischen Studien, Zürich (Meyer u. Zeller) 1859².

Wilhelm R ü s t o w , Der Krieg von 1856 in Deutschland und Italien, politisch-militärisch beschrieben, Zürich (Schultheß) 1866.

Wilhelm R ü s t o w , Der Orientalische Krieg in seiner neuesten Phase in den Jahren 1877 und 1878, Zürich (Orell Füssli u. Co.) 1878.

Wilhelm R ü s t o w , Die Brigade Milano (in: Demokratische Studien, hrsg. von Ludwig Walesrode, II. Band 93-136, Hamburg 1861).

Wilhelm R ü s t o w , Die ersten Feldzüge Napoleon Bonapartes in Italien und Deutschland 1796 und 1797, Zürich (Schultheß) 1867.

Wilhelm R ü s t o w , Die Feldherrnkunst des neunzehnten Jahrhunderts, Zum Selbststudium und für den Unterricht an höheren Militärschulen, Zürich (Schultheß) 1867².

Wilhelm R ü s t o w , Die Grenzen der Staaten, Eine militärisch-politische Untersuchung, Zürich (Schultheß) 1868.

Wilhelm R ü s t o w , Die Lehre vom Gefecht aus den Elementen neu entwickelt für die Gegenwart und nächste Zukunft, Zürich (Meyer u. Zeller) 1865.

Wilhelm R ü s t o w , Die Lehre vom kleinen kriege, Zürich (Schultheß) 1864.

Wilhelm R ü s t o w , Die Lehre vom neueren Festungskrieg, Für Offiziere aller Waffen bearbeitet, Leipzig (Förstner) 1860.

Wilhelm R ü s t o w , Die Lehre von der Anwendung der Verschanzungen nach den allgemeinen Grundsätzen der Kriegskunst für Offiziere aller Waffen bearbeitet, Frauenfeld (Verlags-Comptoir) 1853.

Wilhelm R ü s t o w , Die Militärschule, Allgemeine Einleitung in das Studium der Kriegswissenschaft für Militärs, Staatsmänner und Lehrer, Zürich (Schultheß) 1868.

Wilhelm R ü s t o w , Die preußische Armee und die Junker, Hamburg (Meißner) 1862.

Wilhelm v. (!) R ü s t o w , Die russische Armee, Wien (Hilberg) 1867.

Wilhelm R ü s t o w , Dietrich von Bülow's Bedeutung für die Entwicklung der Kriegswissenschaft (in: Eduard Bülow und Wilhelm Rüstow, Militärische und vermischte Schriften von Heinrich Dietrich von Bülow, Leipzig 1853, 113-149).

Wilhelm R ü s t o w , Die Wahrheit über den preußischen Wehrgesetz-Entwurf, Nördlingen (Beck) 1860.

H. K ö c h l y und W. R ü s t o w , Einleitung zu C. Julius Cäsars Commentarien über den gallischen Krieg, Gotha (Scheube) 1857.

Huldreich S c h w e r t l i e b (=Rüstow), Ein Votum, betreffend die zweckmäßigere, namentlich billigere Gestaltung der preußischen Wehrverfassung durch ihre Begründung auf die ursprünglichen Ideen des Landwehrinstitutes (in: Minerva 224. Band 1847 IV).

Wilhelm R ü s t o w , Erinnerungen aus dem italienischen Feldzuge von 1860, Leipzig (Brockhaus) 1861 (zwei Teile).

H. K ö c h l y und W. R ü s t o w , Gaius Julius Cäsars Memoiren über den Gallischen Krieg, Deutsch von ... Berlin (Langenscheidt) 13. Aufl.o.J.

Wilhelm R ü s t o w , Geschichte der Infanterie, zwei Bände Gotha (Scheube) 1857/58.

W. R ü s t o w und H. K ö c h l y , Geschichte des griechischen Kriegswesens von der ältesten Zeit bis auf Pyrrhos. Nach den Quellen bearbeitet, Aarau (Verlags-Comptoir) 1852.

Wilhelm R ü s t o w , Geschichte des ungarischen Insurrektionskrieges in den Jahren 1848 und 1849, zwei Bände Zürich (Schultheß) 1860/61.

Wilhelm R ü s t o w , Graf Arnim-Boytzenburg: Über die Verteidigung des Heeres auf die Verfassung, Berlin (Gerhard) 1849.

H. K ö c h l y und W. R ü s t o w , Griechische Kriegsschriftsteller, Griechisch und Deutsch mit kritischen und erklärenden Anmerkungen, drei Bände Leipzig (Engelmann) 1853 und 1855.

(Wilhelm R ü s t o w) , Grundlinien zu einer Philosophie der Befestigungen, Eine ehrliche Verständigung über den heu-

tigen Stand derselben, ihre Beziehungen zu Land- und Landesverteidigung, zu den Völkern, Regierungen und Armeen, Von einem deutschen Ingenieur, Leipzig (Binder) 1843.

Wilhelm R ü s t o w , Heerwesen und Kriegführung C. Julius Cäsars, Gotha (Scheube) 1855.

(Wilhelm R ü s t o w) , Historisch-politische Entwicklung der Frage, ob feste Plätze für die heutige Kriegsführung notwendig oder überflüssig seien? Vier Briefe eines deutschen Ingenieurs (in: Minerva, Ein Journal für Geschichte, Politik und Gegenwart, hrsg. von Friedrich Bran, 221. und 222. Band Jena 1847 I u. II).

Wilhelm R ü s t o w , Kriegspolitik und Kriegsgebrauch, Studien und Betrachtungen, Zürich (Schultheß) 1876.

Wilhelm R ü s t o w , Militärisches Hand-Wörterbuch nach dem Standpunkte der neuesten Literatur und mit Unterstützung von Fachmännern bearbeitet und redigiert..., zwei Bände Zürich (Schultheß) 1858/59, Supplementband 1868.

Wilhelm R ü s t o w , Strategie und Taktik der neuesten Zeit, Ergänzungen zu des Verfassers strategischen und taktischen Schriften, Zum Selbststudium und für den Unterricht an Militärschulen in erläuternden Beispielen aus der neuesten Kriegsgeschichte, drei Bände Zürich (Schultheß) 1872-74.

Wilhelm R ü s t o w , Untersuchungen über die Organisation der Heere, Basel (Schweighauser) 1855.

Wilhelm R ü s t o w , Zur Warnung vor den Kompensationen in der preußischen Militärfrage, Hamburg (Meißner) 1863.

Wilhelm R ü s t o w , Was hat die Schweiz von einem Angriff der Heiligen Allianz zu fürchten? Zürich (Kiesling) 1850.

Franz S c h n a b e l , Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, II. Band Freiburg i.B. 1933, III. Band 1934, IV. Band 1937.

Wilhelm S c h r ö d e r , Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909, München 1910.

Heinrich Ritter von S r b i k , Deutsche Einheit, Idee und Wirklichkeit, vom Heiligen Reich bis Königgrätz, II. Band, München 1940.

Rudolf S t a d e l m a n n , Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1948.

Carl S t e g m a n n und C. H u g o , Handbuch des Sozialismus, Zürich 1896.

Franziskus M. S t r a t m a n n O.P., Krieg und Christentum heute, 1950.

Franziskus M. S t r a t m a n n O.P., Weltkirche und Weltfriede, Katholische Gedanken zum Kriegs- und Friedensproblem, Augsburg 1924.

Robert von S t e i g e r , Der Rüstow-Prozeß 1848-1850, Eine wehrpolitische Kontroverse, phil. Diss. Bern 1937.

Theodor Freiherr von T r o s c h k e , Die Militär-Literatur seit den Befreiungskriegen, mit besonderer Bezugnahme auf die 'Militair-Litteratur-Zeitung' während der ersten 50 Jahre ihres Bestehens von 1820-1870, Berlin 1870.

Unsere Zeit, Jahrbuch zum Konversations-Lexikon, 4. Band Leipzig (F.A.Brockhaus) 1860, Die Gebrüder Rüstow, 136-139.

Tagebücher von K.A. V a r n h a g e n v o n E n s e , (aus dem Nachlaß), 6. Band Leipzig 1862, 7. Band Zürich 1865.

Von einem ehemaligen deutschen Offizier, Die Zustände des preußischen Heeres in ihrer Beziehung zur politischen Fortbildung des Volkes (in: Unsere Gegenwart und Zukunft, hrsg. von Karl Biedermann, 9. Band Leipzig 1847).

Militärische Schriften weiland Kaiser W i l h e l m s des Großen Majestät, Auf Befehl seiner Majestät des Kaisers und Königs herausgegeben vom Königlich Preußischen Kriegsministerium, I. Band (1821-1847) und II. Band (1848-1865) Berlin 1897

Hermann W i t t e , Die Reorganisation des preußischen Heeres durch Wilhelm I., Halle 1910.

(Josef Ritter von X y l a n d e r) , Die Heerbildung, Vom Verfasser der Strategie und ihrer Anwendung, München 1820.

Bibliographische Bemerkung

Die ausführlichsten biographischen Angaben über Wilhelm Rüstow machten Marcel Herwegh, der in der Nouvelle Revue (Dezember 1906 und Januar 1907) schon einen Aufsatz "Guillaume Rustow" veröffentlichte, B. Poten in der ADB, das Brockhaus-Jahrbuch Unsere Zeit (1860) sowie Robert von Steiger in seiner Dissertation. Mit dem Kriegstheoretiker Rüstow beschäftigte sich Caemmerer. Gustav Mayer charakterisierte Rüstow in den Einleitungskapiteln zu Lassalles Briefen. Urteile über die kriegshistorischen Arbeiten Rüstows trug Troschke aus der Militair-Litteratur-Zeitung zusammen. Über den "bürgerlichen Miliz-Theoretiker" Rüstow sind einige Bemerkungen in dem anonymen Aufsatz "Kapitalistisches Wettrüsten" zu finden.

Lebenslauf

Am 11. März 1928 wurde ich, Heinrich Peter Wiede, als Sohn des Zahnarztes Dr. Hans Wiede und seiner Frau Dorotea in Hamburg geboren. Wie meine fünf jüngeren Geschwister wuchs ich in Bayern auf. In Bruckmühl und Bad Aibling besuchte ich die Volksschule, ab 1938 die Oberrealschule Rosenheim, an der ich im Juli 1947 auch die Reifeprüfung ablegte. Nach einem halbjährigen Journalistenkurs in München trat ich als Redaktionsvolontär bei der Süddeutschen Zeitung ein. Ein großzügiges Stipendium dieses Verlages ermöglichte mir, nachdem ich einige Jahre als Redakteur gearbeitet hatte, das Studium. Im Wintersemester 1952/53 ließ ich mich an der Ludwig-Maximilians-Universität München immatrikulieren. Neun Semester studierte ich im Hauptfach Neuere Geschichte und besuchte vor allem die Vorlesungen und Übungen der Herren Professoren Dr. Franz Schnabel und Dr. Heinz Gollwitzer. In meinen Nebenfächern Mittelalterliche Geschichte und Soziologie hörte ich hauptsächlich bei den Herren Professoren Dr. Johannes Spörl und Dr. Alfred von Martin. In den ersten Studienjahren besuchte ich außerdem Vorlesungen in Alter Geschichte, Literaturwissenschaft, Philosophie, Psychologie und Kunstgeschichte. Das Thema zu meiner Dissertation verdanke ich Herrn Professor Dr. Heinz Gollwitzer.

